

ZEITGESCHICHTE IN LEBENSBILDERN





Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts

Band 1

Zeitgeschichte in Lebensbildern

Mit Beiträgen von

Josef Becker
Walter Ferber
Thomas A. Knapp
Hubert Mockenhaupt
Rudolf Morsey
Helmut Neubach
Klaus Schönhoven
Hugo Stehkämper
Ludwig Volk
Oswald Wachtling

Zeitgeschichte in Lebensbildern

Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts

Herausgegeben von Rudolf Morsey

Verlag des Borromäusvereins · Bonn

Umschlag Kroehl/Offenburg

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek
The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie;
detailed bibliographic data are available in the Internet at http://dnb.d-nb.de

ISBN 978-3-402-06112-1
DOI https://doi.org/10.17438/978-3-402-17576-7



This work is licensed under the Creative Commons Attribution-NonCommercial-No-Derivatives 4.0 (CC BY-NC-ND) which means that the text may be used for non-commercial purposes, provided credit is given to the author. For details go to http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/
To create an adaptation, translation, or derivative of the original work and for commercial use,
further permission is required.
Creative Commons license terms for re-use do not apply to any content (such as graphs, figures, photos, excerpts, etc.) not original to the Open Access publication and further permission may be required from the rights holder.

© 2022 Jügen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher. . A publication by Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG, Münster
This book is part of the Aschendorff Verlag Open Access program.

www.aschendorff-buchverlag.de

Inhalt

7 *Vorwort des Herausgebers*

13 *Rudolf Morsey*
Georg Kardinal Kopp (1837–1914)

29 *Hugo Stehkämper*
Julius Bachem (1845–1918)

43 *Rudolf Morsey*
Georg Graf v. Hertling (1843–1919)

53 *Hubert Mockenhaupt*
Franz Hitze (1851–1921)

65 *Helmut Neubach*
Peter Spahn (1846–1925)

81 *Rudolf Morsey*
Karl Trimborn (1854–1921)

94 *Walter Ferber*
Karl Muth (1867–1944)

103 *Rudolf Morsey*
Matthias Erzberger (1875–1921)

113 *Helmut Neubach*
Felix Porsch (1853–1930)

129 *Walter Ferber*
Hedwig Dransfeld (1871–1925)

137 *Josef Becker*
Konstantin Fehrenbach (1852–1926)

148 *Hubert Mockenhaupt*
Heinrich Brauns (1868–1939)

160 *Thomas A. Knapp*
Joseph Wirth (1879–1956)

174 *Hugo Stehkämper*
Wilhelm Marx (1863–1946)

206 *Rudolf Morsey*
Adam Stegerwald (1874–1945)

220 *Klaus Schönhoven*
Heinrich Held (1868–1938)

236 *Oswald Wachtling*
Joseph Joos (1878–1965)

251 *Rudolf Morsey*
Heinrich Brüning (1885–1970)

263 *Rudolf Morsey*
Ludwig Kaas (1881–1952)

274 *Ludwig Volk SJ*
Adolf Kardinal Bertram (1859–1945)

287 *Walter Ferber*
Romano Guardini (1885–1968)

Anhang

297 *Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur*
314 *Personenregister*

Vorwort des Herausgebers

Oft hat man in den letzten Jahren darüber sinniert oder geklagt, daß die große Zeit der Geschichtsschreibung als biographische Geschichtsschreibung vorüber ist und daß biographische Würdigungen ungebührlich stark vernachlässigt werden. An ihre Stelle ist eine persönlichkeitsfeindliche, soziologisch-strukturanalytisch orientierte Geschichtsschreibung getreten, die von den politischen Wissenschaften beeinflußt und überlagert wird. Galt für vergangene Epochen oft genug und in überspannter Weise das Prinzip »Männer machen Geschichte«, so folgte längst ein Pendelausschlag ins andere Extrem: Die Geschichte ist gleichsam anonym geworden. Zum Teil läßt sich das Desinteresse an der Gattung der Biographie, soweit die Zeitgeschichte betroffen ist, von ihrem Objekt selbst her erklären. Die Massendemokratie und ihre bewegenden Kräfte erfordern neue Methoden der Erforschung und Darstellung, Umfang und Art der Quellenfülle neue Formen ihrer Bewältigung. Im industriellen Zeitalter scheinen Staat und Gesellschaft von »anonymen« Mächten bestimmt zu werden, die sich dem Zugriff einer individualisierenden Biographie entziehen. »Und doch« – so hat es 1964 einmal Josef Becker, einer der Mitarbeiter dieses Sammelbands, formuliert – »zeigte nicht gerade die erste Hälfte dieses Jahrhunderts (und noch die eben zu Ende gegangene Ära ›Adenauer‹ unserer deutschen Nachkriegsgeschichte), wie sehr der Lauf der Dinge von Individualitäten bestimmt werden kann und bestimmt wurde? Und liegt hier nicht die Voraussetzung dafür, daß die strukturelle Poblematik der jüngsten geschichtlichen Epoche zumindest in ihren wesentlichen Zügen in der Lebensbeschreibung einer das Geschick ihrer Zeit mitformenden bedeutenden Persönlichkeit gefaßt werden kann?«[1]

Zu den wissenschaftlich wie darstellerisch vorbildlichen Biographien über Persönlichkeiten der Zeitgeschichte zählen die von Gerhard Ritter über Carl Goerdeler (1954), von Klaus Epstein über Matthias Erzberger (amerikanische Ausgabe 1959, deutsche Ausgabe 1962) und von Toni Stolper über Gustav Stolper (1960). Dazu gehören ferner Teilbiographien wie die von Modris Ekstein über Theodor Heuss (1969), von Richard Keßler über Heinrich Held (1971) und von Erich Kosthorst über Jakob Kaiser (1967, 1972). Diese Beispiele liefern den Beweis dafür, daß auch die komplexe politisch-soziale Problematik der Zeitgeschichte

im biographischen Rahmen eingefangen und dargestellt werden kann. Dazu bedarf es allerdings einer doppelten Voraussetzung: eines größeren Umfangs, um der Kunst des Erzählens und Interpretierens entsprechenden Raum zu lassen, und der Möglichkeit des Rückgriffs auf einen Nachlaß, der die in der Regel dürftige »amtliche« Aktenüberlieferung sowie die literarischen Zeugnisse ergänzt und aufschließt. Wie sehr jedoch unabhängig von »großen« Biographien ein Bedürfnis nach »kompakteren« Würdigungen besteht, zeigt die stattliche Zahl von einschlägigen Sammelbänden, die in den letzten Jahren erschienen sind.[2] Nicht wenigen von ihnen liegt der Gedanke zugrunde, in einer Zeit, in der voluminöse Darstellungen kaum mehr gelesen und rezipiert werden, das rapid nachlassende Interesse an der Geschichte auf dem Wege über biographische Ansätze wachhalten oder verstärken zu können.

Auch innerhalb des deutschen Katholizismus ist seit langem – wie ein Blick auf die Buchproduktion zeigt – ein Traditionsschwund festzustellen. Die Geschichte des politischen und sozialen Katholizismus ist weithin unbekannt. Die Namen von bedeutenden Persönlichkeiten, die Initiatoren oder Träger neuer, zukunftsweisender Entwicklungen waren, sind in Vergessenheit geraten, soweit nicht Organisationen, Akademien oder Tagungsstätten – insbesondere im sozialpolitischen Bereich (»Franz-Hitze-Haus«, »Adam-Stegerwald-Haus«, Erinnerung an Joseph Joos in der Katholischen Arbeiterbewegung) – das Andenken ihrer Gründer oder Namenspatrone pflegen.
Auch die Tatsache, daß innerhalb des politischen Katholizismus Führergestalten wie Ludwig Windthorst und Konrad Adenauer herausragten, hat mit dazu beigetragen, andere Exponenten an deren säkularen Leistungen zu messen. Dabei zählen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts eine große Zahl führender Katholiken, die das öffentliche und geistige Leben ihrer Epoche als Politiker und Parlamentarier, Kirchenfürsten und Wissenschaftler, Publizisten und Verbandsvorsitzende mitgeprägt haben, zu den Vorkämpfern der noch ungenügend erforschten christlichen Demokratie in Deutschland. Nicht wenige von ihnen gehören zu den Vorläufern einer interkonfessionellen Volkspartei, wie sie 1945 Wirklichkeit wurde: Julius Bachem, Adam Stegerwald, Heinrich Brauns und Heinrich Brüning sind die bekanntesten Namen in diesem Zusammenhang.[3]

Der vorliegende Band knüpft an eine Traditionsreihe an, setzt aber kritischere Akzente und wertet die Ergebnisse der Forschung aus. Sammlungen von Lebensbildern führender katholischer Persönlichkeiten der Geschichte wie der jeweiligen Gegenwart sind in der Vergangenheit oft publiziert worden. Dabei handelte es sich allerdings überwiegend um

Darstellungen mit apologetischer Tendenz. Von älteren Titeln sind etwa zu nennen die in Einzelheften erschienene Reihe »Deutschlands Episkopat in Lebensbildern« (1873 ff), Johann Jakob Hansens »Lebensbilder hervorragender Katholiken des 19. Jahrhunderts« (1901, 2. Band ^{3}1928), Coloman Schlesingers »Große Männer einer großen Zeit« (1910). Der »Volksverein für das katholische Deutschland« in Mönchengladbach eröffnete 1913 eine biographische Reihe »Führer des Volkes«, die allerdings bereits 1922 wieder eingestellt wurde.

Später erschienen Karl Speckners »Die Wächter der Kirche« (1934), Berthold Langs »Katholische Männer« (1934), August Hagens verdienstvolle »Gestalten aus dem schwäbischen Katholizismus« (4 Bände, 1948 ff), Theoderich Kampmanns »Gelebter Glaube« (1957) und Joseph Joos' »So sah ich sie« (1958). Aus den sechziger Jahren stammen die »Porträts katholischer Bischöfe Deutschlands«, herausgegeben von Konrad W. Kraemer (1963) und die »Porträts christlich-sozialer Persönlichkeiten«, zusammengestellt von Julius Seiters (1965). Als jüngste Beispiele sind zu nennen eine in der Auswahl wie Darstellung wenig überzeugende Sammlung von Rundfunkvorträgen »Gestalter der Welt«, herausgegeben von Wilhelm Sandfuchs (1971), und eine Würdigung von drei Märtyrern der Katholischen Arbeiterbewegung in der Zeit der Hitler-Diktatur unter dem Titel »Arbeit und Opfer«, herausgegeben vom Kettelerhaus in Köln (1972). In diesem Zusammenhang muß auch die Wochenzeitung »Publik« genannt werden. Sie hat vom Januar 1969 bis zum September 1971 dank der Initiative von Karl Frings eine große Zahl biographischer Würdigungen, teilweise in Fortsetzungen, abgedruckt. Einige von diesen Beiträgen sind in überarbeiteter Form in dieses Sammelwerk übernommen worden.

In dem vorliegenden Band sind 21 Porträts von Staatsmännern, Politikern, Bischöfen, Parlamentariern, Verbandsvorsitzenden, Publizisten und Wissenschaftlern zusammengefaßt, die den (oder jedenfalls einen) Schwerpunkt ihrer Wirksamkeit in der Zeit *vor* 1933 haben. Dabei bildet die Jahrhundertwende naturgemäß keine strenge Zäsur. Mit der Einbeziehung von Georg Kardinal Kopp, Georg Graf v. Hertling, Peter Spahn und Felix Porsch sind Persönlichkeiten gewürdigt, die den Übergang der deutschen Katholiken aus der politischen Opposition der Kulturkampfzeit in das Wilhelminische Reich und die daran anschließende »Nationalisierung« des deutschen Katholizismus verkörpern. Ebensowenig bedeutete die Zäsur von 1933 einen absoluten Einschnitt, wie durch den Beitrag über Adolf Kardinal Bertram ebenso deutlich wird wie etwa durch die Einbeziehung der Tätigkeit von Joseph Joos, Romano Guardini und Heinrich Brüning auch für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Kriterium für die Auswahl der 21 Persönlichkeiten bildete die Frage,

ob sie für eine bestimmte politische, kirchenpolitische oder geistige Entwicklung und/oder Zeitströmung auf einer mehr als regional begrenzten Ebene als repräsentativ gelten können und ob ihrer Leistung bzw. ihrem Werk zukunftsweisende Bedeutung zugemessen werden kann. Auch unter diesem Gesichtspunkt kann man über die hier getroffene Auswahl streiten. Die Aufnahme weiterer Porträts scheiterte in einigen Fällen daran, daß es nicht möglich war, einen Bearbeiter zu gewinnen, weil unerläßliche biographische Vorarbeiten fehlten. Hingegen sprachen viele Gründe dafür, Beiträge über Erzberger oder Stegerwald aufzunehmen, über die Biographien vorliegen. Andererseits konnten beispielsweise die Würdigungen von Bertram und Fehrenbach, Kaas und Marx auf keine einschlägigen Vorarbeiten zurückgreifen: auch ein Zeichen für den erwähnten Traditionsschwund.

Die Darstellung über Wilhelm Marx überschreitet den Umfang der übrigen Beiträge erheblich. Dafür waren drei Gründe ausschlaggebend: Von Marx existiert ein ungewöhnlich umfangreicher und vorbildlich erschlossener Nachlaß, dessen Bearbeiter Hugo Stehkämper hier eine erste biographische Auswertung unternommen hat; zum zweiten ist Marx aufgrund seiner weitverzweigten Tätigkeit in den Spitzenfunktionen der Reichspolitik und der Zentrumspartei, des kulturellen Lebens und des Verbandswesens für die Zeit der Weimarer Republik geradezu der Prototyp eines Politikers, der mit nie erlahmendem Verantwortungsbewußtsein immer zur Stelle war; und drittens schließlich ist seine Bedeutung als Reichskanzler wie seine kulturpolitische Wirksamkeit bisher in einer schwer verständlichen Weise verkannt und unterschätzt worden.

Zweierlei wird dem Leser auffallen: Es fehlen, von Hertling abgesehen, Vertreter des Adels und, mit Ausnahme von Hedwig Dransfeld, Frauen. Das letztere bedarf für den hier behandelten Zeitraum keiner näheren Begründung; die politische Wirksamkeit von Helene Weber und Christine Teusch, die in diesem Zusammenhang zu würdigen wäre, ist stärker der Epoche nach 1945 zugeordnet; deren prominenteste Vertreter aber sollen in einem eigenen Bande gewürdigt werden. Auf der anderen Seite ist es bezeichnend, daß als Folge der Entfeudalisierung im politischen Katholizismus wie auch im höheren Klerus für das erste Drittel dieses Jahrhunderts kaum noch eine Persönlichkeit adliger Herkunft im Sinne der erwähnten Auswahlkriterien zu nennen ist.

Daß unter den Gestalten dieses Bandes der Anteil west- und südwestdeutscher Vertreter überwiegt, erklärt sich aus der Massierung der katholischen Bevölkerung in diesen Gebieten. Es fehlen Persönlichkeiten aus dem nordostdeutschen Raum, während der schlesische Katholizismus mit Porsch und – von seiner Tätigkeit und Wirkung her – Kopp vertreten ist, der bayerische durch Hertling und Held, auch wenn beide Politiker

keine gebürtigen Bayern waren. In der Entwicklung des politischen Katholizismus in Bayern haben Kleriker zwar eine weitaus bedeutsamere Rolle als andernorts gespielt (Schädler, Pichler, Daller, Wohlmuth, Meixner), ohne daß sich deren Vertreter jedoch – mit Ausnahme von Johann Leicht – in der parlamentarischen Arbeit des Reichstags profilierten.
Sucht man einige gemeinsame Nenner für die geistige Prägung der in diesem Bande behandelten Persönlichkeiten, so ist – bei aller Problematik dieses Unterfangens – am ehesten auf die Folgen des Kulturkampfs der Bismarckzeit zu verweisen. Dessen Erlebnisse und Erfahrungen haben bei Hertling und Spahn, bei Porsch und Kardinal Bertram lange nachgewirkt. Sodann ist an den nicht minder folgenschweren, bis heute allerdings noch nicht hinreichend gewürdigten »Gewerkschafts-« und »Zentrumsstreit« im Jahrzehnt vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs zu erinnern. In ihn waren alle Katholikenführer verwickelt. Für die nächstjüngere Generation, in erster Linie für Brüning, bildeten die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs ein »unauslöschliches Siegel« für die spätere politische Wirksamkeit. Schließlich hat sich die Erschütterung über den revolutionären Umbruch vom November 1918 Männern wie Kaas und Held unvergeßlich eingeprägt.

Bei der Lektüre der hier zusammengefaßten Kurzbiographien wird deutlich, daß es im deutschen Katholizismus vor wie nach dem Ersten Weltkrieg eine beträchtliche Spannweite der Auffassungen und des Verhaltens, heftige Auseinandersetzungen und innere Kämpfe gegeben hat. Auch der vielzitierte legendäre »Zentrumsturm«, der Einigkeit und Geschlossenheit demonstrieren sollte, zeigte seit der Jahrhundertwende Risse und Bruchstellen. Andererseits war auch im kirchenpolitischen Raum die Laieninitiative viel größer und die geistliche Führung entsprechend geringer, als das vielfach angenommen wird.
Der »Integralismus-Streit« der Zeit vor 1914 hat tiefe Spuren im religiösen Leben sowie im politischen und literarischen Bereich hinterlassen. Nach 1919 lösten die Debatten um die innere Annahme der Weimarer Reichsverfassung jahrelange Auseinandersetzungen aus (»Verfassungsstreit«). Sie gipfelten drei Jahre später auf dem Münchener Katholikentag in einem Zusammenstoß zwischen Kardinal Faulhaber und dem Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer (als Präsident dieses Katholikentags). Auch weiterhin schieden sich die Geister an Julius Bachems Weckruf an das Zentrum von 1906: »Heraus aus dem [konfessionellen] Turm!« 1925 verhinderte die politische Uneinigkeit der katholischen Wähler, daß Wilhelm Marx Reichspräsident wurde. Und schließlich bestand auch nach 1930 im deutschen Katholizismus keine Einmütigkeit in der Einschätzung (geschweige denn Abwehr) der nationalsozialistischen Gefahr.

Es liegt nicht in der Absicht dieses Bandes, Material bereitzustellen oder gar Lösungen anzubieten, um »aus der Geschichte zu lernen«. Seine Lektüre kann allerdings dazu beitragen, den Anteil deutscher Katholiken an der Bewältigung konkreter Zeit- und Sachaufgaben im ersten Drittel dieses Jahrhunderts richtiger einzuschätzen und die Leistung von 21 seiner prominentesten Vertreter sachgerechter und unbefangener zu würdigen. In einem Anhang zu den einzelnen Beiträgen, die – nach allgemein einführenden Hinweisen – chronologisch aufgebaut sind und fast ausnahmslos eine zusammenfassende kritische Würdigung enthalten, findet sich jeweils ein Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur. Allen Mitarbeitern habe ich für ihre Bereitschaft zur Mitarbeit an diesem Sammelwerk aufrichtig zu danken. Herr Dr. Klaus Schönhoven (Würzburg) ist mit einem Beitrag über Held eingesprungen, den Ernst Deuerlein (†) ebenso bereitwillig zugesagt hatte wie eine Würdigung Hertlings.

Speyer, im September 1972 Rudolf Morsey

---

[1] In der Rezension der Erzberger-Biographie von K. *Epstein* (1962), in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 111 (1964) S. 364 f.

[2] Beispielhaft seien einige genannt: F. *Jacobs,* Deutsche Bauernführer. 1958; Christliche Demokraten der ersten Stunde, hg. von der *Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung e. V.* 1966; Politiker des 20. Jahrhunderts, hg. von R. K. *Hočevar,* H. *Maier* u. a., 2 Bde. 1970/71; Rheinisch-westfälische Politiker vor 1933, in: Politik und Landschaft, hg. von W. *Först.* 1969; Ungeliebte Deutsche, hg. von W. *Venohr.* 1971. In diesem Zusammenhang muß auch die große Zahl von »Lebensbildern« genannt werden, die von den Historischen Kommissionen der einzelnen deutschen Landschaften herausgegeben werden. Allerdings sind in einigen dieser Reihen Persönlichkeiten der Zeitgeschichte kaum berücksichtigt. Erinnert sei auch an das mehrbändige Sammelwerk »Die großen Deutschen«.

[3] Es fällt auf, daß in dem Sammelband »Deutsche Demokratie von Bebel bis Heuss« (1964, in überarbeiteter Form als Taschenbuch 1968 erschienen) unter 17 Namen nur zwei katholische Politiker aufgenommen sind, noch dazu beide aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung: Adam Stegerwald und Jakob Kaiser. Das Fehlen anderer christlicher Demokraten verwundert um so mehr, als in dem Band Persönlichkeiten gewürdigt sind – wie etwa August Winnig und Ludwig Beck –, die man angesichts des Buchtitels nicht vermuten würde.

Rudolf Morsey

Georg Kardinal Kopp (1837–1914)

Der Aufstieg eines Handwerkersohns aus dörflichem Milieu zum Kardinal der römischen Kirche und zum Träger des Schwarzen Adlerordens ist ebensowenig alltäglich wie das Ansehen und der kirchenpolitische Einfluß, den der Breslauer Fürstbischof Georg Kopp ein volles Vierteljahrhundert lang im Bismarckschen und Wilhelminischen Deutschland besessen hat.

Sein Name verbindet sich mit dem Abbau des Kulturkampfs, mit einem steilen Aufschwung des Fürstbistums Breslau, mit einer erfolgreichen Vermittlerrolle zwischen Staat und Kirche, mit dem Hineinwachsen der preußischen (vornehmlich schlesischen) Katholiken in den Nationalstaat und schließlich mit dem leidigen Gewerkschaftsstreit, in dem Kopp erstmals auf der Seite der Verlierer stand. Als Schlüsselfigur in den deutsch-vatikanischen Beziehungen, als einflußreichstes Mitglied der Fuldaer Bischofskonferenz und als Verbindungsmann zur Berliner Regierung stand der Breslauer Kirchenfürst in persönlicher Fühlung mit den Leitern der politischen und kirchlichen Geschicke seiner Zeit.

I

Geboren am 25. Juli 1837 als zweitältestes von sechs Kindern des wenig bemittelten Leinenwebers Ignaz Kopp (gest. 1870) und seiner zweiten Frau Wilhelmine geb. Oppermann (gest. 1895) im eichsfeldischen Duderstadt – das damals als hannoversche Kreisstadt etwa 5000 Einwohner zählte –, schien Kopp keineswegs für ein höheres Kirchenamt vorbestimmt zu sein. Er entstammte ähnlich wie Erzberger und Stegerwald der kleinbürgerlich-ländlichen »Bildungsreserve« des deutschen Katholizismus und wuchs in einer konfessionell gemischten Landschaft auf. Von Jugend auf war er daran gewöhnt, »in einem friedlich-schiedlichen Nebeneinander ohne Verleugnung und Vermengung grundsätzlicher Anschauungen, aber nicht weniger auch ohne Hervorhebung der konfessionellen Trennungsmomente die gegenseitigen Beziehungen und gemeinsamen Aufgaben zu pflegen«, wie er 1912 einmal im Rückblick auf diese Zeit schrieb.

Kopp absolvierte das Gymnasium Josephinum in Hildesheim (1852–1856) unter großen Opfern seiner Eltern, mit gleichmäßig guten Ergebnissen in allen Fächern. Sein laut Abiturzeugnis geplantes Theologiestudium, das er angesichts der finanziellen Lage seiner Eltern nicht sogleich aufnehmen konnte, begann er erst nach zweijähriger Tätigkeit als Hilfstelegraphist im hannoverschen Eisenbahndienst. Als er hier nicht die erhoffte Beförderung erhielt, quittierte er den Staatsdienst mit wenig schmeichelhaften Bemerkungen an die Adresse seiner Vorgesetzten. Darin wird zum erstenmal seine selbstbewußte Haltung sichtbar. Sie war ebenso das Erbe seiner niedersächsischen Herkunft wie seine ungewöhnliche Zähigkeit und Willensstärke. Sein brüskes Reagieren wurde allerdings in zunehmendem Maße von einer diplomatischeren Diktion und einem weltläufigen Auftreten abgelöst.

Kopp war von kleiner und zierlicher Gestalt, vermochte aber diesen »Geburtsfehler« durch die aristokratische Art seines Auftretens und nicht etwa durch Lautstärke oder Rechthaberei zu kompensieren. Er besaß starken Ehrgeiz und war nicht frei von Eitelkeit. Der spätere Reichskanzler (1917) Georg Michaelis, der einige Jahre lang als Oberpräsidialrat in Breslau amtierte, hat Kopp folgendermaßen charakterisiert: »Auffallend klein, mit seinem kleinen runden Kopf und klugen friedlichen Augen, seinen graziös bewegten feinen Händen, mit einer Stimme von ungemein einschmeichelndem Tone, verbreitete sein Erscheinen eine weihevolle und gehobene Stimmung, der sich niemand entziehen konnte.«

Nach dem Abschluß seines Theologiestudiums an der philosophisch-theologischen Lehranstalt in Hildesheim und seiner Priesterweihe (28. August 1862) wirkte Kopp von 1862–1866 als Kaplan und Religionslehrer, bevor er in das Hildesheimer Generalvikariat berufen wurde, zunächst als Hilfsarbeiter und 1868 als Assessor. 1872, in den Anfängen des Kulturkampfs, wurde er zum Domkapitular und zum Generalvikar ernannt. Welche Stellung Kopp zur Niederlage Hannovers von 1866 und zu dessen Annexion durch Preußen sowie 1870 zum Vaticanum I eingenommen hat, wissen wir bisher nicht. Ebensowenig kennen wir seinen kirchenpolitischen Kurs während seiner zehnjährigen Tätigkeit als Generalvikar. Die Tatsache, daß er im Kulturkampf mit einer Geldstrafe belegt worden ist, weil er mehrere Pfarrstellen ohne vorherige Anzeige besetzt hatte, besagt wenig. Bezeichnender ist schon, daß der Generalvikar für den Fall seiner »Absetzung« durch staatliche Instanzen mit dem Gedanken gespielt zu haben scheint, in die USA zu emigrieren.

Entscheidend wurde für Kopps künftige Laufbahn, daß er durch den Kulturkampf nicht in eine verstärkte antipreußische oder auch nur regierungsfeindliche Haltung gedrängt wurde, wie sie bei einem Hannoveraner (Beispiel Windthorst) nahegelegen hätte. Kopp zeigte sich, genau

umgekehrt, ungewöhnlich besonnen und entgegenkommend gegenüber der Berliner Regierung. Auf diese Weise fehlte in den Auseinandersetzungen in der Diözese Hildesheim jene Schärfe, wie sie in Westdeutschland die Regel war und hier zur Lähmung des kirchlichen Lebens führte.
Das zweite Charakteristikum von Kopps Tätigkeit als Generalvikar ist die Tatsache, daß er in schriftlichen Kontakt mit Bismarck kam. Der Reichskanzler, der Kopp als »maßvollen Geistlichen« kennenlernte, widersprach nicht, als der preußische Kultusminister (1881–1891) von Goßler im Zuge der Wiederbesetzung von freistehenden Bischofsstühlen als einzigen Kandidaten für den seit acht Jahren vakanten Fuldaer Bischofsstuhl den Hildesheimer Generalvikar vorschlug.

II

Kopp wurde in einem Immediatbericht des Kultusministers an Wilhelm I. als »versöhnliche Natur« geschildert, der aus seiner bei Katholiken »ungewöhnlichen Wärme der patriotischen Empfindungen« niemals ein Hehl gemacht habe und ein Zusammenwirken von Staat und Kirche in beiderseitigem Interesse für »unerläßlich« halte. Die dabei hervorgehobene »Staatstreue« Kopps – einige Wochen später noch ergänzt durch den Hinweis auf die »liebenswürdige und sanguinische Natur« des Bischofs – gab den Ausschlag dafür, daß der Generalvikar Papst Leo XIII. als einzige persona grata für Fulda vorgeschlagen und durchgesetzt wurde. Kopp seinerseits legte Wert darauf, Bismarck im November 1881 zu versichern, er werde alles tun, »um mir das Vertrauen der Staatsregierung zu bewahren«. Dieses gegenseitige Vertrauensverhältnis bildete die Voraussetzung für die künftige kirchenpolitische Rolle des Fuldaer Bischofs. In seinem ersten Hirtenbrief sprach der neue Fuldaer Oberhirte von den »gebundenen Händen«, mit denen er sein Amt ausüben müsse, aber gleichzeitig auch von der Aufgabe, »das Verfallene wieder aufzubauen« und zu einem einträchtigen Zusammenwirken von Staat und Kirche zu kommen, »zum Segen und zur Beglückung des christlichen Volkes«. In dieser knappen Formulierung kann man die Lebensmaxime Kopps sehen. Er suchte in seiner fünfeinhalbjährigen Wirksamkeit als Bischof von Fulda den Wiederaufbau der Diözese und deren Reorganisation organisch mit schrittweisem Abbau der Kulturkampfmaßnahmen zu verbinden.
Dabei blieb er darauf bedacht, in stetem Einvernehmen mit Bismarck bzw. der preußischen Regierung auf der einen und dem Vatikan auf der andern Seite die Grenzen abzutasten, bis zu denen beide Seiten zum Entgegenkommen bereit zu sein schienen. In diesem Bestreben zog er sich abwechselnd das Mißtrauen Bismarcks in seine diplomatischen Fähigkei-

ten bzw. seinen Einfluß und die Ablehnung seiner Politik durch die Mehrheit der preußischen Bischöfe und die Führung des Zentrums zu. Kopps Entgegenkommen an die Regierung wurde als Preisgabe des Kampfes um die Wiedererlangung der Rechtsstellung von 1848/50 empfunden. Er scheute trotzdem nicht eigene Vorleistungen, da er sich von Papst Leo XIII. gedeckt wußte. Bemerkenswert ist seine bereits während der Hildesheimer Tätigkeit als Generalvikar zum Ausdruck gekommene Distanz zur Zentrumspartei, deren oppositionelle Politik des »Alles oder Nichts« er für falsch hielt.

Kopp ging davon aus, daß zu einer Beilegung des mehr als ein Jahrzehnt lang währenden Konflikts beide Seiten beträchtliche Konzessionen machen müßten und machen könnten, ohne daß die recht verstandene Freiheit der Kirche darunter leiden müsse. Mit dieser Erkenntnis war er der geeignete Vermittler für die erstrebte kirchenpolitische Befriedung. Der Fuldaer Bischof, seit 1884 Mitglied des Preußischen Staatsrats, machte sich keine Illusionen über seine exponierte Position. Er bot dem Papst wiederholt seine Demission an, als das Friedenswerk zu scheitern drohte. Seit Anfang des Jahres 1886, als er – mit Zustimmung Leos XIII. – der Berufung in das Preußische Herrenhaus gefolgt war und dort die von Bismarck erstrebte unmittelbare Verständigung mit der Kurie unterstützte, gewann er eine Position, in der er entscheidend am Abbau des Kulturkampfs und damit – nach seinen Worten im Herrenhaus am 13. April 1887 – am »welthistorischen Abschlusse eines großen Streites« mitwirken konnte.

III

Die Einzelheiten dieser Mitwirkung und das bedeutende Ausmaß seines Anteils sind zuletzt von Christoph Weber auf Grund neuerschlossener Quellen detailliert beschrieben und gewürdigt worden. Dabei befand sich der Fuldaer Bischof angesichts seiner isolierten Stellung zwischen den »Intransigenten« an der Kurie (Kardinalstaatssekretär Jacobini und Rampolla sowie andere Kardinäle) wie in Deutschland (Zentrumsführer, Bischöfe) in keiner beneidenswerten Lage. Er wurde von der Mehrzahl seiner bischöflichen Amtsbrüder nicht verstanden, von der katholischen Presse teilweise wüst angegriffen, von den Zentrumspolitikern mit Windthorst (1812–1891) an der Spitze als Totengräber kirchlicher Belange und Freiheiten kritisiert und an der Kurie verdächtigt. Zudem konnte sich Kopp seiner Stellung bei Bismarck nie ganz sicher sein.

Heute wissen wir, daß der Bischof durchaus im Sinne der päpstlichen Intentionen agierte, nicht selten sogar auf direkten Befehl Leos XIII., unter Umgehung des Kardinalstaatssekretärs und der für die deutschen

Fragen zuständigen Kardinalskongregation. Kopp hielt den Zeitpunkt für gekommen, Frieden zu schließen, weil sich andernfalls neue kulturkämpferische Bestrebungen und antikatholische Strömungen in der Regierung wie in der Öffentlichkeit wieder durchsetzen würden. Er bewahrte sich, unbeschadet aller Schwankungen in seinem Verhältnis zum Reichskanzler, ein blindes Vertrauen zu Bismarck.

Daß angesichts dieses Verhaltens gegen Kopp der Vorwurf erhoben wurde, ein »Staatskatholik« zu sein, kann nicht verwundern. Er führte auf der anderen Seite dazu, daß Bismarck nach außen hin die enge Zusammenarbeit mit Kopp nicht erkennen ließ. Das Fazit der kirchenpolitischen Vermittlungstätigkeit war jedenfalls, daß sich Kopp bei der preußischen Staatsregierung ein Vertrauenskapital erworben hatte, das allen Belastungen der folgenden Jahre standhielt und der Sicherung des kirchenpolitischen Friedens zugute kam.

Bereits 1885 hatte Bismarck, gleichsam als Belohnung für die Verdienste des Bischofs um Kirche und Staat, Kopp als Nachfolger des kranken Breslauer Fürstbischofs Herzog ins Auge gefaßt. Es entsprach dem inzwischen erreichten Stand der persönlichen Beziehungen, daß sich der Fuldaer Oberhirte am 26. Oktober 1886 auf eine vertrauliche Anfrage des preußischen Kultusministers hin bereit erklärte, als Koadjutor nach Breslau zu gehen, wenn das von »Regierung und Papst« für »durchaus nützlich« gehalten würde. Bei dieser Gelegenheit hieß es in einer der seltenen Bemerkungen Kopps, die die Richtung seiner persönlichen Wünsche erkennen lassen: Seine Neigung zöge ihn nach dem Westen und gern würde er »dereinst den Paderborner Stuhl besteigen«.

Trotz der inzwischen erreichten Verbesserung der preußisch-vatikanischen Beziehungen erwies es sich als schwierig, nach dem Tode von Fürstbischof (seit 1882) Herzog (26. Dezember 1886) Kopp den Breslauer Bischofssitz anzuvertrauen. Das hing zum einen mit dem Septennatsstreit (1886 war es zwischen Reichstag und Regierung zu einem Streit über die siebenjährige Geltungsdauer des Militäretats und der Friedenspräsenzstärke des Heeres gekommen) zusammen, zum anderen mit der Verabschiedung des »zweiten Friedensgesetzes« zur Beilegung des Kulturkampfs. Leo XIII. zögerte lange, die vom Breslauer Domkapitel eingereichte Wahlliste mit sechs Namen, unter denen Kopp trotz aller staatlichen und kurialen Einwirkungen fehlte, einfach beiseitezuschieben, nachdem die preußische Regierung sämtliche Kandidaten als »ganz unannehmbar« (Bismarck) betrachtete.

Zusammen mit anderen Zentrumspolitikern und rheinischen Bischöfen setzte Windthorst alles daran, die Berufung Kopps nach Breslau zu verhindern. Er warf dem Bischof Opportunismus vor – wobei Kopp schlimmer sei als Wessenberg und Febronius – und beurteilte ihn nur als Ver-

treter des Staatskirchentums. Die Besorgnis des Zentrumspolitikers erklärte sich daraus, daß eine Reihe von schlesischen Adligen um den Grafen Friedrich (Fred) Frankenberg als »Hof-« oder »Staatskatholiken« eine für die Zentrumspartei auch an der Kurie höchst unbequeme innerkatholische Opposition bildeten.
Daß Windthorsts Befürchtungen nicht unberechtigt gewesen sind, sollte die Zukunft zeigen. Auf der anderen Seite war der Bischof nicht gewillt, dem Zentrum die alleinige Vertretung kirchlicher Belange und Interessen zu überlassen. Er sah aus der Politik der Partei Nachteile für die Kirche erwachsen und wollte zudem keine Einbuße seiner eigenen Stellung hinnehmen. Jedenfalls trug die Opposition der Zentrumsführung dazu bei, die Ernennung Kopps bis zum August 1887 zu verzögern. Erst dann war Leo XIII. bereit, das Wahlrecht des Domkapitels zu suspendieren und den Bischof von Fulda nach Breslau zu berufen.

IV

Als Fürstbischof von Breslau hatte Kopp den zweithöchsten Rang in der Hierarchie des deutschen Katholizismus erreicht. Die an Ausdehnung wie an Seelenzahl größte deutsche Diözese (2,2 Millionen Katholiken, 858 Seelsorgsstellen und 1156 Geistliche; 1910: drei Millionen Katholiken, 922 Seelsorgsstellen und 1632 Geistliche) und zweitgrößte Diözese der Welt erstreckte sich von der Ostsee über den Delegaturbezirk mit Berlin bis nach Oberschlesien, das doppelsprachig war. Hinzu kam Österreich-Schlesien (um Teschen und Troppau) mit (1910) etwa 362000 Katholiken und mit dem Sommersitz der Breslauer Fürstbischöfe in Johannesberg, einem Rest des geistlichen Fürstentums Neiße-Grottkau. Aus dessen Besitz von 32 000 ha flossen dem Breslauer Oberhirten jährlich mehr als eine Million Gulden zu, die ihn in die Lage versetzten, fürstlich aufzutreten.
Dennoch hat Kopp weiterhin ungewöhnlich einfach und bescheiden gelebt. Gleichwohl verstand er es, der Würde seines Amtes entsprechend aufzutreten und »standesgemäß« einzuladen und zu empfangen: bis hin zum Kaiser, der mit großem Gefolge wiederholt Gast des Fürstbischofs gewesen ist. Sehr kostspielig war jeweils der Aufenthalt während der Sitzungsperioden des Herrenhauses in Berlin und des österreichischen Landtags in Troppau, dessen Leitung Kopp als stellvertretender Landeshauptmann (seit 1893) wiederholt übernehmen mußte. Große Summen kostete auch der Aufenthalt in Rom, zumal nach der Erhebung zum Kardinal. Außerdem wurde am Tiber jedesmal ein beträchtlicher Peterspfennig erwartet, den Kopp großzügig zahlte.

Nach übereinstimmenden Zeugnissen hat der Fürstbischof beträchtliche Summen für kirchliche und karitative Zwecke, aber auch für die Förderung künstlerischer und wissenschaftlicher Aufgaben verwendet. Während seiner fast 27jährigen bischöflichen Wirksamkeit in Breslau sind mehr als 650 Kirchen und kirchliche Anstalten (darunter Theologen- und Knabenkonvikte, Krankenhäuser, Diözesanarchiv, Diözesanmuseum und Bibliothek) errichtet oder ausgebaut worden. Etwa 1500 Diakonen hat Kopp die Priesterweihe und Hunderttausenden von Gläubigen (bei oft sehr strapaziösen wochenlangen Reisen) die Firmung gespendet. Die Krönung seiner umfassenden Bautätigkeit sah er im Ausbau der Domtürme in Breslau. Übereinstimmend wird dem Oberhirten aufrechte Frömmigkeit bescheinigt.

Nimmt man sein ernstes Bestreben hinzu, die konfessionellen Gegensätze im Reich zu mildern, so ergibt sich das Bild eines in seinem Glauben fest verankerten, aber ohne zelotischen Eifer »regierenden« Fürstbischofs. Kopp war wie Leo XIII. und Bismarck eine aristokratische Natur, aber niemals laut oder aufbrausend. Das Diktum, das im schlesischen Klerus über ihn im Umlauf war: »Ich bin der Herr, dein Kopp, du sollst keine andern Köppe haben neben mir«, umschreibt diesen Sachverhalt zur Genüge. Mit der Ernennung zum Kardinal (Januar 1893) und mit der Verleihung des Schwarzen Adlerordens durch Wilhelm II. (1906), mit der eine Nobilitierung verbunden war, erhielt Kopp die höchsten kirchlichen und staatlichen Anerkennungen. Er trug den Ehrendoktor der Theologischen Fakultäten von Münster (1881) und Breslau (1911); er war vielfacher Ehrenbürger.

Der Fürstbischof, der von ungewöhnlichem Fleiß und peinlicher Korrektheit war, duldete keinen Generalvikar und keinen Weihbischof, der einen selbständigen Kurs hätte steuern wollen. Seine umfangreiche kirchenpolitische Korrespondenz schrieb und adressierte er mit eigener Hand. Er wollte keinem Dritten Einblick in seinen Schriftwechsel mit Papst und Kaiser, mit Reichskanzlern und Ministern, mit Bischöfen und Parlamentariern geben. Kopps aristokratisch-autoritäre Neigung führte mit zunehmendem Alter zu starrsinnigem Festhalten am Hergebrachten und zu größerer Härte. Die Folge seiner »einsamen Entschlüsse« war eine wachsende Isolierung seit etwa 1910 und schließlich eine Unterminierung der eigenen Stellung.

Trotz seiner hannoverschen Herkunft (»Mußpreuße«) hat Kopp, wie bereits angedeutet, stets in einem distanzierten, zeitweise sogar höchst gespannten Verhältnis zum Zentrum gestanden. Die Gründe dafür lagen in seiner staatsfreundlichen und regierungstreuen Grundhaltung. Windthorst hat seit 1886, als Kopp die kirchenpolitische Arena in Berlin betrat, dieses Auftreten als Affront gegen die Politik seiner Partei angesehen.

Er gab dem Bischof zu verstehen, daß er nicht ins Herrenhaus gehöre und empfand die unliebsame politische Konkurrenz als seine eigene »Absetzung« durch den Papst. Der schon zu Lebzeiten legendäre Katholikenführer, der damals im 74. Lebensjahr stand, dachte wiederholt daran, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen.

V

Mit der Gewinnung Kopps war Bismarck ein politischer Geniestreich gelungen. Der Reichskanzler konnte nunmehr in unmittelbarer Fühlung mit Leo XIII. das Zentrum, das fast fünfzehn Jahre lang die Last des Kulturkampfs getragen hatte, ebenso ausschalten wie den preußischen Episkopat. Durch seinen Anteil am Abbau des Kulturkampfs gewann Kopp im Vatikan und in Berlin eine einzigartige Stellung, auf die sich in der Folgezeit sein Einfluß auf die deutsche Kirchenpolitik gründete. Dieser Einfluß schmälerte zeitweilig die Stellung des Zentrums. Daraus erklären sich die starken Spannungen zu Windthorst. Kopp sah in der oppositionellen Politik des Zentrums eine Gefahr für kirchliche Belange. Die Sympathie des Fürstbischofs, der den deutschen Katholizismus in die »Reichsnation« integrieren wollte, galt den Mitgliedern des konservativen Zentrumsflügels, unter denen sich zahlreiche schlesische Großgrundbesitzer befanden. Seine Affinität zu dem »aristokratisch und wahrhaft konservativen Element« im Zentrum, wie er 1888 einmal schrieb, entsprach der auch sonst zu beobachtenden Anlehnung des Fürstbischofs an adlige Kreise. Demgegenüber rückte er die Politik der »radikalen« Gruppen im Zentrum um Ernst Lieber (1838–1902), Felix Porsch und Julius Bachem zunehmend in die Nähe der sozialistischen Umsturzgefahr. Der Distanz zum demokratischen Flügel des Zentrums wie überhaupt zu allen demokratischen Bewegungen entsprach bei Kopp eine Distanzierung gegenüber gewählten Volksvertretern »einfacher« Herkunft, offensichtlich auch von schlichten Klerikern.

Es war nur folgerichtig, daß der Fürstbischof in den Krisensituationen des Zentrums – so 1887 im Septennatsstreit und 1893 im Kampf um die Militärvorlage – auf der Seite der Regierung stand. Kopp tat alles, um das Zentrum auf Regierungskurs zu bringen oder aber zu spalten, nachdem es ihm nicht gelungen war, Einfluß auf die Partei zu gewinnen. Angesichts der politischen und persönlichen Differenzen überrascht es, daß er im März 1891 beim Requiem für Windthorst in Berlin seine Traueransprache mit der bekannten Wendung geschlossen hat: »Seid einig, einig, einig.« Die Erklärung für diesen Sinneswandel liegt darin, daß sich Kopp zu diesem Zeitpunkt nicht mehr auf die Autorität des vor Jahresfrist ge-

stürzten Bismarck stützen konnte; ferner legte er angesichts der außergewöhnlichen Anteilnahme der Öffentlichkeit am Tode Windthorsts Wert darauf, in dem zu seinem Fürstbistum gehörenden Delegaturbezirk bei dieser Gelegenheit als Ortsbischof in der Reichshauptstadt selbst in Erscheinung zu treten.

Schließlich war sich Kopp, der die gegebenen Machtverhältnisse stets in Rechnung stellte, darüber im klaren, daß das Zentrum seit dem Zusammenbruch des Kartells im Januar 1890 im Verein mit den Konservativen eine ausschlaggebende Stellung im Reichstag gewonnen hatte. Offensichtlich rechnete er sich nach dem Tode Windthorsts eine stärkere Einwirkungsmöglichkeit auf die Partei aus, zumal einige Jahre lang kein vergleichbarer Führer vorhanden war. Aber auch künftig reichte seine Einwirkung auf die Fraktion nicht über den Kreis schlesischer (adliger) Parlamentarier hinaus.

In dem Maße, in dem das Zentrum (bis 1906) zur ausschlaggebenden Fraktion im Reichstag wurde, rechnete Kopp mit deren Einfluß. Daß der Fürstbischof dessen ungeachtet seinen Draht zur preußischen Regierung nicht abreißen ließ, entsprach seinem Streben, weiterhin allein alle Fäden zwischen Rom und Berlin sowie zwischen dem preußischen Episkopat und der Staatsregierung und am liebsten auch noch zwischen der Zentrumsfraktion und der Reichsleitung in der Hand zu behalten. In dieser Zielsetzung sah er sich bestärkt, als ihm der preußische Kultusminister (1892–1899) Bosse am 19. Februar 1894 mitteilte, Kopp könne sich darauf verlassen, daß sein Wort in Berlin mehr gelte »als irgendein parlamentarischer Einfluß«.

Kopp besaß in dem Breslauer Rechtsanwalt Felix Porsch, der fürstbischöflicher Konsistorialrat war (allerdings schon aus der Zeit des Fürstbischofs Herzog), zwar einen direkten »Draht« in die Führungsspitze des Zentrums, jedoch alles andere als einen »Befehlsempfänger«. Im Gegenteil: Auch Porsch trennte sich in den letzten Lebensjahren von Kopp im Zusammenhang mit dem Verhalten des Kardinals im Gewerkschaftsstreit. Das wirkte sich für den Breslauer Kirchenfürsten um so nachteiliger aus, als er in dieser Zeit an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg keine Stütze mehr fand, während dessen Vorgänger Fürst Bülow (1900–1909) großen Wert auf ein freundschaftliches Verhältnis zu Kopp gelegt hatte. Als der Kardinal dann auf dem Höhepunkt des Gewerkschaftsstreits gegen den »verseuchten Westen« auftrat, kam es zum endgültigen Bruch mit dem Zentrum.

Mit seiner Abneigung gegen den politischen Katholizismus stand der Kardinal im preußischen Episkopat allein. Es bedarf keines weiteren Hinweises, daß erst die Existenz des Zentrums und die Stabilität seines »Turmes« die Regierung zu jener Rücksichtnahme gegenüber den politi-

schen Forderungen der katholischen Volksminderheit gezwungen hat, von der Kopps Aktionen profitieren konnten.
Daß ein derart preußisch und regierungsfreundlich eingestellter Kirchenfürst ein Gegner der nicht selten vom Klerus getragenen großpolnischen Bestrebungen im oberschlesischen und österreichischen Anteil seines Bistums war, liegt auf der Hand. Kopp förderte den Gebrauch der Muttersprache im Religionsunterricht und in der Predigt, suchte aber wo notwendig auch der deutschen Sprache im Kirchenraum Platz zu verschaffen. Von den polnischen Nationalisten wurde er als »preußischer Lakai im Kardinalspurpur« angegriffen.
Dennoch war der Fürstbischof alles andere als ein blinder Verteidiger der preußischen Polenpolitik. 1908 nahm er scharf gegen das preußische Enteignungsgesetz Stellung. Seine Haltung entsprang der Sorge über eine Gefährdung des Privateigentums, aber auch seiner Furcht vor dem Ausbruch eines neuen Kulturkampfs. Allerdings erklärte der Kardinal in diesem Zusammenhang im Herrenhaus auch, es sei für ihn keine angenehme Aufgabe, den Ansichten der Regierung widersprechen zu müssen. Seinem Bemühen um einen Ausgleich der Nationalitäten in Österreichisch-Schlesien wie in Oberschlesien war nur begrenzter Erfolg beschieden. Noch unerforscht ist seine Rolle in der österreichischen Bischofskonferenz, auf deren Beschlüsse er häufig Einfluß nehmen konnte.

VI

Daß sich Kopp der Gefahren bewußt war, die seine exponierte Stellung bei der Kurie wie im preußischen Episkopat heraufbeschwören konnte, wurde bereits angedeutet, auch das Befremden, das seine Berufung ins Herrenhaus bei seinen bischöflichen Amtsbrüdern auslöste. Es verstärkte sich, als Kopp der Bismarckschen Politik entgegenzukommen und kirchliche Belange preiszugeben schien. Erst als 1887 deutlich wurde, wie sehr der Bischof im Einvernehmen mit Leo XIII. gehandelt hatte, kam es zu einer »Versöhnung« im preußischen Episkopat.
Dort wurde in der Folge der Bischof von Trier (1881–1921) Michael Felix Korum – der 1886/87 Kopps Gegenspieler gewesen war –, zu seiner festen Stütze, nachdem 1903 im »Trierer Schulstreit« die Vermittlung Kopps einen neuen, durch Korum ausgelösten Kulturkampf hatte verhindern können. Besonders im Gewerkschaftsstreit bedeutete das Zusammenwirken von Kopp und Korum (»Berlin-Trierer Richtung«) das schwerste Hindernis für die Durchsetzung der interkonfessionellen Zielsetzung im politischen und gewerkschaftlichen Bereich, wie sie von der »Köln-Gladbacher Richtung« vertreten wurde.

Kopp, dem der stärker liberale Einschlag im Katholizismus Westdeutschlands und dessen antipreußische Grundhaltung fremd waren, stand nahezu ständig in einem mehr oder weniger gespannten Verhältnis zu den Kölner Erzbischöfen Melchers, Krementz, Fischer und Hartmann. 1899, nach dem Tode von Krementz, gab es in Berlin Überlegungen, Kopp nach Köln berufen zu lassen, was dem Fürstbischof jedoch offensichtlich nicht erwünscht war. Die einige Jahre zuvor (1895) einmal geäußerte Vermutung des preußischen Vatikangesandten Otto von Bülow, daß Kopp gern nach Köln gehen würde, um »mit der Zeit vielleicht Primas von Deutschland« werden zu können, läßt sich nicht belegen. Dadurch, daß der Breslauer Kardinal als Nachfolger von Krementz seinen Kandidaten, Bischof Simar von Paderborn, hatte durchsetzen können, war die Voraussetzung dafür geschaffen, daß Kopp von 1900 an die Leitung der Fuldaer Bischofskonferenz zufiel, die er bis zu seinem Tode behielt.

Seit 1887 fungierte fast ausnahmslos Kopp als Mittelsmann zwischen dem preußischen Episkopat und der Staatsregierung, die dadurch im allgemeinen eine günstige Verhandlungsposition besaß. Andererseits konnten auf diese Weise die Bischöfe nicht gegeneinander ausgespielt werden. Allerdings wurde in Berlin nicht immer deutlich, ob der Kardinal sein Votum selbständig oder im Benehmen mit allen übrigen Bischöfen abgab. Jedenfalls suchte er stets im Interesse der Kirche zu einem tragfähigen Kompromiß zu kommen, dem die übrigen Mitglieder der Fuldaer Bischofskonferenz zustimmen konnten.

Kopps Stellung im Vatikan entsprach seiner einzigartigen Führungsrolle im preußischen Episkopat und im deutschen Katholizismus. Auf Leo XIII. besaß er großen Einfluß; der Papst schätzte seine realistische Berichterstattung und sein diplomatisches Geschick. Zudem lag Kopps Zielsetzung, mit allen Kräften dem Frieden zwischen Staat und Kirche in Deutschland zu dienen, ganz im Sinne des Papstes, der seinerseits allerdings hoffte, auf diesem Wege Unterstützung zur Wiederherstellung seiner weltlichen Souveränität zu erlangen. In dem österreichischen Prälaten Johannes de Montel (1831–1910) besaß der Breslauer Fürstbischof einen ungewöhnlich einflußreichen Vertrauensmann am Vatikan, der Kopps Interessen mit Erfolg vertrat und umgekehrt sämtliche vatikanischen Interna nach Breslau berichtete.

Das Verhältnis des Fürstbischofs zur Kurie änderte sich nach 1903, als mit Pius X. (1903–1914) ein Papst regierte, dessen Wahl erst erfolgt war, nachdem durch das österreichische Veto gegen Rampolla – das Kopp dem Kardinalstaatssekretär (1887–1903) seit Jahren mehrfach angekündigt hatte – der aussichtsreichste Kandidat für die Tiara ausgeschieden war. Zu dem in der Behandlung kirchenpolitischer Fragen unerfahrenen Pius X. fand der Breslauer Kardinal keinen rechten Kontakt,

noch weniger zu dessen Kardinalstaatssekretär (1903–1914) Merry del Val. Ihm wie schon seinem Vorgänger Rampolla machte der Fürstbischof eine Abwendung der kurialen Politik vom Dreibund und eine Zurücksetzung deutscher Interessen zum Vorwurf.
Von dem Bestreben geleitet, weiterhin allein als Mittelsmann zwischen der Kurie und der Reichsleitung zu fungieren, vermochte Kopp alle Versuche zu vereiteln, einen deutschen Kurienkardinal zu erhalten, obgleich sich sogar Kaiser Wilhelm II. über Jahre hin mit Nachdruck dafür einsetzte. Das gleiche galt vice versa für die vom Vatikan immer wieder versuchte Errichtung einer päpstlichen Nuntiatur in Berlin. Schon der Nuntius in München – zumal in der Person des deutschen Dominikaner-Erzbischofs Andreas Frühwirth (1907–1915) – war dem Kardinal wenig sympathisch.
Eine ernsthafte Einbuße seines Einflusses am Vatikan erlebte der Fürstbischof in der zweiten Hälfte des Pontifikats von Pius X., nachdem er lange genug die »Brücke zwischen der Kurie und Deutschland« gebildet hatte, wie dieser Papst wiederholt die Mittlerstellung des Breslauer Kardinals umschrieben hatte. Der Wandel hing mit Kopps Stellung im Gewerkschaftsstreit zusammen, der die letzten Lebensjahre des alternden Kirchenfürsten verdüsterte.

VII

Die Zäsur im Leben und in der kirchenpolitischen Wirksamkeit Kopps liegt im Jahre 1909, nachdem der Kardinal eine lebensgefährliche Erkrankung überstanden, von diesem Zeitpunkt an jedoch seine alte Spannkraft eingebüßt hatte. Er vermochte seitdem nicht mehr, nach seinen eigenen Worten, »alles sicher zu übersehen«; er zeigte sich den «vielen auf ihn einstürmenden Fragen nicht mehr voll gewachsen«. Im Oktober 1910 erklärte der Kölner Erzbischof (1902–1912) Kardinal Fischer gegenüber dem Redakteur der »Kölnischen Volkszeitung«, Karl Hoeber: Kopp sei ein kranker Mann, »der nicht mehr weiß, was er schreibt und sagt«; er befände sich oft in einer solchen Gemütsverfassung, daß man ihn nicht mehr voll verantwortlich machen könne »für alles, was er tut«. Diese Zitate illustrieren einen Vorgang, der mit dem Hinweis auf ein Nachlassen der Kräfte des 73jährigen Oberhirten (der 1912 erneut lebensgefährlich erkrankte), verbunden mit zunehmender Altersstarre, allein nicht zu erklären sind. Die Verhärtung in den politischen Ansichten des Fürstbischofs und seine schroffen Reaktionen stehen in engem Zusammenhang mit einer Veränderung des politischen Klimas, das in seinem Sinne mitzugestalten Kopp nicht mehr gelang. Das war zum einen

die Folge der Strukturveränderungen im Zentrum, auf das der Kardinal keine Einwirkungsmöglichkeiten mehr besaß. Zum andern konnte der Fürstbischof zu dem seit 1909 amtierenden Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg keinen persönlichen Zugang gewinnen. Da sich auch der Kaiser schon seit Jahren systematisch jeder Unterhaltung mit Kopp entzog, drohte dessen Draht nach Berlin abzureißen.

An der Kurie stand Kardinalstaatssekretär Merry del Val auf dem Höhepunkt seines Einflusses. Er war Kopp um so weniger gewogen, je mehr Pius X. im Zeichen des von ihm verfolgten integralen Kurses in eine Abfolge von diplomatischen Schwierigkeiten mit Berlin geriet, wobei die Kurie – wiederholt auch auf Betreiben von Kopp – nachgeben mußte (Anti-Modernismus-Eid, Borromäus-Enzyklika). Schließlich war Kopp nach dem Tode von Prälat de Montel (22. November 1910) gezwungen, ausschließlich den direkten Weg an den Papst bzw. an den Kardinalstaatssekretär zu beschreiten, ohne von gegenläufigen Strömungen aus Deutschland immer rechtzeitig informiert zu werden und entsprechend reagieren zu können.

Alle diese Umstände trugen dazu bei, daß Kopp im Gewerkschaftsstreit, der die deutschen Katholiken über Jahre hin in zwei sich heftig befehdende Lager spaltete, in die Isolierung geriet. Offensichtlich erkannte er auch zu spät das starke Interesse der Reichsleitung an der Existenz der interkonfessionellen Gewerkschaften als Bollwerk gegen die rasch wachsende Sozialdemokratie. Kopp war nicht in der Lage zu vermitteln, da er selbst mitten in diesen Auseinandersetzungen stand, und zwar auf der Seite der integralen Minderheit, der kleinbürgerlich-konservativen »Berlin-Trierer Richtung«.

Der Fürstbischof befürchtete von der sich rasch ausbreitenden christlichen Gewerkschaftsbewegung eine »Abschwächung des Glaubensbewußtseins« durch zu starke Betonung rein wirtschaftlicher Gesichtspunkte und als Folge davon eine »Überführung breiter Massen der Katholiken in das Lager der Sozialdemokratie«, wie er 1912 dem preußischen Kultusminister schrieb. Dabei spielte es eine Rolle, daß die Christlichen Gewerkschaften den Streik als Waffe im Arbeitskampf bejahten, und daß ihre Tätigkeit jeglicher Kontrolle der kirchlichen Obrigkeit entzogen blieb. Eine Förderung der »Dekatholisierung« der »gebildeten Kreise« befürchtete Kopp von der Zeitschrift »Hochland«. Er bekämpfte auch die Tätigkeit des Mönchengladbacher »Volksvereins für das katholische Deutschland«, der religiöse und sozialpolitische Massenschulung betrieb. In der sozialen Frage im weitesten Sinne vertrat der Kardinal den Standpunkt eines Unternehmers patriarchalischen Zuschnitts. Im übrigen lehnte er nicht nur für die katholischen Arbeiter eine interkonfessionelle Betätigung ab, sondern wandte sich genauso gegen interkonfessionelle Bestre-

bungen im Katholischen Kaufmännischen Verein und im Katholischen Frauenbund.

Daß sich die Fronten im Gewerkschaftsstreit derart verhärteten, lag an dessen Zusammenhang mit dem »Integralismusstreit«. In diesem Ringen unterlief Kopp, der jahrzehntelang eine versöhnliche Haltung an den Tag gelegt hatte, eine Abfolge von Fehlgriffen. Sie resultierten daraus, daß er sich im Prinzip mit den integralistischen Intentionen Pius' X. einig wußte, ohne aber noch in der Lage zu sein, die Entwicklung in Deutschland und die Kräfteverhältnisse im politischen und sozialen Bereich richtig abschätzen zu können. Als im September 1910 ein Privatschreiben Kopps vom 12. Januar des gleichen Jahres bekannt wurde, in dem der Kardinal von der »Verseuchung des Westens« gesprochen hatte – gemeint war die befürchtete Verwässerung der katholischen Grundsätze durch den religiösen wie politischen Interkonfessionalismus, der seinen Schwerpunkt im Rheinland besaß –, steigerten sich die gegenseitigen Beschuldigungen zu ungewöhnlicher Heftigkeit.

Trotz der im September 1912 publizierten Enzyklika »Singulari quadam«, die sich für eine Duldung der Christlichen Gewerkschaften aussprach, deckte der Breslauer Kardinal weiterhin mit seiner Autorität das Treiben einer Handvoll querköpfiger Integralisten. Dabei verstrickte er sich in Pressepolemiken und ließ sich zu persönlichen Angriffen auf die Bischöfe von Köln und Paderborn hinreißen, die erst auf dem Totenbett von Kopp zurückgenommen wurden. Auch Pius X. fühlte sich von Kopp im Stich gelassen, da er dem Fürstbischof den Entwurf der umstrittenen Enzyklika rechtzeitig hatte zugehen lassen, ohne eine Beanstandung zu erhalten. Die Folge war, daß sich Kopp zu Beginn des Jahres 1914 in einer nie gekannten Isolierung befand.

Sein plötzlicher Tod am 4. März 1914 im österreichischen Troppau, wo er einer Session des österreichischen Landtags präsidierte, wurde nicht nur in der Führung des Zentrums, des Volksvereins und der Christlichen Gewerkschaften mit Aufatmen zur Kenntnis genommen. Sein Grab fand er im Dom zu Breslau. Alle Beileidsbekundungen von Kaiser und Papst, aus dem staatlichen und politischen Bereich vermochten nicht darüber hinwegzutäuschen, daß der Tod dieses Kirchenfürsten eine Entspannung des Verhältnisses zwischen Reich und Kurie und damit der verhärteten Fronten im deutschen Katholizismus bedeutete.

VIII

Für eine Würdigung der kirchenpolitischen Tätigkeit von Kopp ist es sinnvoll, sich Ausgangspunkt und Zielsetzung des Fürstbischofs ins Ge-

dächtnis zu rufen. In einem Schreiben Kopps vom 6. April 1884 an Bismarck heißt es, daß ihm die »Liebe zum Vaterlande« einen Weg weise, »in engem Anschluß an die Staatsregierung« seines Amtes zu walten. Zwei Jahre später war ganz ähnlich in der ersten Stellungnahme des Bischofs im Herrenhaus die Rede von der »Liebe, dem Interesse und dem Sinn für die Würde und die Größe des Vaterlandes«, die jedem »Landeskinde« innewohne.

In diesem durchgehenden Bekenntnis zum Vaterland, das angesichts der Unterdrückung der Kirche im Kulturkampf alles andere als selbstverständlich war und ein Vorbild für die politisch oppositionell eingestellte katholische Volksminderheit abgeben sollte, liegt der eine Schlüssel für das Verständnis von Kopps Verhalten. Der Fürstbischof wollte verhindern, daß diese Minderheit in einen »verhängnisvollen Gegensatz« zu den »patriotischen Empfindungen der großen Mehrheit ihrer Mitbürger« geriet, wie er 1895 einmal schrieb. Den zweiten Schlüssel finden wir in der Überzeugung des Kardinals, daß der Kirche zur Erfüllung ihrer Aufgaben nur eine friedliche Entwicklung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche sowie zwischen den Konfessionen und Nationalitäten dienlich sei. Kopp wollte infolgedessen alles getan wissen, um zur Herstellung bzw. Sicherung eines solchen Zustands zu gelangen: auch um den Preis, für die Arbeit an diesem Werk nicht überall verstanden und selbst aus den eigenen Reihen kritisiert zu werden.

Sein Bestreben blieb es, einen Konfliktsfall zwischen Staat und Kirche gar nicht erst aufkommen zu lassen oder aber behilflich sein, ihn so rasch wie möglich beizulegen. Aus diesem Grunde lag Kopp so viel an einer Fühlungnahme mit den staatlichen Machthabern, nachdem er sich bis etwa 1910 im Vatikan jederzeit verstanden und, wenn notwendig, gedeckt wissen konnte. Aus diesem Grunde zählte der Kardinal auch zu den Verteidigern der kirchlichen Autorität, der er seine einzigartige Stellung verdankte.

Die persönliche Wertschätzung, die Kopp insbesondere bei Wilhelm II. besaß, und seine einflußreiche Stellung in Berlin trugen dazu bei, ihn im Vatikan »aufzuwerten«. Genauso kam umgekehrt das Vertrauen, das er bei Leo XIII. besaß, seiner Position gegenüber der Reichsleitung und der preußischen Staatsregierung zugute. Am 3. Mai 1903 erklärte der Papst dem Kaiser bei dessen drittem Besuch im Vatikan: Auf Kopp könnten sie sich beide verlassen, »weil er offen und wahr sei und einem immer die Dinge vortrage, wie sie wirklich lägen«.

Wenn Reichskanzler Fürst Bülow im Dezember 1906 zum 25jährigen Bischofsjubiläum Kopps seiner Überzeugung Ausdruck verlieh, daß die Geschichte einst den Kardinal zu jenen Männern zählen werde, die den Ausgleich zwischen staatlichen und kirchlichen Interessen »hervorragend

gefördert haben«, so trifft dieses sehr allgemein gehaltene und in manchen Nachrufen auf Kopp (1914) noch weitaus deutlicher formulierte Urteil zu. Der streng kirchlich gesinnte Kardinal hat der katholischen Kirche und dem bischöflichen Amt in seiner Diözese zu neuem Ansehen verholfen. Vielleicht darf man Kopp als den bedeutendsten Breslauer Fürstbischof bezeichnen.

Allerdings führte das Bemühen des Kardinals, die katholische Volksminderheit mit dem deutschen Nationalstaat preußischer Prägung zu versöhnen, auch dazu, daß mit der monarchisch-konservativen Grundlage dieses Staates dessen imperialistische Ausprägung unkritisch akzeptiert wurde. Im »Hurrapatriotismus« beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs, in den auch die deutschen Katholiken, die die Stunde ihrer nationalen Rehabilitierung gekommen sahen, einstimmten, wurde deutlich, daß der wesentlich von Kopp mitgeschaffenen concordia sacerdotii et imperii eine Problematik innewohnte, deren Ausmaß zu erkennen den Zeitgenossen schwerlich möglich gewesen ist.

Hugo Stehkämper

Julius Bachem (1845–1918)

»Was ist alles in der weiten Welt und im lieben deutschen Vaterland passiert während der mehr als 40 Jahre journalistischer Tätigkeit, die ich unter so bedeutungsvollen Zeitumständen begann: Deutsch-französischer Krieg, Vatikanisches Konzil, Ausbruch des ›großen Kulturkampfes‹, Gründung der Zentrumsfraktionen des Deutschen Reichstages und des Preußischen Abgeordnetenhauses. Alle wichtigen Ereignisse, soweit sie das Deutsche Reich betreffen, habe ich sozusagen mit der Feder in der Hand begleitet.« Als Julius Bachem dies 1913 in den »Erinnerungen eines alten Publizisten und Politikers« niederschrieb, hätte er den aufgezählten Geschehnissen den Zentrums-, Modernismus- und Gewerkschaftsstreit seit 1906 noch beifügen können; und damals standen ihm noch die Auseinandersetzungen um die Kriegszielpolitik bevor. Allzu bescheiden nahm er für sich in Anspruch: »Bei einzelnen bedeutungsvollen innerpolitischen Fragen ist das Eingreifen der ›Kölnischen Volkszeitung‹ vielleicht nicht ohne Einfluß gewesen.« Geschwiegen hat er in dieser Rückschau vor allem von seiner wohl nachhaltigsten Lebensleistung: Seine Einsichten über das Wesen des Zentrums orientierten diese Partei über ihren geistigen Standort und klärten ihr weltanschauliches Selbstverständnis. Von seinen Ideen führt eine gerade Linie zum Wesen und Selbstverständnis einer heute bestehenden großen Partei der Bundesrepublik Deutschland.

I

Julius Bachem wurde am 2. Juli 1845 in Mülheim a. d. Ruhr geboren. Der Vater betrieb dort ein Geschäft mit Farb- und Kolonialwaren. Rastlos und fleißig brachte er es in die Höhe. Dabei mußte die ganze Familie helfen. Der Sohn gedachte des Elternhauses in Dankbarkeit und Freude: »So bescheiden die Verhältnisse waren, so fröhlich war meine Jugendzeit. Allerdings verlangte schon früh die Arbeit ihr Recht. Ehe die Schulaufgaben erledigt waren, gab es keine Erlaubnis zu jugendlichem Spiel. ... Die unerbittliche Gewöhnung im Elternhause an pünktlichste Pflichterfüllung ist für mein ganzes Leben von größter Bedeutung gewesen. Ich

habe kaum jemals etwas auf den anderen Tag übergehen lassen, was mit Aufbietung aller Kraft an demselben Tage fertiggestellt werden konnte. Ex pede agere! blieb die Losung.« Dennoch fand Bachem genügend Zeit, die Mülheimer Umgebung zu durchstreifen. Damals legte er den Grund für seine kenntnisreiche Liebhaberei zur Insektenkunde.

Nach der Tertia der Realschule verließ Julius Bachem die Heimat und bezog die unweit Aachen in den Niederlanden gelegene Unterrichtsanstalt Rolduc. Zwei Jahre besuchte er die Handelsschule; danach wechselte er zum gymnasialen Zweig über. Latein und Griechisch wurden dort nach französischen Lehrbüchern, Mathematik nach holländischen erteilt. Namentlich im Gebrauch des Französischen fühlte sich Bachem seitdem sattelfest. Den Deklamationsübungen und dem Schultheater schrieb er seine frühe Sicherheit im öffentlichen Auftreten zu. Das Abitur konnte er freilich nur an einer deutschen Schule ablegen. Der Übergang auf die Unterprima des Essener Gymnasiums gelang nicht; ein halbes Jahr später hat er es in Kempen versucht, und zwar auf Anhieb mit Glück. Beim Abitur erließ man ihm die mündliche Prüfung. Von seiner kurzen deutschen Schulzeit aber behielt er die besten Erinnerungen: »Es ist etwas Schönes um das gute, alte deutsche Gymnasium. Man sollte nur nicht zuviel daran herumexperimentieren.«

Das Studium begann er zum Wintersemester 1864/1865 in Bonn mit neueren Sprachen und Naturwissenschaft, sattelte jedoch nach zwei Semestern zur Juristerei über. Während des einen Sommersemesters 1866 in Berlin erlebte er aus der Nähe des Blindsche Attentat gegen Bismarck; gegen dessen österreichischen Krieg bemerkte er in der Bevölkerung allenthalben eine gereizte Stimmung. Von den Berliner Professoren beeindruckten ihn am meisten der Strafrechtler Gneist, in Bonn waren es Boecking, der römisches, und Bauerband, der rheinisches Recht lehrten. Nach eigenen Worten schweigt von seinem Auskultatorexamen besser des Sängers Höflichkeit: »Es wurden zu jenen Zeiten glücklicherweise lange nicht so viel Detailkenntnisse verlangt; man sah sich den Kandidaten mehr darauf an, ob er ein wenig juristisch zu denken wußte.«

Da Julius Bachem dem Vater versprochen hatte, sich am Ende des Studiums sofort auf eigene Füße zu stellen, sprach er bei dem Kölner Zeitungsverleger Joseph Bachem (1821–1893), einem Vetter seines Vaters, wegen Beschäftigung vor. Schon früher hatte er Artikel gegen die Abschaffung, aber für die Reform der akademischen Gerichtsbarkeit eingesandt; auch war er gegen den Historiker Heinrich v. Sybel aufgetreten, der als Rektor eine antipäpstliche Demonstration an der Bonner Universität erlaubt, eine Gegenkundgebung der katholischen Studenten jedoch untersagt hatte. Der Verleger verlangte weitere Probearbeiten. Den Ausschlag für die Anstellung gab indessen August Reichensperger (1808 bis

1895); er riet Joseph Bachem, »sich den jungen Mann warm zu halten«. An dem berühmten Appellationsgerichtsrat aber fand Julius Bachem bald einen politischen und parlamentarischen, einen väterlichen Freund. So begann er im Sommer 1868 bei den »Kölnischen Blättern«, die seit dem 1. Januar 1869 als »Kölnische Volkszeitung« erschienen, eine regelrechte Lehre. Daneben durchlief er gewissenhaft die vorgeschriebenen Stationen des juristischen Vorbereitungsdienstes. Es war schon eine Leistung, daß er – zum eigenen Erstaunen – die Assessorprüfung mit Prädikat bestand. Darauf fand er sich am Scheidewege: »Nach meiner Ernennung zum Advokaten am Kölner Landgericht ergab sich dann aber bald die Notwendigkeit, zwischen der Juristerei und der Journalistik zu optieren: die beiden Pferde ließen sich nicht länger zusammen führen. Die Journalistik siegte. Wen sie einmal hat, den läßt sie nicht leicht wieder los.«

II

In der Redaktion der »Kölnischen Volkszeitung« leistete der Anfänger bald die Hauptarbeit; die Leitung ging in steigendem Maß auf ihn über. Als politische Richtung wies ihm der Verleger »die Propagierung des Zentrumsgedankens und die Vertretung der Zentrumspolitik«. Daraus wurde Bachems Lebensaufgabe. Als 1871 im Reichstag und im Preußischen Abgeordnetenhaus die Zentrumsfraktionen gegründet wurden, begleitete er deren Bildung mit einer Reihe von Artikeln; die darin geäußerten Gedanken waren von maßgebendem Einfluß; er faßte die Aufsätze deswegen 1874 in der anonymen Schrift »Das Zentrum im Landtag und im Reichstag« zusammen. Hat Bachem publizistisch mit innerer Begeisterung die parlamentarischen Vertretungen des Zentrums aus der Taufe heben helfen, so hat er das Wachsen der Gesamtpartei bis an sein Lebensende mit Tatkraft und in nimmermüder Treue gefördert.

Anfang 1876 stellte der Verleger neben Julius Bachem noch den Bonner Privatdozenten der Geschichte Dr. Hermann Cardauns (1847–1925) als Hauptredakteur ein; beide sollten für den innenpolitischen Teil der Zeitung gleichberechtigt sein. Diese auf den ersten Blick problematische Doppelköpfigkeit hat sich großartig bewährt. Nicht nur festigten sich seitdem die bis dahin wechselvollen Personalverhältnisse in der Redaktion, durch beider Zusammenarbeit steigerte sich vor allem die Qualität des Blattes. Cardauns schrieb später: »Die Übereinstimmung in grundsätzlichen Fragen war stets vorhanden, und bei Meinungsverschiedenheiten in Fragen des Tones, der Taktik und Zweckmäßigkeit wurde bei gegenseitigem Nachgeben immer unschwer eine Verständigung erzielt. Ich habe meinen Kollegen stets als denjenigen anerkannt, welcher die Richt-

linien unserer Politik anzugeben hatte; er war der Jurist, der Parlamentarier und Kommunalpolitiker, der über eine ungeheure Personalkenntnis und eine Menge einflußreicher Verbindungen verfügte; aufs höchste schätzte ich seine rasche Auffassung, sein sicheres Treffen des Kernpunktes, alle jene eigentlich politischen Eigenschaften, die ihn zu einem Liebling Windthorsts machten, seinen manchmal fast divinatorischen Scharfsinn.«

Umgekehrt profitierte Bachem von Cardauns' historischer Schulung, philologischer Akribie und ausgebreiteter Allgemeinbildung. »Ein ganz gewöhnlicher Vorgang« war, daß sie einen Leitartikel entweder gemeinsam schrieben oder der eine den des anderen gründlich überarbeitete. Im allgemeinen lagen Cardauns mehr die kirchenpolitischen und historisch-politischen Fragen, während Bachem die staatsrechtlichen und sozialpolitischen bevorzugte. Julius Bachem und Hermann Cardauns machten aus dem Lokalblatt ein maßgebendes Organ der Zentrumspartei und des deutschen Katholizismus überhaupt. Das Ansehen der »Kölnischen Volkszeitung« zog alsbald mit dem der liberalen »Kölnischen Zeitung« gleich; von allen Zentrumszeitungen erzielte sie vor und nach dem Ersten Weltkrieg die höchste Auflage.

Als Bachem seine Journalistenlaufbahn begann, gab es kaum katholische Tagesblätter und erst recht keine politische Zentrumspresse. Je mehr sich der Kulturkampf zuspitzte, desto zahlreicher schossen vielerorts, vornehmlich im Rheinland und in Westfalen, Zeitungen empor, die die Kirchenpolitik der preußischen Regierung bekämpften. Zur Stärkung der Schlagkraft gegen den übermäßigen, nicht zum wenigsten von Bismarck ausgehenden staatlichen Druck stellte sich bald die disziplinierte Befolgung einer einheitlichen Linie als unabweislich heraus. Dazu wurde 1878 der »Augustinus-Verein zur Pflege der katholischen Presse« gegründet; der Krefelder Verleger Heinrich Otto war führend daran beteiligt. Julius Bachem spielte darin eine wichtige Rolle; er hielt fast regelmäßig das politische Referat oder Korreferat auf den Generalversammlungen.

Wilhelm Hankamer, Chefredakteur der »Essener Volkszeitung«, entgegnete dort am 27. Februar 1912 auf Behauptungen wegen der angeblichen Bachem-Hörigkeit des Vereins: »Es könnte nur dringend gewünscht werden, daß allenthalben die Bestimmungen der preußischen Verfassungsurkunde: ›Jeder Preuße hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern‹, so gehandhabt werde wie innerhalb der Berufsvereinigung der katholischen Presse. Weder üben dort die so viel, aber sehr zu Unrecht arg geschmähten Bachemiten einen alles beherrschenden Einfluß aus, noch suchen sie, so etwas zu tun. Dagegen wird ihre ersprießliche Mitarbeit nicht nur gerne gesehen, sondern dringend gewünscht. Eine Generalversammlung des Augustinus-Vereins ohne Justizrat Julius Bachem wäre gleich

zu achten einem Festtagsbraten, bei dem die Köchin das Salz vergessen hat.« Bachem sparte dort nicht mit Kritik; er bekämpfte besonders »die Neigung zu gehässiger persönlicher Polemik«. Andererseits verkannte er nicht die wachsende Bedeutung der dem Augustinus-Verein angeschlossenen Blätter, ob diese nun streng hinter dem Zentrum standen oder lediglich allgemein katholische Interessen vertraten. Sein großes Anliegen bei den jährlichen Berliner Hauptversammlungen war der regelmäßige Meinungsaustausch zwischen den Zentrums-Parlamentariern und den Journalisten. In der Tat hat er sich damit der »Aufrechterhaltung der Einigkeit und Geschlossenheit der Partei in hohem Maße dienlich erwiesen«.
Bis zu seinem Ausscheiden aus der Redaktion der »Kölnischen Volkszeitung« im Jahre 1915 war Julius Bachem einer der führenden Vertreter der öffentlichen Meinung im deutschen Katholizismus und darüber hinaus. Verdankte er diesen Rang vor allem seiner unabhängigen und verantwortungsbewußten Urteilsbildung, so gründete sein Können auf der vollkommenen Beherrschung der Technik und Praxis seines Berufs. Seine gesammelten Erfahrungen hat der gereifte Mann 1906 niedergelegt in »Allerlei Gedanken über Journalistik«. Darin lehrt er: »Würze ist die Kürze«; »Laß dich nie auf Widersprüchen ertappen«; »Frische Fische, gute Fische«. Schriftlich und mündlich verstand es Bachem meisterhaft, mit dem Wort umzugehen. Geflügelte Wendungen wie die vom »gesunden Mißtrauen« oder auch das Bild von Berlin als dem »Wasserkopf der Monarchie« hat er geprägt. Großes Aufsehen erregte er 1896, als er zwei Tage vor dem Internationalen Kongreß gegen die Freimaurerei in Trient den »Fumisten«-Schwindel des Leo Taxil aufdeckte; dieser setzte bei seinen geradezu widersinnigen Erfindungen über Freimaurer auf die Leichtgläubigkeit und Kritiklosigkeit von Katholiken. Wahrscheinlich wollte Taxil eines Tages seinen Unfug platzen lassen und die Anhänger, die ihm bis dahin gefolgt waren, bloßstellen. Julius Bachem hatte durch seine Aufmerksamkeit die deutschen Katholiken vor einer großen Blamage bewahrt.

III

Zum frühest möglichen Zeitpunkt wurde Julius Bachem auch in der Politik aktiv. Als er 1875 eben das vorgeschriebene 30. Lebensjahr vollendet hatte, gelangte er ins Kölner Stadtparlament. Gerade damals wogten in der Domstadt die Kulturkampfleidenschaften besonders hoch. Eine liberale Lokalzeitung hatte geschrieben: »Auch der letzte Schwarzkittel muß aus dem Stadtrat heraus.« In der Tat gab es darin außer Bachem nur noch einen Zentrumsmann. Das lag an dem auf der Einkommenshöhe basierenden Dreiklassenwahlrecht, welches in Köln die Liberalen unver-

hältnismäßig bevorzugte. Eine seiner Wiederwahlen schaffte der Redakteur mit gerade einer Stimme Mehrheit. »Die politischen Gegensätze waren zeitweise auch im Stadtverordnetenkollegium aufs äußerste zugespitzt. Da mir vorzugsweise die Vertretung der Anschauungen der Zentrumspartei in politischen, kirchenpolitischen und Schulfragen oblag, werde ich wohl, meinem Temperamente entsprechend, zuweilen allzu scharf aufgetreten sein. Trotzdem waren die persönlichen Beziehungen auch zu Mitgliedern der liberalen Mehrheit angenehme.«

Von der allgemeinen Stimmung mitgerissen, trat auch Bachem für die Beseitigung der einzigartigen mittelalterlichen Stadtmauer ein. Über die Folgewirkungen der damaligen Kölner Eingemeindungen hat er sich nach späterem Geständnis schwer getäuscht. Im übrigen brachte er der Rheinmetropole, die er als seine zweite Heimat ansah, große Liebe entgegen, war ein eifriger Verehrer ihrer Fastnacht und bezeugte ihren Typen, wie er sie in Gestalt der »Kappesboore« im Kirchenvorstand von St. Ursula kennengelernt hatte, eine rührende Anhänglichkeit.

Auf noch größere politische Auseinandersetzungen traf Julius Bachem im Preußischen Abgeordnetenhaus, in das er 1876 für den Wahlkreis Sieg-Mühlheim/Rh.-Wipperfürth einzog. Hier erlebte er die stürmischen Kulturkampfdebatten, lernte er trotz der politischen Gegnerschaft Bismarck bewundern, stritt er an der Seite der alten Zentrumsrecken Windthorst, Burghard v. Schorlemer-Alst, der beiden Reichensperger; hoch schätzte er besonders den protestantischen Zentrumshospitanten Dr. Brüel. Beobachtet hat er auch, wie der Abgeordnete Friedrich Wilhelm Weber auf der Rückseite von Parlamentsdrucksachen an seinem Epos »Dreizehnlinden« dichtete. Für Bachems eigene gründliche Vertiefung in Kulturkampffragen ist das auf Bitten von Windthorst entstandene Buch von 1884 »Preußen und die katholische Kirche« bezeichnend; bis an die Wurzeln in der Reformationszeit grub er den kirchenpolitischen Streitkomplex aus.

Mit Bedacht unterstützte er publizistisch auch Windthorsts Bemühen, abseits vom Kulturkampf, der das Zentrum isolierte, den übrigen Parteien Annäherungs- oder gar Verständigungsmöglichkeiten anzubieten. Als die gegenseitige Entfremdung einen Tiefpunkt erreicht hatte, brachte der Zentrumsabgeordnete Graf Galen 1877 seinen epochalen Antrag wegen umfassender Schutzgesetzgebung für den industriellen Arbeiter ein. Julius Bachem flankierte mit einer Artikelserie: »Wir verstehen uns einander nicht mehr!« Nur notgedrungen, so suchte er zu überzeugen, wäre das Zentrum kirchliche Kampfpartei; vorziehen würde es fortschrittliche Arbeit für Volk und Staat in Gemeinschaft mit anderen verantwortungsbewußten Parteien.

Der Wille zu sachlicher Zusammenarbeit war bei ihm mit vornehmer

Behandlung des politischen Gegners verbunden. Als die hochkonservative »Kreuzzeitung« am Tage nach Bismarcks Sturz »für den gefallenen Kanzler nur ein Achselzucken übrig« hatte, riet Bachem der Zentrumspresse »große Zurückhaltung« im Urteil an: »Mancher Knirps unter den modernen Staatsmännern hat nicht entfernt die Selbstverleugnung auf kirchenpolitischem Gebiet geübt wie der mächtigste Minister, den die Neuzeit hervorgebracht.«

Geradezu aufgerüttelt hatte eine andere politische Schrift, die Bachem zusammen mit Hankamer über die Paritätsfrage 1897 erstmals veröffentlichte. Mit erdrückendem statistischem Beweismaterial behandelte er darin die Zurücksetzung von Katholiken in öffentlichen Stellungen. Bachem redete dabei nicht einer mechanischen Gleichberechtigung das Wort und maß auch dem katholischen Volksteil ein gut Teil Eigenschuld an seiner Inferiorität zu. Der sichere und auch weitschauende politische Blick des Verfassers erhellt am besten daraus, daß diese Frage bis heute von Bedeutung geblieben ist.

Weitere Schwerpunkte der politischen Arbeit Bachems waren die Milderung, möglichst Beseitigung des plutokratischen Dreiklassenwahlrechts in Staat und Gemeinden, die Arbeit an einer sozial gerechten Steuerreform durch den Staat mit verbessertem Schutz für die wirtschaftlich Schwachen. Sein Einfluß in diesen Fragen wurde nicht geringer, als er 1890 seine Mandate in Berlin und Köln niederlegte; er verlagerte ihn nur aus den Parlamenten in Partei und Öffentlichkeit.

IV

Bachems bleibende Bedeutung liegt auf dem Gebiet der politischen Ideologie. Sein politisches Denken verstand er als geradlinige Fortsetzung der Auffassungen seines Lehrmeisters Windthorst. Schlüssig hat m. E. jedoch Martin Spahn (1875–1945) dargelegt, daß, während Windthorst von der groß- bzw. kleindeutschen Frage von 1866 nie loskam und aufgrund dieses politischen Schicksalserlebnisses in allem stets europäische Außenpolitik trieb, Bachem dagegen – mehr in der Tradition eines Peter Reichensperger (1810–1892) – sich Preußen und dem von Preußen gelenkten Reich innig verbunden fühlte. Wie die beiden Reichensperger hatte er die seit 1789 namentlich im deutschen Westen lebendige Idee der Volkssouveränität mit der traditionellen Stärke des monarchischen Prinzips in Preußen zu verbinden gesucht. Dieser Kompromiß-Konstitutionalismus – sichtbarsten Ausdruck fand er in dem von ihm 1915 herausgegebenen Sammelwerk »Zur Jahrhundertfeier der Vereinigung der Rheinlande mit Preußen« – trug schon im Ansatz, das hatte die Linke

ihm immer entgegengehalten, den Keim des Scheiterns in sich. Das zeigte sich kurz nach seinem Tod in der November-Revolution von 1918.
Kaum aber gehörte, Spahn zufolge, Bachem deswegen zu den »klugen besonnenen Taktikern« des Zentrums. Die Partei umfaßte fast alle Gesellschafts- und Wirtschaftsgruppen des Volkes; sie mußte deren unterschiedliche Interessen erst im Innern miteinander vereinbaren, ehe sie nach außen ihre politische Linie vertreten konnte: »An dem permanenten Gelingen dieses Ausgleichs hing die Existenz der Partei« (R. Morsey). Was Spahn »Taktik« nennt, war also in Wahrheit das Wesen der Zentrumspolitik. Bachem ragte durch seine praktische Pressearbeit und in seinen theoretischen Äußerungen als eine der überzeugendsten Verkörperungen dieser »Ausgleichsideologie« hervor; ihm kam darin eine »für das ihm gleichaltrige Geschlecht geradezu typische Geltung« (M. Spahn) zu. Gewinnen konnte er dafür u. a. Adam Stegerwald, als dieser in jungen Jahren in Köln die Christlichen Gewerkschaften aufbaute.
Wie stark Julius Bachem die Partei »geistig beherrschte« (M. Spahn), erwies der »Zentrumsstreit«. Bachem hatte ihn 1906 mit der Fanfare ausgelöst: »Wir müssen aus dem Turm heraus!« (Diese Wendung übernahm bereits ein Jahr später Büchmanns Lexikon der geflügelten Worte). In einem so überschriebenen Aufsatz in den Münchener »Historisch-Politischen Blättern«, Bd. 137, warnte er die deutschen Katholiken vor überspanntem Konfessionalismus im öffentlichen Leben. Er stellte heraus, daß das Zentrum – durch Windthorst seit den Anfängen – eine politische und keine konfessionelle Partei sei und verlangte, daß protestantische Politiker, wenn sie sich die politischen Ziele des Zentrums zu eigen machten, tunlichst bei der Kandidatenaufstellung berücksichtigt werden sollten. Hinter dieser Tatsachenfeststellung und dem daraus gefolgerten praktischen Ratschlag standen einmal die Wahrnehmung der von den Katholiken »aus Gewöhnung und Trägheit länger als notwendig beibehaltenen Positionen geistiger und gesellschaftlicher Inferiorität« (R. Morsey) sowie zum andern die Einsicht, daß im säkularisierten Staat eine politische Partei, die ein religiöses Bekenntnis als Existenzgrundlage wählt, weder Daseinsberechtigung noch Aussicht auf lange Lebensdauer besitzt.
Während Bachem zu dem gleichzeitigen theologischen Modernismusstreit anscheinend nicht Stellung nahm, verhehlte er in dem ebenfalls tobenden Gewerkschaftsstreit nicht seine Sympathien für das namentlich von den führenden Persönlichkeiten des Mönchengladbacher Volksvereins befürwortete Mitmachen der katholischen Arbeiter in den interkonfessionellen Christlichen Gewerkschaften. Dagegen forderte eine als »Berliner Richtung« bezeichnete Politikergruppe, die katholischen Arbeiter von den Gewerkschaften fernzuhalten und sie stattdessen in sogenannten Fachab-

teilungen im Rahmen der Katholischen Arbeitervereine zu organisieren. Im Zentrumsstreit ließen dieselben Leute für die Partei ausschließlich eine rein (daher »Integralisten«) katholische Basis gelten, weil sie von protestantischen Anhängern den Niedergang des Zentrums befürchteten und einige von ihnen sogar der Kirche ein unmittelbares Eingriffsrecht auch in außerkirchlichen Angelegenheiten sichern wollten. Sie verkannten dabei die klaren Nachteile konfessioneller Beschränkung im politischen Leben und übersahen außerdem, daß die von ihnen erstrebten katholischen Fachabteilungen niemals eine Mitgliederzahl erreichen konnten, die mit der der Gewerkschaften vergleichbar war.

So klein die Zahl der Integralisten war, so laut war ihr Entrüstungssturm. Sie verdächtigten die »Kölner Richtung«, die nicht zuletzt Bachems halber so genannt wurde, als eine »innere Gefahr« für den deutschen Katholizismus, wußten die Unterstützung des Breslauer Fürstbischofs Georg Kardinal Kopp und die des Bischofs Michael Felix Korum von Trier hinter sich und verstanden vor allem, eine Zeitlang auch Papst Pius X. gegen die »Bachemiten« einzunehmen. Führende Köpfe und entscheidende Gremien der Partei sowie die Überzahl der deutschen Bischöfe billigten jedoch das Konzept vom ausdrücklich politischen Charakter des Zentrums. Mit Adam Stegerwald und Heinrich Brauns leitete Bachem 1916 wieder interkonfessionelle Aktivitäten ein; unmittelbar nach der November-Revolution versuchte namentlich Heinrich Brauns, in diesem Sinne die Partei neu zu gestalten; und 1920 wollte Adam Stegerwald Zentrum und andere Parteien in einer »deutsch-christlich-demokratisch-sozialen« Einheitsfront sammeln, die dem Sozialismus gewachsen war. Wieder aufgenommen wurde Bachems Gedanke 1945; erst dann kam die von ihm geplante Partei zustande.

V

Angesichts der politischen und journalistischen Verpflichtungen konnte Julius Bachem an eine regelmäßige Anwaltstätigkeit nicht denken. Immerhin diente er dem 1875 verhafteten Kölner Erzbischof Paulus Melchers als Rechtsbeistand und der erzbischöflichen Behörde als Justitiar. Als der Oberhirte 1879 aus dem Ausland statt eines Hirtenbriefes eine »Unterweisung über das heilige Meßopfer« ergehen ließ, wurde gegen ihn Klage wegen Amtsanmaßung erhoben, wogegen Bachem in zwei Instanzen obsiegte. Größtes Aufsehen machte 1876 seine Verteidigung von Bewohnern des saarländischen Dorfes Marpingen. Gegen friedliche Menschenansammlungen, die auf angebliche Marienerscheinungen von drei achtjährigen Kindern hin entstanden, waren die Behörden mit Militär

und schweren Zwangsmaßnahmen eingeschritten. Als Bachem einen von Berlin in das Dorf geschickten Geheimpolizisten überführen konnte, daß er mit zweifelhaften Mitteln die Dörfler zu Vergehen hat provozieren wollen, endete der Prozeß mit Freispruch der Angeklagten.
Wie Kleinigkeiten damals zu Staatsaktionen aufgebauscht wurden, zeigte sich 1881 auch in Rheinbrohl. Der Bürgermeister hatte für das Begräbnis eines zweijährigen Kindes gegen den Ortsbrauch Kirchengeläut verlangt. Pfarrer, Kirchenvorstand und Gemeinderat setzten dem herbeigerufenen Landrat von Neuwied passiven Widerstand entgegen, indem sie sich weigerten, die Kirchenschlüssel herauszugeben. Wieder kamen Soldaten, und Arbeiter erbrachen die Kirchentür: Darauf wurde mit allen Glocken eine ganze Stunde lang zum Begräbnis des Kindes geläutet. Im Abgeordnetenhaus konnte Bachem beweisen, daß die Behörde im Unrecht war und zudem ihr Unrecht mit Gewalt und unter militärischem Schutz durchgesetzt hatte. – Einen Monsterprozeß in einer Bagatellsache hatte engstirniger Fanatismus 1882 gegen den St. Raphaelsverein zum Schutze der katholischen Auswanderer in Gang gesetzt. Bachem paukte ihn fast zwei Jahre durch viele Instanzen mit dem Ergebnis, daß gegen den Verein aus Formalgründen auf die gesetzliche Mindeststrafe, nämlich 3 Mark, erkannt wurde.
Der glänzend begabte Jurist war jedoch nicht nur ein schneidiger Praktiker, sondern auch ein fruchtbarer Theoretiker. Das am 27. Mai 1896 ergangene Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb könnte man geradezu als lex Bachem bezeichnen; den einschlägigen Kommentar verfaßte er zusammen mit seinem späteren innerparteilichen Gegner Hermann Roeren. Lange und nachhaltig hat er außerdem für die Einführung der sogenannten bedingten Verurteilung gefochten; die schweren Nachteile der kurzen Freiheitsstrafen sollten dadurch gemildert werden. Angeregt hatten ihn die segensreichen Folgen eines einschlägigen belgischen Gesetzes. In Form der bedingten Begnadigung wurde Bachems Gedanke später von der Gesetzgebung aufgenommen: Die Justizverwaltungen wurden ermächtigt, durch Verordnung eine Strafe mit Aussicht auf Erlaß im Gnadenwege bedingt auszusetzen.

VI

Bachems wissenschaftliches Interesse ging indessen über die Jurisprudenz hinaus. Es verband sich vornehmlich mit der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland. Er gehörte mit Georg Frhr. v. Hertling, Hermann Cardauns und dem Bonner Oberbürgermeister Leopold Kaufmann zu den sechs meist jungen Leuten, die im Sep-

tember 1875 im Bahnhof Rolandseck ihre Gründung planten. Und als sie auf dem Koblenzer Görresfest im Januar 1876 endgültig konstituiert wurde, bekam Bachem einen Vorstandssitz, den er über vier Jahrzehnte hinweg bis zum Tode behielt. Im Juni 1876, als in Frankfurt die Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft ins Leben trat, stellte sich Bachem deren Vorstand zur Verfügung; er hat auch 1906 vieles zur Wiederbelebung der müde gewordenen Abteilung getan.

Dieser Sektion oblag vor allem die Herausgabe des nachmals berühmten »Staatslexikons«. Seit 1877 hatte Bachem die Planung des Programms maßgeblich gestalten helfen. Als 1896 der Herausgeber Dr. Bruder starb, übernahm er die Redaktion des bis dahin schleppend erschienenen Werkes und brachte innerhalb Jahresfrist den ausstehenden letzten Band zuwege. Die Universität Löwen verlieh ihm dafür den Ehrendoktor in den Staatswissenschaften. Diese Arbeit gab ihm soviel innere Befriedigung, daß der Vielbeschäftigte auch die Betreuung der neubearbeiteten 2. und die Erstellung einer vollkommen geänderten 3. und 4. Auflage übernahm. Besonders kritisch erwog er laufend die Aufnahme neuer Stichworte. Ständig war er um die Ergänzung neuester Forschungen in die bestehenden Artikel bemüht. Schwer rang er mit manchem Bearbeiter um scharfe und richtige Scheidung zwischen feststehenden Lehren der Kirche und mehr oder minder autoritativen Schulmeinungen. Der Einheitlichkeit der Artikel galt sein unablässiges Streben und ebenso der Darstellung der gegebenen staatlichen Verhältnisse, damit jeder politische Praktiker ihm die nötigen Informationen entnehmen konnte. Obwohl der katholische Standpunkt deutlich gewahrt wurde, rühmte fast jeder der nichtkatholischen Kritiker die große Objektivität des Werkes. Wie die Qualität, so stieg auch der buchhändlerische Erfolg des Lexikons von Auflage zu Auflage. Ein Werk ohne eigenen Beitrag war für Bachem undenkbar; aus seiner Feder stammten daher wichtige Artikel: Begnadigung, bedingte; Gefängniswesen; Geschäftsordnung, parlamentarische; Gewerbekammern; Hausrecht; Kirchenpolitik, preußische; Lassalle; Schaepman; Vereins- und Versammlungswesen; Wettbewerb, unlauterer; Windthorst.

Windthorsts früheres Bedauern, daß Katholiken in der Wissenschaft weder nach Zahl noch nach Leistung den gebührenden Platz einnahmen, hatte einstmals bei der Gründung der Görres-Gesellschaft Pate gestanden. Nicht zum wenigsten half Bachem, obwohl er im strengen Sinne kein Gelehrter war, diesen Rückstand abzubauen. So sehr er sich die Görres-Gesellschaft als wissenschaftliche Heimat der katholischen und der für die katholische Weltanschauung aufgeschlossenen Gelehrtenwelt dachte, so eifrig lag ihm an der Bewahrung der ursprünglichen »volkstümlichen« Grundlagen. Fast keine der jährlichen Generalversammlungen hat er versäumt, und die Teilnehmer wiederum konnten sich diese nicht ohne

eine von Laune und Geist sprühende Stegreifrede Bachems am Begrüßungsabend vorstellen.

VII

Bitter muß Julius Bachem seine Meinungsverschiedenheit mit der Redaktion der »Kölnischen Volkszeitung« im Frühjahr 1915 empfunden haben. Ohne je einen förmlichen Vertrag mit dem Verlag geschlossen zu haben, hatte er mit Hermann Cardauns dem Blatt einen steilen Aufstieg bereitet. Zwar sah sich Bachem im Ersten Weltkrieg mit Stolz als Zeuge einer »großen, aber auch sehr ernsten Zeit«, doch wollte er den forsch nationalen Kurs, mit dem seine Vettern fast den Alldeutschen Verband zu übertreffen suchten, nicht mitsteuern. Unterschiedliche Auffassungen über die Behandlung des Dreibundpartners Italien ergaben den Anlaß für Bachems Redaktionsaustritt. Im April 1916 gehörte er dann auf einer Sitzung des Provinzialausschusses der Rheinischen Zentrumspartei, als über die U-Bootfrage und die kritische Haltung der »Kölnischen Volkszeitung« gegen Reichskanzler v. Bethmann Hollweg leidenschaftlich gesprochen wurde, zusammen mit Stegerwald und Brauns zu den Widersachern des anwesenden Mitverlegers Karl Bachem.

Zur aufsehenerregenden Konfrontation mit seinem alten Blatt aber kam es über die Frage, ob eine Diskussion der deutschen Kriegsziele schon zu jener Zeit zweckmäßig wäre oder besser bis Kriegsende ausgesetzt blieb. Nachdem er am 20. Juli 1916 im Berliner »Tag«, einem parteilich ungebundenen Organ, in einer Betrachtung »Nochmals die Kriegsziele« sich – wie die Berliner Zentrumszeitung »Germania« – gegen eine anhaltende öffentliche Besprechung der deutschen Kriegsziele und gegen die von rechts entfachte Reichskanzlerfronde gewandt hatte, deckte das freisinnige »Berliner Tageblatt« am 15. August 1916 unter der Überschrift »Bachem wider Bachem« die Unstimmigkeiten innerhalb des Zentrums auf. Es traf durchaus die Sachlage mit den Ausführungen: »Zentrumsblätter mittlerer Größe, die am treuesten die Anschauungen der Zentrumswählerschaft widerspiegeln, stehen durchweg auf der Seite Julius Bachems ... Denn tatsächlich steht die ›Kölnische Volkszeitung‹ ziemlich isoliert da. Insbesondere wird in der Reichstagsfraktion ihre Stellung von nur wenigen gebilligt.«

Dagegen fand bei den Zentrumsparlamentariern des Preußischen Abgeordnetenhauses, die allerdings in der Politik des Reiches weniger maßgeblich waren, Pater Joseph Froberger, der Vertrauensmann der Verleger, Beifall für die Haltung des kölnischen Organs: »Man bedauerte in den Kreisen der Zentrumsabgeordneten den Austritt von Julius Bachem aus der ›Kölnischen Volkszeitung‹ zunächst sehr lebhaft und betrachtete

ihn als einen Mißgriff. Es habe sich aber jetzt herausgestellt, daß es für die ›Kölnische Volkszeitung‹ und für die Partei ein Segen war. Nämlich die von Julius Bachem betriebene Reichskanzlerpolitik hätte der Partei die größten Verlegenheiten bereitet und schweren Schaden gebracht.«
Wenige Monate später, als Bethmann Hollweg ging, schienen in der Tat Julius Bachems Gegner in ihrer Meinung bestätigt. Doch der ausbleibende Sieg war kein Kanzlerproblem, und die Annexionspolitik der Kölner Zeitungsverleger half am allerwenigsten, ihn herbeizuzwingen. Daß sie überflüssig war, bewies das Kriegsende; daß sie darüber hinaus den deutschen Ruf im feindlichen und neutralen Ausland bleibend belastete, spürte das deutsche Volk während der gesamten Weimarer Zeit. Bachems Überzeugungen, deretwegen er im Alter von 70 Jahren nach 47 Jahren hingebender Tätigkeit – übrigens ein bei Journalisten seltenes Beispiel von Verlegertreue – mit seiner Zeitung und seinen Verwandten brach, kamen dem Zentrum während des November-Umsturzes außerordentlich zugute und erleichterten der Partei den Weg in die neue Zeit. Die Verleger der »Kölnischen Volkszeitung« hingegen waren zunächst politisch diskreditiert.

VIII

Am Abend seines Lebens erlebte Julius Bachem einige seiner Weggenossen auf Ministerstühlen und den Freund Hertling sogar als Reichskanzler. Er war schlichter Schriftleiter geblieben. Dem Titel seiner erweiterten Erinnerungen zufolge sah er sich selbst als »Publizist und Politiker«. Zu Recht bezeichnete er damit, zieht man zum Vergleich das Bild einer Ellipse heran, die beiden Brennpunkte seines in sich überaus geschlossenen Lebenswerkes. So gern er Jurist war, seine spektakulären Prozesse übernahm er als Politiker; die Sachverhalte sicherten seinen forensischen Auftritten von vornherein große Publizität. Nicht als Jurist, sondern als Politiker leitete er seine Gesetzesinitiativen ein; die damit zusammenhängende rechtswissenschaftliche Schriftstellerei galt ihm als sachgemäße Publizistik.
Politische Zwecke verfolgte seine methodisch saubere historische Publizistik, die dem Verhältnis Preußens zur katholischen Kirche und zu den Rheinlanden galt. »Geistige Propaganda«, nicht bloß wissenschaftlichen Nutzen dachte er unbefangen auch dem Staatslexikon zu: Es sollte durch seinen »katholischen Standpunkt« »auf gemäßigtem und friedlichem Wege« dahin wirken, daß »der Staat nicht als absoluter Selbstzweck, sondern als zeitlich notwendiges Glied in der großen Gottesordnung erscheint«; ein zutiefst politisches Wollen. Publizistik war ihm nicht nur, wie er es in »Allerlei Gedanken über Journalistik« ausdrückte, das »Ein-

zelwerk des Tages«, sondern sie hatte auch eine breite Nutzanwendung der von der Wissenschaft erzielten Ergebnisse zu fördern, die er z. T. selbst erarbeitet hatte.

Durch diese strenge Auffassung von einer derart in der Wissenschaft fundierten Publizistik bekam auch seine Sicht von Politik eine bis dahin ungewohnte Tiefendimension. Der gedankliche Gehalt aller politischen Betätigung mußte nach ihm bis zu den letzten rechtlichen und weltanschaulichen Grundlagen hinab ermittelt, logisch geordnet und zu jedermanns Nachprüfung dargestellt werden: »Durch ihn wurde das Staatslexikon zu dem köstlichen Spiegel, worin die das parlamentarische Verhalten des Zentrums regelnden Gedankengänge fast ungebrochen, in schöner Klarheit und Ordnung aufblinken« (M. Spahn). Ganz von selbst, wenngleich seine Ratschläge zu aktuellen Einzelfragen oft eingeholt wurden, wurde Julius Bachem von der praktischen Politik abgelenkt und auf die ideologische Grundlegung der Politik seiner Partei hingewiesen.

Den »Zentrumsstreit« betrachtete er daher als das gemäße Schlachtfeld eines »Publizisten und Politikers« seiner Art. Mehrfach griff er in den bis 1914 andauernden Kampf ein. Er, der wie kaum ein anderer Zentrumsmann sonst offen nach allen Richtungen hin Verbindungen pflegte, konnte Gleichgültigkeit gegenüber seinen Prinzipien oder oberflächliche Abstriche davon sehr übel nehmen. Dabei war er alles andere als ein Doktrinär. Vielleicht war ihm bewußt, daß er der einzige war und bleiben würde, der die Bedingungen für eine christliche Politik und die Grenzen und Möglichkeiten für eine christliche Partei im säkularisierten Staat grundsätzlich klären konnte. Dieser Erfolg machte mit einem Schlage deutlich, daß Julius Bachem seit Windthorsts Tod 1891 »zum Exponenten der ganzen geistigen Entwicklung der Partei geworden« war (M. Spahn).

In diesem Sinne wohl nannte ihn Hermann Cardauns, über 30 Jahre hin sein »Zwillingskollege« in der Redaktion der »Kölnischen Volkszeitung«, als er am 22. Januar 1918 gestorben war, in einem Nachruf »in erster Linie Parteiführer«. Die historische Kritik, der es schwerfällt, bei Julius Bachem irgendwo Fehler und Versagen festzustellen, kann sich ebenfalls des gelernten Historikers Cardauns' Schlußsatz zu eigen machen: »Er diente der Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit mit glänzenden Gaben, mit vorbildlichem Eifer, mit seltener Selbstverleugnung und mit reinen Händen.«

Rudolf Morsey

Georg Graf v. Hertling (1843–1919)

Der Weg der deutschen Katholiken aus der politischen Defensive der Kulturkampfzeit im Bismarck-Reich zur Integration in den Nationalstaat und zur parlamentarischen Mitgestaltung im Wilhelminischen Deutschland, aber auch zur Überwindung der geistigen und gesellschaftlichen Inferiorität und zur Anerkennung in Staat und Gesellschaft ist aufs engste mit den Namen führender Zentrumsabgeordneter verknüpft. In erster Linie sind hier zu nennen: Ernst Lieber, Peter Spahn und Georg Frhr. (seit 1914: Graf) v. Hertling. Von ihnen hat Lieber kein staatliches Amt ausgeübt oder erstrebt, Spahn als Richter noch im letzten Jahr des Kaiserreichs die Leitung des preußischen Justizministeriums erhalten, während Hertling mit seiner Ernennung zum bayerischen Ministerpräsidenten und deutschen Reichskanzler die Spitze der politischen Laufbahn erreichte.

Die Berufung nach Berlin im November 1917 bedeutete die kasierliche Anerkennung und Krönung von Hertlings Lebensarbeit, gleichzeitig aber auch den unglücklichen Abschluß einer Karriere, die zu diesem Zeitpunkt alle erreichbaren Ämter im Bereich des politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Katholizismus durchlaufen hatte. Hertlings Tod Anfang 1919, sieben Wochen nach dem revolutionären Umbruch vom November 1918, erhielt symptomatische Bedeutung für seine Verwurzelung im monarchisch-konservativen System, dem er gedient und für dessen Erhaltung er wie kaum ein anderer Repräsentant des politischen Katholizismus gearbeitet hat. Sein Schicksal und seine Laufbahn verkörpern gleichermaßen das Ringen wie die Erfolge im Kampf um die politische Gleichberechtigung der katholischen Volksminderheit im Zweiten Deutschen Kaiserreich.

I

Georg Friedrich v. Hertling entstammte einer angesehenen rheinpfälzischen Familie des katholischen Beamtenadels (seit Mitte des 18. Jahrhunderts), deren Tradition und Erziehung ihn geprägt hat. Geboren am 31. August 1843 in Darmstadt als zweites von vier Kindern des großher-

zoglich-hessischen Kammerherrn und Hofgerichtsrats Jakob Frhr. v. Hertling, war er mütterlicherseits mit der Familie Brentano verwandt. Durch Familienbeziehungen besaß er einen ungewöhnlich großen Verwandten- und Bekanntenkreis, der seinen beruflichen und politischen Aufstieg erleichterte. Er erhielt eine sorgfältige Erziehung und gewann ein katholisch geprägtes Weltbild, das ebenso wie seine selbstverständliche Religiösität für ihn lebenslang unangefochten blieb.

Da sein Vater bereits 1851 starb, lag die Erziehung bei seiner klugen und frommen Mutter (1816–1883). Nach dem Abitur am Ludwig-Georg-Gymnasium in Darmstadt (1861) wandte er sich, zunächst ohne Fixierung auf ein festes Berufsziel, der Philosophie, Naturwissenschaft und Geschichte zu, nachdem er eine Zeitlang daran gedacht hatte, Theologie zu studieren. Sein Studium begann er in Münster, wo er rasch einen großen Freundeskreis gewann, und setzte es 1862 in München fort, zu dessen altbayerisch geprägter Atmosphäre er keinen Zugang gewinnen konnte (auch später nicht). Erst durch den Beitritt zu einer katholischen Studentenverbindung fand er jene Gemeinschaft, die er zunächst vermißt hatte und deren Förderung er sich später angelegen sein ließ.

In dem Maße, in dem sich bei Hertling der Gedanke festsetzte, in einer Zeit liberaler Vorherrschaft und Geisteshaltung zum »Vorkämpfer katholischer Wissenschaft« zu werden – wie er es in seinen Erinnerungen umschrieb –, faßte er eine wissenschaftliche Laufbahn mit dem Ziel des Hochschullehrers ins Auge. Zu deren Vorbereitung schien ihm eine philosophische Ausbildung am besten geeignet zu sein. Durch den ihm verwandten, fünf Jahre älteren Philosophen Franz Brentano (Würzburg) nach Berlin verwiesen, schloß er dort 1864 sein philosophisches Studium mit der Promotion ab. Seine noch in lateinischer Sprache verfaßte Dissertation galt der aristotelischen Philosophie, mit der er sich auch weiterhin wissenschaftlich beschäftigte.

Nach Abschluß einer von Verwandten finanzierten zweijährigen Bildungs- und Studienreise nach Italien (1864–1866) – als deren Frucht er 1870 unter Pseudonym eine Reisebeschreibung über Sizilien veröffentlichte – habilitierte sich der junge, großdeutsch gesinnte Hesse, für den der Ausgang der politischen Entscheidung von 1866 eine tiefe Enttäuschung bedeutet hatte, 1867 in Bonn. Dort verbrachte er die nächsten 15 Jahre seines Lebens als Privatdozent. 1869 heiratete Hertling seine Darmstädter Jugendfreundin Anna v. Biegeleben (1845–1919), Tochter eines hessischen Oberappellations- und Kassationsgerichtsrats. Dieser Ehe entstammten ein Sohn und vier Töchter.

II

An den kirchenpolitischen Auseinandersetzungen dieser Jahre (Vaticanum I, Aufrichtung des Kaiserreichs, Beginn des Kulturkampfs) nahm Hertling im Sinne des »Ultramontanismus« lebhaften Anteil. Bereits 1875 erfolgte sein Eintritt in das politische Leben, nachdem er auf Empfehlung des Bonner Oberbürgermeisters Leopold Kaufmann vom Zentrumswahlkomitee des Wahlkreises Koblenz-St. Goar als Zentrumskandidat ausersehen und mit überwältigender Stimmenmehrheit in den Reichstag gewählt worden war. Damit begann eine überaus erfolgreiche parlamentarische Laufbahn, die Hertling im Zeichen oppositioneller Politik der von Windthorst geführten Zentrumspartei gegen Bismarck begann. In der Berliner Fraktion erhielt er die Bearbeitung sozialpolitischer Fragen zugewiesen. In deren Vertretung bezog er gegen den »Katheder-« und »Staatssozialismus« Stellung. Die Grundlage seiner konservativen staats- und sozialpolitischen Anschauungen bildete der Glaube an eine aus sittlicher Verpflichtung erwachsenden Synthese zur Überwindung der bestehenden politischen und sozialen Gegensätze, soweit wie nötig unter dem Schutz eines mächtigen, aber von jeder Anwandlung absoluter Herrschaft freien Staates. 1882 begründete Hertling eine Interpellation seiner Fraktion zugunsten eines weiteren Ausbaus der Fabrikgesetzgebung.

Als Folge seiner konfessionellen Grundhaltung und seiner parlamentarischen Tätigkeit zugunsten der Zentrumspartei sah er sich von der Philosophischen Fakultät in Bonn zurückgesetzt und diskriminiert. Erst 1880 wurde er durch das Eingreifen des preußischen Kultusministers v. Puttkamer zum Extraordinarius ernannt, gegen das Votum der Fakultät, die ihm Begabung und Lehrerfolg abgesprochen hatte. Zwei Jahre später nahm Hertling einen vom bayerischen Kultusministerium – gegen den Willen der Fakultät – ergangenen Ruf als Ordinarius für Philosophie an die Universität München an. Dort lehrte er 30 Jahre lang als Mitglied der Philosophischen Fakultät, in der er zunächst einen schweren Stand hatte. In dieser Zeit behielt er mit einer Unterbrechung von 1890–1896 auch das Mandat im Reichstag bei (seit 1896 als Abgeordneter des Wahlkreises Illertissen, seit 1903 des Wahlkreises Münster-Coesfeld). Zwei Rufe an die Universität Bonn (1898, 1900), die er dem einflußreichen, ihm wohlgesinnten Ministerialdirektor im preußischen Kultusministerium Friedrich Althoff verdankte, lehnte er ab. Seit 1896 gehörte er der Bayerischen Akademie der Wissenschaften an.

III

In der Reichstagsfraktion des Zentrums gewann Hertling guten Kontakt zu den »Heroen« Windthorst und August Reichensperger. Er betätigte sich nicht selten als erfolgreicher Vermittler zwischen Windthorst und Abgeordneten aus dem westfälischen Adel. Hertling zählte zu den Vorkämpfern für eine Beendigung des Kulturkampfs. Er sah im aufkommenden atheistischen Marxismus den entscheidenden Gegner der Zukunft, erkannte aber auch die Gefahr des staatsautoritären Aufklärungsliberalismus. Zur bayerischen Politik wie auch zu den Vertretern des vornehmlich agrarisch geprägten bayerischen Zentrums blieb er stets in bemerkenswerter Distanz.

1898 gehörte er als einziger Abgeordneter aus Bayern zur Mehrheit der Reichstagsfraktion des Zentrums, die die ausgreifende Flottenpolitik von Tirpitz durch Annahme der ersten Flottenvorlage (mit ihrer Konsequenz von Steuererhöhungen) unterstützte. Bei der Feier des 40jährigen Parteijubiläums im März 1911 erklärte Hertling: »Heute rühmen wir uns, daß die Ausgestaltung der Flotte wesentlich durch die Mitarbeit des Zentrums zustandekam.« Der gouvernemental eingestellte Abgeordnete zählte zu denjenigen Zentrumspolitikern, die eine zuverlässige Stütze der wilhelminischen Flotten-, Kolonial- und »Weltpolitik« bildeten und mit dem herrschenden Regierungssystem die überkommene Sozialordnung und Gesellschaftsstruktur verteidigten. Er gehörte zu den Verfechtern des von Ernst Lieber eingeleiteten Kurses, in dessen Zeichen die Zentrumspartei zur entscheidenden Stütze der Reichsleitung (bis 1906) wurde, deren Vertreter Kontakt zu ihm suchten.

Seine schon erwähnte gouvernementale Einstellung stellte Hertling in verschiedenen Missionen unter Beweis, die er seit 1898 im Auftrage der Reichsleitung nach Rom unternahm. In dieser ihm sehr erwünschten Tätigkeit als Sonderbotschafter wurde er vom Breslauer Fürstbischof Kardinal Kopp argwöhnisch beobachtet, da der in Berlin wie in Rom einflußreiche Kirchenfürst seine Mittlerrolle zwischen Reich und Vatikan nicht aufgeben wollte. Hertling konnte in der Frage der Einrichtung einer Theologischen Fakultät an der Universität Straßburg und in anderen kirchenpolitischen Streitfragen erfolgreich zwischen Regierung und Kurie vermitteln. Seine daraus abgeleitete Hoffnung, vom Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten (1900–1909) v. Bülow zum preußischen Gesandten bei der Kurie – bzw. zum ersten Gesandten einer Vertretung des Reiches beim Hl. Stuhl – ernannt zu werden, erfüllte sich jedoch nicht.

Nach seinem Wiedereintritt in die Fraktion (1896) rückte Hertling in deren Führungsspitze auf und entwickelte sich zum Sprecher in Fragen

der Außen- und Finanzpolitik. In der Daily-Telegraph-Affäre vom November 1908 vertrat er im Reichstag die (gemäßigte) Haltung seiner Fraktion. 1909 übernahm er deren Vorsitz. Zu Reichskanzler (1909–1917) v. Bethmann Hollweg gewann er ein gutes Verhältnis, wie es auch zu dessen Vorgänger v. Bülow bis zur Auflösung des Reichstags vom Dezember 1906 bestanden hatte.

In der Folge gehörte es zu Hertlings Aufgaben, zwischen den Vertretern des konservativen (Honoratioren-)Flügels in der Fraktion um P. Spahn auf der einen und denen des »linken« Flügels um den von Adolf Gröber gestützten Erzberger auf der anderen Seite zu vermitteln. Er vermochte die Schlüsselstellung des Zentrums in der Reichspolitik zurückzugewinnen. Im Zentrums- und Gewerkschaftsstreit dieser Jahre stand Hertling auf der Seite der interkonfessionellen »Köln-Gladbacher« Linie, ohne sich allerdings in der Öffentlichkeit besonders zu exponieren. Nach Übernahme seiner Tätigkeit als Vorsitzender des bayerischen Staatsministeriums (1912) hat er den Vatikan wiederholt vor einer Verschärfung des integralistischen Kurses gewarnt und in diesem Zusammenhang von der »geradezu unerträglichen Situation« für die deutschen Katholiken gesprochen.

IV

Als Philosophieprofessor war Hertling kein eigenschöpferischer Denker. Er sah seine Aufgabe in der Vermittlung und Tradierung aristotelischer und christlicher (insbesondere scholastischer) Lehren. Kleinere Arbeiten galten Augustinus, Albertus Magnus und Thomas von Aquin. Damit trug er zur Wiederbelebung der metaphysischen Richtung bei. Sein Rede- und Vortragsstil als akademischer Lehrer war nüchtern und schmucklos, während er als Parlamentarier sehr wirkungsvoll taktieren und sprechen konnte.

Neben seiner Tätigkeit als Abgeordneter entwickelte sich Hertling zum bedeutendsten Verfechter katholischer Belange im kulturpolitischen Bereich und im geistigen Leben. Er arbeitete zielstrebig für die Förderung und Anerkennung der weithin verfemten und isolierten katholischen Wissenschaft. Daneben bemühte er sich, die Verbindung der katholischen Kirche und Geisteswelt mit dem öffentlichen Leben, die weitgehend abgerissen war, wieder herzustellen.

Sein Name ist wie kein anderer mit der Errichtung und dem Aufstieg der Görres-Gesellschaft verbunden, zu deren Gründern er gehörte und die er von ihrer Konstituierung an (1876) bis zu seinem Tode als Präsident leitete. Er förderte ebenso die Herausgabe der »Vereinsschriften« wie die des »Historischen Jahrbuchs« dieser Gesellschaft und die des »Staatslexi-

kons« (1. Aufl. 1889, 4. Aufl. 1911), das eine bahnbrechende wissenschaftliche und literarische Leistung bedeutete. Für das »Staatslexikon« hat Hertling die grundlegenden politischen und staatsphilosophischen Beiträge geschrieben: so über Absolutismus, Autorität, Demokratie, Despotie, Gleichheit, Monarchie, Politik, Republik und Staat.

Wie kaum einem anderen Zeitgenossen gelang es ihm, durch beispielhafte Arbeit die Geltung des Katholizismus im öffentlichen Bewußtsein zu heben. Auf Tagungen und Kongressen vermochte er glänzend zu repräsentieren. 1889 amtierte er als Präsident des Katholikentags in Bochum. 1895 übernahm er die Leitung der »Gesellschaft für christliche Kunst«. Er pflegte die Mitgliedschaft in den internationalen Kongressen katholischer Gelehrter, deren Treffen von 1897 in Freiburg/Schweiz er leitete. Hertling unterhielt zahlreiche kulturpolitische und wissenschaftliche Verbindungen ins Ausland. Er gehörte zu den Förderern einer Ausbildung des Priesternachwuchses an Theologischen Fakultäten staatlicher Universitäten. An der Gründung einer solchen Fakultät in Straßburg (1902) war er durch seine Tätigkeit als Vermittler zwischen Berlin und dem Vatikan unmittelbar beteiligt.

Den jährlichen Generalversammlungen der Görres-Gesellschaft suchte Hertling durch programmatische Kundgebungen breitere Aufmerksamkeit zu verschaffen. Auf der Jahresversammlung in Konstanz 1896 erläuterte er die Gründe für das »Bildungsdefizit« im deutschen Katholizismus und konstatierte das »Zurückbleiben der deutschen Katholiken auf dem Gebiete der Wissenschaft«. Mit diesem Alarmruf löste der Präsident der Görres-Gesellschaft eine langanhaltende Diskussion über die »Inferiorität« der deutschen Katholiken aus. Sie führte zu einer Neubesinnung auf deren Rolle und Stellung im Staats- und Geistesleben. In den Zusammenhang dieser Diskussion gehörte 1903 die Gründung des »Hochland« durch Karl Muth, in dem Hertling zahlreiche Beiträge veröffentlicht hat.

Es war bereits die Rede davon, daß der bayerische Philosophieprofessor nicht zu den schöpferischen, sondern zu den reflektierenden philosophischen Staatsdenkern zählte. In seinen Münchener Jahren beschäftigte er sich immer stärker mit staatstheoretischen Gedanken, mit Fragen des Naturrechts und der Sozialpolitik. In einer nicht abreißenden Kette von Reden, Aufsätzen, Essays sowie Lexikonartikeln arbeitete er die christliche Auffassang von Staat und Gesellschaft heraus. Er suchte damit das Werk fortzusetzen, »das Görres und nach ihm der Mainzer Kreis um den Bischof Emmanuel v. Ketteler aufgenommen hatten und das in der weltanschaulich gerichteten Zentrumspartei gehütet wurde« (Graf H. Lerchenfeld). Hertling sah im Staat die Ordnungsinstanz der gesitteten Gesellschaft, in allen menschlichen Verhältnissen das überragende sittliche Sollen, im Naturrecht das ungeschriebene ethisch sinnvolle Gesetz (ebd.).

In richtiger Einschätzung seiner Fähigkeiten hielt er sich von der Diskussion wirtschaftlicher und finanzieller Probleme zurück, während er sich auf dem Gebiet der sozialen Frage und der Sozialpolitik zu Hause fühlte.

V

Während seiner Münchener Jahre als Professor und Reichstagsabgeordneter, dessen Wahlkreise außerhalb seiner beruflichen Wirkungsstätte lagen, trat Hertling insbesondere als Vermittler zwischen der Krone und der bayerischen Zentrumsfraktion in persönliche Beziehungen zum Prinzregenten Luitpold wie zum nachmaligen König Ludwig III. Seine Ernennung zum lebenslänglichen Mitglied des Reichsrats der Krone Bayerns (1891) bedeutete die Anerkennung seiner Leistungen durch Regent und Regierung in München.

Sein Ansehen als Wissenschaftsorganisator, Zentrumsparlamentarier und Repräsentant des geistigen Katholizismus führte im Februar 1912 zu seiner Berufung an die Spitze des bayerischen Ministerrats. Sie kam für Hertling überraschend und war in der erklärten Absicht erfolgt, in seiner Person einen Damm gegen die unter einem liberalen Beamtenministerium angewachsene Gefahr des Sozialismus, aber gleichzeitig ein Gegengewicht gegen die traditionell oppositionelle Zentrumsmehrheit in der Abgeordnetenkammer zu besitzen.

Zu diesem Zeitpunkt stand Hertling – der 1908 einmal an seine Frau geschrieben hatte: »Mit 65 Jahren muß man nichts mehr wollen« – auf der Höhe seines Ansehens. In einer Würdigung anläßlich seines 70. Geburtstags 1913 schrieb Hans Eisele im »Hochland«, daß seit fast 40 Jahren kein politisches Ereignis im Reich »ohne sein Beisein oder seine unmittelbare Mitwirkung« zustandegekommen sei; im geistigen Leben des katholischen Volkes habe er seit mehr als 40 Jahren an jeder Bewegung und Neuerscheinung tätigen Anteil genommen: darum spiegle Hertlings Lebensbild ein »interessantes Stück Zeitgeschichte«.

Von 1912–1917 amtierte Hertling als Ministerpräsident – genaugenommen: als Vorsitzender des bayerischen Ministerrats. Er mußte sein Reichstagsmandat und seine Professur aufgeben. In diesem Jahrfünft blieb er darauf bedacht, die als Folge seiner Ernennung vielerorts erwartete »Parlamentarisierung« in Bayern zu verhindern. Es gelang ihm, auch unter den erschwerten Bedingungen der Kriegsjahre, einen innenpolitischen Ausgleichskurs durchzuhalten. 1914 wurde er vom bayerischen König in den Grafenstand erhoben. Es blieb Hertlings Ziel, die Verfassungs- und die Gesellschaftsstruktur des Königreichs aufrechtzuerhalten. Er fühlte sich als Wächter des föderalistischen Prinzips der

Reichsverfassung. Hertling gehörte zu den zuverlässigsten Stützen des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg, zu den Gegnern der auch in München stark vertretenen alldeutschen Agitation und des unbeschränkten U-Boot-Kriegs.
Hingegen suchte er für den Fall eines Annexionsfriedens auch Bayern territoriale Gewinne, insbesondere in Elsaß-Lothringen, zu sichern. Durch eine eingehende Korrespondenz mit dem bayerischen Gesandten in Berlin, Hugo Graf v. Lerchenfeld-Koefering, aber auch mit dem einflußreichen Reichstagsabgeordneten Matthias Erzberger war er über die Berliner Strömungen und Stimmungen gut im Bilde. 1917 besaß er die Kraft, die ihm von Kaiser Wilhelm II. angebotene Nachfolge von Bethmann Hollwegs abzulehnen. Vier Monate später, nach dem Ausscheiden von Michaelis, ließ er sich durch den Appell an Patriotismus und Pflichtbewußtsein zur Annahme des Reichskanzleramts, das er nicht erstrebt hatte, bewegen.

VI

Vom 1. November 1917 bis zum 3. Oktober 1918 amtierte Hertling als Reichskanzler und damit in Personalunion verbunden als preußischer Ministerpräsident und preußischer Außenminister. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes (1917/1918), Richard v. Kühlmann, beschrieb in seinen Erinnerungen (1948) die Erscheinung des vorletzten kaiserlichen Reichskanzlers, der den Eindruck eines »betagten Herrn« gemacht habe, folgendermaßen: »Ein weißer Spitzbart, nach der Mode Heinrichs IV. geschnitten, umrahmte sein Gesicht, ein paar kluge Augen schauten durch sehr starke Brillengläser den Beschauer durchdringend, aber nicht ohne Güte an; der Gesamteindruck war der eines klugen, welterfahrenen Denkers, der leidenschaftslos über dem Zeitgeschehen stand und die Dinge von hoher Warte aus betrachtete. Ein erheblicher Nachteil für die Geschäfte war die große Schwäche seiner Augen, die man ohne Übertreibung fast Blindheit nennen konnte.«
Eine Beurteilung der elfmonatigen Tätigkeit des Reichskanzlers Hertling ergibt eine eindeutig negative Bilanz. Der von Gestalt kleine und körperlich hinfällige 74jährige Kanzler, der sich in der preußisch geprägten Umwelt und im Lebensstil der Reichshauptstadt nicht zurechtfand, war nicht in der Lage, die politische Führung des Reiches auszuüben und dessen Kräfteverhältnisse richtig einzuschätzen. Er hielt sich, seiner bayerischen Stellung entsprechend, nur für den »Vorsitzenden in der Versammlung der Staatssekretäre« (V. Naumann) und nutzte nicht die Möglichkeiten seines Amtes.
Infolge seiner Gebrechlichkeit auf die Hilfe seines Sohnes (als Adjutant)

schon beim Aktenlesen angewiesen, vermochte sich Hertling gegenüber der Diktatur der Obersten Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff nicht durchzusetzen. Er war Gegner der (von einer Reichstagsmehrheit vor seiner Kanzlerzeit angenommenen) Friedensresolution vom 19. Juli 1917. Er duldete im Gegensatz zu deren Forderungen den Annexionsfrieden von Brest-Litowsk gegenüber Rußland und den Friedensschluß von Bukarest gegenüber Rumänien. Den militärisch sinnlosen erneuten Vormarsch im Osten vermochte er nicht zu verhindern.

In der Berufung Hertlings an die Spitze der Reichsleitung war die politische Gleichberechtigung der deutschen Katholiken symbolisch zum Ausdruck gekommen. Diese Überlegungen dürften für Hertling mit ein Grund gewesen sein, die Bürde des Amtes auf Drängen des Kaisers anzunehmen. Es war das erstemal, daß – wie künftig noch oft – ein katholischer Politiker in einer verfahrenen Situation den »Opfergang« an die Spitze des Reiches antrat. Dieser Entschluß wurde Hertling nicht gedankt. Der Kanzler vermochte weder die durch das vierhundertjährige Lutherjubiläum (1517: Thesenanschlag) erneut aufgebrochenen konfessionellen Gegensätze zu überbrücken noch auch im Sinne der politischen Zielsetzung des Zentrums zu wirken.

Im Gegenteil. Hertling geriet bald auch mit der Reichstagsfraktion des Zentrums, in der seine Berufung keineswegs Begeisterung ausgelöst hatte, in latenten Konflikt, der sich im Frühjahr 1918 bis zu einer öffentlich ausgetragenen Kontroverse mit Erzberger steigerte. Als Gegner der von der Reichstagsmehrheit geforderten und vorbereiteten Parlamentarisierung blieb der Kanzler von den innenpolitischen Entwicklungen des Sommers und Herbstes 1918 abgeschnitten. Sein Rücktritt am 30. September erfolgte in dem Augenblick, in dem die Oberste Heeresleitung die militärische Niederlage eingestanden und die sofortige Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen verlangt hatte. Die damit notwendig gewordene Umbildung der Reichsregierung im Sinne einer »Linksorientierung« war der Reichskanzler nicht bereit mitzumachen. Er wurde von Wilhelm II. mit allen äußeren Ehren entlassen und mit dem Schwarzen Adlerorden ausgezeichnet.

Hertling zog sich als »müder und gebrochener Mann« (V. Naumann) in sein Landhaus nach Ruhpolding in Oberbayern zurück. Fünf Wochen später erfolgte der revolutionäre Umbruch im Reich, der für den Exkanzler einer Katastrophe gleichkam. Im Dezember schrieb er an Hermann v. Grauert: »Der Feind im Lande, das Reich in Trümmern, die Monarchie wie von einem Windstoß hinweggeweht! Was steht noch von dem, wofür ich mich in ehrlicher Absicht eingesetzt habe, was wird noch weiter zu Grunde gehn? Gott helfe uns, das ist das Einzige, was man sagen kann.« Ohne daß er seine Lebenserinnerungen, deren Niederschrift

er während der Kriegsjahre begonnen hatte, abschließen konnte, starb Hertling am 4. Januar 1919 in Ruhpolding, wo er auch sein Grab fand.

VII

Der angesichts seines politischen und wissenschaftlichen Lebenswerks tragische Abschluß von Hertlings Laufbahn auf ihrem äußeren Höhepunkt kann nicht übersehen werden, auch unter Berücksichtigung aller Schwierigkeiten dieser ungewöhnlichen und kaum lösbaren Aufgabe. Ebensowenig aber ist es zulässig, seine unbestreitbaren Leistungen und Erfolge in allen voraufgegangenen Stationen seiner Tätigkeit an diesem Scheitern im Kriegsjahr 1917/18 zu messen. Die Ansicht Platos, daß Philosophen als Weise zur Leitung des Staates berufen seien, ist (auch) im Falle Hertlings nicht bestätigt worden.

Dennoch: In seiner Berufung zum Reichskanzler fand – wenngleich es von Wilhelm II. keineswegs so gemeint war – jene politische Gleichberechtigung der katholischen Volksminderheit Ausdruck, für deren Anerkennung Hertling jahrzehntelang gearbeitet hatte, geduldig und beharrlich, stets auf Ausgleich und nie auf Eintagserfolge bedacht.

Wie kaum ein anderer Zeitgenosse nutzte er die ihm offenstehenden oder von ihm geschaffenen Möglichkeiten der politischen und gesellschaftlichen Arbeit außerhalb seiner Professur: im Parlament, in Wissenschaftsorganisationen, in der Görres-Gesellschaft, im »Staatslexikon«. Trotz dieses Einsatzes und der Erfolge seines Lebenswerks ist das Andenken dieses Mannes in überraschendem Maße verblaßt. Die Tatsache, daß in München keine Straße nach ihm benannt ist, daß auch im deutschen Katholizismus keine Institution oder Publikationsreihe seinen Namen trägt, ist dafür ebenso bezeichnend wie das Fehlen einer Biographie dieses weltgewandten und liebenswürdigen Gelehrten, dieses bedachtsamen Parlamentariers und klugen Politikers, dessen Entwicklung und Laufbahn wie die weniger anderer eine vergangene Epoche spiegeln.

Hubert Mockenhaupt

Franz Hitze (1851–1921)

Wer lange im öffentlichen Leben steht und Ideen und Tatkraft entwickelt, muß damit rechnen, nicht nur Zustimmung und Anerkennung, sondern auch Widerspruch und Ablehnung zu finden. Franz Hitze stand vierzig Jahre lang an exponierter Stelle im öffentlichen Leben. Er war ein Mann voller Ideen, die er in Rede und Schrift publizierte. Außergewöhnlich viele Initiativen gingen von ihm aus. Alle diese Initiativen hatten einen sozialen Akzent. Er war ein Mann voller Energie. Zunächst sah es so aus, als liege seine Stärke in der Entwicklung theoretischer Modelle. Sein Buch »Kapital und Arbeit« (1880), das er als 29jähriger veröffentlichte, deutete darauf hin. Sobald ihm aber eine praktische soziale Aufgabe übertragen wurde, schien er vergessen zu haben, daß er sich in der Öffentlichkeit zunächst als Theoretiker ausgewiesen hatte.
Erst gegen Ende seines Lebens wandte er sich wieder stärker den Ideen zu, von denen er in jungen Jahren ausgegangen war. Viele hielten ihn für einen ausgesprochenen Pragmatiker. Er war sicher mehr. Seine ungezählten Einzelaktionen fügten sich, wie man unschwer bei genauerem Zusehen erkennt, in eine Gesamtkonzeption ein. Er selber hat einige Male diese Konzeption formuliert. Es ging ihm um die Eingliederung der Arbeiter und anderer unterprivilegierter gesellschaftlicher Gruppen in den Gesamtorganismus der Gesellschaft und des Staates.

I

Kritik fand Franz Hitze im eigenen Lager, als er 1880 mit seinen sozialreformerischen Ideen von der Reorganisation der Gesellschaft durch die politische Wiederbelebung der Stände an die Öffentlichkeit trat. Der Zentrumsabgeordnete Georg v. Hertling widersprach in den »Christlich-sozialen Blättern« heftig manchen Thesen seines jüngeren Kollegen. In Widerspruch zu einigen deutschen Bischöfen geriet Franz Hitze, als er im Gewerkschaftsstreit nicht die »integrale Richtung« vertrat, sondern sich mit aller Entschiedenheit für die christlichen, d. h. interkonfessionellen Gewerkschaften einsetzte. Mit Ironie und Ablehnung begegnete Reichs-

kanzler Otto Fürst v. Bismarck dem »agitierenden Kaplan«, als sich dieser schon in seiner Jungfernrede im Reichstag (16. Januar 1885) wegen des gesetzlichen Arbeiterschutzes mit ihm anlegte. Daß es zwischen den Sozialdemokraten und Hitze oft zu Kontroversen und Konflikten kam, ergab sich aus den konträren sozialpolitischen Vorstellungen.
Niemand aber, in welchem politischen Lager er auch stand, zweifelte daran, daß Franz Hitze sich zeitlebens ein Übermaß an Arbeit zumutete und mit größter Sachkenntnis an die Lösung sozialer Probleme heranging. Freunde und Gegner wußten, daß sich kaum ein anderer Parlamentarier jahrzehntelang so selbstlos und leidenschaftlich, energisch und erfolgreich auf den verschiedensten Gebieten des sozialen Lebens eingesetzt hatte wie er. »Die Hochachtung, die er genoß, war in allen Parteien die gleiche«, schrieb Reichstagspräsident Paul Löbe (SPD) nach dem Tode von Franz Hitze. Im Plenum des Reichstags würdigte er vor allem die sozialpolitischen Verdienste des Zentrumspolitikers: »In den Blättern, welche die Verhandlungen der deutschen Sozialpolitik verzeichnen, ist der Name Franz Hitze unvergänglich aufgezeichnet.«
Viele nannten ihn damals den »Altmeister der deutschen Sozialpolitik«. Man war sich bewußt, daß die Lücke, die durch seinen Tod entstand, nicht leicht und schnell geschlossen werden konnte. »Männer seiner Art sind selten«, sagte sein evangelischer Kollege und Mitstreiter Professor Ludwig Heyde. Er fügte hinzu: »Nur schwer werden wir uns daran gewöhnen, Franz Hitze nicht mehr in der vordersten Reihe sozialreformerischer Kämpfer und Denker zu sehen.« In vierzig entscheidenden Jahren hat Hitze die deutsche Sozialpolitik maßgebend mitgestaltet und einen starken Einfluß auf das gesamte soziale Leben in Deutschland ausgeübt.

II

Sein ungewöhnlicher Lebensweg gibt Aufschluß über seine von allen Zeitgenossen anerkannte Leistung. Franz Hitze wurde am 16. März 1851 als Sohn eines strebsamen und wohlhabenden Bauern in dem kleinen sauerländischen Flecken Hanemicke/Kreis Olpe geboren. Er besuchte die einklassige Volksschule des Pfarrdorfes Rhode. Fast vierzehnjährig kam er zur Rektoratsschule in Olpe. 1868 wurde er in die Untersekunda des Gymnasiums zu Paderborn aufgenommen. Gute Anlagen und regelmäßiger Fleiß zeichneten ihn aus. Dennoch war er nie ein »Überflieger«.
Während seiner Gymnasialstudien fand er den ersten Zugang zur sozialen Frage. Er stieß eines Tages auf die »Historisch-politischen Blätter«, deren Lektüre ihn mit den brennenden Fragen der Zeit bekannt machte. Dann lernte er die »Christlich-sozialen Blätter« kennen, die seit 1868

über die Bestrebungen der »Christlich-sozialen Vereine« informierten. Um die gleiche Zeit studierte Hitze zum erstenmal die Schriften des Mainzer Bischofs (1850–1877) Wilhelm Emmanuel v. Ketteler, als dessen Schüler er sich später betrachtete. Als er im Herbst 1872 in Paderborn sein Abitur machte, zeichnete sich schon der Weg ab, den er gehen sollte. Er, dessen Elternhaus mit Proletariermilieu überhaupt nichts zu tun hatte, war entschlossen, an der Behebung des Proletarierelends mitzuarbeiten. Er wollte die sozialen Kräfte der Religion und der Kirche für die Lösung der Arbeiterfrage nutzbar machen. In dieser Absicht begann er seine theologischen Studien in Würzburg (1872–1877).

1875 baten ihn seine Kommilitonen von der katholischen Studentenverbindung »Unitas« um einige Vorträge über die soziale Frage. Am 6. Juli 1875 referierte Franz Hitze über das Thema: »Die soziale Frage und der moderne Sozialismus in Deutschland.« Das Protokollbuch der studentischen Korporation gibt exakt die Skizze des Vortrags wieder. Danach erfaßte der 24jährige Student schon sehr präzise das Wesen der sozialen Frage. Der Protokollant vermerkte: »Die soziale Frage im engeren Sinne, wie wir sie heute gewöhnlich nehmen, umfaßt vornehmlich den sogenannten vierten Stand: wie dieser den anderen Ständen organisch einzugliedern sei, damit er wirtschaftlich und politisch eine des Menschen würdige Stellung einnehme.«

Schon eine Woche später folgte das zweite Referat, von dem im Protokoll festgestellt wurde, daß es trotz der ermüdenden Länge gute Aufnahme fand. Hitze behandelte die verschiedenen Formen des Sozialismus und ging auf die Frage ein, welche Hilfen zur Lösung der sozialen Frage von dort zu erwarten seien. Es zeigte sich, daß der Referent auch über die letzten politischen Ereignisse im Bilde war. Er nahm Stellung zu den Ergebnissen des vor zwei Monaten zu Ende gegangenen Parteitags von Gotha, auf dem sich die Anhänger Lassalles (1825–1864) der Partei Bebels und Liebknechts anschlossen. Er nannte Karl Marx den »bedeutendsten Sozialisten« und dessen Buch »Das Kapital« ein »epochemachendes Werk«. Dem liberalen Sozialismus Hermann Schulze-Delitzschs (1808–1883) und dem radikalen Sozialismus Lassalles und Marx' stellte er den christlichen Sozialismus gegenüber, wie er durch die 1868 in Krefeld gegründete Christlich-soziale Partei vertreten wurde. – Den dritten Vortrag, der sich mit der sozialen Frage befaßte, hielt Franz Hitze am 9. November 1875 vor seinen Kartellbrüdern. Er hatte sich das Thema gestellt: »Bedeutung und Aufgabe der katholischen Kirche für die Entwicklung der Zukunft, besonders Deutschlands.« Seine Ausführungen waren von einem tiefen Glauben an den sozialen Fortschritt geprägt. Hier ließ er sich vor allem von theologischen Überlegungen bestimmen.

III

Es ist erstaunlich, daß Hitze den Mut fand, diese Vorträge von Würzburg – gründlich überarbeitet und erweitert – in Druck zu geben. Er begründete die Veröffentlichung mit der von ihm gemachten Erfahrung, »wie wenig die soziale Frage – selbst in gebildeten Kreisen – wirklich gekannt, wie wenig sie beachtet wird«. Als Titel wählte er: »Die soziale Frage und Bestrebungen zu ihrer Lösung. Mit besonderer Berücksichtigung der verschiedenen sozialen Parteien in Deutschland.« Einige Monate nach der Erstveröffentlichung Hitzes starb Wilhelm Emmanuel v. Ketteler (13. Juli 1877). Daß der junge Theologiestudent so gute Kritiken, auch in hochangesehenen Zeitschriften und Zeitungen fand, ermutigte ihn, das Studium der sozialen Frage intensiv fortzusetzen.

Zunächst aber mußte er sich auf die Priesterweihe vorbereiten, die er am 26. Juli 1878 in Paderborn empfing. Bald danach bot ihm sein Bischof die am »Campo santo« im Vatikan errichtete »Piuskaplanei« an. Hitze ging auf das Angebot ein. Als er nach Rom reiste, befand sich in seinem Koffer neben einer beachtlichen Menge von Zeitungsausschnitten das Hauptwerk von Karl Marx »Das Kapital«. Zwar sollte und wollte er sich in Rom vor allem theologischen Studien widmen. Aber die soziale Frage ließ ihn nicht mehr los. Er setzte sich mit den Gedanken von Marx auseinander und suchte nach einer christlichen Antwort auf dessen Herausforderung. Das Ergebnis seiner Studien und Überlegungen faßte er in 16 Vorträgen zusammen. Er sehe die soziale Frage, betonte Hize im Vorwort zu seinem neuen Buch, »als die Frage, wie die bestehende gesellschaftliche Ordnung, die Ordnung von Kapital und Arbeit umzugestalten, zu reorganisieren sei, um der Zerklüftung der Gesellschaft ein Ziel zu setzen, die gegensätzlichen Kräfte wieder in Gleichgewicht und Harmonie zu bringen«. Damit nannte er das Hauptanliegen seines etwa 600 Seiten umfassenden Buches »Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft«, das er im Februar 1880 im römischen »Campo santo« abschloß.

Man kann nicht sagen, daß die Gedanken des jungen Kaplans in allem der Weisheit letzter Schluß waren. Es fehlte ihm vor allem der anregende und klärende persönliche Kontakt mit Sozialwissenschaftlern und Sozialpolitikern. Auch besaß er noch keinen unmittelbaren Zugang zur Arbeiterbewegung. Dennoch erfährt man in »Kapital und Arbeit« auf Schritt und Tritt, daß er sich schon damals sehr gründlich mit der sozialistischen Theorie auseinandergesetzt hatte und es verstand, die kapitalistische Gesellschaft richtig zu analysieren. Hitze wußte, daß einer gesellschaftlichen »Reorganisation«, die er als unumgänglich ansah, eine Besinnung auf die menschliche Komponente in den Beziehungen von Kapi-

tal und Arbeit vorausgehen müsse. »Der Arbeiterstand ist nicht rechtlos gegenüber dem Kapital, ist nicht auf Kapitals Gnaden angewiesen, sondern steht ihm als gleichberechtigter Stand gegenüber ... Der Stand der Eigentümer, der Kapitalisten, hat strenge Rechtspflichten gegenüber dem Arbeiterstand, ist nicht souverän in seinem Eigentum, muß vielmehr dem Arbeiterstand einen gewissen Mitgenuß der Früchte seines Eigentums (natürlich gegen Arbeit) einräumen; kurz der Arbeiter steht ihm als ›mitberechtigter Genosse‹, als ›Mitarbeiter‹ ... gegenüber.«

Als ideale Gesellschaftsordnung schwebte Hitze der mittelalterliche Ständestaat vor, den er allerdings nicht einfach kopiert wissen wollte. Die neue Gesellschaftsordnung müsse auf eine erweiterte und demokratische Basis gestellt und den veränderten Verhältnissen angepaßt werden. Durch »Verkleisterungen« und »Bindemittelchen« sei der aus den Fugen geratene gesellschaftliche Bau nicht wieder in Ordnung zu bringen. Ein bloßes Herumkurieren an Symptomen trage nicht zur Lösung der sozialen Frage bei. Der junge Hitze erwies sich als ein »Mann grundsätzlichen Radikalismus und radikaler Grundsätzlichkeit« (J. Eberle).

In seinem Buch »Quintessenz der sozialen Frage« (1880) hatte er seine Vorstellungen auf die knappe Formel gebracht: »Sozialistische Organisation der Stände: das ist die Lösung der sozialen Frage.« Diesen programmatischen Satz erläuterte Hitze in »Kapital und Arbeit« bis ins Detail. Es ging ihm um eine »Solidarisierung der Berufe«, wodurch ein Ausgleich zwischen Sozialismus und Kapitalismus herbeigeführt werden sollte. Seine Ideen vom »ständischen Sozialismus« hatten nichts mit den Forderungen der Sozialdemokraten gemein. Den Marxismus als Gesellschaftstheorie lehnte er vor allem wegen der extremen Mehrwertlehre entschieden ab.

Die Wunschvorstellung von der erneuerten, erweiterten und den Gegenwartsproblemen entsprechenden mittelalterlich-zünftigen Gesellschaftsordnung wurde durch die praktische Sozialarbeit, die Franz Hitze bald nach seiner Rückkehr aus Rom übernahm, stark zurückgedrängt. Er sah ein, daß die bestehenden sozialen Probleme und Notstände zuerst einmal unmittelbar angegangen werden mußten.

Dieser Aufgabe widmete er in den folgenden Jahrzehnten seine ganze Kraft. Hitze begann den mühsamen Weg der kleinen und kleinsten Schritte zu gehen. Wo immer es ihm möglich war, schaltete er sich in den Emanzipationskampf der Arbeiter für wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung ein. Aus dem »gedrückten, verachteten und bemitleideten Proletarier« müsse ein »selbstbewußter Vollbürger« werden, schrieb er im Jahre 1911. Vor allem um dieses Ziel ging es ihm bei seinen Bestrebungen, die Arbeiter zu organisieren und zu bilden, bei seinem sozialpolitischen Engagement in Parlamenten und Ausschüssen,

bei seiner Tätigkeit als Hochschullehrer und als verantwortlicher Mitarbeiter vieler wissenschaftlicher Gremien und Kongresse. Aber bei aller Kleinarbeit vergaß er nicht, daß letztlich die »richtige, den Geboten der Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechende Stellung und Eingliederung der Arbeiter im Gesamtorganismus der Gesellschaft und des Staates« erreicht werden müsse.

IV

Für den Werdegang von Franz Hitze war es von entscheidender Bedeutung, daß er bald nach Abschluß seiner sozialen Studien in Rom von dem Mönchengladbacher Textilfabrikanten Franz Brandts (1834–1914) als Generalsekretär des Verbandes »Arbeiterwohl« gewonnen wurde (1880). Dieser Verband bestand erst seit kurzer Zeit. In ihm hatten sich einige katholische Industrielle und Arbeiterfreunde zusammengeschlossen, die ernsthaft daran gehen wollten, ihren Beitrag zur Lösung der Arbeiterfrage zu leisten. Sie begünstigten das Zustandekommen von Arbeitervereinen und förderten die Arbeiterschutzpolitik. Hier fand Hitze das ideale Arbeitsfeld. Er gab dem Verband innerhalb weniger Jahre Format und brachte ihn zu hohem Ansehen. Den Arbeitgebern redete er ins Gewissen: »Ja, meine Herren, es muß mehr geschehen als bisher – die Unterlassungen der Arbeitgeber sind gefährlicher als die Agitationen der Sozialdemokraten.« Er wandte sich an alle, die »ein Herz haben für die sittlichen und sozialen Notstände unserer arbeitenden Klassen und durch ihre soziale Stellung in der Lage sind, den Bestrebungen zur Behebung der Notstände Rat, Mitwirkung und Unterstützung zu leihen«.

Seit 1881 redigierte Hitze die Zeitschrift »Arbeiterwohl« und machte sie zu einem Forum der Auseinandersetzung um Fragen der Sozialpolitik, besonders des Arbeiterschutzes. Er veröffentlichte nachahmenswerte Beispiele aus der sozialen Praxis der Betriebe und gab Anregungen zur Einführung sozialer Maßnahmen. Neben grundsätzlichen Abhandlungen wie »Arbeiterfrage und Christentum« oder »Arbeiterbildung und Sozialreform« findet man in »Arbeiterwohl« aus der Feder von Hitze vor allem Aufsätze und Berichte, die sich auf den konkreten sozialen Einsatz beziehen. Er ließ darüber hinaus in seinem Blatt alle führenden, sozial engagierten Persönlichkeiten zu Wort kommen. Wichtige Diskussionen, die für den weiteren Weg des deutschen Sozialkatholizismus von großer Bedeutung waren, wurden hier ausgetragen.

Im Jahre 1884 gab ihm die Enzyklika »Humanum genus« das Stichwort zum leidenschaftlichen Appell an die deutschen Katholiken zur Gründung von katholischen Arbeitervereinen. Leo XIII. schrieb: »Die Menschen, welche sich durch der Hände Arbeit das tägliche Brot sauer verdienen

müssen, . . . sollen zum Eintritt in gute Vereine eingeladen werden.« Einige Monate später rief Franz Hitze den Teilnehmern des Amberger Katholikentags (1884) zu: »Mögen die Worte des Heiligen Vaters in ganz Deutschland Widerhall finden! Sein empfehlendes Wort sei uns Befehl! Darum auf zur Gründung katholischer Arbeitervereine!« Im Auftrag der deutschen Bischöfe verfaßte er eine Denkschrift über Bedeutung und Ziele, Gründung und Organisation der katholischen Arbeitervereine.
Regelmäßig gab er auf den Katholikentagen der nächsten Jahre Rechenschaft über die Entwicklung und den Stand der Arbeitervereine und erneuerte seinen Appell von Amberg. Im Herbst 1889 zog er in Bochum Bilanz: Es bestanden nun 168 Arbeitervereine, 51 Knappenvereine, 26 Arbeiterinnenvereine und 37 Vereine jugendlicher Arbeiter mit insgesamt etwa 60 000 Mitgliedern. Man dürfe damit noch nicht zufrieden sein, betonte Hitze in der gleichen Rede. Es sei erst ein Anfang gemacht. Tatsächlich kam es dann in den kommenden Jahren, vor allem angestoßen durch die Enzyklika »Rerum novarum« (1891), in allen deutschen Industrierevieren zu einer stürmischen Entwicklung der katholischen Arbeitervereine, die bald in Bezirken und Diözesen zu Verbänden zusammengeschlossen wurden. Franz Hitze wird zu Recht als Begründer und Organisator der katholischen Arbeiterbewegung angesehen, weil er im rechten Augenblick den entscheidenden Anstoß gab und die organisatorischen Grundlinien festlegte.
So begeistert sich Hitze in den achtziger Jahren für die Gründung katholischer Arbeitervereine einsetzte, so engagiert nahm er in den neunziger Jahren für die christlichen Gewerkschaften Stellung. Vor der Gründung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter (1894) warb er für die Idee der »Fachabteilungen« innerhalb der katholischen Arbeitervereine. Er mußte jedoch bald einsehen, daß die Mittel der »Fachabteilungen« nicht ausreichten, den Arbeitern zu ihrem Recht zu verhelfen und sie zur notwendigen Emanzipation zu führen. Nach einem Gespräch mit dem Essener Bergmann August Brust (1862–1924), dem mutigen und idealgesinnten Gründer des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, wurde Hitze einer der eifrigsten Befürworter der christlichen Gewerkschaften. Er referierte auf ihren Kongressen und Versammlungen. Die Bergleute des Ruhrgebietes wählten ihn in den Ehrenrat ihres Gewerkvereins. So wurde er der ersten Generation der christlichen Gewerkschaftsführer Freund und Berater.
Als um die Jahrhundertwende die Frage aufgeworfen wurde, ob es Katholiken erlaubt sei, interkonfessionellen Gewerkschaften anzugehören, bejahten Hitze und seine Freunde diese Frage entschieden. Einige Bischöfe, unter ihnen vor allem Fürstbischof Kopp von Breslau und Bischof Korum von Trier, wollten nicht zulassen, daß sich die Arbeiter ihrer

Diözesen den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften anschlossen. Sie vertraten die »integrale Richtung«. Danach sollten die katholischen Arbeiter auch in allen wirtschaftlichen Belangen der kirchlichen Autorität unterworfen sein und sich nur in den Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine organisieren. Es kam zu einem heftigen und unerfreulichen Streit unter den deutschen Katholiken. Franz Hitze stellte sich eindeutig auf die Seite der christlichen Gewerkschaften. In diesen Jahren wurde er oft bei den »integralen Bischöfen« denunziert. Man nannte ihn einen »Rationalisten«; man sagte ihm nach, er leugne den ethischen Wert der Arbeit, weil er sie als Ware bezeichne.
Hitze kam vor allem ins Kreuzfeuer, als er sich im Dezember 1904 mit einem »offenen Brief« an Mutter Gertrud v. Schaffgotsch in Trier wandte, um sie zu bitten, den Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften aufzugeben. Die Gründerin der Josefsschwestern reagierte sehr scharf und verwahrte sich entschieden gegen die Vorwürfe Hitzes. Wenn dem sozial engagierten Priester nun auch von mancher Seite Argwohn und Ablehnung entgegengebracht wurden, so ging er dennoch seinen Weg unbeirrt weiter. Er trug wesentlich dazu bei, daß sich die deutschen Katholiken vom »Integralismus« befreiten und sich in wirtschaftlichen, politischen und sozialen Fragen zur Zusammenarbeit mit evangelischen Christen bereit fanden. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Gewerkschaftsstreit endgültig beigelegt. Die Fuldaer Bischofskonferenz stellte sich geschlossen hinter die christlichen Gewerkschaften.

V

Für die Gründung des »Volksvereins für das katholische Deutschland« im Jahre 1890 zeichnete Franz Hitze zusammen mit Franz Brandts und Ludwig Windthorst verantwortlich. Der spätere Generaldirektor August Pieper (1866–1942) sagte, daß der Gedanke, diesen Verein zu gründen, »Hitzes Kopf entsprungen« sei. Jedenfalls gab bis zur Jahrhundertwende niemand der Volksvereinsarbeit so sehr Gestalt und Inhalt wie er. Vor allem setzte er die Maßstäbe für die staatsbürgerliche Bildungsarbeit. Er machte den Volksverein zu einer erstklassigen Ausbildungsstätte für künftige Arbeiterführer und Sozialpolitiker. Weil später viele Absolventen der Mönchengladbacher Kurse in hohe politische Ämter berufen wurden, nannte man den Volksverein – bisweilen mit einem Anflug von Spott – »Ministerfabrik«. Hitze verstand es, hochqualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen und nach Mönchengladbach zu ziehen. Von ihnen sind vor allem die Priester August Pieper und Heinrich Brauns zu nennen.

Keiner Organisation blieb Franz Hitze zeitlebens so eng verbunden wie dem Volksverein. Auch als er 1893 seinen Wohnsitz von Mönchengladbach nach Münster verlegte, wo er die für ihn eigens geschaffene außerordentliche Professur für christliche Gesellschaftslehre übernahm (seit 1903 als ordentlicher Professor), blieb er ganz und gar ein Mann des Volksvereins, der immer zur Stelle war, wenn die »Mönchengladbacher« ihn brauchten. Im gleichen Jahre wurde er zum Apostolischen Protonotar ernannt, nachdem ihm die Theologische Fakultät in Münster kurz vor Übernahme seiner Professur den Dr. theol. h. c. verliehen hatte.

Eine der wichtigsten Initiativen, die von Franz Hitze mitverantwortet wurden, betraf die Gründung eines umfassenden katholischen Wohlfahrtsverbandes. Hier war der Düsseldorfer Landesrat Max Brandts die stärkste treibende Kraft. Die von ihm 1890 verfaßte »Denkschrift betreffend die Stellung der katholischen Kirche zur sozialpolitischen Liebestätigkeit« war auch von Franz Hitze mitunterzeichnet. In der von Hitze redigierten Zeitschrift »Arbeiterwohl« konnte Max Brandts in den folgenden Jahren wiederholt zur Gründung eines katholischen Wohlfahrtsverbandes nach der Art der evangelischen »Inneren Mission« aufrufen. Auch als die Initiative an den Freiburger Bischofssekretär Lorenz Werthmann (1858–1921) überging, unterstützte Hitzes »Arbeiterwohl« den Gedanken eines Caritas-Verbandes für ganz Deutschland. Am 7. November 1897 erfolgte dessen offizielle Gründung in Köln.

Die meiste Kraft investierte Franz Hitze ohne Frage in die parlamentarische Arbeit. Von 1882–1893 und von 1898–1912 gehörte er dem Preußischen Abgeordnetenhaus, seit 1884 dem Deutschen Reichstag für den Wahlkreis Aachen (ab 1898 für Düsseldorf, ab 1920 im Reichswahlvorschlag) an. Er galt allen Abgeordneten als ein »Muster von Pflichttreue, Fleiß und Disziplin« (K. Bachem). Was ihn besonders auszeichnete, war sein sozialpolitischer Sachverstand, seine »schöpferische Begabung für die Technik der sozialen Gesetzgebung bis in alle ihre Einzelheiten« (K. Bachem). Er beherrschte aber auch die parlamentarische Taktik. Vor allem arbeitete er sachkundig, zielstrebig und geschickt in den parlamentarischen Ausschüssen. Man kann sagen, daß Hitze hier seine größte Leistung erbrachte. Wenn August Pieper halb im Ernst und halb im Scherz seinen älteren Kollegen einmal einen »Paragraphenmacher« nannte, so war vor allem dessen unermüdliche Arbeit in den Ausschüssen damit angesprochen.

Schon bevor Hitze Mitglied des Reichstags wurde, nahm er 1883 an den Beratungen der Zentrumsfraktion über den Bismarckschen Entwurf zur gesetzlichen Krankenversicherung teil. Man hatte ihn wahrscheinlich wegen seiner gründlichen Kenntnis des Betriebskrankenkassenwesens hinzugezogen. In der Textilfabrik von Franz Brandts und anderswo hatte

er wertvolle Erfahrungen gesammelt. An der Diskussion um die Alters- und Invalidenversicherung nahm er als Reichstagsabgeordneter teil. Er versuchte mit seinen Kollegen von der Zentrumsfraktion zu verhindern, daß Bismarck seine Vorstellungen von einer Rentenversicherung realisierte, durch die sowohl die Versicherung als auch die Versicherten in zu große Abhängigkeit vom Staat geraten wären. Auch am Zustandekommen der Reichsversicherungsordnung (1911), durch die die Sozialversicherung Zusammenfassung und vorläufigen Abschluß fand, war Franz Hitze maßgeblich beteiligt.

VI

Das Schwergewicht seiner sozialpolitischen Tätigkeit lag auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes. Hier wurde er in einigen Jahren zum allgemein anerkannten Fachmann. Schon in seiner ersten Reichstagsrede am 16. Januar 1885 stellte er seine fundierte Sachkenntnis unter Beweis. Er reagierte im Namen der Zentrumsfraktion auf eine pathetische Rede Bismarcks, in der dieser den Vorwurf erhoben hatte, es sei dem Zentrum mit seinen Anträgen auf Arbeiterschutz nur darum zu tun, die Regierung ins Unrecht zu setzen. Hitze wies diese Unterstellung scharf zurück, entkräftete Stück für Stück die Argumentation des Kanzlers und begründete überzeugend die Anträge des Zentrums, die sich insbesondere auf die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und das Verbot der Sonntagsarbeit bezogen.

Der 33jährige Abgeordnete kannte sich in den Fabrikgesetzgebungen der Nachbarländer aus und wußte genau, wie sich dieses oder jenes Gesetz bewährt hatte. Was Hitze am Ende seiner ersten Rede im Deutschen Reichstag sagte, war typisch für seine sozialpolitische Einstellung: »Ich möchte bitten, beginnen wir einmal praktisch. Wir werden dann Erfahrungen sammeln; mit Erörterungen und Diskussionen kommen wir nicht weiter. Wir müssen anfangen; dann werden wir sehen, wie wir unsere Fabrikgesetzgebung ausbauen. Also ich bitte Sie, stimmen Sie unseren Anträgen zu; Sie tun ein gutes Werk für unsere Arbeiter.«

Es dauerte noch sechs Jahre, bis eine umfassende Arbeiterschutzgesetzgebung zustande kam. Hitze mußte noch einige Male mit Bismarck die Klinge kreuzen. Erst als der »Eiserne Kanzler« den Abschied genommen hatte, kam es zu einer zügigen Beratung des Gesetzentwurfs. Die »Gewerbeordnung« von 1891 ist zu einem guten Teil Hitzes Werk. Mit unvergleichlicher Zähigkeit und Akribie formulierte er die Paragraphen des Gesetzes zum Schutz der Arbeiter und kämpfte geschickt um die erforderliche parlamentarische Mehrheit. Auch bei den Erweiterungen und

Novellierungen der Gewerbeordnung in den folgenden Jahren und Jahrzehnten fehlte niemals Hitzes entscheidender Einfluß.
Hitze machte sich im Reichstag auch die berechtigten Anliegen der Handwerker und Landwirte, der Kaufleute und Beamten zu eigen. Er drängte auf die Verabschiedung des Handwerks-Organisationsgesetzes (1897), trat unentwegt für den Schutz der Landwirtschaft ein, beeinflußte nachhaltig die Kaufmannsgesetzgebung und engagierte sich für eine soziale Steuerpolitik und Beamtenbesoldung.
Der Verabschiedung der Gewerbeordnung ging ein bemerkenswertes Ereignis voraus. Nachdem sich der junge Kaiser Wilhelm II. in seinen Februar-Erlassen 1890 zum Arbeiterschutz bekannt hatte, schickte er seinen vertrautesten Berater, Geheimrat Georg Hinzpeter, nach Mönchengladbach, um Franz Hitze zu den Sitzungen des Preußischen Staatsrates zu bitten. Es standen grundlegende Fragen des gesetzlichen Arbeiterschutzes zur Beratung. Hier wurde deutlich, wie sehr der junge Priester als sozialpolitischer Fachmann anerkannt war. Zugleich aber zeigte sich, daß die deutschen Katholiken – nicht zuletzt durch den sachkundigen Einsatz von Franz Hitze – wieder Zugang zur positiven Mitarbeit im Staat gefunden hatten, dem sie seit dem Kulturkampf sehr skeptisch und reserviert, wenn nicht oppositionell gegenübergestanden hatten.
Um die gleiche Zeit fungierte Hitze bei der vom deutschen Kaiser einberufenen ersten Internationalen Arbeiterschutz-Konferenz in Berlin (1890) als Berater des päpstlichen Vertreters. Wilhelm II. hatte Papst Leo XIII. zu dieser Konferenz eingeladen. Der Papst benannte Fürstbischof Kopp von Breslau als seinen Vertreter. Ihm stand Franz Hitze zur Seite. So fanden seine Bemühungen sowohl höchste staatliche wie auch höchste kirchliche Anerkennung.

VII

Als nach dem Ersten Weltkrieg die Nationalversammlung in Weimar die neue Verfassung beriet, vertraten Franz Hitze und Heinrich Brauns die Zentrumsfraktion im Verfassungsausschuß, wenn es um die »sozialen Artikel« ging. Beide waren an der Formulierung des Artikels 165 beteiligt, durch den der jungen Republik der Auftrag zur Schaffung von Betriebs- und Bezirksarbeiterräten und einem Reichsarbeiterrat erteilt wurde. Beide trugen Sorge, daß der radikale Rätegedanke keinen Eingang in das Betriebsrätegesetz fand, das im Januar 1920 vom Reichstag verabschiedet wurde.
Franz Hitze war damals gesundheitlich schon stark angeschlagen. Seit 1902 litt er unter Herzbeschwerden. 1909 kam es zu einer ersten schwe-

ren Krise. Er arbeitete weiter. Auch in den letzten Monaten seines Lebens versäumte er keine Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten. Das Wort des Siebzigjährigen hatte immer noch Gewicht. Schon vom Tod gezeichnet, suchte er im Sommer 1921 durch eine Kur Erleichterung von seinem schweren Herzleiden. Er blieb auch jetzt noch im Kontakt mit seinen Freunden vom Volksverein und von der Zentrumspartei, zu deren Ehrenvorsitzenden er seit 1920 gehörte. Am 20. Juli 1921 starb Franz Hitze im »Kettelerheim« in Bad Nauheim. Er fand seine Grabstätte in seinem Heimatort.

Es gibt einige bemerkenswerte Kontraste in seinem Leben: Er war Priester – und doch wurde ihm niemals eine Aufgabe in der Pfarrseelsorge übertragen. Sein Heimatbischof aber nannte ihn einen seiner »würdigsten und verdientesten Priester«. Er galt als führender Kopf im Zentrum – und doch nahm er niemals amtlich eine führende Stellung in seiner Partei ein. Man schätzte ihn als den »Altmeister der Sozialpolitik« – und doch trug er niemals offiziell die Verantwortung für die Sozialpolitik. Franz Hitze wirkte durch seine starke Persönlichkeit.

Helmut Neubach

Peter Spahn (1846–1925)

Als am 5. August 1917 Peter Spahn zum preußischen Justizminister ernannt wurde, schrieb die Berliner »Germania«: »Der erste Zentrumsmann auf einem preußischen Ministersessel ist ohne Frage ein Zeichen grundsätzlicher Abkehr von dem alten Axiom, daß man in Preußen, um Minister zu werden, konservativ gerichtet sein müsse und weiter links höchstens ein Nationalliberaler einmal Gnade finden könne.« Und in seinem Nachruf auf Spahn am 1. September 1925 bemerkte das gleiche Blatt: »Hätten wir vor dem Kriege in einem Staat gelebt, der die in ihm lebenden Kräfte zu benutzen verstand, es könnte kein Zweifel darüber bestehen, daß Spahn in die ersten Stellen des Staates aufgerückt wäre.« Im Oktober 1917, als es der Weltkrieg nötig machte, »alle brauchbaren Kräfte ohne Unterschied der Parteistellung und der Religion« einzusetzen, stand Spahn neben Prinz Max von Baden, Friedrich von Payer, Konstantin Fehrenbach, Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau und Wilhelm Solf sogar als Kanzlerkandidat zur Diskussion. Immerhin war er damals schon 71 Jahre alt. Und auch in den ersten Jahren der Weimarer Republik wurden seine Mitarbeit und sein Rat noch sehr geschätzt. Seine große berufliche wie politische Wirksamkeit fällt allerdings in die Jahre zwischen 1890 und 1918.

I

Peter Spahn stammte aus dem Rheingau, war also der Landschaft nach ein gebürtiger Rheinländer. Seine Vorfahren väterlicherseits waren alle Handwerker gewesen, meistens Wagner in Winkel, wo er am 22. Mai 1846 zur Welt kam, in jenem Dorf, das durch seinen guten Wein und das »Graue Haus«, eines der ältesten deutschen Häuser, bekannt ist. Ebenso wie der auch in der ehemaligen preußischen Provinz Hessen-Nassau, und zwar in Camberg, geborene Ernst Lieber besuchte Peter Spahn das Gymnasium in Hadamar bei Limburg. Wenn der siebeneinhalb Jahre ältere Lieber auch erst als Primaner nach Hadamar kam, dürften sich die beiden späteren Zentrumsführer als Schüler schon gekannt haben. Ebenso wie Lieber studierte Spahn Jura, und zwar in Würzburg, Tübingen, Berlin

und Marburg. Doch widmete er sich nicht allein dem Fachstudium, wie die »Juristische Wochenschrift« (1925) mit Recht betonte, vielmehr »legte er früh den Grund zu der umfassenden Allgemeinbildung, die den späteren Richter, Präsidenten, Parlamentarier und Minister vor vielen ausgezeichnet hat«. Die Referendarzeit absolvierte er am Appellationsgericht in Wiesbaden.

Das Jahr 1873 brachte einen Wendepunkt in Spahns Leben. Der junge Assessor wurde vom Rhein in das ferne Westpreußen versetzt. Dort blieb er 14 Jahre, dort begann seine Karriere als Politiker. In Marienburg, wo er 1874 Amtsrichter wurde, kam im Jahre darauf sein Sohn Martin zur Welt, der in seiner Selbstbiographie deutlich den unauslöschlichen Eindruck wiedergibt, den jene Stadt an der Nogat mit ihrer mächtigen Ordensburg auf sein Leben gemacht hat.

In Marienburg wurde Peter Spahn auch mit dem westpreußisch-ermländischen Katholizismus bekannt, der weniger mit dem rheinischen, eher dagegen mit dem schlesischen verwandt war. Von Anfang an verurteilte er die scharfe Politik des Reichskanzlers gegen die Katholiken und die Polen. »Die Abneigung wider Bismarck beherrschte ihn«, schrieb später sein Sohn Martin, der übrigens schon als 11jähriger an dem Wahlkampf des Jahres 1887 »leidenschaftlichen Anteil« nahm. Die Ermländer, die den Kulturkampf besonders hart in Braunsberg erfuhren, schickten von 1871 bis 1918 mit einer Ausnahme nur Zentrumsabgeordnete in den Reichstag, und sogar im Wahlkreis Danzig-Land, im Schatten der von Heinrich Rickert beherrschten liberalen Hansestadt Danzig, konnte das Zentrum für drei Legislaturperioden das Mandat erringen. Für Allenstein-Rössel zog Spahn 1882 in das Preußische Abgeordnetenhaus und für Braunsberg-Heilsberg zwei Jahre später in den Reichstag ein. Von den 11 345 abgegebenen gültigen Stimmen erhielt er 11 010! Dem Landesparlament sollte er rund 15 Jahre, dem Reichsparlament bis 1917 und dann wieder von 1919 an nahezu vier Jahrzehnte angehören.

Peter Spahn wäre vielleicht im Osten des Reiches geblieben, wenn er sich nicht seiner Frau zuliebe – er hatte am 27. Januar 1874 in Winkel Emilie Helmer, die Tochter eines Geometers aus Alpenrod bei Hachenburg im Westerwald, geheiratet – nach dem milderen Westen hätte zurückversetzen lassen. So sagte er es wenigstens bei der Feier seines 70. Geburtstages zu seinen Parteifreunden. Das sei damals das »einzige Mal« gewesen, daß er in sein »Schicksal eingegriffen« habe. Sonst habe er stets die Meinung vertreten, »sich niemals nach etwas zu drängen«.

Schon wenige Jahre nach seiner Übersiedlung nach Bonn, wo Spahn 1888 zum Landrichter am dortigen Landgericht ernannt wurde, starb seine Frau. Mit rührender Liebe sorgte von nun an seine 16jährige Tochter, eines seiner fünf Kinder, für ihn. Als 1905 in der Zeitschrift »Die Woche«

ein dreiseitiges Lebensbild dieses Zentrumspolitikers erschien, zeigten ihn zwei Fotografien in seiner Wohnung zusammen mit seiner Tochter. Und bei der Beerdigung dankte ihr selbst der ehemalige Reichskanzler Joseph Wirth im Namen der Partei für das, »was sie in aufopfernder Hingebung für die Erhaltung der Gesundheit des Vaters getan« hatte.

Peter Spahn stieg weiter Stufe um Stufe der juristischen Laufbahn nach oben: 1892 Oberlandesgerichtsrat in Posen, 1896 Kammergerichtsrat in Berlin. In diesen beiden Ämtern hat er jedoch wenig wirken können, da er 1891 auf Veranlassung Windthorsts, der dessen »hervorragende Begabung sofort erkannt hatte« (K. Bachem), in die zweite Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs für das Bürgerliche Gesetzbuch berufen wurde.

In diesem Gremium errang Spahn durch sein umfassendes Wissen und seine große Erfahrung ein solches Ansehen, daß er zum Vorsitzenden der Reichstagskommission für das BGB gewählt wurde. Ursprünglich war als deren Leiter der Nationalliberale Rudolf von Bennigsen in Aussicht genommen, doch entschied sich die Mehrheit schließlich für Spahn. »Seinem Geschick vornehmlich war es zu verdanken, daß das Werk rechtzeitig gelungen ist« (»Juristische Wochenschrift«, 1925). Spahn selbst hat nicht in seiner politischen, sondern in dieser gesetzgeberischen Arbeit, ganz besonders in seiner Mitarbeit am BGB, »das bedeutendste Werk seines Lebens erblickt« (ebenda). In den im Auftrag des Reichsjustizamtes zusammen mit den Rechtsgelehrten Achilles und Gebhard herausgegebenen »Protokollen der Kommission für die zweite Lesung des Entwurfs des Bürgerlichen Gesetzbuchs« (7 Bände, erschienen 1897/99) hat er vornehmlich das Familien- und das Erbrecht behandelt. Wegen seiner Verdienste um das BGB erhielt er 1909 den Dr. jur. h. c. der Universität Tübingen, an der er ebenso wie Felix Porsch studiert hatte. Später kam noch der Ehrendoktor der flämischen Universität Löwen hinzu.

Auch in anderen wissenschaftlichen Veröffentlichungen hat sich Peter Spahn ein Denkmal gesetzt. Da ist zunächst sein Buch »Verwandtschaft und Vormundschaft nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch für das Deutsche Reich« zu erwähnen, das 1901 als Band 9 der Reihe »Das Recht des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Einzeldarstellung« herauskam. 1904 ließ er die Publikation »Die Verwaltung des kirchlichen Vermögens« folgen. Zahlreiche kleinere Beiträge erschienen in Fachzeitschriften, z. B. in der »Deutschen Juristen-Zeitung«, die ihren Nachruf (1925) auf den »hochbegabten« Spahn mit dem Satz schließt: »Sein Leben war segensvoll und reich auch für die Juristenwelt.«

II

Obwohl sich Spahn als ausgezeichneter Jurist im ganzen Reich einen bedeutenden Namen gemacht hatte – seit 1898 war er Reichsgerichtsrat in Leipzig –, erregte seine Ernennung zum Präsidenten des Oberlandesgerichts Kiel im November 1905 doch noch großes Aufsehen. »Die meisten meiner Kollegen trugen Bedenken«, so schreibt Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow, der Spahn für diesen Posten vorgeschlagen hatte, in seinen »Denkwürdigkeiten«, »einem Katholiken und Zentrumsmann das in Rede stehende hohe Amt in einer ganz protestantischen Provinz zu übertragen. Ich hielt gegenüber diesem Widerspruch an dem Grundsatz fest«, so fährt er fort, »daß, wenn das Staatsministerium keinen Anstand nähme, Protestanten nach der Rheinprovinz, nach Westfalen und Oberschlesien zu schicken, ich nicht einsehe, warum nicht ein Katholik auch in einer überwiegend oder ganz protestantischen Provinz eine erfolgreiche Wirksamkeit ausüben könne.«

Karl Bachem zufolge soll die Berufung Spahns auf Vorschlag des Justizministers Karl Schönstedt, der zwar ein Katholik, aber kein Zentrumsmann war, erfolgt sein. Im Ministerrat »trat sofort Kriegsminister von Einem warm für die Ernennung ein, indem er äußerte, es sei für jene Protestanten ganz gut, wenn sie einmal einen Katholiken aus der Nähe zu sehen bekämen«. Als der Vorschlag dem König und Kaiser unterbreitet wurde, wäre dieser »ganz einverstanden« gewesen.

Sicherlich war Spahns Berufung nach Kiel eine Art von »Gegenleistung« der Regierung gegenüber dem Zentrum für dessen »dankenswerte Mitarbeit an den großen nationalen Fragen«, wie Bülow sich am 14. April 1904 im Reichstag ausdrückte. Zu diesen Gegenleistungen gehörte übrigens auch die auf Betreiben des Kaisers erfolgte Ernennung eines Sohnes des alten Zentrumspolitikers Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst, Freiherr Klemens von Schorlemer-Lieser, zum (ersten katholischen) Oberpräsidenten der Rheinprovinz.

Gewiß mag es Peter Spahn gefreut haben, als er 1910 vom preußischen Norden in seine Heimat, nämlich als Präsident des Oberlandesgerichts Frankfurt/Main, nach Hessen versetzt wurde. Dieses Amt bekleidete er bis zu seiner Ernennung zum preußischen Justizminister im August 1917. Diese Ernennung zum Minister ist erst aus Spahns parlamentarischem Wirken heraus zu verstehen. Gewiß förderte seine Mitarbeit an der Vorbereitung des BGB nicht nur seine berufliche, sondern ebenso seine politische Laufbahn. Auch hier erklomm der in vielen Teilen des Reiches weit herumgekommene Jurist Stufe um Stufe. Er hat sich um diese Posten gewiß nicht »gedrängt«, wie er einmal selbst gesagt hat. Sie fielen ihm aufgrund seines Wissens, seiner Erfahrung, seines eisernen Fleißes und seiner

ungeheuren Arbeitskraft einfach zu. »Die Aktenmappe war seine stete Begleiterin«, schrieb einmal die »Essener Volkszeitung« (nach K. Bachem). Verlegte Felix Porsch seine Haupttätigkeit bald ins Preußische Abgeordnetenhaus, so konzentrierte sich Spahn auf den Reichstag. Dem Landtag, in den er schon im Alter von 36 Jahren eingezogen war, gehörte er – wie schon erwähnt – nicht durchgehend, sondern mehrere Legislaturperioden mit Unterbrechungen an. 1882–1888 vertrat er Allenstein-Rössel, 1891–1898 Aachen-Land und 1904–1908 Fulda.

Auch für den Reichstag ließ sich Spahn nach seiner Übersiedlung nach Bonn in einem rheinischen Wahlkreis aufstellen, und zwar in Bonn (-Rheinbach) selbst. Allerdings ist er in dem Reichstagshandbuch des Jahres 1890 noch nicht aufgeführt, da er erst im September bei der Ersatzwahl nach dem Tode des in der Hauptwahl gewählten Zentrumsabgeordneten Karl Virnich kandidierte. Bonn gehörte damals ebenso wie Braunsberg-Heilsberg zu den »bombensicheren« Zentrumswahlkreisen: Von den 11 737 abgegebenen gültigen Stimmen erhielt Spahn 11 168, während der sozialdemokratische Zählkandidat lediglich 453 Stimmen gewinnen konnte! Über ein Vierteljahrhundert, genau 27 Jahre – von August 1890 bis August 1917 – vertrat Spahn denselben Wahlkreis.

Peter Spahn genoß in der Reichstagsfraktion als ehemaliger Mitstreiter Windthorsts große Achtung; viele Freunde aber hatte er nicht. Schon 1893 rückte er in den Vorstand auf, und 1897 wurde ihm der stellvertretende Vorsitz übertragen. Als nach dem Tode des langjährigen ersten Vorsitzenden Alfred Graf von Hompesch am 9. Februar 1909 zum erstenmal geheim abgestimmt wurde, unterlag Spahn dem Gegenkandidaten Georg Frhr. von Hertling mit großem Abstand. Gewiß mag er sich auch diesmal nicht nach dem Posten gedrängt haben, doch war er über das Wahlergebnis sehr verärgert.

In einer privaten Aufzeichnung Karl Bachems vom Tage darauf sind sieben Gründe gegen eine Wahl Spahns zum ersten Vorsitzenden angegeben, von denen zumindest einige auch zur allgemeinen Beurteilung dieses Zentrumspolitikers herangezogen werden können. Der auf den ersten Blick einleuchtendste ist wohl »seine Tätigkeit in Kiel, dreitägige Abwesenheit in der Woche«. Bachem stößt sich ferner an Spahns »Gewohnheit, eigene Wege zu gehen und plötzlich die Fraktion vor faits accomplis zu stellen« sowie an der »ganzen Art seines persönlichen Verkehrs mit den Abgeordneten«. Als siebter Grund erschien sein Zylinderhut, der zur Zeit der Kanzlerschaft Bülows symbolisch als das Führerzeichen des Zentrums in der damaligen Reichspolitik galt und der ungedruckten Erinnerungen Georg Schreibers zufolge sogar »mythische und sagenhafte Züge« besessen haben soll (R. Morsey).

Immerhin wurde Peter Spahn im Februar 1912 nach der Ernennung

Hertlings zum bayerischen Ministerpräsidenten doch noch Fraktionsvorsitzender, allerdings nicht durch Stimmzettel, sondern auf Vorschlag des Bamberger Domdekans Franz Schädler durch einstimmigen Zuruf. Er bekleidete dieses Amt bis zu seiner Ernennung zum preußischen Justizminister im August 1917.

Ebenfalls schon in den 90er Jahren wurde Spahn in das Reichstagspräsidium gewählt: 1895–1898 war er unter Rudolf Freiherr von Buol-Berenberg zweiter Vizepräsident, 1909–1911 unter Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode und Hans Graf von Schwerin-Löwitz erster Vizepräsident. Im Juli 1910 passierte es ihm, daß der damalige zweite Vizepräsident, Ernst Erbprinz von Hohenlohe-Langenburg (Deutsche Reichspartei), sein Amt niederlegte, weil er nicht länger neben einem katholischen Vizepräsidenten sitzen wollte. Hervorgerufen wurde dieser überraschende Schritt durch die allerdings wenig glückliche Borromäus-Enzyklika »Editae saepe« Pius X. mit ihren kaum berechtigten Angriffen auf die deutschen Protestanten. Zum Glück fand sich in Hohenlohe-Langenburgs Partei schnell ein Nachfolger, nämlich der Bromberger Georg Schultz, der – obwohl ebenfalls Protestant – nichts dagegen hatte, neben einem katholischen Kollegen zu präsidieren.

Als Mitglied des Reichstagspräsidiums stieß Peter Spahn noch ein anderes Mißgeschick zu, das in der Geschichte dieses Parlaments ebenfalls einmalig war, allerdings weit bekannter wurde als das erste. Am 9. März 1912, wenige Wochen nach den letzten Reichstagswahlen vor dem Ersten Weltkrieg, aus denen die Sozialdemokraten mit 110 Mandaten als stärkste Fraktion hervorgegangen waren, wurde er im dritten Wahlgang, in einer Stichwahl gegen August Bebel, mit 196 zu 175 Stimmen zum Präsidenten des Deutschen Reichstags gewählt. Amtiert hat er allerdings nur ein verlängertes Wochenende von Freitag bis Montag.

Sein Aufsehen erregender Rücktritt hatte folgende Ursache: Als Spahn die Wahl annahm, konnte er nicht wissen, daß sich eine wenn auch geringe Mehrheit des Hauses für Philipp Scheidemann als ersten Vizepräsidenten entscheiden würde. Da dieser erste in ein Reichstagspräsidium gewählte Sozialdemokrat nach wie vor die revolutionären Grundsätze seiner Partei betonte und es ablehnte, die Repräsentationspflichten insbesondere gegenüber dem Kaiser zu erfüllen, legte nicht nur Spahn, sondern auch der nach Scheidemann gewählte zweite Vizepräsident, der Nationalliberale Hermann Paasche, sein Amt nieder. »Dreimal 24 Stunden hat der lange Peter ... mit sich und Gott gerungen, dann aber floh er entsetzt aus der Nähe des roten Vizepräsidenten.« So kommentiert Philipp Scheidemann in seinen »Memoiren eines Sozialdemokraten« wenig respektvoll den Rücktritt Peter Spahns. Sein Sohn Martin dagegen rechtfertigte ihn im Februar 1927 mit folgenden Worten: »Mein Vater hatte

verlangt, daß Scheidemann nicht nur beim Kaiserhoch im Saale bleiben, sondern auch mit zu Hofe gehen sollte. Er wußte, daß Scheidemann das ablehnen würde, deshalb forderte er es; es war für ihn eine Unmöglichkeit, mit Scheidemann im Präsidium zu sitzen. Bei seiner Befähigung zur Leitung von Versammlungen«, so fuhr Martin Spahn fort, »ist meinem Vater der Verzicht schwer gefallen; aber hier gab es nur ein Brechen, kein Biegen für ihn.« So ist der Rheinländer und Nassauer Peter Spahn, dessen Entschluß zum Rücktritt übrigens nicht erst nach »dreimal 24 Stunden«, sondern gleich am nächsten Morgen fiel, nach dem Badener Buol-Berenberg und dem Schlesier Franz Graf von Ballestrem als dritter vom Zentrum gestellter Präsident und gleichzeitig als der Präsident mit der kürzesten Amtsdauer in die Annalen des Reichsparlaments eingegangen.

Aus seiner langjährigen Tätigkeit im Reichstagspräsidium sei ferner noch eine andere Begebenheit erwähnt: Als Bismarck gestorben war, konnten wegen Krankheit weder der Präsident noch sein erster Stellvertreter an den Trauerfeierlichkeiten teilnehmen. So fiel dem Katholiken Spahn, der die gegen seine Kirche gerichtete Politik des früheren Reichskanzlers so energisch bekämpft hatte, die traurige Pflicht zu, im Trauergottesdienst in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche Anfang August 1898 den Kranz des Reichstags an der Bahre des großen Toten niederzulegen. Das Preußische Abgeordnetenhaus versagte Bismarck übrigens eine solche Ehre.

III

Peter Spahn erreichte es, daß die maßgeblich von ihm und Adolf Gröber geführte Zentrumsfraktion des Reichstags den von Ernst Lieber eingeleiteten Kurs der positiven Mitarbeit in der Regierungspolitik fortsetzte. Besonders geschickt erwies er sich in den Verhandlungen mit Reichskanzler Bülow (1900–1909), mit dem er regelmäßig aktuelle politische Fragen, auch Regierungsvorlagen, im voraus durchsprach, sogar auch in dessen Urlaubsort auf Norderney. Allerdings trat bei seinem dortigen Besuch im Sommer 1906 eine Entfremdung zwischen beiden Politikern ein, die nicht mehr beigelegt werden konnte. Nach den Wahlen zum 12. Reichstag im Januar 1907 glaubte Bülow das Zentrum und damit auch Spahn nicht mehr zu benötigen. In seinen »Denkwürdigkeiten« bezeichnet er den Zentrumsführer gleichwohl als »einen durch und durch ehrenhaften Mann, von hervorragender Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit« und als »einen ausgezeichneten Juristen«. Allerdings sei er »kein hinreißender Redner« gewesen, er habe »vielmehr trocken und mit kaum ver-

ständlicher Stimme gesprochen« und es habe ihm »auch im persönlichen Verkehr das Gewinnende gefehlt«.
An allen großen damals vom Reichstag verabschiedeten Gesetzen, z. B. an den Militär-, den Steuer- und den Handelsgesetzen ebenso wie an der Verfassung für Elsaß-Lothringen, hat Spahn maßgeblich mitgearbeitet. Natürlich sah auch jede wichtige Parlamentsdebatte über kirchliche Fragen den »Kulturkampfveteranen« auf der Rednertribüne. Besonders energisch setzte er sich für die Aufhebung des Jesuitengesetzes aus dem Jahre 1872 ein. Er erreichte mit seinen Parteifreunden immerhin die Annullierung eines seiner wichtigsten Paragraphen. Ebenso widersprach er allen Ausnahmegesetzen gegen die Polen. Er hatte die Auswirkungen der Bismarckschen Polenpolitik in Westpreußen an Ort und Stelle kennengelernt. Eine seiner ersten Landtagsreden war gegen die 1885/86 von der preußischen Regierung verfügten Ausweisungen von etwa 30 000 in die Ostprovinzen eingewanderter und nicht naturalisierter Polen und Juden gerichtet.
Spahns führende Rolle in der Reichstagsfraktion und im Reichstagspräsidium verschaffte ihm aber nicht ohne weiteres auch den Vorsitz in der Partei. Besaß das Zentrum nach Liebers Tod (1902) doch gleich über ein halbes Dutzend Führerpersönlichkeiten: Hertling, Gröber, Fritzen, Herold, Porsch, Trimborn und nicht zuletzt Spahn, der Hertling 1912 im Vorsitz sowohl der Reichstagsfraktion als auch der Partei ablöste.
Fünf Jahre lang leitete Peter Spahn das Zentrum, das inzwischen auf eine 50jährige Tradition zurückblicken konnte. Aber Spahn war kein Windthorst, und sicherlich hatte sich auch Lieber besser durchzusetzen vermocht. Wenn in der Öffentlichkeit immer wieder behauptet wurde, daß es der Partei an einem durchgreifenden Führer fehle, so lag das hauptsächlich an dem gespannten Verhältnis zwischen Spahn und Erzberger, einem »verhängnisvollen Mann«, wie ihn Martin Spahn in seiner Selbstbiographie nennt.
Es war eine Tragik für Peter Spahn, daß sein schärfster Gegner aus dem eigenen Lager kam. Der junge württembergische Volksschullehrer und spätere Redakteur, der sich durch seinen Protektor Gröber erstaunlich schnell eine Hausmacht verschaffen konnte – in den Auseinandersetzungen mit Spahn stand die Zentrumspresse Süddeutschlands fast geschlossen hinter ihm –, war halb so alt wie sein Kontrahent, fleißig und begabt wie dieser, aber in seinem Streben nach oben in der Wahl seiner Mittel durchaus nicht zimperlich. Dem vornehmen Spahn, diesem »gouvernementalen« Politiker, obwohl zunächst ein »Mußpreuße«, dann aber ein echt preußischer Justizbeamter, der sich redlich Stufe um Stufe nach oben gearbeitet hatte, war dieser robuste Stürmer und Dränger zuwider. Am 15. März 1906 kam es sogar im Plenum des Reichstags zu einer offenen

Auseinandersetzung, nachdem beschwichtigende Worte innerhalb der Fraktion das jüngste Mitglied nicht hatten mäßigen können. Spahn kritisierte Erzberger, weil er dessen Angriffe auf Kolonialbeamte für verfehlt und keinesfalls gerechtfertigt hielt. Erzberger antwortete in einer Sprache, die den um die Partei so verdienten Spahn empfindlich treffen mußte. Die gegnerische Presse hatte an diesem unnötigen und dem Zentrum sehr schadenden Streit freilich ihren Gefallen.

Reichskanzler von Bülow, mit dem Spahn bis 1906 gut stand, rief »die beiden einflußreichsten Führer des Zentrums, Herrn Spahn und Herrn Gröber«, zu sich und teilte ihnen seine Verärgerung über die zunehmende Kritik einzelner Zentrumspolitiker, wie Erzberger und Roeren, an seiner Politik mit. Bei dieser Unterredung sagte Spahn zu Bülow (nach dessen »Denkwürdigkeiten«): »Schuld an allem ist Erzberger, ein vordringlicher, ziemlich gewissenloser junger Streber, den leider unser Freund Gröber in den Reichstag gebracht hat. Er sitzt in Lichterfelde und redigiert dort eine Parlamentskorrespondenz, durch die er einen großen Teil der Zentrumspresse beherrscht.« Da er »weiter nichts zu tun« habe, fuhr Spahn fort, sei es für ihn, der als Oberlandesgerichtspräsident seine »hohe richterliche Stellung in Kiel gewissenhaft erfüllen« wolle, nicht leicht, mit Erzberger »fertig zu werden«. Gröber habe bedauert, daß er die »Henne gewesen sei, die diese Ente ausgebrütet habe«, und vorgeschlagen, Erzberger nun »kaltzustellen«.

IV

Bevor die beiden auch für Spahn sehr unruhigen Jahre 1917 und 1918 heraufzogen, erlebte er 1916 einen der schönsten Tage seines Lebens. Eine 48 Seiten zählende und heute nur noch selten auffindbare Broschüre mit dem Titel »Festfeier der Zentrumsfraktion des Reichstags zum 70. Geburtstag ihres ersten Vorsitzenden Dr. Spahn am 23. Mai 1916« gibt davon Kenntnis. Nachdem der Jubilar den eigentlichen Festtag im Kreise seiner Kinder zugebracht hatte, fand am Tage darauf im großen Fraktionssaal des Reichstagsgebäudes die Geburtstagsfeier mit seinen politischen Freunden und mit geladenen Gästen statt. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gröber eröffnete die Gratulationscour. Danach sprachen Spahns Parteifreunde Maximilian Pfeiffer und Felix Porsch; es folgten Reichstagspräsident Johannes Kaempf, Albert Horn als ältestes Fraktionsmitglied und ein Abgesandter des Wahlkreises Bonn-Rheinbach. Peter Spahn, der aus Rücksicht auf die Kriegslage – an der Westfront tobte die Schlacht um Verdun – eine bescheidene Feier gewünscht hatte, ging in seiner Dankansprache auch auf anstehende politische Fragen ein

und äußerte u. a., es gehe nicht an, daß das Zentrum wesentlich an der Gesetzgebung mitarbeite, »aber nicht selbst im Regiment mitsitze und die Durchführung und Kontrolle der Gesetze mitübernehmen könne«.
Ähnliche Gedanken brachte Spahn mehrmals auch im Reichstag zum Ausdruck. Am 27. Februar wie am 2. März 1917 kritisierte er die Paritätsverhältnisse in der höheren Beamtenschaft. Staatssekretär Karl Helfferich gab mit Bedauern zur Antwort, daß »in der Tat das katholische Element nicht in dem Maße in der Beamtenschaft vertreten« sei, »wie man es nach seinem Anteil an der gesamten Bevölkerung erwarten könnte«. Die Regierung versichere jedoch, daß sie »bemüht sein« werde, »an der Abstellung dieses Mißverhältnisses zu arbeiten«.
In der rund ein halbes Jahr später, am 5. August 1917, erfolgten Ernennung des 71jährigen Spahn zum Nachfolger Max Beselers in der Leitung des preußischen Justizministeriums sahen die deutschen Katholiken eine Bestätigung dieser Bemühungen. Während die »Germania« Spahns Qualitäten herausstellte und ihrer Freude darüber Ausdruck gab, daß endlich auch einmal ein Zentrumsmann Minister geworden sei, fragte Hans Delbrück in den »Preußischen Jahrbüchern« recht skeptisch: »Kann aber jemand behaupten, daß Herr Spahn wegen seiner hervorragenden Eigenschaften als Jurist an die Spitze des Justizministeriums gestellt worden sei? Es ist diesmal wirklich ein Stück Parlamentarismus, was wir inszeniert haben.«
Das Revirement Anfang August 1917, bei dem übrigens auch der erste Sozialdemokrat, nämlich August Müller, als Unterstaatssekretär in eine preußische Regierung aufgenommen wurde, brachte zweierlei: Es zog einmal mehr Parlamentarier und zweitens mehr Katholiken zur Mitverantwortung heran. Gemäß der Reichsverfassung legte Peter Spahn nach seiner Ernennung zum preußischen Justizminister sein Reichstagsmandat nieder. Er war froh, aus dem »Fraktionsbetrieb« herauszukommen. Wegen Erzbergers dauernder Opposition hatte sein Einfluß in der Partei ohnehin immer mehr nachgelassen. Von nun an kümmerte er sich kaum noch um die Politik des Zentrums, ja, er soll dieser – seinem Sohn Martin zufolge – sogar »absolut ablehnend« gegenübergestanden haben.
In seinem Ministeramt konnte Spahn keine großen Reformen durchführen. Zu viel Unerledigtes war aufzuarbeiten. Um sich energisch für die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts einzusetzen, dafür war er zu konservativ. »Er entwarf ein großzügiges Programm, das auf die Fortbildung des gesamten materiellen und formellen Rechts im Sinne zweckmäßiger Gestaltung unseres Wirtschaftslebens und unseres ganzen Gesellschaftsdaseins abzielte« (»Juristische Wochenschrift«, 1925). 15 Monate reichten dafür nicht, denn schon im November 1918 kam die Revolution. Der »gouvernementale« Politiker Spahn blieb bis zuletzt auf seinem

Posten. Noch am 16. November, als Wilhelm II. bereits eine Woche in Holland war, richtete er die »alleruntertänigste Bitte« an ihn, »das Heer und die Beamtenschaft im Reich und in Preußen ihres Treueides zu entbinden« (R. Morsey).

Als Spahn zum Justizminister ernannt worden war, hatte die »Germania« kurz auf seine »jüngste Erkrankung« hingewiesen und anschließend dessen »völlige Genesung« betont. Mit dieser Erkrankung war ein Ohnmachtsanfall gemeint, den Spahn in der Fraktionssitzung am 13. Juli 1917 erlitten hatte. In einer harten Diskussion über aktuelle parteipolitische Fragen war er wieder einmal mit Erzberger aneinandergeraten. So kam es, daß er an der telegraphisch einberufenen Tagung des Reichsparteiausschusses am 23. und 24. Juli 1917 in Frankfurt/Main nicht teilnehmen konnte. Ob sich Spahn für oder gegen die Friedensresolution ausgesprochen hätte, läßt sich schwer sagen. Bis zum Sommer 1917 hatte er den annexionistischen Kurs der Partei unterstützt, wenn er dabei auch nicht so weit wie die »Kölnische Volkszeitung« ging.

In die ereignisreichen Sommermonate des genannten Jahres fiel auch die Gründung des »Interfraktionellen Ausschusses«, in dem die Fortschrittliche Volkspartei, die Mehrheitssozialisten, das Zentrum und die Nationalliberalen ein gemeinsames Vorgehen ihrer Parteien in den Fragen der Kriegszielpolitik und der innenpolitischen Neuorientierung zu erreichen suchten. Anfang Juli traf Spahn mit Friedrich von Payer, Eugen Schiffer und Philipp Scheidemann zusammen, um dessen erste Sitzung vorzubereiten, in der er dann nach Payer den Vorsitz übernahm. Mit der Ernennung zum Justizminister legte er diesen Posten nieder, desgleichen übrigens auch außer den schon erwähnten Parteiämtern den Vorsitz des wichtigen Haushaltsausschusses im Reichstag, den er seit 1914 innehatte.

V

Der Umsturz am 9. November 1918 traf auch den staatstreuen Katholiken Peter Spahn, der seit fast einem halben Jahrhundert im preußischen Justizdienst gearbeitet hatte und noch im Jahre zuvor ins Herrenhaus berufen worden war, überraschend und hart zugleich. Ähnlich wie die übrigen alten Zentrumsführer, hielt er sich zunächst mit einer Stellungnahme zurück. Doch schon am 19. November äußerte er in einer Versammlung der Zentrumspartei in Berlin die Meinung, daß es sich bei der Republik um »etwas Dauerhaftes« handle. Peter Spahn, für den nach den Worten seines Sohnes »das System von 1895 bis 1918 wie geschaffen« war und an dem er »bis zu seinem Tode« hing, konnte sich ebensowenig wie etwa Felix Porsch in die neue Staatsform einleben. Andrerseits aber

hatte er als Schüler Windthorsts früh genug erfahren, daß die Politik die Kunst des Möglichen sei, und darum stellte er sich relativ schnell auf die neue Lage ein.

Wie so manches Mitglied der »alten Garde« ließ sich am 19. Januar 1919 auch der 72jährige Spahn – zehn Wochen zuvor noch Königlich-Preußischer Staatsminister – in die Weimarer Nationalversammlung wählen. Der Parteipatriarch, der bereits zwei Jahre vor Eröffnung des ersten deutschen Parlaments, der Frankfurter Nationalversammlung, geboren worden war und der längst »zum eisernen Inventar des Zentrums gehörte« (»Deutsche Handels-Warte«, 1924), kehrte zusammen mit zahlreichen anderen Veteranen aus allen Parteien in die politische Arena zurück, als ob inzwischen nichts passiert wäre. Das Zentrum schickte ihn mit Adolf Gröber, Karl Trimborn und Konrad Beyerle in den Verfassungsausschuß, wo er Berichterstatter für die Abschnitte »Gesetzgebung« sowie »Handel und Finanzen« wurde. Noch einmal konnte Spahn seiner Partei und darüber hinaus dem ganzen deutschen Volk sein großes Wissen und seine reiche Erfahrung zur Verfügung stellen. Auch rief ihn die Fraktion, als es galt, Koalitionsverhandlungen mit der SPD aufzunehmen. Zusammen mit Trimborn und Eduard Burlage half er auf diese Weise mit, die sogenannte Weimarer Koalition vorzubereiten. Mit Friedrich Ebert verstand er sich übrigens gut.

Peter Spahn, der abermals in den Vorstand der Fraktion, wo er ihr Senior war, gewählt wurde, hat noch oft vermitteln müssen. Gewiß herrschte jetzt auch in der Politik ein rauherer Ton als vor 1918, und die Sprache der von vierjährigem Fronteinsatz heimgekehrten jungen Abgeordneten verstand der alte Spahn kaum. Trotzdem konnte das Zentrum auf seine vornehme, ruhige, ausgleichende und jeder Übereilung abgeneigte Wesensart immer noch nicht verzichten, auch dann noch nicht, als seine körperlichen Kräfte spürbar nachließen. Zum Beispiel vermittelte der über 75jährige im Februar 1922 zwischen dem Zentrum, den Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei, um die letztere zum Eintritt in die Koalition zu bewegen, diesmal allerdings vergeblich. Auch innerhalb der Partei war Spahns Mittlerrolle immer noch gefragt. Vom April 1922 datiert eine Aufzeichnung von Wilhelm Marx, in der es heißt: »Meist habe ich an Exzellenz Spahn eine sehr erfahrene und einflußreiche Hilfe. Selbst Wirth muß sich vor der großen Erfahrung und Weisheit dieses bewährten Politikers beugen« (R. Morsey).

Als im März 1919 in Preußen die erste Regierung nach dem Umsturz gebildet wurde, bot die SPD als stärkste Partei dem Zentrum das Wohlfahrts- und das Justizministerium an. Für letzteres wurden daraufhin vom Zentrum folgende drei Kandidaten vorgeschlagen: Spahn, Peter Itschert und Hugo am Zehnhoff. Die Sozialdemokraten entschieden sich

für den letztgenannten. Sicherlich hatten sie noch nicht vergessen, daß sich Spahn 1912 geweigert hatte, mit Scheidemann im Reichstagspräsidium zu sitzen.

Peter Spahns Rede auf dem ersten Reichsparteitag des Zentrums im Januar 1920 zeigt, wie realistisch er sich der neuen Situation angepaßt hatte: »Der Totentanz der Revolution hat Throne und Kronen gestürzt«, so führte er aus, »und diese Tatsache müssen wir zur Grundlage unserer weiteren Politik machen«. Und an einer anderen Stelle heißt es: »Die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ist eine Notwendigkeit der gegenwärtigen politischen Lage.« Der alte Zentrumsführer, der seine Rede mit einem Gruß an »unsere Brüder in Österreich« schloß und der am 28. Februar 1919 in der Weimarer Nationalversammlung für den Anschluß dieses Reststaates an Deutschland eingetreten war, unterstützte andrerseits wenige Monate später die von Erzberger energisch betriebene Annahme des Versailler Vertrags. In der Nationalversammlung erklärte er am 9. Juli, die Zustimmung des Zentrums zu diesem Vertrag geschehe allerdings nicht aus freiem Willen und aus innerer Überzeugung, sondern lediglich unter dem Druck der harten Notwendigkeit, da es keinen anderen Weg gäbe, um das Reich vor der Anarchie und das Volk vor dem Untergang zu bewahren.

Auf dem ersten Reichsparteitag des Zentrums wurde übrigens Spahn zu einem der Ehrenvorsitzenden der Partei auf Lebenszeit gewählt. Zusammen mit Gröber leitete er noch den Reichsparteiausschuß. Im Reichstag war er inzwischen hinter dem nicht einmal vier Wochen älteren Sozialdemokraten Wilhelm Bock aus Gotha der zweite Senior geworden. »Das biblische Alter hinderte ihn nicht, wie ein Dreißiger zu arbeiten«, schrieb später die »Germania« in ihrem Nachruf. Zu seiner nach wie vor regen politischen Tätigkeit trat bald noch eine neue juristische und – wenn man so sagen darf – historische: Zusammen mit anderen Abgeordneten gab er noch die ersten Bände der Reihe »Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919–1928« heraus.

VI

Mit seinem schon mehrmals erwähnten Sohn Martin hatte der »alte Spahn« manchen politischen Ärger, den ersten im Herbst 1901, als der erst 26jährige zum Professor für neuere Geschichte an der Universität Straßburg ernannt wurde. Evangelische Kreise, die sich gegen die Berufung eines Katholiken und noch dazu eines Sohnes des bekannten Zentrumspolitikers wehrten, vermuteten eine Mitwirkung dieser Partei bei

der Stellenbesetzung. Der nicht zuletzt von Theodor Mommsen hochgespielte »Fall Martin Spahn« wirbelte damals viel Staub auf.
Professor Dr. Martin Spahn gehörte von August 1910 bis Januar 1912 zusammen mit seinem Vater der Zentrumsfraktion des Reichstags an. Doch schon während des Weltkriegs setzte seine Kritik an der »Linksorientierung« des Zentrums ein, die sich 1919, als diese Partei mit der SPD eine Koalition einging, zur Polemik steigerte. Sein Übertritt zur Deutschnationalen Volkspartei im Sommer 1921 – unmittelbar nach der Ermordung Erzbergers – erregte großes Aufsehen. Im Mai 1924 zog Martin Spahn als Abgeordneter dieser Rechtspartei in den Reichstag ein, wo nun Vater und Sohn getrennt voneinander in zwei verschiedenen Fraktionen tätig waren.
Doch nicht nur der eigene Sohn bereitete dem »alten Spahn« Kummer und Sorgen. Im Juli 1920 schrieb der Zentrumsabgeordnete Maximilian Pfeiffer an seinen Bruder Anton, den Generalsekretär der Bayerischen Volkspartei: »Der Vater sitzt in allen Kommissionen und in allen führenden Stellungen der Fraktion trotz beträchtlicher körperlicher Schwäche; Sohn und Schwiegersohn beschimpfen uns« (R. Morsey). Peter Spahns Schwiegersohn war der Rechtsanwalt Karl Görres, der seit 1920 eine »Görres-Korrespondenz« herausgab, die unter den Katholiken im deutschnationalen Sinne zu wirken suchte. Sohn und Schwiegersohn polemisierten massiv gegen die Partei, für die der Vater jahrzehntelang in vorderster Reihe gekämpft hatte.
Viel Ärger auch in Peter Spahns letzte Lebensjahre brachte Matthias Erzberger, der sein ärgster Feind geblieben war. Als dieser im Frühjahr 1920 einen Beleidigungsprozeß gegen seinen politischen Gegner Karl Helfferich anstrengte, wurde auch Peter Spahn als Zeuge geladen. Er sagte gegen seinen Fraktionskollegen aus, was sich bei dem immer noch hohen Ansehen des ehemaligen preußischen Staatsministers naturgemäß zuungunsten Erzbergers auswirken mußte.
Der von Alter und Sorgen ergraute Spahn, der seit drei Jahrzehnten Witwer war, wird in einem kurzen Lebensbild aus dem Jahre 1924 wie folgt beschrieben: »Eine schlanke Gestalt mit wenig gepflegtem eisgrauem und kurz gehaltenen Vollbart, mit weißem Haar, etwas starker und roter Nase, einer schönen, hohen Stirn und zwei prüfenden blauen Augen hinter scharfen Brillengläsern, mit gemessenen Bewegungen, mutet er den Besucher an wie ein Gelehrter« (»Deutsche Handels-Warte«).
Und tatsächlich war das Spahn in gewissem Sinne auch. Es mag nur wenige Abgeordnete gegeben haben, die die Presse so genau studierten wie er. Wenn im Plenum langweilige Reden gehalten wurden, fand man ihn oft in der Wandelhalle oder im Lesesaal in eine Zeitung, nicht selten in eine französische, vertieft. Er hatte sein ungemein großes Allgemeinwis-

sen immer noch bereit. Im Werk des Thomas von Aquin soll er sich ebenso ausgekannt haben wie im BGB. Von der Reichstagstribüne hörte man ihn einmal sogar über französische Impressionisten sprechen. Im Jahre 1904 hatte er unter dem Titel »Die Ostafrikabahn« ein Buch aus dem Bereich der Wirtschaftsgeographie veröffentlicht.

VII

Peter Spahn war ein »Arbeitstier«. Das Wort Muße scheint er, der gebürtige Rheinländer – dem Wesen nach war er keiner – kaum gekannt zu haben. Ganz besonders lag ihm die mühevolle Kleinarbeit in der Fraktion und in den Kommissionen. Es gab kaum einen geeigneteren Vermittler als ihn, kurzum: Spahn war der geborene Vorsitzende. Der Typ eines Parteiführers war er dagegen nicht. Für einen Volksredner fehlte ihm die Stimme, denn wegen einer Stimmbändererkrankung konnte er nicht laut sprechen. Auch vermochte der wenig temperamentvolle, wortkarge und manchmal sogar trockene Jurist kaum Begeisterung zu entfachen.

Mit Felix Porsch und Karl Herold stand Peter Spahn auf dem konservativen Flügel seiner Partei ganz vorn. Gleichzeitig zählte er mit ihnen zu der bei den jüngeren Fraktionsmitgliedern nicht gerade beliebten Honoratiorengeneration. Er war ein Mann der herkömmlichen Ordnung, er verkörperte mit den genannten Freunden die Licht- und Schattenseiten der Zentrumstradition. Als 1919 der Parteiname geändert werden sollte, sprach er sich energisch dagegen aus. Andererseits war Spahn Realpolitiker genug, um sich auch den neuen Verhältnissen nach 1918 anzupassen. So befürwortete er – nach wie vor ein entschiedener Gegner der Sozialdemokratie – im Jahre 1919 eine Koalition mit der SPD. Dank seiner in allen Parteien anerkannten Fähigkeiten nahm er so auch noch auf die Politik des ersten halben Jahrzehnts der Weimarer Republik einen beachtlichen Einfluß.

Als einer der alten Mitstreiter aus der Bismarck-Ära nach dem anderen verschied – nur Porsch überlebte ihn –, wurde es um Spahn immer einsamer. Im August 1925 fuhr er zu einer Kur nach Bad Wildungen. Am 31. August ereilte ihn dort der Tod. Es war die dritte bedeutende Persönlichkeit, die das Zentrum im Jahre 1925 verlor: Hedwig Dransfeld war am 13. März gestorben, Hermann Cardauns am 24. Juni.

Der in einem kleinen Weindorf des heiteren Rheingaus Geborene wurde auf einem großen Friedhof der grauen Millionenstadt Berlin beigesetzt. Ein Domherr oder gar der Kardinal aus Breslau kam nicht zur Beerdigung. Peter Spahn, zeitlebens ein eifriger Verteidiger seiner Kirche, der

Präsident des Neisser Katholikentages (1899), hätte gewiß einen Purpurträger an seinem Grabe verdient. Dafür war die politische Prominenz um so zahlreicher erschienen.

Erzpriester Beyer, der die Exequien vornahm, würdigte vor allem den Katholiken Spahn, konnte aber nicht umhin, auch frühere parteiinterne Auseinandersetzungen zu streifen. Als Spahn damals, so führte er aus, »von Jüngeren nicht verstanden« wurde, habe ihn das »hart getroffen«. Trotz solcher Enttäuschungen aber sei er der Partei »treu bis in den Tod geblieben«. Johannes Bell rühmte Spahns »strenge Überparteilichkeit«, Wilhelm Marx seine »übermenschliche Arbeitskraft« (»Germania«).

Peter Spahn, der einfache Handwerkersohn, der sich unermüdlich Stufe um Stufe bis zum Königlich Preußischen Staatsminister emporgearbeitet hatte, starb als aktiver Abgeordneter, als zweitältestes Mitglied des Reichstags, in dem er mit einer kurzen Unterbrechung über 42 Jahre gleichsam wie ein »parlamentarischer Erbmonarch« emsig gewirkt hatte. Geschichtlich gehört er eher ins 19. Jahrhundert, doch hat er mitgeholfen, die Weichen für das 20. zu stellen.

Rudolf Morsey

Karl Trimborn (1854–1921)

Die Geschichte des traditionsreichen politischen Katholizismus in Deutschland ist eng mit den Namen rheinischer Parlamentarier und Politiker verknüpft: von Joseph Görres und den Brüdern August und Peter Reichensperger angefangen bis hin zu Konrad Adenauer. In dieser Reihe nimmt der gebürtige Kölner Karl Trimborn einen hervorragenden Platz ein. Dennoch ist sein Bild als Politiker, Parteiführer und Verbandsvorsitzender am Ausgang der Wilhelminischen Ära und in den Anfangsjahren der Weimarer Republik merkwürdig verblaßt. Die Tatsache, daß der Nachlaß dieses prominenten Rheinländers der historischen Forschung nicht zur Verfügung steht und daß es bisher nur Ansätze zu einer Trimborn-Biographie gibt, hat mit dazu beigetragen, seine Persönlichkeit und sein Werk weithin in Vergessenheit geraten zu lassen.

Die Namen anderer rheinischer Zentrumspolitiker seiner Epoche – etwa Julius Bachem und Wilhelm Marx – haben sich dem Gedächtnis der Zeitgenossen und der folgenden Generationen tiefer eingeprägt. Die Hoffnung seines Freundes Hermann Cardauns, der Trimborn 1922 eine knappe biographische Würdigung schrieb, daß diese Studie als »brauchbare Vorarbeit« für eine Biographie größeren Stiles dienen möge, hat sich bisher nicht erfüllt. Dabei bleibt das vor vierzig Jahren formulierte Urteil von Karl Bachem weiterhin gültig: Es sei zum großen Teil Karl Trimborn zu verdanken gewesen, daß sich die Zentrumspartei nach der Revolution von 1918 auf den Boden der neuen Tatsachen gestellt habe, »um das Reich nicht in Anarchie und Chaos untergehen zu lassen«.

I

Karl Trimborn – er selbst schrieb sich lebenslang Carl – wurde am 2. Dezember 1854, am Geburtstag seiner Mutter, in Köln geboren. Sein Geburtshaus stand an »althistorischer Stätte« (Hermann Cardauns) in der Glockengasse 15. An dieser Stelle befand sich seit Jahrhunderten die Kölner Posthalterei, die mehrere Generationen lang im Besitz der Familie seiner Mutter gewesen war. Karl war das dritte von vierzehn Kindern

eines angesehenen Kölner Rechtsanwalts und Justizrats. Er wuchs in einer politisch interessierten Familie auf: Sein Vater Kornelius Balduin (1824–1889) war als Abgeordneter der Zentrumspartei von 1880 bis 1882 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses und von 1884 bis zu seinem Tod 1889 Mitglied des Reichstags für Krefeld gewesen (sein Mandatsnachfolger wurde Karl Bachem). Ein Bruder seiner Mutter, Fritz Pauli (1832–1898), hatte von 1867 bis 1871 als liberaler Abgeordneter für den Wahlkreis Köln dem Reichstag des Norddeutschen Bundes angehört, ohne sich einer Fraktion anzuschließen.

Infolge der Vorbildung durch eine Hauslehrerin, Katharina Stanislaus, kam Karl Trimborn nach nur einjährigem Besuch der Pfarrschule von St. Columba in Köln im Herbst 1864 auf das katholische Apostelgymnasium in Köln. Diese Schule war erst drei Jahre zuvor als Ableger des Marzellengymnasiums ins Leben gerufen worden. Dort gehörte Trimborn zu den Initiatoren einer Gymnasiastenverbindung »Homophrosyne«, die sich später »Olympia« nannte: ein frühes Zeichen für Trimborns organisatorisches Talent, das er später so erfolgreich entfalten sollte. Nach dem 1873 abgelegten Abitur, bei dem ihm die mündliche Prüfung erlassen wurde, begann der achtzehnjährige Kölner das Studium der Philosophie und Geschichte in Leipzig.

Diese Fächer gab er aber nach zwei Semestern auf, da es ihm dafür nach seinen Worten an »Verständnisschärfe, an Schnelligkeit der Auffassung und an erfinderischem Geiste« mangelte. Trimborn wechselte entschlossen zur Rechtswissenschaft über. Vermutlich trug zu diesem Fakultätswechsel der Wunsch des Vaters bei, der den Sohn Karl als Nachfolger für die Anwaltspraxis heranzubilden hoffte. In Leipzig schloß Trimborn enge Freundschaft mit einem gleichaltrigen Jurastudenten, der später sein Kollege in der Reichstagsfraktion des Zentrums und sein Vorgänger im Amt des Fraktions- und Zentrumsvorsitzenden werden sollte: dem Württemberger Adolf Gröber (1854–1919). Mit ihm zusammen gehörte er in Leipzig zu den Gründern des katholischen Studentenvereins »Teutonia«.

Zur Fortsetzung seines Studiums begab sich Trimborn 1875 für drei Semester nach München. Dort trat er dem katholischen Studentenverein »Ottonia« bei. Während der Münchener Zeit lernte er den späteren bayerischen Zentrumspolitiker Georg Orterer (1849–1916) kennen. Zum Abschluß seines Studiums siedelte Trimborn 1876 nach Straßburg über. Hier betätigte er sich aktiv im Studentenverein »Franconia« und beim Ausbau von dessen Verbandsorganisation durch Gründung von Vereinigungen der Alten Herren. In Straßburg schloß Trimborn Freundschaft mit dem Kölner Landsmann Karl Bachem (1858–1945), dem späteren Fraktionskollegen und Geschichtsschreiber der Zentrumspartei. Trimborn war ein ausgesprochen geselliger Rheinländer. Er hat sein Studium,

das er trotz intensiver Betätigung in katholischen Studentenverbindungen sehr ernst nahm, zum frühest möglichen Zeitpunkt erfolgreich abgeschlossen.
Nach »gut« bestandenem ersten juristischen Examen im Frühjahr 1877 in Köln – das Thema seiner Referendararbeit lautete: »Das Wesen der Auslobung ist zu entwickeln« – arbeitete Trimborn bis zum Ende des folgenden Jahres als Referendar in seiner Vaterstadt. Kennzeichnend für ihn ist die Tatsache, daß er neben seiner beruflichen Fortbildung systematisch sein rednerisches Talent schulte und dabei eines angeborenen Sprachfehlers Herr wurde. Im Kölner Vinzenzverein fand Trimborn die erste Gelegenheit, sein starkes soziales Verständnis und organisatorisches Geschick in praktische Tätigkeit umzusetzen. 1881 wurde er zum Vorsitzenden des örtlichen Verwaltungsrats des Vinzenzvereins gewählt. Eine ähnliche Aktivität entwickelte der junge Jurist im Kölner Kolpingsverein, bei dessen Versammlungen er seit seiner Referendarzeit regelmäßig Vorträge hielt. Zwei Jahrzehnte lang gehörte er dem Kuratorium des Kölner Gesellenhospizes an. Zur Wiederkehr des 100. Geburtstags von Adolf Kolping hielt Trimborn 1913 die Gedächtnisrede auf der 60. Generalversammlung der deutschen Katholiken in Metz.

II

Im Jahre 1882 ließ sich Karl Trimborn als Rechtsanwalt beim Kölner Landgericht nieder, zunächst als Gehilfe seines Vaters; im Dezember 1881 hatte er in Berlin die juristische Staatsprüfung – wiederum mit dem Prädikat »gut« – bestanden. Damals zählte er bereits zu den führenden Mitgliedern der Kölner Zentrumspartei. In dem bekannten Publizisten der »Kölnischen Volkszeitung«, dem führenden Zentrumspolitiker Julius Bachem (1845–1918), fand er seinen »politischen Lehrmeister«. Mit Bachems langjährigem Redaktionskollegen, dem Historiker Hermann Cardauns (1847–1925), verband ihn bald enge Freundschaft. Journalistisch hat sich Trimborn allerdings trotz seiner Kontakte mit der Parteipresse kaum betätigt; so leicht ihm das Reden fiel, so schwer konnte er sich offensichtlich zum Schreiben entschließen.
In der noch wenig durchorganisierten Kölner Zentrumspartei diente sich Trimborn, nach seinen eigenen Worten, »als einfacher Rekrut von der Pike« an hinauf. Das wachsende Ansehen, das er infolge seiner sozialen und politischen Betätigung am Ort gewann, kam seiner Rechtsanwaltspraxis, besonders nach dem Tode des Vaters (1889), zugute. Sie kostete ihn aber bald den größten Teil seiner Zeit, so daß er seinen jüngeren Bruder Julius als Sozius in die Praxis aufnahm. Im Juni 1884 heiratete Trim-

born die zweiundzwanzigjährige Jeanne Mali (1862–1919), die Tochter eines belgischen Tuchfabrikanten aus Verviers, die sich bald aktiv in sozialkaritativen Organisationen und Frauenvereinen betätigte. Sie war, ebenso wie Trimborn, in einer sehr kinderreichen Familie aufgewachsen. Der Ehe entstammte eine Tochter.

Im Jahre 1890 begann Trimborns eigentliche politische Karriere, und zwar auf dem Weg über eine führende Stellung im katholischen Verbandswesen. Für seine Wahl zum 2. Vorsitzenden des neugegründeten »Volksvereins für das katholische Deutschland« – als 1. Vorsitzender amtierte der Mönchengladbacher Fabrikant Franz Brandts (1834–1914) – hatte sich Ludwig Windthorst persönlich eingesetzt. Daß sich der »Volksverein« innerhalb weniger Jahre zur größten sozialpolitischen Bildungsstätte im Reich, zu einer Art Volkshochschule für das katholische Deutschland entwickeln konnte, verdankte er mit in erster Linie Trimborns Aktivität und Begabung. Sein ungewöhnliches organisatorisches Talent, sein unermüdlicher Einsatz und seine sozialpolitischen Kenntnisse machten ihn rasch zum »Baumeister« dieser Organisation und zu ihrem »Generalinstrukteur« (August Pieper). Trimborn führte das System der Vertrauensmänner und Schulungskurse ein. Er sprach auf Hunderten von Versammlungen im gesamten Reichsgebiet und entwickelte sich dabei zu einem beliebten und schlagfertigen Volksredner. Seine enge Zusammenarbeit mit Brandts und dem führenden Sozialtheoretiker Franz Hitze (1851–1921), seinem späteren Freund und Kollegen in der Zentrumsfraktion, bildete die Voraussetzung für den ungewöhnlichen Aufschwung des »Volksvereins« und seiner Zentrale in Mönchengladbach.

III

Neben seiner Rechtsanwaltspraxis und der Arbeit im »Volksverein« übernahm Trimborn im Jahre 1893 die Tätigkeit eines Stadtverordneten in Köln, nachdem er von der dritten Wählerklasse mit großer Mehrheit gewählt worden war. Trimborn schloß sich der Zentrumsfraktion an, welche die dritte Klasse beherrschte. Das Zentrum war bereits in das zweite Drittel des Kollegiums eingerückt und näherte sich langsam der Mehrheit, die immer noch bei den Liberalen lag. Die Wahl Trimborns in die Kommissionen für sozialpolitische Fragen und für Gemeindeverfassungswesen zeigte, auf welchen Gebieten sich der Kölner Rechtsanwalt im Rahmen der Kommunalpolitik besonders betätigte. Trimborns Interesse galt einer einheitlichen Regelung der Arbeiterverhältnisse der Stadt in bezug auf Lohn- und Versicherungsfragen. Er entwickelte sich hier, wie auch später im Parlament, zu einem Anwalt des Mittelstands.

Im Jahre 1905 setzte Trimborn die Einführung einer Zuwachssteuer für Grundbesitz durch. Er beteiligte sich maßgebend an der Schaffung einer städtischen Arbeitslosenversicherung. Er unterstützte alle Maßnahmen zur Förderung des Handwerker- und des Mittelstands einschließlich der Errichtung einer Gewerbeförderungsanstalt, der Handelshochschule und der Hochschule für kommunale und soziale Praxis. Trimborn zählt zu den aktivsten Vorkämpfern einer planvollen kommunalen Sozialpolitik, für die er auch literarisch eintrat. Zusammen mit Otto Thissen gab er 1911 in der Schriftenreihe »Soziale Tagesfragen« des »Volksvereins« eine kleine Arbeit über die Tätigkeit der Gemeinden auf sozialem Gebiet heraus.

Seit 1896 Abgeordneter des Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses für Köln, konnte er die Belange der rheinischen Metropole bei den Berliner Ministerien und Verwaltungsstellen wirkungsvoll unterstützen. Trimborn hat wesentlichen Anteil am Zustandekommen der Kommunalwahlreform der Jahrhundertwende. Er vermochte 1912 bei der Einführung der Reichszuwachssteuer eine günstige Regelung für Köln (als Festungsstadt) zu erreichen und konnte bei der Beratung über die Rayonbeschränkung spürbare Milderungen durchsetzen. Die Eingemeindung von Mülheim und Wertheim hat er nachdrücklich gefördert. Bei seinem Ausscheiden als Stadtverordneter wurde Trimborn 1913 von Oberbürgermeister Wallraf bestätigt, daß er sich erfolgreich und nicht um »äußerer Ehre und Vorteile willen« für die Belange Kölns eingesetzt habe. Auch in seiner kommunalpolitischen Tätigkeit kam dem rheinischen Zentrumsmann sein Talent zum Ausgleich und Vermitteln zugute, das ihm in besonderem Maße eigen war. Seiner Weiterbildung und Erholung dienten häufige Auslandsreisen, darunter auch in die USA (1906) und nach Palästina (1910).

IV

Neben seiner Tätigkeit im Mönchengladbacher »Volksverein« nahm für Trimborn die Arbeit in der örtlichen Zentrumspartei immer größeren Raum ein. Mit seiner Wahl zum Vorsitzenden der Rheinischen Zentrumspartei im Mai 1894 (2. Vorsitzender: Wilhelm Marx) erhielt er die Möglichkeit, diesen regionalen Verband, den größten der Gesamtpartei, von Grund auf neu zu organisieren. Das geschah im Sinne stärkerer demokratischer Ausprägung und organisatorischer Festigung, also auf Kosten des patriarchalischen Honoratiorensystems, das in der Zentrumspartei vorherrschte.

Auf Trimborns Initiative wurde 1903 ein Generalsekretariat der Rheinischen Zentrumspartei in Köln errichtet. Zwei Jahre später konnte der

erste Parteitag der Rheinischen Zentrumspartei stattfinden, der künftig jährlich für jeden der fünf rheinischen Regierungsbezirke eingeführt wurde und ebenso wie die Einrichtung von hauptamtlichen Sekretariaten als Vorbild für die Zentrumsorganisationen anderer Provinzen diente. Rasch wuchs die Zahl der Parteisekretariate in den rheinischen Bezirken (1914: 10). Trimborn gab auch den Anstoß dazu, daß seit 1909 die dem Zentrum angehörenden Stadtverordneten und Vertreter der Landgemeinden zu regelmäßigen Konferenzen zusammentraten, um der liberalen Vorherrschaft in den Gemeinden besser begegnen zu können. Sie erhielten in den wiederum von Trimborn ins Leben gerufenen »Kommunalpolitischen Blättern« ihr Organ. Diese Zeitschrift, die schnell weite Verbreitung fand, blieb lange Zeit die einzige offizielle Zentrumspublikation. Seit 1910 erschienen »Mitteilungen der Zentralstelle der Rheinischen Zentrumspartei«.

Als »Organisator Rhenaniae« gehörte Trimborn zu den Initiatoren einer Gesamtorganisation des Zentrums, die 1909 für Preußen und 1912 für das Reichsgebiet ins Leben gerufen werden konnte. Beide Gremien (Landesausschuß- und Reichsparteiausschuß) zählten Trimborn zu ihren einflußreichsten Mitgliedern. Er förderte auch den Ausbau der 1895 in Essen ins Leben gerufenen »Windthorstbunde« zu einer mehr oder weniger offiziellen Jugendorganisation des Zentrums. Allerdings suchte er zu erreichen, daß diese Bunde nicht zu einer »Heim- und Pflanzstätte für eine radikalere Richtung« wurden (so am 13. Februar 1899 an W. Marx). Zeitlebens hielt Trimborn enge Verbindung zu dem 1878 gegründeten »Augustinus-Verein zur Pflege der katholischen Presse«, einer Vereinigung katholischer Zeitungsverleger und Redakteure, auf deren Generalversammlungen er oft und gern als Redner auftrat. Ein häufiger Redner war er auch bei den Generalversammlungen der deutschen Katholiken. Den Osnabrücker Katholikentag im Jahre 1901 leitete er als Präsident.

Aufgrund von Trimborns führender Stellung im Rheinischen Zentrum und im »Volksverein« war seine Wahl in den Reichstag und in das Preußische Abgeordnetenhaus nur mehr eine Frage der Zeit. 1896 zog er als Zentrumsabgeordneter für Köln in beide Berliner Parlamente ein. Dem Reichstag gehörte er bis zu seinem Tode, dem Landtag bis 1918 an. Als ausgesprochener Sozialpolitiker (»Gladbacher Richtung«), bürgerlicher Demokrat und Vertreter einer Großstadt hatte Trimborn zunächst in den Berliner Parlamenten keinen leichten Stand, da insbesondere die Zentrumsfraktion des Landtags stärker konservative Züge aufwies. Der Vorsitzende des Rheinischen Zentrums vermochte sich jedoch rasch eine einflußreiche Stellung zu verschaffen. Er zählte bald neben Franz Hitze, in dessen Schatten er anfangs stand, zu den führenden Sozialpolitikern seiner Fraktion. Als Vorsitzender des größten Landesverbands der Ge-

samtpartei konnte er sich auf eine starke Hausmacht stützen. In dem Maße, in dem Hitze seit 1902 infolge einer Erkrankung seine parlamentarische Tätigkeit einschränken mußte, trat Trimborn als der sozialpolitische Redner und Führer der Zentrumspartei auch öffentlich in den Vordergrund.

In beiden Parlamenten beschäftigte er sich daneben mit Fragen der Kulturpolitik und der Justiz (Gerichtsverfassung, Straf- und Zivilprozeß). Er setzte sich nachdrücklich für den gewerblichen Mittelstand, für Handwerker, Beamte und Arbeiter ein. Auf seine Anregung gründete das Abgeordnetenhaus 1904 eine bald recht bedeutsam gewordene »Kommission für Handel und Gewerbe«, die Trimborn über mehrere Wahlperioden hin als Vorsitzender leitete. Mit den Gesetzen über die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, das Versicherungswesen, die Sonntagsruhe, das Vereins- und Versammlungswesen, die Konkurrenzklausel, den Handwerkerschutz, den sogenannten kleinen Befähigungsnachweis, das Genossenschaftswesen, den unlauteren Wettbewerb, den Frauen- und Kinderschutz, das Koalitionsrecht und die Berufsvereine, das Reichsarbeitsamt, die Beamtenfragen, die Bergarbeiterfragen, die Frage der Arbeitslosigkeit, die Witwen- und Waisenfürsorge usw. ist sein Name aufs engste verknüpft (Joseph Jörg). Trimborns Antrag zur praktischen Gewerbeförderung (1902) wirkte bahnbrechend über Deutschland hinaus; hier legte er aufgrund einer Studienreise nach Österreich ein wohldurchdachtes System von Maßnahmen zur Förderung des Handwerks vor.

Im Jahre 1904 erklärte der junge Reichstagsabgeordnete des Zentrums Matthias Erzberger (1875–1921), Trimborn habe dem Gang der deutschen Sozialpolitik seinen Stempel aufgedrückt. 1912 nannte der langjährige Staatssekretär des Reichsamts des Innern (1897–1907) Graf Posadowsky – der bedeutendste staatliche Sozialpolitiker der Wilhelminischen Ära – Trimborn einen Mann, der bei allen Parteien höchste Anerkennung genieße und sich die größten Verdienste um die Sozialpolitik erworben habe.

V

In seiner parlamentarischen Tätigkeit kam Karl Trimborn seine glänzende Redegabe ebenso zustatten wie sein rheinischer Humor, mit dem er auch trockene Gegenstände genießbar zu machen und lange Debatten aufzulockern vermochte. Die Wahrnehmung des Doppelmandats in der Reichshauptstadt bedeutete für Trimborn, zumal er den Vorständen der Reichstags- und Landtagsfraktion seiner Partei angehörte, eine starke Arbeitsbelastung und ein finanzielles Opfer (erst seit 1906 erhielten die Reichstagsabgeordneten bescheidene Diäten). Trimborn blieb weiterhin

in Köln ansässig, auch nachdem er 1904 seine Rechtsanwaltspraxis aufgegeben hatte. Damit war der Schritt zum Berufspolitiker getan, zu dem sich ungefähr gleichzeitig auch der jüngere Fraktionskollege Matthias Erzberger und Adolf Gröber entschlossen hatten, also jene beiden Parlamentarier, die zusammen mit Trimborn (und Peter Spahn) in den folgenden Jahren die Führung der Reichstagsfraktion entscheidend bestimmten.

Der Kölner Zentrumspolitiker betätigte sich – und offensichtlich höchst erfolgreich – als Geschäftsführer der Fa. Trimborn GmbH zur Erwerbung von Immobilien. Er war Mitglied des Aufsichtsrats der Kölner Immobiliengesellschaft und auch der Feuerversicherungsgesellschaft Rheinland. Im »Jahrbuch der Millionäre« von Rudolf Martin (1911) wird sein Vermögen mit 1 bis 2 Millionen Mark geschätzt. Im Reichstagshandbuch gab er weiterhin seinen Beruf mit »Rechtsanwalt« an.

Aufgrund von Trimborns sozialpolitischer und »demokratischer« Grundhaltung war es selbstverständlich, daß er im Gewerkschaftsstreit vor 1914 prononciert Stellung nahm. Er stand auf seiten der »Köln-Gladbacher Richtung« (gegen die »Berliner-Trierer«), die sich für interkonfessionelle Gewerkschaften aussprach. Ähnlich vertrat er im Zentrumsstreit dieser Jahre die Position der Öffnung des konfessionellen »Zentrumsturms« im Sinne der Parteigründer und der 1906 von Julius Bachem formulierten Parole: »Heraus aus dem Turm!«

Für Trimborn bedeutete es einen schweren politischen Schlag, als er im Januar 1912 das Kölner Reichstagsmandat, das er sechzehn Jahre lang innegehabt hatte, in der Stichwahl gegen einen von den Liberalen unterstützten sozialdemokratischen Kandidaten verlor. Daraufhin boten ihm mehrere Zentrumsabgeordnete sofort ihr eigenes Mandat an. Aber erst auf Drängen der Provinzialleitung erklärte sich Trimborn bereit, den Wahlkreis Sieg-Waldbröl (Siegburg) anzunehmen. Dort wurde Trimborn in der Nachwahl am 1. März 1912 ohne Gegenkandidat gewählt.

Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs stellte er sich der Kölner Stadtverwaltung zur beliebigen Verwendung zur Verfügung. Kurz darauf erhielt er auf seinen Wunsch eine Funktion in der deutschen Zivilverwaltung im besetzten Belgien. Zunächst amtierte er als Zivilkommissar im Arrondissement Verviers, der Heimat seiner Frau. Im November 1914 wurde er zum Leiter des Dezernats (Generalreferent) für Kultus und Unterricht beim deutschen Generalgouverneur von Bissing und dem Chef der Zivilverwaltung Freiherrn von Sandt in Brüssel ernannt. In dieser Stellung erhielt er einen militärischen Beamtenrang. Seit dem Oktober 1914, nach dem Tode von Franz Brandts, amtierte er als 1. Vorsitzender des »Volksvereins«.

Über Trimborns Tätigkeit in Brüssel – wo u. a. der Rechtshistoriker und

spätere Fraktionskollege Konrad Beyerle (1872–1933) zu seinen Mitarbeitern zählte – ist bisher wenig bekannt. In der ihm eigenen ausgleichenden und vermittelnden Art konnte Trimborn manche Spannungen zwischen Besatzungsmacht und Bevölkerung sowie zwischen der Besatzungsmacht und dem belgischen Episkopat mildern. Im Sinne der deutschen Politik vertrat er in der Schulfrage (Erlaß eines Volksschulgesetzes) die Belange der flämischen Bevölkerung. Nach seiner Entlassung aus dem deutschen Verwaltungsdienst im besetzten Belgien im August 1917 verlegte Trimborn seinen Wohnsitz von Köln nach Unkel; dort hatte er im Februar 1917 ein stattliches Haus neben der Kirche erworben.

Mit seiner Rückkehr ins Rheinland nahm Trimborn die parlamentarische Tätigkeit in Berlin wieder auf. Im Winter 1917/18 fiel ihm dabei infolge einer Erkrankung Gröbers die Leitung der Zentrumsfraktion des Reichstags zu, in der Erzberger inzwischen die stärkste politische Potenz darstellte. In seiner Fraktion zählte Trimborn zu den Befürwortern der »Friedensresolution« vom 19. Juli 1917 und zu den Gegnern weitgehender deutscher Annexionsforderungen, wie sie auch 1918 noch von der »Kölnischen Volkszeitung« vertreten wurden, mit deren Redaktion er deswegen in Konflikt geriet. Er gehörte zu den Befürwortern einer Reform des Dreiklassenwahlrechts in Preußen und einer Weiterentwicklung des parlamentarischen Systems im Reich. Vom 4. Oktober bis zum 10. November 1918 amtierte Trimborn als Staatssekretär und Ressortchef des Reichsamts des Innern in der letzten kaiserlichen Regierung unter dem Reichskanzler Prinz Max von Baden, zusammen mit seinen Fraktionskollegen Erzberger und Gröber. Trimborn hatte sich zunächst gegen seine Berufung gesträubt und das Amt erst auf Drängen seiner Fraktionskollegen übernommen (»es war niemand da, den wir präsentieren konnten«).

VI

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie und dem politischen Umsturz vom 9. November 1918, der Trimborn tief deprimierte, kehrte er am 11. November nach Unkel zurück. Von dort aus nahm er zunächst keinen Anteil an der Neuformierung des Zentrums, die von Köln und Berlin aus erfolgte. Seit Anfang Dezember 1918 trat Trimborn als einer der prominentesten Anhänger der »Los-von-Berlin-« bzw. »Los-von-Preußen-Bewegung« in Erscheinung, die das Rheinland aus dem preußischen Staatsverband lösen und zu einem eigenen Bundesstaat im Rahmen des Reiches erhoben wissen wollte.

In der bekannten Kölner Gürzenich-Versammlung vom 4. Dezember 1918 nahm Trimborn das Wort zu einer Rede, in der er das neu formu-

lierte Programm der Zentrumspartei erläuterte. Dabei ging er auf die staatliche Neugliederung Deutschlands nur zurückhaltend ein: »Wir treten ein für die Erhaltung der Reichseinheit, für die Stärkung des Reichsgedankens. Mit der Dynastie der Hohenzollern ... ist für uns jede ernstliche Verpflichtung, an Preußen festzuhalten, verschwunden ... Eine Treueverpflichtung gegenüber dem alten Preußen besteht für uns nicht mehr ... Wie nun das große Deutsche Reich in große Bundesstaaten zerlegt werden soll ... das ist abzuwarten. Darüber müssen das Volk und alle Parteien mit ihren Organen entscheiden.« Das Trimborn zugeschriebene Diktum über die Rheinische Republik, also eine weitergehende Verselbständigung des westdeutschen Grenzgebiets, »Wenn se kütt, dann kütt se«, kann nur so interpretiert werden: Wenn die Rheinische Republik verwirklicht wird, dann kommt es dazu mit Hilfe der französischen Besatzungsmacht, gleichgültig, ob wir sie wollen oder nicht.

Trimborn glaubte eine Zeitlang – wie viele Rheinländer –, daß die Schaffung eines rheinischen Bundesstaates im Rahmen des Reiches eine Rettung vor der Annexion der deutschen Westgebiete an Frankreich bedeuten könne. Der Gedanke eines auf legalem Wege geschaffenen rheinischen Bundesstaats, zumindest aber einer weitgehenden Provinzialautonomie, ließ den im Januar 1919 neugewählten Zentrumsabgeordneten (Wahlkreis Köln-Aachen) bei den Weimarer Verfassungsberatungen zum prominentesten Vorkämpfer seiner Fraktion für eine föderative Neugliederung des Reiches werden. Unter Mithilfe Trimborns, der als Berichterstatter des Parlamentsausschusses für Rechtspflege fungierte, kam der Artikel 18 der neuen Reichsverfassung zustande, der für eine Neugliederung von Ländern den positiven Ausgang einer Volksabstimmung und die Sanktionierung durch ein Reichsgesetz vorsah, allerdings erst nach einer zweijährigen Sperrfrist in Kraft treten sollte.

Es besteht kein Zweifel daran, daß es Trimborns oberstes Ziel blieb, die Einheit des Reiches zu erhalten. Am 13. März 1919 erklärte er in einer Besprechung rheinischer Abgeordneter mit Reichskanzler Scheidemann: »Ich habe mein ganzes Leben in Treue zum Reich gelebt und will in Treue zum Reich sterben.«

Als er nach dem Tode seines alten Freundes Adolf Gröber (19. November 1919) unangefochten die Leitung der Fraktion übernahm, war damit die Vorentscheidung über die Leitung der Gesamtpartei gefallen. Zu ihrem Vorsitzenden wurde Trimborn auf dem ersten Reichsparteitag des Zentrums im Januar 1920 in Berlin gewählt. Die Tatsache, daß kein anderer Kandidat auch nur genannt wurde, bezeugt die bereits von den Zeitgenossen beklagte Tatsache, daß es der Zentrumspartei an »erprobten Führern« mangelte (Konrad Beyerle). Zum erstenmal stand ein Rheinländer an der Spitze des Zentrums. (In diesem Amt folgten ihm

die Rheinländer Marx und Kaas.) Die 1921 vom Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei in Berlin herausgegebene Halbmonatsschrift »Das Zentrum« zählte Trimborn zu ihren Begründern und Mitherausgebern.

Dessen politische Grundrichtung im neuen Weimarer Volksstaat hat Karl Bachem mit der Formel »klar und bestimmt demokratisch«, doch nicht ohne eine »innere konservative Hemmung« zutreffend umschrieben. Auf dem Parteitag des Rheinischen Zentrums am 15. September 1919 in Köln begründete Trimborn die Einstellung des Zentrums zur neuen republikanischen Staatsform. Deren Einführung, so erklärte er, sei notwendig gewesen, »weil das Lebensinteresse des Vaterlandes es gebot, sich auf den Boden der tatsächlichen Verhältnisse zu stellen und das Bekenntnis zur Monarchie... aufzugeben. Wir wollten nicht in den verhängnisvollen Fehler der französischen Katholiken verfallen, den zu korrigieren der kluge Leo XIII. sich so sehr bemühen mußte.« Trimborn hatte für die Annahme des Versailler Vertrags gestimmt, um nicht durch den andernfalls drohenden Einmarsch alliierter Truppen die Einheit des Reiches aufs Spiel zu setzen.

Als Vorsitzender der Deutschen Zentrumspartei und der Reichstagsfraktion des Zentrums hat Karl Trimborn die großen politischen Entscheidungen der beiden folgenden Jahre maßgeblich mitbeeinflußt: die Neuordnung des Reichsfinanz- und Steuerwesens, die Aufrechterhaltung der Weimarer Koalition, die Annahme des Londoner Ultimatums. In der Regierungskrise nach dem Rücktritt des Kabinetts Hermann Müller bot ihm Reichspräsident Ebert am 14. Juni 1920 die Bildung des neuen Kabinetts an. Trimborn lehnte dieses Anerbieten sofort ab, mühte sich aber nach Kräften um die Bildung einer neuen Koalitionsregierung unter der Führung seines Fraktionskollegen Konstantin Fehrenbach. Auch auf die Bildung des folgenden Kabinetts unter Joseph Wirth nahm er entscheidenden Einfluß.

Trimborn tat alles, um wachsende Gegensätze in den eigenen Reihen zu versöhnen und Spannungen auszugleichen. Besonders schmerzte ihn die politische Uneinigkeit unter den deutschen Katholiken und die 1920 erfolgte Separation der Bayerischen Volkspartei vom Zentrum. Bis in seine letzten Lebenstage hinein war er eifrig mit den Vorarbeiten für ein neues Programm der Zentrumspartei beschäftigt, dessen Annahme (auf dem zweiten Reichsparteitag des Zentrums im Januar 1922) er nicht mehr erlebte.

VII

Als Parlamentarier und Parteichef war Trimborn gleichermaßen korrekt und zuverlässig, als unermüdlicher Arbeiter und Organisator allseits geschätzt. Er besaß ein Gespür für eine politische Mittellinie, auf der sich auseinanderstrebende Meinungen zusammenführen ließen. Er begrüßte die Mitarbeit der Frauen im politischen Leben. Als seine Hauptaufgabe betrachtete er es, die zeitweilig nur mühsam gewahrte Einheit seiner Fraktion und Partei aufrechtzuerhalten, die durch die zunehmend stärkere Vertretung wirtschaftlicher Interessen und schließlich durch die Agitation der Rechtsparteien im Zusammenhang mit der Stellung Erzbergers gefährdet war. In den inneren Auseinandersetzungen des Zentrums nahm er stets eine ausgleichende Stellung ein. Trimborn war keine eigentliche Kämpfernatur und kein politischer Magnet für Massenwirkung. Für das von ihm als richtig erkannte Ziel vermochte er allerdings mit Zähigkeit und »charaktervoller Entschiedenheit« (K. Bachem) einzutreten. Als Parlamentarier und Parteivorsitzender war Trimborn auch bei anderen Parteien hoch angesehen, wobei man nicht zuletzt auch seinen nie versiegenden rheinischen Humor selbst in kritischen Situationen zu schätzen wußte. Mit seiner »sonnigen Heiterkeit« und seinem ausgleichenden Temperament vermochte Trimborn so eigenwillige Politiker wie Erzberger und Wirth zwar nicht zu zügeln, aber doch zu mäßigen. Seine rednerische Begabung und Kunst der Menschenführung, mehr aber noch seine Fähigkeit als Meister des Ausgleichs, waren die Voraussetzungen für die Leitung einer derart heterogenen Fraktion und Partei, die Trimborn in der Art der überkommenen Honoratiorenführung zusammenzuhalten suchte »wie eine Familie« (Herschel). Seine Selbstlosigkeit und Uneigennützigkeit in der Vertretung politischer und kirchlicher Interessen waren unbestritten, seine gläubige, allem »Klerikalismus« abholde Katholizität ungeheuchelt. Aus seiner langjährigen parlamentarischen Praxis, seiner demokratischen und sozialen Grundauffassung resultierte eine nüchterne Besonnenheit, die der Zentrumspartei in der Zeit des Hineinwachsens in die Weimarer Republik zugute kam.

Ein Urteil des aus dem Elsaß gebürtigen, im Rheinland heimisch und politisch tätig gewordenen Abgeordneten Joseph Joos (1878–1965), der Trimborns Wirken in Mönchengladbach jahrzehntelang aus nächster Nähe beobachten konnte und der ihn zwei Jahre lang als Fraktionskollege erlebte, ist kennzeichnend für den Rheinländer: »Wer den alternden Trimborn in den letzten Jahren an der Arbeit gesehen, in den zahllosen Sitzungen, Konferenzen, Besprechungen, immer dabei, immer aufmerksam, in zäher Ausdauer, unermüdlich, den faßte Bewunderung. Dieser Mann hätte das Leben wahrhaftig leichter haben können. Aber er hielt sich ge-

bunden an die Pflicht.« Joos wies in seinem Nachruf in der »Westdeutschen Arbeiterzeitung« vom 6. August 1921 weiter darauf hin, daß Trimborn auf höchste Staatsämter verzichtet und statt dessen die »opferreichste und bei den augenblicklichen Zeitläuften vielleicht auch undankbarste Aufgabe der Führung in Partei und Fraktion« gewählt habe.

Am 25. Juli 1921 starb Karl Trimborn in einem Bonner Krankenhaus im Alter von 67 Jahren an den Folgen einer Operation, die eine schon weit fortgeschrittene Blasenkrebswucherung notwendig machte. Fünf Tage vorher war Franz Hitze gestorben, wenige Wochen später riß der Tod von Eduard Burlage (1857–1921) und Matthias Erzberger weitere Lükken in die Reihen prominenter Zentrumspolitiker. An Trimborns Begräbnis auf dem Friedhof in Unkel nahmen zahlreiche Politiker teil, ferner als höchster geistlicher Würdenträger der Erzbischof von Köln, Joseph Kardinal Schulte. Trimborn gehörte einer Generation an, die ihre entscheidenden politischen Eindrücke im ausgehenden 19. Jahrhundert gewonnen hatte. Für diese Generation bedeutete der Bismarcksche Kulturkampf, dessen Folgen sich im Rheinland als besonders schmerzlich erwiesen, die Erinnerung an eine Zeit, deren Wiederkehr zu verhindern höchstes Ziel blieb.

Trimborn zählt nicht zu den herausragenden Führergestalten des politischen Katholizismus wie etwa Ludwig Windthorst oder Konrad Adenauer. Er gehörte jedoch zu jener Gruppe führender rheinischer Politiker, deren Lebensaufgabe und Leistung es war, die deutschen Katholiken nach dem Abbau des Kulturkampfs mit dem preußisch-protestantisch bestimmten Nationalstaat Wilhelminischer Prägung und nach 1919 mit dem demokratischen Volksstaat der Weimarer Republik zu versöhnen. Er war, nach den Worten Franz Hitzes (1914), von Natur aus mit einem »starken Tropfen echt demokratischen und sozialen Öles« gesalbt. Trimborn habe, so würdigte Reichspräsident Ebert sein Bemühen in einem Beileidstelegramm an die Zentrumsfraktion des Reichstags, in »hervorragender parlamentarischer Tätigkeit und in führender Stellung unser politisches Leben entscheidend beeinflußt«; er habe sich auch in den »letzten schweren Jahren mit vollster Hingabe in den Dienst des Vaterlandes« gestellt.

Walter Ferber

Karl Muth (1867–1944)

I

Vor der Jahrhundertwende warf eine Gruppe katholischer Akademiker dem deutschen Katholizismus vor, er sei zu romfreudig und schließe sich von der modernen Kultur und vom nationalen Staate ab. Auf dieser Linie lagen vor allem die seit Sommer 1895 in der »Allgemeinen Zeitung« (Augsburg) anonym erschienenen »Spectator«-Briefe des Freiburger Kirchen- und Kunsthistorikers Franz Xaver Kraus (1840–1901). Die stärkste religiöse Potenz dieser Richtung – man nannte sie bald »Reformkatholizismus« – jedoch war der mit faszinierender Lehr- und Rednergabe ausgestattete Würzburger Apologet Hermann Schell (1850–1906), der, »frei von antiprotestantischer Verengung«, die das Wesen des Katholizismus konstituierende Universalität, die »Sprachenfülle des Heiligen Geistes« in Forschung und Lehre darbieten wollte. Ein großer Ireniker, suchte er in den Irrtümern der Zeit noch liebevoll nach den Funken vom »Licht des allbefruchtenden Wortes«, da die Fülle aller menschlichen Geistessprachen im Geist des Wahrheitsstrebens zusammenwirken müsse, um dem Vater allen Lichts das große Gloria in excelsis anzustimmen.
Hermann Schell nun warf 1897 in einer Reformschrift »Der Katholizismus als Prinzip des Fortschritts« der Kirche vor, sie habe wissenschaftlich versagt und habe es versäumt, die Gläubigen zu selbständigem Denken anzuleiten. Er erhob darin u. a. folgende Forderungen: Die Katholiken sollten sich nicht weiter ängstlich von der modernen Bildung fernhalten; die Theologiekandidaten sollten nicht fernerhin in Seminarien eingesperrt werden, sondern an den Universitäten studieren, damit ihr geistiger Wirklichkeitssinn geschärft werde; die deutschen Katholiken aber sollten sich – bei aller ihrer Papsttreue – doch mit Entschiedenheit vom römischen Zentralismus und geistigen Romanismus lossagen, in der Völkerkirche endlich einmal auch ihren germanischen Nationalcharakter gleichberechtigt zur Geltung bringen, »um auch in ihrer Sprache dem Lamme das Loblied der christlichen Wissenschaft, Andacht und Tatkraft zu singen«.
Wie auch immer man damals zum Antiromanismus dieser – 1898 indizierten – Schrift stand, ihr Anliegen, den deutschen Katholizismus aus

einer geistigen Stagnation herauszuführen, war eine echte Sorge der Görres-Gesellschaft; hatte doch Georg Freiherr v. Hertling schon 1896 auf ihrer Konstanzer Generalversammlung über die »Kulturinferiorität« der deutschen Katholiken Klage geführt und hatte man doch seitdem keine Anstrengung gescheut, die fachwissenschaftliche Ebenbürtigkeit der katholischen mit der nichtkatholischen Forschung anzustreben.

Indes: Schlimmer lagen die Verhältnisse auf literarischem Gebiet. Die herrschende Richtung war damals ein nicht nur formaler, sondern durchaus auch weltanschaulich relevanter Naturalismus; die symbolistische Gegenströmung aber noch zu esoterisch und zudem noch zu undurchsichtig, als daß sich die katholische Literatur ihr hätte anschließen können. So verharrte sie in einer kraftlosen Nachromantik mit ausgesprochen pädagogischem Zug: man achtete zu sehr darauf, daß die Schöpfungen »gut«, d. h. erzieherisch waren. Auf derselben Linie lag auch die Literaturgeschichtsschreibung und Literaturkritik der Jesuiten Alexander Baumgartner, Gerhart Grietmann und Wilhelm Kreiten.

II

In dieser Situation nun erschien 1898 in Mainz die Broschüre eines gewissen »Veremundus« mit dem Titel: »Steht die katholische Belletristik auf der Höhe der Zeit?« Ihr Verfasser bezeichnete sie als einen »Protest der selbständigen Bildung gegen bevormundende und mißtrauische Literaturüberwachung« und wandte sich dann – dementsprechend – in erster Linie gegen die Kritiker aus dem Jesuitenorden und dann erst gegen die von ihnen favorisierten Autoren; insbesondere gegen die von Kreiten gefeierten Romanschriftstellerinnen M. Herbert (Therese Keiter) und Ferdinande Freiin v. Brackel. Überhaupt befaßte sich diese angriffslustige Schrift eines später behutsameren Kritikers lediglich mit der katholischen Romanliteratur.

»Der literarisch gebildete Katholik«, heißt es in ihr u. a., »der die deutschen Literaturerzeugnisse der Gegenwart im allgemeinen kennt und auch vielleicht durch gewisse großartige Schöpfungen des Auslandes etwas anspruchsvoll geworden ist, wie ratlos steht er da, wenn die Frage an ihn herantritt, wo die Werke sind, in denen katholisches Geistes- und Gemütsleben den Mittelpunkt wirklich künstlerisch bedeutender, auf der Höhe der modernen Schilderungskunst, Psychologie und Technik stehender Romane bildet? Und nähme er selbst den ganz unliterarischen und unkünstlerischen Standpunkt ein, die Form des Romans als lockendes Mittel verwendet zu sehen, um gewissen katholischen Ideen auch außerhalb der eigenen Gemeinde Vorschub zu leisten . . ., wo wären dann etwa

die Werke, die sich Kraft ihrer – ich will nicht einmal sagen: schriftstellerischen – Vorzüge den Einzug auch in die nichtkatholischen Kreise erzwängen..., wie es die Romane einzelner Schriftsteller Frankreichs, Italiens und Polens noch immer tun? Wir haben nichts, rein gar nichts!« Doch könne man, meint »Veremundus«, noch aus der Misere herauskommen, stelle man sich nicht weiter abseits. In unserem Verhältnis zur modernen Kultur müsse endlich einmal ein Wandel geschaffen werden, der freilich nur dann eintrete, »wenn wir unser Wirken in der Zeit, mit den Mitteln und in der Sprache der Zeit als unsere Pflicht anerkannt haben.« Die Schrift ließ aufhorchen. Man fahndete nach dem Autor; vermutete ihn zunächst in dem Reformkatholiken Dr. Joseph Müller. Doch erschien bald eine zweite »Veremundus«-Broschüre (»Die literarischen Aufgaben der deutschen Katholiken«), als deren – sowie der ersten – Verfasser sich ein Karl Muth vorstellte.

Als Sohn eines Kunstmalers am 31. Januar 1867 zu Worms geboren, besuchte er 1881 bei den Patres im holländischen Steyl das Gymnasium, war dann drei Jahre später kurze Zeit bei den »Weißen Vätern« des Kardinals Charles Lavigerie in Algier, und bestand seine Reifeprüfung in Gießen. Dort auch begann er sein Hochschulstudium in Volkswirtschaftslehre, setzte es aber, noch Geschichte und Germanistik hinzunehmend, in Berlin und Paris als eine Art Werkstudent fort; denn dort war er zugleich Korrespondent des »Mainzer Journal«. Kaum jedoch von seinen Professoren – außer dem Literarhistoriker Erich Schmidt erwähnte er sie später nie –, vielmehr von der Erneuerungsbewegung im französischen Katholizismus einerseits und von einem protestantischen Freund, dem jungen elsässischen Dichter und Kritiker Friedrich Lienhard, andererseits empfing er wesentliche geistige Impulse. 1893 wurde Muth Redakteur des »Elsässer« in Straßburg – wo er sich an der dortigen Universität weiterbilden konnte –, 1896 Chefredakteur der im Benziger-Verlag, Einsiedeln, erscheinenden angesehenen katholischen Familienzeitschrift »Alte und Neue Welt«, die auch in Deutschland und Österreich verbreitet war. Seine Gegner atmeten auf; waren sie doch froh, es nicht mit einem Kritiker von Namen wie Dr. Joseph Müller oder gar Franz Xaver Kraus, sondern nur mit dem Herausgeber eines Familienblattes in der Schweiz zu tun zu haben.

III

Indes: Muths Broschüren zeitigten bereits eine erste praktische Wirkung; unter Berufung auf sie schlossen sich in München junge katholische Schriftsteller zusammen und gründeten die »Literarische Warte« mit Anton Lohrer als Schriftleiter und P. Expeditus Schmidt OFM als Kritiker.

Muth selber dagegen schien eine reine Literaturzeitschrift nicht ausreichend; hatte er doch schon in der ersten »Veremundus«-Broschüre bedauert, daß die deutschen Katholiken keine »revueartige« Kulturzeitschrift großen Stils besaßen. Ihr nun galt sein intensives Planen, in das er auch Friedrich Lienhard sowie einen Freund aus seiner Straßburger Zeit, Karl Hoeber, den späteren Chefredakteur der »Kölnischen Volkszeitung«, einweihte. Lienhard empfahl für die geplante Zeitschrift den Titel »Hochland«, Hoeber indessen suchte und fand für sie den Verleger: Dr. Paul Huber, Inhaber der Jos. Kösel'schen Buchhandlung in Kempten. So konnte im Oktober 1903 im Hause Kösel eine von Karl Muth herausgegebene Revue »Hochland« erscheinen.

Ihr Programm war nach Inhalt und Form ausgewogener als die »Veremundus«-Schriften; es versprach, auf katholisch-christlicher Grundlage das ganze Kulturleben in all den zu seiner Erkenntnis wesentlichen, für seinen Fortschritt wirksamen Äußerungen und Ausstrahlungen zu überschauen, zu begleiten und vielleicht auch zu beeinflussen, dabei jedoch nicht einer bestimmten Richtung zu dienen.

So findet man in den ersten Jahrgängen neben betont fortschrittlichen – wie Hermann Schell, Sebastian Merkle und Martin Spahn – auch konservative Mitarbeiter, unter ihnen Richard v. Kralik und Franz Eichert. Und Unruhe entstand erst, als Muth im zweiten Jahrgang den Roman »Jesse und Maria« von Enrika Freiin von Handel-Mazetti zu veröffentlichen begann. Er wurde die literarische Sensation des Jahres und stellte das »Hochland« im Range sogleich neben die »Deutsche Rundschau«, den »Türmer« und den »Kunstwart«. Manche Katholiken freilich glaubten den Roman als »protestantisch« und »sittlich nicht unbedenklich« werten zu müssen und bestellten die Zeitschrift ab; andere hingegen wandten sich nun erst recht dem »Hochland« als einem Organ von erwiesener Weite zu.

Noch größere Aufregung entstand, als die Zeitschrift in ihrem dritten Jahrgang eine Übersetzung des »Il Santo« von Antonio Fogazzaro, dem literarischen Führer des italienischen Reformkatholizismus, veröffentlichte; verlangte doch die römische Indexkongregation die Einstellung des Abdruckes. Das war für Muth besonders peinlich, weil gerade er selber in einem »Hochland«-Aufsatz Fogazzaro als den »Dichter des christlichen Ideals« gefeiert hatte. Karl Muth kam der Aufforderung der Kongregation nach. Doch begannen sich nun seine integralen Gegner unter Führung des Wiener Polyhistors und Laienspieldichters Richard v. Kralik zu formieren; 1906 gründeten sie den »Gral« mit Franz Eichert als Schriftleiter. Das aber führte zu einem Jahre dauernden heftigen innerkatholischen »Literaturstreit«.

Nun hätte dieser Streit geistigen Reizes nicht zu entbehren brauchen;

denn so wenig bedeutend Kralik auch als Dichter war, als Germanist hatte er Verdienste und als Kulturphilosoph Profil; zudem repräsentierte er, der in seiner atheistischen Jugend zu den Begründern des Naturalismus in Deutschland gezählt hatte, ein Stück literarischer Zeitgeschichte. Auch ging es in diesem Streit um die nicht unbedeutende Frage nach Grad und Grenze der Eigengesetzlichkeit der Kunst. Dabei entwickelte Kralik eine »ganzheitliche« katholisch-romantische Kulturphilosophie, in deren Dienste auch die Dichtung – bewußt oder unbewußt – stehen müsse; Muth jedoch lehnte diese Auffassung 1909 in einer Schrift »Die Wiedergeburt der Dichtung aus dem religiösen Erlebnis« – nicht zuletzt unter Berufung auf Martin Deutinger – entschieden ab. Denn keineswegs aus dem Dienst am Abstraktum einer konstruierten Kultureinheit könnten katholische Autoren zu religiöser Erneuerung der deutschen Dichtung beitragen, sondern gewiß eher ohne solche Flucht aus der Wirklichkeit und ohne besondere Tendenz: nämlich aus dem Erlebnis einer die Zeitaufgaben schrittweise bewältigenden Religiosität, und auch dies nur unter der Voraussetzung hohen formalen Könnens.

Der Streit wurde jedoch bald weniger auf grundsätzlicher als auf persönlicher Ebene ausgefochten. Kralik warf Muth vor, stets nur kritisiert, noch nichts aber produziert zu haben, während Muth gerne von der »abgrundtiefen Eitelkeit« Kraliks sprach. Es ging also keineswegs etwa nur um eine Grundsatz-, sondern sehr wohl auch um eine Prestigefrage. So äußerte sich Kralik: »Seit 1893 war es uns in Wien jedes Jahr gelungen, mehrere dramatische Ausführungen im großen und größten Stil durchzusetzen. Die größten Säle, das Theater, die Plätze der Stadt, der Rathaushof usw. bildeten die Szene für eine Darbeitung katholischer Dramatik, wie sie so glänzend, so wirkungsvoll, so begeisternd gewiß nicht seit langer Zeit, vielleicht nie erlebt wurde... Die letzte dieser großen Veranstaltungen erfolgte im Jahre 1900.... Wenn damit ein großer Anlauf erlahmte,... so war jene alles vergiftende Kritik mit Schuld daran.... Die Kritik Muths hatte nicht uns, die Dichter, entmutigt, sie hatte das nichtkatholische Publikum wieder zuversichtlich, frech und höhnisch gemacht... Das war freilich nicht nur Muths Schuld, sondern auch die Schuld des ganzen Kreises um Schell, Ehrhard usw.«

IV

Allein, ein guter Kenner dieser Vorgänge, der Wiener Pädagoge und Kritiker Ludwig Hänsel, hat wohl recht, wenn er diese Veranstaltungen des Gralkreises, so brav sie als Ausdruck des Laienapostolats gewesen sein mögen, als »verspätete Romantik« bezeichnete und bemerkte: »Was Kra-

lik wollte, die Zeitferne des Hochbarocks oder der Gralsgotik, das ließ sich seine Zeit, auch sein Wien, nur gefallen entweder in dem tragischen Gewoge der Wagnerschen Musik oder in der träumerisch-ironischen Weise Hugo v. Hofmannsthals und dem Regiezauber Reinhardts, also mit irgendeinem negativen Vorzeichen des Gewesenen.«

Erhielt auch der »Gral« für seine Verdienste um die katholische Literatur ein päpstliches Lob – eine Verurteilung des »Hochland« wußte der persönlich eher integrale, aber pastoral kluge Münchener Nuntius Erzbischof P. Andreas Frühwirth OP zu verhindern –, so dürfte doch wohl kaum Kralik aus dem »Literaturstreit« als Sieger hervorgegangen sein. Sehen wir von Eduard Hlatky (mit seinem »Weltenmorgen«) ab, so hatten die Schriftsteller, die sich um den »Gral« scharten, kaum literarisches Format, während das »Hochland« – außer der Handel-Mazetti – immerhin weitere Autoren von einiger Bedeutung wie Peter Dörfler, Franz Herwig, Leo Weismantel, Konrad Weiss und Ruth Schaumann entdeckte oder, wie Reinhard Johannes Sorge, Hugo Ball und Hanns Heinrich Ehrler, entscheidend förderte. Freilich hatte Muth auch seine Grenzen. Unter dem Einfluß zuerst Friedrich Lienhards, dann Josef Nadlers neigte er zur Überschätzung der Heimatdichtung; sodann fehlte ihm doch wohl jene feinere künstlerische Sensibilität, die ihn auch den leiseren Schwingungen des Impressionismus noch zugänglich gemacht hätte. Wichtig war es, daß Karl Muth immer wieder Theologen wie Hermann Schell, Norbert Peters, Karl Adam, Carl Eschweiler und Erik Peterson sowie Kulturkritiker wie Friedrich Wilhelm Foerster, Max Scheler und Theodor Haecker als Mitarbeiter gewinnen konnte.

Neue Schwierigkeiten mit Rom brachte ihm freilich die Mitarbeit des Theologen Joseph Wittig; kam doch dessen im Aprilheft 1922 erschienener Aufsatz »Die Erlösten« auf den Index. So geschah es, daß der »Osservatore Romano« 1927 anläßlich des 60. Geburtstages Muths zunächst zwar eine positive Würdigung brachte, sie aber einige Monate später – nicht zuletzt unter Berufung auf den »Fall Wittig« – weitgehend einschränkte. Muths Freunde jedoch überreichten ihm 1927 die Festgabe »Wiederbegegnung von Kirche und Kultur in Deutschland«, von deren Beiträgen die Aufsätze von Friedrich Fuchs (»Die deutschen Katholiken und die deutsche Kultur im 19. Jahrhundert«) und Philipp Funk (»Der Gang des geistigen Lebens im katholischen Deutschland unserer Generation«) noch heute als Muster kulturgeschichtlicher Essaykunst mit Gewinn gelesen werden können.

V

Ein Fehler Muths war es, daß er – zu früh – auch politisch auf der Höhe der Zeit, also damals auf der »Höhe« des Wilhelminismus, stehen wollte und den »jungen Spahn« zu seinem richtungweisenden historisch-politischen Mitarbeiter machte. Seit dem Ersten Weltkrieg aber bestimmte Muth, besonders mit seinen Geleitworten zu Beginn der jeweiligen Kriegsjahrgänge, auch den politischen Kurs seiner Zeitschrift selbst. Neben Martin Spahn kam nun vor allem Max Scheler zu Wort; und schon bald begegnete man im »Hochland« der Parole »Neu-Orientierung«. Den Parlamentarismus freilich ließ Muth eher negativ abhandeln. Die Völker-

I

Matthias Erzberger war der Typus des politischen Selfmademan, durch Tradition und Herkommen in das Zentrum hineingeboren. Er stammte aus kleinbürgerlichem Milieu. Geboren am 20. September 1875 in Buttenhausen (Kreis Münsingen), einem Dorf von 700 Einwohnern auf der schwäbischen Alb, war er das älteste von sechs Kindern eines unternehmungslustigen Schneidermeisters, Josef Erzberger, der sich gleichzeitig als Briefträger und Gemeindepfleger betätigte. Seine Mutter, Katharina, geb. Flad, aus einer protestantischen Familie des Dorfes, war nach ihrer Heirat zum Katholizismus übergetreten.

Etwa die Hälfte der Bevölkerung von Buttenhausen war damals protestantisch, die andere Hälfte jüdischer Herkunft. Die katholischen Familien bildeten eine kleine Gruppe. Diese Konstellation erklärt zu einem Teil die spätere ungebrochene und bisweilen betont hervorgekehrte katholische Bekenntnistreue Matthias Erzbergers, der in der nächstgelegenen katholischen Pfarrkirche zu Bichishausen getauft wurde, wo er auch die Volksschule besuchte.

Von Lehrer und Pfarrer gefördert, erhielt der intelligente Schüler von seinen Eltern die Möglichkeit, den Lehrerberuf zu erlernen. Das bedeutete einen sozialen Aufstieg aus dem Dorfmilieu. Da Erzberger keine Militärpflicht zu absolvieren brauchte, weil in Württemberg ein Überschuß an Wehrfähigen bestand, konnte er seine berufliche Ausbildung ohne Unterbrechung beenden: 1889–1891 an der sogenannten Präparandenanstalt in (Schwäbisch) Gmünd und 1891–1894 am Lehrerseminar in Saulgau. Ein Erbteil dieser Lehrerausbildung dürfte jene »Alles-« und »Besserwisserei« gewesen sein, die ihn später auszeichnete.

»Deutschen Volksblatts« in Stuttgart ein. Damit begann eine Tätigkeit als Publizist, die er nicht wieder aufgegeben hat. Sie bildete die materielle Basis seiner politischen Arbeit. Diäten, noch dazu recht bescheidene, gab es für die Mitglieder des Reichstags erst seit dem Jahre 1906. In seiner Berichterstattung über den württembergischen Landtag lernte Erzberger das parlamentarische Leben eines traditionell demokratischen Bundesstaats kennen.

Seit 1903 gehörte Erzberger dem Reichsparlament an. Glänzende publizistische und rhetorische Begabung, verbunden mit unermüdlichem Einsatz in der württembergischen Zentrumspartei, im »Volksverein für das katholische Deutschland« und in der christlichen Gewerkschaftsbewegung hatten ihn, gefördert von dem württembergischen Zentrumsvorsitzenden Adolf Gröber (1854–1919), ganz in die politische Arena geführt. Seit 1896 war er Leiter eines katholischen Arbeitersekretariats und Volksvereinsbüros in Stuttgart. Mit der Gründung eines schwäbischen Handwerkerbundes (1899) und Bauernvereins legte er erste Proben politischen Instinkts, ungewöhnlicher organisatorischer Begabung und nie versiegender Hilfsbereitschaft (»Volksanwalt«) ab. Er gehörte zu den Initiatoren und publizistischen Verfechtern der Christlichen Gewerkschaften, auf deren Gründungskongreß in Mainz (1899) er als Redner auftrat. 1902 veröffentlichte er eine historische Darstellung über die Säkularisation in Württemberg 1802–1810, die eine wissenschaftliche Leistung darstellte. Aber auch die Grenzen des so vielseitig tätigen und unermüdlich agierenden Redakteurs traten bereits früh zutage: robuste Hemdsärmeligkeit und überzogenes Selbstbewußtsein, gepaart mit schlechter Menschenkenntnis, die ihn zeitlebens zu manchem unangebrachten Einsatz für zweifelhafte Bittsteller verführte. – Im Jahre 1900 heiratete Erzberger Paula Eberhard, die Tochter eines wohlhabenden Kaufmanns aus Rottenburg a. N. Dieser glücklichen Ehe entstammten ein Sohn und zwei Töchter. Die bedeutende finanzielle Mitgift seiner Frau vermochte Erzberger ungeschmälert zu erhalten.

III

Der 1903 in den Reichstag gewählte 28jährige Zentrumsabgeordnete des schwäbischen Wahlkreises Biberach-Waldsee-Leutkirch-Wangen war der Benjamin des Parlaments. Er machte in der parlamentarischen Arbeit in Berlin, wohin er bereits 1904 übersiedelte, rasch von sich reden, nicht immer zur Freude der Senioren und Honoratioren seiner Fraktion. Die alten Zentrumsführer wie Peter Spahn (1846–1925) und Georg v. Hertling schätzten keineswegs die Agilität und Aktivität dieses ungemein

selbstbewußten, von Gröber protegierten und von Richard Müller-Fulda (1851–1931) betreuten Berufsparlamentariers. Sie vermißten jeglichen Respekt vor Fachleuten, Autoritäten oder den »Heroen der Kulturkampfzeit«.

Als Herausgeber einer Pressekorrespondenz, die besonders von katholischen Provinzzeitungen in Süddeutschland viel zitiert wurde, baute sich der ungewöhnlich fleißige und betriebsame Abgeordnete eine politische Basis im Lande auf. Mit seinen alljährlichen Berichten über die Politik der Zentrumsfraktion im Reichstag (insgesamt 11 Bände für die Zeit von 1903–1914) trug er wesentlich zur Propagierung der Parteiarbeit und seiner eigenen Tätigkeit bei. Erzberger gehörte zusammen mit Johannes Giesberts (1865–1938) zu dem noch schwach entwickelten linken Flügel der Arbeiter- und Gewerkschaftsvertreter.

Er zählte zu jener Generation katholischer Politiker, die aus dem Getto der Inferiorität heraus- und voll in das Wilhelminische Deutschland hineingewachsen waren. Der württembergische Abgeordnete betätigte sich als Vorkämpfer der »nationalen« Heeres- und Flottenpolitik des Reiches. Aus der antipreußischen und propolnischen Grundhaltung Erzbergers erwuchs Antipathie gegen das zaristische Rußland, aber auch eine aus Vorurteilen herrührende Abneigung gegen England. Seine außenpolitischen Neigungen galten der Zusammenarbeit mit Österreich und Frankreich.

Mehr noch als sein Einsatz für den »Toleranzantrag« des Zentrums und sein Kampf gegen die strafrechtliche Privilegierung des Duells erregten Erzbergers kolonialpolitische Attacken Aufsehen. Unermüdlich prangerte er 1905/06 Übergriffe und Korruptionserscheinungen der deutschen Kolonialverwaltung an. Damit erreichte er die Abstellung mancher Mißstände, bot aber Reichskanzler v. Bülow im Dezember 1906 einen willkommenen Vorwand, den Reichstag aufzulösen. Damals legte der Zentrumsabgeordnete den Grund zu jener historischen Gegnerschaft, die ihm 1921 das Leben kosten sollte. Sein Todfeind, Karl Helfferich (1872–1924), war 1906 Vortragender Rat in dem von Erzberger erfolgreich attackierten Reichskolonialamt.

Das Zentrum ging aus den Neuwahlen von 1907, die im Zeichen »nationaler« Kolonialforderungen (»Hottentottenwahlen«) standen, ungeschwächt hervor. Es mußte allerdings – was Erzberger von vielen Fraktionskollegen verübelt wurde – seine langjährige parlamentarische Schlüsselstellung dem konservativ-liberalen »Bülow-Block« opfern. Wenngleich sich diese Situation bereits zwei Jahre später wieder änderte, war Erzberger dennoch gezwungen, sich in den nächsten Jahren nach außen hin etwas zurückzuhalten. Um so mehr wuchs sein Einfluß durch seine herausragende Position, die er als Etatreferent für den Militär- und Ko-

lonialetat im Haushaltsausschuß gewann, dem er seit 1904 angehörte. Seine unangefochtene Stellung als bestinformierter Zivilist in Militärfragen mußte von den Ressortchefs und Generälen zähneknirschend hingenommen werden. Auf der anderen Seite erwies sich allerdings Erzberger, der seit 1912 dem Fraktionsvorstand angehörte, als durchaus anfällig für obrigkeitliche Respektsbezeugungen.

Die allgemeine Anerkennung von Erzbergers politischen und organisatorischen Fähigkeiten führte 1914 unmittelbar nach Kriegsausbruch dazu, daß er eine neue Aufgabe erhielt. Auf Wunsch der Reichsleitung unter Reichskanzler (1909–1917) v. Bethmann Hollweg organisierte er das »Nachrichtenbüro des Reichsmarineamts« und baute die »Zentralstelle für Auslandsdienst« auf, die sich der politischen Aufklärung vor allem des neutralen Auslands widmete. In dieser Tätigkeit entfaltete der rührige Zentrumsabgeordnete eine ungewöhnliche Betriebsamkeit. Sie fand ihren Niederschlag in zahlreichen Auslandsreisen, diplomatischen Aktionen und in einer Fülle politischer und propagandistischer Aktivitäten. Erzberger gewann steigenden Einfluß und suchte die internationalen katholischen Beziehungen für die Mittelmächte einzusetzen. Er führte einen staunenswert regen Schriftwechsel »mit Gott und aller Welt«.

Er korrespondierte – von Papst Benedikt XV. (1914–1922) angefangen, der ihm seinen Kardinalshut und einen Ring geschenkt hatte – mit allen prominenten Persönlichkeiten und Politikern der verbündeten Mächte, neutraler Länder und deutscher Bundesstaaten. Zur Unterstützung des deutschen Botschafters Fürst Bülow nach Rom gerufen, vermochte er den Kriegseintritt Italiens 1915 nicht zu verhindern. Erzberger sprudelte ununterbrochen von neuen Ideen und Plänen. Im Zeichen des fest erwarteten deutschen Sieges sann er auf territorialen Gewinn für das Reich. Der Thyssen-Konzern gewann ihn für einige Jahre als Aufsichtsratsmitglied. Der Zentrumspolitiker entwickelte ständig phantastisch anmutende Projekte zur Neuordnung der politischen Verhältnisse im Baltikum, auf dem Balkan und im Vorderen Orient. Er bemühte sich um die Wiederherstellung des Kirchenstaats. Er trieb Politik auf eigene Faust, die ihm zahlreiche Gegner schuf. Seine diplomatisch-politische Emsigkeit führte angesichts der deutschen Kräftesituation und Kriegslage zu einer Serie von Mißerfolgen.

IV

Im Frühsommer 1917 vollzog Erzberger eine politische Kehrtwendung. Sie fand in der entscheidend von ihm beeinflußten »Friedensresolution« des Reichstags vom 19. Juli ihren spektakulären Ausdruck. Der Zen-

trumspolitiker war sich nach längerem Schwanken über die schwierige militärische Situation des Reiches und die noch bedrohlichere Lage des österreichischen Bundesgenossen klargeworden. Er hatte erkannt, daß der von illusionären Hoffnungen begleitete unbeschränkte U-Boot-Krieg, vor dessen Beginn er vergeblich gewarnt hatte, wirkungslos bleiben würde. Ein vierter Kriegswinter stand drohend bevor. Die Stimmung der Arbeiterschaft war, auch unter dem Eindruck der russischen März-Revolution, auf einem Tiefpunkt angelangt, der innenpolitische »Burgfrieden« von 1914 nur noch eine Fiktion.

In dieser Situation machte sich Erzberger zum Vorkämpfer eines Verständigungsfriedens (ohne Gebietserwerbungen), des Völkerbundsgedankens und der – bereits seit Jahren von ihm vertretenen – demokratischen Verfassungsreform zur Einführung eines parlamentarischen Systems. Er erstrebte eine stärkere Mitwirkung des Reichstags an der Regierung des Reiches und der Bundesstaaten, ohne die monarchische Grundlage in Frage zu stellen. Er befürwortete eine neue politische Mehrheitsbildung des Zentrums mit der Sozialdemokratie und der Fortschrittlichen Volkspartei, wie sie im Interfraktionellen Ausschuß ihren parlamentarischen Ausdruck fand. Sie sollte 1919 in der »Weimarer Koalition« eine bedeutsame Fortsetzung finden.

Mit der Annahme der Friedensresolution im Juli 1917 begann eine gesteuerte Hetze alldeutscher Kreise gegen Erzberger, der er vier Jahre später zum Opfer fallen sollte. Aber auch viele konservativ eingestellte Zentrumsanhänger vermochten der abrupten politischen Kehrtwendung des schwäbischen Abgeordneten – der am Sturz Bethmann Hollwegs beteiligt gewesen war – nicht zu folgen. Wilhelms II. ungezügelter Haß gegen Erzberger entlud sich noch im April 1918 in Form der berüchtigten kaiserlichen Randbemerkungen in folgenden Beschimpfungen: »schurkenhafter Verräter«, »Halunke«, »Persönlicher Feind meines Hauses«.

Erzbergers Haltung blieb auch im eigenen Lager weiterhin umstritten. Im Frühjahr 1918 kam es zu scharfen öffentlichen Auseinandersetzungen mit Reichskanzler Graf v. Hertling, dem früheren Fraktionskollegen und Parteifreund Erzbergers, mit dem er noch bis 1917 in reger Korrespondenz gestanden hatte. Im September 1918 veröffentlichte er ein Buch über den Völkerbund, mit dessen Gründung der politische Optimist Erzberger die Hoffnung auf einen für Deutschland günstigen Frieden verband. Seine stets bekundete Verantwortungsbereitschaft bewies der Zentrumspolitiker Anfang Oktober 1918 mit seinem Eintritt in die Regierung des – ihm wenig wohlgesinnten – Reichskanzlers Prinz Max von Baden.

Er übernahm kein eigenes Ressort, sondern kümmerte sich durch Übernahme der Reichszentrale für Heimatdienst um das Propagandawesen

und zählte mit dem SPD-Politiker Scheidemann zu den führenden Persönlichkeiten der letzten kaiserlichen Regierung. (In dieser Zeit starb sein Sohn während eines Offiziersausbildungslehrgangs an einer Grippe.) Nachdem die Oberste Heeresleitung Ende September den Krieg als verloren bezeichnet hatte, stand wenige Wochen später der schwere Gang zur Unterzeichnung des Waffenstillstands bevor. Auf Drängen des Reichskanzlers und des Kabinetts erklärte sich Erzberger bereit, an die Spitze der deutschen Delegation zu treten. Nach der von Hindenburg gebilligten Unterzeichnung des Waffenstillstands in Compiègne leitete er in seiner Eigenschaft als Staatssekretär im Winter 1918/19 dessen Durchführung.

Während seiner Abwesenheit von Berlin erfolgte der Umsturz vom 9. November 1918. Erzberger hat sich als einer der ersten Zentrumspolitiker mit der neuen Situation abgefunden. Sofort galt seine Sorge der Neuformierung der alten Partei und der Anerkennung der neugeschaffenen Tatsachen. Als Zentrumsabgeordneter des Wahlkreises Württemberg wurde er im Januar 1919 in die Deutsche Nationalversammlung gewählt. Dem ersten Kabinett der »Weimarer Koalition« (SPD, Zentrum, DDP) unter Philipp Scheidemann (1865–1939) gehörte Erzberger als Minister ohne Portefeuille an. Die im Juni 1919 aus Sozialdemokraten und Zentrum neugebildete Regierung unter dem SPD-Kanzler Gustav Bauer (1870–1944) sah sich zur Annahme des Versailler Vertrags gezwungen. In diesem Kabinett war Erzberger als Vizekanzler und Finanzminister die entscheidende Figur. Er trat dafür ein, den Friedensvertrag anzunehmen, weil er befürchtete, daß bei einer Ablehnung der drohende Einmarsch alliierter Truppen nach Deutschland die Reichseinheit gefährden würde. Dafür nahm er in Kauf, mit der Verantwortung für diese »nationale Demütigung« belastet zu werden.

V

In nur neun Monaten bis zum März 1920 setzte Erzberger eine grundlegende Reform und Zentralisierung der Reichsfinanzen durch, wie sie nicht einmal Bismarck gelungen war. Diese Reform erwies sich als notwendig wegen der auf das Reich zukommenden Kriegsfolgelasten. Sie bleibt eine staatsmännische Leistung und diente gleichzeitig, ebenso wie die Übernahme der Eisenbahnen durch das Reich, als Stärkung der gefährdeten Einheit. Als zwangsläufige Folge dieser Reformen, die durch den anhaltenden Währungsverfall zunächst nicht voll zur Auswirkung gelangten, ergab sich die Einführung neuer Steuern. In den 1968 erschienenen Erinnerungen von Hermann Pünder ist vermerkt, daß der Mini-

ster im Reichsfinanzministerium – in dem Pünder damals tätig war – »höchste Achtung« genossen habe.
Erzberger machte aus den sozialpolitischen Aspekten seiner Reformen, besonders einer stärkeren Belastung der vermögenden Bevölkerungsschichten, keinen Hehl. Auf diese Weise zog er sich die Gegnerschaft der besitzenden Kreise zu. Erzberger fehlte, wie es eine unbedeutende Zeitschrift (»Das Heilige Feuer«) richtig kommentierte, der Glaube an das »Dogma von der Göttlichkeit des Privateigentums«. Auf grundsätzliche Ablehnung stieß der Reichsfinanzminister auch im süddeutsch-föderalistischen Lager, wo er als »Zentralist« verketzert wurde. Aus wirklicher oder vermeintlicher Aversion gegen seine Person und Politik trennte sich Anfang 1920 der bayerische Flügel des Zentrums von der Gesamtpartei und organisierte sich neu in der Bayerischen Volkspartei.
Erzbergers Karriere wurde durch einen langwierigen politischen Prozeß gegen den früheren Reichsschatzsekretär Karl Helfferich gebremst. Der jetzt in der Deutschnationalen Volkspartei aktive, extrem rechtsstehende Politiker warf dem Reichsfinanzminister Verquickung von privaten geldlichen Interessen und politischer Betätigung während des Krieges vor. Damit war das Signal zu einer wüsten Treibjagd gegeben. Der Zentrumsminister, der die gesteuerte Kampagne nicht ernst genug nahm, wurde ein Opfer hemmungsloser politischer Verleumdung der Rechtsparteien. In seiner Person sollte die Verkörperung des republikanisch-demokratischen »Systems« getroffen werden. Wegen offenkundiger Blößen im Verlauf der gerichtlichen Auseinandersetzungen und angesichts mangelnder Unterstützung durch seine eigene Partei war Erzberger leicht zu treffen. Sein 1920 rasch niedergeschriebenes Buch »Erlebnisse im Weltkrieg« kam als Teil seiner Rehabilitierung nicht zur Auswirkung.
Als moralischer Sieger des Prozesses galt Helfferich, wenngleich er vom Gericht wegen »fortgesetzter übler Nachrede und Beleidigung« zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Nach Verkündigung des Urteils im März 1920 trat Erzberger, der meistgehaßte Mann seiner Zeit, der das Ausmaß der Hetze und die blinde Voreingenommenheit des Berliner Gerichts für die Republikgegner nicht klar genug erkannt und in Rechnung gestellt hatte, als Minister zurück. Durch ein Pistolenattentat geringfügig verletzt, übte er sein Reichstagsmandat nicht aus. Seine schwäbischen Wähler bezeigten ihm bei der Reichstagswahl im Juni 1920 mit überwältigender Mehrheit ihr altes Vertrauen.
Nach dem positiven Ausgang seines Prozesses und nach dem Abschluß eines Urlaubs, den Erzberger zusammen mit seiner Frau und seiner jüngsten Tochter – die älteste Tochter war einige Monate zuvor mit seinem Einverständnis in ein holländisches Karmeliterinnenkloster eingetreten – im Schwarzwald verbrachte, wollte er mit seiner Teilnahme am

Frankfurter Katholikentag Ende August 1921 sein politisches Comeback einleiten. Als ihn fünf Tage vor seiner Ermordung ein alter Freund aus dem schwäbischen Zentrum, Rechtsanwalt Hugo Baur aus Konstanz, bei einem Besuch in Griesbach vor einem Attentat warnte, erwiderte Erzberger: »Ich bin bereit. Wir sind alle in Gottes Hand.«

Am Vorabend seiner Reise nach Frankfurt, am 26. August 1921, wurde der 45jährige Politiker während eines Spaziergangs, den er zusammen mit seinem badischen Fraktionskollegen Carl Diez unternahm, am Fuße des Kniebis bei Griesbach im Schwarzwald von Mitgliedern der rechtsextremen Geheimorganisation »Germanenorden«, den früheren Marineoffizieren Heinrich Schulz und Heinrich Tillessen, erschossen. Die Mörder konnten ins Ausland entkommen und 1933 nach Deutschland zurückkehren. Sie wurden erst 1947 bzw. 1950 zu geringfügigen Strafen verurteilt.

Erzbergers Tod wurde weithin als »schwarzer Tag« für Deutschland und den deutschen Katholizismus empfunden. Eine Zeitschrift betrauerte seine Ermordung und schrieb: »Er war eine Naturgewalt, und darum mußte er in der Natur durch Gewalt umkommen.« Erzbergers Fraktionskollege Joseph Joos kommentierte, der Mord sei das »entsetzliche Ende eines seit Jahr und Tag in steigender Verwilderung« von den Rechtsparteien geführten Kampfes gegen ihn. Papst Benedikt XV. ließ durch Kardinalstaatssekretär Gasparri der Witwe Erzbergers seine Anteilnahme aussprechen.

VI

Erzberger hat sich aus einfachen dörflichen Verhältnissen zu einem der einflußreichsten Politiker in der Zeit zwischen 1914 und 1920 hochgekämpft. Er war ein Mann der Tat und des Wortes, nicht aber der Ideen. Im Helfferich-Prozeß bestätigte ihm selbst das gegen ihn voreingenommene Gericht »zweifellose Begabung, vorbildlichen Fleiß, ein bewundernswertes Gedächtnis, große Tatkraft und außerordentliche Rührigkeit«. Für Erzberger, eine unkomplizierte und unkünstlerische Natur von unbändigem Tatendrang und unverwüstlichem Optimismus, war die Politik Hauptberuf und Wesenselement. Als glänzender Volksredner und als Persönlichkeit mit einem Gespür für kommende politische Entwicklungen vermochte er im Zentrum eine anerkannte Führerrolle zu spielen, ohne je Partei- oder Fraktionsvorsitzender zu sein. Mit unbegrenzter Verantwortungsfreudigkeit und Zivilcourage übernahm er Aufgaben aller Art, darunter nicht selten (vor allem im Ersten Weltkrieg) solche, die keinerlei Erfolgsaussichten besaßen. In vielen Fällen wurde er ein Opfer seiner Betriebsamkeit und Gutgläubigkeit, mit der er die Interessen Dritter ver-

trat. Sein angeborener Optimismus, der ihn in den schwersten Kriegsjahren nicht verließ, unterschätzte auch den Haß seiner innenpolitischen Gegner.

Erzberger hat in der Zentrumspartei, in deren Reihen er stets auch einflußreiche Gegner besaß, eine bedeutsame historische Entwicklung repräsentiert, aber auch die Stellung der Partei zeitweise aufs Spiel gesetzt. Er konnte nicht abwarten und politische Entwicklungen reifen lassen. Die mit seinem Namen verbundene Reichsfinanzreform und die Überführung der Eisenbahnen in Reichsbesitz sind Zeugnisse staatsmännischer Leistung. Matthias Erzberger gebührt in unserer schmal besetzten demokratischen Ahnengalerie ebenso wie in der Geschichte des politischen Katholizismus ein hervorragender Platz. In seiner letzten Schrift von 1921 über den christlichen Solidarismus als Weltprinzip trat Erzberger für Mitbestimmung, Betriebsräte und Werksgenossenschaften ein. Dieses sein politisches Testament gewann nach 1945 überraschende Aktualität. Wie wenige andere Zentrumsabgeordnete zählt Erzberger zu den überragenden politischen und demokratischen Potenzen der ersten deutschen Demokratie.

Helmut Neubach

Felix Porsch (1853–1930)

Auf dem 22. Deutschen Katholikentag zu Breslau im September 1872 hielt ein 19jähriger Student eine mit Beifall aufgenommene Rede über die katholischen Studentenverbindungen, die damals gerade aufzublühen begannen. Er betonte deren Notwendigkeit und verteidigte sie besonders gegen den Vorwurf, sie würden konfessionellen Hader in die Universitäten bringen. Vielmehr wollten sie den aus katholischem Elternhaus kommenden jungen Menschen an den oft glaubensfeindlichen Hochschulen eine christliche Gemeinschaft bieten. In der 1461 Namen zählenden Teilnehmerliste stand der junge Redner unter der Nummer 954: »Porsch, stud. iur., aus Tübingen«.
Dieses erste öffentliche Auftreten machte Felix Porsch in katholischen Kreisen weithin bekannt. Besonders der Breslauer Fürstbischof Förster sowie der Mainzer Domkapitular und spätere Zentrumsabgeordnete Dr. Christoph Moufang äußerten sich begeistert über ihn. Ein fast gleichaltriger Theologiestudent, Felix von Hartmann, erzählte später als Erzbischof von Köln seinem Breslauer Amtsbruder Adolf Bertram, wie unvergeßlich ihm jene mutige Ansprache geblieben sei. Auch Ludwig Windthorst wurde auf den jungen Redner aufmerksam, der schon ein Jahrzehnt danach einer seiner getreuesten Schüler werden sollte.

I

Felix Porsch, am 30. April 1853 in Ratibor geboren, entstammte einer alten schlesischen Juristenfamilie. Sein Großvater war Patrimonialrichter (Kreisrichter) in Krappitz, sein Vater Rat an dem 1817 von Brieg nach Ratibor verlegten Appellationsgericht. Nach dem Besuch der Volksschule seiner Vaterstadt absolvierte der junge Porsch das katholische Gymnasium in Glogau. Das Studium der Rechtswissenschaften begann er in Tübingen, setzte es in Leipzig sowie Breslau fort und schloß es in Berlin ab. 1876 promovierte Porsch an der Universität Breslau mit der Dissertation: »Die Bedeutung des Beweises durch Indizien im geistlichen Gerichtsverfahren«. Den Vorbereitungsdienst als Referendar leistete er in

Breslau ab. Im Winter 1878 bestand er in Berlin das Assessorexamen; im Oktober 1879 ließ er sich in Breslau als Rechtsanwalt nieder.
Ursprünglich wollte der junge Porsch die akademische Laufbahn einschlagen. Wie seine späteren wissenschaftlichen Veröffentlichungen beweisen, wäre er gewiß ein tüchtiger Universitätsprofessor geworden. Die ungünstigen Verhältnisse der Kulturkampfzeit hielten ihn jedoch von seinem Jugendplan ab. Mit ganzer Kraft übte er dafür seinen Rechtsanwaltsberuf aus. Bald hatte er eine gutgehende Praxis aufgebaut. Der auch politisch interessierte Domherr Dr. Hugo Lämmer schlug ihn im Juli 1882 dem Breslauer Fürstbischof Robert Herzog als Konsistorialrat des Bistums vor. Porsch, der sich schon durch seine Dissertation in das Kirchenrecht eingearbeitet hatte, nahm das Amt an, das er zunächst unter dem genannten Bischof und von 1887 bis zum Januar 1914 unter Fürstbischof Georg Kopp insgesamt 32 Jahre hindurch bekleidete. Gerade in den schweren Jahren des Kulturkampfes war der junge Rechtsanwalt dem Breslauer Oberhirten eine nicht zu unterschätzende Stütze.
Seine politische Laufbahn begann Felix Porsch kaum zwei Jahre nach der Eröffnung seiner Anwaltspraxis als Kommunalpolitiker. Bei den Wahlen zur Breslauer Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1881 kandidierte er, da es da noch keine Zentrumsfraktion gab, für die »Freie Vereinigung«, eine Wählergruppe konservativer und christlicher Bürger, die sich besonders gegen die fast ausschließlich von den Liberalen bestimmte Kommunalpolitik wandten. Porsch wurde in das Breslauer Stadtparlament gewählt, dem er bis 1903 angehörte. Seine juristischen Fähigkeiten führten zu seiner Berufung in den Wahl- und Verfassungsausschuß. Jedoch nicht nur in Rechts-, sondern auch in Kulturfragen war Porsch häufig der Sprecher der »Freien Vereinigung«.
Im gleichen Jahr 1881 zog er als jüngster Abgeordneter in den Reichstag ein. Windthorst, der damals recht autoritär bestimmte, wen er von seiner Partei ins Parlament haben wollte und wen nicht, ließ ihn nicht etwa in einem sicheren Zentrumskreis kandidieren, z. B. in seinem Heimatkreis Ratibor, den er mühelos gewonnen hätte, sondern in einem hart umkämpften, nämlich in Reichenbach-Neurode. Dessen Bevölkerung war zwar zu 57 v. H. katholisch, aber schon die beiden in Gerhart Hauptmanns »Die Weber« verewigten Weberdörfer Langenbielau und Peterswaldau besagten, daß hier im Eulengebirge und am Fuße des Riesengebirges zum großen Teil arme Arbeiter wohnten. Nicht ohne Grund war Reichenbach-Neurode der erste schlesische Wahlkreis, der an die Sozialdemokraten fiel, und zwar schon 1877.
Porsch gewann das Mandat in der Stichwahl mit einem Vorsprung von 2900 Stimmen. Zum erstenmal wurde Reichenbach-Neurode für das Zentrum erobert. Bei den folgenden Reichstagswahlen der Jahre 1884, 1887

und 1890 siegte Porsch stets wieder, allerdings jeweils erst in der Stichwahl. Als er 1893 nicht mehr kandidierte, fiel der Wahlkreis abermals an die Sozialdemokraten.

II

Der Wahlsieg von 1881 verschaffte Porsch so viel Ansehen, daß er bald unter die führenden schlesischen Zentrumspolitiker aufrücken konnte. Die Partei war hier hauptsächlich von Franz Graf v. Ballestrem aufgebaut worden. Zu den über die Provinzgrenzen hinaus bekannten Parteifreunden zählten noch die »Germania«-Redakteure Paul Majunke und Adolf Franz. Nun kam der junge Rechtsanwalt Porsch hinzu. Da sich die Partei seine Fähigkeiten auch im Preußischen Abgeordnetenhaus zunutze machen wollte, ließ sie ihn bei den Landtagswahlen des Jahres 1883 in dem rein katholischen Wahlkreis Glatz-Habelschwerdt kandidieren, wo er das Mandat diesmal und auch später mühelos gewann. Seitdem gehörte Felix Porsch drei Parlamenten an: der Breslauer Stadtverordnetenversammlung, dem Abgeordnetenhaus und dem Reichstag. Den Schwerpunkt seiner parlamentarischen Arbeit verlegte er später in das Abgeordnetenhaus. Im Reichstag wurde er im November 1887 in dessen Präsidium als Schriftführer gewählt.

1893 schied er aus dem Reichstag wegen einer Abstimmung aus, bei der sich das Zentrum nicht einig war. Es ging um eine von der Reichsleitung eingebrachte Militärvorlage, die eine Heeresstärke von fast 487 000 Mann vorsah. Der Zentrumsabgeordnete Karl Freiherr v. Hoiningen gen. Huene, der Vertreter des Wahlkreises Breslau-Neumarkt, ein früherer Generalstabsoffizier, brachte einen Kompromißantrag ein, der eine Verminderung der Forderung um nur rund 7700 Mann verlangte. Die Zentrumsfraktion schloß sich in ihrer Mehrheit jedoch der Ansicht des Rheinländers Dr. Ernst Lieber an, der gegen die Vorlage eintrat. Der Antrag Huene wurde am 6. Mai 1893 mit 210 gegen 162 Stimmen abgelehnt. Unter den nur zwölf Zentrumsabgeordneten, die den Antrag Huene befürworteten, befanden sich sieben Schlesier, neben Ballestrem auch Porsch. Beide kehrten in der 9. Legislaturperiode (1893–1898) nicht in den Reichstag zurück. Ballestrem kandidierte allerdings 1898 wieder und wurde sogar zum Reichstagspräsidenten gewählt. Felix Porsch dagegen ließ sich bei keiner Reichstagswahl mehr aufstellen.

Im Preußischen Abgeordnetenhaus, dem er von 1883 bis 1918, und im Landtag, dem er von 1920–1929 angehörte, fühlte er, der Preuße, sich eher am Platze als im Reichsparlament. Hier konnte er sein großes Interesse für die Kulturpolitik zur Geltung bringen. Während im Reichstag damals sehr stark wirtschaftliche Fragen im Vordergrund standen, obla-

gen den Landesparlamenten vielfach die kulturellen Angelegenheiten. Im Preußischen Abgeordnetenhaus gehörte Porsch zu den führenden Köpfen seiner Fraktion. Er war nicht nur einer ihrer fähigsten Juristen – vielleicht der fähigste –, sondern allgemein auch einer ihrer besten Redner. Von 1903–1918 und wieder von 1920–1929 hatte er das Amt des ersten Vizepräsidenten inne und war im Landtag wohl derjenige, der am stärksten und eindrucksvollsten die Rechte der katholischen Kirche und überhaupt der Katholiken verteidigte. Es seien nur drei Beispiele dafür angeführt: Am 22. April 1885 setzte sich Porsch in einer großen Rede für die Straffreiheit des Sakramentespendens und Messelesens ein. Am 8. März des folgenden Jahres nahm er den ersten Leiter der Katholischen Abteilung im preußischen Kultusministerium, Adalbert Krätzig, energisch gegen Angriffe Bismarcks in Schutz. Und am 23. Februar 1905 wies er, der begeisterte Alte Herr einer farbentragenden Korporation, geradezu mit Leidenschaft Verleumdungen gegen die katholischen Studentenverbindungen zurück.

Dem fähigen Juristen und tüchtigen Politiker fiel ein Amt nach dem anderen zu. Im Jahre 1904 wurde er zum Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Landtags gewählt. Seine Partei, deren Hochburgen im Rheinland, in Westfalen und in Schlesien lagen, übte die Gepflogenheit, bei der Besetzung der Vorstandsämter nach Möglichkeit die verschiedenen Landsmannschaften gleichmäßig zu berücksichtigen. Als Porsch neben dem Rheinländer Alois Fritzen bereits stellvertretender Vorsitzender war, hatte den ersten Vorsitz der Westfale Clemens August Freiherr v. Heereman inne. Auf ihn folgte 1900 Fritzen, auf diesen 1904 Porsch. Der Schlesier Porsch sollte seines Amtes als Fraktionsvorsitzender länger walten als irgendeiner vor und nach ihm. Am 31. Januar 1929 konnte er das 25jährige Jubiläum feiern.

Als Fraktionsführer des Zentrums im Abgeordnetenhaus war Porsch gerade in der Kulturpolitik sehr an einer Zusammenarbeit mit ähnlich gesinnten Kräften gelegen. Hierzu bot sich eigentlich nur die Konservative Partei an, deren Fraktionsführer Ernst von Heydebrand und der Lasa ein Landsmann von ihm und ein überzeugter evangelischer Christ war. In seiner vorsichtigen, taktvollen und vornehmen Art verstand es der Zentrumsführer, Gemeinsamkeiten zu betonen, Meinungsverschiedenheiten dagegen herabzuspielen. Daß dies nicht immer so leicht war, dafür sei nur auf die Auswirkungen der wenig geschickt formulierten Borromäus-Enzyklika »Editae saepe« vom 26. Mai 1910 hingewiesen. Sie erregte wegen der verletzenden Darstellung der Reformation bei den deutschen Protestanten berechtigte Empörung. Zum Glück verstanden sich Porsch und Heydebrand persönlich so gut, daß sie sich in ihrer politischen Zusammenarbeit dadurch nicht stören ließen. Freilich mußte bei dieser Ver-

nunftehe das Zentrum mehr Rücksicht auf die Konservative Partei nehmen als umgekehrt; z. B. unterstützte es deren Agrarpolitik, wofür es in seinen Arbeiterkreisen ganz und gar kein Verständnis fand.

III

So wie Porsch im Abgeordnetenhaus mit evangelischen Christen zusammenarbeitete, so trat er auch dafür ein, die Zentrumspartei für Nichtkatholiken zu öffnen, sofern sie christliche Grundsätze vertraten. Im Jahre 1914 sagte er in Neisse: »Welch wachsende Gefahr droht jetzt! Hier muß ein gemeinsames Arbeiten aller christlichen Elemente einsetzen gegen die Macht des Umsturzes.«

Diese Meinung hat Porsch nicht erst seit der gemeinsamen Erklärung der Vorstände der beiden Zentrumsfraktionen und des Landesausschusses der preußischen Zentrumspartei vom 28. November 1909 vertreten, die Georg v. Hertling und er als erste unterschrieben haben. Dort heißt es: »Die Zentrumspartei hat die Zugehörigkeit zur Partei niemals von der Angehörigkeit zum katholischen Glaubensbekenntnis abhängig gemacht.« Diese Erklärung schloß jahrelange innere Auseinandersetzungen über den Charakter der Partei ab. Sie waren durch einen Artikel des Kölner Rechtsanwalts Dr. Julius Bachem in den »Historisch-Politischen Blättern« unter dem Titel: »Wir müssen aus dem Turm heraus!« (1906) ausgelöst worden. Darin hatte dieser ganz im Sinne von Porsch die Öffnung der Partei für gläubige Protestanten gefordert.

Nach einer Äußerung des Fraktionsführers auf dem Parteitag der schlesischen Zentrumspartei im Oktober 1911 erscheint es allerdings fraglich, ob Porsch damit einverstanden war, auch Nichtkatholiken als Kandidaten bei den Parlamentswahlen aufzustellen. Dort verwies er nämlich mit Nachdruck auf den § 17 des Wahlstatuts der schlesischen Zentrumspartei, demzufolge jeder Kandidat ein »überzeugungstreuer Katholik« sein müsse.

Im gleichen Sinne hatten fast zu gleicher Zeit die »Historisch-Politischen Blätter« unter der Überschrift »Die schlesische Zentrumspartei« gegen eine Preisgabe des konfessionellen Parteicharakters polemisiert. In dem fast parallel zum »Zentrumsstreit« laufenden »Gewerkschaftsstreit« stand die überwiegende Mehrheit des schlesischen Zentrums unter ihrem Führer Porsch auf der Seite der interkonfessionellen Christlichen Gewerkschaften. In diesem Punkt geriet Porsch in Widerspruch zum Breslauer Fürstbischof Georg Kardinal Kopp, mit dem ihn »ein inniges Vertrauensverhältnis« (K. Bachem) verband, das zwar »nicht immer völlig gleichmäßig« war, aber immerhin 27 Jahre andauerte. Der einflußreiche Breslauer Ober-

hirte protegierte nämlich in starkem Maße die »Berliner Richtung«, die die katholischen Arbeiter von den Christlichen Gewerkschaften fernhalten und sie stattdessen allein in den Katholischen Arbeitervereinen organisieren wollte. Ansonsten dürfte es aber bis etwa 1910/12 nur wenige Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kardinal und dem Zentrumsführer gegeben haben. Es wäre jedoch verfehlt, Porsch als das Sprachrohr des Breslauer Kardinals zu bezeichnen. Bei all seiner tiefen Religiosität und seiner Hochachtung oder gar Verehrung der kirchlichen Würdenträger wußte er doch seine Selbständigkeit als Politiker betont zu wahren. Da andererseits Kopp seine politische Meinung niemandem aufdrängte, fühlte sich Porsch auch als enger Berater des Kardinals in kirchenrechtlichen Fragen durch dessen politische Stellungnahme niemals beengt.

In die Jahre kurz vor dem Ersten Weltkrieg fallen drei wichtige Ereignisse in der Geschichte der Zentrumspartei, an denen Porsch wesentlichen Anteil hatte. Am 1. Dezember 1908 konstituierte sich der Landesausschuß der preußischen Zentrumspartei, zu dessen Leiter Porsch als Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses und zugleich auch der schlesischen Provinzialorganisation gewählt wurde. Als im Februar 1914 auch der Reichsausschuß der Zentrumspartei gebildet wurde, gehörte Porsch ihm neben Peter Spahn und Heinrich Held ebenfalls an. Das dritte Ereignis war die Feier zum 40jährigen Bestehen der im Winter 1870/71 gegründeten Zentrumspartei am 21. März 1911, gleichzeitig übrigens eine Gedenkfeier für den zwanzig Jahre zuvor, am 14. März 1891, verstorbenen Ludwig Windthorst, zu dem wohl keiner der Anwesenden ein so enges Verhältnis gehabt hatte wie Porsch.

IV

Ein außerordentlich wichtiges Problem, dessen Lösung schon von 1871 bis in den Ersten Weltkrieg hinein hinausgezögert wurde, war die Reform des preußischen Wahlrechts. Hatte Windthorst seinerzeit mit der Forderung nach der Abschaffung des ungerechten Dreiklassenwahlrechts für Preußen im Abgeordnetenhaus eine christlich-konservative Mehrheit gegen die »Kulturkämpfer« schaffen wollen, fürchteten die alten Zentrumspolitiker wie Porsch nun, daß die Wirkung genau umgekehrt sein und eine antikirchlich eingestellte Majorität zur Folge haben würde, die die mühsam erkämpften politischen Errungenschaften und kirchlichen Freiheiten annullieren könnte. In einer 1918 für die preußischen Bischöfe ausgearbeiteten Denkschrift über die Bedenken des Zentrums gegenüber der Wahlrechtsvorlage – der wohl »folgenschwersten Vorlage, mit wel-

cher diese parlamentarischen Körperschaften bisher beschäftigt worden sind« – bezeichnete Porsch deren Annahme als einen »Sprung ins Dunkle«, verschwieg andererseits aber auch nicht, daß das Zentrum einen Wahlkampf über die Frage des gleichen Wahlrechts nicht überstehen würde. Allerdings halte er es als Politiker wie als Katholik als seine »Gewissenspflicht, *für* das gleiche Wahlrecht zu stimmen«.

Mit Ausnahme weniger Agrarier war sich mit Porsch die überwiegende Mehrheit der Zentrumspolitiker darüber im klaren, daß das bisherige Dreiklassenwahlrecht nicht länger aufrechterhalten werden konnte. Andererseits würde die Annahme der Änderungsvorlage nach der Meinung von Porsch »parteipolitischer Selbstmord« sein. So bemühte sich die Partei ihrer traditionellen Taktik entsprechend zunächst erfolgreich, eine endgültige Stellungnahme zu einer Wahlrechtsänderung möglichst lange zu vermeiden. Porsch und Spahn wußten vorerst noch geschickt zwischen den Arbeitervertretern in der Reichstagsfraktion einerseits und den extrem konservativen Agrariern in der Landtagsfraktion sowie dem hohen Klerus andererseits zu lavieren. Die Zentrumsführung nutzte die Tatsache, daß weder der preußischen Regierung noch den hohen Militärs an einer schnellen Einbringung der Vorlage gelegen war. In der Hoffnung, bei den späteren Lesungen noch einige »Sicherungen« einbauen zu können, nahm die Fraktion bei der ersten Lesung des Gesetzesentwurfs die Vorlage »unter Vorbehalt« (Porsch) an.

Die Verhandlungen um entsprechende »Sicherungen« zogen sich monatelang hin. Porsch vermochte jedoch auch zum Schluß kein einheitliches Votum seiner Fraktion zu erreichen. Die konservativen Agrarier unter seinem Landsmann Alfred Graf v. Strachwitz waren bis zuletzt nicht für das gleiche Wahlrecht zu gewinnen. Auch den Kölner Kardinal v. Hartmann, den er schon als Student auf dem eingangs erwähnten Breslauer Katholikentag kennengelernt hatte, konnte Porsch nicht umstimmen. Von seinem diesbezüglichen Briefwechsel mit ihm erfuhr zunächst nicht einmal seine eigene Fraktion. Dessen Veröffentlichung war ihm erklärlicherweise mehr als unangenehm.

Man wird Porsch zubilligen müssen, daß er sich die größte Mühe gegeben hat, um seine Fraktion zu einem einheitlichen Ja zum gleichen Wahlrecht zu bewegen. Es war sicher nicht seine Schuld, daß das Zentrum keine geschlossene, klare Entscheidung fällen konnte. Nicht zu Unrecht haben später selbst eigene Parteifreunde diese Politik als eine »unglaubliche Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit« verurteilt (W. Marx).

Noch ein anderes politisches Ereignis aus der Zeit des Ersten Weltkrieges, bei dem Porsch allerdings eine weniger wichtige Rolle spielte, sei noch erwähnt, nämlich die Friedensresolution Erzbergers im Juli 1917. Dabei handelte es sich zunächst um eine persönliche Initiative des genannten

Abgeordneten, von der der größte Teil der Partei überrascht wurde. Auf Grund der allgemeinen Erregung – auch die Zentrumspresse war vorher nicht unterrichtet worden – veranlaßte die Reichstagsfraktion eine möglichst baldige Sitzung des Reichsausschusses der Partei, der für den 23. und 24. Juli nach Frankfurt/Main einberufen wurde. Da der Vorsitzende Peter Spahn erkrankt war, übernahm Porsch die Leitung der mit großer Spannung erwarteten Versammlung. Erzberger gelang es, die 64 Delegierten, die von seinen offenen Ausführungen über die außenpolitische und militärische Situation der Mittelmächte »einfach niedergeschmettert« (K. Bachem) waren, für seine Resolution zwar zu gewinnen, ohne sie von deren Notwendigkeit zu überzeugen. Immerhin billigte der Reichsausschuß Erzbergers Schritt. Es war nicht zuletzt der ruhigen und besonnenen Verhandlungstaktik von Porsch zu verdanken, daß auf dieser außerordentlich wichtigen Sitzung teilweise erwartete größere Differenzen innerhalb der Partei vermieden werden konnten.

Während Peter Spahn bis 1917 als Erzbergers einflußreichster Gegner in der Reichstagsfraktion galt, zählte auch Felix Porsch nicht zu seinen Freunden. Im August 1917 schrieb er an Karl Bachem, daß er fürchte, die »Erzbergereien« könnten das Zentrum ruinieren. Im gleichen Monat nahm er zusammen mit Spahn und Giesberts an einer Besprechung beim Reichskanzler teil, in der die drei Abgeordneten Michaelis über die Stellung Erzbergers in der Fraktion unterrichteten und davor warnten, ihn in die Opposition gegen die Regierung zu treiben.

Die Novemberrevolution scheint die alten Zentrumsführer so überraschend und schwer getroffen zu haben, daß vorerst keiner von ihnen »ein Lebenszeichen von sich gab« (R. Morsey). Porsch hielt es in den Tagen nach dem 9. November 1918 in richtiger Einschätzung der politischen Lage nicht für angebracht, die ehemalige Landtagsfraktion einzuberufen. Als allerdings am 16. November die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses ausgesprochen wurde, sah er es als seine Pflicht an, eine Woche später beim Vorsitzenden des »Politischen Kabinetts für Preußen« dagegen zu protestieren, da sich die Abgeordneten noch im Besitz ihrer Mandate fühlten. Porsch verabschiedete sich allerdings zugleich von seinen Kollegen mit den Worten: »Die Hoffnung auf ein Wiedersehen im Parlament wage ich nur bedingt auszusprechen.«

Als in den Diskussionen um den neuen Kurs der Partei auch an eine Namensänderung gedacht wurde, lehnte dies Porsch ebenso wie Spahn, Gröber und Trimborn ab. Der preußische Zentrumsführer schien allgemein Reformen abgeneigt. Auf einer von 4000 Anhängern besuchten Kundgebung der Breslauer Zentrumspartei am 20. November, auf der neben seinem Freund und Nachfolger in seiner Anwaltspraxis, Dr. Hans Herschel, auch Kardinal Bertram das Wort ergriff – »Haltet treu zu den

Führern des katholischen Volkes in den Parlamenten!« –, erklärte er im Hinblick auf die antikirchlichen Pläne des sozialdemokratischen preußischen Kultusministers Adolf Hoffmann, der bevorstehende neue Kulturkampf zwinge dazu, der »alten Zentrumsfahne« treu zu bleiben.

Felix Porsch blieb ihr treu wie kaum ein anderer der »alten Garde» aus der Kulturkampfzeit. Mit gewohnter Energie stellte er sich nach kurzem Zögern auch der Republik zur Verfügung. Sein Parteifreund Dr. Leo Schwering schrieb dazu in einem Gedenkartikel der »Kölnischen Volkszeitung« 1932: »Daß er sich ganz in die neuen Formen nach 1918 eingewöhnte, ist zumindest zweifelhaft; ihm lag mehr der Parlamentarismus der früheren Zeit, und jedenfalls stand er dem Wesen nach dem Parlamentarismus der Frankfurter Nationalversammlung in ihren besten Vertretern näher als dem nach 1918.«

Schon gleich Ende November jenes folgenreichen Jahres, als die gerade ausgerufene Republik Rat und Tat staatstreuer Männer benötigte, versagte Porsch seine Hilfe nicht. Auch in Schlesien kämpften starke revolutionäre Kräfte gegen die Ordnungsgewalten. Ernst Hesterberg, der ehemalige Chef des Generalstabs des VI. Armeekorps, dessen Generalkommando sich in Breslau befand, nennt in seinem Buch »Alle Macht den A.- und S.-Räten« (1932) die Männer, die damals das Militär in seinem Kampf um die Aufrechterhaltung der Ordnung unterstützten: »Von den politischen Parteien nahmen das Zentrum durch Geheimrat Porsch, die Demokraten durch Geheimrat Heilberg mit uns Fühlung auf; die Rechtsparteien kamen nicht.« Als Anfang Januar 1919 in Preußen die Vorbereitungen für die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung getroffen wurden, erließ auch das Zentrum einen Wahlaufruf, der von ihrem früheren – und neuen – Führer Porsch unterzeichnet war. Darin hieß es: »Nach dem Sturz der Monarchie darf bei der Neuordnung in Preußen nicht die Form der sozialistischen Republik, sondern nur die Form der demokratischen Republik eingeführt werden.«

Zum erstenmal in der Geschichte Preußens wurde ein Landesparlament nach dem gleichen Wahlrecht gewählt. Nicht nur die Konservative Partei, sondern auch das Zentrum sah der Wahl vom 26. Januar 1919 mit vorsichtiger Skepsis entgegen. Die Rolle der stärksten Partei ging von den Konservativen auf die Sozialdemokraten über. Zur großen Freude der Zentrumspolitiker konnte sich ihre Partei auf dem zweiten Platz behaupten. Porsch wurde zum Ersten Vizepräsidenten der Landesversammlung gewählt. Im März 1919 konstituierte sich der Fraktionsvorstand. Die Führung ergab ein ähnliches Bild wie das der Zentrumsfraktion der Weimarer Nationalversammlung. Das bürgerliche Element herrschte noch immer vor: Porsch wurde Vorsitzender, der Gutsbesitzer Karl Herold erster und der Jurist Wilhelm Marx zweiter Stellvertreter.

V

Führer der preußischen Zentrumspartei, Fraktionsvorsitzender und Erster Vizepräsident des preußischen Parlamentes – es war alles beim alten geblieben. Für Porsch schien sich nur die Staatsform, nicht aber seine eigene politische Machtstellung geändert zu haben. Das erste Problem für das Zentrum im neuen preußischen Parlament war dasselbe wie für das in der Reichsvertretung: Koalition mit der SPD oder nicht? Nach langen Beratungen entschied sich die Fraktion dafür. Am 25. März 1919 wurde sie gebildet. Am Tage darauf begründete Porsch seine Entscheidung damit, daß für eine »kräftige Regierung« eine »möglichst breite Basis« notwendig sei. Porsch wurde einer der Baumeister der Preußen-Koalition, die sich mit nur zwei kurzen Unterbrechungen in den Jahren 1921 und 1925 bis zur Ausschaltung durch Reichskanzler v. Papen im Juli 1932 bewährt hat.

Auch an der Ausarbeitung der neuen preußischen Verfassung hatte der schlesische Jurist großen Anteil. Am 25. Februar 1920 legte die Regierung ihren Entwurf der gesetzgebenden Landesversammlung vor. Die Leitung des Verfassungsausschusses fiel – wie konnte es anders sein – an Porsch. Am 30. November 1920 wurde die neue Verfassung mit 280 gegen 60 Stimmen angenommen. Das Zentrum stimmte geschlossen dafür. Porsch blieb der unumstrittene Führer der preußischen Zentrumspartei, so wie er es bereits seit dem ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts gewesen war. Außer Trimborn besaß wohl keiner der führenden Zentrumspolitiker eine so starke Hausmacht wie er. Als es aber im Januar 1920 auf dem von Fehrenbach geleiteten 1. Reichsparteitag um die Wahl des neuen Vorsitzenden der Gesamtpartei ging, fiel sein Name nicht. Porsch wurde lediglich einer der vier stellvertretenden Vorsitzenden. Am Alter konnte es wohl kaum gelegen haben, denn der gewählte Trimborn war lediglich ein Jahr jünger als er. Obwohl Porsch – wie noch zu zeigen sein wird – mit der studentischen Jugend bis zu seinem Tode aufs engste verbunden war, fand er bei den Jungen in der Partei wenig Rückhalt. »Diese Jugend rebellierte gegen den Typ (nicht gegen die Vertreter) der älteren Honoratiorengeneration, wie ihn die noch parlamentarisch aktiven Parteiveteranen Porsch, Herold und Spahn am ausgeprägtesten verkörperten« (R. Morsey). Ebenso wäre eine Kandidatur von Porsch sicherlich nie von den Gewerkschaftsvertretern unterstützt worden.

Der zweite Reichsparteitag des Zentrums im Januar 1922 war der letzte Höhepunkt im politischen Leben von Felix Porsch. Als ältester der vier stellvertretenden Vorsitzenden (Burlage, Dransfeld, Stegerwald) leitete er ihn. Er hatte maßgeblich an dem dort angenommenen neuen und bis 1933 gültigen Programm mitgearbeitet, und er wurde als vierter Ehren-

vorsitzender nach Fehrenbach, Herold und Spahn in den Parteivorstand gewählt. In seiner Schlußansprache betonte Porsch als »Dienstältester« aller deutschen Zentrumsparlamentarier die Geschlossenheit der Partei, mit der sie hinter ihrem Reichskanzler Wirth stehe, und wies energisch die Behauptung zurück, zwischen der Politik des alten und derjenigen des neuen Zentrums bestünde ein Unterschied.

So war Felix Porsch, in Preußen stets »der erste«, im Reich lediglich einer der ersten in der zweiten Reihe, so z. B. auch in den schweren Monaten des Jahres 1921 nach der Ermordung Erzbergers und nach dem Übertritt Martin Spahns zur Deutschnationalen Volkspartei. In jener »führerlosen« Zeit des Zentrums teilte er sich dessen Vertretung mit Hedwig Dransfeld und Adam Stegerwald, dessen Essener Programm er übrigens skeptisch gegenüberstand. Er hat ein wenig den beiden Jahrzehnten, in denen sein von ihm so hoch geschätzter Lehrer Windthorst das strenge Regiment führte, nachgetrauert. Auf dem dritten Reichsparteitag 1925, den er nicht mehr leitete, hat er das deutlich ausgedrückt: Unter dem »großen kleinen« Windthorst habe das Zentrum keine Parteitage gebraucht, aber »jetzt, wo wir diesen Führer entbehren müssen«, brauche das Zentrum die Parteitage, um »uns zu einigen . . .«

Nach 1923/24 wurde es stiller um Porsch. Das Amt des Landtagsvizepräsidenten gab er zwar erst im November 1929 und das des Fraktionsführers sogar noch später ab, politisch hervorgetreten ist er allerdings nur noch selten. Er konnte sich von seinen Mandaten ebenso schwer wie Windthorst und viele andere Parteiveteranen trennen. Wie stolz mag er gewesen sein, als sich zu seinem 70. Geburtstag die Spitzen der Partei, der er den größten Teil seines Lebens gewidmet hatte, in Dankbarkeit um ihn, den parlamentarisch immer noch aktiven »Zentrumspatriarchen«, versammelten! Als bei dieser Feier Konstantin Fehrenbach ausrief: »Wir haben Deutschlands Einheit gerettet!« – da wußten alle, wie groß daran der Anteil des Jubilars war.

Als Porsch bei dieser Geburtstagsfeier auch noch eine umfangreiche Festschrift überreicht wurde, wird manchen Anwesenden erst klar geworden sein, daß der »hoch verehrte Herr Geheimrat« – so die Anrede in der Laudatio – nicht nur ein bedeutender Politiker, sondern auch ein hervorragender Wissenschaftler war. Unter den Verfassern der 26 Beiträge befanden sich so angesehene Politiker und Wissenschaftler wie der ehemalige bayerische Ministerpräsident Hugo Graf Lerchenfeld, Prälat August Pieper, der Jesuit Heinrich Pesch, sein schon erwähnter Freund Hans Herschel, die Parlamentarier und Professoren Konrad Beyerle, Joseph Mausbach und Georg Schreiber sowie ferner Alois Fürst zu Löwenstein, Hermann Sacher und Hermann v. Grauert, der Präsident der Görres-Gesellschaft. Die Themen der Beiträge betrafen hauptsächlich jene

Gebiete, mit denen sich Porsch sein Leben lang beschäftigt hat: Politik, Kirchenrecht, Staatsrecht, Schule sowie das Verhältnis zwischen Staat und Kirche.
Hans Herschel würdigte in seinem Aufsatz »Der katholische Juristenverein« die großen Verdienste des Jubilars um diesen Verein, der sich 1907 unter seiner Leitung mit der »Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft« der Görres-Gesellschaft verschmolzen hat. Hier arbeitete Porsch mit den Juristen Carl v. Savigny, Carl Bachem und Adolf Gröber genauso vertrauensvoll zusammen wie in der Partei.

VI

Mit Recht hat Konrad Beyerle in seinem Nachruf auf Porsch betont, daß dessen wissenschaftliche Tätigkeit im Vergleich zur politischen »nicht so sehr in die Öffentlichkeit gedrungen ist«. Die beiden »Praktiker« Felix Porsch und Julius Bachem, »wissenschaftlich geschult und von praktischem Wirklichkeitssinn erfüllt«, seien es vor allem gewesen, »die den katholischen Juristen diese doppelte Lebensaufgabe stellten: die Aufgabe der strengen und stillen Forschung neben der Aufgabe der lebendigen Kampfbereitschaft um die Geltung der höchsten Güter unserer Weltanschauung in Staat und Gesetzgebung«.
Seit 1883 war Porsch ein aktiver Mitarbeiter des »Archivs für katholisches Kirchenrecht«, das sich der Katholische Juristenverein von seinem Publikationsorgan gewählt hatte. Über 60 Beiträge, die fast alle auf praktischen Rechtsfällen aufgebaut waren, hat er darin veröffentlicht. Genannt seien nur drei: »Die Rückgabe der preußischen sogenannten Sperrgelder« (Bd. 66), »Die juristische Persönlichkeit« (Bd. 67) und »Das preußische Gesetz betreffend das Diensteinkommen der katholischen Pfarrer« (Bd. 78). Einige Aufsätze wurden wegen ihrer allgemeinen Bedeutung auch als selbständige Veröffentlichung herausgebracht. »Mochten Sie nun«, so heißt es in der Laudatio der Festschrift, »über Fragen der Stellvertretung, der Rechtsfähigkeit der Ordensleute, der kirchlichen Vermögensverwaltung, des Patronatsrechts, der Teilung von Kirchenämtern, mochten Sie über brennendere Fragen der Tagespolitik, wie über das Zeugnisverweigerungsrecht des Seelsorgers oder die Rückgabe der preußischen Sperrgelder handeln, mochten Sie endlich, wie im Jahre 1890, einen Gesamtüberblick über den Stand der kirchenpolitischen Gesetzgebung Preußens bieten: stets brachten Sie der Öffentlichkeit wichtige Aufschlüsse, die nicht nur dem gelehrten Vertreter des Kirchenrechts wie des Rechts überhaupt, sondern auch dem praktischen Seelsorger zustatten kamen.«

Das große Ansehen, das Felix Porsch als Politiker genoß, beruhte, so urteilt Konrad Beyerle mit Recht, neben der Lauterkeit seines Charakters »vor allem auf der wissenschaftlichen Gründlichkeit seiner Beweisführung, die ihn schon in jungen Jahren zur gesuchtesten Hilfskraft von Ludwig Windthorst werden ließ«. Porsch hat ebenso wie die meisten Zentrumsführer keine Memoiren hinterlassen. Nicht einmal seinem alten Mitstreiter, dem Parteihistoriker Carl Bachem gegenüber gab er auf dessen Drängen Auskunft über seine Erlebnisse. Porsch ließ sich gerade noch dazu erweichen, Teile des Manuskriptes von Bachems neunbändiger Zentrumsgeschichte vor der Drucklegung durchzusehen.

Ob der nur zu einem Teil gerettete Nachlaß des schlesischen Zentrumsführers näheren Aufschluß über das enge Vertrauensverhältnis zwischen Windthorst und Porsch geben wird, ist fraglich. Einiges hat Porsch dazu in seinen Katholikentagsreden in Krefeld (1898) und in Osnabrück (1901) gesagt. In Aachen (1912) verglich er Windthorst mit Joseph von Görres. »Felix Porsch und die deutschen Katholikentage«, das ist ein so umfangreiches Thema, daß Alois Fürst zu Löwenstein ihm in der erwähnten Festschrift gleich einen ganzen Aufsatz widmen konnte. Es habe kaum einen Katholikentag zwischen 1872 und 1922 gegeben, so schreibt er dort, »in dessen Geschichte der Name Porsch nicht eingetragen wäre als der eines ernsten Arbeiters, glänzenden Redners und eines früh anerkannten Führers«. In den achtziger Jahren behandelte er die Probleme des Kulturkampfes sowie die soziale Frage. In Frankfurt/Main (1882) gelang es ihm, Bahnbrecher der damals noch jungen katholischen Sozialpolitik, wie Franz Hitze und P. Albert M. Weiß O. P., zusammenzuführen. Seit dem Trierer Katholikentag (1887) war es die »Römische Frage«, über die er später immer wieder referierte. »Mit Dr. Carl Bachem teilte er sich in den letzten Jahrzehnten fast ausnahmslos die Ehre, Wortführer der deutschen Katholiken bei deren alljährlichen Kundgebungen für die Rechte des Hl. Stuhles zu sein« (A. Fürst zu Löwenstein.)

Dreimal hat Porsch Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands präsidiert: 1892 in Mainz, 1904 in Regensburg und 1920 in Würzburg. Die zuletzt genannte Versammlung war eine Zusammenkunft der Delegierten katholischer Vereine mit öffentlichen Kundgebungen mehr lokaler Bedeutung, immerhin aber die erste Versammlung deutscher Katholiken nach siebenjähriger Unterbrechung durch den Ersten Weltkrieg. Schon deswegen sollte eine erfahrene, angesehene Persönlichkeit die Leitung übernehmen, eine – wie Fürst zu Löwenstein sich ausdrückte – »ganz große Kanone der Generalversammlungen«. Porschs intensive Teilnahme an den Katholikentagen über vier Jahrzehnte hindurch brachte es mit sich, daß nach Meinung Löwensteins »Dr. Porsch deren Tradition verkörpert wie ... kaum ein zweiter«.

Stiller, aber nicht weniger wichtig war seine Arbeit im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, dem er seit dessen Gründung im Jahre 1898 angehörte und zu dessen zweiten Vorsitzenden er 1920 nach dem Rücktritt des greisen Grafen Clemens Droste zu Vischering gewählt wurde. Trotz seiner kaum noch zu zählenden Ämter versäumte er nicht eine einzige Sitzung.

Überhaupt Porsch und die katholischen Vereine! Ehe man seine Mitgliedschaften alle aufzählt, sollte man wohl lieber fragen, welchem bedeutenden Verein er nicht angehörte! Da war zunächst der »Volksverein für das katholische Deutschland« in Mönchengladbach, dessen Mitglied er gleich bei der Gründung im Jahre 1890 wurde. (Dieser konnte übrigens in Schlesien kaum Fuß fassen, da Fürstbischof Kopp dessen politische »Kölner Richtung« ablehnte.) Dann ist der »Augustinus-Verein zur Pflege der katholischen Presse« zu erwähnen, in dessen Vorstand Porsch saß. An dem Namen dieses Vereins wird sich kaum ablesen lassen, welche große politische Bedeutung ihm zukam. Dem Augustinus-Verein war der »Verein der schlesischen Zentrumspresse« untergeordnet, an dessen Gründungsversammlung im November 1910 Porsch teilgenommen hatte. Auch im »Albertus-Magnus-Verein«, der sich die Förderung unbemittelter katholischer Studenten zum Ziel setzte, betätigte er sich. Und dann noch die Ämter in wirtschaftlichen Gesellschaften – auch hier ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Bank, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates sowohl der »Germania« als auch der »Schlesischen Volkszeitung«, die übrigens als einflußreichstes Zentrumsblatt des deutschen Ostens auch das Sprachrohr des schlesischen Zentrumsführers war.

Diesen und manchen anderen Gesellschaften und Vereinen gehörte Felix Porsch mehr oder weniger aus Pflicht oder auch aus Neigung an. In einem Verein aber war er mit ganzem Herzen dabei, nämlich im »Cartellverband der farbentragenden katholischen Studentenverbindungen«. Aus der dreibändigen Geschichte seiner Breslauer Korporation »Winfridia« oder der CV-Monatsschrift »Academia« kann man erfahren, mit welcher Liebe er an »seinem CV« hing. Hier lernte er schon in jungen Jahren referieren, diskutieren, führen, repräsentieren, all das, was er später so glänzend beherrschte. Hier fand er seine Freunde fürs Lebens, aber auch seine späteren politischen Mitstreiter.

VII

Felix Porsch hing an Breslau, an seiner schlesischen Heimat, so wie auch Trimborn und die Bachems ihre Treue zum Rheinland immer wieder be-

kundet haben. (Wie oft mußte das Zentrum auf die Heimatverbundenheit seiner Parteiführer, auf diesen »Partikularismus«, Rücksicht nehmen!) Es sei als »eine ganz sonderbare Fügung anzusprechen«, so sagte sein Parteifreund Dr. Joseph Heß in seiner Traueransprache, daß Porschs letzte große Rede im Parlament am 10. Mai 1921 sich »ausschließlich um hochpolitische Vorgänge in seiner engeren Heimat Oberschlesien drehte«. Energisch wandte sich der gebürtige Ratiborer im Abstimmungskampf gegen die von den Alliierten beabsichtigte Abtretung des größten Teiles Oberschlesiens an Polen.

Seinen gesunden Patriotismus bewies Porsch auch in der Rheinlandfrage. Am 8. Juni 1923 erklärte er im Landtag: »Jeder Versuch einer Loslösung rheinischen Landes vom Deutschen Reiche oder vom preußischen Staat ist für uns vollkommen indiskutabel.« Schon im Mai 1919 war er innerhalb wie außerhalb seiner Partei wegen seiner nationalen Einstellung aufgefallen, als er zusammen mit weiteren 14 prominenten katholischen Persönlichkeiten, darunter Gröber, Hitze und Mausbach, in zwei Manifesten im Namen des »Rechts, der christlichen Moral und der Kultur« gegen den Versailler »Gewaltfrieden« protestierte. Einer der beiden Aufrufe war an die »Katholiken der Welt« gerichtet.

Mit den Vokabeln »national, konservativ, christlich« – die Reihenfolge müßte eher umgekehrt sein – ist der Politiker Porsch so pauschal kaum zu kennzeichnen. Er war, von der Toleranz, einer typisch schlesischen Eigenschaft, geprägt, eher ein »Mann der Mitte«. Die Mittlerrolle innerhalb seiner Partei und andererseits auch zwischen den Parteien hatte er mit einem Landsmann im linken Lager, mit dem Sozialdemokraten Paul Löbe, gemein. Wennn man Porsch etwa mit Spahn, Erzberger, Fehrenbach oder Stegerwald vergleicht, dann wird deutlich, wie recht die »Handels-Warte« mit ihrem Urteil von 1923 hatte, Porsch sei derjenige Zentrumsführer, der »am wenigsten angegriffen worden« sei. Und sicher kam die schärfste Attacke auf ihn aus dem eigenen Lager, nämlich von Hans Graf v. Oppersdorff, der 1912 versuchte, an die Spitze des schlesischen Zentrums zu gelangen.

Porsch brauchte überhaupt nicht allzu viel zu kämpfen. Mit gutem Recht, so meinten seine Freunde, hieß er Felix, »der Glückliche«. Schon mit 26 Jahren war er Rechtsanwalt und Notar, mit 27 Stadtverordneter, mit 28 Mitglied des Deutschen Reichstags und mit 31 auch des Preußischen Abgeordnetenhauses. Er, der Schlesier, fand in einer begüterten Rheinländerin aus Eltville eine gute und verständnisvolle Lebensgefährtin, die ihn in seiner Karriere tatkräftig unterstützte. Seine finanzielle Lage erlaubte ihm ein sorgenfreies Leben. Freunde hatte er wie selten ein Politiker, Feinde nicht, und die Gegner achteten ihn. Abgesehen von dem Tod seiner Gattin (1925) blieben ihm schwere Schicksalsschläge erspart.

Porsch war im Grunde »eine lebensfrohe Natur, gesellig, mäßigen Trink- und Tafelfreuden zugewandt, ... ein gewandter und witziger Plauderer, der aber auch gut zuhören konnte ... Und doch blieb er immer distanziert, beinahe reserviert, ohne freilich damit irgendwie verletzend zu sein. Ihn umgab stets eine gewisse Würde, die Unnahbarkeit gewesen wäre, wenn er nicht ein im Grunde so gütiger Mensch gewesen. Es war die Distanziertheit eines überlegenen Geistes und Charakters, die Ehrfurcht einflößte« (L. Schwering).

Das glückliche, erfüllte Leben »verlosch wie eine ausgebrannte Kerze, langsam, aber sichtbar, für ihn selbst eine Last, für die Freunde ein schmerzlicher Anblick« (L. Schwering). Wenn auch Porsch nominell noch bis 1929/30 an der Spitze des preußischen Zentrums stand, so kann er, da seine geistigen Kräfte stark nachließen, für dessen Politik in den letzten fünf Jahren nicht verantwortlich gemacht werden. Aus Pietät ließen ihn seine Freunde weiter in der Führung, wohl zu lange. Erst auf dem vierten Parteitag des preußischen Zentrums im Mai 1930, sieben Monate vor seinem Tod, gab Porsch den Vorsitz ab. Er nahm seine Ämter und Mandate fast mit ins Grab und hatte so lange wie kein anderer deutscher Politiker in der parlamentarischen Arena ausgehalten.

Porsch starb am 8. Dezember 1930 in Breslau, wo er zum erstenmal öffentlich aufgetreten war, wo er promoviert und seinen Beruf ausgeübt hatte. Unter den Hunderten von Trauergästen im Breslauer Dom waren auch Vertreter der Katholisch-Theologischen Fakultät, die ihm – zusammen mit dem Kirchenhistoriker Ludwig Pastor – 1911 anläßlich ihres 100. Gründungstages die für einen Laien recht seltene Würde eines Dr. theol. h. c. verliehen hatte. (Nur diese eine der zahlreichen kirchlichen und weltlichen Ehrungen sei erwähnt.) Die Trauerrede hielt Kardinal Bertram.

Der an der Oder Geborene wurde im Rheingau beigesetzt. In Eltville war es der Limburger Bischof Antonius Hilfrich, der die Verdienste des Verstorbenen um die Kirche würdigte. Nicht weniger als weitere dreizehn Gedenkreden wurden am Grab des »Zentrumspatriarchen« gehalten. Porsch wollte neben seiner fünf Jahre zuvor gestorbenen Gattin bestattet werden. Wenn ein katholischer Politiker nach Ludwig Windthorst den Ehrentitel »defensor ecclesiae« (Verteidiger der Kirche) verdiente, dann dieser schlesische Zentrumspolitiker.

Walter Ferber

Hedwig Dransfeld (1871–1925)

I

Auf der Erfurter Tagung des »Evangelisch-Sozialen Kongresses« vom Juni 1895 gab es eine Sensation; stand doch u. a. »Die soziale Lage der Frau« auf der Tagesordnung und war doch dafür eine Frau als Rednerin vorgesehen. Das war damals in Deutschland – zumal in einem Kreise, in dem die alte Formel, daß die Frau in der Kirche schweige, noch in voller Geltung stand – etwas Unerhörtes; hatten doch Frauen bisher auf von Männern besuchten Tagungen nur innerhalb der Sozialdemokratie gesprochen. So war man sehr gespannt. Doch überraschte diese »Frauenrechtlerin« aufs angenehmste durch weibliche Anmut, frauliche Bescheidenheit, vollendete Diktion und klaren Intellekt. Die Rednerin war eine private Schülerin des Wirtschaftswissenschaftlers Gustav v. Schmoller (1838–1917) und Verfasserin einer Broschüre »Das Universitätsstudium der Frau« (1891): Elisabeth Gnauck-Kühne (1850–1917).

Von der Schöpfungsordnung ausgehend, traf sie in ihrem Referat eine Wesensbestimmung der Frau, nach der diese dem Manne »nicht gleichartig, aber gleichwertig« sei; auch sie habe Anspruch auf persönliche Entfaltung. Zur sozialen Lage der Frauen aber vertrat sie, die selber längere Zeit inkognito in einer Fabrik gearbeitet hatte, die Ansicht, daß die Arbeiterinnen in unvorstellbarer Weise ausgebeutet, die bürgerlichen Frauen jedoch weitgehend zu unfreiwilligem schöngeistigen Müßiggang verurteilt seien; denn die Zugänge zu verantwortlicher geistiger Arbeit seien ihnen versperrt. So forderte Frau Gnauck-Kühne in ihrem Referat, die bürgerlichen Frauen möchten aus fraulicher und christlicher Solidarität ihren Kampf um Zulassung zu ordentlichen Studien und angemessenen Berufen mit dem der Arbeiterinnen um materielle Besserstellung verbinden.

Ihre Rede fand nach der Drucklegung in katholischen Kreisen gute Aufnahme. Insbesondere kam der österreichische Redemptorist Augustin Rösler in Kursen und Schriften auf sie zurück; und bald entwickelte sich eine Korrespondenz zwischen der Rednerin und dem Pater, die zunächst nur die Frauenfrage betraf, dann aber auch persönliche Dinge berührte;

im März 1900 trat Elisabeth Gnauck-Kühne zur katholischen Kirche über.
Seit ihrer Konversion beschäftigte sie die Idee einer katholischen Frauenbewegung, der sie sich zwar nicht als Führerin – dazu war sie zu introvertiert –, aber als wissenschaftliche Mitarbeiterin zur Verfügung stellen wollte. Als dann 1903 Minna Bachem-Sieger und andere den Katholischen Frauenbund Deutschlands mit Emilie Hopmann als Vorsitzender gründeten, wurde Elisabeth Gnauck-Kühne seine angesehene Programmatikerin. Ihr statistisch-soziologisches Buch »Die deutsche Frau um die Jahrhundertwende« (1904) wurde grundlegend, und ihre sozialpädagogische Schrift »Das soziale Gemeinschaftsleben im Deutschen Reich« (1909, 30. Auflage 1920) vermittelte vielen Sozialarbeiterinnen die Anfänge sozialer Bildung. Staatspolitisch dem »jungen Spahn« nahestehend, bekannte sie sich zu einer katholischen Version der preußisch-kleindeutschen Auffassung; so äußerte sie sich des öfteren, des Reiches Zukunft liege in einer Synthese aus »Köln und Potsdam«.

II

Noch aber fehlte dem Frauenbund die praktische Führerin von Rang, bis 1912 auf der Generalversammlung zu Straßburg die Schriftstellerin Hedwig Dransfeld zur 1. Vorsitzenden gewählt wurde.
Am 21. Februar 1871 zu Hacheney bei Dortmund als Tochter eines Oberförsters geboren, wurde sie schon mit acht Jahren Vollwaise. Zunächst von einer Großmutter erzogen, mußte sie nach deren Tod in ein Waisenhaus, wo man ihre Begabung entdeckte und sie nach Paderborn aufs Lehrerinnenseminar schickte. Dort aber erkrankte sie bald an Knochentuberkulose; der linke Arm mußte ihr abgenommen werden; dem Unterricht konnte sie nur noch gelegentlich beiwohnen; ihr Examen bestand sie auf dem Krankenbett. Vereinsamung und Schmerzen wurden ihr eine Willensschule, so daß ihre Persönlichkeit bald mehr noch als von reichem Gemüt und klarem Intellekt von eisernem Willen geprägt war. Zunächst nur Hilfslehrerin an der Höheren Mädchenschule des Ursulinenklosters in Werl, konnte sie dort – ohne Ordensschwester zu werden – zur Lehrerin und schließlich zur Leiterin der Seminarabteilung aufsteigen.
Auch trat sie literarisch hervor: Unter dem Pseudonym Angelika Harten veröffentlichte sie ihre ersten Gedichte und einige Mädchenbücher. 1903 erschien unter ihrem Namen eine Gedichtsammlung »Erwachen«, in deren Naturgedichten sie sich um die Nachfolge der Droste bemühte, wogegen die sozialen Gedichte bereits in der Vorhut von Heinrich Lersch

und Gerrit Engelke standen. Vom Arbeiterschicksal zunächst nur als Künstlerin ergriffen, begriff sie es bald auch als eine Lebensfrage für Kirche und Volk. So interessierten sie schon auf einer Italienreise nicht nur Kirchen und Kunstschätze, sondern auch die sozialen Zustände, und auf einer Englandreise widmete sie ihre Aufmerksamkeit vor allem der Gewerkschaftssache und der Settlementsbewegung.

Nach privaten geistesgeschichtlichen Studien wandte sich Hedwig Dransfeld der Publizistik zu. Sie wurde Mitarbeiterin der seit 1902 vom Deutschen Caritasverband herausgegebenen Zeitschrift »Die Christliche Frau« und übernahm 1905 deren Redaktion (bis 1914). Sie schrieb Leitartikel über soziale und pädagogische Themen, Reisebeschreibungen und Reportagen; nicht zuletzt aber widmete sie sich der anspruchsvollen weltanschaulichen Auseinandersetzung.

Wichtig wurde für sie das Jahr 1912. Ende Februar fand in Berlin eine Tagung des Bundes deutscher Frauenvereine statt, die Ziele und Bedeutung der Frauenbewegung Deutschlands in großen Versammlungen und in einer vielseitigen Ausstellung veranschaulichte. Ein Abend war dem Thema »Die Frau und das kirchliche und religiöse Leben« gewidmet; es sprachen eine Protestantin, eine Katholikin, eine Jüdin; das katholische Referat hielt H. Dransfeld. In einer Zeit des Fortschrittstaumels wies sie darauf hin, daß technisch-wirtschaftlicher Hochstand und Kulturhöhe nicht identisch seien. »Man mag mit dem lenkbaren Luftschiff den Montblanc überfliegen, aber die Höhen des Geistes erreicht man mit ihm nicht.« Dazu gehöre mehr: nämlich Höhenflug der Seele aus empfundener und erlebter Religion. Dann sprach sie von Bindung und Freiheit in der katholischen Kirche, von der Vielfalt kirchlicher Frauentätigkeit und betonte auch die Bedeutung der Ordensfrauen. Diese Darlegungen aber verband sie mit dem Ausdruck der Ehrfurcht vor den Andersdenkenden; sie schloß: »Wenn ich einen Glauben hätte, der Berge versetzen könnte, hätte aber die Liebe nicht, so wäre ich nichts.«

Im September des gleichen Jahres versuchte sie in einem Vortrag beim Eucharistischen Kongreß in Wien so bedeutende geistige Gestalten des Mittelalters wie Hildegard von Bingen, Mechthild von Magdeburg, Mechthild von Hackeborn, Gertrud die Große und Katharina von Siena breiteren Schichten nahezubringen; nicht zuletzt um zu zeigen, daß wissenschaftliche Bildung und politisches Wirken der Frauen nicht erst seit dem Liberalismus und Sozialismus datieren, daß ferner solches Frauenwirken mit tiefer Religiosität vereinbar sein kann. So hob sie bei Katharina hervor, diese bedeutende Kirchen- und Staatspolitikerin habe die Geschäftigkeit der Welt nie über die feste Umfriedung ihrer innersten Seele branden lassen, sich dort tiefe Gottesstille bewahrt.

III

Stille und Eingezogenheit liebte auch Hedwig Dransfeld; doch ging auch an sie der Ruf ins öffentliche Leben. Im Oktober 1912 wurde sie, wie erwähnt, hauptamtliche Vorsitzende des Katholischen Frauenbundes. Bisher nur literarisch und publizistisch tätig gewesen, entfaltete sie nun beachtliche ökonomische, administrative und organisatorische Fähigkeiten. Sie ordnete die Finanzen des Frauenbundes, rationalisierte seine Verwaltung, gründete viele Zweigvereine sowie die wichtigsten Bezirkssekretariate. In ihrer Arbeit mußte sie den Kampf aufnehmen gegen die Bestrebungen einiger weiblicher Standesvereine und des Mönchengladbacher Volksvereins, die ihrem »Damenverein«, wie sie den Frauenbund nannten, durch Mitgliederabwerbungen, Konkurrenzzeitschriften und staatsbürgerliche Kurse den Boden zu entziehen versuchten. So veröffentlichte sie 1913 im Juliheft der »Christlichen Frau«, der soeben zum offiziellen Organ des Katholischen Frauenbunds gewordenen Zeitschrift, eine Klarstellung, in der es u. a. hieß:

»Man hat den Katholischen Frauenbund ... einen ›Damenverein‹ genannt und die von ihm vertretene Organisationsarbeit eine ›bürgerliche Frauenbewegung‹. Er hat nie verfehlt, mit Klarheit und Entschiedenheit beide Bezeichnungen zurückzuweisen und darauf aufmerksam zu machen, daß man eine Methode, eine taktische Form mit dem Inhalt der Bewegung verwechsle. Daß jene Form die richtige war, hat der Verlauf der Propagandatätigkeit erwiesen, welche grundsätzlich von oben nach unten dringt. Der Katholische Frauenbund sucht zuerst die Frauen der höheren Stände für die Ideen der katholischen Frauenbewegung zu gewinnen; und indem er sie immer fester an die von ihm vertretene Sache kettet, schärft er gleichzeitig ihren Blick für die Bedürfnisse der Gegenwart und weckt in ihrer Gesinnung die großen sozialen Impulse, die sowohl von unserer religiösen Weltanschauung wie auch vom modernen Zeitgeist in so reichem Maße gefördert werden ... Und so dringt der Katholische Frauenbund, während er immer darauf bedacht ist, seinen Besitzstand unter den gebildeten Frauen nicht zu verlieren, durch sie und mit ihnen ins Volk ... Umgekehrt, von unten nach oben, wäre der Weg nicht gangbar gewesen.«

Darauf entwickelte sie einige »Leitsätze«, in denen es u. a. hieß: »Der Katholische Frauenbund führt seine erwerbstätigen Mitglieder grundsätzlich den entsprechenden Standesvereinen zu, aber ohne sie aus den eigenen Reihen auszuschließen ... Er hält es ... für seine dringende Pflicht, ... alle katholischen Frauen, auch die erwerbstätigen, auf den Wert einer allgemeinen Organisation hinzuweisen und in bescheidener und vornehmer Weise ... das herauszustellen, was er neben den Standes-

vereinen den Frauen der Arbeit zu bieten hat... Die staatsbürgerliche und sozial-politische Schulung der Frauen sollte von den allgemeinen weiblichen Bildungsaufgaben nicht getrennt werden...«
War der Frauenbund bislang in der Tat fast nur auf die Kreise gebildeter Frauen beschränkt, so trug Hedwig Dransfeld ihn nun auch ins einfache Volk; ihr Eifer für die Frauensache, ihr Ruf als soziale Dichterin, aber auch ihre tapfer ertragene Invalidität hatten eine Strahlungskraft, der sich auch die Arbeiterinnen nicht entziehen konnten. Freilich mußte eine so bedeutende Persönlichkeit an der Spitze des Bundes zu einer gewissen Zentralisierung führen; doch freute sich auch die Bundesvorsitzende aufrichtig über den gesunden Eigenwuchs jener Landesverbände, die – wie vor allem Bayern mit Ellen Ammann – selber eine profilierte Führerin hatten.

IV

Ein bedeutendes Ereignis auf dem Lebensweg von Hedwig Dransfeld und in der Geschichte des Frauenbundes wurde die Generalversammlung von 1916; konnte sie doch im Gebäude des Reichstags stattfinden. Der sozialdemokratische »Vorwärts« berichtete darüber:
»Die Bundesratstribüne war bei der Eröffnung voll von Vertretern hoher und höchster Herrschaften und der Behörden. Als Stellvertreterin der Kaiserin nahm die Kronprinzessin an den Verhandlungen des ersten Tages teil. Wann wäre je einer Frauenorganisation eine solche Würdigung zuteil geworden? Die Vorsitzende konnte stolz sein auf die Beachtung, die man ihrer Organisation schenkte ... Außer der Kronprinzessin konnte sie begrüßen den Grafen Lerchenfeld als Vertreter der Königin von Bayern, den Fürstbischof von Breslau, die Vertreter des Reichskanzlers, des Staatssekretärs des Innern, der Preußischen Staatsminister...; nicht zu vergessen den Präsidenten des Reichstags, der sonderbare Gefühle gehabt haben mag, daß eine Frau – man denke: eine Frau – von seinem Platze mit soviel Schwung und Begeisterung die Versammelten anredete... Die Bedeutung des Kongresses liegt... in der Aufnahme, die er bei den Behörden und den Vertretungen des Reiches gefunden hat. Hier hat der Frauenbund eine Vormachtstellung in der bürgerlichen Frauenbewegung gewonnen, die er sich so leicht nicht streitig machen lassen wird.«
Im folgenden Jahre erzielte Hedwig Dransfeld noch einen bedeutenden publizistischen Erfolg. Wie auch immer man heute zu kontroverstheologischen Diskussionen steht, die sich primär kultureller Argumente bedienen, ihr im November/Dezemberheft der »Christlichen Frau« erschienener Aufsatz »Katholischer Geist«, eine Erwiderung auf einen Essay

»Protestantischer Geist«, den Gertrud Bäumer im Oktoberheft der Zeitschrift »Die Frau« veröffentlicht hatte, zeigte Format. Sie hielt sich stilistisch durchaus auf der Höhe der blendenden Formulierungskunst der Bäumer und wies ihr an mehreren Beispielen nach, daß sie den katholischen Geist noch zu wenig kenne, um einen als Antithese gedachten protestantischen angemessen aufzeigen zu können.

Schon früh sympathisierte Hedwig Dransfeld mit dem Frauenstimmrecht, ohne freilich den Frauenbund schon damals in dieser Frage engagieren zu wollen. Immerhin informierte sie bereits 1906 in einem Leitartikel der »Christlichen Frau« – einer Besprechung des Buches »Das Frauenwahlrecht« von Eliza Ichenhäuser sowie der Stimmrechtsdebatten des Reichstags vom 7. Februar und des Londoner Unterhauses vom 25. April 1906 – ihre Leserinnen eingehend über dieses Thema. Und gerne berichtete sie in den folgenden Jahren über jedweden Fortschritt in dieser Frage. So war sie beim Umsturz von 1918 nicht unvorbereitet.

Bereits zum 22. November lud sie Vertreterinnen sämtlicher katholischer Frauenorganisationen nach Köln zu einer politischen Beratung ein. Es kam zur Abfassung von »Leitsätzen«, die von der »sofortigen Wiederherstellung der Gesetzmäßigkeit und Ordnung im Innern unseres Vaterlandes durch Schaffung einer neuen Verfassung« über die »verfassungsrechtliche Sicherung der Kirche in ihrem Verhältnis zum Staat« bis zur »Erhaltung des Privateigentums im Sinne unbedingter Überordnung des Gemeinwohls über das Einzelwohl« reichten. Ferner wurden gefordert das »aktive und passive Frauenwahlrecht im Reich, in den Bundesstaaten und in der Gemeinde«, eine »vermehrte Mitarbeit der Frauen in der Verwaltung, auch an leitender Stelle«, der »Ausbau der bürgerlich-rechtlichen Stellung der Frau in der Familie« und die »Freiheit des akademischen Frauenstudiums und jeglicher weiblicher Berufsvorbildung«.

In einem Leitartikel »Der Eintritt der katholischen Frauen in die Politik«, erschienen im November/Dezemberheft 1918 der »Christlichen Frau«, in dem sie über die Kölner Beratungen berichtete und die »Leitsätze« erläuterte, erklärte sie sodann: »Alle Beratungen steuerten schließlich einem ganz bestimmten Ziele zu: die katholischen Frauen dem Zentrum zuzuführen«.

V

Mit Eifer stürzte sich Hedwig Dransfeld um die Jahreswende 1918/19 in den Wahlkampf zur Nationalversammlung; sie wirkte nicht nur als zündende Rednerin und überzeugende Texterin, sondern leistete auch bedeutende Organisationsarbeit. Unter ihrer Führung entfaltete die Köl-

ner Zentrale des Katholischen Frauenbundes große politische Aktivität: Sie veranstaltete Kurse für die Wahlarbeit, vermittelte Rednerinnen, versandte Broschüren und Flugblätter. Der Erfolg blieb nicht aus; die für das Zentrum abgegebenen Frauenstimmen überwogen die Männerstimmen für die Partei bei weitem, auch bei den späteren Wahlen.

In die Weimarer Nationalversammlung (Wahlkreis Düsseldorf) sowie in die Preußische Landesversammlung gewählt, trat Hedwig Dransfeld dort nicht merklich hervor; fehlten ihr doch für eine führende Rolle in verfassunggebenden Organen die besonderen staatsrechtlichen Kenntnisse. Auch ging es ihr schon von Beginn ihrer parlamentarischen Tätigkeit an um die Entwicklung eines fraulichen Stils dieses Wirkens: möglichste Beschränkung auf die Arbeit in der Fraktion und den Ausschüssen bei tunlichster Konzentration auf frauenrechtliche, kulturelle und fürsorgerische Themen.

In einem Referat »Die Frau in der Zentrumspartei«, gehalten am 21. Januar 1920 auf dem ersten Reichsparteitag des Zentrums in Berlin, legte sie nicht zuletzt diese Auffassung dar. Der Reichsparteitag einer Partei, deren Stärke vor allem auf ihren Frauenstimmen beruhe, sollte das in etwa auch in seiner Zusammensetzung ausdrücken; das sei hier jedoch nicht der Fall: Es seien nur wenige Frauen delegiert worden. Aber auch unter den Fraktionen der Nationalversammlung rangiere das Zentrum, was den prozentuellen Anteil der Frauenmandate betreffe, nur an zweitletzter Stelle. Freilich wünsche auch sie nicht etwa die numerisch proportionale Beteiligung der Frauen in den Parteigremien und an den Parteimandaten; denn die grundsätzliche Forderung der politischen Gleichberechtigung der Frau dürfe jene natürliche Arbeitsteilung nicht verletzen, nach der dem Manne in der Regel der mehr öffentliche, der Frau der mehr familiäre Wirkungskreis zugewiesen sei. Jedoch sei der sachlich proportionale Anteil der Frauen unerläßlich: Er müsse doch zumindest so groß sein, daß alle mehr der Frau zugewiesenen Sparten der Politik auch zuständig gepflegt werden könnten.

Den damals zur Erringung von mehr Frauenmandaten mancherorts diskutierten Vorschlag, bei den Wahlen für die einzelnen Parteien gesonderte Frauenlisten aufzustellen, lehnte Hedwig Dransfeld ab, da sie zu Spaltungen führen könnten. Daher empfahl sie, einerseits Gründungen autonomer Frauenabteilungen der Partei grundsätzlich nicht zu gestatten, andererseits jedoch – und das allerdings sei unerläßlich – den Frauen eben einen größeren Anteil an Mandaten einzuräumen. Eine fallweise interfraktionelle Zusammenarbeit der weiblichen Abgeordneten durchaus bejahend, warnte sie jedoch vor den überparteilichen Arbeitsgemeinschaften für staatsbürgerliche Frauenbildung; die politische Schulung der Zentrumswählerinnen bedürfe eines weltanschaulichen

Fundaments und müsse in ein konkretes Programm, eben in das Parteiprogramm, einmünden.
Im Reichstag, dem Hedwig Dransfeld seit 1920 (Reichswahlvorschlag) angehörte, trat sie nur einigemal – z. B. 1922 zur Frage der unehelichen Mutterschaft und zur Kleinrentnerfrage – als Rednerin auf, machte aber dann durch ihre ausgewogenen Darlegungen aufhorchen. Sehr interessierte sie, die schon während des Krieges den Bau einer Frauen-Friedenskirche in Frankfurt a. M. angeregt hatte – die vier Jahre nach ihrem Tode eingeweiht werden konnte –, der Fragenbereich der internationalen Verständigung; so engagierte sie nun auch den Frauenbund auf diesem Arbeitsfeld. Auf ihre Anregung wurde er Mitgründer der »Internationalen Katholischen Vereinigung für Sozialarbeit«.

VI

Im Oktober 1920 mußte sich Hedwig Dransfeld wieder einer Operation unterziehen, die jedoch ihren Krankheitsprozeß nicht aufzuhalten vermochte. Immer wieder raffte sie sich auf – im schlimmen Inflationsjahr 1923 unternahm sie sogar zusammen mit Helene Weber (1881–1962) eine Bettelreise in die Vereinigten Staaten –, aber stets gab es Rückfälle; und vor Weihnachten 1924 wurde sie sich dessen bewußt, daß sie nur noch wenige Wochen leben werde. Sie starb am 31. März 1925 in Werl.
Mit ihr verlor der deutsche Verbandskatholizismus der zwanziger Jahre eine seiner profiliertesten Persönlichkeiten. »Sie war«, hieß es in einem Nachruf des Frauenbunds, »der Schwung unserer Gemeinschaft; sie das Geheimnis, das die Jugend anzog ... Sie hat den Bund übernommen mit 72 Zweigvereinen und 36 000 Mitgliedern, heute zählt er 240 000 Bundesschwestern in 950 Zweigvereinen.«
Wie Elisabeth Gnauck-Kühne ging auch Hedwig Dransfeld in der Frauenfrage von der These aus, daß die Frau dem Manne »nicht gleichartig, aber gleichwertig« sei. So suchte und schuf sie einen Stil auch des parlamentarischen Frauenwirkens, der dieser Andersartigkeit gerecht werde: Bei aufmerksamstem allgemeinen Interesse für die staatspolitischen Fragen möge die Abgeordnete ihr besonderes jedoch denen des Ehe- und Familienrechts, der Jugenderziehung, der Sozialarbeit und des Frauenbildungswesens zuwenden. Die Mitarbeit der Frau in Politik und Rechtswesen sei schlechthin notwendig; aber nicht, um die Frauen den Männern anzugleichen, sondern »um auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ... die männliche und die weibliche Seite der Menschheit zur Geltung zu bringen«.

Josef Becker

Konstantin Fehrenbach (1852–1926)

Konstantin Fehrenbach zählt zu jenen Gestalten der jüngeren deutschen Geschichte, in denen – über die Bruchlinien des Jahres 1918 hinweg – die politische Kontinuität von der Hohenzollern-Monarchie zur Weimarer Republik ihre Verkörperung findet: Der Freiburger Rechtsanwalt war in der Schlußphase des Ersten Weltkriegs der letzte Präsident des kaiserlichen Reichstags; im Frühjahr 1919 machten ihn das Vertrauen der Fraktionen und die parlamentarische Schlüsselposition der Zentrumspartei zum Präsidenten der Weimarer Nationalversammlung; seit 1917 war Fehrenbach (neben dem schwäbischen Demokraten Friedrich v. Payer) Kandidat der Reichstagsmehrheit für das Amt des Reichskanzlers (bzw. Vizekanzlers); 1920 eröffnete er im Alter von 68 Jahren jene Reihe der Reichskanzler, welche der politische Katholizismus im kommenden Jahrzwölft stellte.

I

Nichts in der Herkunft Fehrenbachs deutete auf die politische Karriere hin, die er in seiner badischen Heimat und im Reich einschlagen sollte. Als Sohn eines Volksschullehrers wurde er am 11. Januar 1852 in dem kleinen Ort Wellendingen bei Bonndorf im Hochschwarzwald geboren. Kleinbürgerlich-katholische Familienverhältnisse und dörfliches Sozialmilieu schienen die berufliche Laufbahn des überdurchschnittlich begabten Jungen vorzuzeichnen. Gefördert vom Ortspfarrer, trat Fehrenbach 1865 in das erzbischöfliche Knabenkonvikt in Freiburg im Breisgau ein und begann an der dortigen Universität auch das Studium der Theologie (1871). Gymnasial- und Studienzeit fiel in das bewegte Jahrzehnt von Reichsgründung und Kulturkampf; eine Aversion gegen das, was man seit den 1860er Jahren preußischen Militarismus nannte, ein positives Verhältnis zur nationalen Machtentfaltung im neuen Reich, ein durch die Grenzlage seiner badischen Heimat verstärktes Gegensatzbewußtsein zum französischen Nachbarn und der Gedanke großdeutscher Zusammengehörigkeit, der von fortlebenden Traditionen des ehemals vorderösterreichischen Breisgau wachgehalten wurde, mögen in den Eindrücken und

Erlebnissen dieser Jugendjahre in einer Zeit politischer Umwälzungen von historischer Tragweite ihre Wurzeln haben.
1874, auf dem Höhepunkt des badischen Kulturkampfs, brach Fehrenbach das Studium der Theologie ab. Es war das Jahr, in dem die badische Regierung das »Kulturexamen« der Theologen von 1867 so verschärfte, daß in Zukunft den Jungpriestern im Großherzogtum die öffentliche Ausübung aller kirchlichen Funktionen untersagt blieb. Es scheint allerdings, daß Fehrenbachs neues Berufsziel nicht direkt mit dieser kirchenpolitischen Entwicklung zusammenhing; sein jüngerer Parteifreund Heinrich Köhler schrieb später, es sei ein »heißes Frauenherz« gewesen, das Fehrenbach zum Wechsel in die juristische Fakultät veranlaßte.
Fehrenbachs beruflicher Lebensweg zeigt danach eine geradlinige Konsequenz. Der Jura-Student, dem die Mitgliedschaft in der exklusiven CV-Verbindung »Hercynia« den Weg in die bürgerlichen Honoratiorenkreise Freiburgs öffnete, legte 1879 sein erstes juristisches Staatsexamen ab und heiratete im gleichen Jahr in Freiburg die Tochter eines Rechtsanwalts. 1882, nach dem zweiten juristischen Staatsexamen, konnte Fehrenbach in der Münsterstadt eine eigene Anwaltspraxis eröffnen. Er wurde bald zu einem der gesuchtesten Strafverteidiger. Seine Plädoyers, so rühmt ein Nekrolog, seien »oft Meisterwerke gerichtlicher Beredsamkeit« gewesen, und bis zur Jahrhundertwende sei der Freiburger Advokat »zum ersten forensischen Redner Deutschlands« herangewachsen (K. Görres).
Es sollte allerdings über ein Jahrzehnt dauern, ehe sich die Wirksamkeit Fehrenbachs über die behäbige oberrheinische Bischofsresidenz und die engeren Grenzen seiner badischen Heimat hinaus ausweitete. Das politische Interesse hatte sich zunächst auf der kommunalen Ebene artikuliert und hier eine erste Befriedigung gefunden: Mit knapp dreißig Jahren wurde der junge Rechtsanwalt Mitglied des Freiburger Bürgerausschusses, 1884–1895 war er Stadtverordnetenvorsteher und stellvertretender Oberbürgermeister, danach bekleidete er (bis zur Reichskanzlerwahl 1920) das Amt eines Stadtrats und seit 1896 auch das eines Kreisabgeordneten. Mitgliedschaft und Vorsitz im Freiburger Münsterbauverein und Männergesangverein entsprachen ebensowohl persönlichen Neigungen wie dem Lebens- und Geselligkeitsstil der bürgerlich-akademischen Honoratiorenschicht einer süddeutschen Mittelstadt.

II

Fehrenbachs eigentliche politische Laufbahn begann 1901 mit der Wahl zum Freiburger Abgeordneten für die Zweite badische Kammer. Ein früherer Anlauf – während der Sitzungsperiode 1885–1887 – hatte in der

Krise der Katholischen Volkspartei (der Vorläuferin des erst 1888 gegründeten badischen Zentrums) mit der landespolitischen Resignation geendet: In den heftigen innerparteilichen Kontroversen über die Politik beim schleppenden Abbau des Kulturkampfs im Großherzogtum – Richtungskämpfe, die auf regionaler Ebene die fundamentalen Gegensätze zwischen Windthorst und Bischof Kopp spiegelten – optierte Fehrenbach gegen den Befürworter des harten Kurses, Theodor Wacker, für den Verfechter einer regierungsfreundlichen Kompromißlinie, Franz Xaver Lender. Als der renommierte Freiburger Rechtsanwalt 1901 (wohl nicht ohne das stille Einverständnis des neuen Erzbischofs Nörber) in den Landtag zurückkehrte, bahnten sich in der Landespolitik eine Entwicklung und in der Zentrumsfraktion ein Revirement an, welche die Stunde Fehrenbachs herbeiführen sollten. Ein neues, freikonservativ getöntes Ministerium Brauer/Dusch weckte Hoffnungen auf kirchenpolitische Kompensationen für eine moderierte Haltung der Zentrumsopposition; der Parteivorsitzende Wacker, der sich wegen seiner scharfen Kampfesführung beim Großherzog mißliebig gemacht hatte, schied 1903 aus dem Parlament aus. Seine Nachfolge in der Leitung der Landtagsfraktion übernahm Konstantin Fehrenbach.

Diese rasche Karriere in der Fraktion illustriert das Funktionieren der Mechanismen einer Honoratiorenpartei, in welcher der Akademiker eine natürliche Vorrangstellung einnahm. Das Schwergewicht von Fehrenbachs Tätigkeit als Fraktionschef lag nicht in der Alltagsarbeit der Partei im Lande oder bei der Kleinarbeit im Parlament; sie bildeten weiterhin das Hauptfeld von Theodor Wacker, der den Parteivorsitz beibehielt, und einigen aktiven Vertretern des Parteinachwuchses wie Joseph Schofer und Heinrich Köhler. »Constantin der Große«, wie man den Fraktionschef doppelsinnig – wegen seiner imposanten Statur und seiner Rolle in der Partei – nannte, widmete sich in erster Linie den großen Fragen der Landespolitik und repräsentativen Funktionen, bei denen sein Talent zu pathetischer und populärer, humorvoller und gelegentlich melodramatischer Rhetorik besonders zur Geltung kommen konnte. 1905 nominierte ihn die Zentrumsfraktion als Kandidaten für das Amt des Kammerpräsidenten; die Wahl scheiterte damals an den Stimmen des liberal-sozialen Blocks. Erst 1907/08, als wegen personeller Differenzen zwischen den Nationalliberalen und Sozialdemokraten keine Einigung unter den Großblockparteien zustande kam, konnte Fehrenbach – wie es parlamentarischem Usus entsprach – als Vertreter der mandatsstärksten Landtagsfraktion und als erster Repräsentant des Zentrums das Präsidium der Zweiten Kammer übernehmen. Als sich 1909 die Großblockparteien erneut über den Kammerpräsidenten verständigten, hat Fehrenbach die Annahme der Wahl zum Vizepräsidenten abgelehnt.

III

Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die kirchenpolitischen Erwartungen, welche mit den landespolitischen Revirements 1901–1903 verbunden waren, bereits als illusionär erwiesen. Fehrenbach bekannte sich (mit seiner Partei) zwar programmatisch zum überkommenen konstitutionellen System der »Regierung über und neben den Parteien« und lehnte damit einen Machtanspruch seiner Partei wie das Ziel der Parlamentarisierung ab; aber weder diese konservative Programmatik des verfassungspolitischen status quo noch die Abstinenz von kirchenpolitischen Initiativen zur Revision der überständigen badischen Kulturkampfgesetzgebung trugen Früchte. Bereits im Sommer 1904 mußte Fehrenbach in einer kulturpolitischen Landtagsdebatte feststellen, daß die Nationalliberalen seinem gemäßigten Kurs offensichtlich das gleiche Schicksal bereiteten wie Mitte der 80er Jahre der Kompromißpolitik Lenders. In den folgenden Jahren hat Fehrenbach die gegen den Großblock gerichtete konservative Sammlungspolitik des Zentrums vor allem gegen die Sozialdemokraten und die kulturkämpferischen Jungliberalen akzentuiert, ohne bei diesen Auseinandersetzungen in der vordersten Front zu stehen.

Fehrenbachs allmählicher Rückzug aus der Landespolitik stand auch im Zusammenhang mit der Verlagerung des Schwerpunkts seiner politischen Tätigkeit auf die Reichsebene. 1903 übernahm er ein Reichstagsmandat für den Wahlkreis Ettenheim/Lahr/Wolfach/Kenzingen. 1907 präsidierte er dem Würzburger Katholikentag und begründete hier mit einer vielbejubelten Ansprache seinen Ruf als einer der besten Redner des katholischen Deutschland. Eine Rede war es auch, die Fehrenbach kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs ins Rampenlicht der politischen Öffentlichkeit des Reichs rückte: Anläßlich der Reichstagsdebatte über den Zabern-Zwischenfall, der in der letzten großen Verfassungskrise des Reichs vor 1914 das Verhältnis von militärischer und ziviler Gewalt und letztlich die Frage der Parlamentarisierung der Monarchie auf die Tagesordnung setzte, rief Fehrenbach am 3. Dezember 1913 mit einer rhetorischen Improvisation, die durch die schneidende Arroganz des Kriegsministers Falkenhayn provoziert worden war, immer wieder »stürmisches Bravo und Händeklatschen« vom Zentrum bis zur SPD hervor. Fehrenbach sprach im Hinblick auf die Mißachtung der Militärs und des Kriegsministers für die zivile Gewalt und den Reichstag von einem »dies ater« des deutschen Parlaments und sagte im Höhepunkt seiner Rede das »finis Germaniae« voraus, wenn das Militär »ex lex« gestellt und die Zivilbevölkerung seiner Willkür preisgegeben werde.

Die Zabern-Debatte war einer der großen, aber folgenlosen Tage des kaiserlichen Reichstags. Fehrenbach hatte daran in einem doppelten Sinne

Anteil: Er hatte sich mit seiner Anklagerede zum beredten Dolmetsch populärer Gefühle und verbreiteter, speziell süddeutscher Aversionen gegen den preußischen Militarismus gemacht; er zielte aber mit seiner Aktion (in Übereinstimmung mit seiner Partei) nicht konsequent auf die Parlamentarisierung des Reichs und zog damit nicht jene verfassungspolitischen Folgerungen, welche die Krise des monarchischen Konstitutionalismus forderte. Für Fehrenbach persönlich war das Eingreifen in die Reichstagsdebatte von weitreichender Bedeutung: der stimm- und wortgewaltige Verfechter der zivilen Rechte und parlamentarischen Interessen, der in seiner Heimat zur konservativen Gruppe seiner Partei zählte, hatte jetzt im Reich Profil gewonnen als einer der Hauptvertreter des süddeutsch-demokratischen Flügels des Zentrums; seit der Zabern-Debatte galt er als einer derjenigen Parlamentarier, die für höhere Aufgaben qualifiziert waren.

IV

Der Erste Weltkrieg, dessen Ausbruch Fehrenbach wie die Mehrheit der Deutschen (ohne Einsicht in die Risikobereitschaft der Reichsleitung und die Präventivkriegspläne des Militärs) auf alliierte »Einkreisungspolitik« zurückführte und dessen Verlauf er mit patriotischen Hoffnungen verfolgte, hat den badischen Politiker in den Mittelpunkt parlamentarischer Entscheidungen gestellt. Das ausgleichende Temperament des älteren Parlamentariers, seine Vermittlerfähigkeiten, die herausragende Position, die er persönlich in seiner Fraktion und die seine Partei im Parallelogramm der parlamentarischen Kräfte einnahmen, führten Fehrenbach im Sommer 1917 als Nachfolger Peter Spahns an die Spitze des Hauptausschusses des Reichstags und schließlich als Nachfolger Payers im November 1917 in die Leitung des Interfraktionellen Ausschusses jener Parlamentsmehrheit, die am 19. Juli 1917 die berühmt gewordene, aber vergebliche Resolution zugunsten eines Verständigungsfriedens verabschiedet hatte.

Fehrenbach war damit Mitglied jener beiden Gremien, in denen sich das Parlament in der kritischen Schlußphase des Weltkriegs zum eigentlichen Gegengewicht gegen die Oberste Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff konstituierte und die Reichstagsfraktionen die späte Wende zur parlamentarischen Monarchie im Oktober 1918 vorbereiteten. Der Freiburger Rechtsanwalt hat allerdings die bedeutenden politischen Einflußmöglichkeiten, die ihm zugewachsen waren, nicht im Sinne eines persönlichen politischen Führungsanspruchs genutzt. Treibende Kraft aus seiner eigenen Partei im Hauptausschuß wie im Interfraktionellen Ausschuß war der dynamisch-agile Erzberger, dem der ältere Fehrenbach

den Weg offen ließ und den er gegenüber Kritik und Angriffen aus den eigenen Reihen wie aus den anderen Parteien verteidigte. (Erst später rückte er von Erzberger ab und sprach sich schließlich 1921 gegen dessen Rückkehr in die Politik aus.) Welches persönliche Ansehen Fehrenbach sich durch seine Amtsführung erworben hatte, beweist die Tatsache, daß die Reichtagsmehrheit ihn (neben Payer) für das Amt des Reichskanzlers zu nominieren gedachte, wenn der Kaiser die Parteien zu einem entsprechenden Vorschlag aufforderte.

Aktuell wurde diese Nomination im Spätsommer 1918. Fehrenbach hatte Anfang Juni 1918 das Reichstagspräsidium übernommen, das er als sein letztes Amt bezeichnete. Die Kanzlerschaft hat er abgelehnt – offensichtlich im Bewußtsein der ungeheuren Schwere der Aufgaben, welche die Liquidation des Krieges und die verfassungspolitischen Probleme mit sich brachten. Möglicherweise hat bei dieser negativen Entscheidung auch seine Kenntnis der zielstrebigen Bemühungen einflußreicher Kreise in den Mehrheitsparteien mitgewirkt, den konservativ-liberalen Prinzen Max von Baden als Kanzler eines parlamentarischen Kabinetts zu präsentieren. Am 5. Oktober 1918 hat Fehrenbach – nicht ohne tiefe Bewegung über den symbolischen Gehalt dieses Akts – als »Sohn aus dem badischen Bürgerhaus« dem »Sohn des badischen Fürstenhauses« das Wort zu einer ersten Ansprache an den Reichstag erteilt.

Wenige Wochen später hatte sich die politische Szene mit dem endgültigen Eingeständnis der militärischen Niederlage und dem Sturz der Monarchie radikal geändert. Von dem Schock, den die sich überstürzenden Ereignisse auf den alternden Fehrenbach ausübten, vermitteln seine mit den Papieren der Regierung der Volksbeauftragten publizierten »Erinnerungen aus der deutschen Revolution 1918« nur einen schwachen Eindruck. Der Reichstagspräsident hatte die Auffassung vertreten, daß die Zentrumspartei sich in der Alternative »Kaiser oder Volk« auf die Seite des Volkes zu stellen habe, um den völligen Umsturz der monarchischen Ordnung zu verhindern. Die revolutionären Geschehnisse in Berlin haben aber derart die Vorstellungskraft Fehrenbachs überstiegen, daß er am 10. November 1918 die deutsche Hauptstadt in tiefster Depression verließ. »Finis Germaniae« war das entmutigende, unter kaum beherrschten Ausdrücken der Emotion vorgetragene Fazit seiner Stellungnahme im Zentralkomitee der badischen Zentrumspartei am 12. November.

V

Die Phase einer ratlosen Resignation hat Fehrenbach dann doch wieder rasch überwunden. Am 15. November 1918 kehrte er nach Berlin zurück

und bemühte sich, das Einverständnis der Volksbeauftragten für die Einberufung des Reichstags zu erlangen. Es war der Versuch, dem politischen Umsturz eine legale Basis zu verschaffen, die revolutionären Wellen einzudämmen und die außenpolitische Handlungsfähigkeit des Reichs sicherzustellen. Die Befürchtung des Reichstagspräsidenten, die Alliierten könnten die Legitimation der Volksbeauftragten nicht anerkennen, hat Erzberger geteilt und bestärkt; sie lag auch dem Drängen des Kölner Oberbürgermeisters Adenauer auf Einberufung des Parlaments zugrunde. Fehrenbach hat diese Bemühungen schließlich eingestellt. Sie scheiterten an dem Widerspruch Eberts, der im Ziel der Kanalisierung der Revolution mit Fehrenbach übereinstimmte, aber realistischer die Gefahren einschätzte, die mit der wahrscheinlichen Deutung des Zusammentritts des kaiserlichen Reichstags als eines Signals zur Konterrevolution verbunden waren. Die Tatsache, daß die Alliierten die revolutionäre Legitimation der Volksbeauftragten anerkannten, und die Festlegung eines frühen Termins für die Wahl der verfassunggebenden Nationalversammlung konnten dann auch die Bedenken des Präsidenten des letzten kaiserlichen Reichstags zerstreuen.

Nach der Konstituierung der Nationalversammlung in Weimar erhielt Fehrenbach Gelegenheit, jene Kontinuität zu personifizieren und zu wahren, um die es ihm in den Wochen des Umbruchs Ende 1918 ging. Aufgrund einer Vereinbarung der Parteien der Weimarer Koalition wurde Fehrenbach, der zunächst Vizepräsident der Nationalversammlung geworden war, am 11. Februar 1919 zu ihrem Präsidenten gewählt. Fehrenbach hatte in diesem Amt nicht allein die Beratungen über die neue Verfassung, sondern auch die aufs höchste erregten Diskussionen über die Annahme oder Ablehnung des Versailler Vertrags zu leiten. Der badische Zentrumspolitiker wäre kein Vertreter seiner in der Machtposition des Bismarck-Reiches aufgewachsenen Generation gewesen, wenn er die Auseinandersetzungen um das »Diktat« der Siegermächte nicht mit leidenschaftlicher Anteilnahme verfolgt hätte.

Er hatte – wie die Mehrheit seiner Partei – die Politik der Friedensresolution von 1917 mitgetragen; aber das Angebot zum Verständigungsfrieden war für Fehrenbach kein unbefristetes und vorbehaltloses gewesen, die Ablehnung von Annexionen nur eine bedingte, insofern sie Möglichkeiten von »Grenzkorrekturen« zur besseren Sicherung und Stabilisierung der europäischen Präponderanz des Reiches nicht ausschloß. Um so schwerer mußte es Fehrenbach fallen, das Ja zur Sanktionierung des Verlusts der Weltmachtposition zu sprechen. In seinem Schlußwort zu den ersten Verhandlungen der Nationalversammlung über den Versailler Vertrag hat Fehrenbach diesen Empfindungen Ausdruck verliehen und sich damit – ähnlich wie 1913 – wiederum zum Sprecher eines großen

Teils der Nation gemacht. Die entscheidenden Passagen seiner Stellungnahme und die Reaktionen des Plenums hält das amtliche Protokoll der Reichstagssitzung vom 12. Mai 1919 so fest:
»Wir hatten einen Frieden erhofft des Völkerbündnisses, der Völkervereinigung. Das ist keine Einleitung eines solchen Friedens, das ist die Verewigung des Krieges. (Lebhafte Zustimmung.) Und jetzt richte ich mich an unsere Feinde in einer Sprache, die auch sie verstehen: memores estote, inimici, ex ossibus ultor! (Anhaltendes stürmisches Bravo und Händeklatschen.) Wenn unsere Feinde es mit ihren Kindern und Enkeln gut meinen, dann besinnen sie sich noch einmal. Das hohe und niedere wurmstichige Treibholz bei uns wird rasch verschwinden, und je schneller es auf dem Pflaster zertreten wird und je rascher es in den Orkus fährt, desto besser für unsere Gesundung. (Bravo!) Aber auch in Zukunft werden deutsche Frauen Kinder gebären, und die Kinder, die in harter Fron aufwachsen, werden imstande sein, nicht nur die Hand zur Faust zu ballen, sie werden auch mit dem Willen erzogen werden, die Sklavenketten zu brechen und die Schmach abzuwaschen, die unserem deutschen Antlitz zugefügt werden will. (Anhaltender stürmischer Beifall und Händeklatschen.)«
Hatte Fehrenbach bei seiner Zabern-Rede den Applaus der Mitte und der Linken, so jetzt jenen der Rechten. Zeitgenössische Kritiker, die wie die Mitglieder der Reichsregierung vor allem die negativen außenpolitischen Rückwirkungen im Auge hatten, warfen Fehrenbach unpolitische Schönrednerei vor; sie zogen damit seine Qualifikation für das Amt des Präsidenten der Nationalversammlung in Frage, relativierten aber zugleich die Tragweite dieser Proklamation der nationalen Revanche-Idee. In der Tat geht in dieser Rede Fehrenbachs vieles auf das Konto wilhelminischer Rhetorik (nicht zuletzt der fragwürdig-pathetische Gestus der Kombination des klassischen Vergil-Zitats – »exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor« – mit durchschnittlichem Gymnasiallatein).
In ihrem Kern war diese Rede indessen weniger der Ausdruck konkreter politischer Programmatik als eines mangelnden Verständnisses für die epochalen Umwälzungen in den Machtkonstellationen Europas und der Welt, einer begrenzten Einsicht in die Bedingungen der deutschen Niederlage wie einer nur partiellen Bereitschaft, das Scheitern des »Griffs nach der Weltmacht« hinzunehmen. Insofern war der Reichstagspräsident lediglich Dolmetsch verbreiteter Defekte bürgerlich-nationaler Politik in der Weimarer Republik. Hier lagen Dispositionen für jene positive Resonanz, die Hitlers Außenpolitik im deutschen Bürgertum bis hin zum Sieg über Frankreich finden konnte, als sich die Revision von Versailles zu vollenden schien. Aber eine diabolische Größe wie Hitler war nicht der deutsche Clemenceau, den sich die Generation Fehrenbachs als

»Rächer« dachte, Hitlers Vernichtungskrieg nicht jene Revanche, die man sich in Analogie zur Haltung französischer Politiker nach 1870 vorstellte.

VI

Ein volles Jahr nach der Ratifikation des Vertrags von Versailles notierte der britische Botschafter in Berlin in seinem Tagebuch: Er halte Fehrenbach für einen »unbedingt ehrlichen alten Mann, der in jedem ernsten Notfalle den ganzen Einfluß, den er besitzt, einsetzen wird, um den richtigen Ausweg zu finden. Ich für mein Teil«, so fährt die Aufzeichnung d'Abernons fort, »habe immer, sooft ich zu ihm komme, das Gefühl, als wäre ich der verlorene Sohn, der in die segnenden Arme seines Vaters zurückkehrt, – so gütig, wohlwollend und väterlich wirkt er auf mich« (26. Oktober 1920). In diesen Eindrücken sind einige jener menschlichen Grundzüge Fehrenbachs festgehalten, die es verständlich machen, daß er nur wenige Gegner besaß und daß er für diejenigen, die mit ihm zusammenarbeiteten, zu einem »verehrungswürdigen Mann« (O. Geßler) werden konnte. Als d'Abernon seine Notiz niederschrieb, war der ehemalige Präsident der Nationalversammlung bereits zum vierten Kanzler der jungen Republik gewählt (25. Juni 1920). Nicht persönlicher Ehrgeiz hatte ihn doch noch in dieses Amt geführt, sondern das Gefühl, sich in einer schier ausweglosen personellen Situation dem Drängen seiner Parteifreunde und des Reichspräsidenten Ebert nicht entziehen zu können.

Fehrenbachs Kanzlerschaft war eine Verlegenheitslösung, sein Kabinett eine Übergangsregierung. Innenpolitisch markiert es insofern eine Etappe in der Entwicklung der Weimarer Republik, als es erstmals nur aus Mitgliedern bürgerlicher Parteien bzw. parteilosen Ministern zusammengesetzt war. Weder zur Regelung der Position der Reichswehr im Staat, ein Problem, das nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch vom Frühjahr 1920 vitale Bedeutung für die Weimarer Demokratie erlangen sollte, noch zur Eindämmung oder Bewältigung der Inflation gingen von der Reichsregierung Fehrenbach entscheidende Impulse aus. Das lag zum Teil an den strukturellen und personellen Schwächen dieses Minderheitskabinetts, zum Teil hing es mit der Außenpolitik zusammen, in deren Mittelpunkt die Reparationsfrage stand.

Fehrenbach war zwar im Prinzip bereit, den Weg der Erfüllungspolitik einzuschlagen, um die alliierten Reparationsforderungen als illusionär zu erweisen. Er wollte diesen Weg aber nur nach einer Verständigung über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Reichs gehen. Auf der Konferenz in Spa (5.–16. Juli 1920) hat der Reichskanzler zwar mit einem menschlich bewegenden Appell seine Politik zu verteidigen gesucht

– Pluspunkte konnte er allerdings nur in der deutschen Öffentlichkeit sammeln. Als im Frühjahr 1921 Hoffnungen auf amerikanische Unterstützung in der Reparationsfrage endgültig zunichte wurden, trat Fehrenbach am 4. Mai 1921 mit seinem Kabinett zurück. Den Ausschlag dafür gab schließlich die Haltung der Deutschen Volkspartei, in der Stresemann zur Kanzlerschaft drängte. Fehrenbachs Landsmann Joseph Wirth hat dann als Nachfolger im Kanzleramt die deutsche Reparationspolitik in realistischere Bahnen gelenkt.

Das Ausscheiden aus dem Kanzleramt sollte für Fehrenbach noch nicht den unwiderruflichen Abschied von der Politik bedeuten. 1922 berief ihn Reichsjustizminister Gustav Radbruch als prominentesten Politiker in den Staatsgerichtshof, der im Rahmen des Republikschutzgesetzes nach der Ermordung Walther Rathenaus eingerichtet wurde. Und Ende 1923 trat Fehrenbach, der auf dem Parteitag 1920 zusammen mit drei anderen Parteiveteranen zum Ehrenvorsitzenden des Zentrums gewählt worden war – als Nachfolger des neuen Kanzlers Wilhelm Marx – an die Spitze der Zentrumsfraktion im Reichstag. Es lag auf der Linie seiner badischen Politik der Vorkriegszeit und jener als Reichskanzler, daß Fehrenbach in dieser Position 1925 an dem notwendigen Versuch Anteil hatte, die Deutschnationale Volkspartei in die Regierungsverantwortung zu führen und damit auf der Grundlage einer faktischen Anerkennung der Weimarer Verfassung an die Republik zu binden. Den innerparteilichen Integrationsaufgaben und Führungsfunktionen, die das Amt des Fraktionschefs angesichts der seit 1918 explosiv gewachsenen politisch-sozialen Strukturspannungen im Zentrum mit sich brachte, hat der überkommene Honoratiorenstil des mehr als 70jährigen Politikers allerdings nicht mehr entsprochen.

VII

Noch im Amt des Fraktionsvorstands starb Konstantin Fehrenbach nach mehrwöchiger Krankheit in Freiburg am 26. März 1926. Mit ihm wurde einer jener Zentrumspolitiker zu Grabe getragen, die den deutschen Katholizismus durch die Akkomodation an das Wilhelminische Reich und in einer konservativen Allianz aus dem Kulturkampfgetto herauszuführen suchten. Daß der konservative süddeutsche Demokrat dabei die Fühlung nach links nicht zu verlieren suchte, hat jene Mittlerrolle in den höchsten Parlamentsgremien während der Existenzkrise des Reichs 1917–1920 ermöglicht, die Fehrenbachs Bedeutung als Politiker im Umbruch von der Monarchie zur Republik begründet. Für Fehrenbach war das Reich Bismarcks zur Grundordnung der Deutschen geworden – trotz kritischer

Vorbehalte gegen das gesellschaftlich-politische Übergewicht der Traditionen der preußischen Militärmonarchie und trotz der Hoffnung, im Zusammenbruch des kleindeutschen Reichs die Verwirklichung der großdeutschen Idee nachzuholen. Weltpolitik, die Forderung nach einem angemessenen »Platz an der Sonne« galt dem bürgerlichen Politiker als selbstverständlicher Anspruch – ohne daß dieses Ziel in seinen Risiken voll erfaßt worden wäre. Der Zentrumspolitiker Fehrenbach hat so seinen eigenen Anteil an den Leistungen und der Problemkontinuität bürgerlich-nationaler Politik beim Übergang vom Kaiserreich zur ersten deutschen Demokratie.

Hubert Mockenhaupt

Heinrich Brauns (1868–1939)

Die am 27. Juni 1920 durch Reichspräsident Friedrich Ebert ausgesprochene Ernennung des katholischen Priesters Dr. Heinrich Brauns zum Reichsarbeitsminister wurde durch einen kritischen Journalisten mit der ironischen Bemerkung kommentiert, nun sei ein »Geschorener«, ein »Mann im schwarzen Rock« in das Arbeitsministerium eingezogen. Andere nannten den neuen Chef des Ressorts für Sozialpolitik einen »Minister von Papstes Gnaden«, der vor Übernahme des Amtes um »seine Entlassung oder seine Dispensierung vom priesterlichen Amt bei der vorgesetzten kirchlichen Behörde nachgesucht« habe. Das Spötteln verstummte nach kurzer Zeit. Man erkannte sehr bald, daß Brauns ein Mann vom Fach war. »Die Materie beherrschte er wie nur einer«, mußte der gleiche Kritiker gestehen, der zuvor von dem »Geschorenen« gesprochen hatte.
Während in den kommenden Jahren die Regierungen kamen und gingen und die Kanzler und Minister schneller wechselten als die Jahre, wurde bis zum Sommer 1928 die personelle Besetzung des Reichsarbeitsministeriums nie ernstlich in Frage gestellt. Ob ein Mann des Zentrums oder der Deutschen Volkspartei oder ein Parteiloser als Reichskanzler amtierte, ob die Linke oder die Rechte an der Regierungsverantwortung beteiligt war, der Reichsarbeitsminister hieß nach jeder der insgesamt vierzehn Regierungsneubildungen vom Juni 1920 bis Juni 1928 Dr. Heinrich Brauns. Man nannte ihn schließlich »Heinrich den Ewigen«, »Heinrich den Wertbeständigen« oder »Minister auf Lebenszeit«. Tatsächlich verwaltete kein Reichsminister in der Zeit der Weimarer Republik so lange ein und dasselbe Ressort wie er. Das ist um so erstaunlicher, als dieses Ministerium als eines der schwierigsten und undankbarsten galt.

I

Als Heinrich Brauns die ministerielle Verantwortung für das soziale Ressort übernahm, bestand das Reichsarbeitsministerium kaum anderthalb Jahre. Er gab »diesem Ministerium Organisationsform und ... politisches Gewicht« (E. Deuerlein). Sein sozialdemokratischer Nachfolger

Rudolf Wissell (1869–1962) anerkannte die Arbeit seines Vorgängers mit den Worten: »Acht Jahre hat Dr. Brauns die Führung der deutschen amtlichen Sozialpolitik in seinen starken Händen gehalten. Acht Lebensjahre – und wenn wir nach ›Leistungsjahren‹ rechneten, so würde es wohl ein Vielfaches davon sein. Als er vor wenigen Monaten von uns Abschied nahm, da hatten wir das Gefühl, daß er nicht nur ein *Amt*, sondern daß er ein *Werk* in unseren Händen zurückließ.«
Wie war es möglich, daß dieser Priester in kurzer Zeit im Deutschen Reich und – wie noch zu zeigen sein wird – auch auf internationaler Ebene als Repräsentant der deutschen Sozialpolitik höchste Anerkennung fand? Gewiß war er zeitlebens ein Mann der Tat, der schon in jungen Jahren sagte: »Wir sind auf der Erde, nicht nur um die Dinge zu ertragen, sondern auch um sie zu gestalten.« Aber wenn es einschneidende Ereignisse in seinem Leben gab, wie beispielsweise sein Einstieg in die parlamentarische Politik oder sein Ausscheiden aus dem Ministerium oder aus dem Parlament, brachte er deutlich zum Ausdruck, daß er Gottes Vorsehung am Werk sehe.

II

Als Sohn des Schneidermeisters Johann Brauns und seiner immer kränkelnden Gattin Anna Catherina geb. Creveld wurde Heinrich Brauns am 3. Januar 1868 in der Kölner Altstadt geboren und am 11. Januar in der Pfarrkirche St. Aposteln getauft. Die strebsamen Eltern erwarben bald ein eigenes Haus in der Reinoldstraße. Aber die Schuldenlast nötigte sie in den kommenden Jahren zu größter Sparsamkeit. Heinrich, der das einzige Kind blieb, besuchte mit gutem Erfolg das Apostelgymnasium. Wenn auf dem Abschlußzeugnis des achtzehnjährigen Abiturienten (1886) vermerkt wurde, daß der Schüler »nicht immer den erforderlichen Fleiß und den notwendigen Ernst« zeigte, so weist das daraufhin, daß seine Interessen damals schon über die Forderungen der Schule weit hinausgingen.
Schon mit 16 Jahren trat er in Arbeiterversammlungen als Redner auf. Was ihn dazu bewog, läßt sich nicht eindeutig erkennen. Sein Elternhaus gab ihm kaum Anregungen, sich der sozialen Frage anzunehmen. Vielleicht hatte er von der Enzyklika »Humanum genus« (1884) gehört, die nachdrücklich die Gründung katholischer Arbeitervereine forderte. Vielleicht war es auch die stürmische wirtschaftliche und soziale Entwicklung im nahen Ruhrgebiet, die ihn auf die Arbeiterfrage aufmerksam machte. Fortan verlor er die Probleme der industriellen Arbeitswelt nicht mehr aus dem Blick. Während der theologischen Studien an der Bonner Uni-

versität und in der Zeit der unmittelbaren Vorbereitung auf das Priestertum im Kölner Seminar (1886–1890) diskutierte er mit seinen Kommilitonen über die Möglichkeit, die immer stärker in Erscheinung tretenden sozialen Spannungen und Konflikte abzubauen.

Am 10. August 1890 wurde Heinrich Brauns in der Kölner Seminarkirche Mariae Himmelfahrt zum Priester geweiht; am nächsten Tag feierte er mit seiner Heimatgemeinde die Primiz. Schon ein paar Wochen später erhielt er seine Ernennung als Kaplan am Rektorat St. Joseph in Krefeld. Er fand dort in Dr. Johann Hasenäcker einen verständnisvollen und – wie Brauns selber sagte – »liebevollen« Chef. Krefeld war die Metropole der niederrheinischen Textilindustrie. Einige wichtige Initiativen waren von dort ausgegangen: 1868 wurde in Krefeld die Christlich-soziale Partei gegründet; 1889 schlossen sich die katholischen Arbeiter der Stadt Krefeld im Arbeiterverein »Unitas« zusammen; um die gleiche Zeit begannen die Arbeiterinnenvereine in Krefeld ihre segensreiche Tätigkeit, die bald für viele andere Städte vorbildlich wurde.

Der führende Kopf des katholisch-sozialen Lebens in Krefeld war Dr. Hermann-Josef Schmitz, Oberpfarrer an St. Dionysius, später Weihbischof von Köln. Mit großer Wahrscheinlichkeit wurde Kaplan Brauns stark von Oberpfarrer Dr. Schmitz inspiriert, dessen Predigten über die Bergpredigt und die soziale Frage weite Beachtung fanden. Kaum hatte Brauns seine Kaplansstelle angetreten, übernahm er Vorträge in den Arbeitervereinen von Krefeld und Umgebung. So referierte er im St. Josefsverein von Fischeln 1890 über die soziale Frage und die Arbeit, 1891 über die sozialpolitische Wirksamkeit der katholischen Kirche, 1893 über den Volksverein und das katholische Volksbüro.

Heinrich Brauns war als Seelsorger vor allem dem einfachen Volk sehr verbunden. Er setzte sich zu den Arbeitern an die Webstühle, um mit ihnen soziale und politische Fragen zu besprechen. Ihn interessierten die Nöte der Heimarbeiter und der Fabrikarbeiter. Er sorgte sich um die jungen Arbeiter und um die Arbeiterinnen. Unermüdlich war er tätig, um den regelmäßig wiederkehrenden Notstand der Arbeitslosigkeit zu mildern und den Arbeitern Hilfestellung beim Aufbau ihrer Interessenorganisationen zu geben. Die Jahre in Krefeld (1890–1895) waren der Anlaß, daß Brauns ein Jahrzehnt später zum Abschluß seiner staatswissenschaftlichen Studien in Freiburg eine Dissertation über das Thema »Der Übergang von der Handweberei zum Fabrikbetrieb in der Niederrheinischen Samt- und Seidenindustrie und die Lage der Arbeiter in dieser Periode« anfertigte (1905). Er war aus nächster Nähe Zeuge dieses Übergangs und der damit verbundenen schweren menschlichen Probleme.

III

Es fiel ihm nicht leicht, nach mehr als vier Jahren wieder Abschied von Krefeld nehmen zu müssen. Anfang Januar 1895 erreichte ihn die Ernennung zum Vikar von Borbeck. Er trug fortan pastorale Verantwortung in einer großen Bergmannspfarrei. Einige Monate vorher war in Essen der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter gegründet worden. Als Vikar Brauns zum erstenmal zu einer Arbeiterversammlung kam, begegnete er dem Gründer dieser Gewerkschaft, dem Bergmann August Brust (1862–1924), der dort die Rede hielt. Brauns erzählte später: »Von da ab bin ich dann jeden Sonntag ... losgegangen in die Versammlungen. Wie diese Arbeit von den Behörden gewürdigt wurde, wissen Sie ja. Jedesmal, wenn eine solche Gewerkschaftsrede stieg, waren von Amts wegen Stenotypisten und Polizisten da. Ich bedaure, daß die Akten aus dem Archiv in Düsseldorf nicht zur Verfügung stehen ... Eine Sache ist mir später bekannt geworden, nämlich der Versuch des Regierungspräsidenten, bei der Kölner Erzbischöflichen Behörde dahin zu wirken, daß ich aus dem Ruhrgebiet entfernt würde, weil ich den Arbeitern sozialistische Versprechungen machte.«

Brauns warb nicht nur im Ruhrgebiet für die christlichen Gewerkschaften, er bemühte sich auch darum, in anderen Bergbaurevieren die Arbeiter dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter zuzuführen. Auf der Gründungsversammlung des Gewerkvereins der Berg-, Eisen- und Metallarbeiter im Siegerland 1897 sprach neben dem berühmten Hofprediger Adolph Stöcker (1835–1909) der Borbecker Vikar Brauns, von dem im Bericht ausdrücklich vermerkt wurde, daß er »als eifriger Förderer des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter« bekannt sei. – Kaum hatte er in Borbeck Fuß gefaßt, baten ihn die Bergleute, im Ehrenrat ihrer Gewerkschaft mitzuarbeiten. Bei den Behörden aber geriet er in den Verdacht, ein »Roter Kaplan« zu sein.

Trotz seines starken gewerkschaftlichen Engagements versäumte Brauns keineswegs seine seelsorglichen Pflichten. Mit »rastlosem Eifer«, so berichtet die Chronik der Pfarrei Essen-Schönebeck, erfüllte er den Auftrag, »in Schönebeck eine Gemeinde zu gründen und eine Kirche zu bauen ... Neben seiner umfangreichen Arbeit in der Mutterpfarre, besonders im dortigen Arbeiterverein, widmete er sich hauptsächlich der entstehenden Gemeinde in Schönebeck.«

Im Sommer 1900 zeigten sich die Folgen der andauernden physischen und psychischen Überanstrengung. Seitdem litt er unter nervlich bedingten Angstzuständen, die ihm die Ausübung seiner priesterlichen Funktionen sehr erschwerten. Bis zu seinem Tod kam er nie mehr ganz von diesen Ängsten los. Er nahm das Kreuz, das ihm damit aufgeladen wurde,

sehr bewußt in seine priesterliche Existenz hinein. Immer mehr orientierte er sein Leben am Kreuz. Als sich Vikar Brauns von der Pfarrei Dionysius in Borbeck verabschiedete, wurde ihm ein vergoldetes Kreuz geschenkt, in dessen Fuß die Eingravierung zu lesen ist: »Das Bild des Gekreuzigten, den Du hier durch Wort und Beispiel verkündet hast, widmen Dir die dankbaren katholischen Bürger der Pfarrei Borbeck.«

Durch Franz Hitze (1851–1921), der wie Heinrich Brauns seit Jahren dem Ehrenrat der christlichen Bergarbeitergewerkschaft angehörte, fand der kranke Borbecker Vikar den Weg zur Zentrale des Volksvereins in Mönchengladbach. Fortan führte ihn die erzbischöfliche Behörde in Köln als »Privatgeistlichen«. In Mönchengladbach gab man ihm zunächst den Titel »Redakteur«, ohne recht zu wissen, was man ihm abverlangen könne. Sein Gesundheitszustand besserte sich nur langsam. Noch im November 1901 teilte August Pieper (1866–1942) dem Kölner Generalvikariat auf Anfrage mit, daß Heinrich Brauns wegen seiner angeschlagenen Gesundheit für das Amt des Bezirkspräses der Arbeitervereine im Bezirk Köln nicht in Frage käme. Frühzeitige Nachtruhe sei eine der ersten Bedingungen für die Gesundung seines Nervensystems. Pieper fügte hinzu: »Ferner würde auch die vielseitige Inanspruchnahme und insbesondere das Gefühl der Verantwortlichkeit schwer auf ihm lasten, während er hier Mitarbeiter ist für einen bestimmt umgrenzten Arbeitskreis.«

Aber schon anderthalb Jahre später schlug der gleiche August Pieper – nun Generaldirektor des Volksvereins – seinen Mitarbeiter als Direktor der Organisationsabteilung vor. Kaum war Brauns zum Direktor ernannt, nahm er an der Universität Bonn das Studium der Staatswissenschaften auf. Von Bonn wechselte er nach Freiburg, wo er im Sommer 1905, also nach viersemestrigem Studium, mit »magna cum laude« promovierte. In den folgenden Jahren war Brauns unermüdlich für den Volksverein unterwegs. Daß die zentrale Organisation der deutschen Katholiken nun einen rasanten Aufschwung nahm, war vor allem ihm zu verdanken. Von größter Tragweite waren seine Bemühungen um die Durchführung der »Volkswirtschaftlichen Kurse« in Mönchengladbach. Fast alle späteren christlichen Führungskräfte in den Arbeitervereinen und Gewerkschaften, im Genossenschafts- und Krankenkassenwesen, in der Zentrumspartei und in politischen Gremien gingen durch diese erstklassige »Schule«. Heinrich Brauns war bald als überragender Meister der Arbeiterbildung anerkannt.

Als Anfang des neuen Jahrhunderts der Gewerkschaftsstreit entbrannte, stellte sich Brauns – wie alle »Mönchengladbacher« – auf die Seite der christlichen Gewerkschaften. Er hatte ja, wie schon gesagt, die allerersten Schritte der christlichen Gewerkschaften mitgemacht, war vielen Männern der ersten Stunde Freund und Mitstreiter geworden und hatte sich

den Unmut der Behörden zugezogen. Nun stand er auch im Streit mit den »Integralen«, die nicht zulassen wollten, daß sich katholische Arbeiter interkonfessionellen Organisationen anschlossen, auf der Seite der christlichen Gewerkschaften. Er exponierte sich durch einige Veröffentlichungen und ging, wenn er es für notwendig hielt, in die Versammlungen der »Integralen«, um mit ihnen zu diskutieren. Noch nach Jahrzehnten dachte er darüber nach, »warum die Vorsehung diesen so betrüblichen Kampf unter Katholiken mit all seinen üblen Folgen wohl zugelassen haben mag«. Er versuchte eine Antwort zu geben: »Ihre guten Gründe hat sie sicher dabei gehabt. Die Auseinandersetzungen dienten zur grundsätzlichen Klärung für alle Beteiligten.«

Erst der verlorene Krieg führte Heinrich Brauns in die parlamentarische Politik. Schon vorher hatte er sich keine politische Abstinenz auferlegt. Vor allem hatte er engen Kontakt mit den führenden Männern und mit den Sekretären der Zentrumspartei gehabt. Wiederholt hatte er auf Versammlungen und Konferenzen referiert und für eine breitere Basis der politischen Mitte geworben. Nach der Novemberrevolution 1918 war er bestrebt, das Zentrum auf neue politische Grundlinien festzulegen. Seinen Bemühungen war nur teilweise Erfolg beschieden. Die konservativen Kräfte setzten sich durch. Immer wieder erhob Brauns seine Stimme in dieser Sache, immer wieder beschworen seine Gegner in der eigenen Partei den »alten Zentrumsgeist«. So konnte das Zentrum nicht die Basis einer großen Partei der Mitte werden, durch die größere Stabilität in die politische Konstellation der Weimarer Republik gekommen wäre.

1919 wurde Heinrich Brauns in die Weimarer Nationalversammlung (Wahlkreis Köln-Aachen), 1920 in den Deutschen Reichstag (Reichswahlvorschlag) gewählt. Schon nach kurzer Zeit hatte er sich unter den Abgeordneten als Sozialpolitiker einen Namen gemacht. In Fachkreisen war seit langem bekannt, daß er fundierte Kenntnisse auf allen Gebieten der Sozialpolitik besaß. Er hatte Gutachten über Fragen der Arbeitszeit, der Schichteneinteilung und des Tarifvertragswesens erstellt. Aber nun bekam er zum erstenmal die Gelegenheit, unmittelbar an der Gestaltung der gesetzlichen Sozialpolitik mitzuarbeiten.

Brauns wurde Mitglied des volkswirtschaftlichen Ausschusses und übernahm zeitweise dessen Vorsitz. Dann kam er in den Ausschuß für soziale Angelegenheiten und wurde auch hier einige Zeit hindurch mit der Leitung beauftragt. Als um die Jahreswende 1919/20 das Betriebsrätegesetz beraten wurde, war es vor allem dem Einfluß von Hitze und Brauns zu verdanken, daß der radikale »Rätegedanke« nicht zum Tragen kam.

IV

Weil die Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 schwere Stimmenverluste hinnehmen mußten und nicht mehr gewillt waren, die Regierungsverantwortung zu tragen, obwohl sie die stärkste Partei blieben, wurde der Zentrumspolitiker Konstantin Fehrenbach (1852–1926) als Reichskanzler nominiert. Er konnte bald seine Kabinettsliste bekanntgeben. Zwei Minister stellte die Deutsche Demokratische Partei, drei die Deutsche Volkspartei, vier das Zentrum, zwei waren parteilos. Heinrich Brauns übernahm das Arbeitsministerium. Vor ihm waren zwei andere Zentrumspolitiker gefragt worden: Adam Stegerwald und Johannes Becker (1875–1955). Sie hatten aus persönlichen Gründen abgelehnt. Niemand schien geneigt, zu dieser Zeit, in der die gesamte Sozialpolitik in Fluß geraten und in mancher Hinsicht über die Ufer getreten war, in der sich noch kein Ende der wirtschaftlichen Krise und der politischen Unruhen abzeichnete, für das soziale Ressort verantwortlich zu zeichnen. Brauns sprang in die Bresche. Niemand konnte ahnen, daß er von allen Ministern, die mit ihm zusammen ernannt wurden, am längsten im Amt bleiben sollte.

»Mit bewundernswerter Elastizität«, schrieb Professor Ludwig Heyde gegen Ende der Amtszeit von Heinrich Brauns im Januar 1928, »steuerte er das junge Ministerium an allen Klippen vorüber, an denen es hätte zerschellen können. Der Instinkt des kultivierten Parteipolitikers, der Intellekt eines wahrhaft bedeutenden Geistes, das gediegene Wissen des Fachmannes und die souveräne Güte des priesterlichen Menschen verbanden sich in ihm zu einer gestaltenden Einheit.«

Es kann nicht verwundern, daß seine Leistung als Arbeitsminister nicht von allen so positive Anerkennung fand. Kommunisten und liberale Unternehmer waren seine schärfsten Kritiker. Die einen nannten ihn »Arbeitgeberminister« und »Anwalt des Kapitals«, die anderen »Arbeitslosenminister« und »Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung«. Gerade weil er – auch in der Sozialpolitik – den Weg der Mitte gehen wollte, stand er immer in der Gefahr, von links und rechts zerrissen zu werden.

Heinrich Brauns war kein Mann der Theorie; er war auf die Praxis eingestellt. Gerade das hatte er von seinem großen Lehrmeister Franz Hitze gelernt, dessen sozialpolitische Gesamtkonzeption er übernahm. Durch die von ihm verantwortete Sozialpolitik sollte die Integration der Arbeiter in die bestehende Gesellschafts- und Staatsordnung erreicht werden. Das erwies sich in dieser Zeit der permanenten Wirtschaftskrise als sehr schwierig. Daß Brauns dennoch dieses Ziel weitgehend erreichte, ist vor allem seiner überragenden sozialpolitischen Sachkenntnis, seinem

Durchstehvermögen in kritischen Situationen, seinem Verhandlungsgeschick und seiner unbedingten politischen Lauterkeit zu verdanken.
Dem Ausbau des Arbeitsrechts gab Brauns während seiner Amtszeit eindeutig die Priorität. Es gehe darum, sagte er im Jahre 1922, »den arbeitenden Menschen als solchen zu erfassen und seine Eingliederung und Stellung im Wirtschafts- und Rechtsleben menschlich zu ordnen«. Später fügte er hinzu, daß ein Zustand herbeigeführt werden müsse, in dem »die rechtliche Anerkennung der Gleichstellung des Arbeitnehmers mit dem Arbeitgeber ihre tatsächliche Auswirkung findet«. Seine intensiven Bemühungen um den Ausbau des Betriebsverfassungsrechtes, um die Weiterentwicklung des Tarifvertrags- und des Schlichtungswesens, nicht zuletzt um die Einführung der Arbeitsgerichtsbarkeit (1926/27) dienten der Realisierung der von ihm gesetzten Priorität.
Große Aufmerksamkeit widmete Heinrich Brauns der Arbeitsmarktpolitik. Hier ging es unter anderem um Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung, Berufsberatung und Berufsausbildung. Mit dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 wurde ein großer Schritt nach vorn getan. – Speziell die Sorge um die Arbeitslosen ließ Brauns während seines ganzen Lebens nicht los. Wie bereits erwähnt, traf er schon als junger Kaplan in Krefeld Maßnahmen zur Behebung der Erwerbslosennot. Noch nach 1933 bot er – ohne daß jemand seinen Namen erfahren durfte – erfolglos seine Hilfe zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit an. Bis zu seinem Tod beschäftigte ihn die Frage, ob er nicht doch noch mehr hätte tun müssen, um den Arbeitslosen zu helfen.
Auch auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes, für den sich dreißig Jahre zuvor Franz Hitze tatkräftig eingesetzt hatte, gab es unter der Amtszeit von Heinrich Brauns beachtliche Fortschritte. 1926 legte der Arbeitsminister den Entwurf eines umfassenden Arbeiterschutzgesetzes vor. Dadurch sollten alle bisherigen gesetzlichen Regelungen des Arbeiterschutzes zusammengefaßt und verbessert werden. Brauns kam trotz aller Anstrengungen mit diesem Gesetzentwurf nicht durch. So mußte er sich darauf beschränken, durch einzelne Maßnahmen den Schutz der Arbeiter zu verbessern. Der besonderen Erwähnung wert sind die Gesetze über Wochenhilfe und Wochenfürsorge (1922), das Heimarbeiterlohngesetz (1923) und das Arbeitszeitnotgesetz (1927).
Der Einsatz von Heinrich Brauns zugunsten der Sozialversicherung läßt drei Schwerpunkte erkennen. Er verstand es, die gesamte Sozialversicherung, wie sie bis dahin entwickelt worden war, ohne Schaden durch die Zeit der Inflation hindurchzubringen und nach der Inflation systematisch weiter auszubauen; er setzte sich energisch dafür ein, daß das knappschaftliche Versicherungswesen erneuert, verbessert und vereinheitlicht

wurde (1923); er erreichte die Ablösung der Erwerbslosenfürsorge durch die Arbeitslosenversicherung (1927). Mit berechtigtem Stolz stellte Brauns nach der Konsolidierung der Währung fest: »Gerettet wurde auch über die Zeit der Wirtschaftskatastrophe hinaus die deutsche Sozialversicherung, das große Aktivum der Vorkriegszeit. Sie zu erhalten, war nicht leicht.« Man hatte ihn von allen möglichen Seiten gedrängt, das Prinzip der Versicherung in dieser Notzeit aufzugeben und durch das Prinzip der Fürsorge zu ersetzen. Er ließ sich nicht beirren.

Als eine der wichtigsten Maßnahmen, die Brauns als Reichsarbeitsminister verantwortete, ist die »Verordnung über die Reichsfürsorgepflicht« (1924) anzusehen. Diese Verordnung wurde durch den Erlaß der »Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge« (1924) ergänzt. Dadurch wurde das gesamte Wohlfahrtswesen neu geordnet. Eine der Bestimmungen betraf das Verhältnis der behördlichen zur freien Wohlfahrtspflege. Die freien Wohlfahrtsverbände wurden neben den öffentlichen Fürsorgebehörden zur gleichberechtigten Mitarbeit aufgerufen.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß sich der langjährige Reichsarbeitsminister große Verdienste um die Neugestaltung des Versorgungswesens, um die Verminderung der Wohnungsnot und um die Förderung des Siedlungswesens erwarb. Heinrich Brauns war sich bewußt, daß er nicht alle an ihn herangetragenen Wünsche und Forderungen erfüllen konnte. Für viele Entscheidungen trug das Parlament die Verantwortung. Manche Gesetzentwürfe wurden in den Ausschüssen, im Reichsrat oder im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat verschleppt oder verändert. Bisweilen mußte er gegen den harten Widerstand der politischen Linken oder Rechten, der Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände angehen. Nicht selten – vor allem gegen Ende seiner Amtszeit – kam auch stärkere Opposition aus den eigenen Reihen.

Dennoch war er immer bemüht, alle infrage kommenden Kräfte an der Verantwortung für die Gestaltung des sozialen Lebens zu beteiligen. Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, war vom Erfolg dieser Bestrebungen sehr beeindruckt. Nach einem längeren Gespräch mit Brauns schrieb er am 20. Oktober 1927: »Sie haben mir ... deutlich gemacht, wie planmäßig und zielsicher Sie die Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als tragende Säulen in den Bau der Sozialpolitik eingliedern, damit Wirtschaft, Sozialpolitik und Staatsgedanken unlösbar miteinander verknüpfend.«

V

Am 29. Juni 1928 wurde Heinrich Brauns als Reichsarbeitsminister von dem Sozialdemokraten Rudolf Wissell abgelöst. Der neue Reichskanzler Hermann Müller (SPD) hatte zunächst erklärt, daß er auf Brauns als Arbeitsminister keinesfalls verzichten wolle. Dann aber kam es innerhalb des Zentrums zu koalitionspolitischen Überlegungen, die schließlich dazu führten, den verdienten Sozialpolitiker »fallen zu lassen« (W. Marx).

Das Ausscheiden aus dem Arbeitsministerium fiel Brauns nicht leicht. Zehn Jahre später schrieb er an seinen ehemaligen persönlichen Referenten Dr. Alex Grünewald: »Lange Zeit habe ich darunter schwer gelitten. Ich war zu sehr mit der Aufgabe und dem Amt verwachsen, als daß ich diesen politisch damals ja nicht ungewöhnlichen Vorgang hätte leicht nehmen können. Von da ab gab es nur noch kleine Nebenbeschäftigungen in der politischen Arena.«

Bei näherem Zusehen erkennt man allerdings, daß das weitere politische Wirken Brauns' doch nicht nur aus »kleinen Nebenbeschäftigungen« bestand. Schon einige Tage nach seinem Ausscheiden wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags gewählt. Ab 1930 trug er die volle Verantwortung für diesen Ausschuß. Die letzte Sitzung leitete er einige Tage vor der »Machtübernahme« im Januar 1933.

In den Jahren 1929, 1930 und 1931 stand er der deutschen Delegation bei der Internationalen Arbeitskonferenz vor und hielt aus diesem Anlaß Reden in Genf, die Aufsehen erregten. 1929 präsidierte er als erster Deutscher diesem internationalen sozialpolitischen Parlament. Noch nach Jahren sprach man von der ausgezeichneten Amtsführung des deutschen Sozialpolitikers. Als die Regierung Brüning während der Weltwirtschaftskrise 1931 eine Kommission zusammenstellte, die sich mit der Frage der Ankurbelung der Wirtschaft, der Behebung der Arbeitslosigkeit und der damit gegebenen Notstände befassen sollte, wurde Heinrich Brauns zum Leiter dieses Gremiums ernannt, das man bald nur noch als »Brauns-Kommission« bezeichnete.

Für die Wahlen zum Deutschen Reichstag im März 1933 wurde Brauns nicht mehr als Kandidat auf die Reichsliste des Zentrums gesetzt. Das verletzte ihn sehr. Aber er fügte sich. An Stegerwald, mit dem ein Leben lang enge Beziehungen bestanden, schrieb er am 17. März 1933: »Die Vorsehung hat mich zur rechten Zeit in das politische Wirken hineingeführt, aber auch zur rechten Zeit mich daraus abberufen. Ich bin ihr dankbar... Im übrigen scheide ich ohne Groll und bleibe der Sache treu.«

Er zog sich nun endgültig nach Lindenberg im Allgäu zurück, wo er sich schon 1926 für seine alten Tage ein Haus gebaut hatte. In unmittelbarer

Nähe ließ er 1932 noch ein zweites Haus errichten. Das erste Haus schenkte er im August 1932 den Kreuzschwestern von Hegne, die ihm in seinem Alter und noch mehr während seiner vielen Krankheiten in den letzten Lebensjahren Geborgenheit gaben. Im Mutterhaus der Kreuzschwestern in Ingenbohl am Vierwaldstättersee hatte er schon seit seiner Kaplanszeit regelmäßig seine Ferien verbracht und war mit seinen Freunden in die Berge gestiegen. Mit einem Kaplan und einem Bergführer von Göscheneralp schloß er Freundschaft fürs Leben. Auch einigen Kapitänen vom Vierwaldstättersee war er freundschaftlich zugetan. Sie ließen sich von ihm am Steuer ihrer Schiffe ablösen. Das war wohl sein liebstes Hobby: Er lenkte Schiffe auf dem Rhein und im Hamburger Hafen, auf den Seen der Schweiz und im Mittelmeer. Er freute sich wie ein Kind, wenn er das Steuerrad in die Hand nehmen durfte.
Immer wieder lud er seine Freunde ein, ihn in Lindenberg zu besuchen. Sie kamen und verbrachten einige Tage in seinem Haus: Kollegen aus der Politik, Mitarbeiter aus dem Ministerium, Freunde aus der Arbeiterbewegung, Mitbrüder aus seiner Heimatdiözese oder aus benachbarten Klöstern. Einmal war Nuntius Pacelli sein Gast. Auch die stigmatisierte Therese Neumann aus Konnersreuth wohnte einige Tage in seinem Haus.

VI

Heinrich Brauns ging gern und oft auf Reisen. Jedes Jahr verbrachte er einige Wochen im Rheinland. Immer wieder zog es ihn nach Mönchengladbach, wo er zwanzig Jahre an führender Stelle des Volksvereins gearbeitet hatte. Mit August Pieper blieb er bis zu seinem Tod freundschaftlich verbunden. Joseph Joos, Otto Müller, Johannes Becker, Wilhelm Marx und viele andere Freunde, die am Rhein wohnten, sahen jedes Jahr Heinrich Brauns als ihren Gast. In vielen Klöstern war er wie zu Hause: im Benediktinerkonvent von Beuron, im Karmel von Pützchen, in den Franziskanerklöstern von Mönchengladbach und Wangen.
Er konnte nicht existieren, ohne engen Kontakt mit dem einfachen Volk zu haben. Bis zu seinem Tod versammelte er immer wieder Handwerker, Arbeiter und Landwirte von Lindenberg um sich, um ihnen Vorträge zu halten oder mit ihnen zu plaudern. Man durfte ihn nie »Exzellenz« nennen. Die Zeit des Nationalsozialismus brachte ihm viele Verdächtigungen, Verleumdungen und Schikanen. Er war einer der Angeklagten des »Volksvereinsprozesses« (1933–1935). Die NS-Zeitungen brachten sein Bild mit der verfälschenden Unterschrift: »Auch der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns machte sich verbrecherischer Machenschaften schuldig.« Man nahm ihm den Paß ab und durchsuchte sein Haus. Im Januar 1935

wurde der Prozeß eingestellt – ohne Rehabilitierung und Entschuldigung. Heinrich Brauns wich keinen Schritt zurück. Er verfocht sein Recht mit Festigkeit, Geduld und Klugheit. Das beweisen seine vielen Briefe an Kreisleiter und Gauleiter, Bezirksamt und Gestapo.

»Er litt sehr viel«, sagen alle, die in diesen letzten Jahren in seiner Nähe waren. Immer tiefer dachte und betete er sich hinein in die Passion Christi. Seine letzten großen Predigten waren Betrachtungen des Herrenleidens, das er in unlösbarer Verbundenheit mit dem Osterereignis sah. An vielen Stellen seiner Predigtkonzepte läßt sich erkennen, wie sehr er sich selber mit dem kreuztragenden Herrn identifizierte. Am 19. Oktober 1939 starb Heinrich Brauns im Lindenberger Krankenhaus. Der Kreisleiter ließ nicht zu, daß ein Leichenzug vom Krankenhaus zum Friedhof ging. Die NS-Pressestelle gestattete den Tageszeitungen nur einen fünfzeiligen Bericht über das Begräbnis.

Was Heinrich Brüning 1927 einmal seinem Freund Heinrich Brauns schrieb, hat sich bis zur Stunde noch nicht erfüllt: »Die Zeit wird kommen, in der die Geschichte Ihnen einen hervorragenden Platz in den Reihen der Politiker und vor allem der Sozialpolitiker zuerkennen wird.«

Thomas A. Knapp

Joseph Wirth (1879–1956)

Joseph Wirth war einer der meistumstrittenen und zweifelsohne einer der temperamentvollsten und kompliziertesten politischen Gestalten in der Deutschen Zentrumspartei nach 1918. Im Gegensatz zu den meisten Zentrumsführern der Nachkriegszeit hatte Wirth keinerlei Bedenken, die Republik und die parlamentarische Demokratie zu akzeptieren. Sein Einsatz für das Ziel einer sozialen und demokratischen Republik, teilweise beeinflußt von der politischen Tradition und dem Milieu seines Heimatlandes Baden, war verbunden mit einer starken natürlichen Begabung als Volksredner und einem intuitiven Gespür des politischen Urteils. Diese Eigenschaften machten Wirth zu einem ausgesprochenen und – wie er es selbst umschreiben würde – »entschiedenen Republikaner« und Demokraten. Wirth erlangte allgemeine Bedeutung als Reichskanzler von 1921–1922; er amtierte später als Reichsminister für die besetzten Gebiete im Kabinett Hermann Müller (vom April 1929 bis März 1930) und als Innenminister im ersten Kabinett Heinrich Brüning (vom 30. März 1930 bis Oktober 1931).

Als Reichskanzler und wenig später, in der Mitte der 20er Jahre, als Rebell und Außenseiter in Opposition zur Politik seiner eigenen Partei, versuchte Wirth das Zentrum an der Seite seines Partners aus der früheren Weimarer Koalition, der SPD, zu halten und eine Art von republikanischer Sammlung zu schaffen. Im gleichen Zeitraum war Wirth stolz auf sein Ansehen als »nationaler« Politiker, besonders als einer der Initiatoren des Rapallo-Vertrags von 1922. Seine Unterstützung der restaurativen politisch-diplomatischen Zielsetzung der deutschen Rechtsparteien – die er innenpolitisch scharf bekämpfte – schuf schwierige Probleme angesichts der Tatsache, daß sich Wirth als selbsternannter Führer der demokratischen Kräfte innerhalb und außerhalb des Zentrums fühlte.

I

Joseph Wirth wurde am 6. September 1879 in Freiburg im Breisgau geboren. Sein Vater, Karl Wirth, war als Maschinenmeister im Verlagshaus

Herder in Freiburg tätig. Wirths älterer Bruder Hermann wurde Altphilologe und schloß sich später der Deutschen Demokratischen Partei an; sein jüngerer Bruder Alois wurde Eisenbahninspektor und Mitglied der SPD, die er als Abgeordneter von 1921–1925 im Badischen Landtag vertrat. Wirths Ideen wurden in einer kleinbürgerlich-demokratischen häuslichen Atmosphäre geprägt, in der es eine konstante und lebhafte Diskussion über politische und soziale Fragen gab, sowie gelegentlich heftige Kritik an den katholischen Führungsschichten.

Wirth studierte Mathematik, Naturwissenschaften und Volkswirtschaft an der Universität Freiburg. 1905 promovierte er mit einer mathematischen Dissertation »Über die Elementarteiler einer linearen homogenen Substitution« (31 Seiten). 1908 wurde er Professor an einem Realgymnasium in Freiburg. Wie der spätere Reichskanzler Heinrich Brüning blieb auch Wirth lebenslang Junggeselle. Obgleich er für eine akademische Laufbahn bestimmt zu sein schien, führten Wirths Interesse an sozialen Fragen, seine starke Neigung zu einer niemals präzis definierten »christlichen Demokratie« und – in entscheidendem Maße – die Überredungskraft einiger junger Freunde in der badischen Zentrumspartei ihn schließlich in das öffentliche Leben. 1911 wurde er in das Stadtverordneten-Kollegium in Freiburg gewählt, 1913 in den Badischen Landtag.

Im Frühjahr 1914 gewann er eine schwere Nachwahl im Wahlkreis Offenburg gegen einen nationalliberalen Kandidaten und gelangte in den Reichstag, dem er bis 1933 angehörte. Gegen Ende des Ersten Weltkriegs wurde Wirths Name mit dem Erzberger-Flügel der Deutschen Zentrumspartei in Verbindung gebracht, wenngleich er zu keinem Zeitpunkt ein besonders enger Anhänger oder persönlicher Freund des umstrittenen Ministers gewesen ist.

Die Novemberrevolution von 1918 bedeutete einen Wendepunkt in Wirths politischem Leben; denn ohne den Zusammenbruch der alten Ordnung kann man sich nur schwer vorstellen, auf welche Weise ihm sein bemerkenswert steiler politischer Aufstieg möglich gewesen wäre. Anders als Erzberger – der einzige andere Politiker auf dem linken Flügel des Zentrums, mit dem Wirth eine Reihe von Gemeinsamkeiten hatte –, der seine politische Karriere schon im kaiserlichen Deutschland gefestigt hatte, war Wirth einer der neuen Männer, die durch die Ereignisse von 1918 und die Folgezeit die politische Bühne betraten. Die gemäßigte Haltung der badischen SPD und der traditionelle demokratische Standpunkt des badischen Zentrums machten die Übergabe der Macht an eine provisorische Koalitionsregierung in Karlsruhe zu einem relativ reibungslosen Prozeß. Das badische Zentrum wurde auf diese Weise die erste katholische Landespartei, die zur Kooperation auf dem Boden der neuen Ordnung bereit war. Wirth wurde von seinem Kollegen im badi-

schen Zentrum, Heinrich Köhler, als Finanzminister für die neue Regierung vorgeschlagen. Er akzeptierte diesen Posten erst, als geklärt war, daß die provisorische Regierung die Zustimmung des Großherzogs Friedrich und die der alten Autoritäten erhalten hatte.

Wirths Hauptaufgabe während seiner Tätigkeit als badischer Finanzminister vom November 1918 bis zum März 1920 war es, eine weitere Radikalisierung insbesondere der christlichen Arbeiterschaft zu verhindern und die katholischen Arbeiter davon abzuhalten, in größerer Zahl in das Lager der politischen Linken überzuwechseln. Wirth machte sich innerhalb seiner Partei einen Namen als überzeugter »Herzensrepublikaner«, der sich der Aufgabe widmete, einen sozialen Volksstaat zu errichten. Wie andere Zentrumsanhänger, hatte auch Wirth nicht den Zusammenbruch des Kaiserreichs und die Revolution von 1918 herbeigewünscht. Aber er bestand darauf, daß das Zentrum nunmehr radikal alle Konsequenzen aus der Entwicklung seit 1917 zog. Das bedeutete eine klare nationale Führungsposition und die Einhaltung eines strikt demokratischen Kurses, eingeschlossen die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie. Diese Gedanken standen im Gegensatz zur Zurückhaltung und zu den Bedenken der meisten Zentrumsführer, erst recht derjenigen Zentrumsangehörigen, die die neue Staatsordnung ablehnten, wenngleich sie in der Partei verblieben.

II

Die Krise des Kapp-Putsches im März 1920 versetzte Wirth in die Reihe der politischen Prominenz im Reich. Bei der Neubildung der Reichsregierung nach dem Putsch wurde Wirth Finanzminister, nachdem er die Kandidatur des Direktors der Hamburg-Amerika-Linie (HAPAG), Wilhelm Cuno, für dieses Amt abgewehrt hatte. Wirth, der zunächst vom badischen Zentrum als Reichsschatzminister nominiert worden war, schrieb an den Vorsitzenden des badischen Zentrums, Prälat Joseph Schofer, daß er nicht die Absicht habe, als »demokratisches Feigenblatt« in einem Kabinett zusammen mit Cuno zu sitzen: eine Anspielung auf Cunos Beziehungen zur Deutschen Volkspartei, die im Kapp-Putsch eine zweideutige Rolle gespielt hatte.

Wie vor ihm Erzberger, so nutzte auch Wirth sein Amt als Reichsfinanzminister dazu, sich eine starke politische Stellung zu verschaffen. Das war um so notwendiger, als das schwache Kabinett des Reichskanzlers Konstantin Fehrenbach (Juni 1920 bis Mai 1921) einen großen Teil seiner Arbeit mit geringem Erfolg dem schwierigen Problem der Reparationen widmen mußte. Wirth setzte Erzbergers Linie der finanziellen Verein-

heitlichung (»Verreichlichung«) und der direkten Einkommenssteuern fort. In seiner politischen Haltung wurde er wie Erzberger als »Linkszentrumsmann« klassifiziert. Innerhalb des Zentrums verteidigte er lautstark den »gestürzten« Minister und dessen Politik. Wirths Standort wurde deutlich in hitzigen Diskussionen mit den Gegnern Erzbergers innerhalb der Zentrumsfraktion. Die Folge davon war eine wachsende Gegnerschaft zwischen Wirth und den politischen Sprechern von Besitz und Bildung.

Der badische Zentrumspolitiker unterhielt gute persönliche Beziehungen zu einigen einflußreichen Geschäftsleuten. Wenngleich er, wie sich auf lange Sicht zeigte, dem Mittelstand sehr wohl nutzen konnte, traf er auf eine zunehmende öffentliche Opposition seitens der Deutschen Volkspartei. Als Reichsfinanzminister trat Wirth auch in enge Zusammenarbeit mit der militärischen Führung, insbesondere mit Generaloberst Hans von Seeckt, dem Chef der Heeresleitung. Er schuf – zunächst geheim – die finanziellen Voraussetzungen für die illegale Wiederaufrüstung Deutschlands und für Maßnahmen zum Schutz der östlichen Grenzen. Seit 1920 datiert eine besonders enge persönliche und politische Freundschaft mit Walther Rathenau. Wirth schätzte Rathenaus Fachkenntnisse und vielfältige Beziehungen und nahm ihn im Juli 1920 mit zur Reparationskonferenz nach Spa. Die weit verbreitete Annahme jedoch, daß Rathenau die dominierende Persönlichkeit gewesen sei und daß Wirth nur in dessen Schatten gestanden habe, ist ein Irrtum.

Der totale Fehlschlag der Regierung Fehrenbach bei dem Versuch einer Lösung der Reparationsfrage wurde besiegelt durch das Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 und die anschließende Weigerung der Mittelparteien, ein »neues Versailles« hinzunehmen. Wiederholte und leidenschaftliche Debatten innerhalb der Zentrumsfraktion endeten mit zwei Beschlüssen: Das Zentrum entschloß sich, das Ultimatum anzunehmen und erklärte sich schließlich bereit, eine neue Regierung zu bilden, nachdem sich herausgestellt hatte, daß dazu keine andere Partei, eingeschlossen die SPD, bereit war. Die beiden ernsthaftesten Kandidaten für das Kanzleramt waren Wirth und der Oberbürgermeister von Köln, Konrad Adenauer.

Wirths Hauptopponenten in der Zentrumsfraktion – Adam Stegerwald, Heinrich Brauns und Rudolf ten Hompel – argumentierten, daß er nicht das notwendige Vertrauen bei den Rechtsparteien besitze und daß infolgedessen ein Kabinett Wirth auf einer zu schmalen Grundlage basiere. Adenauer andererseits war unannehmbar für die SPD, zu der Wirth enge Beziehungen unterhielt und von der er entscheidende Unterstützung empfing, eingeschlossen die von Reichspräsident Friedrich Ebert, der zugunsten des Zentrumspolitikers intervenierte. Die Entscheidung der Partei-

senioren Karl Trimborn und Peter Spahn für Wirth gab schließlich den Ausschlag für seine Berufung zum Reichskanzler. Weit entfernt, seine eigene Kandidatur zu betreiben, fand sich Wirth nur höchst widerstrebend und unter starkem Druck dazu bereit, die Bürde des Reichskanzleramtes zu übernehmen.

III

Wenngleich Wirth das Amt nur mit Widerstreben angenommen hatte, so zeigte er – einmal im Amt – keine Spur von Unsicherheit. Mit 41 Jahren war Wirth nicht nur der jüngste deutsche Reichskanzler zwischen 1871 und 1933, sondern auch einer der tatkräftigsten; der Gegensatz zu allen seinen unmittelbaren Vorgängern war unverkennbar. Wirths Art der Regierungsführung spiegelte seine Energie (wenngleich diese Tatsache in den Protokollen der Kabinettssitzungen nicht immer deutlich wird); er machte vollen Gebrauch von seinem verfassungsmäßigen Recht, den Kurs der Politik, insbesondere der Außenpolitik, zu bestimmen. Der Kanzler arbeitete nicht gern mit der alten Bürokratie und Beamtenschaft und suchte die normalen Dienstwege zu umgehen.

Die Probleme, vor die sich Wirth gestellt sah, waren enorm, und die Möglichkeiten, sie erfolgreich zu lösen, sehr gering. Wirth war in der Tat ein »Versailles-Kanzler«, der sich gezwungenermaßen gleichzeitig mit der alles überschattenden Frage der Reparationen wie mit der explosiven innenpolitischen Situation zu beschäftigen hatte. Wirth war ferner ernsthaft behindert durch seine unzureichende Ausbildung als Volkswirt und seine ungenügenden fiskalischen Fachkenntnisse – er war in dieser Hinsicht kein Erzberger; die Ende des Jahres 1921 erfolgte Berufung des Zentrumspolitikers Andreas Hermes als Finanzminister in das Kabinett bedeutete in dieser Hinsicht keine Hilfe.

Nichtsdestoweniger war Wirth davon überzeugt, daß harte Arbeit, ein klares Bekenntnis zur republikanischen Demokratie und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Entente-Mächten – die oft mißverstandene Erfüllungspolitik – einen Zeitgewinn bis zu einer Revision der Belastungen des Versailler Vertrags bedeuten würden. Die Konsolidierung der Demokratie in Deutschland bildete in Wirths Augen die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg seiner Außenpolitik und war in der Tat untrennbar damit verbunden. Der »Untertanenstaat« des alten Regimes war von innen zusammengebrochen, so argumentierte Wirth, weil er sein Existenzrecht verloren hatte und weil er durch Entfremdung der Arbeiterklasse sozial restaurativ gewesen war.

Wirths spätere Behauptung, daß die Erhaltung der »bürgerlichen Ge-

sellschaft« eines seiner Hauptziele gewesen sei, kann nicht von seiner national-demokratischen und sozial-republikanischen politischen Konzeption getrennt werden. Der Kanzler wurde innerhalb des Zentrums von der katholischen Jugend und Arbeiterschaft begeistert unterstützt, insbesondere von der Katholischen Arbeiterbewegung in Westdeutschland und ihrem prominentesten Sprecher Joseph Joos. Wirths Beziehungen zu den Christlichen Gewerkschaften waren lange Zeit durch eine gewisse Distanz gekennzeichnet, in der Hauptsache das Resultat von Wirths Ablehnung der politischen Vorstellungen des Vorsitzenden der Christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald. Die Honoratiorenführerschaft im Zentrum unterstützte die Erfüllungspolitik des Reichskanzlers, betrachtete aber seine Nähe zur SPD mit wachsender Skepsis und mit zunehmender Sorge.

Wirths Außenpolitik konnte 1921 einige Fortschritte verzeichnen, erfuhr aber einen großen Rückschlag durch den Verlust von etwa der Hälfte Oberschlesiens an Polen im Oktober 1921. Die gespannte innenpolitische Situation wurde schlagartig beleuchtet durch die Ermordung von Matthias Erzberger im August, den Übertritt von Martin Spahn vom Zentrum zur Deutschnationalen Volkspartei und die wachsende Opposition gegenüber der »Linkspolitik« des Zentrums seitens katholischer Beamter und Akademiker sowie durch die Angriffe Stegerwalds auf Wirth gegen Ende des Jahres 1921. Die öffentlichen Erklärungen und Reden des Reichskanzlers wurden immer mehr zum Gegenstand von Kontroversen innerhalb der Zentrumsfraktion, die es dem Kanzler nahelegten, sich in einigen seiner Ansichten etwas zu mäßigen.

Wirth setzte 1922 seine Erfüllungspolitik fort, zusammen mit Walther Rathenau, der als Wiederaufbauminister in die Regierung eintrat und schließlich im Januar 1922 Außenminister wurde. Rathenau trug sichtbar dazu bei, Kredit und Ansehen der Regierung Wirth bei den Westmächten zu vergrößern. Aber er war keineswegs Hauptinitiator jener Politik, mit der Wirth so eng identifiziert wurde und die im April 1922 im Vertrag von Rapallo gipfelte. Wirth gab in der Öffentlichkeit zu, daß Rapallo dazu ausersehen war, für Deutschland Bewegungsfreiheit zu gewinnen und es in den Stand zu setzen, den »Ring von Versailles« zu durchbrechen, aber er unterstrich nachdrücklich das Wesen des Vertrags als eigenständigen Friedensschluß, den ersten wirklichen Friedensvertrag seit Ende des Krieges. Es gab aber auch andere Begründungen für Rapallo, namentlich die restaurativer militärischer und diplomatischer Vorstellungen der konservativen Rechten, die auf eine mögliche Zurückdrängung von Polen zielten und stillschweigend gegen Polens Alliierten (Frankreich) gerichtet waren.

Wirth teilte diese Ansichten; sein antipolnischer Standpunkt war ein

Spiegelbild eines kulturell-politischen Inferioritätskomplexes, ein Zwang zum Nachweis nationalen Empfindens bei den deutschen Katholiken. Damit korrespondierte die Hoffnung, daß vor allem Seeckts Einfluß dazu beitragen würde, daß die Politik der Regierung von seiten der Rechten toleriert werden würde. Wirth war außerordentlich stolz auf den Abschluß von Rapallo, was für ihn für den Rest seines Lebens kennzeichnend wurde. Daß seine Unterstützung ausgerechnet des militärischen und politischen Revisionismus auf lange Sicht der Republik schaden mußte, die Wirth anvertraut war, blieb eine ernste offene Frage. Kurzfristig gesehen zerstörte Rapallo das Vertrauen, dessen sich Wirth bei Ebert erfreut hatte, und unterhöhlte die Erfüllungspolitik des Kanzlers. Wenngleich darin nicht der eigentliche Grund für die neun Monate später erfolgte Katastrophe der Ruhrbesetzung lag, so verhärtete diese Politik doch die französische Haltung.

In den letzten sechs Monaten der Reichskanzlerschaft nach Abschluß des Rapallo-Vertrags erfolgte eine Versteifung der innenpolitischen Fronten. Rathenaus Ermordung im Juni 1922 und Wirths Verurteilung der politischen Rechten in seiner berühmt gewordenen Reichstagsrede vom 24. Juni (die er mit der dramatischen Wendung schloß: »Dieser Feind steht rechts«!); Wirths stürmische Auseinandersetzungen mit Bayern über die Ausführung des Republikschutzgesetzes; sein Kampf mit seinem Parteikollegen, dem Reichsfinanzminister Andreas Hermes, über Rapallo und die Reparationspolitik; schließlich der beängstigende Verfall der Währung kennzeichneten die verschlechterte Situation der Regierung. Versuche des Kanzlers, seine »schwarz-rote-Koalition« durch Aufnahme der Deutschen Volkspartei (DVP) zu erweitern und auf diese Weise die Unterstützung der Industrie zur Lösung der Reparationsfrage und der Finanzprobleme zu gewinnen, scheiterten und führten schließlich im November 1922 zum Rücktritt der Regierung.

Ein zunehmendes Vertrauen Wirths auf die SPD mit ihrem verstärkten linken Flügel (nach Wiedervereinigung mit den Unabhängigen Sozialisten) war für das Zentrum unannehmbar und gefährlich und zeigte die Grenzen, die diese Partei in der Unterstützung Wirths nicht überschreiten wollte, weil darin »Sprengpulver« für den politischen Katholizismus lag. Wirth beschloß den Versuch zur Bildung einer großen Koalition und zu einer Umbildung seines Kabinetts zu machen, aber die SPD, die um den Zusammenhalt der neugewonnenen Einheit mit den Unabhängigen Sozialisten fürchtete, weigerte sich, zusammen mit der DVP eine Regierung zu bilden. Wenngleich der Reichskanzler einmal erklärt hatte, daß er nur in offener Schlacht durch ein Mißtrauensvotum des Reichstags fallen werde, so spürte er jetzt das kommende Verhängnis und entschloß sich, das Kanzleramt aufzugeben.

IV

Von 1922 bis 1929 übte Wirth kein Regierungsamt aus; in seiner Laufbahn begann ein neues Stadium. Mit seinen 43 Jahren war seine politische Karriere keineswegs beendet, aber er fühlte sich, zu Recht oder zu Unrecht, immer mehr als Außenseiter in seiner Fraktion und Partei. Unter dem Parteivorsitzenden (1922–1928) Wilhelm Marx verfolgte das Zentrum einen mittleren Kurs, verbunden mit der Bereitschaft zur politischen Zusammenarbeit mit den gemäßigten Elementen der Rechtsopposition, der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). In der Ära Marx, die zusammenfiel mit den relativ ruhigen Jahren der Republik, unterstrich das Zentrum seinen Charakter als eine weder republikanische noch monarchistische Partei, sondern als eine Verfassungspartei, die sich in der Lage sah, sowohl mit der Rechten als auch mit der Linken auf dem Boden der Weimarer Verfassung zusammenzuarbeiten. Wirth stand dieser Politik, die er für trügerisch und gefährlich hielt, sehr kritisch gegenüber und hielt sie für unvertretbar angesichts der Haltung der DNVP – deren häufiger Gebrauch des Terminus »nationale Opposition« seiner Auffassung nach antidemokratisch war. 1927 interpretierte er die Formel vom Zentrum als Verfassungspartei als einen »politischen Bekenntnisverzicht«.

Es gab zu keiner Zeit im Zentrum einen »Wirth-Flügel« im wirklichen Sinne des Wortes. Der frühere Reichskanzler konnte jedoch auf Unterstützung von verschiedenen Seiten rechnen: von katholischen Arbeitern, besonders in einigen Ortsgruppen der Katholischen Arbeiterbewegung; von der Zentrumsjugend in den Windthorstbunden; von Teilen von Wirths eigener badischer Zentrumspartei unter dem angesehenen Landesvorsitzenden Josef Schofer (mehr als Resultat unbeirrbarer persönlicher Loyalität als politischer Überzeugung auf Schofers Seite); von einem Kreis von Intellektuellen und Journalisten um die »Rhein-Mainische Volkszeitung« in Frankfurt, dessen prominentester Sprecher Friedrich Dessauer war; von politischen Persönlichkeiten in der Berliner »Zentrums-Diaspora« wie Karl Spiecker. Darüber hinaus stützte sich Wirth auf die unorganisierten Massen, mit denen er durch seine öffentlichen Reden und Wahlreisen Kontakt suchte und deren Unterstützung, besonders die der katholischen Jugend, zeitweilig so stark wie zeitlich begrenzt sein konnte. Wirth war weder in der Lage noch versuchte er jemals, seine Anhängerschaft in einer soliden Hausmacht zu organisieren. Seine Kritik an der Politik der Zentrumsfraktion und seine Warnungen vor einer »Bürgerblock-Regierung« begannen im Jahre 1923. Sie setzte sich 1924 außerhalb der Fraktion immer stärker fort, vor allem in liberalen Blättern wie der »Frankfurter Zeitung« und dem »Berliner Tage-

blatt«, zu denen Wirth gute Beziehungen besaß. Schließlich verließ der Exkanzler im August 1925 die Reichstagsfraktion des Zentrums, nicht aber die Partei, und blieb ihr bis zum Juli 1926 fern. Das tat er als Ausdruck des Protestes (sowohl gegen die, wie er es nannte, autokratische Behandlung der Fraktion durch ihren Vorsitzenden Konstantin Fehrenbach als auch gegen die Politik der Fraktion) und in der Hoffnung, die Kräfte eines »sozialen und republikanischen« Zentrums zu sammeln. Schließlich unterstützte Wirth tatkräftig das Reichsbanner, obwohl er nicht zu den ersten Zentrumsmitgliedern zählte, die sich ihm anschlossen; er nutzte seine öffentlichen Auftritte, um die Politik des Zentrums zu kritisieren.

Wirths Aktionen führten zu Kontroversen innerhalb der Partei, ähnlich denen, die früher Erzberger zu bestehen hatte. In mancher Hinsicht allerdings war Wirth ein schwierigeres Problem, als es Erzberger gewesen war, insbesondere wegen seiner Fähigkeiten als Volksredner und seiner enormen Popularität, die in seiner enthusiastischen Aufnahme auf dem 4. Reichsparteitag in Kassel im November 1925 deutlich wurde. Dort behandelte Wirth einige grundlegende Probleme, die die Zukunft des politischen Katholizismus berührten. Seine Vorstellung vom Zentrum war die einer nichtkonfessionellen, republikanischen und demokratischen Staatspartei, und die Aufgabe, wie er sie sah, galt einer Politisierung der Partei, die bisher nur unvollkommen erfüllt worden war.

Das Verhältnis der deutschen Katholiken zur Republik war – nach Wirth – nicht so sehr eine staats- oder verfassungsrechtliche Frage, noch konnte sie weiterhin innerhalb des traditionell konfessionell-kirchlichen Rahmens des politischen Katholizismus gelöst werden. Die künftige Existenz des republikanischen Staates, so warnte er, hänge von der Loyalität und dem nationalen politischen Gewissen der deutschen Katholiken ab, eine Loyalität, die dem Bestand der Zentrumspartei übergeordnet sei.

Zur Verwirklichung dieser Vorstellungen gründete Wirth im August 1926 eine »Republikanische Union«, mit nomineller Unterstützung von SPD-Reichstagspräsident Paul Löbe und von Ludwig Haas, einem badischen DDP-Politiker. Wenngleich die öffentliche Ankündigung dieser »Union der Republikaner« – Marx schrieb, diese Aktion sei ein »echter Wirth« – den Anschein der Improvisation erweckte, so hatte Wirth dieses Projekt schon seit 1925 mit Kollegen aus dem Zentrum besprochen. Seine Kritiker und auch einige seiner Freunde befürchteten, daß die Republikanische Union eine Session des linken Zentrumsflügels ankündigen und zur Gründung einer neuen Partei führen werde. Diese Befürchtungen erwiesen sich als grundlos; das Projekt war gestartet worden, nachdem Wirth im Juli wieder in die Fraktion eingetreten war. In seinen

Augen bildete die Republikanische Union ein Forum für Zusammenarbeit und Gespräche zwischen den drei Weimarer Koalitionsparteien, eine Union zwischen der Arbeiterklasse und Demokraten des Mittelstands, deren Aufgabe Wirth darin sah, »republikanische Staatsarbeit« zu leisten.

V

Der Schutz der Demokratie gegen die Gefahr einer schleichenden Reaktion – ein bevorzugtes Thema Wirths in der Mitte der 20er Jahre – und der Aufbau eines »republikanischen Willens« waren erstrebenswerte Ziele, und Wirth gehörte zu einer Minderheit innerhalb wie außerhalb seiner Partei, die die Notwendigkeit sah, die Republik stärker zu verankern, als das angesichts ihrer mehr passiven Hinnahme bisher geschehen war. Aber es waren zugegebenermaßen keine sehr präzisen Ziele, und ihre Durchsetzung wurde durch das gelegentlich exzentrische Auftreten von Wirth nicht gerade erleichtert. Im Zusammenhang der Entwicklung nach 1918 in Deutschland kann es keinesfalls überraschen, daß die Weimarer Parteien wenig mit solchen Projekten zu tun haben wollten, wie sie von Wirth betrieben wurden. Die Republikanische Union und ihre Zeitschrift »Deutsche Republik« erschienen als eine Plattform der Ideen von Wirth und seiner Anhänger, insbesondere für linksgerichtete Katholiken. Die Frage blieb offen, ob Wirths Ideen, wie sie der Republikanischen Union zugrunde lagen, auf lange Sicht mit den Voraussetzungen des politischen Katholizismus versöhnt werden konnten; denn nach dem Urteil der Zentrumsführer war die Republikanische Union doktrinär linksgerichtet, unzeitgemäß und unvernünftig im Rahmen der Entwicklung Mitte der zwanziger Jahre.

Wirths öffentliches Auftreten als Verfechter der Republik nach 1922 war von seiner Verwicklung in eine Bauholzkonzession in der Sowjetunion, die »Mologa-Holzindustrie«, begleitet. Die 1923 erteilte Konzession war von Anfang an ein ökonomischer Fehlschlag. Aber ihre Bedeutung für Wirth (genauso wie für das Auswärtige Amt) lag auf politischem Gebiet, als Unterstützung der Rapallo-Politik. Vor allem badische Zentrumsführer, die in Erinnerung an die Vorwürfe gegen Erzberger wegen dessen Vermischung von Geschäft und Politik unangenehm berührt waren, versuchten Wirth 1924 von dem Mologa-Unternehmen zu lösen. Andere Zentrumsmitglieder der Reichstagsfraktion wie deren industrieller Sprecher Clemens Lammers lehnten das Mologa-Unternehmen insbesondere deswegen ab, weil es ein Symbol von Rapallo war. Sie griffen Wirth aus diesem Grunde heftig an. Er wurde schließlich gezwungen, seine Beteiligung an der Konzession zurückzuziehen, als das Unterneh-

men 1927 zusammenbrach; die Mologa-Angelegenheit bildete eine zusätzliche Quelle der Schwierigkeiten zwischen Wirth und dem Zentrum. Der Höhepunkt seiner Auseinandersetzungen mit dem Zentrum wurde 1927/28 erreicht, als Wirth öffentlich gegen das Reichsschulgesetz der »Bürgerblock-Regierung« (4. Kabinett Marx) opponierte. Wirths Auffassung, wonach das Schulgesetz für die DNVP nur ein Vorwand war, um das Zentrum von der Linken zu lösen und in eine Sackgasse hinein zu manövrieren, war nicht vollständig aus der Luft gegriffen. Aber der Exkanzler bewegte sich mit dieser Annahme auf dünnem Eis, und seine Gegnerschaft rührte an die Grundlagen des Zentrums als einer religiös verwurzelten Weltanschauungspartei. Für die Reichstagswahl im Mai 1928 wurde Wirths Name von der Liste der badischen Zentrumspartei gestrichen. Erst nachdem er sich bereiterklärt hatte, eine Anzahl von Bedingungen zu akzeptieren, die ihm der Reichsparteivorstand auferlegte, fand er auf der Reichsliste des Zentrums einen Platz; ausgerechnet dieser Volkstribun und Wächter einer parlamentarischen Demokratie war ohne einen Wahlkreis. Hinzu kam, daß die Wahl von Ludwig Kaas als Nachfolger von Marx als Vorsitzender der Zentrumspartei auf dem Kölner Reichsparteitag im Dezember 1928 für Wirth eine doppelte Niederlage bedeutete. Er lehnte nicht nur Kaas als »Salon-Prälaten« ab, mit dem er sich nie verstanden hatte, sondern dessen Wahl bedeutete auch das Ende jeden Versuchs einer Politisierung und Entkonfessionalisierung des Zentrums im Sinne von Wirth.

VI

Im April 1929 trat Wirth als Reichsminister für die besetzten Gebiete in die Regierung der Großen Koalition unter Hermann Müller ein. Seitdem gab es keine scharfe Kritik mehr an der Parteipolitik, wenngleich gelegentlich Anzeichen des »alten Wirth« auftauchten. Im Sommer 1929 wurde Wirth in eine öffentliche Auseinandersetzung mit Kaas über die Konferenz in Den Haag verstrickt, der er als Mitglied der deutschen Delegation angehörte. Wirth bewertete die politische Situation in zunehmendem Maße pessimistisch und warnte im Kabinett Müller vor dem unaufhörlichen Parteigezänk als »Vorbote des Faschismus«. Im März 1930 wurde Wirth Innenminister im Kabinett Heinrich Brüning, teilweise um den linken Flügel des Zentrums zu beschwichtigen und bis zu einem gewissen Grade die SPD, deren stillschweigende Tolerierung die Regierung benötigte.

Die Situation erlaubte in etwa einen ironischen Vergleich zu Wirths Stellung zehn Jahre früher. Es wirkte wie ein unbeabsichtigtes Symbol, daß Wirth im Oktober 1930 seine Verbindung mit der Zeitschrift »Deut-

sche Republik« löste und die Republikanische Union nur noch dem Namen nach existierte. Als »Artikel 48-Minister« im Kabinett Brüning wurde Wirth spöttisch mit dem Ruf »Der Feind steht rechts!« begrüßt, weil es seine Aufgabe war, die wachsende Flut des Radikalismus und die wachsende Gefahr des Nationalsozialismus zu bekämpfen. Der Innenminister wurde in eine lang andauernde Kontroverse mit dem NSDAP-Politiker Wilhelm Frick in der thüringischen Regierung verstrickt, die er von seinem Vorgänger Karl Severing übernommen hatte. Im September 1930, nach der spektakulären Reichstagswahl, berief er Karl Spiecker als Sonderbeauftragten »zur Bekämpfung des Nationalsozialismus« in das Reichsinnenministerium. Keiner von ihnen gefiel der hinter der Regierung stehenden grauen Eminenz Kurt v. Schleicher, der zusammen mit Reichswehrminister Wilhelm Groener Wirth feindlich gesinnt und zu dem Entschluß gekommen war, er sei überfällig. Im Oktober 1931 schließlich – bei der Umbildung des Kabinetts Brüning – wurde Wirth aus der Regierung entfernt, insbesondere auf Drängen von Reichspräsident v. Hindenburg, der niemals ein Geheimnis aus seiner Geringschätzung Wirths gemacht hatte.

Während er weiterhin öffentlich und politisch aktiv blieb, spielte Wirth keine Hauptrolle mehr beim schließlichen Untergang der Republik. Im März 1933 gehörte er zur Minorität jener Zentrumsabgeordneten, die bereit waren, das Ermächtigungsgesetz abzulehnen. Aber eine Kombination von Resignation und den gleichen nationalen und sozialen Überlegungen, die ihn zu so vielen seiner früheren Unternehmungen bewogen hatten, führten dazu, daß Wirth schließlich der Mehrheit der Fraktion folgte, die geschlossen für das Gesetz stimmte.

Wirth wollte nicht darauf warten, den letzten Akt in der Geschichte der Zentrumspartei mitzuerleben. Unmittelbar nach der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz verließ er Deutschland, fuhr nach Wien und kehrte nicht wieder zurück. Wirth befürchtete seine Verhaftung. Seine Abreise war allerdings bereits vor der Abstimmung vom 23. März geplant. Seine Handlungsweise von April bis Juni läßt darauf schließen, daß er davon ausging, daß es im nationalsozialistischen Deutschland für das Zentrum keine Zukunft mehr geben würde.

Die Umstände, unter denen Wirth 1933 Deutschland verließ, und seine Aktivität im Exil in den nächsten 15 Jahren waren merkwürdig und für ihn nur zu typisch doppeldeutig. Er blieb ängstlich darauf bedacht, sein Ansehen und seine nationale Ehre gegen Angriffe der nationalsozialistischen Presse zu verteidigen, wahrte aber in der Öffentlichkeit Schweigen, verbunden mit Respekt vor dem Regime. Zur gleichen Zeit, da er auf den Sturz der Hitler-Diktatur in Deutschland hoffte, unterhielt er eine Vielzahl von Kontakten mit deutschen Widerstandskreisen, der franzö-

sischen Regierung vor 1940 und später mit dem amerikanischen Sonderbeauftragten in der Schweiz Allen W. Dulles. Aber weder diese Aktivitäten noch Wirths Zusammenarbeit 1943 mit Otto Braun und Wilhelm Hoegner bei der Gründung der »Arbeitsgemeinschaft demokratisches Deutschland« in der Schweiz, noch auch seine Versuche, nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1948 wieder politisch aktiv zu werden, haben irgendetwas mit politischem Katholizismus zu tun. Er war ein Mann, wie seine Freunde feststellten, den die Zeit überlebt hatte.
Durch seine persönlichen Beziehung mit Ostberliner und Moskauer Behörden ist es Wirth gelungen, einige Freunde und Kollegen aus der politischen Gefangenschaft zu befreien. Aber in der Bundesrepublik lehnte er die Politik Konrad Adenauers (gegen den er auch in der Weimarer Republik opponiert hatte) strikt ab. Seine Tätigkeit in den frühen fünfziger Jahren als nomineller Vorsitzender des kommunistisch geförderten »Bundes der Deutschen« (und Stalinpreisträger 1955) und in der linksorientierten und neutralistischen »Gesamtdeutschen Volkspartei« (mit Helene Wessel, Wilhelm Elfes und Gustav Heinemann) blieb ohne weitere Wirkung. Joseph Wirth starb am 3. Januar 1956 in Freiburg, in vieler Hinsicht verbittert und kaum bemerkt von der Welt.

VII

Wirth war eine einzigartige und in keiner Weise typische Gestalt in der Geschichte des politischen Katholizismus. Von vielen als Emporkömmling abgelehnt – aus dem gleichen Grunde wurde ja auch Erzberger gehaßt –, war sein politischer Aufstieg von 1918 bis 1922 von Krisen begleitet gewesen – Revolution, Kapp-Putsch, Londoner Ultimatum –, die seiner Karriere einen eigentümlichen Beigeschmack verliehen und ihm, wie die Aura des folgenden Rapallo-Vertrags, nach 1922 noch lange anhafteten. Innerhalb des Zentrums bedrohten das alarmierende Anwachsen von Interessenkonflikten und die Auseinandersetzungen über die Annahme der Republik und die Koalition mit der SPD die Existenz des politischen Katholizismus. Sie schienen dazu zu zwingen, zunehmend größeres Vertrauen auf die religiöse Weltanschauung und einen mehr konservativen politischen Kurs zu setzen.
Wirths engagierter Republikanismus spiegelte das Vordringen neuer Kräfte nach 1918 – seine Unterstützung durch die Jugend und die Arbeiterschaft ist in dieser Hinsicht symptomatisch –, aber ein Wirth-Kurs war unannehmbar für das Zentrum und hätte zweifellos die Partei zerstört. Ein ebenso schweres Problem war Wirths Unvermögen, seine Anhänger zu führen. Sein rebellisches Temperament und seine komplexe

Persönlichkeit ließen ihn weit mehr einen doktrinären Linken erscheinen, als er es tatsächlich gewesen ist. In Wirths Denken und in seiner Laufbahn von 1918 bis 1933 bestand durchaus innere Folgerichtigkeit. Seine Verbindung von sozialer Demokratie und Nationalismus mag durchaus Hegelsche Ideen aufgenommen haben, aber bei näherem Zusehen handelte es sich mehr um jakobinische Töne als um irgend etwas anderes. Daß der Zentrumspartei in ihrer Schlußphase, und zwar schon seit 1928, die Sicherheit des sprichwörtlichen Zentrumsturms gefehlt hat, ist augenscheinlich. Wirths politische Laufbahn war unlösbar mit diesem Untergang verstrickt, ein Spiegelbild der Krise und des in der Tat unauflöslichen Dilemmas des politischen Katholizismus.

Hugo Stehkämper

Wilhelm Marx (1863–1946)

Für die Weimarer Republik verzeichnen fast alle ihre Geschichtsschreiber mit dem Jahreswechsel 1923/24 den Umschwung zu ihrem »besten Jahrfünft«. Der Mann, unter dessen Kanzlerschaft die »goldenen Zwanziger« begannen, hieß Wilhelm Marx; und von den fünf guten Jahren bestritt er als Chef der Reichsregierung mehr als drei. Gleichwohl: Wilhelm Marx galt und gilt alles andere denn als »Herr der Wende«. Auch scheint die Frage, welchen Männern nach den vielen Aufständen, Putschen und politischen Morden, nach Ruhreinbruch, Separatismus und Inflation das Verdienst gebührt, in Deutschland einigermaßen geordnete Verhältnisse herbeigeführt zu haben, minderen Rang zu besitzen als die nach dem Urheber der augenfälligeren außenpolitischen Erfolge; so ist – wenn auch vereinzelt – von einer »Aera Stresemann« (K. D. Erdmann) gesprochen worden. Das Bild des leitenden Kanzlers blieb dagegen blaß. Obschon Marx von den zwanzig Kabinetten zwischen 1919 und 1933 mit vier die meisten geführt hat und es dabei auf die längste Dienstzeit von allen zwölf Weimarer Regierungschefs brachte, erinnern sich auch Zeitgenossen eher an Joseph Wirth, Hans Luther, Heinrich Brüning. Warum aber gab man Marx so oft und so lange das Steuer des Reiches in die Hand? Warum sprach und spricht man andererseits von ihm so wenig? Hier gilt Otto Geßlers Urteil: »Er wurde nach Erfolgen gemessen, die imaginär, weil unerreichbar waren bei dem Übermaß mangelnder Einsicht, drinnen wie draußen.«

I

Man hat es dem Sohn, der in Köln am 15. Januar 1863 dem Hauptlehrer Johann Marx, Rektor der Pfarrschule St. Ursula, geboren wurde, gewiß nicht an der Wiege gesungen, daß ihn die Lebenslaufbahn dereinst in die Stellung Bismarcks führen werde, dem damals die Geschicke Preußens überantwortet worden waren. Politik lag dem Elternhaus wohl weitgehend fern. Doch der Kulturkampf, den der große Staatsmann 1872–1887 gegen die katholische Kirche führte, erregte es zutiefst. Der Schüler schon dürfte dadurch weltanschaulich festgelegt worden sein.

Wilhelm Marx brachte gute Zeugnisse aus der Schule des Vaters und befriedigende vom Marzellengymnasium nach Hause. Pünktlich bestand er 1881 sein Abitur, und pünktlich war er mit dem Studium der Rechte an der Universität Bonn fertig. Nach vier Referendarjahren holte er sich 1888 beim großen juristischen Staatsexamen wieder ein »Gut«. Zweifellos spornten ihn zu dem raschen Abschluß des Studiums und zu den Prüfungsleistungen die enge häusliche Wirtschaftslage an; seine Mutter war seit 1882 verwitwet. Seiner älteren Schwester Barbara, die 1924 als Oberin der Kölner Ursulinen-Niederlassung starb, hat Marx den Verzicht auf eine eigene Ausbildung um seinetwillen nie vergessen.

Der junge Gerichtsassessor arbeitete zunächst in Köln und Waldbröl unentgeltlich. Nach einem halben Jahr glückte es ihm, in der Kreisstadt Simmern im Hunsrück zunächst beim Hypothekenamt und dann beim Grundbuch eine bezahlte Beschäftigung zu bekommen. Innerhalb des Oberlandesgerichtsbezirks Köln machte er sich bald einen Namen, weil es ihm durch ein vereinfachtes Verfahren gelang, Tausende von Aktenresten schnell zu bewältigen. Kennzeichnend schon für seine spätere Art war es, daß er bei den Vorarbeiten für die Anlage des Grundbuchs die meist widerborstigen Bauern sonntags in die Dorfwirtschaft bitten ließ, um ihnen Sinn und Vorteile der Einrichtung zu erklären. Marx kam es immer darauf an, zunächst von der Zweckmäßigkeit und Güte seiner Sache zu überzeugen; hatte er der anderen Einsicht und Verständnis gewonnen, dann glaubte er, auch auf deren Wohlwollen und Mitarbeit rechnen zu dürfen; bei ihm zählte nicht Gehorsam, sondern Übereinstimmung.

Im übrigen war die Freizeit mit viel Geselligkeit ausgefüllt; Marx tanzte gern und sperrte sich auch nicht, wenn er ans Klavier gebeten wurde. Aus einer der bemittelteren Familien Simmerns lernte er bald die um acht Jahre jüngere Johanna Verkoyen kennen, mit der er sich im Mai 1891 verheiratete. Diese über 55 Jahre währende Ehe wurde überaus glücklich. Marx beurteilte im Alter von 74 Jahren die Zeit in Simmern als wichtigste seines Lebens. Von den vier Kindern verloren die Eheleute 1910 den ältesten Sohn Wilhelm im Alter von 17 Jahren; der zweitälteste Albert fiel 1915 21jährig in Russisch-Polen. Eine Tochter Gertrud und der jüngste Sohn Josef erlebten den steilen Aufstieg des Vaters.

In der Bonner Studentenverbindung »Arminia« und dem Kölner KV-Philisterzirkel »Häuschen« war Marx dem neun Jahre älteren Kölner Rechtsanwalt Karl Trimborn begegnet. Dieser muß, als er später dem nach Nebenverdienst ausschauenden Referendar Marx die Bearbeitung von Streitsachen übertrug, dessen Anstelligkeit und insbesondere Zuverlässigkeit schätzen gelernt haben. Als sie sich in der Vinzenzkonferenz ebenfalls trafen, dürften sie einen weitgehenden Gleichklang ihrer reli-

giösen, politischen und sozialen Anschauungen festgestellt haben. So war es für Trimborn wohl nicht schwer, den jungen Marx für den eben gegründeten »Volksverein für das katholische Deutschland« und damit auch für eine Tätigkeit innerhalb der Zentrumspartei zu gewinnen.
Ernsthaft nahm Marx eine politische Tätigkeit nach schüchternen Versuchen in Simmern jedoch erst in Elberfeld auf. Dorthin war er 1894 an das Landgericht, das wegen der gehäuften Arbeit wenig beliebt war, als Landrichter versetzt worden. Mitgliedschaften in verschiedenen katholischen Vereinen drängten ihn zum örtlichen Zentrum. Er glich hier zunächst alte Rivalitäten und Streitigkeiten aus, hielt sich aber sonst zurück. Am 3. Januar 1899 konnte er sich freilich seiner Wahl zum Vorsitzenden des Elberfelder Zentrums-Vereins nicht länger entziehen. Vieles gelang ihm mit sanfter Hand. Nach insgesamt zehn Jahren verließ er die regsame Fabrikstadt. Das von Marx' zuständigem Pfarrer gesprochene Abschiedswort sollte Gültigkeit für immer behalten: »Er ist nicht in erster Linie Politiker, sondern Katholik.«
Wegen seiner inzwischen gealterten Mutter zog Marx 1904 als Landgerichtsrat in die Heimatstadt Köln. Nachdem er 1906 zum Oberlandesgerichtsrat befördert worden war, wechselte er am 1. Januar 1907 zum neu errichteten Oberlandesgericht Düsseldorf über. Erst 1921 gab es weiteres Fortkommen: Am 28. Januar wurde er zum Landgerichtspräsident von Limburg ernannt (er war deswegen beim Preußischen Justizminister Hugo am Zehnhoff vorstellig geworden), und schon am 27. September ging er aus politischen Gründen als Senatspräsident nach Berlin ans Kammergericht. Während er in Limburg lebhaft als Richter und Behördenleiter amtiert hat, leistete er in Berlin keinen Gerichtsdienst mehr. Den Schluß seiner eigentlichen Berufslaufbahn bedeutete eine Mitteilung des Preußischen Justizministers vom 1. Dezember 1923, daß Marx infolge seiner Ernennung zum Reichskanzler aus dem preußischen Justizdienst ausgeschieden ist. Marx war, wie er später gestand, mit Leidenschaft Richter. Hätte er in seinem Beruf nichts Besonderes geleistet, wäre er nach den damals von Berlin angelegten Maßstäben sicherlich nicht befördert worden; seine politische Tätigkeit im Zentrum hätte ihm dazu jedenfalls kaum verholfen.
Das preußische Mandat, das er 1899 für Neuß-Grevenbroich-Krefeld (Land) errungen hatte, behielt Marx über Weltkrieg und Revolution hinweg bei; er war also auch Mitglied der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung. Am 12. Januar 1921 verzichtete er zugunsten am Zehnhoffs auf eine neue Kandidatur. Das Düsseldorfer Zentrum hat er mindestens seit Juni 1908 geleitet. Im Vorstand der Rheinischen Zentrumspartei vertrat er allem Anschein nach schon seit 1906 den Vorsitzenden Trimborn. Vorsitzender der Windthorstbunde, der Jugend-

organisation des Zentrums, war er 1900–1902. Hatte Marx sich 1907 im saarländischen Ottweiler-St. Wendel bei der Reichstagswahl von einem Liberalen knapp schlagen lassen, so holte er sich am 2. März 1910 in einer Nachwahl für den Wahlkreis Mühlheim/Rh.-Wipperfürth-Gummersbach einen Reichstagssitz, der durch den Tod des Abgeordneten Hermann de Witt frei war. Für den Wahlkreis Düsseldorf-Ost saß er 1919/1920 in der Nationalversammlung und bis 1928 im Reichstag. Bei den Wahlen von 1928 und 1930 ließ er sich jedoch im Wahlkreis 12 (Thüringen) besonders für das Eichsfeld aufstellen. Am 10. Juni 1932 legte er sein Mandat nieder und zog sich aus dem parlamentarischen Leben zurück.

II

In seinen politischen Anfangsjahren muß Marx bisweilen ein Heißsporn gewesen sein. Im Abgeordnetenhaus stieß er 1912 zweimal mit dem katholischen Landwirtschaftsminister Clemens v. Schorlemer-Lieser heftig zusammen. Als das Zentrum bei der Behandlung der Polen-Gesetze stärkere Berücksichtigung von Katholiken bei der deutschen Ansiedlung forderte, riet der Minister zur Vorsicht, da Katholiken allzu leicht der Polonisierung anheimfielen. Marx hielt ihm ein Wort seines Vaters Burghard v. Schorlemer-Alst entgegen: Germanisierung bedeutet Protestantisierung. Zum zweiten Eklat kam es, als sich v. Schorlemer gegen »Religion« als obligatorisches Lehrfach an ländlichen Fortbildungsschulen aussprach. Die von Marx soeben ins Leben gerufene »Schulorganisation« empfahl daraufhin den katholischen Eltern, die Gründung von Fortbildungsschulen in den Gemeinden zu verhindern, die die religiöse Unterweisung nicht sicherstellten. Auf die Beschwerde des Ministers im Abgeordnetenhaus erntete Marx mit einer scharfen Rede zugunsten des Religionsunterrichts herausfordernden Beifall sogar bei den konservativen Freunden v. Schorlemers.

Seine außergewöhnliche Arbeitskraft stellte Marx hauptsächlich in den Dienst von Zentrum und Volksverein. In seinem Wahlkreis hielt er – bis dahin unüblich – Versammlungen ab. Er wurde ein gesuchter Redner. Er kam 1910, als er für 11 Jahre die Summe zog, auf die stattliche Zahl von 320 Vorträgen. Die bemerkenswerteste Ehre wurde ihm 1909 zuteil: Als Laie hielt er im Kölner Dom vor drei Kardinälen und rund fünfzig Bischöfen und Äbten anläßlich des Eucharistischen Weltkongresses eine Ansprache. Im Jahre darauf präsidierte er dem Katholikentag in Augsburg. Gegen eine ausdrückliche schriftliche Abmahnung des Kölner Kardinal-Erzbischofs v. Hartmann trat Marx am 15. Februar 1914 in Essen in einer großen Kundgebung »Gegen die Quertreiber« auf, die das

Zentrum von Protestanten frei wissen und katholischen Arbeitern den Beitritt zu den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften untersagen wollten. Marx warb damit öffentlich für die von Julius Bachem geistig geführte »Kölner Richtung«.

»Die Zentrumspartei besaß keine eigentlichen Mitglieder, sondern hielt ihre Wählermassen mit Hilfe der katholischen Vereine ... zusammen« (R. Morsey). Von daher versteht sich Marx' hingebender Einsatz namentlich für den Volksverein und in den Versammlungen der Kolping-Gesellenvereine. Wichtig erschien ihm immer die Mitarbeit von Zentrumsanhängern in unpolitischen und nichtkonfessionellen Gruppen. Erste Erfahrungen sammelte er im Elberfelder Stenographenverein. In Düsseldorf war er Mitgründer des Männervereins zur Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit und eines interkonfessionellen Verbands zum Kampf gegen den internationalen Mädchenhandel. Auch die ersten Schritte des 1908 ins Leben gerufenen Katholischen Akademikerverbandes hat er lenken helfen.

Als Reichskanzler übernahm Marx später in Berlin den Vorsitz des Reichsverbandes für die katholischen Auslandsdeutschen, von Carl Sonnenscheins Sekretariat Sozialer Studentenarbeit und der Bruckner-Vereinigung. Nach der Amtsniederlegung berief man ihn zur Leitung der Gesellschaft zur Erforschung der Kriegsursachen, des Kuratoriums des Neurologischen Instituts am Hansaplatz und der im KV vereinigten katholischen Studentenvereinigungen. Im Zentralkomitee für die Generalversammlungen der deutschen Katholiken war er 2. Vorsitzender. Der seit Trimborns Tod von ihm präsidierte Volksverein machte ihm wegen zerrütteter Finanzen viele Sorgen. Ein unter persönlichen Opfern abgewendeter Bankrott brachte ihm dennoch am 6. November 1933 eine Betrugsanklage der Nationalsozialisten ein, die 1935 wegen Haltlosigkeit zurückgenommen werden mußte. Einen Aufruf der katholischen Verbände, der gegen nationalsozialistische Unterdrückungen protestierte und der für den Volksverein Marx' Unterschrift trug, verteidigte er am 19. Februar 1933 in einem heftigen Gespräch mit Göring.

Marx' folgenreichste Gründung war die »Organisation der Katholiken Deutschlands zur Förderung und Verteidigung der christlichen Schule und Erziehung«. Das preußische Volksschulunterhaltungsgesetz von 1906 – dem ablehnenden Zentrumsabgeordneten Joseph Heß widersprach damals Marx in einer scharfen Pressefehde – hatte allerhand Schwierigkeiten im Gefolge. Um die Fraktion von den zahlreichen diesbezüglichen Anfragen zu entlasten, regte Marx eine eigene Auskunftsstelle an. Sie sollte gleichzeitig die katholischen Eltern für Schulfragen interessieren und – nötigenfalls – mobilisieren. Trotz der Bedenken des einflußreichen Breslauer Kardinals Kopp kam die Gründung der »Schul-

organisation« im August 1911 auf dem Katholikentag in Mainz zustande. Ihre Aufgaben erledigte Marx lange Jahre fast ganz allein: Beratung der Fragesteller, Redaktion und Vertrieb der kleinen Zeitschrift »Schule und Erziehung«, Abfassung vieler Stellungnahmen, Aufsätze und Besprechungen, wenn Mitarbeiter ausfielen oder versagten, Reisen landauf landab zur Gründung von Ortsausschüssen. Gerade diese erwiesen sich 1919, als an den Schulen amtlich die Elternbeiräte eingeführt wurden, als ausgezeichnete Vorbereitung der Katholiken für die neue Tätigkeit. Und als die Reichsverfassung für die Erhaltung bzw. Neueinrichtung konfessioneller Schulen vorherige Anträge einer erheblichen Zahl von Erziehungsberechtigten vorschrieb, konnten die katholischen Eltern schnell aktiviert werden. Weil Marx die Schulorganisation streng konfessionell eingerichtet hatte, gewann sie dabei auch diejenigen Katholiken, die die Zentrumspartei ablehnten und denen das Wirken des Volksvereins nicht genehm war. Ihren Ausbau zur »schulpolitischen Waffenschmiede« des deutschen Katholizismus verdankt sie seit November 1920 ihrem Generalsekretär Wilhelm Böhler. Als Vorsitzender half Marx, der bald zu höherer politischer Verantwortung aufrückte, nach Kräften.

Obwohl er als Doppelmandatar in den Parlamenten besonders beansprucht war, erlahmte seine Aufmerksamkeit für die Vereine und Verbände also keineswegs. Einen Ruf in den Vorstand der Reichstagsfraktion erhielt er erstmals 1916. Der Weltkrieg brachte zudem die Belastung mit den Sieg- und dann den Durchhaltereden. Als er im September 1917 in Kastellaun davon gesprochen hatte, daß die U-Boote die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllten, wurde er wegen Wehrkraftzersetzung angezeigt. Neben der U-Boot-Frage unterstützte er Erzberger auch in der berühmten Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917. Die forsche Annexionspolitik der »Kölnischen Volkszeitung« lehnte er ab. Die daraus dem Rheinischen Zentrum entstandenen Schwierigkeiten mußte Marx in Trimborns Vertretung schlichten. Unvermittelt floß es im Juli 1917 einmal Trimborn in die Feder: »Ich bewundere Deine Arbeitsleistung, vor allem aber (erlaube mir, daß ich es einmal offen ausspreche) die anspruchslose Art, in der sie sich vollzieht. Ich bin fest überzeugt, daß darauf Gottes Segen ruhen wird.«

Unmittelbar nach Kriegsende tauschte sich Marx am 16. November 1918 vor allem mit Heinrich Brauns über eine Neuorientierung des Zentrums aus. Ihm gelang es, den alten Parteinamen »Zentrum« gegen Brauns festzuhalten. Dessen Vorschlag »Christliche Volkspartei« wurde eine Zeitlang Untertitel einiger rheinischer und der Berliner Zentrumsvereine. Am dringlichsten aber empfand Marx die Aufgabe, die bisherigen Anhänger trotz des staatlichen Umsturzes in ihrer Treue zur Partei zu erhalten. Der Frage, ob das Zentrum sich für die Beibehaltung der Monar-

chie oder für die Republik erklären sollte, wich er zunächst aus, bekannte sich indessen seit Ende November offen für die neue Staatsform. Der Abbau von Vorurteilen, ja Feindschaft gegen den republikanischen Staat von Weimar wurde ihm später mehr und mehr Herzenssache.

Als in der Verfassunggebenden Nationalversammlung in Weimar über den Versailler Friedensvertrag in der Zentrumsfraktion beraten wurde, sah man altgediente Parlamentarier wie Burlage aus Oldenburg weinen. Marx dagegen schämte sich seiner guten Nerven; ihm schmeckte, wie er schrieb, sogar das Mittagessen. Die Fraktion faßte nach dem Rücktritt der Regierung Scheidemann und dem dringlichen Ansuchen des sozialdemokratischen Wehrministers Noske, den Versailler Vertrag abzulehnen, den Beschluß, dem Friedensdiktat erst dann zuzustimmen, wenn die sogenannten Ehrenpunkte, nämlich Auslieferung der Kriegsverbrecher und die Schuldlüge, entfielen. In dieser aufs äußerste gespannten Lage – Clemenceaus unerbittliches Ultimatum lief ab – schlug Marx am 23. Juni 1919 nachmittags den Zentrumsabgeordneten wegen Abwesenheit des Vorstandes, der mit Ebert verhandelte, »private Beratungen« vor. Dabei setzte er seinen Kollegen auseinander, daß »im Interesse des besetzten Gebietes der Vertrag unter allen Umständen angenommen werden müsse, sonst sei das Rheinland für immer verloren«. Mit dieser Überzeugung drang er durch. Das Zentrum wollte nicht die Gefahr heraufbeschwören, das Reich einem Einbruch der bereits gegenüber Duisburg und Düsseldorf aufmarschierenden Franzosen preisgeben zu müssen.

Die rheinischen Wünsche, sich von Preußen loszusagen und innerhalb des Reiches einen eigenen Staat zu bilden, hatte Marx schon am 4. Dezember 1918, als in Köln die Rheinische Republik ausgerufen wurde, bekämpft: »Ob [die Kölner] denn wirklich glaubten, sie könnten, wenn sie das Alphabet der Trennung einmal angeschnitten und einmal A gesagt hätten, dann unter den Augen der Entente das Alphabet ruhig weiter abhandeln? Sähen sie denn nicht, daß, wenn einmal A gesagt worden wäre, dann die Entente das übrige weiter abhandeln würde?« Im »Düsseldorfer Tageblatt« vom 18. Dezember 1918 bekräftigte er seinen Widerwillen »gegen die Bildung der rheinischen Republik auch im Sinne, wie die Kölner sie aufgefaßt sehen wollten«.

Im Jahre 1920 wandte Marx sich beinahe ausschließlich dem Volksverein zu. Dessen langjähriger Generaldirektor Prälat August Pieper war nach heftigem Streit mit kirchlichen Stellen von seinem Amt zurückgetreten. Marx ließ sich vom Oberlandesgericht beurlauben und verwaltete die Stelle zunächst für ein Jahr. Er fand viel Freude an der neuen Aufgabe und glaubte auch, die immer noch zu dürftig ausgestattete Schulorganisation mit Hilfe des Volksvereins arbeitsfähiger ausbauen zu können. Seinen anfänglichen Entschluß, endgültig Generaldirektor zu wer-

den, zerschlugen jedoch die finanziellen Verhältnisse, die in Mönchengladbach immer drückender wurden. Weil den beiden Fraktionen viel an dieser Tätigkeit im Vorfeld der Zentrumspolitik lag, waren sie einverstanden, daß Marx vielen Sitzungen und Ausschußarbeiten fernblieb.
Aber in der Schulpolitik war er unentbehrlich. Zwar beteiligte er sich an der Aushandlung der sogenannten Weimarer Schulkompromisse im Juli 1919 nur mittelbar, indem er Joseph Mausbach, den einen Unterhändler seiner Partei, in einem sehr eingehenden Briefaustausch unterstützte, während er auf den anderen, den Fraktionsvorsitzenden Adolf Gröber, einen massiven Druck ausübte, um zu große Nachgiebigkeit zu verhindern. Doch bei der Reichsschulkonferenz vom Juni 1920 qualifizierte er sich endgültig über seine Partei hinaus zum maßgeblichen Schulpolitiker des gesamten katholischen Volksteils. Die katholischen Anhänger der Konfessionsschule hatte Marx von langer Hand vorbereitet, die evangelischen schwenkten im letzten Augenblick auf seine Taktik ein: Auf seinen und Reinhard Mumms Antrag hin erklärte sich die Reichsschulkonferenz außerstande, über irgendwelche Beschlüsse abzustimmen. Die Regierung konnte daraufhin die Versammlung nicht mehr für ihre unausgesprochenen Absichten benutzen.
Mit dem noch heute gültigen Gesetz über die religiöse Kindererziehung vom 15. Juli 1921 hatte Marx – denn es war eine lex Wilhelm Marx – ein »politisches Wunder« gewirkt. Das Bürgerliche Gesetzbuch regelte zwar die Frage, wem die Erziehung eines Kindes zusteht. Ausgespart aber wurde noch um 1900 bei der Beratung des Toleranzantrages eine reichsgesetzliche Bestimmung darüber, wem die Entscheidung über das Religionsbekenntnis eines Kindes zustehen soll. Darüber gab es in Deutschland über 30 Landesverordnungen. Der Reichstag hatte immer den weltanschaulichen Zündstoff dieses Problems gescheut. Den neutralisierte Marx, indem er seinem Gesetzesvorschlag ausschließlich privatrechtliche Bedeutung beimaß; Gewissens- und Entschließungsfreiheit der Eltern wurden sorgfältig gewahrt. Das Lebensalter, mit dem das Kind selbst über sein Bekenntnis entscheiden kann, legte er – gegen eigene und die Wünsche kirchlicher Ratgeber – frühzeitig auf das 14. Lebensjahr fest.

III

Sah es 1920 danach aus, als ob Marx eine führende Rolle im katholischen Verbandswesen beschieden wäre, wünschte er sich zu Anfang 1921 Einengung aller Tätigkeit auf die neue Berufsaufgabe in Limburg, so fand er sich im Herbst – trotz zähen Sträubens – im Mittelpunkt der Berliner hohen Politik.

Im Sommer 1921 hatte der Tod unter den Führern des Zentrums reiche Ernte gehalten. Franz Hitze, Karl Trimborn, Eduard Burlage und Matthias Erzberger hinterließen die Partei in Gegensätzen, die seit 1918 ihre Einheit fortwährend bedrohten. Verrat des traditionellen Föderalismus zugunsten eines Berliner Zentralismus, Umprägung der vielen monarchistisch gesinnten »Muß-Republikaner« zu »Herzens-Republikanern«, Entwicklung der politischen Arbeitsgemeinschaft mit der SPD durch die prominenten »Linksmarschierer« zu einer Ideengemeinschaft: Diese Vorwürfe wollten gegen Parteileitung und Reichstagsfraktion nicht verstummen. Die Spannungen hatten sich während der »führerlosen« Wochen verschärft.

Die »Germania« bemerkte am 14. September 1921 in ihrem Leitartikel »Was uns im Zentrum nottut«, daß der Bestand der Partei von einer Politik des Ausgleichs und der »aktionsfähigen Mitte« und nicht von einseitiger Rechts- oder Linksorientierung abhänge. Die Zeitung hatte das sicherlich nicht eigens auf Wilhelm Marx gemünzt. Als Schlichter von Streitigkeiten und Mittler zwischen Gegensätzen besaß er zwar einen bewährten Ruf. Der sterbende Partei- und Fraktionsvorsitzende Trimborn hatte vielleicht deswegen auf ihn als Nachfolger hingewiesen. Marx selbst traute sich jedoch auf Anhieb politische Führereigenschaften offenbar nicht zu. Reichskanzler a. D. Konstantin Fehrenbach bearbeitete den Widerstrebenden fast gewalttätig. Zur endgültigen Zustimmung verhalfen dem bis zuletzt Unschlüssigen der Limburger Bischof Augustinus Kilian und Christine Teusch. Am 27. September 1921 wählte ihn die Fraktion in geheimer Wahl gegen nur drei Stimmen zu ihrem Vorsitzenden. Sie bemaß ihren Vertrauensvorschuß mithin alles andere als kleinlich.

Vorentschieden war damit auch über den Vorsitz der Partei. Hier gähnten andere Abgründe. Auf dem ersten Reichsparteitag des Zentrums im Januar 1920 drohte seitens der Vertreter der »berufsständischen« Interessengruppen von Handel und Industrie, Landwirtschaft, Mittelstand, Beamten- und Arbeiterschaft eine Absage an den althergebrachten Grundsatz, sich trotz aller Gegensätze unter allen Umständen auf einer allseitig anerkannten Basis zu verständigen. Traditionelles Einigungsferment war die Kulturpolitik. Die Sicherung der Bekenntnisschule durch das kommende Reichsschulgesetz verlangte nach den Beschwörungen des Schlußredners Marx ein in Einigkeit fest zusammengeschlossenes Zentrum. Wohl nicht ohne seine geschickte Regie zeigte sich der zweite Parteitag vom Januar 1922 in fast vollkommener Eintracht. Den tagespolitischen Streit verdrängte die Beratung des Parteiprogramms, das Marx anfangs als überflüssig abgelehnt hatte. Seine Prinzipienrede »Ideen und Ziele der Zentrumspartei« erwies, daß die Partei ihre Politik seit 1918/1919 stets auf der Weltanschauungsgrundlage des »alten« Zentrums auf-

gebaut und daß sie auch ihre Ziele darauf fundamentiert hätte. In der Hochstimmung allgemeiner Einmütigkeit wurde Marx am 26. Januar 1922 ohne Aussprache zum Parteivorsitzenden gewählt. Unabhängigkeit von den Standesbeiräten, Frömmigkeit und Güte, vornehmer politischer Stil und ebenso gelassenes wie festes äußeres Auftreten fügten ihn in das gewohnte Bild der führenden Zentrums-Honoratioren geradezu »idealtypisch« (W. Hellpach) ein.

Aufsehen erregte der neue Vorsitzende auf der zweiten Reichstagung der Windthorstbunde am 18. Juni 1922 in Bad Godesberg durch seine Energie. Als die Jugendverbände die Parteiführung und Parlamentsfraktionen wegen unzulänglicher Vertretung katholischer Grundsätze angriffen, glaubte Marx ein Wiederaufleben des Integralismusstreits wittern zu sollen. »Die Fraktion stirbt eher, als sich nochmals einer Diskussion (über die Konfessionalität des Zentrums) hinzugeben«, schleuderte er vor allem Nikolaus Ehlen entgegen. Nicht so glimpflich entkam er einem anderen Sturm um den geistigen Standort des Zentrums. Auf Drängen von Heinrich Brauns hatte er am 25. Juni 1922 einen »Aufruf für die große christliche Partei der Mitte« unterschrieben: Um dem Reichstag zu festen Mehrheiten und damit den Regierungen zur Stabilität zu verhelfen, sollte das deutsche Parteienwesen sich vereinfachen und vereinheitlichen; das Zentrum wäre geeigneter Kern einer großen Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mittelparteien; mit der Aufstellung von mehr nichtkatholischen Kandidaten bei künftigen Wahlen wollte es dazu erste Hand bieten. Von diesem »Attentat auf den Katholizismus« (H. Pfeiffer) haben sich Vorsitzender und Vorstand der Partei nach wochenlangen Hieben in einem »Ruf zur Sammlung« vom 16. Oktober 1922 distanziert.

Mit mehr Glück startete Marx in der Fraktionsarbeit. Die politische und persönliche Art des Reichskanzlers Wirth mißfiel vielen Zentrumsabgeordneten. Unmittelbar nach seiner Wahl ließ Marx daher in einer dreitägigen Aussprache von bis dahin nie gekannter Heftigkeit dem aufgestauten Unmut ungehemmten Lauf. Danach waren Wirth und Fraktion zunächst wieder im reinen. Seine Jungfernrede als Fraktionsvorsitzender über die nach dem Mord an Erzberger ergangene Notverordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verband Marx im Reichstag mit einem entschiedenen Bekenntnis zur Republik und ihrer Verfassung. Ebenso programmatisch betonte er: Jede deutsche Politik muß von der Tatsache der deutschen Niederlage ausgehen.

Nicht ganz folgerichtig war es daher, daß er, als Oberschlesien entgegen der deutschen Auslegung des Abstimmungsergebnisses geteilt wurde, Mitte Oktober 1921 nur den Rücktritt Wirths als ausreichenden Protest ansah. Dieser sinnlose Regierungswechsel rächte sich. Nach Marx' eigenem Ein-

geständnis hatten sich die beteiligten Parteien die Bildung einer neuen Regierung dabei nicht überlegt. Statt der erhofften großen Koalition brachte man nicht mehr zuwege als das zweite fraktionsunabhängige Kabinett Wirth nur mit Zentrums- und sozialdemokratischen Ministern. Um dessen schmale Mehrheitsbasis wenigstens demonstrativ zu kräftigen, holte Marx im Januar, Februar und März 1922 für Wirth jeweils Vertrauensvoten ein, pries er den Rapallovertrag mit der Sowjetunion am 29. Mai 1922 als »ehrliches, aufrichtiges Friedenswerk« und glaubte dem Reichstag als erste Erfolge der »Erfüllungspolitik« die Erhaltung der Reichseinheit, die Versachlichung des Reparationsproblems und aufkommende alliierte Einsicht in die Unerfüllbarkeit des Versailler Vertrages vorrechnen zu können. Unzweifelhaft kommt ihm ein bedeutender Anteil an der Festigung der parlamentarischen Stellung der zweiten Regierung Wirth zu.

Damit diese zusammenhielt, bestimmte er am 21. Juni 1922, so schwer es ihm fiel, die Fraktion, die stockenden Beratungen über das Reichsschulgesetz zu vertagen. Durch einen klugen taktischen Schachzug zog er die Angelegenheit vom Bildungsausschuß in den Interfraktionellen Ausschuß der Regierungsparteien. Das Zentrum verhalf nämlich am 5. April 1922 einem deutschnationalen Antrag für die Bekenntnisschule gegen die ihm in der Regierung verbundenen Sozialdemokraten zur Mehrheit; drei Tage später relativierte indessen Marx in der »Germania« die Gefahr einer kulturpolitisch begründeten Rechtsschwenkung. Erwartet freilich hat er von dem Manöver von vornherein wenig.

Im Oktober 1922 scheiterte auch das unter dem Stichwort »geordneter Schulbetrieb« geführte Ringen mit der SPD um die einklassige Volksschule. Gleichwohl versicherte er zehn Tage nach Wirths Sturz dem gewesenen Koalitionspartner in schöner Loyalität, daß es dem Zentrum fernliege, das Schulgesetz mit der Rechten und die allgemeine Staatspolitik mit der Linken zu machen. Unter der neuen Parteienkonstellation des Kabinetts Cuno hatte Marx um »kurzsichtiger« katholischer Eltern willen die »christliche Gemeinschaftsschule« abzuwehren, die die Deutsche Volkspartei (DVP) wünschte. Anfang April 1923 verstanden sich die Koalitionsparteien Deutsche Demokratische Partei (DDP), Zentrum, Bayerische Volkspartei (BVP) und DVP endlich zu einem Kompromiß. Infolge eines Trommelfeuers von sozialdemokratischen Fragen an das Zentrum über die Begriffsbestimmung der Bekenntnisschule (»ob ein Lehrer *im Geiste des Bekenntnisses* zu unterrichten imstande ist, wenn er in einer Mischehe lebt, wenn er sich zur SPD bekennt, wenn er einem Lehrerverein angehört, der von den Bischöfen verboten ist oder bekämpft wird u. dgl.«) fielen die Demokraten um. Aber auch die Bischöfe waren mit dem Kompromiß unzufrieden. Marx schrieb ihnen: »Die Anhänger

der Bekenntnisschule sind nun einmal im Reichstag in der Minderheit, daran ist nichts zu ändern; und mit dieser Tatsache muß man rechnen«.
Im Juli 1922 zeichnete sich die Vereinigung von Unabhängigen und Mehrheitssozialdemokraten ab. Unverkennbar sind gleichzeitig Anfänge einer Neuorientierung im Zentrum. Eine Mehrheit der Fraktion bekundete stets hörbarer, daß die Politik »weder nach links noch nach rechts abgleiten« dürfe (»Kölnische Volkszeitung«, 25. 7. 1922). Vorsichtiger Vorkämpfer dieses neuen, gegen links etwas mehr Abstand haltenden Zentrumskurses wurde Wilhelm Marx. Den Reichskanzler Wirth freilich stürzte am 14. November 1922 die SPD.
Der neue Kanzler Wilhelm Cuno stützte sich – ohne Fraktionsbindung – auf die bürgerlichen Mittelparteien. Sympathisch fand ihn der Fraktionsvorsitzende des Zentrums nicht. Dennoch besaß der Kanzler keinen bemühteren Parteiführer als Marx, als die Franzosen am 11. Januar 1923 das Ruhrgebiet besetzten. Als Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien beantragte der Zentrumsvorsitzende am 13. Januar einen feierlichen Protest gegen den neuen »Rechts- und Vertragsbruch«. In Reden und Kundgebungen vor dem Volk, in zahllosen Verhandlungen mit der Regierung und den Parteien suchte er unermüdlich möglichst alle Kräfte auf den passiven Widerstand zu konzentrieren. Die Welt merkte auf, als er zu dessen Finanzierung im August die Anlage eines Golddevisenschatzes forderte und die Regierung ermächtigen wollte, alles ungemünzte Gold und alle Diamanten und Perlen in Privatbesitz zu beschlagnahmen: Hätte der König von Preußen nach Jena doch auch sein Silbergeschirr verkauft! Dennoch wußte er, daß der passive Widerstand längst hätte abgebrochen werden müssen. Er strebte danach, die Kurie zur Vermittlung zwischen den Deutschen und den Einbruchsmächten zu gewinnen. Als Papst Pius XI. bald darauf vor den Kardinälen von Gerechtigkeit und Mäßigung im Völkerleben sprach, wies Poincaré diese »Einmischung in weltliche Angelegenheiten« schroff ab. Die anderen Parteien wollten bald der Tatenlosigkeit Cunos in der außenpolitischen Überwindung des passiven Widerstandes nicht länger zusehen, auch seine Lösungen der Ernährungs- und Währungskatastrophe nicht abwarten. Als die Fraktionsmehrheit des Zentrums aufgrund der erkennbaren Regierungsbereitschaft der SPD die seit langem gewünschte Große Koalition verwirklichen wollte, gehörte auch Marx schließlich zu denjenigen Politikern, die Cunos Abgang und Stresemanns Kommen maßgeblich in die Wege leiteten.
Obwohl der neue Kanzler dem Zentrumsführer die Kandidatur Karl Spieckers zum Reichspressechef abgeschlagen und Wünsche bei der Besetzung der Ministerien nicht erfüllt hatte, entwickelte sich zwischen Stresemann und Marx ein persönliches Vertrauensverhältnis. Marx schirmte

den Kanzler vor dem wachsenden Unbehagen in Zentrumsreihen ab und stellte – bei allem Abstand zu dessen Rheinlandhaltung – immer wieder die Übereinstimmung seines außenpolitischen Kurses mit den langjährigen Zielvorstellungen des Zentrums heraus.
Die Große Koalition zeigte freilich alles andere als die politische Stärke, die nicht zuletzt Marx und das Zentrum dieser Parteiengruppierung zugetraut hatten. Mit ihrem Zusammenbruch am 3. November 1923 zerschlugen sich viele Hoffnungen gerade derer, die bis dahin die Demokratie wegen ihres auf Übereinstimmung Vieler beruhenden Prinzips für überlegen hielten. Der äußere und innere Zerfall des Reiches schien, als auch das Rumpfkabinett Stresemann am 23. November 1923 stürzte, unabwendbar.

IV

Bei Reichspräsident Ebert drängten sich keineswegs die Bewerber nach dem freien Kanzleramt. Schien doch der künftige Regierungschef berufen zu sein, den Bankrott des Reiches mit seinem Namen decken zu müssen. Einen Tag nach Stresemanns Abgang hatte Marx ein Angebot zurückgewiesen, »weil das Zentrum oft genug die Last des Kanzleramtes getragen und nur Undank dafür geerntet habe«. Erfolglos bemühten sich um eine Kabinettsbildung in den folgenden Tagen Jarres (DVP), v. Kardorff (DVP), der gewesene Minister Albert (parteilos) und Stegerwald (Zentrum). In der ausweglosen Situation opferte sich Marx. »Er trat in die Lücke, ... weil kein anderer sie schließen wollte« (Pachnicke, MdR [DDP], im »8 Uhr-Abendblatt«, 30. 11. 1923). Anscheinend nahm er die ihm angedrängte Kandidatur zunächst nicht ganz ernst. Als er aber die Aufgabe unabweisbar auf sich zukommen sah, hat er offenbar schwer mit sich ringen müssen. Frau H. Dransfeld bezeugt, daß er in die Reichskanzlei ging »wie ein Verurteilter zum Schafott« (»Germania«, 3. 12. 1923).
Die »geachtetste und beliebteste Persönlichkeit« des Zentrums (Giesberts in »Germania«, 30. 11. 1923) hatte am 30. November nach nur einem Verhandlungstag durch ein »fast humoristisch« anmutendes »Zauberkunststück« (F. Stampfer) die Minister beisammen: Er übernahm das gesamte alte Kabinett; neu waren in ohnehin vorher unbesetzten Ressorts Justizminister Emminger (BVP) und Wirtschaftsminister Hamm (DDP). Nüchtern und kurz hielt Marx am 4. Dezember im Reichstag seine Programmrede. Als Ziel steuerte er an: »Die Einheit der Nation«. Den Weg dorthin aber blockierten die Staatskrise infolge des Bayernkonflikts und Rheinlandseparatismus sowie der Wirtschaftsverfall samt Inflation. Marx scheute sich nicht, offen den Preis für eine Gesundung zu nennen: »Die

Bevölkerung muß endlich in ihrer Gesamtheit davon durchdrungen werden, daß, wenn nicht Volk und Reich in einem hoffnungslosen Strudel versinken sollen, jetzt die *Stunde des größten Opferns gekommen ist.*« Merkwürdig fanden es schon die Zeitgenossen, daß sich das Land durch Marx' Ernennung und besonders nach dem Ermächtigungsgesetz vom 8. Dezember spürbar beruhigte.

Stresemann hatte bereits eine Währungsreform gesetzgeberisch bis in die Einzelheiten vorbereiten lassen. Ihr Erfolg hing aber von drakonischen Sparmaßnahmen zum Ausgleich des Staatshaushalts ab: neue Steuern in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß, Beamtenabbau um 25 Prozent, Aufwertung aller Vermögensanlagen in Höhe von nur 15 Prozent ihres Nennwertes. Obwohl deswegen über Marx Orkane von Entrüstung hinwegfegten und er zeitlebens dafür beschimpft wurde: in der Masse nahm das Volk diese Entbehrungen lieber auf sich als noch einmal die Hölle der Inflation. So gelang das »Wunder der Rentenmark«. Finanzminister Hans Luther, der neben dem von Marx zur Ernennung vorgeschlagenen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht im einzelnen das Sanierungswerk verantwortete, erinnerte noch 1933 an den Anteil des Regierungschefs: »Mit besonderer Dankbarkeit denke ich daran zurück, wie ernst und ohne Vorbehalt Sie sich vor Reichstag und Öffentlichkeit auch für die schwersten und unvolkstümlichen Maßnahmen eingesetzt haben, die im Bereiche der Reichsfinanzverwaltung seinerzeit durchgeführt werden mußten.«

Der innere Bestand Deutschlands war ferner in höchster Gefahr, weil Bayern die Reichstreue aufsagte. Marx hatte vier Bayern im Kabinett: Geßler, Hamm, Höfle und Emminger; letzteren hatte die BVP freigegeben; sie honorierte damit eine von Marx ihr bei der Regierungsbildung offenbar angedeutete Kompromißbereitschaft. In der Tat glätteten sich nach seinem Amtsantritt sogleich in München die Wogen. Der Kanzler führte das auf das Fehlen der SPD in seiner Regierung zurück. Anfang Januar 1924 ließ Ministerpräsident v. Knilling in Berlin eine »Denkschrift zur Revision der Weimarer Verfassung« überreichen; sie enthielt ein pralles Bündel bayerischer Sonderwünsche. Bald danach trafen sich Marx und der bayerische Regierungschef geheim in Bad Homburg. Hier wurde der Friede geregelt. Generalstaatskommissar v. Kahr und der meuternde Wehrkreiskommandant v. Lossow nahmen ihre Entlassung. Die Regierung von Bayern durfte künftig die dort stehenden Reichswehrtruppen nicht mehr »in Pflicht nehmen«. Dafür gestand die Reichsregierung eine kleine Änderung des Fahneneides zu und gab der Heeresleitung auf, bei Abberufung des Landeskommandanten mit Bayern »ins Benehmen zu treten«. Die ungesetzlichen bayerischen Volksgerichte waren – allerdings erst zum 1. April 1924 – abzuschaffen; der schändliche Hitlerprozeß ge-

hörte zu ihren Abschiedsvorstellungen. Schließlich einigten sich Marx und v. Knilling auch über die Übernahme der bayerischen Staatsbahnen durch das Reich.

Gefährlicher noch und verwickelter waren die Verhältnisse im Westen. Der französische Ministerpräsident Poincaré wünschte einen Rheinstaat; dieser sollte deutsch sein, doch Frankreich hörig. Seitdem das Kabinett Stresemann durch die Streichung der Reichszuschüsse besonders für die Erwerbslosen das Einbruchs- und das besetzte Gebiet faktisch preisgeben und sich selbst überlassen wollte, hatte sich der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer zwar vorsichtig, aber deutlich gegen Aufhebung der Besatzung und der Rheinlandkommission für einen fest dem Reich verbundenen Bundesstaat an Rhein, Ruhr, Mosel und Saar unter dem Schutz einer internationalen Gendarmerie eventuell mit eigener Währung und eigenen Eisenbahnen zwecks Befriedigung des französischen Sicherheitsbedürfnisses und zur Förderung der deutsch-französischen Aussöhnung ausgesprochen. Mit der Reichsregierung lehnte Frankreich jegliches Gespräch ab. Marx mußte deswegen mit Adenauer Fühlung halten. Nach einer Unterredung am 6. Dezember 1923 entließ er den Oberbürgermeister mit starken Vorbehalten gegenüber dessen Ansichten, aber mit der Zusicherung, daß das Reich dem besetzten Gebiet weiter Zuschüsse zahlte. Hugo Stinnes erläuterte Marx am 12. Dezember die geplante deutsch-französische Industriegemeinschaft, die der Konzernherr außerdem als Schlüssel zur Lösung der Reparationsfrage ausgab. Die Besprechungen jagten einander bis zur großen Geheimkonferenz zwischen den wichtigsten Ministern und maßgeblichen Vertretern des Rheinlandes am 9. Januar 1924. Diese verfochten noch zäh ihre Pläne. Marx zeigte viel Verständnis, vertraute indessen insgeheim auf die guten Wirkungen der wirtschaftlichen Stabilisierung auch auf das besetzte Gebiet. Infolge der MICUM-Verträge vom 23. November 1923 kam in der Tat allmählich die Industrie in Gang, und die Arbeitslosigkeit sank zusehends. In Frankreich verschlechterte sich dagegen die politische Stellung Poincarés. In der ersten Februarhälfte verschwanden zudem die letzten Separatistenstützpunkte. Von rheinischer Goldnotenbank und Rheinstaat war bald keine Rede mehr. Konrad Adenauer schrieb Marx zum folgenden Jahreswechsel: »Ihrer klugen Einwirkung und Ihrem unentwegten Festhalten an dem als richtig Erkannten ist es wohl in erster Linie zuzuschreiben, daß unsere Lage heute verhältnismäßig gut ist.« Noch 1946 erinnerte Adenauer auf dem Kölner Friedhof Melaten an Marx' offenem Grabe an 1923/24: »Das Rheinland verdankt dem Reichskanzler Wilhelm Marx in schwerster Zeit alles.«

Durch die Beruhigung im Westen, den Ausgleich mit Bayern, das wertbeständige Geld und den neuen Glauben an einen verantwortlich haus-

haltenden Staat verflog bald alle Krisenstimmung; die Wirtschaft sah wieder Aufstiegschancen. Bei Amtsantritt hatte Marx seinerzeit den General v. Seeckt, dem die vollziehende Gewalt übertragen worden war, aufgesucht und um Vertrauen gebeten, ohne das er »sich auf seinem Posten nicht halten zu können« meinte (v. Rheinbaben). Der Chef der Heeresleitung verkniff es sich nicht, über den »guten kleinen Reichskanzler« hochmütig zu spotten. Nach Ablauf des Ermächtigungsgesetzes am 15. Februar 1924 wurde am 28. Februar auch der militärische Ausnahmezustand aufgehoben. Damit versanken die Hoffnung vieler nationalistischer und militaristischer Kreise, die den Träger der außerordentlichen Vollmachten gern als Diktator gesehen hätten.

Marx konnte diesen Schritt wagen, obwohl sich der Reichstag anschickte, mit ihm über die aufgrund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen 66 Verordnungen streng abzurechnen. Man bescheinigte ihm, daß er mit der Notgesetzgebung im wesentlichen die gesteckten Ziele erreicht hatte. Und Marx bedauerte seinerseits, daß sich dies nur durch rücksichtslosen Personalabbau sowie Kürzung der Beamtengehälter und der Arbeitslosenunterstützung habe ermöglichen lassen; alles aber bilde zusammen mit den erhöhten bzw. neuen Steuern ein aufeinander abgestimmtes Ganzes; die endlich errungene Stabilität rechtfertige die schmerzlichen Opfer. Trotzdem wollte die SPD einzelne Notverordnungen geändert oder aufgehoben wissen. Ehe darüber abgestimmt werden konnte, legte Marx dem Reichstag am 13. März 1924 die vorsorglich von Ebert gewährte Auflösungsorder vor.

Die Wahlen vom 4. Mai 1924 standen indessen ganz im Zeichen des Sachverständigengutachtens des Amerikaners Charles Dawes zur Regelung der deutschen Kriegsentschädigungen. Die Reichsregierung nahm es am 16. April 1924 als Arbeitsgrundlage an, obwohl es sich über die endgültige Höhe der Reparationen ausschwieg und die in vier Jahren fälligen Raten als unaufbringbar galten. Doch glaubte sie, die außenpolitische Vereinzelung dadurch überwinden und auf diesem Wege Ruhr und Rhein freibekommen zu können.

Während die in den Wahlen siegreiche DNVP den früheren Großadmiral v. Tirpitz, der in England als einer der Haupturheber des Ersten Weltkrieges galt, für das Kanzleramt benannte, wollte ihr Vorsitzender Oskar Hergt am 28. Mai 1924 durch eine Art Überfall auf den geschäftsführenden Regierungschef Marx das Reichskanzlerpalais gleichsam im Handstreich erobern. Dieser ließ sich jedoch nicht überrumpeln. Hatte Ebert ihm doch aufgetragen, ein neues Kabinett auf breitester bürgerlicher Grundlage zu bilden, wenn die Deutschnationalen den Dawes-Plan mit auszuführen sich verpflichteten. Diese aber forderten den Kopf Stresemanns und gaben damit mehr als deutlich ihre Haltung zum Gutachten

zu erkennen. Tatsächlich zeigte sich die DVP für einen Augenblick bereit, ihren Vorsitzenden als Außenminister fallen zu lassen. Stresemann selbst schrieb Marx, daß dieser bei der Regierungsbildung auf ihn keine Rücksicht zu nehmen brauchte. Aus der Erinnerung berichtet Marx: »Ich war nun nahe an der Grenze des Erträglichen und erwiderte, daß ich, schon um im Ausland jedes Mißtrauen zu vermeiden, im Außenministerium keine Änderung eintreten lassen dürfte. Dann trat auch die DVP wieder energisch für ihren Mann ein! Ich sah ein, daß nunmehr nicht weiter gefakkelt werden dürfe. Ich stellte das frühere Kabinett wieder zusammen und trat am 4. Juni vor den Reichstag.« Zu allgemeiner Überraschung wurde der deutschnationale Mißtrauensantrag niedergestimmt und die Annahme des Dawes-Planes gutgeheißen. Das zweite bürgerliche Minderheitskabinett Marx konnte sich wieder, namentlich außenpolitisch, auf die SPD verlassen.

Der Dawes-Plan bereitete auch unter den Siegermächten Schwierigkeiten. Der englische Premierminister John Ramsey MacDonald, ein erklärter Pazifist, und Edouard Herriot, der Poincaré als Ministerpräsident abgelöst hatte, versuchten, sie seit dem 16. Juli 1924 in London auf einer großen internationalen Konferenz zu beheben. Eine von Marx, Stresemann und Luther geführte deutsche Delegation nahm gleichberechtigt am zweiten Teil der Konferenz teil. Sie erreichte mit Hilfe amerikanischer Bankiers Verbesserungen am Dawes-Plan. Von einer gewissen Versöhnlichkeit beseelt, kamen sich Deutschland und Frankreich wegen einer Amnestie der politischen Gefangenen entgegen. Dringlichstes deutsches Anliegen war indessen die Räumung der besetzten Ruhr. Darüber freilich wollte Herriot *nicht* sprechen; in der Kammer hatte er sich dementsprechend verbürgt. Mit Rücksicht auf sein Wort gegenüber dem Parlament bot Herriot eine Räumung der Ruhr übers Jahr an. Der Aufschub erschien den Deutschen jedoch ungerechtfertigt. Es kam zur Krise. Am 15. August sprach Marx mit Herriot. Die Jahresfrist blieb; als »Geste« aber ließ Herriot Dortmund, Offenburg, Appenweier und den Mannheimer Hafen sofort räumen; außerdem sagte er Truppenverminderung und »Unsichtbarmachung« der Besatzung zu. Marx also gelang der Anfang der Befreiung deutscher Gebiete, und sein Londoner Auftreten verschaffte dem oft erklärten Friedens- und Verständigungswillen des republikanischen Deutschland in Europa und Amerika erstmalig Glaubwürdigkeit. Der spanische König bemerkte zum deutschen Gesandten, daß die Londoner Erfolge keineswegs Stresemann und seinem Geschick zu verdanken waren; die Siegermächte hätten vielmehr dem Kanzler Marx vertraut und geglaubt. Dazu Marx selbst: »Mein Kölner Wesen (war) der Grund des Vertrauens.«

In Berlin wartete der »Drache des Reichstags« auf das mit den Dawes-

Vereinbarungen zusammenhängende Gesetzespaket. Das Reichsbahngesetz war verfassungsändernd; ohne eine Anzahl deutschnationaler Stimmen kam die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht zustande. Als am 27. August 1924 die DNVP geschlossen mit »Nein« gestimmt hatte, verhandelte mit ihr die DVP. Die DNVP ordnete daraufhin zu der unter atemberaubenden Umständen sich vollziehenden dritten Lesung genug Abgeordnete ab, damit das Dawes-Gutachten, das sie vor den Mai-Wahlen als »zweites Versailles« verunglimpft hatte, ratifiziert wurde. Mit der Annahme der Londoner Verträge herrschte in der Reparationsfrage, die fünf Jahre lang böses Blut unter den Völkern gemacht hatte, vorerst Ruhe; die Besatzungslasten wurden nun den Dawes-Abgaben beigerechnet; die hohen MICUM-Entschädigungen entfielen; das Ruhrgebiet war nicht mehr französische »Reparationsprovinz«, die Einheit des Reiches war durch Aufhebung der französisch-belgischen Zollinie wiederhergestellt. Hingenommen werden mußten bei der Reichsbank und Reichsbahn ausländische Kontrollen, die zwar das nationale Prestige peinigten, freilich auch Schwierigkeiten seitens der Alliierten vorbeugten. Neben der innenpolitischen Stabilisierung war Marx nun zusätzlich ein außenpolitischer Ausgleich mit den früheren Feindmächten gelungen.

Die DNVP forderte alsbald den Preis für ihre parlamentarische Hilfe. Zunächst sollte ein Protest gegen die im Versailler Vertrag behauptete deutsche Kriegsschuld nachgeholt werden. In London hatte Marx das seinerzeit zurückgestellt, um die Verhandlungen nicht zu belasten. Nun veröffentlichte die Reichsregierung eine derartige Entschließung. Marx untersagte jedoch Stresemann die beabsichtigte Mitteilung an die soeben versöhnten einstigen Gegner. Stresemann, von seiner Partei gedrängt, befürwortete auch eine deutschnationale Regierungsbeteiligung. Marx hatte nichts dagegen, wenn die SPD, die zu den Erfolgen mehr beigetragen hatte, ebenfalls in die Regierung eintrat. Er nannte das »Regierung der Volksgemeinschaft« und glaubte anscheinend – trotz gegenteiliger Erfahrungen mit Stresemanns Großer Koalition –, daß er eine Allparteienkoalition zusammenhalten konnte. Alles setzte er daran, diesen Wunschtraum zustandezubringen. Links begegnete ihm Skepsis, rechts Ablehnung. Die Strebungen und Gegenstrebungen aber lösten großen Wirrwarr aus. Der Reichspräsident beendete am 20. Oktober das aussichtslose Spiel mit der Auflösung des wenig arbeitsfähigen Parlaments, das gerade ein halbes Jahr alt war.

Die Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 bescherten den Mittelparteien – trotz Mandatsgewinnen – keine parlamentarische Mehrheit. Stresemann empfahl Marx, den Ebert mit der Kabinettsbildung beauftragt hatte, »unter allen Umständen« – also auch mit der DNVP – die Führung der Regierung zu übernehmen. Als Marx das verwarf,

durchkreuzte die DVP all seine Versuche, aufgrund anderer Kombinationen, die der Reichspräsident ihm teilweise nahelegte, eine Regierungsbasis zu finden. Mitte Januar 1925 gab er auf. Ebert, der ihn schweren Herzens scheiden sah, verabschiedete ihn am 15. Januar mit den Worten: »Das Jahr, während dessen Sie die Regierung des Reiches geleitet haben, war eine Zeit ernster wirtschaftlicher und politischer Krisen und harter, sorgenvoller Arbeit. Aber diese Arbeit war nicht vergeblich, sie brachte unserem Volke auf seinem Leidenswege *zum ersten Male* Besserung und Erfolg.«

V

Geßler wie Luther nannten in ihren Erinnerungen Marx nicht Nothelfer, doch »Helfer in der Not«. Preußen glaubte, dessen nach den Landtagswahlen, ebenfalls vom 7. Dezember 1924, auch zu bedürfen. Bis dahin hatte eine Große Koalition unter Otto Braun gute Arbeit geleistet. Nun wollte jedoch – wie im Reich – die DVP die DNVP in die Regierung hineinbringen. Einer Weimarer Koalition von SPD, DDP und Zentrum fehlten zur Mehrheit vier Stimmen. Zunächst traten am 6. Januar 1925 die beiden volksparteilichen Minister zurück. Am 23. Januar überlebte Otto Braun einen Mißtrauensantrag mit 221 gegen 221, statt der 225 notwendigen Stimmen. Daraufhin brachten DNVP und NSDAP für den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten einen Vertrauensantrag ein, den sie dann selbst mit 223 ausreichenden Stimmen ablehnten. Braun trat sofort zurück. Am 30. Januar wurde er mit 221 von 435 Stimmen wiedergewählt, trat aber zurück, als die darum beschworene DVP ihn doch nicht stützte. Nach heftigem Drängen des preußischen Zentrums sprang Marx »aus Verantwortungsbewußtsein« in die Bresche. Bei der Wahl zum Ministerpräsidenten erhielt er am 10. Februar mit 223 von 444 Stimmen eine Mehrheit; sein Kabinett fand indessen am 20. Februar mit 221 gegen 218 Stimmen kein Vertrauen; drei rechtsgerichtete Zentrumsabgeordnete – darunter Franz v. Papen – hatten vorsätzlich bei der Stimmabgabe gefehlt. Am 10. März wurde Marx mit 222 von 442 Stimmen erneut gewählt, verzichtete jedoch am 18. März auf das Amt wegen seiner Präsidentschaftskandidatur. Ob Marx gut daran getan hatte, sich an dieser »Krise im Kreise« zu beteiligen, steht dahin. Stresemann sprach ihm aufgrund dieses »Mißgeschicks« den Rang ab, »in Deutschland ein führender Staatsmann« zu sein. Gegner schmähten ihn – zweifellos unberechtigt – wegen »Ehrgeizes« und »Pöstchenjägerei«.
Unterdessen hatte ihn nämlich das Zentrum am 18. März für die Nachfolge Eberts als Kandidat bei der Reichspräsidentenwahl aufgestellt. Im ersten Wahlgang holte er nur knapp 4 Millionen Stimmen. Für den zwei-

ten Wahlgang wurde er Kompromißkandidat des aus Zentrum, DDP und SPD gebildeten »Volksblocks«. In dem gegenüberstehenden »Reichsblock« von DVP und DNVP herrschte Ratlosigkeit, bis sich am 8. April der 77jährige Hindenburg auf den Schild erheben ließ. Marx verstand das politische Handwerk wie sonst einer. Das Amt des Reichspräsidenten hätte seinen ausgleichenden Fähigkeiten besonders entsprochen. Aber dem bescheidenen Mann fehlte alle Leuchtkraft. Der blendende Volksheld, als den ihn die Wahlagitation hochstilisierte, verzerrte sein Persönlichkeitsbild ins Komische. Der Marschall war dagegen – trotz des verlorenen Sieges – eine nationale Figur. Der große Name genügte. Er verwirrte auch viele Zentrumsanhänger. Die Monarchisten in der Partei flogen dem Paladin des Kaisers nur so zu. Die, denen es nie katholisch genug zuging, stießen sich an dem Bündnis mit der »gottlosen« SPD. Gegen eine Meldung von der angeblichen Mißbilligung dieser Verbindung durch Papst Pius XI. erschien ein Dementi des Kardinalstaatssekretärs Gasparri erst, nachdem die Nachricht in Bayern schon verheerend gewirkt hatte. Allgemein mutmaßte man außerdem einen politischen Kuhhandel: das Zentrum stimmt in Preußen für Braun, die SPD im Reich für Marx. Innerlich gehemmt fühlten sich gegen Marx auch viele Demokraten und Sozialdemokraten. Meist freisinnig oder gar Dissidenten, sollten sie einem Musterkatholiken ihre Stimme geben. Bewußten Protestanten aber war der seit 1918 gewachsene Einfluß von Katholiken längst ein Dorn im Auge. Weltanschaulich war die Gegenüberstellung dieser beiden Kandidaten ganz fatal. Marx unterlag Hindenburg am 26. April mit 13,7 gegen 14,6 Millionen Stimmen. Die katholische BVP hatte in ihrem pathologischen Sozialistenwahn durch ihre Hindenburg-Empfehlung den Ausschlag gegeben. Marx nahm das Ergebnis auch später immer mit Gelassenheit: »Es war gut so, daß es Gott so gefügt hatte. Ich bin fest überzeugt, daß es so am besten auch für mich gewesen ist.« Viele nachdenkliche Betrachter des Wahlausgangs von 1925 haben ihre Gedanken wieder und wieder auf die Jahre 1932 und 1933 gerichtet. Ein Marx hätte die Krise sicherlich nicht abwenden können. Gewiß aber hätte er anders als Hindenburg gehandelt. 1925 hatte er diesen »als Gegner der bestehenden Verfassung« bekämpft. Nach sieben Jahren gab der Marschall ihm darin Recht.

Einen Augenblick lang dachte Marx nach der Wahlniederlage an Folgerungen für seine Spitzenstellungen in Partei und Katholizismus. August Pieper redete ihm jedoch die Rücktrittsabsichten aus. Reichskanzler Luther bat ihn schon einen Tag nach der Wahl, »daß gerade Sie der Arbeit um das Wohl unseres Volkes und dem Ringen um gemeinsame Ziele Ihre große politische Erfahrung und Ihre tatkräftige Hilfe auch in Zukunft nicht vorenthalten werden«. Am 20. Januar 1926 folgte Marx Luthers

Ruf für das Reichsjustizministerium. Auf seinem Schreibtisch lagen dort zwei heikle Gesetzesvorlagen, eine über strengere Bestrafung des Zweikampfes besonders zwischen Militärpersonen, die andere über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den deutschen Ländern und den vormals regierenden Fürstenhäusern. In der ersten Angelegenheit verschaffte sich Marx einen leidlichen Abgang; in der zweiten zermalmten die Propagandamühlen der Parteien alle Sachlichkeit. Die KPD und – durch diese in eine agitatorische Zwangslage versetzt – auch die SPD forderten entschädigungslose Totalenteignung zugunsten von Arbeitslosen, Kriegsopfern, Sozial- und Kleinrentnern, Inflationsgeschädigten usw. Da die Regierung sich sperrte, sollte das Volk entscheiden. Dem vorangehenden Volksbegehren stimmten am 14. April 1926 eine erhebliche Zahl von Wählern zu, die sonst Mittelparteien wählten. Gerade viele Zentrumsanhänger teilten ganz und gar nicht die strenge Meinung der führenden Parteigremien, daß der Grundsatz über die Schutzwürdigkeit des Eigentums unangetastet hochzuhalten wäre. Gegen KPD und SPD quälte sich die bürgerliche Mitte einen Kompromißentwurf ab. Und die Reichsregierung? »Es geschieht wohl dem Kabinett Luther kein Unrecht, wenn man meint, es hätte selbst energisch in das Wespennest hineingreifen sollen«, schreibt Marx. Er spricht damit sein eigenes Urteil, denn er war der zuständige Minister.

Am 12. Mai 1926 stürzte überraschend Reichskanzler Luther über den sogenannten Flaggenstreit. Eine Große Koalition unter Konrad Adenauer verhinderte Stresemann. Im Ministerrat aber sagte der Außenminister laut Marx »in einer freundlichen Gesprächsweise: Was sollen wir uns lange den Kopf zerbrechen! Wir haben ja einen Mann unter uns, der schon Kanzler gewesen ist. Warum soll nicht Marx wieder Kanzler sein? Alles atmet erleichtert auf! Nun hat man den Dummen wieder gefunden. Geßler geht im Auftrage des Kabinetts wieder zum Reichspräsidenten.« Hindenburg wunderte sich: »Wer hätte gedacht, daß wir noch einmal so zusammen verhandeln würden?« Weil »eine Änderung der parteipolitischen Verhältnisse und Zusammensetzung entweder überhaupt nicht oder nur nach langwierigen, im Erfolge zweifelhaften Verhandlungen erreicht werden könnte«, bat er Marx »als das älteste Mitglied der Reichsregierung und als Vertreter der größten in ihr enthaltenen Partei das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen«. Am 17. Mai 1926 übergab er die Ernennungsurkunde. »Also sitzt jetzt Marx, so sehr er letzthin versagt hat, wieder auf dem Stuhl des Kanzlers«, vermerkte der Demokratenführer Erich Koch in seinem Tagebuch. Das Kabinett aber bildete der Regierungschef nach erprobtem Rezept: Marx neuer Reichskanzler, Ministerliste unverändert.

Die Flaggenfrage erledigte Marx straff schon in der Regierungserklärung:

Die Verordnung vom 5. Mai, die Luther die Kanzlerschaft gekostet hatte, blieb in Kraft. Das große innenpolitische Ereignis seines dritten Kabinetts wurde der Volksentscheid vom 20. Juni 1926 über die Fürstenenteignung. Wurden dafür auch nicht die nötigen 20 Millionen Stimmen aufgebracht, so befürworteten sie immerhin 4½ Millionen Wähler mehr als die 10 Millionen, welche zuletzt SPD und KPD gewählt hatten. Gerade Zentrumsanhänger versagten sich der Parole ihrer Partei und waren »mehr eigennützigen Motiven zugänglich als dem Verständnis dafür, daß auch in dieser Frage Recht und Gerechtigkeit maßgebend sein mußten«. Die Regierung schlug danach zur Regelung der Vermögensauseinandersetzung ein eigenes Gericht unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten vor. Das fand im Reichstag in erster Lesung eine Mehrheit. Vor der dritten Lesung aber überlegten es sich die SPD und auch die DNVP anders. Gespannt fieberte das Parlament dem offenbar besiegelten Schicksal des Kabinetts entgegen. Marx verblüffte die ebenso agitationsfreudigen wie verantwortungsscheuen Abgeordneten mit einer gemäßen Antwort, er trat nicht ab, er löste auch den Reichstag nicht auf, er nahm vielmehr die Vorlage zurück, überließ die Angelegenheit den Ländern, und der Reichstag ging für drei Monate in Ferien.

Stegerwald nannte das dritte Kabinett Marx eine »Wurschtelregierung«. Immerhin: Es brachte Deutschland in den Völkerbund, erledigte das Arbeitsgerichtsgesetz und verabschiedete – nicht zuletzt dank Marx' autoritativer Festigkeit – den Generalobersten v. Seeckt, ohne daß die Reichswehr, wie dieser erwartete, aufmuckte.

Mehr und mehr verlor allerdings das Minderheitskabinett am »stillen« sozialdemokratischen Koalitionspartner seine Stütze. Die SPD widersprach dem Gesetz gegen Schund und Schmutz in der Literatur; mit dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun begannen Streitereien um Posten im Verwaltungsrat der Reichsbahn; wegen der unterbliebenen Demokratisierung der Reichswehr gab es Beschwerden. Dennoch verhandelten die Sozialdemokraten über ihren Eintritt in die Regierung. Wieder widerstrebte die DVP. Ihr Fraktionsvorsitzender Scholz schloß ein Übereinkommen mit der SPD über Arbeitszeit und Militärfragen von vornherein aus; die andersgestimmten Regierungspartner aber ärgerte er, indem er Zentrum und Demokraten »frühlingshafte Verliebtheit« in die SPD nachsagte. In die gereizte Stimmung platzten die Enthüllungen des »Manchester Guardian« und des »Vorwärts« über die geheimen Beziehungen der Reichswehr zur Sowjetunion. Am 15. Dezember 1926 trafen sich Marx und Stresemann zu einem harten Gespräch mit den Unterhändlern der SPD. Die Entlassung des Wehrministers Geßler hatte Marx ihnen abgeschlagen. Auseinander gingen beide Seiten trotzdem in dem Wunsch nach Verständigung. Doch die sozialdemokratische Reichstags-

fraktion stürmte vorwärts. Vor der Um- oder Neubildung der Regierung verlangte sie nun deren Rücktritt. Außerdem kündigte sie einen Mißtrauensantrag an. Anderntags kam es zunächst zu Marx' herausfordernder Rücktrittsweigerung und dann zu Scheidemanns dramatischer Rede über die geheimen Beziehungen der Reichswehr zur Roten Armee, sowie deren zweifelhafte Verbindungen zur Großindustrie und zu den halbmilitärischen Verbänden. Wirth, unter dessen Verantwortung die militärische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion eingeleitet worden war, antwortete überaus wirkungsvoll. Doch den Sturz des dritten Kabinetts Marx konnte er damit nicht aufhalten.

VI

Die Sozialdemokraten hatten, wiewohl sie ihre lange Selbstausschaltung aufgeben und in die Regierung hinein wollten, durch ihre unbegreifliche Taktik ihre künftigen Koalitionsgefährten gründlich vor den Kopf gestoßen. Den Nutzen hatten die Deutschnationalen. Ihretwegen überging Hindenburg bei der Bildung eines neuen Kabinetts den bisherigen Regierungschef, der fest mit einem Auftrag rechnete. Eine Rechtskoalition auch unter Rechtsführung war dem Zentrum jedoch unbehaglich. Daher scheiterte der Kanzlerkandidat Curtius.

Der Reichspräsident kam danach nicht mehr um Marx herum. Ohne Groll gegen die SPD, die ihn eben gestürzt hatte, versuchte dieser sich seit dem 15. Januar 1927 zunächst an einer Regierung der Mitte. Die Sozialdemokraten wollten jedoch nicht Duldung, sondern Beteiligung, während die DVP sozialistische Minister grundsätzlich von sich wies. Diese Verhandlungen hatte Marx aufrichtig und bemüht geführt, obwohl sie schon am 12. Januar dem Reichspräsidenten von den Zentrumspolitikern Brauns und v. Guérard lediglich als »Zwischenstadium« für eine anzustrebende Rechtsregierung vorgeschlagen worden waren. Nach dem Scheitern eines Mitte-Kabinetts ersuchte Hindenburg in genauer Befolgung dieses Verfahrensplanes am 20. Januar Marx, »die Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer *Mehrheit der bürgerlichen Parteien* des Reichstags mit tunlichster Beschleunigung zu übernehmen«. Die Deutschnationalen krochen in der Tat unter das »Kaudinische Joch« der Zentrumsrichtlinien: Außenpolitik im Sinn der Locarno-Verträge, Anerkennung der Reichsverfassung, Kampf gegen gewaltsamen Umsturz, Lösung der Reichswehr von den nationalen Verbänden. Nachdem auch personelle Schwierigkeiten überwunden waren, hatte Marx am 29. Januar eine Regierung, die vier deutschnationale Minister enthielt, beisammen.

Dieser Kurswechsel nach rechts erschütterte die Zentrumspartei tief. Daß

Marx sich aus dem Präsidentschaftskandidaten des Volksblocks zum Kanzler eines Rechtsblocks verwandelt hatte, kreideten ihm viele Anhänger als Verrat an seinen bisherigen politischen Überzeugungen an. Der Zentrumsvorstand sah sich indessen vor der von Brauns und v. Guérard geplanten und von ihm selbst herbeigeführten »Zwangslage«: Wenn er sich damals der Bitte des Reichspräsidenten versagt hätte, mußte die Partei entweder Neuwahlen mit kaum zu ändernden Mehrheitsverhältnissen wagen oder eine Rechtsregierung auch unter Rechtsführung hinnehmen. Beides gefährdete alles Erreichte. Die Partei des Ausgleichs wähnte sich außerdem vor einer großen historischen Stunde: Sie meinte, daß es galt, die Deutschnationalen durch Heranziehung zu verantwortungbewußter Arbeit mit der bis dahin verfemten Republik zu versöhnen. Marx erschien dem Vorstand für die Leitung einer Rechtskoalition als der berufenste Mann. Ihm traute man zu, daß er als Repräsentant der Zentrumsmitte die Partei vor Flügelkämpfen bewahren und ferner der verlassenen Linken der zuverlässigste Interessenwahrer werden könnte. Als Kräfte der eigenen Partei die Erfüllung dieser Erwartungen hintertrieben, erfüllte sich auch Marx' politisches Führerschicksal.

Die Arbeit der neuen Regierung ließ sich befriedigend an. In der immer wieder gerühmten Loyalität zu Mitarbeitern paukte Marx zunächst den Innenminister Walter v. Keudell von Vorwürfen wegen Unterstützung des Kapp-Putsches frei. Stil und Ton der Kabinettsverhandlungen glichen alsbald denen früherer Regierungen; Marx verstand es mit autoritativer Liebenswürdigkeit, alte und neue Minister einander persönlich näherzubringen. Obwohl Spannungen und Gegensätze die politische Inhomogenität der Regierung immer wieder verdeutlichten, konnte der Kanzler nicht nur ihre sachliche Arbeit gewährleisten, sondern bald Erfolge vorweisen. Die Zustimmung der DNVP zur Verlängerung des Republikschutzgesetzes von 1922 einschließlich des Einreiseverbotes für den Kaiser glückte durch seine Vorarbeit bei Hindenburg. Den Zentrumsministern gelangen Gesetze, die Meilensteine des sozialen Fortschritts darstellen: das Arbeitszeitgesetz vom 14. April 1927 und das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927, schließlich die Anhebung der Beamtengehälter um 21 bis 25 Prozent, die die grausame Kürzung von Ende 1923 rückgängig machte. Dagegen erhoben sich ausgerechnet aus dem Zentrum Stegerwald und der Bergarbeitergewerkschaftler Heinrich Imbusch. Die Einigkeit im Regierungslager festigte keineswegs auch der Widerspruch des Reichsbankpräsidenten Schacht, der Bedenken des Reparationsagenten Parker Gilbert steigerte. Dazu gesellten sich andere Rückschläge.

Am 13. Juli 1927 hörte Marx erstmalig von der »schlimmen Sache« Lohmann. Dieser Marinekapitän leitete im Wehrministerium die Seetrans-

portabteilung und wollte die ihm im Reichshaushalt zur Verfügung stehenden Gelder durch Anlage bei gewinnbringenden Unternehmen vermehren. Der Konkurs der Phoebus Film AG deckte diese Gesetzwidrigkeit auf. So rückhaltlos Marx diese Finanzgebarung verurteilte, so energisch wehrte er die Versuche der Parteien ab, über die Untersuchungsberichte Einblick in die heimlichen Waffenrüstungen der Reichswehr zu bekommen. Der Lohmann-Fall veranlaßte Reichswehrminister Geßler zum bereits länger vorher geplanten Rücktritt am 14. Januar 1928. Den Nachfolger bestimmte Hindenburg und nicht, wie es nach der Reichsverfassung richtig gewesen wäre, der Reichskanzler Marx. Gewiß, die Basis der Rechtskoalition trug damals schon nicht mehr, und die bevorstehenden Neuwahlen verhießen einen Sieg der SPD, gewiß mußte das Amt des Reichswehrministers wie bisher dem Sog der häufigen Regierungswechsel entzogen bleiben, gewiß wäre General Groener wahrscheinlich auch der Mann von Marx' Wahl gewesen, doch der Kanzler hätte Hindenburg nicht gestatten dürfen, die Ernennung eines Ministers, auch nicht des Reichswehrministers, wie eine Präsidialangelegenheit zu behandeln. Zum Schaden von Parlament und Regierung verschoben sich die Gewichte ständig mehr zugunsten des Reichspräsidenten. Die Hilflosigkeit der demokratischen Kräfte offenbarte auch die von Marx am 16. Januar 1928 »mit einem gewissen Gefühl der Ergriffenheit« eröffnete Länderkonferenz. Die Ministerpräsidenten der deutschen Länder stimmten überein, daß der staats- und verwaltungsrechtliche Aufbau des Reiches unbefriedigend sei, aber sie waren nicht bereit zu sagen, wie er geändert werden sollte. Marx war schließlich »heilfroh«, daß sie vor dem Auseinandergehen eine vage Entschließung billigten.

Das Zentrum hatte die Rechtskoalition nicht zuletzt um des Reichsschulgesetzes willen akzeptiert. Alle Versuche, es mit links zustandezubringen, waren stecken geblieben. Die DNVP dagegen hatte sich immer als Anhängerin der Bekenntnisschule ausgegeben. Am 13. Juli 1927 verabschiedete das Kabinett – allerdings unter Vorbehalt der volksparteilichen Minister – den Keudellschen Entwurf. Eine Hochflut von Änderungsanträgen überrollte ihn im Reichsrat und namentlich im Bildungsausschuß des Reichstags. Seit Anfang Januar 1928 suchte Marx bei Stresemann und Curtius nach Annäherungsmöglichkeiten zur ablehnenden DVP. Er wollte augenscheinlich die Schulgesetzverhandlungen aufschieben, um die Koalition vor einem vorzeitigen Auseinanderfall zu retten. Dabei fiel dem Kanzler des Zentrums der Fraktionsvorsitzende des Zentrums in den Rücken. »Es scheint festzustehen, daß vor allem v. Guérard nicht nur jene Schärfe in die Verhandlungen gebracht hat, die – wie Stresemann an Staatssekretär Weismann schrieb – ›die Dinge auf die Spitze getrieben und damit in der Volkspartei die Auffassung genährt hätten,

daß es dem Zentrum vor allem darauf ankäme, wegen seiner inneren Schwierigkeiten eine Art Kulturkampfparole zu haben‹, sondern es ist darüber hinaus denkbar, daß der Fraktionsvorsitzende die Vermittlungsversuche von Marx ... ganz bewußt sabotiert hat, um mit dem Scheitern des Schulgesetzes die Niederlage des Parteiführers, die sich schon auf der Reichsausschußsitzung des Zentrums (29. Januar 1928 in Berlin) abgezeichnet hatte, in den Augen breitester Parteikreise zu besiegeln« (G. Grünthal). Guérard trieb und stieß geradezu die Beratung des Schulgesetzes. Weil Marx seine Vermittlung noch nicht abgeschlossen hatte, beharrte die DVP, als es am 15. Februar zur Abstimmung kam, auf dem Ausnahmerecht für die Simultanschulländer Baden, Hessen und Nassau. Nach außen hin war das Zentrum daher in der Lage, den Bruch der Koalition der DVP anzulasten. Auf Hindenburgs Bitte fand sich Marx mit seiner Regierung bereit, bis nach den Reichstagswahlen, die vorgezogen werden sollten, ein begrenztes Notprogramm abzuwickeln. Als der Reichspräsident ihn am 29. Juni 1928 vom Reichskanzleramt entband, würdigte er als Leitziel von Marx' Wirken die »Arbeit am Wohl des *ganzen* Volkes« und gedachte im übrigen seiner Verdienste von 1923/1924. Hatte er etwa in Hindenburgs Augen 1927/1928 sich solche nicht erworben?

VII

Der Dolchstoß des Opportunisten v. Guérard war der Höhepunkt oftmaliger schlechter Behandlung durch Parteifreunde. Unter der Regierungsarbeit und -verantwortung litt zwangsläufig Marx' Einsatz als Parteichef. Mit wachsender Amtsdauer erweiterte sich auch die Distanz zur Partei. Das waren jedoch wohl nur zum geringeren Teil die Gründe für die traurigen Zustände im Zentrum zur Zeit seines Abtritts. Eine lange Reihe von Krisen hatte Marx zu bewältigen. Über die erwähnten Abspaltungen anläßlich Marx' preußischer Kabinettsbildung, der Reichspräsidentenwahl, Fürstenenteignungsfrage und Bildung der Rechtskoalition hinaus rüttelten mehrfach weitere innerparteiliche Unstimmigkeiten am legendär festen Zentrumsturm.

Im April 1924 fing es mit der BVP an. Sie wollte in der Pfalz nicht mehr wie bisher den Zentrumskandidaten stützen, sondern einen eigenen Kandidaten zur Reichstagswahl aufstellen. Der Zentrumsvorstand gab daraufhin Zentrumskandidaturen für Bayern frei. Der Kampf von Katholiken gegen Katholiken erreichte dort ein Jahr später bei der Reichspräsidentenwahl einen nie dagewesenen Gipfel. Ohne derartige Folgen blieb die erfolglose Auseinandersetzung mit dem evangelischen Professor Alfred v. Martin in München, der dem Zentrumsvorstand angehörte

und sich über eine Rede des münsterischen Domkapitulars Wildermann erregte, der am 30. April 1925 im preußischen Landtag Sozialismus und Protestantismus als Irrlehren bezeichnet hatte. Nachhaltiger hat es den Parteivorsitzenden berührt, als er am 21. Mai 1925 von Papst Pius XI. die uralte Frage, ob das Zentrum eine katholische oder eine politische Partei wäre, in Gestalt von Bedenken über das Zusammengehen der Partei mit der SPD besonders bei der Reichspräsidentenwahl vorgelegt bekam. Kaum um den inneren Bestand der Partei fürchten ließen dagegen die Splittergruppen wie die Christliche Volkspartei 1920 in Köln, die Christlich-soziale Volksgemeinschaft des Vitus Heller 1924 in Würzburg, woraus 1928 eine Christlich-soziale Reichspartei wurde, und 1922 die Essener Partei deutscher Katholiken.

Die stärksten Minen legte in den Zentrumsturm vielmehr der Reichskanzler a. D. Joseph Wirth. Dieser stand im Zentrum links. Marx hingegen steuerte den traditionellen Kurs der Mitte, und hin und wieder ließ er verlauten, daß das Zentrum für seine Politik statt wie seit Jahren von links auch einmal von rechts Hilfe holen könnte. Praktiziert allerdings hatte er das trotz der deutschnationalen Wahlgewinne von 1924 nicht. Die Unterstützung des ersten Kabinetts Luther seit Januar 1925 war nach Marx' Geschmack »für die Zentrumsfraktion ein hartes Stück«. Als Wirth jedoch erst am 13. August ohne Angabe von Gründen die Fraktion verließ und dann nach Amerika verreiste, blieben Gegner wie Freunde zunächst über Inhalt und Zweck seiner Rügen am Parteikurs ratlos. Am 16. und 17. November ließ er sich auf dem Parteitag in Kassel darüber auch nicht bündig aus. Aufgeworfen hatte er stattdessen die »Führerfrage«. Damit schalt Wirth mittelbar die lediglich auf Ausgleich der auseinanderstrebenden Gruppierungen bedachte Tätigkeit des Parteivorsitzenden Marx. Wirth wollte den himmelan strebenden Führer, der die Massen mitriß, und dachte dabei vielleicht an sich selbst. Der Kasseler Parteitag ließ es jedoch, damit die Partei einig blieb, bei der bisherigen Leitung. Einen Mangel an Führung im Sinne Wirths nahm auch die Reichstagsfraktion in Kauf; denn sie wählte nach Fehrenbachs Tod im März 1926 zu ihrem Vorsitzenden wieder den »unantastbaren, verehrungswürdigen« Marx mit seiner »gütigen und milden Art«.

Übrigens hatte Wirth ihm zu Jahresanfang in Mönchengladbach hohes Lob gespendet. Und als Marx sein drittes Kabinett gebildet hatte, reihte er sich im Juni 1926 wieder der Fraktion ein. Nach den Erfahrungen mit Wirth während der Rechtsregierung Luther sicherte sich Marx bei der Bildung seines vierten Kabinetts ihm gegenüber mit besonderer Umsicht ab. Er übergab Wirth die »Richtlinien«, die die Bahnen der kommenden Regierungsarbeit festlegten. Wirth verschärfte sie und billigte sie alsdann mit der gesamten Fraktion. Die Deutschnationalen gingen – anschei-

nend wider Wirths Erwarten – darauf ein. Trotzdem verweigerte er als einziger der Zentrumsabgeordneten am 5. Februar 1927 der auf der Grundlage der »Richtlinien« zustandegekommenen Regierung das Vertrauen, ohne daß er vorher einen Weg angegeben hätte, zu einem anders zusammengesetzten Kabinett zu kommen. Als die Gemeinsamkeit in der Regierung eine Annäherung von Zentrum und BVP erwarten ließ, witterte Wirth hinter der angestrebten Arbeitsgemeinschaft »eine Bindung des Zentrums an eine permanente Rechtspolitik«. Marx versicherte dazu am 7. März 1927 dem badischen Parteichef Dr. Schofer, »daß sich das Zentrum Unabhängigkeit und Freiheit nach allen Richtungen hin bewahren muß«, »daß er unter keinen Umständen eine Verletzung der Richtlinien zulassen« und bei widersprechendem Beschluß der Reichsregierung »keinen Augenblick zögern« wird, seine »Entlassung zu nehmen«. Marx fügte hinzu: »Ich glaube, daß auch in sozialdemokratischen Kreisen das Vertrauen zu mir in dieser Richtung in keiner Weise erschüttert ist«. Dies kam bei der Verlängerung des Republikschutzgesetzes tatsächlich zum Ausdruck. Anders Wirth. Er bezichtigte am 15. Mai die DNVP der »Gesinnungslumperei«. Marx, der ihn im Auftrag des Parteivorstands zur Rede stellte, wurde – taktlos – brüskiert, der Tadel aller maßgeblichen Parteiinstanzen überhört. Die meisten seiner Anhänger flohen Wirth allerdings erst, als er im August die Bekenntnisschule in Frage stellte. »Die ganze deutsche Parteiengeschichte«, schrieb am 18. August 1927 die »Neue Zürcher Zeitung«, »kennt kein zweites Schauspiel solcher Gegensätzlichkeit coram publico innerhalb derselben Partei«. »Marx oder Wirth« lautete indessen nicht, wie das Blatt meinte, die Alternative. Niemand hat damals an einen Parteivorsitzenden Wirth gedacht.

Die Marx bis dahin auszeichnende Kraft, zwischen Gegensätzen und Spannungen den angemessenen Kompromiß zu finden, scheint ihm, als Krisen auch von anderen Seiten wuchsen, mehr und mehr geschwunden zu sein. Nach schweren Unruhen in Wien am 15. und 16. Juli 1927 übermittelte das überparteiliche deutsche Reichsbanner dem beteiligten sozialdemokratischen Schutzbund Österreichs eine Solidaritätskundgebung. Marx erklärte daraufhin seinen Austritt aus dem Reichsbanner. Im Zentrum würdigte man diesen zwar als folgerichtig, sah ihn allerdings für die anderen Zentrumsmitglieder im Reichsbanner als unverbindlich an. Glaubte man doch unterstellen zu sollen – und damit ließ man Marx im Stich –, daß Österreich einen so weitgehenden Schritt des Reichskanzlers nicht erwartet hätte.

Was den Wirthschen Angriffen an Wucht der Agitation eigen war, ersetzten die Ausfälle der Gewerkschaftler Stegerwald und Imbusch gegen die Erhöhung der Beamtengehälter durch Verdächtigungen und Kränkungen. Marx bedauerte in einem Brief an den katholischen Lehrerverband vom

19. Dezember 1928 »die durchaus unbegründeten und unsachlichen Ausführungen von Herrn Dr. Stegerwald«; außerdem suchte er die Unruhe unter den Beamten zu dämpfen: »Die stärkste Ablehnung des von Herrn Dr. Stegerwald und einigen Gewerkschaftssekretären eingenommenen Standpunktes hat sich doch wohl darin gezeigt, daß der Reichstag mit einer so überwältigenden Mehrheit die Vorlage angenommen hat.« Stegerwald schrieb daraufhin Marx: »Solange dieser Brief besteht, ist es ausgeschlossen, daß ich weiterhin als stellvertretender Parteivorsitzender amtieren kann.« Mit den Worten »Stegerwald und einige Gewerkschaftssekretäre« hatte der Kanzler die Empfindlichkeit der Gewerkschaften gereizt, während seitens der Beamten Proteste wegen Stegerwalds Korruptionsvorwurf hagelten. Auf einer Sitzung des Parteiausschusses am 29. Januar 1928 steckte Marx vor den Gewerkschaften anscheinend vollständig zurück. War er gegenüber dem Reichsbanner zu scharf aufgetreten, so fand man ihn diesmal zu nachgiebig, ja schwach.

Was aber war in eben diesen Tagen auf den gerade 65jährigen nicht alles eingestürmt! Geßlers Rücktritt und Groeners Ernennung zum Wehrminister, heikle »Lohmann«-Verhandlungen mit der SPD und vor dem Reichstag, Rücktrittsdrohung des Wirtschaftsministers Curtius wegen übersteigerter Bayern-Ansprüche auf der Länderkonferenz, Krise im Bildungsausschuß wegen des Schulgesetzes, schließlich die Tücke des Fraktionsvorsitzenden v. Guérard, der Marx im Reichstag desavouierte, weil dieser das Zentrum als weder monarchische noch republikanische, sondern als Verfassungspartei gekennzeichnet hatte, und der darüber hinaus in dem Streit des Reiches mit Ministerpräsident Braun wegen eines Platzes im Verwaltungsrat der Reichsbahn ohne Absprache mit Marx sich auf die Seite Preußens schlug. So gut der Parteiausschuß am 29. Januar Marx' Rechenschaftsbericht aufnahm, seine Entschließung bestimmte allein der Druck der Gewerkschaftler. Nach dieser schweren Autoritätseinbuße entschloß sich Marx zur Aufgabe des Parteivorsitzes, »sobald die Zeit dazu gekommen ist«. Zunächst warfen ihn die Aufregungen mit einem schweren körperlichen und nervlichen Zusammenbruch für lange Wochen aufs Krankenbett. Ludwig Kaas redete auf der Tagung des Parteiausschusses am 12. April den Streithähnen ins Gewissen. Er nannte Kritik »verfehlt und destruktiv«, die »sich nicht immer bewußt bleibe des Respekts vor der Bedeutung und der Funktion des Führergedankens«. Hatte er aber, indem er sich so sachlich für den »Führergedanken« einsetzte, wirklich die Person von Marx in Schutz genommen?

Die Wahlen vom 20. Mai 1928 quittierten dem Zentrum die Richtungskämpfe und den Hader seiner Spitzenpersönlichkeiten mit der niedrigsten Abgeordnetenzahl zwischen 1871 und 1933. In der Verhandlungskommission zur Bildung des Kabinetts Müller verlangte Marx gleichwohl,

den Stärkeverhältnissen entsprechend, drei Minister für seine Partei. Das andere Kommissionsmitglied Wirth, der unbedingt in die Regierung wollte, stieß mit seinen persönlichen Prestigeforderungen auf Bedenken beim Reichspräsidenten und – überraschend – nicht zum wenigsten bei der SPD; v. Guérard, der Dritte in der Kommission, erlangte schließlich als einziger Zentrumsparteiler und »Verbindungsmann« die Ministerien für Verkehr und für die besetzten Gebiete. »So wird es nun gemacht!« lautete Marx' trockener Kommentar auf diesen mageren »Erfolg« der neuen Zentrumsköpfe. Zugute halten konnte gerade er sich das Urteil des »Demokratischen Zeitungsdienstes« vom 28. Juni 1928: »Die alte Sicherheit des Zentrums, die souveräne Behandlung aller taktischen Fragen, die sprichwörtlich gewordene Gewandtheit des Zentrums ist dahin. Das Zentrum ist unsicher geworden. Man spürt nicht mehr die sichere Hand der Führer.«

Diese sichere Hand verschmähte bald auch die Partei. Marx, der seinen kommenden Rücktritt am 17. März als erstem Kaas anvertraut, im Sommer in kleinen Kreisen angekündigt und dem Parteivorstand am 6. Oktober »mit aller Bestimmtheit« erklärt hatte, wollte zusammen mit Hugo Mönnig, dem Vorsitzenden des Rheinischen Zentrums, die Regelung seiner Nachfolge in überkommener Weise durch Absprache unter den Zentrumshonoratioren vorbereiten. Das gelang ebensowenig wie Stegerwald die Eigenpropaganda. Da Ausscheidungswahlen unüblich waren und von manchen gefürchtet wurden, drängten viele Seiten Marx zur Annahme einer Wiederwahl. Auf Mahnungen Dr. Schofers entgegnete Marx: »Nach reiflicher Überlegung muß ich aber an der Bitte festhalten, keine weiteren Schritte zu tun, um mich von meinem Entschluß abzubringen.«

In einer Aufzeichnung vom September 1934 bestreitet Marx, daß er am 6. Dezember 1928 auf dem Reichsparteitag in Köln »aus politischen Gründen zurückgetreten sei«; dabei weist er auf seinen »zerrütteten Gesundheitszustand« hin. Diese Deutung trifft nicht zu. Auch den Parteivorsitz gab Marx infolge des Scheiterns der Rechtskoalition ab. Er hatte sich einst an deren Spitze gestellt, um die Deutschnationalen durch verantwortliche Mitarbeit an den demokratischen und republikanischen Staat heranzuführen und so ihre bisherige Opposition lahmzulegen. Wirth und schließlich Stegerwald, obwohl dessen Deutscher Gewerkschaftsbund in der Regierung ein getreues Spiegelbild besaß, sorgten dafür, daß in weiten Kreisen des Zentrums dieses Anliegen nicht verstanden wurde. Zwar war Marx' Einsicht in die damaligen staatspolitischen Notwendigkeiten tiefer als die seiner innerparteilichen Gegenspieler, doch vermochte er seinem richtigen Konzept – vielleicht war es dafür einfach zu früh – nicht zum Erfolg zu verhelfen. Konsequenzen aber sind Marx, gerade wenn es um seine Person ging, niemals schwer gefallen.

VIII

Mag es auch zu glauben schwer sein, daß Marx, der sich von Amt zu Amt rufen ließ, alles andere war als ein Ehrgeizling: Alle Aufgaben wurden ihm angetragen, er hat keine gesucht. Ihn selbst bestimmten Pflichtgefühl und ein überscharfes Verantwortungsbewußtsein. Die Berufungen kamen, weil er – wie auch seine Gegner stets anerkannten – Vertrauen verdiente. Grundsatzfestigkeit paarte sich bei ihm mit den verbindlichsten Umgangsformen; ohne eigene Eitelkeit ließ er anderen und deren Verdienst gern jeglichen Ruhm. Trotz aller Zurückhaltung, Bescheidenheit und Versöhnlichkeit war er sicher, fest und klar im Urteil wie im Auftreten, allerdings kein Stürmer und Dränger und schon gar kein Kämpfer. Vorgeworfen hat man ihm gelegentlich Unschlüssigkeit.

Da das Weimarer Verfassungssystem den Kompromiß zwischen den konkurrierenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kräften geradezu institutionalisiert hatte, handelte er m. E. verantwortlich, wenn er die ständigen Rufe nach »Führertum« überhörte und stattdessen alles daran setzte, nach Ausreifung aller Meinungen mit Rücksicht auf alle interessierten Gruppen und Schichten unter klugem Einsatz auch geistig ihm überlegener Persönlichkeiten zum günstigsten Zeitpunkt eine Übereinstimmungslinie zu finden und zu formulieren, die auf breiten Beifall rechnen konnte. Als starke mittlere Resultante der vorhandenen Richtungen holte ihn 1921 die Reichstagsfraktion aus dem zweiten Glied und stellte ihn vor ihre Front. Im Interfraktionellen Ausschuß und dann in der Arbeitsgemeinschaft, die während der Kabinette Wirth und Cuno die Tätigkeiten der Regierungsparteien koordinierten, wuchs er zum unentbehrlichen »Regulator und Moderator« (R. Morsey) heran. Als Reichskanzler verschaffte er durch seine undramatische Politik stetigen Ausgleichs dem deutschen Volk nach höchster Gefahr für die Reichseinheit, bürgerkriegsähnlichen Zuständen, Währungs- und Wirtschaftsverfall ohnegleichen seit der Jahreswende 1923/1924 die ersehnte Beruhigung der staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Routinier des Kompromisses mit dem redlichen Herzen hatte auch eine glückliche Hand auf der zweiten Londoner Konferenz bei der Versöhnung der ehemaligen Feindmächte. Von ihm akzeptierten diese die deutsche Verständigungspolitik, die er dann Stresemann überließ. Marx lenkte danach sein Bemühen zurück auf die Überbrückung der Kluften im deutschen Volk. Gewinnen wollte er für den republikanischen Staat die gemäßigteren bürgerlichen Rechtskreise. Die »Regierung der Volksgemeinschaft« auf der Basis einer ganz großen Koalition von SPD bis DNVP war jedoch eine wirklichkeitsfremde Überspannung, nach Stampfers treffendem Bild »ein Kalb mit sechs Beinen«. Bestand während seiner Rechtskoalition 1927/

1928 seitens starker Gruppen der DNVP ehrlicher Ausgleichswille, so fehlte er diesmal in großen Teilen von Marx' eigener Partei.

Daß ihm das Zentrum in dieser nationalen Versöhnungspolitik nicht mehr folgte, liegt zum Teil an Versäumnissen von Marx, der in überholten Vorstellungen von der Führung einer Partei wurzelte. Als Parteichef fühlte sich Marx genau wie seine Vorgänger als Erster unter den anderen ebenbürtigen Zentrumsführern; alle miteinander legten die Politik fest. Diesem noch vor der Jahrhundertwende geprägten Typ des Vorsitzenden eines ehrenwerten Vereins war der nun auf einmal verlangte blendende Parteiführer fremd. Überkommen aus seinen politischen Anfängen, fehlte Marx ferner der Sinn für die innere Demokratisierung der Partei, die Einübung der vorwärtsdrängenden Jugend in die politische Verantwortung, den systematischen Ausbau einer schlagkräftigen Organisation und die ständige Kontaktpflege zu den Wählermassen. Man konnte sich nicht mehr so selbstverständlich wie vor dem Weltkrieg auf die Wahlhilfen durch die katholischen Vereine und Organisationen, durch Bischöfe und Klerus verlassen. Die Techniken und die Bedürfnisse einer modernen Massenpartei hat Marx wohl nicht mehr ganz verstanden. Die starke, von Wirth und den Windthorstbunden geforderte einseitige ideologische Festlegung kam ihm verdächtig vor. Das Alternieren zwischen Rechts- und Linkskoalitionen, wenn es die Politik oder auch nur kluge Taktik verlangten, war ihm nichts Ungeheures. Nun sollten auf einmal das Taktieren und Lavieren der Glaubwürdigkeit der Partei schaden. Diese sah Marx nicht in unverrückbarer Linksneigung, sondern – wie hergebracht – im ausgewogenen Ausgleich verankert, der in christlicher Gebundenheit unter den Zentrumsanhängern und in nationaler Verantwortung mit den übrigen staatserhaltenden Parteien ausgehandelt worden war. Seine Parteiführung weist – alles in allem – nicht den Einsatz und die Erfolge wie seine Regierungstätigkeit auf.

Dennoch war Marx über sein politisches Denken und Handeln bis zu seinem Lebensende am 5. August 1946 in Bonn zutiefst beruhigt. Er wußte, daß ihm die Geschichte einst Gerechtigkeit zuteil werden ließ, die er in den nationalsozialistischen Geschichtsbüchern vermißte. Freilich wird ihm sein historisches Verdienst, 1924 Deutschlands inneren und äußeren Wiederaufstieg geleitet zu haben, auch heute nicht immer nach Gebühr zuerkannt. Er selbst hatte davon wenig Aufhebens gemacht, und diese Bescheidenheit wirkt noch nach. Marx genügte die innere Gewißheit, daß er immer nur Gutes erstrebt, fleißig gearbeitet und das Beste nicht für sich, sondern für Vaterland und Kirche gewollt hatte.

Rudolf Morsey

Adam Stegerwald (1874–1945)

An Adam Stegerwald haben sich stets die Geister geschieden. Der fränkische Kleinbauernsohn aus der ländlichen Bildungsreserve des deutschen Katholizismus war kein bequemer Mann. Er entwickelte sich nach der Jahrhundertwende zu einem bedeutenden Gewerkschaftsführer und übernahm mit der ihm eigenen zupackenden Energie in der Zeit der Weimarer Republik Ministerämter im Reich und in Preußen. Mit Stegerwalds Namen verbinden sich der Aufstieg der Christlichen Gewerkschaften und die Forderung nach der Gründung einer interkonfessionellen christlichen Volkspartei, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg Wirklichkeit geworden ist. Der Sozialpolitiker wurde 1945 einer der Gründer der Christlich-Sozialen Union, deren Aufstieg er allerdings nicht mehr erlebte. Von der amerikanischen Besatzungsmacht als Regierungspräsident von Unterfranken in Würzburg eingesetzt, starb er am 3. Dezember 1945, verstrickt in eine politische Kontroverse über seine Haltung während der Zeit des »Dritten Reiches«.

I

Adam Stegerwald wurde am 14. Dezember 1874 in dem Dorf Greußenheim, zehn Kilometer nordwestlich von Würzburg, als Sohn eines Kleinbauern mit 35 Morgen Land, geboren. Er wuchs zusammen mit sieben Geschwistern in ärmlichen Verhältnissen auf und verlebte eine harte Jugendzeit. Nach Abschluß der zweiklassigen dörflichen Volksschule und Mitarbeit in der häuslichen Landwirtschaft erlernte er in den Würzburger Vororten Höchberg und Zell das Schreinerhandwerk. Dann begann er die üblichen Wanderjahre und arbeitete während dieser Zeit »auf der Walz« in verschiedenen Orten in West- und Süddeutschland und in der Schweiz. 1893 trat er in Günzburg/Donau dem Kolpingverein bei. Damit hatte er eine geistige Heimat und feste religiöse Verankerung gefunden. Stegerwald blieb auf diese Weise der sozialistisch beeinflußten Gewerkschaftsbewegung fern.

In Stuttgart und später dann in München, wohin er 1896 übersiedelte,

bemühte er sich durch den Besuch von Abendkursen und Vorlesungen – darunter von 1900–1902 bei dem Volkswirtschaftler und »Kathedер-Sozialisten« Lujo Brentano (1844–1931) – um geistige Weiterbildung. In München schloß er sich dem örtlichen Arbeiterwahlverein der Zentrumspartei an. Zugleich betätigte er sich im Verein »Arbeiterschutz«, einer Art Vorläufer der späteren interkonfessionellen Christlichen Gewerkschaften. Durch frühzeitige Verwurzelung in der Zentrumspartei und in der Gewerkschaftsbewegung hatte Stegerwald die politische Richtung für sein künftiges Leben gefunden. Durch seine tatkräftige Mitarbeit in beiden Institutionen wuchs er allmählich in deren Führungspositionen hinein.

Mit seiner Nominierung zum Delegierten der Münchner Schreinersektion des Vereins Arbeiterschutz zum ersten Kongreß der Christlichen Gewerkschaften 1899 in Mainz begann Stegerwalds Tätigkeit als Verbandsfunktionär. Die seit Ende der achtziger Jahre bestehenden örtlichen Gruppen der christlichen Gewerkschaftsbewegung beziehungsweise konfessionellen Standesvereine oder christlich-sozialen Gruppen drängten auf einen Zusammenschluß, der 1899 in Mainz zustande kam.

Dabei wurde ein Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften mit den entsprechenden organisatorischen Instanzen geschaffen. Er gliederte sich in einzelne Berufsverbände. Den Anfang machte der am 1. Juli 1899 in München errichtete »Zentralverband christlicher Holzarbeiter«. Sein Vorsitzender wurde Adam Stegerwald. Er begann mit Schwung und Angriffslust gegenüber der dominierenden sozialistischen Gewerkschaftsbewegung seine Tätigkeit, mit der zugleich das Amt des Kassierers und das des Redakteurs von zwei Verbandszeitschriften verbunden war. Diese Arbeit nahm schon bald soviel Kraft und Zeit in Anspruch, daß er seinen Beruf aufgab, zumal er Schwierigkeiten hatte, als »Gewerkschaftler« bei einem Arbeitgeber unterzukommen. Stegerwald wechselte hauptamtlich in die Gewerkschaftsbewegung über und wurde 1902 zum Generalsekretär der Christlichen Gewerkschaften (84 600 Mitglieder) gewählt.

II

Stegerwald übernahm Anfang 1903 in Köln die Zentrale seines Verbands und gewann großen Anteil am raschen Aufstieg der Christlichen Gewerkschaften (1905: 188 000 Mitglieder, 1913: 342 000). Er zählte auch zu den Initiatoren des »Deutschen Arbeiterkongresses«, einer lockeren Vereinigung der Christlichen Gewerkschaften, des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbands und konfessioneller Arbeiter- und Gesellenvereine evangelischer und katholischer Provenienz.

Dieser Kongreß, der zwischen 1903 und 1917 viermal tagte, war ein Zusammenschluß der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, die sich in scharfer Frontstellung zu den sozialistischen Gewerkschaften (mit ihrer marxistisch-atheistischen Grundlage) zusammenfand. Die Geschäftsführung des Deutschen Arbeiterkongresses übernahm Stegerwald, der aus dieser Sammlungsbewegung dann nach 1918 den christlich-nationalen und interkonfessionellen »Deutschen Gewerkschaftsbund« (DGB) schuf. Schließlich wurde er im Jahre 1908 noch zum Sekretär der Internationalen Konferenz der Christlichen Gewerkschaften gewählt. In dieser Eigenschaft lernte er auf zahlreichen Auslandsreisen die Lage der Arbeiterschaft in den benachbarten europäischen Ländern kennen. Damit zählte er im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs zu den profiliertesten Gewerkschaftsführern.

Stegerwald stand mit der christlichen Arbeiterbewegung auf dem Boden der Monarchie und der herrschenden Staats- und Gesellschaftsordnung und damit im Gegensatz zu den »freien« sozialistischen Gewerkschaften. Das Ziel der von Stegerwald vertretenen Bewegung war es, die soziale Gesetzgebung zu beeinflussen, das Koalitionsrecht durchzusetzen, die Vereins- und Versammlungsfreiheit zu sichern und Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsvertrags zu gewinnen. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs konnte von dieser evolutionären Zielsetzung – abgesehen vom Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes – nicht allzuviel verwirklicht werden, ganz zu schweigen von der erstrebten politischen Gleichberechtigung und gesellschaftlichen Anerkennung der Arbeiterschaft.

Die Durchschlagskraft dieser nichtsozialistischen Arbeiterorganisation und ihre Ausdehnung waren indes nicht nur durch äußere Umstände gehemmt, sondern auch durch innere Auseinandersetzungen, die mehr als ein Jahrzehnt lang den deutschen Katholizismus erschütterten. Seit der Jahrhundertwende tobte der Gewerkschaftsstreit. In ihm ging es darum, ob katholische Arbeiter interkonfessionellen Gewerkschaften beitreten könnten oder ob sie sich nur in konfessionellen Arbeitervereinen (unter Leitung geistlicher Präsides) zusammenschließen dürften. Hinter dieser Auseinandersetzung verbarg sich die Frage, ob die Katholiken im kleindeutschen und preußisch geprägten Nationalstaat ihre politische Mündigkeit erreicht hatten oder ob sie weiterhin in der Gettohaltung der Kulturkampfzeit verbleiben sollten.

Die politische Öffnung in den interkonfessionellen Bereich vertrat die »Köln-Gladbacher Richtung«. Das waren die Kräfte des vorwärtsdrängenden rheinischen Katholizismus um die »Kölnische Volkszeitung« in Verbindung mit dem »Volksverein für das katholische Deutschland« in Mönchengladbach, der 1890 gegründeten religiösen und sozialpolitischen Massenausbildungsstätte für den deutschen Katholizismus. Dem-

gegenüber verfocht in der »Berlin-Trierer Richtung« eine integralistisch eingestellte Minderheit, gestützt auf den Breslauer Fürstbischof Georg Kardinal Kopp und den Trierer Bischof Michael Felix Korum (1881–1921) die rückwärtsgewandte Zielsetzung.

Stegerwald sah sich mit seinen Christlichen Gewerkschaften über Jahre hin in höchst unerquickliche Auseinandersetzungen mit einzelnen preußischen Bischöfen und Geistlichen, aber auch mit dem Vatikan verstrickt. Im Sinne des von Papst Pius X. (1903–1914) und seinem Kardinalstaatssekretär Merry del Val (1903–1914) verfochtenen Integralismus fand die Berlin-Trierer Richtung lange Zeit die Unterstützung der Kurie. Erst im September 1912 sprach sich eine seit Jahren erwartete päpstliche Enzyklika »Singulari quadam« für die Duldung der Mitarbeit von Katholiken in Christlichen Gewerkschaften aus, wenngleich die Sympathie des Papstes weiterhin auf seiten der katholischen Arbeitervereine lag. Nach dem von Stegerwald gewonnenen »Kölner Gewerkschaftsprozeß« von 1913 kam es zu einer Art Waffenstillstand im deutschen Katholizismus, auf den auch die Reichsleitung gedrängt hatte, da die Christlichen Gewerkschaften ein Bollwerk gegen den Sozialismus bildeten.

Die Härte der Auseinandersetzungen beleuchten nachdrücklich zwei Verse, die damals bei den Christlichen Gewerkschaften im Umlauf waren: »Was schert uns ›Singulari quadam‹, wir stehen fest und treu zu Adam!« (womit Stegerwald gemeint war), und: »Was schert uns Kopp und Korum, wir pfeifen auf ›Rerum novorum‹!«, (womit die Sozialenzyklika Papst Leos XIII. »Rerum novarum« von 1891 angesprochen war).

Der Gewerkschaftsstreit – in dem das Schicksal der Christlichen Gewerkschaften auf dem Spiele stand – und die in seinem Verlauf praktizierten Formen der Auseinandersetzung haben bei Stegerwald einen Stachel gegenüber der Kurie und einem Teil des preußischen Episkopats zurückgelassen. Noch Jahrzehnte später kam er immer wieder auf die Kirchenpolitik Pius' X. zurück, die er nicht zu Unrecht als verhängnisvoll für den deutschen Katholizismus bewertete.

Stegerwald hat sich, ganz in der Linie des langjährigen Zentrumsführers Ludwig Windthorst (1812–1891), stets in betonter Distanz zum Vatikan gehalten, dafür aber eine um so intensivere Fühlungnahme mit der Führungsschicht des wilhelminischen Deutschlands gesucht. Zusammen mit Georg Freiherr v. Hertling verkörperte er jenen Typ des »saturierten« katholischen Politikers, der nach der Jahrhundertwende längst in diesen Staat hineingewachsen war und sich mit seinen Grundlagen wie mit seiner »Weltpolitik« identifizierte.

III

Vom Kriegsausbruch 1914 wurde Stegerwald im Mittelmeer, auf einer Studienreise nach Deutsch-Ostafrika, überrascht. In die Heimat zurückgekehrt, stellte er sich sofort in den Dienst der Kriegsverwaltung. Er wurde Mitglied im Finanzbeirat des Reichsschatzamts, 1916 hauptamtlicher Vertreter der Arbeiterschaft im Vorstand des Kriegsernährungsamts in Berlin (wohin er übersiedelte) und Ende 1917 Mitglied des Preußischen Herrenhauses, als »einziger und als erster Vertreter aus den Kreisen der Arbeiter«, wie er im Plenum am 10. Juli 1918 hervorhob. Stegerwald gehörte zu den Gegnern des preußischen Dreiklassenwahlrechts und zu den Anhängern eines »sozialen Kaisertums«. Seine Hoffnung, im Zeichen des innenpolitischen »Burgfriedens« sozialpolitische Positionsgewinne erzielen zu können, erfüllte sich indes nicht.

Innerhalb der Zentrumspartei versuchte Stegerwald eine Reform im Sinne einer interkonfessionellen Ausweitung und organisatorischen Festigung, aber auch im Sinne einer stärkeren Einflußnahme der Arbeiterwähler durchzusetzen. Diese Bestrebungen blieben zunächst ohne Erfolg, bildeten aber 1918/19 einen Anknüpfungspunkt für entsprechende Forderungen. Noch Anfang November 1918 trat Stegerwald mit einem ausdrücklichen Bekenntnis zur Monarchie hervor. Wenige Tage später, nach der Niederlage und dem Zusammenbruch des Kaisertums, stellte er sich auf den Boden der neugeschaffenen republikanischen Tatsachen. Im Zuge der seit 1917 von Matthias Erzberger forcierten »Linksschwenkung« des Zentrums rückten die Arbeitervertreter mit Stegerwald an der Spitze in den Vordergrund dieser Partei. Zusammen mit dem ihm persönlich und sachlich verbundenen Generalsekretär des Volksvereins für das katholische Deutschland, Heinrich Brauns, verstärkte er seine alte Forderung nach interkonfessioneller Öffnung des Zentrums.

Mitte November 1918 zählte Stegerwald zu den Gründern der »Zentralarbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände«. Deren Ziel war es – bei Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen und deren sozialpolitischer Grundforderungen –, in enger Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Gewerkschaften die Probleme der Demobilisierung zu lösen und die wirtschaftliche Notlage zu meistern. Im Dezember gehörte Stegerwald als Wirtschaftssachverständiger einer Delegation der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa an. Bereits am 20. November 1918 rief er in Berlin den »Deutsch-Demokratischen Gewerkschaftsbund« ins Leben, einen Zusammenschluß aller nichtsozialistischen Gewerkschaften, der 1919 nach Ausgliederung der Hirsch-Dunckerschen Richtung in den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) umgestaltet wurde.

Als Vorsitzender dieses zweitgrößten Arbeitnehmerverbands und unter Beibehaltung seines Vorsitzes im Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften begann Stegerwald seinen politischen Aufstieg in der Weimarer Republik. Sein Ziel war es, für die christlich-nationale Arbeiterschaft politische Gleichberechtigung und gesellschaftliche Anerkennung sowie sozialpolitische Mitbestimmung zu erreichen. Die Zahl der Mitglieder des DGB betrug 1921/22 rund 2 Millionen, 1932 rund 1,1 Millionen, organisiert in 32 Verbänden.

1919 wurde Stegerwald in die Weimarer Nationalversammlung (Wahlkreis Köln-Aachen) und in die verfassunggebende preußische Landesversammlung (Wahlkreis Westfalen-Nord) gewählt. Von 1920 bis 1933 gehörte er der Reichstagsfraktion des Zentrums (Wahlkreis Westfalen-Nord) und deren Vorstand an; seit 1920 war er einer der stellvertretenden Vorsitzenden dieser Partei.

Stegerwald zählte zunächst zu den Verfechtern eines sehr allgemein umschriebenen »christlichen Sozialismus«, bevor er seit 1920 eine stärker ständisch-genossenschaftlich gestufte Wirtschaftsform im Zeichen einer Arbeitermitwirkung propagierte. Damals schien es so, als würde der Gewerkschaftsführer ganz in die aktive Politik überwechseln. Als Wohlfahrtsminister in Preußen (1919–1921) und als preußischer Ministerpräsident (April bis November 1921) förderte er den demokratischen Aufbau im größten deutschen Land. Im November 1923 lehnte er die Übernahme des Reichskanzleramts ab, weil sich keine Mehrheit für das von ihm für notwendig gehaltene Ermächtigungsgesetz fand.

Von 1921 bis 1929 stand die Gewerkschaftsarbeit im Vordergrund von Stegerwalds Tätigkeit, der den DGB von der Kaiserallee 25 in Berlin-Wilmersdorf aus führte. Sein spektakulärster Auftritt in dieser Zeit war eine Rede am 21. November 1920 auf dem 10. Kongreß der Christlichen Gewerkschaften in Essen. Darin forderte er nichts weniger als eine Umstrukturierung des deutschen Parteiensystems. Um die Parteienzersplitterung zu überwinden, setzte er sich dafür ein, eine antisozialistische und interkonfessionelle Sammlungspartei, eine »Zusammenfassung der Richtung Ketteler, Naumann und Stöcker«, zu gründen. Deren Motto sollte lauten: »deutsch, christlich, demokratisch, sozial«. Dieses »Essener Programm« hatte Stegerwalds persönlicher Referent, der spätere Reichskanzler Heinrich Brüning, mitformuliert. Es sollte die politische Fundierung für eine Gruppierung bilden, die auf die Mitglieder des DGB zugeschnitten war, also alle Parteien rechts von der Sozialdemokratie umfaßte.

Der Kampfruf von Essen, als Broschüre in mehr als 100 000 Exemplaren verbreitet, enthielt bezeichnenderweise kein ausdrückliches Bekenntnis zur Republik und sprach nicht mehr vom »christlichen Sozialismus«. Er

blieb ohne politische Auswirkung. Stegerwald konnte sich trotz Gründung einer Tageszeitung »Der Deutsche« (ab 1. April 1921) und einer »Deutschen Volksbank« – deren Vorstandsvorsitz er übernahm – nicht entschließen, unter Preisgabe seiner Partei- und Gewerkschaftstätigkeit die erstrebte neue Mittelpartei aufzubauen. Das Zentrum andrerseits war nicht bereit, politischen Selbstmord zugunsten einer höchst unsicheren Zielsetzung zu begehen. Noch bestanden unüberwindliche Schwierigkeiten für ein politisches Zusammengehen von Protestanten und Katholiken, wie es in der Arbeit des DGB selbstverständlich war. Erst 1945 vermochte Stegerwald die Grundgedanken des Programms von 1920 zu realisieren.

IV

In den mittleren Jahren der Weimarer Republik gehörte der Gewerkschaftsführer und Zentrumsabgeordnete Adam Stegerwald, der sich gegenüber der demokratischen Republik reserviert verhielt, zur politischen Prominenz. 1927 amtierte er als Präsident des Dortmunder Katholikentags. Er vertrat die Notwendigkeit einer starken Staatsgewalt und gefestigter Regierungsverhältnisse und den Gedanken der »Volksgemeinschaft« zur Überwindung des Klassenkampfs. Er lehnte gleichermaßen die »Formaldemokratie« wie jede sozialistische Uniformierung ab. Stegerwald, dessen Gewerkschaftsanhänger sich auf alle Parteien rechts von der Sozialdemokratie bis hin zu den Deutschnationalen verteilten, gehörte, jedenfalls bis 1926/27, zu den Vorkämpfern einer Koalitionsbildung mit den Rechtsparteien, die er aus einer für die Republik gefährlichen »nationalen« Oppositionsrolle herausführen wollte. Für ihn hörte »rechts vom Zentrum die Welt nicht auf« (1924).

Der politische Standort Stegerwalds in seiner eigenen Partei und innerhalb des Parteiensystems Weimarer Prägung ist nicht ganz leicht zu bestimmen. Er selbst pflegte – wie es der rechtsstehende und zeitweilig mit Stegerwalds Linie einverstandene Publizist Eduard Stadtler 1928 formulierte – das brückenbildende Element der eigenen Person und der von ihm geführten Gewerkschaftsbewegung in die Formel zu kleiden: National mit rechts, sozial mit links und deswegen nationalsozial in der Zentrumsmitte. In den eigenen Reihen bildete er einen Gegenpol zu Erzberger und Wirth, aber auch – wenngleich weniger sichtbar – zu Joseph Joos.

Ein politischer Gegner nannte Stegerwald einmal einen Igel: »Bei jeder Krise huscht er, dieser kleine, körperlich eingetrocknete Mann mit dem großen Schädel, immer im schwarzen Rock, durch die Couloirs und sondiert das Terrain. Kein Mann eigener Ideen, kein Mann starken Willens.

Aber ein Igel, flink und stachlig. Ein übersteigerter Ehrgeiz. Zwei Seelen in seiner Brust: die des Zentrums und die der Rechten.«
In seinem Streben nach Verwirklichung sozialpolitischer Gerechtigkeit geriet Stegerwald 1927 in Gegensatz zu der von seinem Fraktionskollegen Wilhelm Marx geführten Mitte/Rechtsregierung. Sie hatte auf Anregung von Reichsfinanzminister Heinrich Köhler (1878–1949), ebenfalls einem Zentrumsmann, eine beträchtliche Erhöhung der Beamtengehälter vorgenommen. Zu den Gegnern dieser umstrittenen Beamtenbesoldungsreform gehörte Stegerwald (»nationales Unglück«), und das nicht nur wegen der erhöhten Belastungen des Staatshaushalts, sondern auch aus grundsätzlichen Bedenken gegen das 1919 tradierte Berufsbeamtentum.
Die Fernwirkung dieser innerparteilichen Auseinandersetzung zeigte sich im Dezember 1928. Auf dem Kölner Parteitag des Zentrums unterlag Stegerwald, der keine »Hausmacht« unter den Delegierten besaß, bei der Wahl des neuen Zentrumsvorsitzenden. Sie fiel auf den Prälaten Ludwig Kaas (184 Stimmen, Joos 92, Stegerwald 42). Stegerwald, dessen Ziel es gewesen war, die Parteiführung mit der Fraktionsführung zu verbinden, hatte bereits das Konzept seiner Dankrede als Zentrumsvorsitzender vorbereitet. Er vermochte seine Niederlage, die er dem starken Beamtenflügel unter den Parteitagsdelegierten zuschrieb, nur schwer zu verwinden. In der Folge, besonders aber nach 1933, verstärkte sich seine Kritik an Kaas und an einer zunehmenden »Klerikalisierung« des Zentrums, dessen Landesvorsitzende überwiegend Geistliche waren.
Im Januar 1929 wurde Stegerwald mit dem Vorsitz der Reichstagsfraktion entschädigt und im April 1929 als Zentrumsvertreter in die Reichsregierung Hermann Müller (SPD) entsandt. Dort übernahm er das Reichsverkehrsministerium, das er allerdings als ein Ressort bezeichnete, in dem man »nicht schöpferisch« arbeiten könne. Er legte den Vorsitz im Gewerkschaftsbund nieder und gab den Fraktionsvorsitz auf. Im nachfolgenden Kabinett Brüning wechselte er dann Ende März 1930 an die Spitze des Reichsarbeitsministeriums über.
Die Leitung dieses Ressorts in der Zeit der Wirtschaftskrise, der Notverordnungen und steigender Arbeitslosigkeit war eine undankbare Aufgabe. Sein Verhältnis zu Reichskanzler Brüning, der 1919/20 sein persönlicher Referent und von 1921 bis 1930 Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes gewesen war, blieb nicht ungetrübt. Stegerwalds Versuch, angesichts der Deflations- und Sparpolitik der Regierung die Leistungen der Sozial- und Arbeitslosenversicherung ungeschmälert aufrechtzuerhalten, mußte scheitern. Die von ihm befürwortete Siedlungs- und Arbeitsbeschaffungspolitik kam nicht in Gang. Stegerwald, dessen sozialpolitische Verdienste die Universität Bonn 1925 mit der Verleihung

des Dr. rer. pol. h. c. gewürdigt hatte, zählte zu jenen Ministern, die schließlich in der Umgebung Hindenburgs als »Agrarbolschewisten« denunziert wurden. Mit dem Sturz Brünings Ende Mai 1932 schied auch Stegerwald aus der Regierung aus. Er gehörte in seiner Partei zu den schärfsten Kritikern des Kabinetts Papen und dessen sozialpolitischen Kurses.

Wie viele prominente Zentrumspolitiker unterschätzte er die Gefährlichkeit der NSDAP. Während Stegerwald noch am 2. Februar 1933 glaubte, daß Hitler keine Diktatur erstrebe, wurde er rasch eines anderen belehrt. Er gehörte zu den Zielscheiben der Braunhemden, die ihn bei einer Wahlversammlung in Krefeld am 21. Februar niederschlugen. Vier Wochen später zählte Stegerwald zu der kleinen Zentrumsdelegation, die in mündlichen Verhandlungen mit Hitler und Reichsinnenminister Frick den Entwurf des inzwischen vorgelegten Ermächtigungsgesetzes zu entschärfen suchte. Nach dem späteren Zeugnis Brünings soll er von Hitler nicht unbeeindruckt geblieben sein.

Am 23. März 1933 stimmte Stegerwald mit der Zentrumsfraktion dem Ermächtigungsgesetz zu. In der voraufgegangenen geheimen Fraktionsabstimmung hatte er – soviel scheint heute sicher zu sein – mit der Mehrheit um Kaas (gegen eine Minderheit um Brüning und Wirth) für die Annahme des Gesetzes plädiert. Mit der Selbstausschaltung des Reichstags infolge der Abstimmung vom 23. März war Stegerwalds politische Tätigkeit beendet. Durch die Zerschlagung und Gleichschaltung der Gewerkschaften, die einige Wochen später erfolgte, gab es auch kein Zurück mehr in den Bereich sozialpolitischer Wirksamkeit.

V

Die plötzliche Ausschaltung aus dem politischen Leben bedeutete für den jahrzehntelang aktiv der Tagesarbeit zugewandten Politiker und Gewerkschaftsführer einen harten Schlag. Eine auch gegen ihn erhobene Anklage im Zusammenhang des Prozesses gegen den Kölner »Volksvereins-Verlag« wurde 1934 fallengelassen. Stegerwald behielt seinen Wohnsitz in der Reichshauptstadt und bezog bis Ende 1938 Übergangsgeld aus seiner Ministertätigkeit. Zwei Jahre später vermochte er nach jahrelangen Auseinandersetzungen mit der »Reichsfeststellungsbehörde« drei Viertel seiner Pensionsansprüche aus seiner früheren Arbeit im DGB durchzusetzen.

In den Jahren 1934 und 1935 betätigte sich Stegerwald als »Hausvogt«, wie er es selbst scherzhaft nannte, bei der wirtschaftlichen Reorganisation von zwei Frauenklöstern in und bei Berlin. Dabei, so schrieb er einige

Jahre später einmal, habe er »schuften müssen wie seit 40 Jahren nicht mehr«. Eine anschließend eingegangene Beteiligung an einer Torfverwertungsanlage scheint sich als wenig rentabel erwiesen zu haben. Hingegen konnte er sich 1937 in Berlin ein großes Mietshaus kaufen, dessen Einnahmen als »Alterssicherung« dienen sollten.

Stegerwald, dessen sechs Kinder der Reihe nach ihre berufliche Laufbahn begannen, empfand sein »geistiges Unbeschäftigtsein« als Martyrium. Etwa von 1937/38 an fand er eine Art Ersatzbetätigung durch die Anfertigung von Eingaben, Denkschriften und Korrespondenzen über das Verhältnis von Staat und Kirche in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Er kritisierte die ablehnende Haltung des Vatikans und des deutschen Episkopats gegenüber dem Hitler-Regime und forderte eine Annäherung an die nationalsozialistischen Auffassungen. Seine makabren Einsichten ließ er unaufgefordert einzelnen Bischöfen und alten Freunden zukommen, aber auch der nationalsozialistischen Führung. Stegerwald prophezeite noch 1940 dem Hitler-Regime eine längere Dauer und verblüffte seine früheren Kollegen mit seinem festen Glauben an den deutschen Endsieg. Das hinderte ihn allerdings nicht, im August 1945 zu erklären: »Schließlich konnte ein Blinder voraussehen, daß die deutsche Außenpolitik von 1938/39 an mit einer Katastrophe enden würde und enden müsse.«

Bei seiner »positiven Stellung« zum Hitler-System – so am 10. Juli 1940 an den früheren Reichstagsabgeordneten Thomas Esser (1870 bis 1948) – wollte Stegerwald die verbrecherische Grundlage des Dritten Reiches nicht wahrhaben. So schrieb er am 20. März 1941: »Es ist ganz falsch, daß deutsche Bischöfe behaupten, daß es dem Nationalsozialismus in erster Linie um die Beseitigung des Christentums und der Kirche zu tun sei.« Er hielt insbesondere den Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz von 1938 – der nicht, wie er selbst geraten und erwartet hatte, ein Lob auf Hitler, auf den »Anschluß« Österreichs und die Annexion des Sudetenlands enthielt – für grundfalsch. Stegerwald propagierte eine Neuordnung des Staat-Kirche-Verhältnisses unter Beseitigung des Reichskonkordats von 1933. Er erging sich in scharfen Äußerungen über den Papst und die Bischöfe (»unglaublich unbeholfen und in ihrer formalkirchlichen Autoritätsstellung völlig verkalkt und verkrampft«; 4. Januar 1941), über die Notwendigkeit eines deutschen Primas und ein Zurückdrängen des römischen Zentralismus und Bürokratismus.

Immer wieder erinnerte er an den Gewerkschaftsstreit der Vorweltkriegszeit und behauptete, daß Papst Pius X. (»frommer Dorfpfarrer«) und Kardinalstaatssekretär Merry del Val (»unfähigster Kardinalstaatssekretär seit mehr als einem Jahrhundert«) dem deutschen Katholizismus

erheblich geschadet hätten. Ob er, wie Gottfried Reinhold Treviranus 1968 in seinem Buch »Das Ende von Weimar« berichtete, 1943 Hitler vorgeschlagen hat, ihn mit der Gründung einer deutschen Nationalkirche unter Trennung von Rom zu betrauen, ist bisher nicht nachzuprüfen. Daß sich angesichts seiner allzu optimistischen Einschätzung des Hitler-Regimes die ehemaligen Parteifreunde von Stegerwald »entsetzt« (so Eugen Bolz 1939) zurückzogen, kann nicht verwundern. Die Mitglieder der Widerstandsbewegung um Jakob Kaiser (1888–1961) weihten Stegerwald nicht in ihre Pläne ein.

Aber alle »Konzessionen« an das Regime – so der ehemalige Zentrumsabgeordnete Jean A. Schwarz (1873–1957) im Juni 1941 – und alle Kritik des kirchlichen Verhaltens nützten Stegerwald wenig. Im Zusammenhang mit den Ereignissen des 20. Juli 1944 wurde er, der nach seiner Ausbombung in Berlin im Frühjahr 1944 in seinen unterfränkischen Geburtsort Greußenheim übergesiedelt war, verhaftet und zwei Monate lang im Würzburger Gefängnis inhaftiert. Dort scheint ihm die Realität des Dritten Reiches aufgegangen zu sein. Nach dem Zeugnis des Würzburger Kunsthistorikers Professor Kurt Gerstenberg (1886–1969), der zusammen mit Stegerwald eine Gefängniszelle teilte, hat sich der Exminister außerordentlich tapfer gezeigt und die Quälereien und Bitternisse der Haft mit stoischer Ruhe ertragen. Allerdings scheint seine robuste Gesundheit durch die Inhaftierung gelitten zu haben.

Nach dem Einmarsch der Alliierten gehörte Stegerwald 1945 zu denjenigen Expolitikern, die den Wiederaufbau des politischen Lebens einleiten sollten. Von der amerikanischen Militärregierung in Bayern wurde er zum ersten Regierungspräsidenten Unterfrankens in Würzburg ernannt. Als »nationalbewußter Deutscher«, wie er seine Position selbst umschrieb, hatte er zunächst gezögert, dieses angesichts seiner früheren Stellung bescheidene Amt anzunehmen. Aus Gesprächen mit amerikanischen Offizieren gewann Stegerwald den Eindruck, als sei er als nächster bayerischer Ministerpräsident oder gar als Chef einer westdeutschen Verwaltung in Frankfurt/M. bis zur Bildung einer Zentralregierung in Aussicht genommen.

Der 71jährige Regierungspräsident ging mit ungebrochener Kraft an den Wiederaufbau des mainfränkischen Bezirks. In seiner ersten Kundgebung an die Bevölkerung sprach er vom NS-Regime als der »vergangenen Regierung«. Am 21. August 1945 erklärte er in der Öffentlichkeit, er habe den Berichten über die »Vorgänge« in den Konzentrationslagern noch »lange Zeit« nach Kriegsende skeptisch gegenübergestanden.

Neben seiner amtlichen Tätigkeit bemühte sich Stegerwald um die Gründung einer christlichen Sammlungspartei (»Brückenbaupartei«) im Sinne seines Essener Programms von 1920. Im Unterschied zu der im Juni

1945 in Berlin gegründeten CDUD suchte der Würzburger Politiker der von ihm erstrebten Partei einen stärker nationalen und sozialen Akzent zu verschaffen. Seine ursprüngliche Absicht, eine »Christlich-Soziale Bauern- und Arbeiterpartei« ins Leben zu rufen, revidierte Stegerwald, nachdem er von den regionalen CDU-Gründungen im Rheinland und andernorts erfahren hatte.

Infolge des Verbots der amerikanischen Militärregierung über die Zulassung von politischen Parteien dauerte es bis zum Oktober 1945, ehe Stegerwald in Würzburg ein umfassendes Programm der Christlich-Sozialen Union (CSU), zu deren Gründern er zählt, verkünden konnte. Als Lehren aus der Geschichte waren darin verankert: Mehrheitswahlrecht, Interkonfessionalität, Sozialisierung der Schwerindustrie, Einheitsgewerkschaft, parteipolitische Neutralität von Geistlichen. Im Unterschied zu den übrigen lokalen CSU-Gründungen fehlte in diesem Programm der föderalistische Grundzug, für den der alte Gewerkschaftler nie Verständnis besessen hatte.

Trotz Behinderung durch amerikanische Besatzungsoffiziere warb Stegerwald mit unermüdlicher Energie für den Gedanken der CSU. Bei hessischen und rheinischen Parteifreunden drängte er auf einen überregionalen Zusammenschluß. Bevor aber noch die erste Phase der »Frühgeschichte« der CDU/CSU abgeschlossen war, starb Stegerwald überraschend nach zweitägiger Krankheit am 3. Dezember 1945 in Würzburg an den Folgen einer Lungenentzündung.

Nach Ansicht mancher Zeitgenossen ist sein Tod mitverursacht worden durch die Erregung über eine politische Denunziation. Am 30. November 1945 war in der »Frankfurter Rundschau« ein Artikel von Karl Wilhelm Gerst »Fragen an Herrn Adam Stegerwald« erschienen. Er gab sich als Entgegnung auf ein Grußwort, das der Regierungspräsident am 24. November in der ersten Nummer der neugegründeten Würzburger »Main-Post« veröffentlicht hatte.

Stegerwald wurde vorgeworfen, daß er »bis vor 1½ Jahren an den Sieg Hitlers geglaubt« habe und ein Anhänger des Diktators gewesen sei. Der Regierungspräsident wurde gefragt, ob es stimme, daß er den deutschen Episkopat aufgefordert habe, sich mit Hitler zu verständigen, und ob er diesem 1943 einen Brief geschrieben habe, in dem dargelegt worden sei, daß er, Stegerwald, »eigentlich dasselbe gewollt hätte wie Hitler«. Die letzte von fünf provokativ formulierten Fragen lautete: »Ist es die Wahrheit, daß Sie von Ihren früheren politischen Freunden und Ministerkollegen in Berlin in den letzten Jahren geradezu gemieden wurden, weil Sie diese ununterbrochen davon überzeugen wollten, daß Hitler mit seiner Politik recht habe und daß er deshalb den Krieg gewinnen müsse?« Dieser Fragekatalog bewies, daß sein Verfasser – ein früherer

Mitarbeiter des Volksvereins für das katholische Deutschland, der sich später als sowjetzonaler Korrespondent in Bonn betätigte – gut informiert war.
Kein Zweifel: Stegerwald ist durch seinen Tod eine Auseinandersetzung erspart geblieben, deren Ausgang kaum zweifelhaft gewesen wäre. Denn Ende August hatte die amerikanische Militärregierung den im Mai 1945 eingesetzten ersten bayerischen Ministerpräsidenten Fritz Schäffer wegen – falscher – Behauptungen über seine Haltung zum NS-Regime abgesetzt.

VI

Die Erinnerung an den aus kleinbäuerlichen Verhältnissen stammenden und zu höchsten politischen Ämtern aufgestiegenen Arbeiterführer blieb bei den Zeitgenossen und bei der Nachwelt fast ausschließlich mit seiner Tätigkeit in der Zeit vor 1933 verbunden. Seine Rolle als einer der Gründer der CSU ist lange Zeit nicht recht beachtet worden, darf aber auch nicht überschätzt werden, da die Idee einer christlichen Volkspartei 1945 überall Anhänger fand.
Stegerwald war der einzige prominente Zentrumspolitiker, der sich in grotesker Fehleinschätzung der Wirklichkeit zu »Konzessionen« an das Hitler-Regime verleiten ließ. Man darf diese Art des Überlebens in einer totalitären Diktatur keineswegs unbesehen verurteilen, kann aber andererseits sein Verhalten in den Jahren 1933 bis 1944 nicht einfach aus seiner Biographie streichen. Aber nicht nur wegen seines Verhaltens nach Abschluß seiner politischen Wirksamkeit ist es schwierig, Stegerwalds Persönlichkeit und Lebenswerk zu beurteilen. Von Natur aus mit robuster Gesundheit und Zähigkeit versehen, hat er sich in beispielhafter Weise als Autodidakt geistig und politisch emporgearbeitet. Das trug ihm Respekt, aber auch viel Neid und Anfeindung ein.
»Sein Genie ist der Fleiß«, hat ein anonymer Journalist 1924 in einer Würdigung Stegerwalds (in: »Deutsche Handels-Warte«) geurteilt und den Gewerkschaftspolitiker folgendermaßen charakterisiert: »Er ist ein kleiner, schmächtiger Mann, dem man äußerlich den Führer nicht ansieht. Kahler Kopf, bartlose Wangen, Schnurrbartbürste, abstehende große Ohren, etwas spitz erscheinender Schädel, neuerdings Hornzwikker. Er hat einen leidenden Zug, da er jahrelang an Schlaflosigkeit wegen Überarbeitung gelitten hat. Beim Sprechen kann Stegerwald sehr lebhaft werden. Da schlägt er, als ob er seine Ansichten den Hörern einhämmern wollte, mit der Faust auf den Tisch, und zwar immer ein paarmal hintereinander. Er hat überhaupt viel Temperament.«
Stegerwald war ein harter Arbeiter, ein unbequemer Vorgesetzter, eine

Kämpfernatur. Seine »Urwüchsigkeit« (L. Schwering), seine Sturheit und nicht selten Rücksichtslosigkeit bei der Durchsetzung politischer Ziele haben ihm in der christlichen Gewerkschaftsbewegung wie in der Zentrumspartei mehr Anerkennung als Sympathie erworben. Seine Redefreudigkeit und Rededauer waren keineswegs überall geschätzt. Das spätere negative Urteil Heinrich Köhlers wäre für Stegerwald vernichtend, wenn man dabei nicht berücksichtigen würde, daß Köhler 1927 der politische Gegenspieler Stegerwalds in der eigenen Partei und Zentrumsfraktion gewesen ist: »Von Hause aus absolut kulturlos ..., von einem ebenso starken Schaffensdrang wie Geltungsbedürfnis getragen, war er der typische Alles- und Besserwisser.« Richtig ist, daß die auch von vielen anderen Fraktionskollegen überlieferte Überheblichkeit und Humorlosigkeit Stegerwalds das Gespräch mit ihm erschwerten.

Der Wandel Stegerwalds vom Monarchisten zum Republikaner vollzog sich auf der Grundlage einer konservativen und ausgeprägt »nationalen« Haltung. Dieser Grundzug war es dann auch, der ihn nach 1933 an eine Versöhnung von Nationalismus und Sozialismus glauben ließ. Adam Stegerwald gehört zu den bedeutendsten Gewerkschaftsführern und Sozialpolitikern der Weimarer Republik und zu den großen christlichen Führerpersönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung. Sein Lebenswerk ist jedoch stärker als das vieler anderer Politiker und Parlamentarier seiner Zeit von einer inneren Problematik durchzogen, die man bei einer historisch-kritischen Beurteilung nicht ausklammern darf.

Klaus Schönhoven

Heinrich Held (1868–1938)

Unmittelbar nachdem sich die Fraktion der Bayerischen Volkspartei (BVP) im Bayerischen Landtag entschlossen hatte, Heinrich Held als Kandidaten für das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten zu nominieren, berichtete Carl Moser von Filseck, der Gesandte Württembergs in München, am 25. Juni 1924 seiner Regierung in Stuttgart: »In der Bayerischen Volkspartei hat man endlich eingesehen, daß man mit dem seither beliebten Verfahren, wonach die Führer der Partei im Hintergrunde bleiben und andere Persönlichkeiten als Ministerpräsidenten aufgestellt wurden, gründlich Schiffbruch erlitten hat, weil sich niemand mehr zu dem undankbaren Geschäft hergeben will. Es hat daher der Vorsitzende der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei, der Abgeordnete Dr. Held, sich selbst bereiterklärt, den Posten des Ministerpräsidenten zu übernehmen, was ja an und für sich die natürlichste Lösung ist und am meisten dem Prinzip des Parlamentarismus entspricht.«

Mit dem Regierungsantritt Helds begann in Bayern in der Tat, wie dessen Nachfolger als Fraktionsvorsitzender der BVP, Prälat Wohlmuth, rückblickend feststellte, »eine neue Ära, eine Ära der Staatsautorität«, weil die stärkste bayerische Partei, die BVP, das von ihr bis dahin praktizierte System der bequem auswechselbaren Ministerpräsidenten aufgegeben – zwischen 1920 und 1924 waren in Bayern trotz stabiler Mehrheitsverhältnisse drei Regierungschefs zerschlissen worden – und ihren einflußreichsten und profiliertesten Politiker an die Spitze des bayerischen Kabinetts gestellt hatte.

Dieser Schritt zur Übernahme der vollen Verantwortung zahlte sich für die BVP und für das von ihr regierte Land aus. Unter der Führung Helds konsolidierten sich die politischen Verhältnisse in Bayern und normalisierten sich dessen Beziehungen zum Reich. Kein anderer Länderchef der Weimarer Zeit, außer Otto Braun in Preußen, amtierte so lange wie Held, der fast neun Jahre, vom Juli 1924 bis zum März 1933, Ministerpräsident in Bayern war.

I

Held war der Herkunft nach kein Bayer, ebensowenig wie Georg v. Hertling, der als erster katholischer Ministerpräsident (1912–1917) einer seiner Amtsvorgänger in Bayern gewesen war. Daß er jenseits der weiß-blauen Grenzpfähle zur Welt gekommen war, mußte sich Held des öfteren in seiner politischen Laufbahn von Parteifreunden und -gegnern sagen lassen, die ihn gerne mit spöttischem Argwohn als den »Hessen Held« bezeichneten. Auch Ludwig Thoma hat ihm in seinen »Filserbriefen« angekreidet, daß er eigentlich ein »Zuograster« und beinahe ein »Preuß« war. Beinahe – denn Helds Geburtsort, Erbach im Taunus, wo er am 6. Juni 1868 zur Welt kam, lag ihm ehemaligen Herzogtum Nassau, das 1866 auf der Seite Österreichs und der süddeutschen Mittelstaaten gekämpft hatte und dann von Preußen annektiert worden war.

Die Verhältnisse, in die Held als sechstes Kind des Kaufmanns und Kapellmeisters Johann Held hineingeboren wurde, waren kleinbürgerlich, aber nicht ärmlich. Nach dem Willen seines Vaters, dessen musikalische Begabung er geerbt hatte, hätte Held Musiker werden sollen. Doch nach einer dreijährigen Ausbildung am Konservatorium in Wiesbaden und ersten öffentlichen Auftritten als Geiger im Orchester seines Vaters setzte Held – unterstützt vom Ortsgeistlichen – durch, daß er ebenso wie zwei seiner Brüder studieren durfte. In der Musik suchte Held sein Leben lang Zuflucht, vor allem in Zeiten politischer Wirren und persönlicher Resignation. Die ererbte und in seinem Elternhaus geförderte musikalische Sensibilität war vielleicht mit eine Ursache dafür, daß er in Krisensituationen für nervöse Störungen anfällig war und sich in entscheidenden Augenblicken aus dem öffentlichen Leben zurückzog, so nach der Ermordung Eisners im Februar 1919, als er einen Nervenzusammenbruch erlitt und Bayern fluchtartig verließ, so im März 1933, als er unmittelbar nach seiner Absetzung durch die nationalsozialistischen Machthaber in der Krankheit Schutz suchte und nach Lugano abreiste.

Das von ihm selbst angestrebte Studium absolvierte Held hauptsächlich in Straßburg, wo er nach zweijährigem Privatunterricht durch seinen Bruder, der dort Gymnasiallehrer war, zunächst das Humanistische Gymnasium besuchte und 1890 mit dem Reifezeugnis verließ. An der Universität Straßburg studierte er dann von 1892 bis 1895 Rechtswissenschaften, Nationalökonomie und Geschichte. Im Wintersemester 1895/96 war er in Marburg immatrikuliert, ohne allerdings sein Studium mit einem Examen abzuschließen. Nachdem er bereits als Student für verschiedene Zeitungen Artikel geschrieben hatte, entschloß er sich 1896, Journalist zu werden. Bis 1899 war er beim »Pfälzer Boten«, einem in Heidelberg erscheinenden Zentrumsblatt, tätig. Im Mai 1899 wechselte

er nach Regensburg in den Verlag von Josef Habbel und übernahm die Chefredaktion des »Regensburger Morgenblattes«.
Der 31jährige Held war, als er nach Regensburg kam, von der streng katholischen Religiosität und der antipreußischen Grundhaltung seines Elternhauses geprägt. Nach der Annexion durch Preußen war auch in Hessen-Nassau der Kulturkampf in voller Schärfe entbrannt und hatte die religiöse Lebensatmosphäre der lokalen Umwelt Helds tief beeinflußt. Die konfessionelle Diskriminierung vergrößerte die Kluft der nassauischen Katholiken zum Bismarckreich, die ohnedies schon seit der unfreiwilligen Eingliederung in das preußische Staatsgefüge sehr tief gewesen war. Der kleindeutsch-preußische, protestantisch akzentuierte Nationalstaat entsprach weder der Idee noch der Wirklichkeit nach den großdeutsch-katholischen Traditionen, in denen Held aufgewachsen war, und konnte deshalb auch nie zu dessen politischer Heimat werden. Noch 1921, als Präsident des Katholikentages in Frankfurt, bekannte Held, daß der Kulturkampf für sein geistiges und religiöses Leben richtunggebend gewesen sei.
Auch in den Straßburger Studienjahren bestimmte die Frontstellung zwischen Katholizismus und Kaiserreich das Leben Helds. Aus der katholisch geprägten Umwelt seiner Kindheit kam er an eine Universität, an der der Grundsatz »Catholica non leguntur« – wenn auch nicht uneingeschränkt – gültig war. Die Auseinandersetzungen, die in Straßburg zwischen »katholischer« und »voraussetzungsloser« Wissenschaft geführt wurden, verkörpert durch die beiden Historiker Martin Spahn und Friedrich Meinecke, erlebte Held, der in eine katholische Korporation eintrat, als akademischen Kulturkampf. Innerhalb der Universität fühlte er sich erneut einer Sonderwelt zugehörig, die sich vom nationalen, protestantisch-liberalen Wissenschaftsbetrieb abgrenzte und aus der Defensive heraus sich selbst und ihren eigenen Wissenschaftsbegriff zu behaupten suchte.
In Straßburg schloß sich Held auch dem »Volksverein für das katholische Deutschland« an, dessen Aufbau in Elsaß-Lothringen vor allem Ernst Lieber, der Nachfolger Windthorsts an der Zentrumsspitze, förderte. Lieber, der aus demselben Pfarrsprengel wie Held stammte, war »Vorbild und Führer« seines jüngeren Landsmannes, wie einer Gedächtnisschrift Helds auf Lieber zu entnehmen ist. Die sozialreformerischen und demokratischen Impulse, die von Lieber ausgingen, beeinflußten Held sehr stark. Als er 1899 nach Regensburg kam, zählte er sich, wie Lieber, zum linken Flügel des Zentrums, in das er 1893 in Straßburg eingetreten war.

II

Das politische und soziale Klima, das Held in Regensburg vorfand, forderte die katholisch-kämpferische Haltung, die er in seine zweite Heimat mitgebracht hatte, heraus. Obwohl vier Fünftel der Bevölkerung der alten Reichsstadt katholisch waren, regierte im Rathaus das liberale Besitzbürgertum, das sich überwiegend zur protestantischen oder jüdischen Konfession bekannte. Die breite Masse der bekenntnistreuen katholischen Unterschichten, der Arbeiter, Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden, hatte im Stadtparlament keinen Vertreter, denn wahlberechtigt war nur, wer die hohen Gebühren für den Erwerb des Bürgerrechtes aufbringen konnte. Zur politischen Rechtlosigkeit kam bei weiten Kreisen der Bevölkerung die wirtschaftliche Not hinzu. Die industrielle Entwicklung der Stadt stagnierte; für die Arbeitssuchenden, die aus den oberpfälzischen Agrargebieten nach Regensburg kamen, gab es weder genügend Arbeitsplätze noch ausreichenden Wohnraum.

Helds jahrelanger Kampf gegen die liberale Vorherrschaft im Regensburger Rathaus, bei dem ihn sein Verleger und späterer Schwiegervater Josef Habbel unterstützte, war zunächst ein Kampf gegen die ungerechte Gemeindewahlordnung und für ein Proporzsystem, das unabhängig vom Erwerb des Bürgerrechtes das Wahlrecht gewährte. Gegen Widerstände im Zentrum, wo man befürchtete, daß ein geändertes Wahlrecht vor allem die Sozialdemokraten begünstigen würde, konnte Held schließlich 1908 im Landtag die Einführung des Verhältniswahlrechtes für alle größeren bayerischen Gemeinden durchsetzen. Unter den Bedingungen des neuen Wahlrechtes gelang dem Zentrum bei den Kommunalwahlen im November 1908 ein erster Einbruch in die liberale Rathausfront in Regensburg. Die Partei gewann sechs Sitze; zu den neuen Mitgliedern des Gemeindekollegiums zählten Held und Habbel.

Helds politisches und journalistisches Engagement galt in Regensburg – neben seinem Kampf gegen den »Rathausliberalismus« (R. Keßler) – vor allem Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Als Mitbegründer des Bayerischen Lloyd setze er sich für den Ausbau der Donau und der städtischen Hafenanlagen ein, erkannte er die Bedeutung Regensburgs als Handels- und Wirtschaftszentrum für den ostbayerischen Raum. Als Anwalt der Armen kämpfte er für die politische und soziale Emanzipation der Arbeiter und wirtschaftlich Benachteiligten. Obwohl er sich dabei durchaus des Vokabulars marxistischer Kapitalismuskritik bediente, lehnte er klassenkämpferische Methoden ab. Die soziale Frage sollte durch Reformen, nicht durch Klassenkampf und Revolution gelöst werden. Nach seinem Selbstverständnis wandte sich seine antikapitalistische Kritik gleichermaßen gegen Liberalismus und Sozialismus, die er ledig-

lich als zwei Richtungen einer Weltanschauung ansah. Für ihn waren Liberalismus und Sozialismus Teile einer antireligiös-materialistischen Bewegung mit ausschließlich klassenegoistischer Zielsetzung.
Gegen diese, wie er glaubte, säkulare Front des Atheismus und Materialismus stellte Held das Konzept des christlichen Solidarismus, ein idealtypisches Leitbild, das von einer organischen Gliederung der Gesellschaft in die verschiedenen Berufsstände ausging. Kein Stand sollte einen anderen majorisieren, alle Stände sollten gleichberechtigt sein. Sozialer Ausgleich von Interessenkonflikten und soziale Gerechtigkeit für alle Berufsgruppen bildeten für Held die religiös-sittlich fundierten Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens.
Allerdings beschränkte sich Held nicht darauf, idealistische Zielvorstellungen zu entwerfen. Er bejahte das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiterschaft und sprach ihr das Recht auf Selbsthilfe zu. Beim Aufbau des christlichen Gewerkschaftswesens in Regensburg und im Oberpfälzer Raum war er führend beteiligt. Als Vertreter der Holzarbeiter verhandelte er bei einem Streik mit den Unternehmern. Als Initiator des »Verbandes des Post- und Telegraphenpersonals« und als populärer Redner, dessen Versammlungen oft Tausende von Zuhörern anzogen, trat er unermüdlich für die Belange der arbeitenden Bevölkerung ein. Seine praktische Reformtätigkeit, seine ungewöhnliche gewerkschaftliche Aktivität sowie sein journalistischer Einsatz machten ihn weit über die Stadtgrenzen Regensburgs hinaus bekannt – 1906 ernannte ihn der bayerische Eisenbahnerverband zu seinem Ehrenmitglied – und brachten ihm den Ruf ein, Regensburgs »Arbeiterführer« zu sein.
Helds vielfältige Tätigkeit registrierte man im bayerischen Zentrum aufmerksam, ungeteilten Beifall spendete man ihr aber nicht. In den agrarisch-mittelständischen und klerikalen Kreisen der Partei beurteilte man seine sozialpolitische Arbeit ziemlich skeptisch. Dennoch war Held, auch als Organisator der lokalen Zentrumsorganisation, im Regensburger Raum schon bald so populär und bekannt, daß man vermutete, er strebe ein Reichstags- oder Landtagsmandat an. Zwar wies Held derartige Überlegungen wiederholt energisch zurück, doch als ihn der oberpfälzische Wahlkreis Burglengenfeld-Schwandorf-Parsberg 1907 als Landtagskandidat nominierte – »ohne sein geringstes Vorwissen und ohne jegliches Zutun«, wie er nachdrücklich betonte –, akzeptierte er diese Entscheidung. Seine Kandidatur stieß jedoch auf den erbitterten Widerstand der christlichen Bauernvereine, aus deren Reihen sein Vorgänger im Landtag gekommen war.
In dem »parteiinternen Partisanenkampf« (R. Keßler), den seine Nominierung auslöste – der bisherige Zentrumsabgeordnete kandidierte inoffiziell erneut –, behauptete sich Held, unterstützt von den christ-

lichen Gewerkschaften und von Georg Heim, der den »Parteiintellektuellen« Held gegen die Bauernvereine verteidigte. Heim, der als Organisator landwirtschaftlicher Genossenschaften zum populärsten und mächtigsten bayerischen Bauernführer geworden war, förderte die Kandidatur Helds gegen den Widerstand seines eigenen Anhangs, dessen Kontrolle ihm in dieser Situation entglitten war, weil er in Held, dem der Ruf eines »Demokraten« vorausging, einen Verbündeten in seinem Kampf gegen die aristokratisch-klerikale Zentrumsführung sah.
Seit 1897 hatte Heim als Vertreter der mittel- und kleinbäuerlichen Schichten des Zentrums den Kampf gegen die konservativ-feudalen Großagrarier Bayerns artikuliert und organisiert. Dabei war er sehr häufig in Konflikte mit der bayerischen Regierung und der eigenen Partei verwikkelt worden, deren Führungsschicht sich hauptsächlich aus Vertretern der hohen Geistlichkeit, der Beamtenschaft und adligen Gutsbesitzern zusammensetzte. Heims heftige Attacken gegen die Regierung paßten nicht in das Konzept des konservativen Zentrumsflügels. Die radikaldemokratischen Angriffe des Bauernführers gefährdeten nicht nur die Besitzprivilegien der im Zentrum zahlreich vertretenen Feudalaristokratie, sondern verhinderten auch die angestrebte Verständigung mit dem Ministerium, die das Zentrum endlich regierungs- und hoffähig machen sollte.

III

Der Machtkampf im bayerischen Zentrum hatte, als Held 1907 in den Landtag gewählt wurde, seinen Höhepunkt erreicht. Die Flügelkämpfe zwischen der von Heim geführten kleinbäuerlich-demokratischen und der feudal-aristokratischen Richtung, die sich hinter Dompropst Franz Seraph v. Pichler gesammelt hatte, spielten sich mittlerweile vor den Augen der bayerischen Öffentlichkeit ab, die diesen »Bruderzwist im Hause Zentrum« interessiert und – sofern sie zu dessen parteipolitischen Widersachern zählte – mit Schadenfreude verfolgte.
Held gehörte bis etwa 1911/12 zu den Anhängern Heims, obwohl er geschickt die vorderste Front der Auseinandersetzungen mied. Durch Fleiß und loyale Sacharbeit erwarb er sich auch die Anerkennung der konservativen Fraktionsmitglieder, die ihm bei seiner Wahl noch mit ablehnendem Mißtrauen begegnet waren. Als einer der Hauptredner des Zentrums in Budgetdebatten und als Experte für Steuer-, Beamten- und Kulturfragen machte er sich innerhalb der Fraktion einen Namen und überzeugte auch seine parteiinternen Gegner von seinen fachlichen Fähigkeiten.
Nachdem Heim, verärgert über verschiedene Niederlagen, die er in der

Fraktion hatte hinnehmen müssen, 1912 aus dem Landtag ausgeschieden war, um sich ganz dem Auf- und Ausbau seiner Hausmacht, der Bauernvereine, zu widmen, schwenkte Held mehr und mehr auf den konservativen Kurs der Fraktionsführung ein. Bereits 1912 zog er in den Fraktionsvorstand ein. Die Annäherung Helds an seine ehemaligen Kontrahenten, bei der er seine Anpassungsfähigkeit und Elastizität bewies, erreichte 1914 ihren Abschluß, als ihn die Landtagsfraktion – in dem für bayerische Verhältnisse ungewöhnlich jugendlichen Alter von 45 Jahren – zu ihrem Vorsitzenden wählte.

Der überraschend schnelle Aufstieg Helds an die Spitze der Fraktion findet seine Erklärung teilweise darin, daß die ohnehin sehr schmale Führungsschicht des bayerischen Zentrums nach 1910 dezimiert worden war und ein Generationswechsel sich anbahnte. Zwischen 1911 und 1914 verstarben mit Daller (1911), Schädler (1913) und Malsen (1913) drei der profiliertesten bayerischen Zentrumspolitiker; dazu kam die »Kapitulation« Heims, die ein Nachlassen der Flügelkämpfe innerhalb der Fraktion zur Folge hatte.

Wählbar wurde Held für die Mehrzahl seiner Fraktionskollegen vor allem deshalb, weil sich seine politischen Auffassungen in den sieben Jahren seiner Fraktionszugehörigkeit gewandelt hatten. Die erste Phase der Laufbahn Helds, die Jahre seiner kommunalpolitischen und sozialreformerischen Arbeit in Regensburg, war, beeinflußt von seinem Vorbild Ernst Lieber, demokratisch-fortschrittlich akzentuiert gewesen. Seinem politischen Standort entsprach in dieser Phase sein gesellschaftlicher Status, seine kleinbürgerliche Herkunft und seine – nach bürgerlichen Kategorien – ungesicherte berufliche Position als Journalist. Parallel zu seiner politischen Karriere im Zentrum konsolidierte sich aber auch sein gesellschaftlicher Status: 1901 heiratete er die Tochter seines Verlegers, 1906 wurde er, zusammen mit den beiden Söhnen seines Schwiegervaters, Teilhaber an dessen Verlag. Sein politischer Aufstieg korrespondierte also mit seinem sozialen Aufstieg. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs gehörte Held zu jener Oberschicht von bürgerlichen und adligen Honoratioren im Zentrum, deren Augenmerk im wesentlichen darauf gerichtet war, ihren gesellschaftlichen und politischen Besitzstand zu verteidigen.

Beschleunigt wurde Helds Hinwendung zur traditionell konservativen Staatspolitik der Zentrumsführung, die einer seiner Parteifreunde einmal mit der prägnanten Maxime »Gott lieben, den König ehren und das Volk schützen« umschrieb, durch die Verschiebung der innerpolitischen Fronten in Bayern. Hatte das Zentrum 1899, 1905 und noch 1907 Wahlbündnisse mit den Sozialdemokraten geschlossen, so sah es sich im Wahlkampf von 1912 erstmals mit einem sozialdemokratisch-liberalen Block konfrontiert, der in den Augen Helds, Kirche und Katholiken bedro-

hend, am Anfang eines neuen Kulturkampfs stand. Schon aufgrund der Erfahrungen seiner Jugendjahre war aber für Held die Verteidigung der religiös-konfessionellen Rechte der Katholiken das primäre politische Ziel, dem er verfassungs- und sozialpolitische Fragen unterordnete.
Die Auseinandersetzung mit dem bayerischen »Rotblock« (R. Keßler) trieb Held fast zwangsläufig in das Lager derjenigen Politiker seiner Partei, für die »katholische« Politik zugleich konservative Politik war, die an der alten Gesellschaftsstruktur und an der Monarchie festhielten, weil sie die hierarchische Sozialordnung und das konstitutionelle Verfassungssystem als die Garanten der konfessionsspezifischen Interessen ihrer Partei ansahen.
Die Abkehr von sozialreformerischen und teilweise demokratischen Gedankengängen und die Ausbildung eines staatskonservativen Weltbildes war bei Held zu Beginn des Ersten Weltkrieges abgeschlossen. Im Krieg assimilierte er sich, wie die meisten Politiker seiner Partei, völlig dem nationalen Milieu des Hohenzollernreiches. Alle Vorbehalte gegen das protestantisch geprägte wilhelminische Deutschland waren über Nacht geschwunden, schien doch das Kaiserwort, er kenne nur noch Deutsche, den Katholiken die ersehnte konfessionelle und politische Gleichstellung in Staat und Gesellschaft zu garantieren und die Ära des Kulturkampfes, das Mißtrauen gegen die katholischen »Reichsfeinde« vergessen zu machen. Für Held war der Krieg ein »kräftigendes, heilwirkendes Stahlbad«, das die parteipolitische und konfessionelle Zerrissenheit der Vergangenheit überspülte und Solidarität, Opferbereitschaft und Begeisterung für die gemeinsame Sache als neue Werte des Zusammenlebens schuf. Das »Gemeinschaftserlebnis Krieg« söhnte Held nicht nur mit dem Kaiserreich aus. Seine Anpassungsbereitschaft an den nationalen Staat ließ ihn gleichzeitig zu einem der lautesten und hartnäckigsten Befürworter annexionistischer Parolen werden. Als Vertreter bayerisch-wittelsbachischer Interessen agitierte er für den Anschluß des Elsaß an das weißblaue Königreich, als Propagandist des »Main-Donau-Stromverbandes« knüpfte er an großdeutsche Traditionen des Katholizismus an, wollte er wirtschaftspolitisch die Verflechtung des Reiches mit Österreich-Ungarn vorbereiten und gleichzeitig neue Handelswege erschließen, die vor allem auch Bayern eine Schlüsselstellung auf dem Balkan sichern sollten. Sein föderalistisch akzentuiertes Kriegszielprogramm brachte ihm außerhalb Bayerns mancherlei Kritik ein; in München verdiente er sich damit den erstrebten Titel des »Kgl. Geheimen Hofrats«, den ihm Ludwig III. Ende März 1917 verlieh.

IV

Als der parteipolitische Burgfrieden zerbrach und der Sozialdemokrat Scheidemann einen Frieden ohne Annexionen forderte, sah Held darin »ein schreckliches Verhängnis für Deutschland«. »Entweder siegen oder sterben«, so lautete der chauvinistische Grundsatz Helds, der für alle Deutschen ohne Unterschied der Partei oder Konfession gültig sein sollte. Um so größer war seine Verbitterung und Enttäuschung, als sich mit Erzberger ausgerechnet ein Zentrumspolitiker an die Spitze der »Friedensbewegung« stellte. Der von Erzberger gewünschte Kurswechsel, die Forderung der Demokratisierung und der Friedensresolution, stießen auf den entschiedensten Widerstand der bayerischen Zentrumspolitiker, deren Verbundenheit mit Thron und Altar geradezu sprichwörtlich war und die, wie Held schrieb, im Parlamentarismus »das Grab der deutschen Bundesstaaten« sahen.

Blinder Hurra-Patriotismus, utopische Kriegszielforderungen und monarchistisch-föderalistische Ordnungsvorstellungen vermischten sich bei Held und bestimmten seine Stellungnahme gegen die demokratisch-unitarische »Linkspolitik« Erzbergers. In dieser Position verharrte er hartnäckig bis zum November 1918. Noch auf dem letzten Parteitag des bayerischen Zentrums, am 21. Oktober 1918, hielt er an der konstitutionellen Monarchie fest, sprach er sich gegen jedes »Scheinkönigtum« aus. Den Lohn für seine Nibelungentreue – er sollte als Minister ohne Portefeuille ins bayerische Kabinett eintreten – konnte Held nicht mehr ernten. Die Novemberrevolution, deren Ausbruch in München ihn wie ein Schock betäubte, zerstörte die staatliche Ordnung, die er bis zuletzt verteidigt hatte.

Überrascht und entmutigt mußte er mit ansehen, wie die Bauernführer Heim und Schlittenbauer noch in der Verwirrung der ersten Revolutionstage die Einheitsfront des politischen Katholizismus sprengten und ausgerechnet in Regensburg eine neue Partei, die Bayerische Volkspartei, gründeten. Weder Held noch andere Zentrumsführer konnten diese späte Rache Heims an seinen alten Gegnern im bayerischen Zentrum verhindern. Sie mußten die ohne ihr Wollen und ohne ihr Zutun entstandene neue Partei als Nachfolgerin des bayerischen Zentrums akzeptieren und den Zentrumsanhängern den Eintritt in die BVP empfehlen, um wenigstens die innerbayerische Spaltung des politischen Katholizismus zu verhindern.

Obwohl Held zu den wenigen Spitzenpolitikern des Zentrums in Bayern zählte, die sich der BVP anschlossen – im Januar 1919 wurde er als Abgeordneter der BVP in den Landtag gewählt –, nahm er auf deren Politik bis zum Juni 1919 so gut wie keinen Einfluß. Zunächst bestimmten

Heim und dessen Anhänger den Kurs der Partei, der allerdings wenig gradlinig verlief. Die Volkspartei befand sich 1918/19 in einem Gärungs- und Klärungsprozeß, in dem sich sozialistische und christliche, republikanische und monarchistische, föderalistische und separatistische Rezepte miteinander vermengten, ohne daß ein klares Konzept entwickelt worden wäre, das in der Partei breite Zustimmung hätte finden können.
Held übte in diesen Monaten politische Abstinenz und beschränkte sich darauf, von Bad Nauheim aus, wo er sich von einem Nervenzusammenbruch erholte, die bayerische Szene zu beobachten. Als er im Juni 1919 auf die politische Bühne Münchens zurückkehrte und wieder sein Amt als Fraktionsvorsitzender im Landtag übernahm, das man ihm nach der Ermordung seines Vorgängers Osel freigehalten hatte, glaubten viele seiner Parteifreunde, er sei in der Lage, die innerparteilichen Spannungen auszugleichen und den Kurs der BVP zu stabilisieren.
Diese Erwartungen und Hoffnungen konnte er jedoch nicht erfüllen, hatte er doch in der Revolutionszeit selbst die Orientierung verloren. Der Umsturz der alten Ordnung war in seinen Augen ein empörerischer Frevel gewesen, den er als Christ und loyaler Monarchist verurteilte. Schon die religiöse Motivation der Monarchie im Denken Helds war entscheidend dafür, daß er sich mit der demokratischen Republik nie zu identifizieren vermochte.
Dazu kam als zweites Moment sein föderalistisches Credo, das ihm selbst die formale Anpassung an den neuen Staat doppelt erschwerte, nachdem die Weimarer Verfassung, die allen Ländern die republikanische Staatsform vorschrieb, in seinen Augen überdies noch das Eigenleben Bayerns und dessen Sonderstellung im Reichsgefüge zerstört hatte und es zu einem Land in einer weitgehend unitarischen Republik »herabwürdigte«. Seinen Widerstand gegen den demokratischen Reichszentralismus Weimarer Prägung begründete Held mit genossenschaftlichen und stammesföderalistischen Theorien, mit der Forderung nach Gleichheit, Gleichgewicht und Gleichberechtigung der Einzelstaaten und mit dem Hinweis auf die jahrhundertealte dynastische Tradition Bayerns. Daneben waren es aber vor allem kulturpolitische Überlegungen, die ihn zu einem Gegner des Unitarismus machten. Im föderalistischen Reichsaufbau sah er, wie er noch 1931 in einer privaten Denkschrift an Reichskanzler Brüning feststellte, einen »sicheren staatlich verankerten Stützungspunkt« des Katholizismus in Süddeutschland, namentlich in Bayern, gegen den protestantischen Norden. Als historischer Beleg für diese Auffassung diente ihm die Zeit des Kulturkampfes, als man in Bayern »Hunderten von versprengten Theologen priesterliches Asyl« gewährte und dadurch auch von den Diözesen in der norddeutschen Diaspora »namenloses Unglück« abwendete.

Monarchischer Legitimismus und ein stark ausgebildetes bayerisch-katholisches Staatsdenken prägten das politische Bewußtsein Helds, bestimmten seine Distanz zur demokratischen Republik und verhinderten, daß er sich in die parlamentarische Demokratie integrierte und für sie engagierte. Die Restauration der Monarchie und die Rückkehr zur bundesstaatlichen Verfassungsordnung waren für ihn aber nur auf dem Weg der Gegenevolution, nicht auf dem der Gegenrevolution denkbar. In seiner Stellung zum Staat fühlte er sich an die Grundsätze der christlichen Staatsethik gebunden, auch dann, wenn der Ursprung dieses Staates revolutionär und damit nach seiner Ansicht illegitim war.

Als »Fanatiker der Legalität« (K. Schwend) lehnte er jede Änderung der politischen Verhältnisse durch Staatsstreich, Verfassungsbruch oder gegenrevolutionäre Gewalt ab. Um den angestrebten Schritt aus der Republik tun zu können – die Restauration der monarchisch-bundesstaatlichen Ordnung –, mußte Held also zwangsläufig erst den Schritt in die Republik tun, mußte er die Weimarer Verfassung als verbindliche Rechtsgrundlage anerkennen, weil er seine Revisionspolitik ausschließlich mit legalen Mitteln verfolgen wollte.

Diesen Standpunkt konnte Held aber in den ersten Jahren nach der Revolution in Bayern selbst nur mit Mühe aufrechterhalten und anderen kaum vermitteln – in einem Klima, in dem nationalistische Geheimbünde, halbmilitärische Wehrverbände, monarchistische Organisationen und antirepublikanische Gruppen gediehen, in dem putschistische Abenteurer geduldet und rechtsradikale Attentäter gedeckt wurden, in dem seine eigene Partei Bayern zur »Ordnungszelle« erklärte, mit außerparlamentarischen und antidemokratischen Kräften eng zusammenarbeitete, in schwere Konflikte mit der Reichsregierung verwickelt war und die Illusion hegte, in der politischen Abkapselung vom Reich die eigenen föderalistischen Sonderinteressen durchsetzen zu können. Erst als diese Politik im Herbst 1923 im Fiasko des Hitler-Putsches kläglich gescheitert war und Bayern, wie man sich in der BVP eingestehen mußte, am Rande des Abgrunds stand, besann man sich in der Volkspartei, erkannte man, daß eine Revision der Weimarer Verfassung allenfalls mit legalen Mitteln, nur innerhalb, aber nicht gegen die Republik zu erreichen war.

Held, der bis dahin, wie der Reichsgesandte in München einmal nach Berlin meldete, die »Macht hinter dem Thron« gespielt hatte, der den Kurs seiner Partei bis an die Grenze der Legalität mitverantwortet, ein Überschreiten dieser Grenze dann aber abgelehnt hatte, war jetzt aufgrund seines Ansehens außerhalb der BVP und seines Einflusses innerhalb der Volkspartei der einzige Politiker, der geeignet schien, die Politik der Konfrontation abzubauen und einen Weg aus der Isolation zu bahnen.

V

Die dritte Phase der Laufbahn Helds begann im Juli 1924, als er sich nach langem Zögern entschloß, bayerischer Ministerpräsident zu werden. Sie endete im März 1933, als ihn die Nationalsozialisten aus seinem Amt vertrieben. Diese Phase wird gekennzeichnet vom zähen Widerstand gegen jede unitarische »Aushöhlung« der Reichsverfassung, von skeptischer Opposition gegen die Außenpolitik des Reiches, insbesondere gegen die »Versöhnungspolitik« Stresemanns, von einer unflexiblen, bis zur dogmatischen Starre verhärteten innerbayerischen Koalitionspolitik und von der ab 1929 deutlich hervortretenden Schwächung seiner innerparteilichen Position.

Der Versuch, das föderalistische Verfassungskonzept der BVP, wie es im Parteiprogramm von 1922 formuliert war, mit einer Strategie der Offensive durchzusetzen, war beim Regierungsantritt Helds praktisch gescheitert. Die Partei hatte nach der Trennung vom Zentrum ihre Basis außerhalb Bayerns weder verbreitern können, noch nennenswerte Bundesgenossen zu gewinnen vermocht. Der parlamentarische Einfluß der BVP im Reichstag war denkbar gering geblieben. An eine Restauration der Bismarckschen Reichsverfassung war nach 1924, in den Jahren der scheinbaren Stabilisierung, nicht mehr zu denken.

Auch wenn die bayerischen Verfassungsdenkschriften von 1924, 1926 und 1928 an die bundesstaatlichen Traditionen des Bismarckreiches anknüpften, stand nicht die Rückgewinnung ehemaliger Reservatrechte und die Wiederherstellung der bayerischen Eigenstaatlichkeit auf der politischen Tagesordnung der Regierung Held. Hauptthemen waren vielmehr der Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern, die Regelung von Gesetzgebungs- und Verwaltungszuständigkeiten sowie die Neugliederung des Reichsgebietes, die jahrelang unter dem Schlagwort »Reichsreform« diskutiert wurde. Der bayerische Föderalismus sah sich in die Defensive gedrängt. Held mußte als Ministerpräsident und Parteipolitiker taktieren und Verbündete suchen, nicht für eine Revision der Weimarer Verfassung, sondern um wenigstens den in dieser Verfassung garantierten status quo zwischen Reich und Ländern zu bewahren.

In zahlreichen Konferenzen der Länderministerpräsidenten, in Besprechungen mit den verschiedenen Reichskanzlern und in langwierigen Verhandlungen mit der Reichsbürokratie kämpfte Held – letztlich ohne große Erfolge – gegen vermeintliche und tatsächliche Unitarisierungstendenzen. Als parlamentarische Waffe gebrauchte er dabei immer wieder die Reichstagsfraktion der BVP, die vor allem bei Kabinettsumbildungen und -neubildungen ihren Regierungseintritt von föderalistischen Zugeständnissen abhängig zu machen versuchte. Mehrmals mußte Held

seinen Einfluß auf einzelne Abgeordnete voll einsetzen, damit die Reichstagsfraktion die Direktiven aus München befolgte. Des öfteren vermochte er nur durch persönliche Interventionen in Berlin die Fraktion davon zu »überzeugen«, daß bayerischen Sonderwünschen der Vorrang vor Reichsinteressen zukam. So entzog die Reichstagsfraktion im März 1930 der Regierung Müller ihr Vertrauen wegen einer Anhebung der Biersteuer, nachdem Held und der Parteivorsitzende Schäffer direkt und massiv in die Verhandlungen eingegriffen und eine mögliche Verständigung verhindert hatten. Sie torpedierten damit die letzte parlamentarische Regierung der Weimarer Republik und steuerten die in der Reichsverfassung angelegte Alternativlösung des Präsidialregimes an.
Helds Hoffnung, in Brüning und dem Reichspräsidenten v. Hindenburg bessere Verbündete für den Föderalismus zu finden als bei den vorangegangenen parlamentarischen Kabinetten, wurde allerdings bitter enttäuscht. Am Ende des Jahres 1931, nach einer Phase permanenter und hartnäckiger Auseinandersetzungen mit der Reichsregierung, mußte sich die bayerische Regierung eingestehen, daß die antiföderalistische Notverordnungspolitik Brünings »alles bisher Geschehene« übertroffen hätte. Diese Einsicht kam aber zu spät, um den Föderalisten Held mit der parlamentarischen Demokratie zu versöhnen.

VI

In der Außenpolitik knüpfte Held in den ersten Jahren seiner Regierungszeit an die Verfassungsordnung von 1871 an und beanspruchte für sich ein Mitspracherecht. Als Ministerpräsident eines »Bundesstaates« wollte er nicht, wie er im Mai 1926 an Reichskanzler Luther schrieb, den »stummen Hund« spielen und nur der »Apporteur der Reichsregierung« sein. Seine an den machtstaatlichen Traditionen des Hohenzollernreiches orientierte Haltung brachte ihm aber – außer Konflikten mit Außenminister Stresemann – nichts ein. Auf die Außenpolitik des Reiches gewann er nie Einfluß. Seine ressentimentgeladene Opposition gegen das Versailler »Friedensdiktat«, sein Mißtrauen gegen jeden Versöhnungsversuch mit den ehemaligen Kriegsgegnern, seine Kritik an der Locarnopolitik und sein entschiedenes Nein zum Völkerbund fanden nicht einmal den ungeteilten Beifall der eigenen Partei. In der Reichstagsfraktion beurteilte man seine nationalen Sonntagsreden teilweise sehr skeptisch. Namentlich der Fraktionsvorsitzende Leicht besaß genügend Augenmaß, Realitätssinn und Standfestigkeit, um Helds Vorstöße abzublocken und seine Forderungen zu ignorieren, auch wenn er sich dabei manchmal die persönliche Gegnerschaft des bayerischen Ministerpräsidenten einhandel-

te, und es in Kauf nehmen mußte, daß die Fraktion – so bei der Abstimmung über die Locarnoverträge – auseinanderbrach.
Als sich Held im Februar 1926 in einer aufsehenerregenden, aber ungeschickten Rede im Bayerischen Landtag für das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler engagierte, löste er damit eine diplomatische Intervention Mussolinis bei Stresemann aus. Diese außenpolitische Eskapade Helds wurde nicht nur von der Reichsregierung, sondern auch in der eigenen Partei scharf mißbilligt. Aus der allgemein wenig freundlichen Reaktion konnte er ersehen, daß er in die Gefahr geriet, sich als außenpolitischer Störenfried zu isolieren, eine Position, die weder ihm selbst noch seinem föderalistischen Konzept genutzt hätte. In den nächsten Jahren nahm er daher von öffentlichen Grundsatzerklärungen zur Außenpolitik Abstand. Dies fiel ihm insofern leicht, als in diesen Jahren ohnehin innen- und verfassungspolitische Fragen im Vordergrund standen.
Helds national motivierte Opposition gegen die Außenpolitik des Reiches fand allerdings meist die Unterstützung der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), die von 1920–1932 ununterbrochen in der Münchener Regierung vertreten war, ein Faktum, das bei manchem der Frontalangriffe Helds gegen Stresemann als taktisches Kalkül eine Rolle spielte. Der bayerisch-konservative Kurs, den Held steuerte, ließ ihm bei seiner Suche nach Koalitionspartnern wenig Auswahl. Seine immer schon sehr große Aversion gegen die Sozialdemokratie hatte sich nach der Novemberrevolution zu eisiger Ablehnung verhärtet. Die SPD war und blieb für ihn eine Partei des Klassenkampfes, die den Gewaltakt der Revolution und damit auch das Elend der Nachkriegszeit hauptsächlich zu verantworten hatte, die daran mitschuldig war, daß die Weimarer Verfassung die föderalistische Ordnung des Bismarckreiches zerschlagen hatte, eine Partei, die in seinen Augen in Kulturfragen kirchenfeindlich und in Wirtschaftsfragen eigentumsfeindlich eingestellt war.
Diese Haltung teilten viele der Parteifreunde Helds, die ihre Partei als antisozialistischen Zusammenschluß des Bürgertums verstanden. Das zeigte sich 1925 bei der Reichspräsidentenwahl, als die BVP im zweiten Wahlgang – Held hatte als Zählkandidat der Volkspartei im ersten Wahlgang ein enttäuschendes Stimmergebnis erzielt – dem Protestanten Hindenburg gegen den Katholiken Marx mit zum Sieg verhalf, weil auch die SPD den Zentrumspolitiker unterstützte.
Dieser tiefsitzende antisozialistische Affekt machte Held und seine Partei in der innerbayerischen Koalitionspolitik weitgehend bewegungsunfähig. 1924 mußte sich Held dem Diktat der Deutschnationalen beugen, die erreichten, daß der erzkonservative Justizminister Gürtner im Kabinett verblieb und der liberale Innenminister Schweyer, der sich als energischer Gegner der Nationalsozialisten einen Namen gemacht hatte, ent-

lassen wurde. 1928 setzte Held die Fortsetzung der Rechtskoalition in Bayern durch, obwohl er dafür auf Wunsch des zweiten bayerischen Koalitionspartners, des Bauernbundes, das Sozialministerium auflösen mußte, eine Entscheidung, die innerhalb der BVP auf heftigen Widerstand stieß und ihm den Vorwurf einbrachte, er habe seine »ganze soziale Vergangenheit restlos aufgegeben«. 1930 verließ der Bauernbund die Regierung. Held bemühte sich nicht um eine neue parlamentarische Mehrheitsbildung, die zusammen mit der SPD möglich gewesen wäre, sondern regierte mit einem geschäftsführenden Kabinett weiter.

Zu diesem Zeitpunkt stimmten aber nicht mehr alle Politiker der BVP seiner dogmatischen Fixierung auf die Rechtskoalition und seiner einseitigen Abgrenzung nach links zu. Seit 1929 führte der dynamische und junge Fritz Schäffer die Partei, der weltanschauliche Grundsatzfragen unbefangener beurteilte und als Pragmatiker und Taktiker viel beweglicher war als der in der Vorkriegstradition des Zentrums aufgewachsene Held. Nach seinem ungewöhnlich schnellen Aufstieg an die Parteispitze sicherte sich Schäffer auch in der bayerischen Regierung eine einflußreiche Position, in der er im Herbst 1931 das verwaiste Finanzministerium übernahm. In den letzten eineinhalb Jahren der Regierungszeit Helds wurde Schäffer zu dessen Gegenspieler in der Partei und im bayerischen Kabinett. Bei den Auseinandersetzungen um das Steuervereinheitlichungsgesetz mit dem Reich warnte Held Brüning vor der »schärferen Einstellung« Schäffers und verbündete sich sogar mit dem Reichskanzler, um die Vorstöße seines eigenen Parteivorsitzenden abzubremsen, weil er den offenen Bruch zwischen Bayern und dem Reichskanzler verhindern wollte.

VII

Während Held die Bahnen legaler Opposition auch nach dem Sturz der Regierung Brüning nie verließ, taktierte und agierte Schäffer unermüdlich. Er suchte Auswege und schmiedete Pläne. Demgegenüber klammerte sich Held an die Verfassung, vertraute auf das Recht. Er respektierte die Grenzen der Weimarer Verfassung auch dann noch, als die Nationalsozialisten sie längst ignoriert hatten, als viele seiner Parteifreunde, allen voran Schäffer, sich von der Restauration der Wittelsbacher-Monarchie die Rettung Bayerns vor dem Zugriff der Nationalsozialisten erhofften. Als »Mann des Rechts« zögerte Held, wollte er sich nicht mit einem Unternehmen belasten, dessen Ausgang mehr als ungewiß gewesen wäre, das ihn aber mit Sicherheit in das »Zwielicht der Illegalität« (K. Schwend) geführt hätte.

Bis zuletzt, bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung in Bayern

am 9. März 1933 und zu seiner Absetzung, hielt Held an der Weimarer Verfassung fest, einer Verfassung, die er nie rückhaltlos befürwortet hatte, deren republikanisch-demokratische Substanz ihm immer fremd geblieben war. Der Legitimist und Legalist Held mußte es tatenlos hinnehmen, daß ihn die braunen Machthaber aus seinem Amt vertrieben, er mußte an der inneren Widersprüchlichkeit seiner Position scheitern, die paradox und zugleich tragisch war.

Die letzten Jahre seines Lebens verbrachte Held zurückgezogen in Regensburg, nachdem er in den ersten Monaten unmittelbar nach seiner Demission als Ministerpräsident zunächst in Lugano Zuflucht gesucht hatte. Von seinem Tod am 4. August 1938 konnte die breite Öffentlichkeit in Deutschland keine Notiz mehr nehmen, nicht einmal in Bayern, dessen Regierung er fast neun Jahre lang geleitet hatte. Seinem Wunsch entsprechend unterblieb jede Würdigung in Grabreden oder Nachrufen. Dennoch fand die Gestapo einen Grund zum Eingreifen: Sie ließ die weißblauen Schleifen an zwei Kranzspenden entfernen, obwohl es sich dabei – formalrechtlich gesehen – um die Hausfarben der stiftenden Gesellschaften, des Bayerischen Lloyd und der Bavaria, handelte.

Oswald Wachtling

Joseph Joos (1878–1965)

In den ersten Jahren nach 1945 nahm auch im katholischen Deutschland zunächst kaum jemand davon Kenntnis, daß Joseph Joos, einer der führenden Repräsentanten des Katholizismus der Weimarer Zeit, das Chaos des Krieges nach mehr als fünfjähriger Inhaftierung im Konzentrationslager Dachau überlebt hatte. Mit der Befreiung aus dem KZ war der Leidensweg des Siebenundsechzigjährigen aber noch nicht beendet, denn die Nationalsozialisten hatten dem gebürtigen Elsässer im Jahre 1938 die deutsche Staatsangehörigkeit abgesprochen, da er, der Abgeordnete der Weimarer Nationalversammlung, nach dem Ersten Weltkrieg versäumt hatte, gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages ausdrücklich für Deutschland zu optieren. Diesen Formfehler nutzten ausgerechnet diejenigen, die nie einen Zweifel an der Verachtung für jenen »Schandfrieden« gelassen hatten, um den langjährigen deutschen Reichstagsabgeordneten auszubürgern.

So wurde Joos nach Kriegsende als französischer Staatsbürger nach Frankreich entlassen, wo er sich aufgrund seines ungewöhnlichen Schicksals und vor dem Hintergrund des spannungsreichen deutsch-französischen Verhältnisses allerlei Verdächtigungen ausgesetzt sah und wo er nur schwer Fuß fassen konnte. Erst nach der Gründung der Bundesrepublik siedelte Joos wieder nach Deutschland über, ohne jedoch je die deutsche Staatsangehörigkeit zurückbekommen zu haben, was er bis zu seinem Lebensende nicht verstanden hat. Nach seiner Rückkehr arbeitete Joos, dessen ganzer Lebensweg eng mit dem Weg der katholischen Arbeiterbewegung Deutschlands verknüpft war, »in alter Frische und in wirklichem Eifer« (so H. Vockel) beim Katholischen Männerwerk in Fulda mit. Er gewann wieder Kontakt zu vielen ehemaligen Weggefährten aus der publizistischen, sozialen und politischen Arbeit der Weimarer Zeit.

Allerdings gelangte der mittlerweile 74 Jahre alte Joos im Gegensatz zu vielen seiner Weggenossen nicht wieder an eine führende Stelle in der westdeutschen Politik. Er stand der nach dem Kriege im wesentlichen aus den Mitgliedern der früheren katholischen Arbeitervereine neu gegründeten Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) als Berater zur

Seite und wurde von ihr als Senior geradezu verehrt. Sein eigentliches Arbeitsfeld wurde das während des Dritten Reiches für die Betreuung katholischer Männer konzipierte Männerwerk mit seiner Zentrale in Fulda, wo Joos bis zu seiner Übersiedlung in die Schweiz nach einer schweren Erkrankung im Jahre 1960 auch gewohnt hat.

I

Joseph Joos wurde am 13. November 1878 in Wintzenheim, wenige Kilometer von der elsässischen Kreisstadt Mühlhausen, geboren. Er entstammte einer alten Eisengießerfamilie. Auch sein Vater war anfangs Mitinhaber einer Eisengießerei gewesen. Dieser hatte seinen Anteil am Betrieb aber bald durch eigenes Verschulden verloren und war, was der Sohn nie ganz verwunden hat, auf den Status eines Gelegenheitsarbeiters herabgesunken.

Die Verhältnisse in der siebenköpfigen Familie waren alles andere als erfreulich, so daß Joseph Joos gleich nach dem Abschluß der Volksschule einen praktischen Beruf ergreifen mußte. Obwohl er in fast allen Fächern eine Eins hatte, konnte er keine weiterführende Schule besuchen, da ihm kein Stipendium bewilligt wurde. So wurde er zwischen 1893 und 1897 als Modelltischler ausgebildet. Anschließend arbeitete er in einer größeren Maschinenfabrik. Später hat er immer betont, daß ihm die Verarbeitung des rohen Holzes zum fertigen Modell Freude gemacht habe. Aber ausgefüllt hat ihn diese Arbeit offensichtlich nicht. Dazu trugen sicher die Verhältnisse im Elternhaus und das soziale Milieu in der Fabrik bei.

Als Ausgleich dafür schloß sich Joos 1897 dem Jünglingsverein der Maria-Hilf-Pfarrei in Mühlhausen an. Dieser Verein wurde von dem jungen Geistlichen Dr. Franz Xaver Haegy geleitet, der Joos an die katholische Sozialarbeit und auch an die Politik herangeführt hat. An Haegy und die Zeit im »Bangelverein« hat er sich gern und oft zurückerinnert. Er sprach von einem »Traumleben«, das er »hinter dem festen Gemäuer unseres Vereinshauses« gelebt habe.

Unter Anleitung von Haegy besuchte Joos um die Jahrhundertwende auch politische Treffen und schulte sich in öffentlichen Wahlversammlungen sowohl der SPD als auch der nur lose organisierten christlichen Partei des Reichslandes als Redner. Auf einer Veranstaltung traf er den Redakteur Johann Giesberts, dessen Nachfolger er einmal werden sollte. Die Agitationsreden Bebels haben Joos zwar tief beeindruckt, aber nicht überzeugt. In dem lokalen Sozialistenführer Bueb sah er einen »gefährlichen Zyniker und Blender« und entwickelte sich selbst mehr und mehr

zum »Gegenrevolutionär«. Er trat dem neugegründeten Zentrumswahlverein bei und stellte seine Freizeit zur Verfügung, um neben das »organisierte Rot« das »organisierte Schwarz« treten zu lassen, wie er seine damalige Tätigkeit später umschrieb.

Als ihm sein geistlicher Förderer 1901 das Angebot machte, in die Redaktion der katholischen »Oberelsässischen Landeszeitung« einzutreten, zögerte Joos keinen Augenblick. Um den Mangel an formaler Bildung auszugleichen, entschloß er sich im Jahre 1903 zu einer Teilnahme an einem der großen Kurse des Volksvereins für das katholische Deutschland, des größten nichtsozialistischen Volksbildungsvereins seiner Zeit. Die Teilnahme an diesem Kursus in Mönchengladbach bedeutete für ihn den endgültigen Abschied aus seiner Heimat. Heinrich Brauns, der Organisator der praktisch-sozialen Kurse, erkannte das journalistische Talent des Kursabsolventen J. Joos und beschäftigte ihn sogleich in der Mönchengladbacher Zentrale. Auch in seinem persönlichen Leben wurde dieser Schritt entscheidend, denn er lernte über die Volksvereinsarbeit seine Frau Barbara, geb. Graß, aus Köln kennen, die bis zu ihrem Tode am 1. Dezember 1939 in der katholischen Frauenbewegung und Vereinspublizistik mitwirkte.

In Mönchengladbach wurde Joos zunächst Johann Giesberts, dem Redakteur der 1899 gegründeten »Westdeutschen Arbeiterzeitung«, als »Hilfsredakteur« zugewiesen. Der herbe Giesberts, der das Proletarierschicksal seiner Zeit ungleich härter erfahren hatte als Joos, redigierte die »Westdeutsche«, wie das Verbandsorgan der katholischen Arbeitervereine kurz genannt wurde, als ausgesprochenes Kampfblatt »für die Interessen der arbeitenden Stände«. Im aufkommenden Gewerkschaftsstreit bezog der überzeugte Gewerkschaftler Giesberts die Wochenzeitung in den Kampf um die von einem Teil der katholischen Geistlichkeit abgelehnten christlichen Gewerkschaften ein. Dadurch geriet das noch junge Blatt auch sogleich in Frontlinie im katholischen Lager, die sich wegen der Gewerkschaftsfrage bildete.

Als Giesberts im Jahre 1905 in den Reichstag einzog, wurde Joos sein Nachfolger in der Redaktion der »Westdeutschen« in Mönchengladbach. Obwohl er von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Interessenvertretungen auch für die katholische Arbeiterschaft überzeugt war, mißfiel ihm doch die Art der Auseinandersetzung in dieser Frage. Joos war deshalb nach Übernahme der Redaktion darum bemüht, sich selbst und das Blatt aus dem Gewerkschaftsstreit herauszuhalten. Er zeigte keinerlei Neigung, in den Kampf nach der Art von Giesberts oder Stegerwald einzugreifen, denn er hat sich als Verbandsführer der katholischen Arbeitervereine nach eigener Aussage für die christliche Gewerkschaftsbewegung »nie verantwortlich« gefühlt und selbst auch nie einer Gewerk-

schaft angehört. Von dieser Position her erklären sich manche Spannungen mit dem gewerkschaftlich geprägten Flügel seiner Partei, die später auch allgemein-politische Fragen berühren und die sein ganzes Leben über andauern sollten.

Joos arbeitete nicht in den vornehmlich um die materielle Besserstellung der Arbeiterschaft bemühten, von Laien geführten interkonfessionellen Gewerkschaften mit, sondern bei den unter geistlicher Führung stehenden Arbeitervereinen. Diesen kam nach seiner Überzeugung die entscheidende Bildungsfunktion im religiösen, sozialen und politischen Bereich der Arbeiterschaft zu. Die Arbeitervereine sollten die katholischen Arbeiter vor allem dazu befähigen, als eigener »Stand« ihren Platz neben den anderen »Ständen« in der Gesellschaft einzunehmen. In der »Westdeutschen« sah ihr Chefredakteur deswegen auch kein Kampfblatt, sondern vornehmlich ein Bildungs- und Erziehungsblatt, das nicht die Instinkte des Neides, des Klassen- und Parteienhasses zu fördern, sondern »den Willen zur Gemeinsamkeit zwischen den Konfessionen, den Weltanschauungen, den Ständen, Klassen und Parteien« zu wecken habe. Diesem Ziel hat die geschmeidige, stets auf Ausgleich und Zusammenhalt gerichtete Feder von Joos immer gedient.

II

Die katholischen Arbeitervereine waren im wilhelminischen Deutschland Bestandteil der im Gegensatz zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung stehenden »christlich-nationalen Arbeiterbewegung«, die etwa eine Million Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sowie der konfessionellen Arbeitervereine umfaßte und sich zum nationalen Staat und seiner monarchischen Staatsspitze bekannte. Joos trat schon in der Vorkriegszeit bei einem der »Deutschen Arbeiterkongresse« dieser Organisationen als Redner auf; auch beim letzten Katholikentag der Kaiserzeit in Metz im Jahre 1913 stand er auf der Rednertribüne. Auffallend bei seinen öffentlichen Äußerungen war das Fehlen eines übersteigerten Nationalismus, wozu sicherlich sein stark antipreußisches Empfinden seit seiner elsässischen Jugendzeit beigetragen hat. Joos bekannte sich zwar zu einem »gesunden monarchischen Gedanken«, betonte aber unablässig, daß die Arbeiterschaft im wilhelminischen Deutschland nicht wirklich in den Staat integriert sei.

Nach Kriegsausbruch im Jahre 1914 stimmten die deutschen Katholiken den überschäumenden nationalen Stellungnahmen zu. Auch für die Schriftleitung der »Westdeutschen« gab es keinen Zweifel, daß es sich um einen »gerechten und heiligen« Krieg handelte. Jedoch zeigte sich in

Einzelfragen bald ein deutlicher Kontrast zu den Stellungnahmen anderer katholischer Presseorgane. Unter der Redaktion von Joos, der nach kurzer militärischer Grundausbildung in Berlin vom Militär für die Pressearbeit freigestellt wurde, vermied man sowohl die Stigmatisierung des Krieges als Strafgericht Gottes über «gottentfremdete« Völker (so »Der Volksverein«) als auch die Aufstellung maßloser Kriegszielforderungen. Joos wandte sich in seiner Zeitung zunehmend den innenpolitischen Problemen des Reiches zu und zog damit gegen Ende des Krieges mehrmals das Interesse der Zensur auf sich.

Die anstehende Reform des preußischen Wahlrechts sowie die Stellungnahmen zur Friedensresolution sorgten besonders in den letzten beiden Kriegsjahren dafür, daß die innerkatholische und innerparteiliche Gärung ihren Höhepunkt erreichte. In beiden Kontroverspunkten stand Joos auf der Seite der »Vorwärtsdrängenden gegen die konservativ Gerichteten«. Angesehene Zentrumspolitiker wie Carl Bachem bekämpften seine »doktrinäre« Haltung in der Wahlrechtsfrage, und auch einem großen Teil der Geistlichkeit, voran dem Kölner Erzbischof Kardinal von Hartmann, war die Propagierung des gleichen Wahlrechts in der »Westdeutschen« höchst suspekt. Als die von Erzberger initiierte und vom Zentrum mitgetragene Friedensresolution des Reichstages im katholischen Lager zunehmend kritisiert wurde, bekräftigte Joos für die katholische Arbeiterschaft den festen Willen, für die Resolution einzustehen. Folgerichtig schloß er sich auch als Gegner der Vaterlandspartei dem Volksbund für Freiheit und Vaterland an. Die »Westdeutsche« wandte sich gegen Ende des Krieges immer deutlicher gegen ein weiteres Zusammengehen des Zentrums mit den Konservativen. Sie verlangte nach der Spaltung der SPD eine »Neuorientierung« des Verhältnisses der Zentrumspartei zu den Mehrheitssozialisten (MSPD), wobei sie offensichtlich eine Koalition mit dem reformistischen Flügel der SPD anvisierte.

So hatte sich Joos während der letzten Kriegsjahre stärker politisch profiliert und auf jenen Zentrumsflügel gestellt, der eine weitergehende Demokratisierung des gesamten politischen Lebens nach dem Ende des Krieges erwartete und die Fortentwicklung des Reiches zur parlamentarischen Monarchie wünschte. Den verfassungsmäßigen Zustand, der im Oktober 1918 unter der Regierung des Prinzen Max von Baden erreicht war, sah er schließlich als ausreichend an. Gegen die Abschaffung der Monarchie erhob er noch während der letzten Kriegstage warnend seine Stimme.

Nach der Revolution gehörte Joos trotzdem sogleich zu jenen Zentrumspolitikern, die eine aktive Mitarbeit seiner Partei auch an der Gestaltung der neuen Republik forderten. Obwohl er sich selbst nicht aktiv an der Umsturzbewegung beteiligt hatte, brachte er doch aus seiner Kenntnis der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Raum viel Verständnis für

die Beteiligung weiter Bevölkerungskreise auf. Die These, daß die Revolution »von der Linken her gemacht« worden sei, lehnte Joos stets ab und machte statt dessen die wilhelminische Regierungspolitik für den Ausbruch der Revolution verantwortlich.
Die Republik als neue Staatsform in Deutschland wurde in den Reihen der katholischen Arbeitervereine und ihrer Führer als geradezu selbstverständlich hingestellt und in der Folgezeit gegen alle Angriffe verteidigt. Die ungefestigte und ungeliebte Republik hat in Joos stets einen überzeugten Fürsprecher gefunden, was angesichts der innerparteilichen Situation des Zentrums zu Spannungen führen mußte.
Als zum Jahresende 1918 die endgültige Entscheidung für die parlamentarische Republik gefallen war und die Wahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung ausgeschrieben wurden, erschienen auch auf den Listen der Zentrumspartei zahlreiche neue Namen, vor allem aus den »unteren Schichten«. Auf Betreiben von Karl Trimborn, der jahrzehntelang Vorsitzender des rheinischen Zentrums gewesen war und dabei Joos' Wirken aus nächster Nähe beobachtet hatte, wurde auch Joseph Joos als Kandidat nominiert. Als einer derer, »die von unten kommen«, zog er in das Weimarer Parlament ein. Von 1920–1933 gehörte er als Zentrumsabgeordneter (Wahlkreis Düsseldorf, ab 1924: Köln-Aachen) und Vertrauensmann der westdeutschen Arbeitervereine dem Reichstag an.

III

Als Abgeordneter der Nationalversammlung wurde Joos zum Mitgestalter des neuen demokratischen Deutschlands. Er machte sich in ungezählten Beiträgen für die Partei- und Verbandspresse sowie auf zahlreichen Kundgebungen, vor allem der Arbeiter- und Jugendvereine, zum Befürworter des nach 1919 eingeschlagenen Zentrumskurses. Er verteidigte vor allem die damalige Koalition mit der SPD und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) als »Vernunftehe zu dreien«. Den manchmal geforderten Austritt seiner Partei aus der Regierung wegen der Mitverantwortung für die zwangsweise unpopulären Entscheidungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit hat er stets abgelehnt.
Besonders engagiert setzte sich Joos für eine innere Annahme der Weimarer Verfassung ein, an der sich auch im deutschen Katholizismus die Geister schieden. Nach seiner Auffassung enthielten die Verfassungsartikel keinerlei »Maßlosigkeiten«. Darum verlangte er eine Dämpfung der lautstarken Kritik an der neuen Verfassung, wie sie u. a. auf dem Münchner Katholikentag von 1922 zum Ausdruck kam. Obwohl es für ihn keine echte Alternative zur Republik als Staatsform gab, versuchte er

doch durch sein publizistisches Engagement einer Verfeindung und Zersplitterung der politischen und sozialen Kräfte des Katholizismus in diesem »Verfassungsstreit« entgegenzuwirken. Er sah es zusehends als seine Mission an, die divergierenden Kräfte im katholischen Deutschland politisch zusammenzuführen und brachte als Mitautor des Zentrumsprogramms von 1922 den Terminus vom »Volksstaat« ins Gespräch, der freilich – obwohl sehr häufig gebraucht – nur geringe Integrationskraft in der Verfassungsfrage entwickeln sollte.

In vielen Kontroversfragen der damaligen Zeit nahm Joos im Sinne des linken, um Erzberger und Wirth gruppierten Zentrumsflügels Stellung. Er befürwortete die Erzbergersche Finanzreform und trat allgemein für eine größere »Reichsfreudigkeit« ein, was ihm heftige Kritik aus dem mehr föderalistisch gesinnten Lager seiner Partei einbrachte. Joos gehörte zu den prinzipiellen Gegnern von Stegerwalds Vorstoß zur Reorganisation des deutschen Parteiwesens rechts von der SPD (Essener Programm vom November 1920), da man »historisch gewachsene Parteien nicht mit einer Handbewegung beseitigen und durch irgendwie anders geartete Gebilde ersetzen« könne. Er lehnte es ab, das Zentrum aus seiner »ideellen Verwurzelung« mit dem Katholizismus herauszulösen und zog sich mit seiner damaligen Stellungnahme einmal mehr die Gegnerschaft der christlichen Gewerkschaftler zu.

In den Krisenjahren der Weimarer Republik bis 1924 war Joos ein Befürworter der Weimarer Koalition und später, als diese parlamentarisch nicht mehr möglich war, der Großen Koalition. Einer grundlegenden Änderung des Wirtschaftssystems, die auch die katholischen Arbeitervereine nach dem Krieg zeitweilig forderten, stand er ebenso ablehnend gegenüber wie der Durchsetzung reiner Arbeiter-Klassenpolitik. Nach seiner Überzeugung durfte die Arbeiterschaft im neuen Deutschland nun nicht ihrerseits in den Fehler klassenmäßiger Absonderung verfallen, die sie im wilhelminischen Deutschland stets beklagt habe.

Nach der Ermordung Erzbergers (1921) gewann Joos ein enges Freundschaftsverhältnis zu dem Zentrumskanzler Joseph Wirth, dessen Person für ihn »Ausdruck einer bestimmten Politik der Klugheit und der Mäßigung, vernünftiger Demokratie und sozialer Orientierung« war. Die umstrittene »Erfüllungspolitik« Wirths unterstützte er vorbehaltslos. Dagegen entwickelte sich sein Verhältnis zu dem um eine politische Sammlung der Parteien rechts vom Zentrum bemühten Stegerwald weniger günstig, da der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes nach dem Scheitern seines Parteigründungsversuches, z. T. aus gewerkschaftsinternen Gründen, eher mit den Rechtsparteien zusammenarbeiten wollte. Joos betrachtete dagegen die Regierungsbeteiligung der SPD als unverzichtbar und als ein nationalpolitisches Gebot.

Joos hielt auch während der Staatskrise des Jahres 1923 am parlamentarischen System fest, wenngleich er dessen offensichtliche Mängel erkannte. Gegen die von der äußersten Rechten geforderte »nationale Erhebung« hat er sich schon sehr frühzeitig ausgesprochen, da sie nach seiner Ansicht nur aufräumen wolle »mit allem, was soziale und demokratische Richtung heißt«.

Seine Verbundenheit mit dem oft angefeindeten Weimarer System fand auch dadurch Ausdruck, daß er als Laienrichter in den neugegründeten Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik berufen wurde und in das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eintrat, dessen Bundesvorstand er von 1926 bis 1932 angehörte. Der Elsässer Joos hat sich trotz aller äußeren Rückschläge unentwegt für einen Ausgleich mit dem französischen Nachbarn eingesetzt und die Überwindung des engen nationalstaatlichen Denkens gefordert. Sein Vorschlag aus dem Jahre 1923 zur Bildung einer europäischen Föderation fand bei der gegebenen Lage naturgemäß wenig Resonanz.

Als es Mitte der zwanziger Jahre Bestrebungen gab, Joos mit einem höheren Verwaltungsposten zu betrauen, hat er alle Angebote abgelehnt. Er nahm statt dessen in der Folgezeit einen bedeutenden Platz und eine ausgesprochene Mittlerfunktion in der durch starke innere Spannungen erschütterten Zentrumspartei ein. Hier lag Joos' eigentliche Wirksamkeit in der mittleren Periode der Weimarer Republik.

IV

Die Jahre zwischen 1924 und 1928 waren für das Zentrum eine schwierige und unerfreuliche Zeit. Joos sah weiterhin für die geborene Minderheitspartei einen »Zwang der Koalition«, um politischen Einfluß auszuüben und, was für ihn ein vorrangiges Anliegen war, zur Stabilisierung des parlamentarischen Systems in Deutschland beizutragen. Er hat stets die Beteiligung der Partei an allen Koalitionen bis 1932, wenn auch manchmal nur zögernd, verteidigt.

Allerdings war die von Joos nachträglich sanktionierte Beteiligung der Partei an dem ersten »Bürgerblock« unter Luther im Jahre 1925 der Beginn eines heftigen und stets latenten Kampfes zwischen den verschiedenen Flügeln und Interessengruppen – den »Ständen«, wie sie in der Parteiideologie genannt wurden. Diese Kämpfe führten zu einigen an der Substanz der Zentrumspartei zehrenden Abspaltungen und zu einem verstärkten Werben anderer Gruppen um die traditionelle Zentrumswählerschaft. Joos sah Mitte der zwanziger Jahre »die Gemeinschaft der Katholiken untereinander wie nie zuvor geschwächt«.

Da er selbst jeder »Trennung von der weltanschaulich gebundenen politischen Einheitsfront« entgegenwirken wollte, suchte er zusehends zwischen den Fronten zu vermitteln, obwohl er sich inzwischen recht deutlich nach »links« festgelegt hatte. Dagegen wurden seine Stellungnahmen seit Mitte der zwanziger Jahre vorsichtiger und nuancenreicher. Nicht zuletzt war es seine Formulierungsgabe, mit der er sich als Mann des Ausgleichs hohes Ansehen erwarb.

Angesichts der inneren Spannungen bemühte sich Joos um eine theoretische Festigung des Zentrumsgedankens in weiteren Kreisen. Er suchte die Position der »Mitte«, die schon bei der Gründung der Partei ausschlaggebend gewesen, in den letzten Jahrzehnten aber wegen der Beteiligung des Zentrums an unterschiedlichen Koalitionen mehr und mehr aus dem Bewußtsein geschwunden war, wieder stärker zu fundieren. Zu diesem Zweck stellte Joos das religiöse Moment in den Mittelpunkt seiner Einigungsrufe, wogegen Männer wie Stegerwald, Brauns und Brüning stärker die Interkonfessionalität der Partei in den Vordergrund des allgemeinen Bewußtseins rücken wollten.

Wie in der Religion sah Joos auch in der Zentrumspartei die Möglichkeit zur Integration von Gegensätzlichem; das Beharren auf einem Standpunkt des »Entweder-Oder« lehnte er strikt ab und verschrieb sich dem »Sowohl-Als-auch«. Obwohl es in der Praxis sehr oft schwerfiel, die Gegensätze im politischen Bereich auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, hat Joos an die Möglichkeit einer politischen Einigung der Katholiken geglaubt und für dieses Ideal gewirkt.

Als Beispiele seiner Mittlertätigkeit seien seine Stellungnahmen zum »Fall Wirth« in den Jahren 1925 und 1927 angeführt. Der ehemalige Kanzler Wirth war wegen der ihm zu starken Rechtsneigung der Zentrumspartei mit einem spektakulären Schritt aus der Fraktion ausgetreten. Er fand begeisterte Zustimmung nicht zuletzt bei den von Joos geführten Arbeitervereinen. Joos, der sowohl den Entschluß der Fraktion zur Koalition mit den Rechtsparteien als auch die Entscheidungen der »Bürgerblock«-Regierung öffentlich verteidigt hatte, war in keiner leichten Situation. Er versuchte seiner Art entsprechend seinem politischen Freund Wirth, den katholischen Arbeitervereinen und der Fraktion gleichermaßen gerecht zu werden. Dabei zeigte sich sein Bestreben, in Streitfällen jedem ein Stückweit Recht und ein Stückweit Unrecht zu geben, ohne irgendeine Seite zu verletzen.

Mehr Selbstüberwindung kostete Joos dieses Verhalten beim zweiten Fall Wirth im Jahre 1927. Wieder beteiligte sich das Zentrum an einer Rechtskoalition, diesmal unter dem Zentrumskanzler Marx. Joos hatte aktiv am Zustandekommen dieses Kabinetts mitgearbeitet und brachte wenig Verständnis dafür auf, daß Wirth im Reichstag gegen die Regie-

rung unter Führung des Zentrumsvorsitzenden gestimmt und somit »die Schlagkraft von Fraktion und Partei« geschwächt hatte. Noch weniger Verständnis zeigte er für die Ablehnung des Reichsschulgesetz-Entwurfs durch seinen früheren Freund, durch dessen Verhalten er sich zutiefst getroffen fühlte. Gleichwohl war es gerade Joos, der sich gegen Tendenzen verwahrte, Wirth aus der Partei auszuschließen oder bei den nächsten Wahlen nicht wieder für das Zentrum kandidieren zu lassen.

Seine ausgesprochene Befähigung zum Vermitteln und seine Formulierungsgabe machten Joos zum »Resolutionär« der Partei. Zahlreiche Zeitgenossen wissen zu berichten, daß immer dann Joos' Stunde gekommen war, wenn in einer Debatte die Meinungen so weit auseinanderklafften, daß kaum mehr eine gemeinsame Linie zu erkennen gewesen sei. Mit mildem Spott sprachen seine Kollegen von der »Westdeutschen« davon, daß der Bartträger Joos sich so manche »Entschließung aus dem Bart gezupft« habe. Er selbst hat im Alter betont, daß kaum ein wichtiges Schriftstück der Partei herausgekommen sei, das er nicht formuliert habe.

Angesichts dieser Position im Zentrum war es nicht verwunderlich, daß Joos im Dezember 1928, als Marx resigniert vom Parteivorsitz zurücktrat, als dessen Nachfolger ins Gespräch kam, ohne eigenes Zutun, also im Gegensatz zur Kandidatur des zielstrebigeren Stegerwald. An dieser Stelle können nicht die komplexen Vorgänge auf diesem letzten Parteitag des Zentrums, der Kaas zum Vorsitzenden wählte, wiedergegeben werden. Für Joos bleibt festzuhalten, daß er sich wegen seines ausgleichenden und verbindlichen Auftretens großer Sympathien bei den Delegierten aus allen Schichten der Partei erfreute. Es steht außer Zweifel, daß er, falls es bei der Alternative Stegerwald – Joos geblieben wäre, gesiegt hätte, was sich auch im Ergebnis der Wahl zeigte.

Daß in dem Führungsstreit schließlich Kaas als Kompromißkandidat aufgestellt wurde, lag daran, daß prominente Politiker zweifelten, ob Joos bei seiner bekannten Verbindlichkeit genügend Energie, Durchsetzungsvermögen und Organisationstalent zur Leitung der Gesamtpartei mitbringe. Die 92 Stimmen, die bei der Schlußabstimmung noch für ihn abgegeben wurden (für Kaas 184, für Stegerwald 42), stammten vornehmlich von Delegierten, die einen Geistlichen an der Spitze der Partei für inopportun hielten. Es war bezeichnend, daß Joos sofort nach dem turbulenten Parteitag zur Wiederherstellung des inneren Friedens aufrief und sich an den Protestkundgebungen, die von Stegerwald und seinen Freunden abgehalten wurden, nicht beteiligte.

V

Der letzten Regierung der Großen Koalition, dem Kabinett Hermann Müller, stand Joos mit merklicher Distanz gegenüber, obwohl diese parteipolitische Konstellation sein Idealbild bis Mitte der zwanziger Jahre gewesen war. Diese Distanz bezog sich jedoch weniger auf die Person des Kanzlers als auf die Art, wie die schwerwiegenden außen- und innenpolitischen Probleme (Young-Plan, Panzerkreuzer-Frage, Republikschutz, die sich abzeichnende Finanzkrise) von den Koalitionspartnern einer Lösung zugeführt wurden. Die Schuld am Auseinanderbrechen dieser Koalition lag nach Joos ebenso bei der Deutschen Volkspartei (DVP) wie bei der SPD.

Joos hat sich Ende der zwanziger Jahre, obwohl er der zweite Vorsitzende des Zentrums wurde, ein wenig von der Parteipolitik zurückgezogen und diese dem Führungstrio Kaas-Stegerwald-Brüning überlassen. Er selbst widmete sich in dieser Zeit vorrangig einer Festigung der katholischen Arbeiterbewegung, nicht zuletzt im organisatorischen Bereich. Im Jahre 1927 war es durch seine Initiative gelungen, die verschiedenen Landesverbände der Arbeitervereine mit Ausnahme des Verbandes vom »Sitz Berlin« zu einem etwa 400 000 Mitglieder starken einheitlichen Reichsverband unter Leitung eines geistlichen Generalsekretärs zusammenzufassen. Viel Zeit und Arbeit verwandte er danach auf den Zusammenschluß der katholischen Arbeitervereine Europas und Lateinamerikas zu einer »Katholischen Arbeiterinternationale«. Sie wurde 1928 in Köln ins Leben gerufen und Joos zu ihrem Präsident gewählt. Er wollte diese Organisation auch politisch einsetzen und u. a. dafür wirken, die »letzten Reste von Völkerzwietracht und Völkerhaß« auszumerzen.

Allerdings wurde die neue Weltorganisation gleich zu Beginn ihres Bestehens in Rom weniger gnädig aufgenommen, als ihr Präsident und die übrigen Arbeiterführer es erwartet hatten. Papst Pius XI. und dessen Ratgeber befürchteten offensichtlich, daß sich ein nicht unter geistlicher Führung stehender Zusammenschluß der Arbeitervereine zu einem klassenkämpferischen Verband entwickeln könne, wozu allerdings schon die Führung durch einen ausgesprochen gemäßigten und versöhnlichen Mann wie Joos wenig Anlaß hätte geben sollen.

Er hat in der Zeit der aufkommenden Radikalisierung und Polarisierung in Deutschland gerade über das Forum der katholischen Arbeitervereine die politische und religiöse Bindung der Arbeiterschaft an die Zentrumspartei und an die Kirche gefestigt und stets die Möglichkeit eines dritten Weges zwischen rechts und links betont. Dabei ist es im ganzen gesehen gelungen, den eigenen »Besitzstand« – im Gegensatz zu anderen Gruppierungen der politischen Mitte – zu wahren.

Als mit der Bildung der Regierung Brüning Ende März 1930 eine neue Phase der Weimarer Republik anbrach, gehörte Joos zu denjenigen, die den anfangs zurückhaltenden Brüning in der Fraktion drängten, den Auftrag des Reichspräsidenten anzunehmen. Joos fühlte sich in der Folge zusehends zum Konservativismus Brüningscher Prägung hingezogen. Es bedeutete für ihn einen augenfälligen Positionswandel, als er zu Beginn der dreißiger Jahre ein »uneingeschränktes Nein gegenüber dem Sozialismus« aller Schattierungen aussprach.

Er hat alle Maßnahmen seines Parteifreundes, auch wenn sie »vom Standpunkt der Zentrumspolitik« manchmal nicht leicht hinzunehmen waren, entschieden verteidigt. Allerdings äußerte er gelegentlich seine Enttäuschung über den Unwillen des Kanzlers, sich selbst und seine Politik nach außen hin stärker darzustellen. Ungeachtet dessen lautete sein mehrmals wiederholtes Urteil, daß jeder, der den »schweigsamen« und »unsensationellen« Kanzler beseitigen wolle, »der Diktatur die Gasse« öffne.

Als dieser Fall im Mai 1932 eintrat, wandte sich Joos als erster in der Fraktion und im Parteivorstand sehr entschieden gegen eine Mitarbeit des Zentrums an der Regierung v. Papen, deren Abberufung er unablässig forderte, da sie keine Basis im Parlament habe. In dieser Situation bemühte sich Joos um eine Koalition mit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), die er bereits 1923/24 und dann seit der Zeit ihres Wiedererstarkens am Ende der zwanziger Jahre als »Totengräberin des Parlamentarismus und der Demokratie« verurteilt hatte. Mit dieser Koalition wollte er den Sturz des ehemaligen Zentrumsmannes v. Papen und eine Bändigung der NSDAP erreichen. Um diesen Preis sollte den Nationalsozialisten die »Einordnung« in ein Reichskabinett mit der Zentrumspartei ermöglicht werden. Im Sommer 1932 führte Joos zusammen mit Bolz und Schäffer Verhandlungen mit Hitler, die wegen der neuanberaumten Wahlen zu keinem Ergebnis führten.

Mit Genugtuung nahm Joos die Ergebnisse der Juli- und mehr noch die der Novemberwahlen von 1932 zur Kenntnis, die der NSDAP keine Mehrheit brachten. Nach Joos' Meinung blieb die Partei dadurch auf das Zentrum als Koalitionspartner angewiesen. Diesem Irrtum erlagen damals auch andere Zentrumspolitiker. Joos ging Ende 1932 so weit, an Hitler zu appellieren, nicht in »törichter Verkennung der Gesamtsituation die Alleinherrschaft« zu fordern, sondern sich in eine Koalition mit dem Zentrum zu fügen, da andernfalls eine Diktatur »ohne und gegen ihn« kommen werde.

Nach diesem damals vielbeachteten Umschwung in seiner Haltung zur NSDAP kehrte Joos nach der Bildung des Kabinetts Schleicher zu seiner früheren prinzipiellen Opposition gegenüber Hitler zurück. Es ist auf-

fällig, daß bei allen weiteren Verhandlungen des Zentrums mit der NSDAP im Januar und im März 1933 der stellvertretende Vorsitzende nicht mehr hinzugezogen wurde.
Joos trat in den ersten Monaten des Jahren 1933 mit einigen äußerst kritischen Äußerungen hervor. So bezeichnete er den 30. Januar als »Tag der Entzweiung«, an dem der »nackte Parteigedanke« gesiegt habe. Die maßlose Kritik der Nationalsozialisten an den früheren Regierungen der Weimarer Republik wies er als »bodenlose Ungerechtigkeit« zurück. Anfang März 1933 protestierte Joos dann mit einem in Westdeutschland vielbeachteten Telegramm bei Göring gegen das Hissen der Hakenkreuzfahne in Köln und mußte danach von seinem Fahrer vor einer von der NSDAP mobilisierten Menge in Sicherheit gebracht werden.
Daß die Regierung Hitler den im März gewählten Reichstag in Potsdam eröffnen ließ, stieß bei Joos auf deutliche Kritik. Er beugte sich aber dem Beschluß seiner Fraktion, an dem Staatsakt in Potsdam teilzunehmen. Am 23. März 1933 gehörte er dann zu der Minderheit derer, die sich in einer Probeabstimmung der Zentrumsfraktion unter den gegebenen Bedingungen gegen die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz aussprachen. Erstmals seit sechs Jahren stand Joos wieder in einer wichtigen Frage in Opposition zu seiner Fraktion. Nach seiner oftmals beteuerten Auffassung von der Notwendigkeit eines geschlossenen Vorgehens der Partei bei wichtigen Anlässen war es für ihn allerdings selbstverständlich, daß er sich dem Mehrheitsbeschluß fügte und im Reichstagsplenum wie alle anwesenden Zentrumsparlamentarier für das Ermächtigungsgesetz stimmte.
Die Verabschiedung dieses verfassungsändernden Gesetzes führte konsequent zur Auflösung aller politischen Parteien außerhalb der NSDAP. Als Kaas den Parteivorsitz niederlegte, stellte sich für das Zentrum die Führerfrage. Joos war erneut als Vorsitzender im Gespräch, wurde aber im wesentlichen aus den gleichen Gründen wie 1928 nicht an die Spitze berufen, wie der letzte Parteivorsitzende Heinrich Brüning in seinen Memoiren berichtet. Er wurde aber von Brüning sogleich wieder zum zweiten Vorsitzenden ernannt und mußte in dieser Position den Weg zur Auflösung der von ihm wesentlich mitgeprägten Partei gehen. Ein Augenzeuge berichtet, daß Joos wenige Tage nach dem Auflösungsbeschluß der Partei »den Eindruck eines wirklich entwurzelten Mannes« gemacht habe, der »vom Weiterleben der Arbeitervereine einen gewissen Halt« erwartete.
Zwar gelang es der Kurie, im Reichskonkordat die Existenz der katholischen Arbeitervereine bei Verzicht auf jegliche politische Betätigung wenigstens formal zu sichern. Aber das am 29. April 1934 ausgesprochene Verbot der Doppelmitgliedschaft von Arbeitern in der Deutschen Arbeits-

front und anderen Organisationen entzog der katholischen Arbeiterbewegung ihre Existenzgrundlage. Es waren bald nur noch wenige Weggefährten, zu dem der Kreis des Kölner Ketteler-Hauses um Joseph Joos, Bernhard Letterhaus, Nikolaus Groß, Otto Müller, Johannes Gickler und Hermann-Joseph Schmitt unmittelbaren Kontakt besaß. Eine Denunziation führte schließlich 1940 zur Verhaftung und Verschleppung von Joos in das Ausländerlager Dachau.

VI

Daß Joos aus einer Randzone des europäischen Nationalstaates stammte, wo nach dem deutsch-französischen Krieg das »Preußentum mit den Formen des Zwanges regiert« und mehr zerstört als aufgebaut hatte (so Joos im Jahre 1919), hat sein politisches Bewußtsein entscheidend geprägt. Er hat sich seit seiner Jugend stets gegen das überspannte nationalstaatliche Denken seiner Zeit gewandt, und ein stets latentes antipreußisches Empfinden hat seine politischen Entscheidungen bis hin zum 23. März 1933 mitbestimmt.

Ein entscheidendes Axiom in seinem Denken und Handeln war die Überzeugung, daß sich die politische und soziale Arbeit eng an die Lehre und an die Organisationen der katholischen Kirche anlehnen müsse. Daher ist auch sein Engagement in den rein konfessionellen Arbeitervereinen zu verstehen, die nach seinem Selbstverständnis die »Mutterorganisation« einer christlichen Arbeiterbewegung waren, weil ihnen die geistige Bildungsarbeit obliegen sollte. Von dieser Position ist das durchgehend gespannte Verhältnis zu den Führern der christlichen Gewerkschaften zu verstehen, das noch in den fünfziger Jahren bei der von Joos befürworteten Gründung des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB) eine bedeutende Rolle spielte.

So ist der Arbeiterführer Joos eine in der deutschen Arbeiterbewegung durchaus atypische Erscheinung, da er sich nicht als »Arbeiterinteressenvertreter« betrachtete und in einer Arbeiterorganisation auch kein Machtinstrument zur Vertretung von Klasseninteressen sah. Der wirtschaftspolitisch durch und durch auf Ausgleich bedachte Joos hat auch nie von der Arbeiterschaft als einer »Klasse« gesprochen, sondern sie stets als »Stand« bezeichnet. Er wollte vornehmlich »geistige Eroberungen« für die Arbeiterschaft machen und dieser als gleichberechtigtem »Stand« neben den anderen »Ständen« der Gesellschaft den ihr zustehenden Platz erobern.

Auch für den Parteipolitiker Joos gelten ähnliche Prämissen wie für den Sozialpolitiker und Arbeiterführer. An erster Stelle muß sein Eintreten

für das Zentrum »so wie es war« genannt werden. Er sah es als seine Aufgabe an, in dieser Partei für eine Versöhnung des »Christlichen« mit dem »Demokratischen« zu wirken. In den Jahren nach 1918 verstand er seine Arbeit als »Brücke vom Gestrigen zum Heutigen« und als Mittler zwischen den Fronten. Trotz seiner Achtung vor dem »Gestrigen« wurde er in den turbulenten Anfangsjahren der Weimarer Republik als ein Politiker von großer Eloquenz und Überzeugungskraft gerade bei der jungen Generation zum Träger des »Weimarer Systems« und hat sich um dessen Stabilisierung hohe Verdienste erworben.

Der zeitgenössischen Publizistik und auch der bisherigen Geschichtsschreibung ist eine Einordnung des Politikers Joos nicht leichtgefallen. Ohne Festlegung seiner Position als »rechts« oder »links« soll an dieser Stelle auf einen tiefen und durchgängigen konservativen Zug im politischen Wirken von Joos hingewiesen werden, der allerdings mit dem Konservativismus preußischer Prägung kaum etwas gemein hatte. Ob er für die Evolution des preußischen Wahlrechts, für die Anerkennung der Weimarer Verfassung sowie für ein offenes Engagement für die Republik oder für die Einbeziehung der SPD in die Regierungskoalition nach 1918 bzw. der Rechtsparteien nach 1925 eintrat – es geschah vornehmlich, um einen revolutionären Bruch, wie er ihn 1918 hatte erleben müssen, zu vermeiden.

Rudolf Morsey

Heinrich Brüning (1885–1970)

Die Nachricht vom Tode Heinrich Brünings, der am 30. April 1970 im Alter von 84 Jahren in Norwich/Vermont (USA) gestorben ist, fand in der Bundesrepublik ein ungewöhnlich großes Echo. Das war insofern überraschend, als sich die Erinnerung an die Zeit seiner glücklosen Reichskanzlerschaft vom April 1930 bis zum Mai 1932 für viele Zeitgenossen in erster Linie mit der Erinnerung an ein Regieren mit Hilfe von Notverordnungen, an eine Epoche schwerer wirtschaftlicher und sozialer Not, eine Zeit der Massenarbeitslosigkeit und des Anwachsens totalitärer Parteien verbindet. Mit Brünings Namen verknüpfen sich ferner das Ende der Zentrumspartei und schließlich ein Stück der noch nicht aufgearbeiteten deutschen Emigrationsgeschichte während der Dauer der Hitler-Diktatur.

Von diesem Regime zur Flucht ins Exil gezwungen, hat Brüning aus seiner zweiten Heimat in den USA nur für wenige Jahre (1951–1955) wieder nach Deutschland zurückgefunden. Erst seine sterbliche Hülle erhielt, dem Wunsche des Verstorbenen entsprechend, ihre letzte Ruhestätte auf dem Friedhof seiner Heimatstadt Münster. Die Politik Heinrich Brünings als Reichskanzler wird weiterhin umstritten bleiben. Zu dicht folgte auf seinen Sturz die »Machtergreifung« Hitlers, die der westfälische Zentrumspolitiker vergeblich zu verhindern gesucht hatte.

Als wenige Monate nach seinem Tode Brünings Memoiren erschienen – in einer von ihm selbst nicht mehr bearbeiteten End- bzw. Druckfassung –, wurden sie rasch zu einem Bestseller. Sie lösten lebhafte historisch-politische Diskussionen aus, in deren Verlauf die Forderung nach einer historisch-kritischen Ausgabe dieser Memoiren erhoben wurde.

I

Heinrich Brüning wurde am 26. November 1885 als Sohn eines Weinhändlers in Münster geboren. Der Sproß einer alteingesessenen katholischen Familie war das jüngste von sechs Geschwistern, von denen drei früh gestorben sind. Seinen Vater verlor er, als er anderthalb Jahre zählte.

Er wuchs im konservativen Münster unter der Obhut seiner Mutter auf und wurde entscheidend von seinem um zehn Jahre älteren Bruder Hermann Josef geprägt, einer ungemein tatkräftigen Persönlichkeit. (Er ging später als Missionsgeistlicher nach Übersee und war zeitweilig als Seelsorger in Manchester tätig, wohin er 1912/13 den jüngeren Bruder zur Fortsetzung von dessen Studium holte.)

Der früh durch einen Unfall verletzte und durch Kurzsichtigkeit behinderte Knabe machte seine körperlichen Schwächen durch ungewöhnliche Energie und Zähigkeit wett. Während seiner Ausbildung auf dem alten Gymnasium Paulinum wurde er preußisch-national geprägt, eine Entwicklung, die sich durch seinen langjährigen Aufenthalt an der Grenzlanduniversität Straßburg unter dem Einfluß von Martin Spahn (1875–1945) noch verstärkte.

Heinrich Brüning, der wie seine beiden Geschwister – seine vier Jahre ältere Schwester Maria trat als Fürsorgerin in den Dienst der Stadt Münster – unverheiratet blieb, konnte nach dem Abitur in Münster 1904 volle zehn Jahre lang mit Hilfe eines Stipendiums studieren: quer durch die Fächer der philosophischen und staatswissenschaftlichen Fakultäten in München, Straßburg und Bonn. Zeitweise gehörte er einer katholischen Studentenverbindung an. Geräuschvolle Geselligkeit allerdings lag dem nüchternen Westfalen nicht. Er entwickelte sich zum grübelnden und zum Skeptizismus neigenden Intellektuellen, der Stimmungen unterworfen war und dazu neigte, Entscheidungen hinauszuschieben.

Erst 1911 legte er in Straßburg das Examen für das höhere Lehramt ab, ohne indes in den Schuldienst einzutreten. Er studierte anschließend Nationalökonomie. Während eines Aufenthalts in England von 1911 bis 1913 entstand eine volkswirtschaftliche Dissertation über die Situation der englischen Privateisenbahnen (die nur noch in einem maschinengeschriebenen Exemplar vorhanden ist). Brüning hatte keine feste berufliche Tätigkeit ins Auge gefaßt; er dachte zeitweilig an eine Arbeit als Journalist (Auslandskorrespondent), um auf diese Weise Gelegenheit zu finden, das Programm einer ihm sehr vage vorschwebenden nationalkonservativen interkonfessionellen Volkspartei auszuarbeiten. Seine wenig ausgeprägten politischen Anschauungen dürften denen des gouvernementalkonservativen Zentrumsflügels um v. Hertling und Peter Spahn entsprochen haben. Die Person und Politik Erzbergers lehnte er strikt ab. Seit seiner Studienzeit gehörte er zu den Förderern einer ökumenischen Zusammenarbeit.

Der Kriegsausbruch von 1914 enthob den 29jährigen stellenlosen Akademiker zunächst einer Berufsentscheidung. Im Frühjahr 1915, nach seiner Promotion zum Dr. phil. in Bonn, gelang es ihm durch die Fürsprache eines Verwandten im Offiziersrang, trotz seiner Sehbehinderung und

unbeschadet seiner fehlenden militärischen Ausbildung als Kriegsfreiwilliger angenommen zu werden. Sein Berufsziel im Soldbuch lautete: Privatdozent. Es sollten allerdings noch mehr als zwei Dezennien vergehen, bevor Brüning ein Katheder betreten konnte.
Seine entscheidende Lebenserfahrung wurde das »Stahlbad« des Krieges, das »Fronterlebnis« (1915–1918) des ordendekorierten Reserve-Leutnants und Abteilungs-Adjutanten. Zuletzt leitete er eine militärische Eliteformation (Maschinengewehr-Scharfschützen) an der Westfront. In dieser Stellung entwickelte er eine bisher unbekannte Aktivität und Belastungsfähigkeit; das Erlebnis der Kriegskameradschaft und des selbstlosen Einsatzes auf Befehl prägten sich ihm tief ein. Der Reserveoffizier Brüning bewunderte Hindenburg und Ludendorff; er lehnte die mit der »Friedensresolution« vom Juli 1917 eingeleitete Politik des Zentrums ab. Als Folge seiner Kriegserlebnisse schätzte er nicht nur soldatische Erfahrung, Härte und Disziplin, sondern vertraute auch bedingungslos den Exponenten der militärischen Hierarchie: eine verhängnisvolle Vorbelastung für sein späteres Verhältnis zu Hindenburg, Groener und Schleicher.

II

Verwundet und ausgezeichnet, gehörte Brüning zu den Angehörigen jener »Frontkämpfergeneration«, die, zutiefst erschüttert und enttäuscht aus dem verlorenen Krieg heimgekehrt, der revolutionären Umwälzung ablehnend gegenüberstanden und die in politische Aktivität drängten, weil sie sich den Schablonen der alten Parteien entwachsen fühlten. Der für ihn charakteristische Wille, anderen Menschen zu helfen, kam geradezu klassisch in einem Schreiben vom Dezember 1918 zum Ausdruck. Ein Angebot seines Doktorvaters in Bonn, Wilhelm Dietzel, Brüning den Weg in die wissenschaftliche Laufbahn zu öffnen, lehnte er mit der Begründung ab: »Ich kann in dieser Zeit... nicht an einem Katheder stehen. Ich muß unter die Menschen gehen, die in Bedrängnis sind.« Dieser Vorsatz wurde zur Richtschnur und Grundlage für eine stark sozial und sozialpolitisch ausgerichtete Betätigung.
Bald sah es aus, als ob Brüning, nachdem eine Bewerbung um Anstellung bei der Verwaltung der Stadt Münster erfolglos geblieben war, ein Betätigungsfeld dieser sozialen Neigungen gefunden hätte: Im Frühjahr 1919 fand er im »Sekretariat Sozialer Studentenarbeit« (SSS) des Berliner Großstadtseelsorgers Carl Sonnenschein (1876–1929) seine erste Anstellung. Sie war allerdings nur von kurzer Dauer; denn der sprunghaft-improvisierende »Weltstadtapostel« und der nüchtern-gewissenhafte Westfale paßten nicht zusammen. Brüning aber blieb in Berlin.

Im Herbst 1919 wechselte er als persönlicher Referent des preußischen Wohlfahrtsministers Adam Stegerwald in das preußische Wohlfahrtsministerium über. Sein neuer Chef – der Brüning durch eine Rede im Winter 1918/19 für die Wahl zur Nationalversammlung beeindruckt hatte – zählte als Vorsitzender des christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und als prominenter Zentrumsabgeordneter zu den führenden Männern der jungen Republik. Mit seiner Tätigkeit als Referent Stegerwalds hatte Brüning den ersten Schritt in die politische Arena getan. Seine nächste Etappe bildete Anfang 1921 die hauptamtliche Übernahme der Geschäftsführung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Von dieser Stellung aus wollte er mit Hilfe der interkonfessionellen Massenorganisation daran mitwirken, in der Linie des »Essener Programms« Stegerwalds vom November 1920, an dessen Formulierung Brüning mitgewirkt hatte, eine Umbildung der Parteienstruktur durch Schaffung einer antisozialistischen Sammlungspartei in die Wege zu leiten.
Die Geschäftsführung im DGB übte Brüning bis zum Januar 1930 aus. Während dieser Jahre erfuhr seine politische Denkweise ihre feste Ausprägung. Unbeschadet seiner westfälisch-katholischen Herkunft entwikkelte er sich zum Verfechter einer stärker konservativ-national orientierten Staatsgesinnung. Damit verband sich eine ungewöhnlich große Wertschätzung für Preußen und das soldatische Element. Der Umgang mit hohen Militärs behielt für Brüning eine starke Faszination.
Er erkannte früh die Notwendigkeit, den Weimarer Staat in breiteren Volksschichten sozial zu verankern. Während des Ruhrkampfs 1923 hat er in Verbindung mit Gewerkschaftlern des besetzten Gebiets erheblich dazu beigetragen, den passiven Widerstand zu organisieren. Zeitweilig redigierte er die 1921 gegründete Tageszeitung des DGB »Der Deutsche«.
1924 begann sein politischer Aufstieg, zu dem ihn Adam Stegerwald, Felix Porsch und andere Zentrumspolitiker drängen mußten. Er führte über ein Reichstagsmandat im schlesischen Wahlkreis 7 (Breslau). Brüning hat sich intensiv um seinen Wahlkreis gekümmert. Daß er nach Ende des Zweiten Weltkriegs seinen Alterssitz im amerikanischen Bundesstaat Vermont nahm, hing damit zusammen, daß ihn die hügelige, ungemein reizvolle Landschaft dieses Gebiets an die seines schlesischen Wahlkreises erinnerte.
Im Reichstag machte sich Brüning als Sprecher seiner Fraktion in finanz- und steuerpolitischen Fragen rasch einen Namen, ohne jedoch in der Öffentlichkeit hervorzutreten. Ein nach ihm benanntes Gesetz von 1925 besagte, daß das Gesamtaufkommen der Lohnsteuer aus sozialpolitischen Gründen auf eine bestimmte Höhe begrenzt bleiben mußte. Es gelang ihm, seine gewerkschaftlichen »Querverbindungen« zu Politikern der Rechtsparteien für die Lösung mancher Sachaufgaben zu nutzen. Er

warnte unablässig vor den Folgen der übermäßigen (kurzfristigen) Auslandsverschuldung, die seit 1924 zu verzeichnen war. 1927 gehörte er zusammen mit dem Gewerkschaftsflügel der Partei und Fraktion zu den Kritikern des von Reichsfinanzminister (1927/28) Köhler (Zentrum) in der vierten Regierung Marx vorgenommenen beträchtlichen Erhöhung der Beamtengehälter. Für die traditionsreiche, immer noch zu sehr nach Honoratiorenart geführte Zentrumspartei bedeutete es eine ungewöhnliche Karriere, als der 44jährige Abgeordnete – der von 1928–1930 auch dem Preußischen Landtag angehörte, ohne dort allerdings eine Rolle zu spielen – im Dezember 1929 zum Vorsitzenden der Reichstagsfraktion gewählt wurde. Der neue Parteivorsitzende (seit Dezember 1928) Ludwig Kaas hatte diesen Aufstieg entscheidend gefördert. Von dieser Position aus trat Brüning in das Blickfeld des Reichspräsidenten, von Staatssekretär Otto Meißner (1880–1953) und dem volkskonservativen Abgeordneten Gottfried Reinhold Treviranus (1891–1971) protegiert.

Zwischen Hindenburg (1847–1934) und Brüning entwickelte sich rasch ein gegenseitiges Respektsverhältnis, das am 28. März 1930 die Grundlage für die Berufung des in der Öffentlichkeit weithin unbekannten Zentrumspolitikers zum Reichskanzler bildete. Brüning hat dieses Amt nicht erstrebt. Er war mit seiner Fraktion nicht am Sturz der Regierung des Reichskanzlers und SPD-Politikers Hermann Müller (1876–1931) beteiligt. Er zögerte allerdings keinen Augenblick, die Leitung einer von den Parteien und Fraktionen unabhängigen »Halbrechts«-Regierung in einem Augenblick zu übernehmen, in dem die Krise des deutschen Parlamentarismus ihrem Höhepunkt zusteuerte und die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise nach Deutschland übergriffen.

Der Zentrumsabgeordnete war sich bewußt, daß seine Chancen denkbar gering waren, den politischen Kurs stabilisieren und die bedrohte rechtsstaatliche Ordnung sichern zu können. Seine stärkste Waffe bildete die Zusicherung des 84jährigen Reichspräsidenten, dem Reichskanzler für den »Notfall« jene Vollmachten des Artikels 48 der Reichsverfassung zu erteilen, die Hindenburg dem soeben zurückgetretenen, von seiner eigenen Fraktion im Stich gelassenen Kanzler Hermann Müller verweigert hatte.

III

Heinrich Brüning begann seine Kanzlerschaft am 30. März 1930 im Zeichen der Weltwirtschaftskrise, der Reparationsverpflichtungen des soeben angenommenen Young-Plans und der Tatsache eines enormen Haushaltsdefizits. Er beabsichtigte keineswegs von vornherein, den Reichstag

auszuschalten. Dieses Urteil gilt unbeschadet der Zweifel darüber, ob der Reichskanzler Mitte Juli alle Möglichkeiten eines parlamentarischen Kompromisses, insbesondere mit der SPD, ausgeschöpft hat. Es gilt auch unbeschadet der Tatsache, daß die von ihm veranlaßte Auflösung des Reichstags am 18. Juli 1930 – nachdem mit knapper Mehrheit eine aufgrund des Artikels 48 verkündete Regierungsvorlage zur Deckung des Defizits abgelehnt und damit außer Kraft gesetzt worden war – in diese Richtung zu deuten schien.

Erst die »Katastrophenwahl« vom 14. September 1930 veränderte die politische Landschaft von Grund auf. Infolge des sprunghaften Ansteigens der Zahl der NSDAP-Abgeordneten und der KPD-Abgeordneten war eine parlamentarische Mehrheitsbildung ausgeschlossen. Die Deutschnationalen unter Hugenberg (1865–1951), die der Reichskanzler trotz brüsk erteilter Absagen beharrlich umwarb, lehnten es ab, die Regierung zu stützen. So mußte Brüning in paradoxer Umkehrung des von ihm eingeleiteten »Hindenburg-Kurses« die SPD-Fraktion dafür gewinnen, aus Gründen der Staatsräson die auf dem Wege von Notverordnungen erlassenen einschneidenden Maßnahmen des Kabinetts durch Stimmenthaltung im Reichstag zu tolerieren. Durch diese »Notstandsmehrheit« konnte verhindert werden, daß sich eine (negative) Koalition bildete, die in der Lage gewesen wäre, die Notverordnungen außer Kraft zu setzen.

Seit dem Erscheinen von Brünings Memoiren (1970) wissen wir klarer als vorher, welche politischen Ziele der Reichskanzler mit Hilfe seiner »großen Tolerierungskoalition« (W. Conze) ansteuerte. Es war seine Absicht, durch eiserne Sparsamkeit und rigorose Drosselung aller Ausgaben die Mittel zu bekommen, die notwendig waren, um die 1929 vereinbarten Reparationen zahlen, das Tief der Wirtschaftskrise überwinden und durch Demonstration der Krisenlage des Reiches eine Streichung der Reparationsschuld erreichen zu können. Um politische Stabilität zu erlangen, wollte Brüning die Autorität des Staates und der Regierung auf Kosten des Einflusses der Parteien und der Rechte eines beträchtlich entmachteten Reichstags gestärkt wissen.

Am Abschluß dieser Entwicklung sollte eine monarchistische Restauration der Hohenzollern-Dynastie stehen, für die der Reichskanzler angesichts der Alternative einer Diktatur der Hitler-Bewegung auf Zustimmung der Arbeiterschaft (oder genauer: der prominentesten Führer der SPD, mit denen er enge Fühlung hielt) rechnete. Die Früchte sowohl eines für etwa 1934 erwarteten wirtschaftlichen Wiederaufschwungs als auch der außenpolitischen Erfolge (Einstellung der Reparationszahlungen, Wiederherstellung der Rüstungsgleichheit) und innenpolitischen Strukturänderungen zu ernten, wollte Brüning einer neuen Regierung aus Vertretern der Rechtsparteien überlassen.

In dieser Konzeption spielten Prioritäten eine entscheidende Rolle. Oberstes »nationales« Ziel des Kanzlers war die »Befreiung« des Reiches von den Reparationen, die abgesehen von ihrer finanziellen Höhe und psychologischen Auswirkung jede außenpolitische Aktivität blockierten. Der Reichskanzler wollte durch pünktliche Reparationserfüllung Deutschlands Vertragstreue dokumentieren und gleichzeitig die Unmöglichkeit, die Reparationslast weiterhin tragen zu können. Da nach dem Young-Plan die Währungsparität nicht verändert werden durfte – sei es durch Abwertung, sei es durch Kreditausweitung, die Brüning wegen der befürchteten inflationistischen Folgen ohnehin ablehnte – und eine »Erfüllungspolitik« mit Hilfe von Auslandsanleihen nicht in Frage kam, sah der Kanzler keinen anderen Weg als den der sogenannten Deflationspolitik.

Sie zielte darauf ab, Löhne, Gehälter und Preise dem stark gesunkenen Weltmarkt-Preisniveau anzupassen, verschärfte jedoch ungewollt den Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft und vermochte das Haushaltsdefizit nicht entscheidend zu verringern; denn aus der Minderung der Kaufkraft resultierte ein weiterer Verfall der Produktion. Die Zahl der Arbeitslosen, die beim Regierungsantritt Brünings 3 Millionen betragen hatte, stieg auf 6,4 Millionen im Januar 1932. Davon wiederum profitierten die totalitären Flügelparteien.

Brüning war bereit, im Gefolge der nicht von Deutschland verursachten weltweiten Wirtschaftskrise für mehrere Jahre Massenarbeitslosigkeit und Verelendung in Kauf zu nehmen, um allmählich »aus der Not der ganzen Welt heraus« Verständnis für die »besondere Lage« des Reiches zu finden. Eine aktive staatliche Konjunkturpolitik zur Arbeitsbeschaffung sollte erst einsetzen, wenn nach der Streichung der Reparationen der Tiefpunkt der Krise durchschritten war. Als Endziel schwebte Brüning eine Restauration der politischen und wirtschaftlichen Machtstellung eines innenpolitisch stabilisierten Reiches vor. Dieses Ziel sollte in letzter Instanz über eine Totalrevision des Versailler Vertrags erreicht werden. Im Gefolge des Wiederaufschwungs der Wirtschaft und als Nebenwirkung des erhofften Fortfalls der Entmilitarisierungsbestimmungen erwartete der Reichskanzler einen Rückgang der radikalen Parteien. Er vertraute darauf, daß die Volksmassen die Notwendigkeit der von ihnen geforderten Opfer einsehen und verbissen »durchhalten« würden. Sein Gesamtkonzept glaubte Brüning bis etwa 1934 realisieren zu können. Dabei unterschätzte er die NSDAP in verhängnisvoller Weise. Brüning verstand die Hitler-»Bewegung« als parlamentarische Opposition, als berechenbares und sogar für außenpolitische Zwecke nützliches »nationales« Potential, dem er einen positiven Stellenwert in der als schicksalhaft empfundenen »Reinigungskrise« beimaß.

Das Gelingen der Konzeption des Reichskanzlers beruhte auf dem Nachweis außenpolitischer Erfolge. Als diese sich trotz der Aussetzung der Reparationszahlungen (Hoover-Moratorium vom Juli 1931) nicht einstellten und im Gegenteil die innenpolitische Radikalisierung bedrohlich fortschritt, verlor Brünings Politik ihre Grundlage. Der Reichskanzler, der im westlichen Ausland in zunehmendem Maße Verständnis für seine Zielsetzung gefunden hatte, stand bei seinem Sturz durch Hindenburg am 30. Mai 1932 noch keineswegs, wie er am 11. Mai 1932 im Reichstag geradezu beschwörend – und als Warnung an die Adresse des Reichspräsidenten gerichtet – ausgeführt hatte, »hundert Meter vor dem Ziel«. Die von den radikalen Parteien aufgehetzten und hungernden Volksmassen befanden sich längst im antidemokratischen Lager.

IV

Brüning ist allerdings nicht in erster Linie aus Gründen der politischen Realisierung oder Nichtrealisierung seines Programms als Reichskanzler gescheitert, sondern aus Gründen, die in der Mentalität und der agrarprotektionistischen Interessenbindung des Reichspräsidenten und mehr noch in der Zielsetzung von dessen Umgebung (Schleicher, Meißner, Oskar von Hindenburg) zu suchen sind. Dabei spielte die Wiederwahl Hindenburgs als Reichspräsident im April 1932 – eine Folge von Brünings Einsatz – mit den Stimmen von Zentrum und SPD (also der »falschen Front«) eine Rolle; in diesen Zusammenhang gehörten ferner das SA-Verbot vom April, das der Reichspräsident – dessen innere Abwendung von »seinem« Kanzler im Herbst 1931 begonnen hatte – nur höchst widerwillig verfügt hatte, und ebenso der Komplex der »Osthilfe« an jene ostelbischen Großgrundbesitzer, zu denen auch Hindenburg seit der Schenkung des Gutes Neudeck (1927) zählte. Brüning hat seinen Sturz, auf den die Kanzlerschaft Papens und wenig später die »Machtergreifung« Hitlers folgten, lebenslang nicht verwunden. Es fiel ihm schwer zuzugeben, daß er von falschen Voraussetzungen ausgegangen war, indem er angenommen hatte, mit den politischen Zielsetzungen Hindenburgs konform zu gehen und sich auf dessen Wort verlassen zu können. Am 30. Mai 1932 endete die politische Karriere des 46jährigen Zentrumspolitikers. Brüning war nach 26monatiger, nahezu ohne Pause durchgestandener Kanzlerschaft bis an den Rand seiner Kräfte erschöpft und konnte von seinen Parteifreunden nur mit Mühe davon abgebracht werden, sich für einige Monate vollständig aus der politischen Arbeit zurückzuziehen. Seine Aufgabe war erfüllt, eine zunehmende Resignation unverkennbar. Der im Januar 1933 gebildeten Regierung Hitler

räumte er nur kurze Dauer ein. Zum letztenmal trat er im Wahlkampf des Frühjahrs 1933 hervor, von der Zentrumswählerschaft umjubelt.
Seine Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 – gegen seine Überzeugung, um die Fraktion nicht zerfallen zu lassen – und seine Übernahme des Parteivorsitzes am 6. Mai waren nur noch die letzten Stationen eines bitteren politischen Opfergangs, nachdem Prälat Kaas von seiner Reise nach Rom im April nicht zurückkehrte. Eine Zeitlang noch hoffte Brüning darauf, daß Hindenburg und die Reichswehrführung die Terror-Maßnahmen der NSDAP würden bremsen können. Auf die Formulierung von Hitlers »Friedensrede« am 17. Mai 1933 im Reichstag hatte der Exkanzler an einigen Stellen im Sinne einer Mäßigung einwirken können: allerdings um den Preis der Zustimmung des Zentrums und auch der SPD, die Brüning erreichen konnte.
Sein Verhältnis zum Prälaten Kaas hatte sich bereits seit 1932 abgekühlt und führte in späteren Jahren zu harten Urteilen über den »so rasch« an den Tiber geeilten Parteivorsitzenden. Brüning warnte den Vatikan vor dem Abschluß des Reichskonkordats – der in keinerlei Zusammenhang mit der Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz und mit der Auflösung der Zentrumspartei stand –, zumal der Vertrag von der Hitler-Regierung ohnehin nicht gehalten werden würde. Sein wahrscheinlich von Stegerwald übernommenes (und aus der Erinnerung an den Gewerkschaftsstreit der Vorkriegszeit stammendes) Mißtrauen gegen die »autoritäre« vatikanische Bürokratie nahm zu und äußerte sich zuweilen in scharfen Verdikten. Dahinter stand auch eine offensichtlich wenig angenehme Erinnerung an seinen Staatsbesuch als Reichskanzler im Vatikan im August 1931, der seine antikurialen Aversionen verstärkt hatte.
Seit dem Mai 1934 lebte Brüning im Exil. Fünf Wochen später erfolgte die erste Mordaktion Hitlers im Zusammenhang mit dem »Röhm-Putsch«. Am Pfingstmontag war der Exkanzler, von Freunden gedrängt und von Hermann Muckermann (1877–1962) über die Grenze gebracht, zunächst nach Holland gegangen. Von dort reiste er nach Großbritannien und in die Schweiz (wo er 1934/35 die Erstfassung seiner Memoiren diktierte) und 1936 in die USA. Bei regelmäßigen Reisen nach Westeuropa – bei denen die Gestapo offensichtlich versucht hat, Brüning zu entführen – traf er sich in Holland und in der Schweiz mit deutschen Freunden, darunter mit Bernhard Letterhaus (1894–1944), dessen spätere Ermordung durch die Nationalsozialisten ihm besonders naheging, da er Letterhaus für einen der fähigsten deutschen Politiker hielt.
Als Professor für politische Wissenschaften an der Harvard-Universität (1937–1952) hielt der Exkanzler Vorlesungen über wirtschaftspolitische Probleme der Zwischenkriegszeit. Auf Befehl Hitlers mußten die deutschen Konsulate in den USA über die Tätigkeit und die Äußerungen

Brünings laufend nach Berlin berichten. Er war der prominenteste politische Flüchtling, der seine Heimat hatte verlassen müssen.
Dennoch hielt sich Brüning von allen Kontakten mit anderen Emigranten zurück und vermied jede öffentliche Äußerung über Hitler-Deutschland. Er wollte, wie er wiederholt erklärte, seinem »Vaterland« keinen Schaden zufügen. Er beteiligte sich auch nicht an Bestrebungen, in den Vereinigten Staaten eine exilregierungsähnliche Körperschaft zu bilden. Schmerzlich berührt und entsetzt war er von den deutschfeindlichen Kundgebungen linksstehender Emigranten, so auch von der Haltung Thomas Manns. Er schrieb ihnen erheblichen Einfluß auf die amerikanische Politik zu, die zur Teilung Deutschlands führte. Seine eigenen, geheim gebliebenen Versuche, dem entgegenzuwirken, verliefen erfolglos. Brüning verurteilte die Morgenthau-Politik und versuchte die Regierung in Washington über den ihm bekannten Kriegsminister Henry L. Stimson (1867–1950) auf die bolschewistische Gefahr in Mitteleuropa hinzuweisen.
Der Öffentlichkeit blieb die ungewöhnliche private Hilfstätigkeit des Exkanzlers unbekannt, die er nach 1945 entfaltete. Jahrelang hat er buchstäblich sein letztes Geld geopfert, um Pakete nach Deutschland senden zu können. In diesen Zusammenhang gehören auch die vielen »Persilscheine«, mit denen er ehemaligen prominenten Gegnern und NSDAP-Mitgliedern – darunter Papen, Hugenberg und Schacht – in ihren Entnazifizierungsverfahren zu helfen suchte. Brünings parteipolitisches Ideal war nach wie vor eine interkonfessionelle und antisozialistische christlich-demokratische Volkspartei geblieben, wie sie Stegerwald 1920 auf dem Essener Kongreß der Christlichen Gewerkschaften gefordert hatte. Von dieser Zielsetzung aus begrüßte der Exkanzler 1945/46 aus den USA die Gründung und den Aufstieg der CDU, auch deren Führung in der britischen Zone durch Adenauer.

V

Erst 1948 (und dann wieder 1950) erhielt Brüning die Erlaubnis für eine kurze Besuchsreise in die Heimat. Zunächst durfte er sich nur im Gebiet der britischen Zone – seine Schwester lebte in Münster – aufhalten und nicht politisch betätigen. Das zu tun beabsichtigte er ohnehin nicht, da er ein Eingreifen deutscher Emigranten in die Innenpolitik der Heimat für falsch hielt. Erst nach langem Zögern ist er dem Angebot gefolgt, eine neugeschaffene Professur für politische Wissenschaften an der Universität Köln zu übernehmen. Diese noble Form einer Wiedergutmachung war auf Initiative des Kölner Oberbürgermeisters Hermann Pünder, des frü-

heren Staatssekretärs in der Reichskanzlei, zustande gekommen und von der Düsseldorfer Kultusministerin Christine Teusch (1888–1968) – Brünings früherer Fraktionskollegin im Reichstag – tatkräftig realisiert worden.

Von 1951 bis 1954, zeitweise allerdings durch Krankheit unterbrochen, lehrte Brüning als Professor in Köln, ohne allerdings bei den Studenten großes Echo zu finden. Ob die Schwierigkeiten der Akklimatisierung des einsam gewordenen Junggesellen mehr dazu beigetragen haben, daß Brüning in Deutschland nicht wieder heimisch werden konnte, oder die Nähe der Bundeshauptstadt, von wo aus er sich dauernd beargwöhnt fühlte, läßt sich schwer entscheiden. Angebote zur Übernahme eines Bundestagsmandats lehnte er ab.

Tatsache ist, daß ein krankhaft gesteigertes Mißtrauen gegen »Bonn« wuchs. Es stand in Zusammenhang mit seiner seit der Jahreswende 1949/50 immer kritischer werdenden Beurteilung von Adenauer und dessen Außenpolitik, deren Westbindung Brüning zu weit ging. Als er seine Auffassung von einer weniger »dogmatischen« Außenpolitik am 2. Juni 1954 vor dem Düsseldorfer Rhein-Ruhr-Klub in vorsichtiger Form andeutete, gab es Schlagzeilen. Brüning war entsetzt über das Echo seiner Rede, die er nicht für die Öffentlichkeit bestimmt hatte. Die Pressepolemik, in die er sich verstrickt sah, erleichterte ihm, der die deutsche Staatsbürgerschaft nicht aufgegeben hatte, den Entschluß zur Rückkehr nach den USA. Sie erfolgte 1955, als er nach dem Tode seiner Schwester keine Angehörigen in Deutschland mehr besaß.

Oft genug hatte Brüning seinem Abscheu vor den materialistischen Lebensformen der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft Ausdruck verliehen. In Norwich/Vermont verbrachte er die letzten fünfzehn Jahre seines Lebens, von Krankheiten und Altersbeschwerden geplagt. Seine Korrespondenz mit deutschen Freunden brach bald ab. Die deutschen Besucher, die der vereinsamte Gelehrte in Norwich empfing, waren von seiner abgeklärten Distanz und seinem bescheidenen Lebensstil betroffen. Sie bekamen zu spüren, wie schwer der Exkanzler unter seinem politischen Scheitern gelitten hat.

VI

Heinrich Brüning, den eine kurze politische Laufbahn steil aufwärts geführt hatte, die dann ebenso rasch endete, suchte in den zwei Jahren seiner Reichskanzlerschaft soviel wie möglich von dem zurückzugewinnen, was durch den Ausgang des Ersten Weltkriegs verlorengegangen war: Monarchie, Preußentum, militärische Gleichberechtigung, territoriale Einbußen und wirtschaftliche Sicherheit. Um die verlorene Machtstellung

des Reiches wieder aufzurichten, nahm er im Zeichen einer weltweiten Wirtschaftskrise, die nicht von ihm verschuldet worden war, innenpolitische Schwierigkeiten, eine zeitweilige Außerkraftsetzung der parlamentarischen Demokratie und Massenverelendung in Kauf. Er versprach sich positive Auswirkungen von einer durchgreifenden »Reinigungskrise«, verbunden mit einer befristeten politischen Not- und Erziehungsdiktatur.

Die stärkste von Brüning ausgehende Wirkung während seiner Reichskanzlerzeit war das von ihm verkörperte Ethos der Selbstlosigkeit und sein aufopfernder Einsatz für das Gemeinwohl in einer »Weltkrisenzeit« (G. R. Treviranus). Sein verzweifelter Kampf für die Sicherung einer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung vermochte allerdings die Weimarer Republik nicht vor dem konzentrischen Ansturm rechts- und linksradikaler Kräfte zu retten. Reichskanzler Brüning war alles andere als ein Schrittmacher Hitlers.

Er hielt auch nach 1945 an seinen Ansichten über die Rolle und die Möglichkeiten Deutschlands in der Weltpolitik fest. Er beklagte das Fehlen eines selbstbewußten Nationalgefühls als des wichtigsten Antriebs zur Wiedervereinigung und zur Wiedergewinnung einer politischen Machtstellung. Der Bundesrepublik und insgesamt der westlichen Welt prophezeite er in regelmäßigen Abständen wirtschaftliche »Anpassungskrisen«, wenngleich er davon ausging, daß sie nicht mehr das Ausmaß der Weltwirtschaftskrise annehmen würden.

Die posthum erfolgte Veröffentlichung der Memoiren Brünings machte das Ausmaß der preußisch und militärisch geprägten Anschauungen dieses konservativ und national ausgerichteten Westfalen deutlich. Er war in Denkweise und Lebensstil, in der politischen Zielsetzung und Regierungsführung das genaue Gegenteil des um neun Jahre älteren rheinischen Zentrumspolitikers Konrad Adenauer, der eine andere – realistischere und zukunftsweisende – Variante des politischen Katholizismus verkörperte.

Rudolf Morsey

Ludwig Kaas (1881–1952)

Im politischen Katholizismus in Deutschland gibt es, abgesehen von Matthias Erzberger, kaum eine zweite Persönlichkeit, die ähnlich umstritten ist wie die von Prälat Ludwig Kaas. Dieser Kleriker und Domkapitular des Bistums Trier hat als Kanonist und als Berater von Erzbischof Pacelli, als Vertrauensmann des Auswärtigen Amtes in kirchenpolitischen Fragen und als Vorsitzender der Zentrumspartei (1928–1933) in der Zeit der Weimarer Republik eine politische Schlüsselstellung eingenommen. Mit seinem Namen verbinden sich das spektakuläre »Ja« der Zentrumsfraktion zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 und der Abschluß des Reichskonkordats.

Durch seine Übersiedlung nach Rom im April 1933 galt Kaas seinen ehemaligen Parteifreunden als fahnenflüchtig. Sie machten ihm zum Vorwurf, zusammen mit dem »Verräter« Papen durch Mitarbeit am Konkordat gleichsam den Grabstein für das Zentrum gesetzt zu haben. Um die Person des Prälaten konnten sich in der Folge Legenden bilden, da Kaas aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwand und nicht wieder nach Deutschland zurückgekehrt ist. Über seine Tätigkeit als Berater des Kardinalstaatssekretärs Pacelli (1930–1939) und später des Papstes Pius XII. (1939–1958) gibt es bisher nur Vermutungen. 1950 zog Kaas als Leiter der Bauhütte von St. Peter nach der Entdeckung des Petrusgrabes noch einmal das Interesse der Weltöffentlichkeit auf sich.

I

Am 23. Mai 1881 in Trier als Sohn eines Kaufmanns geboren, war Kaas vier Jahre älter als Heinrich Brüning und sechs Jahre jünger als Konrad Adenauer. Er war ein temperamentvoller Moselaner von schnell wechselnden Stimmungen, aber auch von Humor und Schlagfertigkeit. Als 16jähriger Schüler des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums in Trier wurde er durch den tragischen Tod seiner Mutter, die starb, während er in Osterferien weilte, zutiefst erschüttert. Daraufhin faßte er den Entschluß, Theologie zu studieren, ein Entschluß, der im Jahre 1900 nicht

nur seine Konabiturienten, die den »ftotten Mattheiser« – den Angehörigen der Pfarrei St. Matthias – als lebhaften Mitschüler, Laienspieler und Musiker kannten, überraschte.

Nach kurzem Studium am Priesterseminar in Trier ging Kaas nach Rom, um an der Päpstlichen Universität Gregoriana seine Studien fortzusetzen. Dort erfuhr er seine Prägung als Clericus Romanus im Sinne des von Papst Pius X. (1903–1914) wie von dem Trierer Bischof Michael Felix Korum (1881–1921) vertretenen strengen Integralismus. Nachdem Kaas bereits den philosophischen Doktorgrad erworben hatte, empfing er 1906 in Rom die Priesterweihe. Sein wissenschaftliches Interesse galt dem Kirchenrecht und der kirchlichen Rechtsgeschichte. 1907 promovierte er in der Theologie und zwei Jahre später auch im kanonischen Recht.

1909 kehrte der dreifache römische Doktor, der zuletzt ein Jahr lang als Kaplan an der deutschen Nationalkirche S. Maria dell' Anima tätig gewesen war, in seine Heimatstadt zurück. Dort deutete alles darauf hin, daß dem 29jährigen Gelehrten eine glänzende wissenschaftliche Laufbahn in Aussicht stand. Davon war jedoch zunächst keine Rede. Nach kurzer seelsorglicher Tätigkeit in einer Pfarrei des Ahrtals berief ihn Bischof Korum 1910 als Religionslehrer und bald als Leiter an die Unterrichts- und Erziehungsanstalt Kemperhof in Koblenz-Moselweiß, eine sechsklassige Realschule mit Internat. Von dort aus konnte Kaas fünf Semester lang seine kirchenrechtlichen Studien im Seminar von Ulrich Stutz (1868–1938) in Bonn vertiefen.

In dessen Reihe »Kirchenrechtliche Abhandlungen« veröffentlichte er 1915/16 ein zweibändiges Werk »Die geistliche Gerichtsbarkeit der katholischen Kirche in Preußen in Vergangenheit und Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung des Westens der Monarchie«. Mit diesem bedeutenden Werk, das von der Juristischen Fakultät der Universität Bonn als Preisschrift ausgezeichnet wurde, war ein Teilausschnitt jenes Staat-Kirche-Verhältnisses behandelt, dessen friedlicher Weiterentwicklung das kirchenpolitische Wirken von Kaas gelten sollte. Im Frühjahr 1918 deutete jedoch die Berufung auf eine neugeschaffene Professur für Kirchenrecht am Priesterseminar in Trier nicht auf eine Tätigkeit außerhalb der Wissenschaft hin.

Von diesem Zeitpunkt an blieb Kaas der Seelsorge entzogen. Dabei hatte er noch im Januar 1918 bei Bischof Korum den Wunsch erneuert, in eine »nicht allzu große ländliche Pfarrei« in der Nähe von Trier oder Koblenz versetzt zu werden. Ein Grund für diese Bewerbung war die Rücksicht auf seinen schlechten Gesundheitszustand, die zu einem Bestandteil seines Lebens werden sollte. Kaas litt an einer Magenerkrankung, die auch durch eine 1928 erfolgte schwere Operation nicht behoben wurde, da sich Kaas nicht entschließen konnte, die von Ferdinand Sauerbruch

(1875–1951) für notwendig gehaltene zweite Operation vornehmen zu lassen. Er starb im Alter von 71 Jahren an einem plötzlich aufgetretenen Darmdurchbruch.

II

Der Ausgang des Ersten Weltkriegs und der revolutionäre Umbruch vom November 1918 führten den Trierer Kanonisten in die politische Arena. Die Mehrheit des Zentrumswahlkomitees, insbesondere Honoratioren und Geistliche aus der Umgebung von Trier, wünschte einen neuen Abgeordneten in der verfassunggebenden Nationalversammlung. Da Kaas bisher politisch nicht hervorgetreten war, stand er den innerparteilichen Auseinandersetzungen in der Zentrumspartei seiner Heimatstadt, die aus der Zeit des Gewerkschaftsstreits stammten, fern. Er zog im Januar 1919 als Anhänger der »Los-von-Preußen-Bewegung« in die Weimarer Nationalversammlung ein. (1919 entfielen in Trier 67,9 Prozent der Wählerstimmen auf die Zentrumsliste. Von 1920–1933 sank der Anteil im Stadt- und Landkreis Trier von 70,7 auf 46,7 Prozent ab.)
Der Trierer Zentrumsabgeordnete umschrieb 1919 sein Leitziel mit dem Satz: Pax – intra et extra muros. Damit ist ein Grundzug seiner späteren politischen Arbeit getroffen, die nach außen auf Versöhnung und Völkerverständigung, nach innen auf Sammlung und Ausgleich gerichtet war. Durch seine Mitarbeit an der Reichsverfassung und seine Profilierung als rheinischer Kulturpolitiker wurde der 39jährige Abgeordnete seiner Fraktion unentbehrlich. Nachdem er 1919 einen Ruf auf einen Lehrstuhl für Kirchenrecht an der Universität Bonn abgelehnt und nachdem sich die Absicht der preußischen Staatsregierung zerschlagen hatte, Kaas als Auditor der Rota Romana nach Rom zu bringen, blieb der Trierer Kanonist in der Politik.
1920 übernahm er zu seiner Trierer Professur und zu seinem Berliner Reichstagsmandat eine weitere Arbeitsbelastung, die sich als folgenreich erweisen sollte. Kaas wurde dem seit 1917 in München und seit 1920 gleichzeitig in Berlin residierenden Nuntius Erzbischof Eugenio Pacelli als kanonistischer Berater beigegeben. Der Nuntius hatte von der Fuldaer Bischofskonferenz zu seiner Unterstützung die Nominierung eines Konkordatsfachmanns erbeten. In dem um fünf Jahre älteren, hochgebildeten, diplomatisch versierten und aristokratisch auftretenden Römer Pacelli begegnete Kaas einer der bedeutendsten Gestalten der neueren Kirchengeschichte. Von diesem Zeitpunkt an begann ein ungewöhnlich enges Vertrauens- und später Freundschaftsverhältnis, das den künftigen Lebensweg des Moselaners entscheidend bestimmen sollte. Der 1921 zum Päpstlichen Hausprälaten ernannte Professor vermochte sich seitdem

nicht mehr dem Einfluß Pacellis zu entziehen, dem er in selbstloser Hingabe bis zu seinem Tode diente.
Mit seiner Ämterhäufung – zu der 1921 noch die Mitgliedschaft im Preußischen Staatsrat kam – und den daraus resultierenden konkurrierenden Verpflichtungen war jedoch Kaas arbeitsmäßig und gesundheitlich überfordert. Aber erst die Kumulation dieser Ämter verschaffte ihm Zugang zu Informationen und zu jenen Einflußmöglichkeiten, die ihm – wie Pacelli 1924 dem Trierer Bischof Bornewasser (1922–1951) schrieb – die »wirksame Vertretung der kirchlichen Interessen« erlaubte. Umgekehrt erhielt Kaas, dessen ständige Identifizierung bald mit dem parteipolitischen, bald mit dem staatlichen, bald mit dem kirchlichen Standpunkt ein ungewöhnliches Maß an Fingerspitzengefühl, Diskretion und Selbstdisziplin verlangte (L. Volk), infolge seiner Tätigkeit beim Nuntius eine Stellung, durch die er alle übrigen »Zentrumsprälaten« überragte. Als Vertrauensmann des Auswärtigen Amtes hat er seit 1921 wiederholt kirchenpolitische Sondermissionen in Rom übernommen.
Da weder die Berliner Zentrumsfraktion noch auch der Nuntius, der 1925 nach Berlin übersiedelte, auf die Dienste des Trierer Prälaten verzichten wollte, suchte er in Trier berufliche Entlastung. Dort wurde er 1924 von Bischof Bornewasser zum Domkapitular ernannt, so daß er die Professur aufgeben konnte. Wegen dieses erstrebten Wechsels war es 1922 vorübergehend zu Spannungen mit dem neuen Bischof gekommen, den der Nuntius, die Kardinäle von Breslau und Köln sowie der Vorsitzende der Zentrumspartei gebeten hatten, die Ernennung zum Domkapitular vorzunehmen.
Zu diesem Zeitpunkt gehörte der Trierer Prälat längst zu den unentbehrlichen Stützen des Nuntius und zu den führenden Parlamentariern seiner Fraktion, in der er als außenpolitischer Experte wie als Sprecher des besetzten Rheinlands hervortrat. Als Leiter einer Trierer Zweigstelle des Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft blieb er zumindest institutionell mit der Wissenschaft in Kontakt. Auf den Gipfel seiner politischen Laufbahn und Ämterhäufung führte den »Zentrumsprälaten« im Dezember 1928 die Wahl zum Vorsitzenden der Zentrumspartei. Seitdem verkörperte sich in Kaas, der wie kein anderer im Spannungsfeld von Staat und Kirche stand, in besonderem Maße die Problematik des politischen Katholizismus. Ihr sollte Kaas schließlich erliegen.
Dabei muß unterstrichen werden, daß er den Parteivorsitz nicht erstrebt hat. Er wurde wider seinen Willen gewählt, weil die Delegierten auf dem Höhepunkt innerparteilicher Spannungen nur einem Geistlichen die erforderliche Kraft des Ausgleichs und der Integration zutrauten. Charakteristisch für den neuen Zentrumsvorsitzenden war das Zurücktreten

der Person hinter der Sache, wie er es in seiner Dankrede auf dem Kölner Parteitag zum Ausdruck brachte: »Der Fahnenträger ist nichts, die Fahne ist alles!«

III

Worin bestanden die politischen und kirchenpolitischen Konzeptionen dieses »Fahnenträgers«? Kaas war an der Jahreswende 1918/19 durch seine Kritik an der Politik der ersten preußischen Revolutionsregierung und ihres Kultusministers Adolf Hoffmann (1867–1930) hervorgetreten. Erst mit der »Bändigung« der Revolution – wobei er dem Zentrum in der Abwehr sozialistischen Gedankenguts eine entscheidende Rolle zusprach –, der Zusammenarbeit mit der SPD in der Weimarer Koalition und der Annahme der neuen Reichsverfassung im August 1919 sah der Trierer Parlamentarier die Gefahr eines Kulturkampfs gebannt und damit die Voraussetzung für die innere Annahme der republikanischen Staatsform geschaffen. Sein Ziel wurde es, die in Weimar erkämpften freiheitlichen Errungenschaften in einem religiös neutralen Staat zu sichern. Dieser Aufgabe hat Kaas säkulare Bedeutung zugemessen und für ihre Bewältigung im deutschen Katholizismus mit leidenschaftlicher Beredsamkeit geworben.

Ihm ging es darum, wie er erstmals auf dem Trierer Katholikentag am 12. Oktober 1919 ausführte, in Deutschland eine Democratia christiana zu schaffen, einen freien, christlich geprägten Volksstaat. Die Kenntnis dieser Zielsetzung vermittelt den ersten Schlüssel zum Verständnis des politischen Wollens und Wirkens von Kaas. In diesem Sinne betrachtete er es als neue Aufgabe der Minderheitspartei Zentrum, die in der Reichsverfassung garantierten Freiheiten und Rechte für Religion und Kirche zu sichern, damit Staat und Kirche zu beiderseitigem Nutzen wieder zusammenfinden könnten.

Den zweiten Schlüssel zum Verständnis der politischen Wirksamkeit von Prälat Kaas liefert die Kenntnis seines Bestrebens, an der Herbeiführung einer friedlichen Kooperation von Staat und Kirche mitzuwirken. Er war erfüllt von dem Gedanken eines »harmonischen Ausgleichs« der beiden Gewalten und wollte die neu geschaffene Rechtslage durch Gesetzgebung und Konkordat ausgefüllt und konkretisiert wissen.

Von diesen Voraussetzungen und Konzeptionen des Abgeordneten und Kanonisten her, die seinen wissenschaftlichen und kirchenpolitischen Auffassungen entsprachen, mußte die geradezu ideale Zusammenarbeit mit Nuntius Pacelli gleichsam das Traumziel des Trierer Parlamentariers bilden. Angesichts solcher Prämissen wird eine unverkennbare idealistische Überhöhung der kurialen Konkordatspolitik in der Ära Pius XI.

(1922–1939) verständlich. Und aus diesem Blickwinkel erklärt sich auch Kaas' positive Würdigung des italienischen Konkordats von 1929, verbunden mit anfänglicher Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Faschismus. Unter diesen Voraussetzungen gewann dann schließlich 1933 die Aussicht eines Reichskonkordats und die Möglichkeit der Mitarbeit an diesem Jahrhundertwerk eine übermächtige Faszination. Ihr sollte der Kanonist und Pacelli-Berater Kaas erliegen: auf Kosten des Parteiführers und Zentrumspolitikers.

Als außenpolitischer Sprecher seiner Fraktion gehörte Kaas, der 1918/19 ein Anhänger der Rheinlandbewegung (»Los-von-Preußen«) – also einer bundesstaatlichen Neugliederung des Reichsgebiets – gewesen war, seit Mitte der zwanziger Jahre zu den Kritikern Stresemanns. Immer wieder drängte er die Regierung zum Handeln gegenüber Frankreich, das auf einer buchstabengetreuen Erfüllung des Versailler Vertrags bestand. Die bedeutendsten Reden des Trierer Abgeordneten im Reichstag galten dem Einsatz zugunsten der Nöte und Belange des besetzten Gebiets. Er gehörte zu den Kritikern des Völkerbunds als eines Garanten der Friedensverträge. In dem Maße, in dem der Zentrumsvorsitzende das Ziel seiner Partei – ein befreites Deutschland in einem befriedeten Europa – in immer weitere Ferne rücken sah, konstatierte er 1930 mit zunehmendem Entsetzen die Folgen der fortbestehenden »nationalen Demütigung« des Reiches: Er sah die »Apostel der Gewalt und des Haßgedankens« immer größere Gemeinden »um ihre Kanzeln« scharen.

Wie sich Kaas noch vor dem Durchbruch der NSDAP zur Massenbewegung (in der Reichstagswahl vom September 1930) die Rettung der gefährdeten Republik und die geistige und christliche Fundierung der Demokratie vorstellte, konkretisierte er 1929 auf dem Freiburger Katholikentag. Dort beklagte er als Ergebnis einer kritischen Bestandsaufnahme des deutschen Katholizismus eine fortschreitende Entchristlichung. Er betonte, daß der Kampf zwischen »heidnischer Unkultur und christlicher Lebensgestaltung« mit »rein seelsorgerlichen Mitteln« nicht aussichtsvoll geführt werden könne.

Aus diesem Grunde erhob Prälat Kaas den Ruf nach einem »Führertum großen Stils«, nach einem »begnadeten Staatsmann«, der einen Ausweg aus der Krise des Staates und des Parlamentarismus zeigen könne. Als wenige Monate später, am 30. März 1930, sein Parteifreund Heinrich Brüning zum Reichskanzler berufen wurde, schien dieser Staatsmann gefunden zu sein. Kaas, der den politischen Aufstieg seines Fraktionskollegen entscheidend gefördert hatte, stützte dessen Notverordnungspolitik. Hingegen läßt sich bisher nicht feststellen, ob bzw. inwieweit er auch Brünings Fernziele – Restauration der europäischen Großmachtstellung des Reiches wie der Hohenzollern-Monarchie, Übergabe der Regierung

an die Rechtsparteien nach dem Ende der Wirtschaftskrise – gekannt und gebilligt hat.
Es scheint festzustehen, daß seit dem Herbst 1931 zwischen Kaas und Brüning eine Entfremdung eingetreten ist, die sich 1933 zum Bruch steigern sollte. Brünings Memoiren zufolge – die allerdings gerade in bezug auf die Beurteilung von Kaas nur mit größter Vorsicht herangezogen werden können – soll der Zentrumsvorsitzende bei dem »Kanzlermacher« General v. Schleicher (1882–1934) die falsche Hoffnung geweckt haben, daß Teile des Zentrums auch eine stärker rechts gerichtete Regierung tolerieren würden.

IV

Ein zweiter Grund der Entfremdung lag in Brünings antikurialer Aversion, die sich nach seinem unglücklich verlaufenen Staatsbesuch im Vatikan im August 1931 verstärkt hatte, sowie in der häufigen Abwesenheit des Zentrumsvorsitzenden von Berlin. Nachdem Pacelli Ende 1929 aus Deutschland zurückgerufen und im Frühjahr 1930 zum Kardinalstaatssekretär ernannt worden war, befand sich Kaas in einer schwierigen Situation. Pacelli, den er nach Rom begleitet hatte, wollte ihn als Berater am Tiber behalten. Ende Dezember 1929 schrieb er von Rom aus an Bischof Bornewasser, er werde die »wertvollen und uneigennützigen Dienste hilfsbereiter Freundschaft«, die ihm Kaas während der letzten Wochen geleistet habe, »nie vergessen können«. In Deutschland rechnete man allgemein damit, den Trierer Prälaten auf »einem noch verantwortungsvolleren Posten« der Kirche zu sehen (so Bischof Bornewasser am 1. Januar 1930 an Pacelli). In diese Richtung deutete auch die Ernennung zum Apostolischen Protonotar, die Kaas für seine Verdienste beim Zustandekommen des Preußenkonkordats von 1929 erfuhr.
So ehrenvoll es für den römischen Prälaten auch sein mochte, an der Kurie für unentbehrlich zu gelten, so problematisch erwies sich seine oft wochen- und monatelang dauernde Abwesenheit von Berlin. Dort vermißten ihn seine Parteifreunde häufig genug dann, wenn eine politische Krise zu meistern war. Der Zentrumsvorsitzende, ohnehin nicht als besonders entschluß- und verantwortungsfreudig bekannt, mußte seine politischen Verpflichtungen vernachlässigen.
Die Zentrumsanhänger erfuhren damals nicht – was nur wenigen führenden Politikern bekannt war –, daß Kaas wiederholt (zuletzt nach Brünings Sturz als Reichskanzler) den Parteivorsitz abgeben wollte, aber damit auf heftigen Widerstand, insbesondere von Brüning, gestoßen war. Sie wußten auch nicht, daß ein Vorschlag des Kölner Oberbürgermeisters Adenauer (1876–1967) gescheitert war, Kaas 1929 die damals

vakante Stelle eines Dompropstes in Köln zu übertragen, um auf diese Weise den überforderten Parteivorsitzenden wenigstens teilweise entlasten zu können.

Als 1932 durch eine Abfolge von Wahlen und eine Verschärfung der Staatskrise zeitweilig bürgerkriegsähnliche Zustände in Deutschland herrschten, verstärkte Kaas seinen Appell nach innenpolitischer Sammlung und Befriedung, den er erstmals bereits im Dezember 1923 im Reichstag erhoben hatte. Angesichts der Zerrissenheit des Parlamentarismus plädierte er für die Bildung einer arbeitsfähigen Not- und Mehrheitsgemeinschaft. Eine solche Koalition auf Zeit mußte die NSDAP als stärkste Partei mit einschließen.

Da auch Kaas den totalitären Charakter der Hitler-»Bewegung« verkannte, hoffte er, die NSDAP in der Verantwortung »bändigen« und »kanalisieren« zu können, genauso wie es 1918/19 mit dem marxistischen Sozialismus gelungen sei. Zudem galten die Person Hindenburgs – für dessen Wiederwahl Kaas 1932 einen überschwänglichen Aufruf erlassen hatte – und die Reichswehrführung als Garantie gegen eine Parteidiktatur. In einem vielbeachteten Neujahrsaufruf 1933 verlieh der Zentrumsvorsitzende der Sehnsucht nach einem Führer aus dem Chaos und der Not dieses Winters (fast 6 Millionen Arbeitslose) Ausdruck. Zu diesem Zeitpunkt brauchte er jedoch angesichts dezidierter Äußerungen des Reichspräsidenten über Hitler nicht damit zu rechnen, daß Hindenburg dem Führer der NSDAP nur vier Wochen später das Reichskanzleramt ausliefern würde.

V

Als die »politischen Nachtwandler« – wie Kaas 1924 im Reichstag die Hitler-Partei einmal genannt hatte – 1933 legal an die Regierung gelangt waren, den Eid auf die Weimarer Verfassung geschworen hatten und durch eine konservative Kulisse mit Hugenberg und Papen an der Spitze genügend »eingerahmt« zu sein schienen, sah der Zentrumsvorsitzende seine Konzeption der Volkssammlung gescheitert. Er suchte nach der Reichstagsneuwahl vom 5. März für das Zentrum zumindest einen begrenzten politischen Einfluß zurückzugewinnen. Unter diesem Vorzeichen und in Verbindung mit zahlreichen politischen Zusicherungen des Reichskanzlers, die eine Einschränkung der viel weitergehenden Notverordnung vom 28. Februar bedeuteten, erfolgte am 23. März 1933 die Zustimmung aller 72 Zentrumsabgeordneten zum Ermächtigungsgesetz. Sie wurde von Kaas zum Ausdruck gebracht und war das Ergebnis eines entsprechenden Fraktionsbeschlusses. Dieser wiederum basierte auf einer vom Zentrumsvorsitzenden vorgeschlagenen geheimen Probeabstimmung,

die eine Mehrheit von etwa 60:12 Stimmen ergeben hatte. Die nachträglich aufgetauchte Vermutung, daß Hitler für die Zustimmung der Zentrumsabgeordneten (oder speziell diejenige von Kaas) den Abschluß eines Reichskonkordats in Aussicht gestellt habe, konnte bisher nicht belegt werden.
Allerdings stand die Tatsache, daß der Zentrumsvorsitzende von einer am 7. April 1933 unternommenen Rom-Reise nicht wieder nach Deutschland zurückkehrte, mit diesem Konkordat in Zusammenhang. Kaas traf nämlich auf der Fahrt nach Rom – zufällig – Vizekanzler v. Papen, der ihn über seine Absicht informierte, mit dem Vatikan über einen solchen Vertrag zu verhandeln. In der Mitarbeit an diesem Friedenswerk, an dessen Zustandekommen Kaas als inoffizieller Unterhändler Papens wie Pacellis entscheidenden Anteil nahm, glaubte der Konkordatsfachmann dem deutschen Katholizismus und der Kirche besser dienen zu können als in seiner Eigenschaft als Zentrumsvorsitzender, nachdem sich im Frühsommer 1933 der Untergang der demokratischen Parteien abzeichnete.

VI

Im Widerstreit zwischen seinen Verpflichtungen als Politiker und als Vatikanberater hatte sich Kaas für das Verbleiben in Rom entschieden. Auch wenn zwischen dem Zentrumsende und dem drei Tage später erfolgten Abschluß des Reichskonkordats (8. Juli 1933) kein Kausalzusammenhang besteht, so war dennoch seitdem das Urteil über Kaas negativ fixiert. Erst die jüngste Forschung hat festgestellt, daß der Kanonist – ohne Erfolg – versucht hat, den »Entpolitisierungsartikel« des Reichskonkordats (Art. 32) zu entschärfen, da diese Bestimmung in der damaligen Situation als »Abrücken der Amtskirche« von ihrer politischen Vorhut (L. Volk) erscheinen mußte.
Nach dem Abschluß des »umfassenden Friedenswerks zwischen Kirche und Staat«, wie es Kaas 1935 rückblickend formulierte, wurde der jahrelang überbeschäftigte Prälat für die Hitler-Regierung zur »Unperson« (K. Schauff). Von seinen Parteifreunden nicht verstanden und gemieden, von der Hitler-Regierung desavouiert, vom deutschen Episkopat nicht unterstützt, von der Heimat und seiner bisherigen Arbeit abgeschnitten und in Rom ohne Amt und ohne Auftrag: Das wurde das Schicksal des Emigranten. Geblieben war dem Prälaten, der sich noch bis 1934 einer optimistischen Einschätzung Hitlers hingab, allein die persönliche Vertrauensstellung beim Kardinalstaatssekretär.
Seine Beförderung zum Apostolischen Protonotar de numero participantium im März 1934, mit der der päpstliche Exzellenz-Titel und Resi-

denzpflicht in Rom verbunden waren, bewertete Kaas als »sachlich sehr bescheidenen Vorgang« (7. Mai 1934 an v. Papen). Erst die 1936 erfolgte Ernennung des seit 1935 als Domherr von St. Peter amtierenden Prälaten zum Ökonom und Leiter der Kirchenfabrik (Bauhütte) von St. Peter bedeutete eine neue Lebensaufgabe für Kaas.
In dieser Eigenschaft erhielt er 1939, nach der Wahl Pacellis zum Papst, von Pius XII. die Verantwortung für die Ausgrabungen unter dem Petersdom, die 1950 zur Auffindung des Petrusgrabes führten. Das jahrelange stille Wirken in den Grotten von St. Peter hat Kaas selbst gern als seine Arbeit im »Untergrund« bezeichnet. Von dieser Einschätzung her fällt es nicht schwer, Spuren einer – wenn auch ganz andersgearteten – »Untergrund«-Tätigkeit bereits in seiner früheren politischen und kirchenpolitischen Arbeit zu finden.
Was Ludwig Kaas bis zu seinem Tode als Berater des Kardinalstaatssekretärs und des Papstes Pius' XII. geleistet hat, insbesondere im Zusammenhang der vatikanischen Deutschlandpolitik, ist bisher auch nicht andeutungsweise bekannt. Die Discretio war eine der Haupttugenden des Prälaten, aber auch die Ursache mancher Fehlbeurteilungen (K. Schauff). Seine Mitwirkung an zahlreichen päpstlichen Verlautbarungen steht außer Frage. 1939/40 hat Kaas die Versuche der deutschen Widerstandsbewegung gefördert, über den Vatikan Kontakt zur britischen Regierung zu gewinnen.
Er suchte auch nach 1945 von Rom aus seinem Lande und seiner Kirche wirksamer zu dienen, als das in Deutschland möglich gewesen wäre. Am Wiederaufbau in der Heimat nahm Kaas, wie Besucher übereinstimmend berichteten, lebhaften Anteil, ohne sich jedoch mit Ratschlägen aus der Ferne einzumischen. Daß 1950 das Priesterseminar in Trier, dem transalpinen Rom, die päpstliche Anerkennung als Theologische Hochschule erreichen konnte, war nicht zuletzt sein Verdienst. Das gleiche gilt für die Erhaltung der Benediktiner-Abtei St. Matthias in Trier.
1951 hat er die Ehrendoktorwürde der Theologischen Fakultät der Universität München, die ihm für seine Verdienste um die vatikanischen Ausgrabungen verliehen wurde, dankbar angenommen. Jedoch nicht einmal dieser Anlaß vermochte ihn, wiewohl er an starkem Heimweh litt, zu einer auch nur kurzen Reise über die Alpen zu bewegen. Selbst Aufenthalte in Innsbruck – von seiner Wohnung im nahegelegenen Sterzing in Südtirol aus – benutzte er nicht als Etappe zur Weiterfahrt nach Deutschland.
Auch in seinen letzten Lebensjahren blieb Kaas, der ein Kunstkenner und -sammler von Rang war und beträchtliche kaufmännische Talente besaß, von seinem schweren Magenleiden gequält. Dennoch bewahrte er, wenn auch nur in einem kleinen Kreis vertrauter Freunde und Bekann-

ter, seine frühere Lebhaftigkeit und Geselligkeit, die ihn in der Berliner Zeit zu einem gern gesehenen Gast gemacht hatte.
Auf einen Glückwunsch zum 70. Geburtstag 1951 antwortete er: »Die Vorsehung hat es gewollt, daß der Schauplatz meiner Arbeit sich seit 1933 wesentlich verschoben hat. Trotzdem und vielleicht gerade darum stand mir das deutsche Geschehen und die Mühe derer, die ihm heute ihre Kräfte leihen, immerfort vor Augen.« Er starb am 25. April 1952 in Rom an seinem alten Magenleiden. Erst nach zweimaliger Umbettung fand er 1965 in der »Ottonenkapelle« in den Grotten von St. Peter eine würdige Grabstätte.

VII

Es ist historisch unzulässig, Ludwig Kaas – den demokratischen Volksmann und römischen Prälaten, den nüchternen Kirchenrechtler und gläubigen Theologen – primär nach dessen Rolle im Jahre 1933 zu beurteilen. Dieser Mann des Rechts und Clericus Romanus hatte sich den friedlichen Ausgleich zwischen Staat und Kirche zum Lebensziel gesetzt. Er mußte ausgerechnet in dem Augenblick von der politischen Bühne abtreten (und hat innerlich darunter gelitten), als dieser Ausgleich erreicht und damit das Verschwinden des politischen Katholizismus kompensiert zu sein schien. Im letzten ist Kaas daran gescheitert, daß er die Gefährlichkeit totalitärer Kräfte und Bewegungen, die in seinem Menschenbild und Erfahrungsschatz keinen Platz hatten, zu spät erkannte.

Ludwig Volk SJ

Adolf Kardinal Bertram (1859–1945)

I

Zuerst Bischof seiner Heimatdiözese Hildesheim, dann Erzbischof von Breslau, wäre Adolf Bertram wohl in keinem der beiden Kirchenämter zu historischer Bedeutsamkeit aufgerückt, hätte er nicht zwischen 1920 und 1945, in der Republik von Weimar und unter Hitlers Gewaltherrschaft, die Leitung der Fuldaer Bischofskonferenz innegehabt.

In Hildesheim, wo es der Vater, von Haus aus und in Fortführung einer Familientradition Webermeister, zu einem Tuchladen gebracht hatte, wurde Adolf Bertram am 14. März 1859 geboren. Kirchlicher Geist umgab den Gymnasiasten inmitten der niedersächsischen Diaspora im bischöflichen Josephinum, das Bertram 1877 mit einem brillanten Abgangszeugnis verließ. Da der Kulturkampf auch die theologischen Bildungsstätten in Hildesheim lahmgelegt hatte, mußte der zum Priestertum Entschlossene seine wissenschaftliche Ausbildung auf außerpreußischen Hochschulen zu erwerben suchen. Bertrams Wahl fiel auf die Universität Würzburg, deren Theologische Fakultät, überstrahlt vom Ansehen des Kirchenhistorikers Hergenröther und des Apologeten Hettinger, einen vorzüglichen Ruf genoß. Dort empfing er auch 1881 nach einem Zwischensemester in München die Priesterweihe.

Bevor er 1883, wiederum in Würzburg, mit einer Studie über Theodoret von Cyrus zum Doktor der Theologie promovierte, verbrachte er ein weiteres Studienjahr in Innsbruck. Über die Zwischenstationen Würzburg, München, Innsbruck hatte sich der Hildesheimer Theologe gleichsam in Etappen dem Zentrum der Weltkirche in Rom genähert, für ihn zeitlebens die Stadt der Päpste und Martyrer. Das Jahr als Kaplan an der deutschen Nationalkirche S. Maria dell' Anima benutzte er zur Vertiefung seiner kanonistischen Kenntnisse. Bereits 1884 beschloß er mit dem Doktorat im Kirchenrecht seinen Bildungsgang, um dann aktiv in den Dienst des Heimatbistums zu treten.

Der akademische Lorbeer, den Bertram in der Fremde erworben hatte, konnte ihn nicht über ein Gebrechen hinwegtrösten, mit dem er von klein auf zu ringen und das ihm bittere Hänseleien eingetragen hatte, einen

Sprachfehler, der ihn mitten im Redefluß über die einfachsten Worte stolpern ließ. Seinetwegen blieb dem Heimgekehrten die praktische Seelsorge für die nächsten zwei Jahrzehnte verschlossen. An dem Verzicht auf eigentlich priesterliches Wirken trug Adolf Bertram schwer, doch akzeptierte er den Hinderungsgrund offenbar ohne Aufbegehren. Ebensowenig aber verfiel er in Resignation. Vom ersten Tag seiner Berufsarbeit im Innendienst der Diözesanverwaltung machte er die fehlende Seelsorgspraxis durch Sachkenntnis, Urteilsfähigkeit und einen unstillbaren Schaffensdrang mehr als wett. Wie sein Vertrauenskapital stetig wuchs, markierte die Übertragung immer verantwortungsvollerer Aufgaben. Von der Anfangsstufe des Hilfsarbeiters rückte er über den Assessor und Domvikar zum Domkapitular vor (1894).

Sich in die diversen Sparten der Bistumsorganisation einzuarbeiten, fesselte Bertram, füllte ihn aber nicht aus. Auch die Feierabendstunden gehörten dem Dienst an der Kirche. So entstanden in fast regelmäßiger Folge eine Reihe von Monographien zur Sakralkunst und Diözesangeschichte Hildesheims, Werke von wissenschaftlichem Rang, geboren aus der für Bertram charakteristischen schöpferischen Verbindung von Universalität und Akribie, von weitem Horizont und Liebe zum Detail. Aus einer Porträtsammlung der »Bischöfe von Hildesheim« erwuchs Bertrams Entschluß, eine mehrbändige Geschichte des Heimatbistums in Angriff zu nehmen. Was der Domkapitular begann, sollte erst der Kardinal zu Ende führen, über Jahrzehnte hinweg unbeirrbar in der Verfolgung des einmal gesteckten Ziels und konsequent jede freie Minute nützend. In den drei Bänden schenkte Bertram der Diözese Hildesheim eine Darstellung, die als »die bedeutendste Bistumsgeschichte« eingestuft wurde, »die eine Diözese überhaupt besitzt«. Geschichte war für den Kirchenhistoriker Bertram eine Lebensmacht, Schlüssel zum Verständnis des Gegenwart Gewordenen und schließlich, wie die Unauslöschbarkeit seiner Kulturkampfeindrücke lehren sollte, Prüfstein und Richtschnur eigenverantwortlichen kirchenpolitischen Handelns.

Durch 20 Dienstjahre als ein Verwaltungsfachmann ausgewiesen, der das Leitungsinstrument des bischöflichen Ordinariats souverän zu handhaben versprach, wurde Bertram Mitte 1905 Generalvikar, allerdings nur für wenige Monate. Denn als Bischof Wilhelm Sommerwerck Ende des Jahres starb, wurde Adolf Bertram im April 1906 zu seinem Nachfolger bestellt. Der Schritt ins Bischofsamt bewirkte in der Persönlichkeitsentfaltung des Berufenen so etwas wie einen späten Durchbruch. Erstmals sein eigener Vorgesetzter und von den Pflichten des Hirtenauftrags unmittelbar gefordert, brach nämlich Bertram mit dem Tabu seiner angeblichen Seelsorgsuntauglichkeit. Der neue Bischof regierte die Diözese keineswegs vom Schreibtisch aus, durchstreifte sie vielmehr, erstaunlich mobil,

in allen Richtungen. Besonders kümmerte er sich um die Belebung der religiösen Vereine. Der Seelsorge gab er durch Dechantenkonferenzen kräftige Impulse. Doch bereits acht Jahre später nahm Bertrams Laufbahn, die er selbst für abgeschlossen hielt und über die er persönlich nicht im mindesten hinausstrebte, durch die Wahl zum Fürstbischof von Breslau eine unvorhersehbare Wende.

II

Sowohl der Grenzlage wie der starken polnisch sprechenden Minderheit wegen hatte die Preußische Regierung an der Besetzung des Breslauer Bischofsstuhls mit einer Persönlichkeit ihres Vertrauens ein erhebliches Interesse. Dieses nicht nur zur Geltung zu bringen, sondern den Wahlausfall effektiv vorzuentscheiden, erlaubte dem Preußischen Staat der dominierende Einfluß, den er sich im Laufe des 19. Jahrhunderts teils vertraglich, teils faktisch auf die Kandidatenauslese zu verschaffen verstanden hatte. Um sicher zu gehen, reduzierte die Preußische Regierung auch 1914 die vom Breslauer Domkapitel eingereichte Liste auf einen einzigen Namen, womit sie – nicht zum ersten Mal – den Wahlakt zur Farce machte. Von den 18 abgegebenen Stimmen entfielen 15 auf den Bischof von Hildesheim, zwei auf den Breslauer Weihbischof Augustin. Ein Domherr jedoch opponierte gegen die Scheinwahl, indem er den Stimmzettel zu der Erklärung benutzte: Non eligo, quia non est electio.
Der Nachfolge des Kardinals Kopp kam auch deswegen eine gesteigerte Bedeutung zu, weil der neue Bischof von Breslau voraussichtlich der nächste Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz sein würde. Dieses Amt wurde nämlich abwechselnd von den Oberhirten von Köln und Breslau ausgeübt, und zwar jeweils auf Lebenszeit. Welche Erwägungen die Berliner Regierungsstellen für die Person des Bischofs von Hildesheim einnahmen, ist nicht auszumachen. Obwohl also nach Lage der Dinge an der Genehmerklärung von seiten des Staates kein Weg vorbeiführte, bildete die Abstempelung als Regierungskandidat für den Erwählten vom kirchlichen Standpunkt aus eine nicht zu unterschätzende Vorbelastung. Nicht auszuschließen ist die Absicht, mit dem Votum für den strikt seelsorgerlich eingestellten Bischof Bertram einen Kontrapunkt zur Ära Kopp zu setzen, nachdem dieser durch den Part, den er seit der Beilegung des Kulturkampfes gespielt hatte, zu einer kirchenpolitischen Potenz erster Ordnung aufgestiegen war. In dieser Richtung absolut ehrgeizlos und sich selber treu, ließ Bertram keinen Zweifel, daß er zwar in das Amt, keineswegs aber in die Fußstapfen seines Vorgängers zu treten gedächte.

In der Rückschau ist es nicht wenig verwirrend, daß ausgerechnet außerkirchliche Instanzen und Überlegungen den seinerseits so streng pastoral und unpolitisch orientierten Bertram in die zukunftsträchtige Breslauer Ausgangsposition befördert haben. Wie dieser war auch Georg Kopp Hildesheimer Diözesane gewesen und hatte seinem Nachfolger in Breslau 1906 im Dom zu Hildesheim die Bischofsweihe erteilt. Damit endeten aber auch schon die Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten. Denn nicht nur äußerlich standen der imposant herrscherliche Kopp und der auch von Gestalt unscheinbare und im Gehabe unprätentiöse Bertram geradezu in einem Kontrastverhältnis.

Als Bertram im Oktober 1914 die Riesendiözese im Osten, wie er sie gerne nannte, mit mehr als dreieinhalb Millionen Seelen die volkreichste des orbis catholicus, übernahm, schwebte dort über den allgemeinen Nöten des Kriegsausbruchs noch die Furcht vor einem Russeneinfall in Schlesien. Unter dem Zwang der Kriegslage wurde dem neuen Fürstbischof von Breslau die Kardinalswürde 1916 zunächst nur in petto, d. h. ohne Bekanntgabe vor der Öffentlichkeit, verliehen, ehe Bertram im Dezember 1919 persönlich den Kardinalshut aus der Hand Benedikts XV. entgegennehmen konnte.

III

Von Zerstörung und Plünderung verschont, hatte das Bistum Breslau um so härter unter den Nachwehen des Ersten Weltkriegs zu leiden. Denn der Konflikt um den Besitz des oberschlesischen Industriegebiets, das Polen ohne Rücksicht auf den ethnischen Grenzverlauf ungeteilt für sich beanspruchte, wurde auf dem Boden von Bertrams Diözese ausgetragen und schlug seine Wellen bis in den Kirchenraum. Es begann damit, daß die Interalliierte Kontrollkommission, deren Chef die polnischen Aspirationen unverhohlen begünstigte, im Sommer 1920 dem Breslauer Bischof die Einreise ins Abstimmungsgebiet verwehrte, wo Bertram Pontifikalhandlungen vornehmen wollte.

Je peinlicher sich der Kardinal aus dem Nationalitätenkampf herauszuhalten suchte, desto mehr mußte er die Erwartungen der beiden Lager enttäuschen. Teils trotz, teils wegen seiner Vorsicht geriet Bertram ins Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik. Wäre er nach den Vorstellungen deutscher Kreise verfahren, so hätte er sich über das provozierende Einreiseverbot via facti hinweggesetzt. Ihnen bedeutete der Bischof, indem er auf die Frontstellung des Mechelner Kardinals Mercier gegen die deutsche Besatzungsmacht in Belgien anspielte – und diese Antwort war ganz Bertram –, er sei kein Mercier und werde keine Gewaltmaßnahmen anwenden.

Dagegen konnte der Kardinal nicht untätig mit ansehen, wie bistumsfremde Geistliche aus Zentralpolen zunehmend ins Abstimmungsgebiet überwechselten, um dort auf Breslauer Diözesanboden Anschlußpropaganda zu treiben. Zuerst hatte Bertram in Mahnworten an die Einsicht und christliche Haltung der streitenden Parteien appelliert, doch ohne Erfolg. Infolgedessen drohte er schließlich in einem Erlaß vom 21. November 1920 vagabundierenden und politisierenden Klerikern, gleich welcher Nationalität, bei weiterer Widersetzlichkeit kanonische Strafen an. Obwohl Bertram dabei lediglich von seinen regulären oberhirtlichen Befugnissen Gebrauch machte, die bis dahin in keiner Weise restringiert waren, hatte er sich vorsorglich der Zustimmung der Kurie vergewissert. Denn mit der Verlautbarung tat er, wie er wohl wußte, einen Griff ins Wespennest.

In Voraussicht der polnischen Reaktion ließ er sich nun jedoch dazu verleiten, weit über das Maß des juristisch Gebotenen und für die Neutralität des Hl. Stuhles Vertretbaren hinaus für seine Maßnahme dessen Autorität und Approbation öffentlich in Anspruch zu nehmen. Dadurch löste er außer dem erwarteten Sturm gegen sich selbst einen noch heftigeren gegen die römische Zentrale aus, so daß der Apostolische Nuntius in Warschau, Achille Ratti, der spätere Pius XI., sich veranlaßt sah, Polen den Rücken zu kehren. In Rom war man über Bertrams Verfahren, den Hl. Stuhl als Deckungsschild für unpopuläre Schritte zu benützen, bestürzt und warf dem Breslauer Kardinal Verantwortungsscheu vor.

IV

Bereits Ende Januar 1920 war nach dem Ableben des Kölner Kardinals von Hartmann, festem Brauch gemäß, der Breslauer Bischof an die Spitze der Fuldaer Bischofskonferenz berufen worden. Neben ihr führte der bayerische Episkopat, der sich alljährlich in Freising zu versammeln pflegte, eine eigenständige Existenz. Bertram fiel es zu, auf eine engere Kooperation der beiden Beratungsgremien hinzuarbeiten, worauf man sich einigte, daß die Vorsitzenden jeweils den Tagungen der Schwesterkonferenz als Hospitanten beiwohnen sollten. Erst die zentral gesteuerte Bedrückungspolitik des NS-Staates erzwang von 1933 an Plenarversammlungen des deutschen Gesamtepiskopats.

Bei dem alljährlichen Meinungsaustausch in Fulda und anschließend dem Zusammenwachsen der beiden Teilkonferenzen bewährte sich Bertrams Talent zur Koordination auseinanderstrebender Ansichten und die Unaufdringlichkeit seiner Konferenzleitung. Daraus zu folgern, daß er den eigenen Standpunkt der Geschlossenheit zuliebe leichthin geopfert hätte,

wäre jedoch ein Mißverständnis. Vielmehr erwies er sich als wahrer Virtuose in der Kunst, einem Gremium so zu präsidieren – ob das nun die Bischofskonferenz in Fulda oder das Domkapitel in Breslau war –, daß zwar jedermann seine Meinung kundtat, die Diskussion sich aber dank der unauffälligen Regie des Vorsitzenden dann so entwickelte, daß am Ende das von diesem angezielte Beratungsergebnis zum Beschluß erhoben wurde. So aufrichtig Bertram dem Ideal der Abstinenz von allem Politischen nachstrebte, entziehen konnte er sich dessen Allgegenwart dennoch nicht. Und was schon dem Bischof von Breslau versagt war, konnte dem Vorsitzenden des Gesamtepiskopats erst recht nicht gelingen. Allerdings war Bertrams Distanz zur Politik auch wieder nicht so zu deuten, als ob er dort, wo es Rechte der Kirche wahrzunehmen galt, der Auseinandersetzung ausgewichen wäre.

Das wurde spätestens in dem Konflikt augenscheinlich, den der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz nach 1919 mit dem Preußischen Kultusministerium auszufechten hatte. Streitobjekt war die Anpassung der preußischen Landesgesetzgebung an die Kirchenartikel der neuen Reichsverfassung. Hinter der berechnenden Umständlichkeit, mit der man in Berlin zu Werke ging, witterte Bertram die Tendenz, den Abbau der traditionellen Staatskirchenhoheit auf die lange Bank zu schieben, um durch die unmerkliche Weiterführung der alten Aufsichtspraxis die Kirche, im Widerspruch zur Weimarer Verfassung, weiterhin unter Staatskuratel zu halten.

Während Nuntius Pacelli, seit 1920 beglaubigter Vertreter des Hl. Stuhles bei der Reichsregierung, im Hinblick auf den Abschluß eines umfassenden Konkordats eher zum Abwarten neigte, verfolgte der Bischof von Breslau die Verschleppungstaktik des Kultusministeriums mit einem nur allzu begründeten Mißtrauen. Ohne sich vom Konkordatsenthusiasmus des Nuntius anstecken zu lassen, vertrat Bertram den realistischeren Standpunkt, daß über Konzessionen an die Staatsregierung erst nach Herstellung der verfassungsmäßigen Ausgangslage verhandelt werden solle. Das dubiose Angebot des Ministeriums an den Episkopat, die Liquidierung des einen Teils der hinfälligen Landesgesetzgebung durch die Tolerierung des anderen zu erkaufen, wies Bertram entrüstet von sich. Mit dieser kritischen Haltung entsprach der Breslauer Kardinal kaum dem Bild des unproblematischen Verhandlungspartners, das sich jene Regierungsmänner von ihm gemacht haben mochten, die ihn 1914 auf den Schild gehoben hatten.

Definitiv beigelegt wurden diese Spannungen erst durch das Konkordat zwischen dem Hl. Stuhl und Preußen vom 14. Juni 1929. Der Vertrag war naturgemäß das Werk Pacellis, doch hatte der Bischof von Breslau ein gewichtiges Wort dabei mitzureden gehabt. Nach der Abtrennung

des 1921 zu Polen geschlagenen oberschlesischen Diözesanteils, 1925 als Bistum Kattowitz verselbständigt, ergaben sich aus dem Preußischen Konkordat für den Status und die Organisation der Diözese Breslau weitere einschneidende Änderungen. Aus dem bisher von Breslau abhängigen Delegaturbezirk Berlin wurde ein eigenes Bistum; die Mutterdiözese erhielt ihrerseits den Rang eines Erzbistums, dem die Diözesen Berlin und Ermland als Suffraganbistümer unterstellt wurden. Den Titel eines Fürstbischofs, der ihm aus den ehemals österreichischen Territorien seiner Diözese zugewachsen war, ließ Bertram als Erzbischof mehr und mehr in Vergessenheit geraten.

Von der Barriere landsmannschaftlicher Verschiedenartigkeit, um nicht zu sagen Gegensätzlichkeit, die den verschlossenen Niedersachsen von den gemütsbewegten Schlesiern hätte trennen können, hat sich Bertram nicht abschrecken lassen. Mehr als durch die Hirtenworte, mit denen sich Bertram Gehör zu schaffen verstand, überzeugte der in den Osten verpflanzte Oberhirte seine Diözesanen durch rückhaltloses Aufgehen im Hirtenamt vom Ernst seiner Entschlossenheit, ungeteilt für sie da zu sein. Was ihn gerade einfachen Menschen in einem echten, unverkrampften Sinn verehrungswürdig erscheinen ließ, war die intuitive Erkenntnis der unerbittlichen Unterordnung der Person unter die Sache, der er sich verschrieben hatte. Klar in seinen Forderungen an den Klerus, vergaß er doch nicht einen Augenblick die Hochachtung vor den Anstrengungen derer, die die Last und Hitze des Tages zu tragen hatten. Jeder Pfarrer genoß das für Bertram selbstverständliche Privileg, ohne lange Voranmeldung und distanzierendes Zeremoniell vor seinen Bischof treten zu dürfen.

V

Den als innenpolitische Springflut anrollenden Nationalsozialismus durch Disziplinardekrete eindämmen zu wollen, hielt Bertram für verfehlt, worin ihm die Erfahrungen, die vorher und nachher mit dieser Methode gemacht wurden, nur zu recht gaben. Zudem verkannte er nicht die Schwierigkeit, den mehr atmosphärischen Affekt der Hitlerbewegung gegen Christentum und Kirche aus dem offiziellen Programm der NSDAP zwingend zu deduzieren. In seinem Mahnwort, mit dem der Breslauer Kardinal zum Jahresende 1930 die deutsche Öffentlichkeit zur Besinnung aufrief, geißelte er zwar auch Rassenwahn und Nationalismus. Das eigentlich Bedrohliche der Hitlerbewegung aber erblickte er in dem Radikalismus und Fanatismus, mit denen sie ihren politischen Zielen nachjagte; er traf mit dieser Diagnose die zerstörerische Dynamik des Nationalsozialismus an ihrem Nerv.

Hitlers Kanzlerschaft erfüllte den Kardinal mit Schrecken. Wenn Bertram, an Hitlers beruhigende Regierungserklärung vom 23. März 1933 anknüpfend, die Möglichkeit einer Verständigung erproben wollte, so hatte er dafür gute Gründe. Das Tempo jedoch, das er daraufhin anschlug, die früheren Warnungen des Episkopats vor dem Nationalsozialismus bedingt zu revidieren, stieß auch bei mehreren Mitbischöfen, die eine überstürzte Entspannungspolitik für gefährlich hielten, auf teilweise scharfe Kritik. Aber auch von ihnen bezweifelte keiner, daß nicht opportunistische Sympathie die Triebfeder für Bertrams Friedensbereitschaft war, sondern allein die Sorge, dem politisch aufgewühlten Kirchenvolk eine schwere innere Zerreißprobe zu ersparen.

Die hohen Erwartungen in die nach dem Ersten Weltkrieg mächtig einsetzende Konkordatspolitik der Kurie hatte der von Natur aus skeptisch veranlagte Breslauer Kardinal nie recht zu teilen vermocht. Vor allem schien ihm der Anspruch, damit das zu allen Zeiten prekäre Staat-Kirche-Verhältnis einer Ideallösung zuzuführen, zu hoch gegriffen. Infolgedessen war auch seine Resonanz auf den Abschluß des Reichskonkordats von 1933 zunächst gedämpft. Das hat ihn andererseits aber auch wieder nicht abgehalten, den auf dem Vatikan lastenden Zugzwang wie das Fehlen einer Alternative anzuerkennen und im Namen des Gesamtepiskopats für ein unverzügliches Inkrafttreten dieses Defensivvertrags zu plädieren.

Adolf Bertram gab sich keinen Illusionen darüber hin, was den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz nach dem 30. Januar 1933 an Prüfungen und Enttäuschungen erwarten würde. Ebensowenig blieb ihm angesichts der Machtverhältnisse im Polizeistaat verborgen, daß er auf verlorenem Posten kämpfte. Der gewaltsamen Einschnürung des kirchlichen Lebens durch das NS-Regime suchte der Kardinal durch eine Kette von Protesten, Denkschriften und Rechtsverwahrungen zu begegnen, wobei die Berufung auf das Reichskonkordat den Angelpunkt fast aller Beschwerden bildete. Da der Alleinanspruch des Weltanschauungsstaates immer neue Bereiche kirchlicher Aktivität bedrohte, wuchs das Arbeitspensum des Episkopatsvorsitzenden ins Ungemessene. Trotzdem wollte sich Bertram der Pflicht, jeden Übergriff mit Gegenvorstellungen zu beantworten, nicht entziehen. Die Korrespondenz mit den Konferenzmitgliedern auf der einen und die Einsprüche bei den Regierungsinstanzen auf der anderen Seite türmten sich zu Bergen. Insbesondere zwischen 1933 und 1938 lief diese Maschinerie in Breslau auf Hochtouren, angetrieben von der Motorik des nun schon fast achtzigjährigen Kardinals, der sich keine Schonung gönnte. Was er in dieser Phase des Kirchenkampfes bei der gedanklichen Konzipierung und Stilisierung zahlloser Schriftsätze geleistet hat, ist und bleibt staunenerregend und bewundernswert.

Bei dieser »Eingabenpolitik« (W. Adolph) leitete den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz die Maxime, »jeder Beeinträchtigung von kirchlichen Rechten und Lebensnotwendigkeiten entgegenzuwirken, jede Spannung von sich aus zu vermeiden und alle Gefahren von der Kirche abzuwenden«. In einer jahrzehntelangen Verhandlungspraxis mit Regierungsbehörden aller Ebenen hatte es Bertram in der Kunst der rationalen, leidenschaftslosen und verbindlichen Argumentation zu unbestrittener Meisterschaft gebracht und den kirchlichen Gegenstandpunkt nie ganz ohne Erfolg vertreten können. Im NS-Staat dagegen verfielen bischöfliche Einsprüche gegen Unterdrückungsmaßnahmen fast ausnahmslos der Ablehnung, wenn nicht gar völliger Nichtbeachtung. Angesichts der Ineffizienz dieser Verteidigungstaktik wuchs die Zahl innerkirchlicher Kritiker, die vom Episkopatsvorsitzenden einen Wechsel der Methode forderten.

Andere Register in der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Religionspolitik des Dritten Reiches zog im März 1937 erstmals die Enzyklika »Mit brennender Sorge«. Der Ton des päpstlichen Rundschreibens war zwar nicht Bertrams Stil, doch hat er, von Kirchenminister Kerrl mit Anklagen überschüttet, den Anlaß und Inhalt dieser Kundgebung Pius' XI. wie auch die Publikationsorder des Hl. Stuhles loyal und mit aller Entschiedenheit verteidigt. Diesen Entlastungsvorstoß des Vatikans als Auftakt zu einer flexibleren Vorwärtsverteidigung seitens des deutschen Episkopats zu begreifen, lehnte der Konferenzvorsitzende jedoch ab, obwohl ihn der klarsichtige Bischof von Berlin, Konrad Graf v. Preysing, im Herbst 1937 eindringlich mit der Tatsache konfrontierte, an einem Scheideweg zu stehen.

Viel zu sehr Realist, um am Leerlauf und damit am Scheitern der Eingabenpolitik vorbeizusehen, sträubte sich Bertram doch auch wieder, diese Einsicht zuzugeben, und zwar aus Furcht vor Alternativen, deren mögliche Konsequenzen ihm suspekt waren. Vor allem forderte Preysing die Aufgabe der vom Regime gepflegten und vom Episkopatsvorsitzenden tolerierten Fiktion eines nur partiell gestörten Friedensverhältnisses zwischen Staat und Kirche. Statt dessen verlangte er, die Rechtsverletzungen der Kirchenbedrücker beim Namen zu nennen und durch eine unverkürzte Aufklärung der Gläubigen über jede Verschärfung des Kirchenkampfes die Stimmung des katholischen Volksteils zu beeinflussen. Dadurch seien Partei und Regierung ungleich stärker zu beeindrucken als durch papierene Proteste, die in den Aktenschränken verschwänden. Von einer solchen Kursänderung, die, gemessen an den Ordnungsvorstellungen, in denen Bertram großgeworden war, geradezu revolutionär erscheinen konnte, wollte jedoch der Breslauer Kardinal nichts wissen. Seinen Kritikern hielt er immer wieder entgegen, »daß er den Kultur-

kampf mitgemacht habe und sich nicht dazu entschließen könne, es dazu kommen zu lassen, daß wieder Gläubige ohne Geistlichen sterben müssen«. Das wollte auch Preysing nicht. Aber zwischen diesem Extrem und dem fruchtlosen Eingabenmonolog erstreckte sich ein Aktionsbereich, der erheblich breiter war, als Bertram wahrhaben wollte, und in kleinen Schritten sehr wohl ohne unzumutbares Risiko hätte erprobt werden können.

VI

Im Gespräch unter vier Augen konnte der Kardinal schon einmal einfließen lassen, daß in diesen Sturmzeiten eigentlich eine jüngere Kraft an die Spitze des Episkopats gehöre als er. Das bestätigte er ungewollt in dem Maße, in dem er sich auf die untaugliche Methode versteifte, Freimut durch Emsigkeit und Klarheit durch Klugheit ersetzen zu wollen. Hier sind die Gründe zu suchen, warum das Finale von Bertrams Wirken für die gesamtdeutsche Bischofskonferenz von Tragik überschattet ist.

Nichts hat die vom totalitären Weltanschauungsstaat entmündigten Gläubigen in der NS-Zeit enger zusammengeschlossen als die gemeinsamen Hirtenworte der am Grabe des hl. Bonifatius in Fulda versammelten deutschen Bischöfe. Keine der Konferenzaktivitäten war darum ähnlich vordringlich und unerläßlich, keiner anderen aber war ausgerechnet der Vorsitzende so ausgesprochen abgeneigt. Der Beschlußfassung über eine gemeinsame Kundgebung ging infolgedessen in Fulda fast immer ein entnervendes Tauziehen um die Zustimmung des Breslauer Kardinals voraus, bei dem er sich mehr als einmal mit seinem Nein durchsetzte. In der Kriegszeit schließlich steigerte die Angst vor dem zu befürchtenden Vorwurf der »Feindbegünstigung« seine Bedenken zu lähmender Skrupelhaftigkeit. So erklärte es sich, daß gerade in dieser Phase eines extremen Machtmißbrauchs nach innen und außen die Stimme des Gesamtepiskopats immer seltener zu vernehmen war, und wenn sie sich meldete, dann vielleicht gar gegen den Willen ihres Präsidenten.

Mit Rücktrittsabsichten hatte der Kardinal erstmals Ende 1933 gespielt, als der Freiburger Erzbischof Gröber sein Charisma für eine erfolgreichere Kirchenpolitik entdeckt zu haben glaubte und seine Amtsbrüder durch eigenmächtige und waghalsige Alleingänge irritierte. Während des Krieges bat Bertram dann 1942 formell um seine Ablösung. Wie blamable Rangstreitigkeiten innerhalb der Konferenz an den Tag brachten, konnte jedoch der Senior des deutschen Episkopats trotz der allseits beklagten Führungsschwäche als ausgleichendes Element nicht entbehrt werden.

Auf eine ebenso ernste wie überflüssige Belastungsprobe stellte der Vorsitzende die Einheit der Bischofsgemeinschaft, als er 1940 zu Hitlers Geburtstag ein Glückwunschschreiben absandte, ohne dazu von den Konferenzmitgliedern eigens ermächtigt zu sein. Bischof Preysing war über Bertrams Aktion so empört, daß er den Austritt aus der Bischofskonferenz erwog. Allen Vorhaltungen und Nachspielen zum Trotz blieb der Kardinal nicht nur unbelehrbar, sondern fuhr fort, wenngleich nur noch als Erzbischof von Breslau firmierend, zu jedem 20. April Glückwünsche ins Führerhauptquartier zu schicken, letztmals im Jahre 1944.

Für den Absender war das ohne Zweifel immer ein Akt der Selbstüberwindung, den er sich höherer Rücksichten wegen abverlangte. Denn unter der gratulatorischen Umhüllung verbargen sich unübersehbare Klagen über die Bedrängnisse der Kirche im Staate Hitlers. Da die Glückwunschpraxis erst nach Kriegsbeginn aufgenommen und dann alljährlich mit der Regelmäßigkeit eines Beschwörungsritus wiederholt wurde, war sie nicht nur eine Fortsetzung der Eingabenpolitik mit anderen Mitteln, sondern führte diese in Form eines Appells an den Letztverantwortlichen gleichsam auf einen nicht mehr zu überbietenden Kulminationspunkt. Zugleich aber ist sie das erschütterndste Zeugnis ihres Scheiterns.

Obwohl um ein treffendes, erhellendes oder bewegendes Wort nie verlegen, wovon die Überfülle der Aktenstücke und Hirtenbriefe kündet, war die Kanzel doch nicht der Ort, wo Adolf Bertram sich am wirkungsvollsten entfalten konnte. Dafür fehlten ihm Organ und Statur. Rednerischen Schwung ließ zudem eine eingefleischte Aversion gegen Theatralik und Pathos nicht aufkommen. Eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Regime, wie sie aus aktuellem Anlaß etwa Faulhaber und Galen nicht gescheut haben, verzeichnet die Chronik von Bertrams Kanzelreden nicht. Sie zu wagen, hinderte den Kardinal der Leitspruch des respice finem, im letzten aber, als ein Stück seiner selbst, eine nie überwundene, tiefsitzende Ängstlichkeit.

Ihr entsprang wohl auch jene auffällige Publizitätsscheu, der Bertram immer dann zu erliegen pflegte, wenn er außerhalb des vertrauten Rahmens der Fuldaer Bischofsversammlung als deren Wortführer kirchenpolitisch in Erscheinung treten oder am Verhandlungstisch Platz nehmen sollte. So verstand er es etwa im Sommer 1933, sich den Schlußverhandlungen zum Reichskonkordat in Rom, wo er den deutschen Episkopat vertreten sollte, geschickt zu entziehen. In ein Zusammentreffen mit Reichskirchenminister Kerrl, das dieser selbst 1935 nach seinem Amtsantritt herbeigeführt hatte, willigte Bertram nur ein, um das größere Übel einer Einladung der drei Kardinäle zum Reichsparteitag zu beschwören.

Wo immer es möglich war, delegierte daher der Konferenzvorsitzende Verhandlungspflichten an einen oder mehrere Mitbischöfe. Wie kein

zweiter errang dabei schon in den zwanziger Jahren Bischof Berning von Osnabrück, geschäftsgewandt und weltmännisch, das Vertrauen des Kardinals. Zu Berning, den seit 1933 zum immer größeren Erstaunen des Kirchenvolkes der Titel eines Preußischen Staatsrats schmückte, trat 1937 noch Weihbischof Wienken als Leiter des Kommissariats der Fuldaer Bischofskonferenz in Berlin, ein Bertram völlig ergebener Gehilfe, als Unterhändler des Episkopats mit den Regierungsstellen aber fehl am Platze. Nicht nur in seinem Fall scheint für den Kardinal die Lenksamkeit ein nicht eben untergeordnetes Kriterium bei der Auswahl von Mitarbeitern gewesen zu sein.

Das konnte auch zu einem Gutteil erklären, warum Bertram mit Nuntius Orsenigo sichtlich besser harmonierte als mit dessen Vorgänger Pacelli. Schon in normalen Zeitläuften von dem Berliner Posten überfordert, schielte Orsenigo vor den meisten Entschlüssen gewöhnlich mit einem Auge nach Breslau. Pacelli wußte auf andere Weise Bertrams Erfahrung und Sachkenntnis ebenfalls sehr zu schätzen, konnte aber auch seine Eigenständigkeit deutlich fühlen lassen. Dem bis zum Sarkasmus nüchternen Bertram war wohl auch der erste Berliner Nuntius in seiner Selbstdarstellung um einige Grade zu gravitätisch. Zudem erblickte der Konferenzvorsitzende in ihm einen ausgeprägten Exponenten des römischen Zentralismus, einer Größe, gegen deren Schattenseiten Bertram nicht blind war.

Als hervorragendster Berater in kirchenpolitischen Angelegenheiten diente dem Breslauer Kardinal Domkapitular Ludwig Cuno, ein Bruder des ehemaligen Reichskanzlers. Auch ihm gegenüber hielt Bertram geradezu pedantisch auf das Prinzip, den Gesamtüberblick ausschließlich sich selbst zu reservieren, Mitarbeitern dagegen nur Einsicht in Teilbereiche zu gewähren.

Weniger kleinlich gehandhabt und vorab unter dem Aspekt des Speicherungs- und Reaktionsvermögens des Vorsitzenden betrachtet, wäre Bertrams Anspruch auf den Alleinbesitz der Gesamtinformation so unbegründet nicht einmal gewesen. War doch die Schaffenskraft des Kardinals in der Tat ein so einzigartiges Phänomen, daß sie gerade bei Kennern der Materie immer wieder ungläubige Bewunderung hervorrief. Wenn der Kölner Erzbischof Kardinal Schulte seinen Breslauer Amtsbruder unstreitig den fleißigsten Menschen nannte, den er je kennengelernt habe, dann war dieses Lob noch höchst inadäquat. In der kleinen, schmächtigen Gestalt, in den letzten zwei Jahrzehnten zudem noch von der Last des Alters und mannigfacher Verantwortung gebeugt, steckten scheinbar unerschöpfliche Energiereserven.

Bei wenigen Stunden Schlaf wurde jede Minute des Tages nutzbringender Tätigkeit gewidmet. Erholung war für den Kardinal ein Fremdwort,

mit dem er nichts anzufangen wußte, reine, in sich selbst ruhende Muße wohl auch etwas, wozu er persönlich nicht fähig war. Sich täglich durch Stöße von Akten durchzuarbeiten, deren Inhalt er dann meist bis ins kleinste Detail beherrschte, wurde für ihn zum Lebenselement, und wenn einmal, etwa auf einer Romreise, der regelmäßige Zufluß der Korrespondenz versiegte, fühlte er sich wie ein Fisch auf dem Trockenen.

In der ungleichen Auseinandersetzung mit dem NS-Regime hat Adolf Bertram, solange die Waffe des schriftlichen Protests noch nicht abgestumpft war, als Wortführer des Gesamtepiskopats mit äußerster Hingabe gefochten. Das kalkulierte Risiko einer unkonventionellen Verteidigungstaktik auf sich zu nehmen, war ihm nicht gegeben. Daß er sich mit der Eingabenpolitik so völlig identifizierte, bis er geradezu mit ihr verschmolz, bezeichnet die Größe und Grenze seines Wirkens.

Der Kardinal starb mit seiner Bischofsstadt. Auf Johannesberg, einst Sommersitz, jetzt Zufluchtsort, erlöste ihn am 6. Juli 1945 der Tod vom Anblick der schlesischen Passion.

Walter Ferber

Romano Guardini (1885–1968)

Dem politischen Zusammenbruch Deutschlands vom November 1918 folgte ein geistiger Aufbruch, an dem auch der Katholizismus teilhatte; man sprach von einem katholischen »Geistesfrühling«, der sich vor allem in der Philosophie bemerkbar machte. In der Tat waren zu den alten Vertretern der Neuscholastik wie Clemens Bäumker, Martin Grabmann, Adolf Dyroff und Joseph Geyser bedeutende neue Denker getreten, die aus anderen Lagern kamen: vor allem Max Scheler (wenn auch nur vorübergehend), dann Dietrich von Hildebrand, Peter Wust, Theodor Haecker und Ferdinand Ebner. Aber auch die Theologie war besonders durch Arnold Rademacher und Karl Adam, Ildefons Herwegen und Odo Casel neubelebt worden; vor allem im Sinne eines besseren Kirchenverständnisses: Die Kirche wurde nun wieder mehr als Braut und als Leib Christi sowie als opfernde Gemeinde begriffen. Diese neuen Wertungen und Wege der Jugend zu vermitteln, hat sich Romano Guardini zur Aufgabe gemacht.

I

Am 17. Februar 1885 als Sohn italienischer Eltern in Verona geboren, kam er bereits im ersten Lebensjahr nach Mainz, wo sein Vater die Niederlassung einer bedeutenden italienischen Exportfirma übernahm und später Vizekonsul wurde. Dort besuchte Romano die Volksschule und das Gymnasium; schon früh zeigte er Interesse für Literatur und Kunst. Ein Schulkamerad, der spätere Bildhauer Philipp Harth, berichtet in seinen Erinnerungen, Guardini habe sich im Dachgiebel des Elternhauses ein kleines Zimmer nach eigenem Geschmack einrichten dürfen, dabei alle Wände mit Abbildungen von Kunstwerken geschmückt und das Büchergestell mit wertvoller Literatur gefüllt. »Voller Bewunderung«, schreibt er, »hörte ich zu, wenn Romano den Inhalt dieser Bücher schilderte ... Oft betrachteten wir das größte und schönste Buch, das er besaß, Dantes ›Göttliche Komödie‹ mit den Illustrationen von Doré.«

Für seine weitere geistige Entwicklung war es von nicht geringer Bedeutung, daß er sich dem Lesekreis um den Deutschlehrer Heinrich Schleuss-

ner anschloß. So fühlte er sich schon vor dem Abitur »innerlich ganz dem deutschen Wesen zugehörig«.
Nach naturwissenschaftlichen Studien in Tübingen und nationalökonomischen in Berlin wandte er sich 1905 der Theologie zu, der er sich zuerst an den Universitäten Freiburg i. Br. und Tübingen, dann im Mainzer Priesterseminar widmete. In Freiburg vermochte ihn der Dogmatiker Karl Braig, der philosophisch von Rudolf Hermann Lotze beeinflußt war, vor allem kulturphilosophisch anzuregen. So plante Guardini bereits damals eine »Lehre vom Gegensatz« als einen Beitrag zu sachgerechter Methode der Geisteswissenschaften. In Tübingen zählte er mit Karl Neundörfer, Joseph Weiger, Philipp Funk und Hermann Hefele zum engeren Kreis um den Dogmatiker Wilhelm Koch, der später zu unrecht des Modernismus verdächtigt wurde.
Nach der am 28. Mai 1905 in Mainz empfangenen Priesterweihe hatte er verschiedene Seelsorgsstellen als Kaplan inne, widmete sich dabei aber nach Möglichkeit noch philosophischen Studien. 1912 zu weiterem Theologiestudium beurlaubt, zog es ihn wieder nach Freiburg, wo ihn vor allem Emil Göller theologiegeschichtlich förderte und wo er 1915 bei Karl Braig mit einer Dissertation über die Erlösungslehre Bonaventuras promovierte. Nach Mainz zurückgekehrt, wirkte er dort – meist an St. Peter – als Kaplan und konnte das vorläufige Ergebnis seiner langjährigen philosophischen Bemühungen unter dem Titel »Gegensatz und Gegensätze. Entwurf eines Systems der Typenlehre« (Freiburg i. Br. 1917) veröffentlichen. Doch fand dieser »dialogische« Versuch eines Beitrags zur damaligen philosophischen »Wende zum Objekt« damals kaum Beachtung.

II

Bekannt wurde Romano Guardini zunächst auf einem anderen Gebiet: als einer der Wegbereiter der katholischen Jugendbewegung und als Vermittler liturgischer Bildung.
Schon als Tübinger Theologiestudent hatte er sonntags die Kneipveranstaltungen der katholischen Korporation gemieden, war er mit literarisch interessierten Freunden aufs Land gewandert, um dort kleine Symposien zu halten. Als Kaplan in Mainz nun mit der Betreuung der »Juventus«, einer Vereinigung von Schülern höherer Lehranstalten, beauftragt, gelang es ihm schon bald, ihren bisherigen zwischen Kongregation und Verein schwankenden Stil zu überwinden; sie statt für die »Versammlung« für Wandern und Singen, statt für den »religiösen Vortrag« für das lebenskundliche und geistliche Gespräch zu interessieren. So gingen die Juvenen nun mit Rucksack und Zupfgeige »auf Fahrt« in ein »eigenes Quar-

tier«, saßen dort um ihren »geistlichen Freund« und sprachen mit ihm über Wandern und Singen, Jugend und Leben, Freiheit und Gehorsam, Seele und Gott. Dieser neue Stil der »Juventus« wurde bald in Kreisen der Religionslehrer bekannt. So besuchte sie noch im Ersten Weltkrieg ein Breslauer Oberlehrer Hoffmann. Das war die erste Begegnung Guardinis mit dem »Quickborn«, einem bereits um 1910 von den schlesischen Religionslehrern Bernhard Strehler, Klemens Neumann und eben Hermann Hoffmann gegründeten Bund abstinenter katholischer Gymnasiasten, der ebenfalls das Wandern pflegte.

Der Betreuer der »Juventus« befaßte sich auch mit der von der Benediktinerabtei Maria Laach und vom Augustinerchorherrenstift Klosterneuburg ausgegangenen liturgischen Erneuerung, deren geistesgeschichtliche Zuordnung und ekklesiologische Bedeutung ihn besonders interessierten. Er fand, diese Hinneigung zu einer objektiveren Frömmigkeit entspreche der philosophischen Hinwendung zum Objekt; auch entwickle sie das Kirchenverständnis. So schrieb er ein Büchlein »Vom Geist der Liturgie«, das 1918 als erster Band der vom Maria Laacher Abt Ildefons Herwegen OSB herausgegebenen Sammlung »Ecclesia orans« erscheinen konnte. Besonders die Kapitel »Liturgie als Gemeinschaft« und »Der Primat des Logos vor dem Ethos« handelten von den Grundfragen der liturgischen Erneuerung. Ein Kapitel galt dem Thema »Liturgie als Spiel«: Von der Jugend begeistert aufgenommen, war es für die Sache eher von Schaden. Indes: Man hatte Guardini eine Professur am Mainzer Priesterseminar in Aussicht gestellt, die Berufung jedoch hinausgezögert; da erbat und erhielt er Urlaub, um sich bei dem Dogmatiker Gerhard Esser in Bonn für Systematische Theologie zu habilitieren. Wie schon seine Dissertation, befaßte sich auch die Habilitationsschrift mit Bonaventura; diesmal mit den »systembildenden Elementen« seiner Theologie.

Inzwischen aber hatte der »Quickborn« die Burg Rothenfels am Main erworben und dort seinen ersten Bundestag abhalten können. Nun sollte in den Sommerferien 1920 ein zweiter stattfinden, zur geistigen Vertiefung, eingeleitet durch biblische und liturgische Vorträge. Zu dieser Tagung wurde auch Guardini eingeladen. Zunächst kaum geneigt, nach Rothenfels zu fahren, da er den »Quickborn« – schon der Name bereitete ihm Unbehagen – für zu wenig durchformt hielt, folgte er dem Rate des Romanisten Hermann Platz, die Einladung anzunehmen. Das wurde für seinen weiteren Lebensweg bedeutsam.

Zwar ist es nicht so, daß er nun als erster den Gedanken liturgischer Erneuerung in den Bund getragen hätte; das hatte bereits ein Mönch von Maria Laach getan: P. Willibrord Ballmann OSB hatte die der Tagung vorausgegangenen liturgischen Vorträge gehalten und auch darauf hingewiesen, daß die romantische Neigung der deutschen Jugend der Züge-

lung durch die antike Form bedürfe, und nicht zuletzt die Liturgie berufen sei, solche Prägung zu vollbringen.
Vielmehr durfte Guardini in Rothenfels auf andere Art wirken: Obschon nur Gast, wurde er Mitleiter der dieser Tagung folgenden Führerwoche. Dabei zeigte er ein auffallendes methodisches Geschick, so daß viele schon damals seine behutsam beharrliche Art der Gesprächsführung für die dem Bund angemessene erachteten. Und er fand in der Elite des »Quickborn« die ihm zugemessene Gemeinde. Eines freilich störte ihn: daß Bernhard Strehler zum Bundesführer und Burgkaplan gewählt worden war; denn dessen Abendandachten fand er pietistisch; zu dessen ökumenischen Neigungen hatte er noch keinen Zugang.

III

In Rothenfels war natürlich auch von der freiheitlichen »Hohen-Meißner-Formel« die Rede, und Guardini entwickelte nicht zuletzt in der Auseinandersetzung mit ihr eine Apologie des Gehorsams. Schon bald veröffentlichte er sie auch in dem Buch »Neue Jugend und katholischer Geist«, das 1920 in dem von einem Freund, dem Dichter Richard Knies, gegründeten »Matthias-Grünewald-Verlag« in Mainz erschien.
Nach einer kurzen Charakteristik dieser jungen Menschen – »Ein neuer Geist lebt in ihnen ... ein anderes Daseinsgefühl ist's ...« – und einem Nachweis der wachsenden Eigenständigkeit der einzelnen Kultursachgebiete wandte er sich der »Autonomie der Jugend« zu. Nach katholischer Auffassung stehe das Sein vor dem Werden, die Wahrheit vor der Tat, das Objektive vor dem Subjektiven; somit könne die wahre Freiheit sich nur am Sein, am Wahren, am Objektiven entfalten: Sie bedürfe schlechthin dieser Zucht des Gegenständlichen. Daher verlange echte Jugend auch »die gewaltige Zucht des Gegenständlichen«, wie sie »in der Kirche wirksam sei«; in der Kirche, die im Wirbel menschlicher Meinungen und Leidenschaften allein den Sinn der Lebensganzheit aufrechterhalten könne. Und ein solcher Gehorsam sei vereinbar mit dem, was an der »Autonomie« berechtigt sei: daß es nämlich besondere Jugendwerte gebe und der einzelne Jugendliche sie möglichst selbsttätig verwirkliche.
Diese Gedanken suchte Guardini in einem Aufsatz »Vom Sinn des Gehorchens« zu vertiefen, den er im Dezemberheft der »Schildgenossen« – so hieß das 1920 gegründete Führungsorgan des »Quickborn« – veröffentlichte. Darin setzte er einem »bloß messenden Pflichtgehorsam« den schenkenden »schöpferischen Gehorsam« entgegen; freilich sollten dann auch die Autoritäten ihr notwendiges Amt als »ehrfürchtiges Befehlen und schöpferische Führung« begreifen.

Romano Guardini nahm auch an den Bundestagungen von 1921 und 1922 teil, die wieder auf Burg Rothenfels stattfanden; bei der ersten hielt er einen Vortrag, nach der zweiten leitete er eine Werkwoche. Bald darauf erschien in Mainz sein Buch »Vom Sinn der Kirche«, das – er hatte sich im Januar 1922 habilitiert – Bonner Vorlesungen über dieses Thema enthielt. Begegnete man schon in »Neue Jugend und katholischer Geist« neben vielen ausgewogenen Darlegungen auch apodiktischen Sätzen – wie etwa: »Der katholische Mensch ist der ganze Mensch. Er allein ist es.« oder: »Allein katholischer Geist hat Form und Adel.« –, so war bereits der erste Satz in dem Buch »Vom Sinn der Kirche« ein apodiktischer: »Ein religiöser Vorgang von unabsehbarer Tragweite hat eingesetzt: Die Kirche erwacht in den Seelen.«

Freilich habe die Kirche schon früher den Gläubigen viel bedeutet; doch hätten sie sich meist als ihr Objekt betrachtet, nicht aber schon als ihre Glieder und Mitpräger. Sie sei ihnen lediglich als religiöse Zweck- und Rechtsgemeinschaft erschienen, ihrer mystischen Wirklichkeit dagegen als Gottesreich und Leib Christi seien sie sich kaum bewußt geworden. Nun jedoch sei durch die Jugendbewegung und die liturgische Erneuerung ein Umschwung erfolgt; die Kirche werde »wieder lebendig«. Das allerdings müsse noch stärker in einem neuen Gemeindebewußtsein zum Ausdruck gelangen.

1923 begann Guardini für die »Schildgenossen« die »Briefe vom Comer See« zu schreiben. Darin zeigte er noch einmal die Schönheit menschlicher Kultur als naturverbundenen Wirkens, sodann aber die Problematik des Zeitalters einer naturfernen Technik. An der vergehenden alten Kultur leidend und von der mechanisierenden neuen betroffen, bekannte er sich dennoch zur neuen: »Unser Platz ist im Werdenden«. Zwar sei die Jugendbewegung nicht zuletzt aus Protest gegen die Mechanisierung entstanden und habe sich mit den Gebilden der vorindustriellen Zeit verbunden: mit ihren Liedern, Spielen, Formen. Doch komme es bald auch in ihr zur Scheidung der Geister: »Und zwar müssen sie sich scheiden an der Frage: Wenn du die Wahl hättest zwischen Industrie und Technik und allem, was dazugehört, auf der einen, und der vorindustriellen, vorkapitalistischen Ordnung auf der anderen Seite – was würdest du wählen? Der wirkliche Romantiker das Zweite. Der echter Jugendbewegung Zugehörige aber würde das eigene Blut spüren und die Technik wählen. Freilich nach der Wahl sofort wieder in Frontstellung stehen gegen den Geist, der wahre Sendung und wahres Wesen der Technik bisher zur Zerstörung mißbraucht hat.«

IV

Das Jahr 1923 war für Guardini auch weiter bedeutsam. Im Herbst wurde er Mitherausgeber der »Schildgenossen« und – was seinen ferneren Weg vor allem bestimmen sollte – ordentlicher Professor für Religionsphilosophie und katholische Weltanschauung in Breslau; allerdings mit der Verpflichtung, nicht an der dortigen, sondern als »ständiger Gast« an der Berliner Universität zu lesen. War schon die Domizilierung des Lehrstuhls – de iure in Breslau, de facto in Berlin – eine Anomalie, so kaum minder die Definition des Lehrauftrags. So folgte er einem Rate Max Schelers, doch nur nicht etwa systematische Vorlesungen über Religionsphilosophie zu halten, sondern zu tun, was das Wort Weltanschauung besage: die Welt betrachten – ihre Dinge, Menschen, Werke und das mit christlichem Blick und wissenschaftlicher Methode. Ergiebig seien – beispielsweise – Untersuchungen über bedeutende Dichtungen. So las Guardini in Berlin außer über Sokrates, Augustinus, Thomas, Bonaventura, Pascal und Kierkegaard auch über Dante, Hölderlin, Dostojewskij und Rilke.

Das mißfiel allerdings Carl Sonnenschein, der mit der neuen Professur vor allem apologetische Vorstellungen verband und nun klagte, Guardini nütze nicht viel. Doch gerade dessen Vorlesungen fanden in Berlin lebhaftes Interesse: Hörer aller Fakultäten und Konfessionen scharten sich um seinen Lehrstuhl. Freilich könnte man an der Thematik seiner Vorlesungen aussetzen, daß sie sich fast ausschließlich mit Gestalten der Vergangenheit befaßten. So unterblieb auch jede Auseinandersetzung mit – bewußten und unbewußten – geistigen Wegbereitern des Nationalsozialismus wie etwa Oswald Spengler und Ludwig Klages, Arthur Moeller van den Bruck und Ernst Jünger, Wilhelm Stapel und Friedrich Gogarten, Hans Freyer und Othmar Spann.

Indes: Kaum weniger als seine Vorlesungen schätzten die Studenten Guardinis geistliche Ansprachen beim Sonntagsgottesdienst. Er ließ sie zunächst als Hefte, 1937 aber unter dem Titel »Der Herr. Betrachtungen über die Person und das Leben Jesu Christi« als Buch erscheinen. Darin ging es ihm nicht um Psychologie und Historie – um Psychologie nicht, denn im Innersten der Person Jesu Christi stehe das Geheimnis der Gottessohnschaft, das solche Bemühungen zunichte macht; um Historie nicht, denn aus geschichtlichen Begebenheiten und ihrem Zusammenhang allein könne angemessen nicht das Wirken und Wesen dessen erklärt werden, der vom Vater kommt und zum Vater geht. So wollte Guardini – von immer neuen Ansätzen aus – nur zeigen, wie alle Worte und Taten, Eigenschaften und Wesenszüge dieser Gestalt ins Unbegreifliche münden; in eine Unbegreiflichkeit freilich voller Verheißung. Immer wieder ver-

senkte er sich in ein Wort, ein Ereignis der Schrift, deutete es behutsam und erklärte dann oft, daß eben diese Deutung nur ein Versuch sei. So lag es ihm fern, durchaus Neues zu bieten – etwa eine bessere christologische Theologie –, vielmehr wollten diese Betrachtungen nichts anderes sein als eine schlichte Verkündigung der Offenbarung. Selbst erklärte Gegner seiner liturgischen und ekklesiologischen Schriften wurden eifrige Benützer dieses seines Predigtwerkes.

V

Zum Dritten Reich verhielt sich Guardini – bei aller inneren Ablehnung – loyal: Seine Vorlesungen an der Universität, seine Vorträge auf der Burg Rothenfels sowie seine Aufsätze in den »Schildgenossen« boten der Gestapo keinen Anlaß, gegen ihn Maßnahmen zu ergreifen. Erst nach Bespitzelung seiner Äußerungen in kleineren Kreisen hob man 1939 seinen Lehrstuhl auf; die »Schildgenossen« wurden 1941 verboten. Er zog sich in das Haus seines Jugendfreundes, des Pfarrers Josef Weiger, nach Mooshausen im schwäbischen Allgäu zurück.
Mit nicht geringer Sorge erfüllte ihn dort ein im deutschen Katholizismus inzwischen entbrannter »Liturgiestreit«. In Österreich, wo die liturgische Erneuerung dank des volksliturgischen Apostolats vom Stift Klosterneuburg schon früher als in Deutschland auch die Pfarrgemeinden zu erfassen vermocht hatte, wandte sich bereits 1937 der Linzer Bischof Dr. Johannes Maria Gföllner in »Sieben Punkten« gegen die »Liturgisten«. Er fand in Deutschland Zustimmung zunächst in den Büchern »Irrwege und Umwege im Frömmigkeitsleben der Gegenwart« von Max Kassiepe (Würzburg 1940) und »Sentire cum Ecclesia. Ein dringender Aufruf und Weckruf an Priester« von August Dörner (Mönchengladbach 1941); sodann aber noch in den »Siebzehn Punkten«, mit denen der Freiburger Erzbischof Dr. Conrad Gröber 1943 den deutschen Bischöfen seine »Beunruhigung« über die neuere katholische Theologie und über die Liturgische Bewegung mitteilte. Sie setzten sich nicht zuletzt mit dem von Karl Borgmann herausgegebenen Sammelband »Volksliturgie und Seelsorge. Ein Werkbuch zur Gestaltung des Gottesdienstes in der Pfarrei« (Kolmar 1942) auseinander, an dem u. a. Guardini mitgearbeitet hatte. Diese »Siebzehn Punkte« wirbelten damals viel Staub auf; doch ging die Gefahr einer Indizierung vorüber. 1943 erschien die Enzyklika »Mystici corporis«; sie fand an der Liturgischen Bewegung kaum mehr zu tadeln, als es Guardini bereits in einer Schrift »Ein Wort zur liturgischen Frage« (Mainz 1940) selber getan hatte: Von unbesonnenen Liturgiereformern hatte er sich schon damals entschieden distanziert.

Nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes konnte Romano Guardini seine akademische Lehrtätigkeit wieder aufnehmen, freilich nicht in Berlin, sondern in Tübingen; 1948 wurde er an die Universität München berufen. Seine Vorlesungen waren nun vor allem von einer tiefen Sorge um den Menschen des Atomzeitalters bestimmt; ihr verlieh er auch in zwei Büchern Ausdruck: »Das Ende der Neuzeit« und »Die Macht«. Für die kommende Epoche gehe es im Letzten nicht mehr um die Steigerung der Macht – sie werde sich sogar immer weiter und in immer rascherem Zeitmaß vollziehen –, sondern um deren Bändigung. Die Macht des Menschen über die Welt sei schwindelerregend geworden; er habe sein Dasein in einer Weise in die Hand bekommen, wie das vorher nie der Fall gewesen; nun müsse er auch sehen, was diese Hand anrichten könne, ja, was sie gewiß anrichten werde, wenn er sich nicht zu einer neuen Verantwortung entschließe.
Hinweise zur Weckung eines solchen neuen Verantwortungsdenkens bot Guardinis philosophische Schrift vom Gegensatz. Zwar hatte er selber – im katholischen »Geistesfrühling« der ersten zwanziger Jahre – ihre Nutzanwendung schier vergessen; zumindest vertraten »Neue Jugend und katholischer Geist« sowie »Vom Sinn der Kirche« eine eher integrale Auffassung. Mit seiner Übersiedlung nach dem weltanschaulich pluralen Berlin jedoch gewann sie für ihn wieder Aktualität: Er ließ sie 1925 in Mainz in erweiterter Fassung unter dem Titel »Der Gegensatz. Versuche zu einer Philosophie des Lebendig-Konkreten« neu erscheinen. Neben ihrer methodologischen hatte sie ethische Bedeutsamkeit. So lesen wir dort etwa: »Der Gegensatzgedanke vermag lebendige Offenheit zu schaffen ... Von der Gegensatzlehre her geformte Haltung gewinnt ein tiefes Wissen um die Bedingungen, unter denen das Leben lebendig bleiben kann. Sie weiß um die Tatsache der Spannung, und wie immer Eines das Andere trägt ... Daraus kommt eine große Ehrfurcht ... eine Kraft des Umfassens, des Sorgens und ärztlicher Hut«.
1955 erschien eine weitere Auflage dieses Werkes, in dem es um eine Humanisierung der Macht ging; sie könne zumindest in etwa erfolgen durch mehr Rücksichtnahme auf die Gegensatzstruktur alles Lebendigen im interpersonalen und internationalen Bereich.

VI

1960 in die Vorbereitende Konzilskommission für Liturgie berufen, nahm Guardini – inzwischen kränklich geworden – am Konzil selber nicht teil; dennoch darf man in der Liturgie-Konstitution von 1963 die Anerkennung seiner Jahrzehnte währenden liturgischen Bemühungen er-

blicken. Er selber allerdings war inzwischen zu einer realistischeren Beurteilung der Liturgie gelangt. So schrieb er 1964 an den Mainzer Liturgischen Kongreß, zur Klärung der Situation möge man an den Anfang der Beratungen folgende Fragen stellen:
»Ist vielleicht der liturgische Akt und mit ihm überhaupt das, was Liturgie heißt, so sehr historisch gebunden – antik oder mittelalterlich oder barock –, daß man sie der Ehrlichkeit wegen ganz aufgeben müßte? Sollte man sich nicht zu der Einsicht durchringen, der Mensch des industriellen Zeitalters, der Technik und der durch sie bedingten Strukturen sei zum liturgischen Akt einfach nicht mehr fähig? Und sollte man statt von der Erneuerung zu reden, nicht lieber überlegen, in welcher Weise die heiligen Geheimnisse zu feiern seien, damit dieser heutige Mensch mit seiner Wahrheit in ihnen stehen könne?« Freilich, so gab er zu, klinge es hart, so zu fragen, doch gebe es nicht wenige, »aufs Ganze gesehen, sogar viele«, die so denken; und man dürfe sie »nicht einfach als Abgestandene wegstreichen«, sondern müsse fragen, »wie man – wenn Liturgie wesentlich ist – ihnen nahekomme«.
Am Morgen des 1. Oktober 1968 wurde Romano Guardini in ein Münchner Krankenhaus eingeliefert; am Abend des gleichen Tages starb er nach einem Hirnschlag. Beim Requiem in der St. Ludwigskirche, in der er viele Jahre hindurch jeden Sonntagvormittag um 11 Uhr gepredigt hatte, sprach der Münchner Erzbischof Julius Kardinal Döpfner die Abschiedsworte: Des Verstorbenen Sorge sei der Mensch und sein Glaube ein mitmenschlicher gewesen; deshalb habe auch sein Einfluß »in einer ungewöhnlichen Weise den Kreis der Gefährten des gleichen Glaubens« überschritten.
Für eine abschließende Beurteilung dieses Erziehers dreier Generationen deutscher Katholiken ist es wohl noch zu früh. Wer etwa das Kapitel »Warum so viele Bücher?« seiner »Stationen und Rückblicke« oder auch den erwähnten Brief an den Mainzer Liturgischen Kongreß gelesen hat, weiß, daß und wie sehr Romano Guardini einer Absolutsetzung seiner jeweiligen Auffassungen widerstrebte. Er selbst hat sich nicht für einen neuen Kirchenlehrer gehalten.

Anhang

Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur

GEORG KARDINAL KOPP

Quellen

Der umfangreiche Nachlaß Kopps befindet sich im Diözesanarchiv in Breslau. Seine Reden sind zugänglich in den Verhandlungen des Preußischen Herrenhauses und der Katholikentage. Eine Sammlung von Hirtenbriefen liegt gedruckt vor: Hirtenbriefe des Fürstbischofs von Breslau Georg Kardinal Kopp 1887–1912. Zum 25jährigen Jubiläum Sr. Eminenz als Fürstbischof von Breslau, hg. von M. *Beyer* und F. *Nafe*. Berlin 1912.

Literatur

F. *Schnabel*, Kardinal Kopps Bedeutung für den politischen Katholizismus in Deutschland, in: Grenzboten 73/II (1914) S. 260 ff. (Auch in: Abhandlungen und Vorträge 1914–1965, hg. von H. *Lutz*. Freiburg i. Br. 1970, S. 1 ff.) – F. X. *Seppelt*, Kardinal Kopp, Fürstbischof von Breslau, in: Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens 50 (1916) S. 295 ff. – F. X. *Seppelt*, Kopp, Dr. Georg, in: Deutsches Biographisches Jahrbuch. Überleitungsband I: 1914–1916. Berlin/Leipzig 1925, S. 48 ff. – H. *Hoffmann*, Georg von Kopp, in: Schlesische Lebensbilder, Bd. 2. Breslau 1926, S. 323 ff. – F. *Scholz*, Georg Kardinal Kopp, in: Beiträge zur schlesischen Kirchengeschichte. Gedenkschrift für Kurt Engelbert, hg. von B. *Stasiewski*. Köln 1969, S. 511 ff. – R. *Morsey*, Georg Kardinal Kopp, Fürstbischof von Breslau (1887–1914). Kirchenfürst oder »Staatsbischof«?, in: Wichmann-Jahrbuch für Kirchengeschichte im Bistum Berlin 21/23, 1967/69, S. 42 ff. – C. *Weber*, Kirchliche Politik zwischen Rom, Berlin und Trier 1876 bis 1888. Mainz 1970.

JULIUS BACHEM

Quellen

Ein Nachlaß Bachems ist nicht vorhanden. Seine Reden finden sich gedruckt in den Protokollen der Sitzungen der Kölner Stadtverordnetenversammlung, des Preußischen Abgeordnetenhauses, der Katholikentage und des Augustinus-Vereins.

Schriften (Auswahl)

Die Sünden des Liberalismus im ersten Jahre des neuen deutschen Reiches. Leipzig 1872, ²1872 (anonym). – Vor den Wahlen. Köln ¹⁻³1873 (anonym; in Verb. mit *Weinand*). – Das Zentrum im Landtag und Reichstag. Köln 1874 (anonym). – Ein Kapitel über die Polizei in Preußen. Köln 1876 (anonym). – Strafrechts-

pflege und Politik. Köln 1877 (anonym). – Gesetz und Recht. Köln 1877 (anonym). – Preußen und die katholische Kirche. Köln 1884, [5]1887. – Die bedingte Verurteilung. Köln 1894, [2]1896. – Die Parität in Preußen. Denkschrift. Köln 1897, [2]1899 (anonym; in Verb. mit W. *Hankamer*). – Das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs vom 1. 7. 1896. Leipzig 1896, [2]1900 (in Verb. mit H. *Roeren*). – Wir müssen aus dem Turm heraus, in: Historisch-Politische Blätter 137 (1906) S. 376 ff. – Lose Blätter aus meinem Leben. Freiburg i. Br. 1910. – L. Windthorst. Freiburg i. Br. 1912. – Erinnerungen eines alten Publizisten und Politikers. Köln 1913 (erweiterte Ausgabe der »Losen Blätter« von 1910). – Das Zentrum, wie es war, ist und bleibt. Köln 1913. – Allerlei Gedanken über Journalistik. Leipzig 1906, [2]1915. – Zur Jahrhundertfeier der Vereinigung der Rheinlande mit Preußen. Köln 1915. – Der Krieg und die Freimaurerei. Mönchengladbach o. J. (1915). – Der Krieg und das Papsttum. Mönchengladbach o. J. (1915). – Der Krieg und die politischen Parteien. Mönchengladbach o. J. (1915). – Das Zentrum und die anderen Parteien, in: F. *Thimme*, Vom innern Frieden des deutschen Volkes. Leipzig 1916, S. 400 ff. – Staatslexikon. Hg. von der Görres-Gesellschaft. Freiburg i. Br. 1896 bis 1912 ([1]1896; [2]1901/1904; [3-4]1908/1912).

Literatur

(E. *Schopen*), Köln, eine innere Gefahr für den Katholizismus. Köln 1910. – H. *Cardauns*, Aus dem Leben eines deutschen Redakteurs. Köln 1912. – H. *Cardauns*, Julius Bachem. Mönchengladbach 1918. – M. *Spahn*, Julius Bachem, in: Hochland 15 (1918) S. 17 ff. – H. *Cardauns*, Julius Bachem und die Görresgesellschaft. Köln 1919. – K. *Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. 9 Bde. Köln 1927/1932. – K. *Hoeber*, Julius Bachem, in: Deutsches Biographisches Jahrbuch, 2. Überleitungsband (1917/1920). Berlin 1928, S. 207 ff. – E. *Heinen*, Zentrumspresse und Kriegszieldiskussion unter besonderer Berücksichtigung der »Kölnischen Volkszeitung« und der »Germania«. Phil. Diss. Köln 1962. – R. *Morsey*, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923. Düsseldorf 1966.

GEORG GRAF VON HERTLING

Quellen

Der größte Teil des Nachlasses von Hertling befindet sich im Bundesarchiv in Koblenz. Seine Reden sind zugänglich in den Stenographischen Berichten des Reichstags und des bayerischen Reichsrats, in den Jahresberichten der Görres-Gesellschaft und den Protokollen der Katholikentage. Vgl. ferner Reden, Ansprachen und Vorträge des Grafen Georg v. Hertling mit einigen Erinnerungen an ihn, gesammelt von A. *Dyroff*. Köln 1929. Sein Briefwechsel mit dem bayerischen Gesandten in Berlin, Hugo Graf v. Lerchenfeld-Koefering, von 1912 bis 1917, bearbeitet von E. *Deuerlein* (†), erscheint demnächst.

Schriften (Auswahl)

Materie und Form und die Definition der Seele bei Aristoteles. Bonn 1871. – Über die Grenzen mechanischer Naturerklärung. Bonn 1875. – Die Hypothese

Darwins. Bonn 1876. – Albertus Magnus. Köln 1880, ²1914. – Aufsätze und Reden sozialpolitischen Inhalts. Freiburg i. Br. 1884. – John Locke und die Schule von Cambridge. Freiburg i. Br. 1892. – Naturrecht und Sozialpolitik. Köln 1893. – Descartes' Beziehungen zur Scholastik. 1897/1899. – Kleine Schriften zur Zeitgeschichte und Politik. Freiburg i. Br. 1897. – Das Prinzip des Katholizismus und die Wissenschaft. Freiburg i. Br. ¹⁻⁴1899. – Augustinus. Mainz 1902. – Politische Parteibildung und soziale Schichtung, in: Hochland 2/II (1905) S. 46 ff. – Akademische Freiheit, in: Hochland 3/I (1905) S. 67 ff. – Vom deutschen Zentrum, in: Hochland 4/II (1907) S. 221 ff; 465 ff (anonym). – Recht, Staat und Gesellschaft. Kempten 1906, ⁴1917. – Wilhelm Emmanuel Frhr. v. Ketteler, in: Hochland 9/I (1911) S. 281 ff. – Historische Beiträge zur Philosophie, hg. von J. A. *Endres*. Kempten 1914. – Erinnerungen aus meinem Leben. 2 Bde. Kempten 1919/20. – Vorlesungen über Metaphysik, hg. von M. *Meier*. Kempten 1922.

Literatur

H. *Eisele*, Georg Frhr. v. Hertling, in: Hochland 10/II (1913) S. 750 ff. – K. Graf *v. Hertling*, Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters. Freiburg i. Br. 1919. – H. *v. Grauert*, Graf v. Hertling. Köln 1920. – M. *Benl*, Hertling als Sozialtheoretiker und Sozialpraktiker. Diss. (Masch.) Freiburg i. Br. 1922. – V. *Naumann*, Profile. München 1925, S. 13 ff. – Graf H. *Lerchenfeld*, Hertling, in: Staatslexikon 2⁵. Freiburg i. Br. 1927, Sp. 1168 ff. – K. *Bachem*, Georg Frhr. v. Hertling, in: Deutsches Biographisches Jahrbuch, 2. Überleitungsband. Berlin 1928, S. 416 ff. – A. F. *Eickhoff*, Georg v. Hertling als Sozialpolitiker. Köln 1932. – W. *Polle*, Hertling als Sozialphilosoph. Diss. Würzburg 1933. – H. Graf *Lerchenfeld-Koefering*, Erinnerungen und Denkwürdigkeiten 1843–1925. Berlin 1935. – J. *Urbanowski*, Georg v. Hertlings Gesellschaftslehre. Bottrop 1936. – E. *Hoop*, Die Innenpolitik der Reichskanzler Michaelis und Graf Hertling. Phil. Diss. (Masch.) Kiel 1951. – E. *Deuerlein*, Eine unbekannte Kontroverse zwischen Staatsminister Graf Hertling und der Obersten Heeresleitung im Februar/März 1917, in: Historisches Jahrbuch 70 (1951) S. 260 ff. – E. *Deuerlein*, Deutsche Kanzler von Bismarck bis Hitler. München 1968, S. 193 ff. – B. *Zittel*, Georg Frhr. v. Hertling, in: Gestalter der Welt, hg. von W. *Sandfuchs*. Würzburg 1971, S. 110 ff.

FRANZ HITZE

Quellen

Ein Nachlaß von Hitze ist nicht erhalten. Seine Reden liegen gedruckt vor in den Stenographischen Berichten des Reichstags, des Preußischen Abgeordnetenhauses und den Protokollen der Katholikentage. Zahlreiche Aufsätze finden sich in den Zeitschriften »Arbeiterwohl« und »Soziale Kultur«.

Schriften (Auswahl)

Die soziale Frage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung. Paderborn 1877. – Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft. Paderborn 1880. – Die Quintessenz der socialen Frage. Paderborn 1880. – Die Arbeiterfrage und

die Bestrebungen zu ihrer Lösung. Mönchengladbach 1891, [8]1910. – Skizze der Arbeiterfrage und der deutschen Arbeitersozialpolitik. Mönchengladbach 1910. – Geburtenrückgang und Sozialreform. Mönchengladbach 1917, [2]1922.

Literatur

Soziale Arbeit im neuen Deutschland. Festschrift zum 70. Geburtstag von F. Hitze, hg. von A. *Pieper*. Mönchengladbach 1921. – H. *Kraneburg*, Hitzes sozialpolitische Forderungen und ihre Verwirklichung in der Gesetzgebung. Mönchengladbach 1927. – F. *Müller*, Franz Hitze und sein Werk. Hamburg 1928. – H. *Weber*, Franz Hitze, in: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien, Bd. 1. Münster 1932, S. 318 ff. – G. *Schreiber*, Westdeutsche Charaktere, in: Westfälische Forschungen 9 (1956) S. 54 ff. – F. *Bußmann*, Franz Hitze, in: Unitas 96 (1956) S. 107 ff; 127 ff. – K.-H. *Brüls*, Franz Hitze – Lehrmeister der sozialen Bildung, in: Wer war Franz Hitze? Münster 1959, S. 20 ff. – A. *Beckel*, Franz Hitze – sein Erbe, ebd., S. 36 ff. – F. *Mueller*, Franz Hitze, Altmeister der deutschen Sozialpolitik, in: Porträts christlich-sozialer Persönlichkeiten, hg. von J. *Seiters*, Teil 1. Osnabrück 1965, S. 86 ff.

PETER SPAHN

Quellen

Ein Nachlaß Peter Spahns ist nicht erhalten. Seine Reden sind gedruckt in den Stenographischen Berichten des Reichstags, des Preußischen Abgeordnetenhauses und der Katholikentage.

Literatur

Festfeier der Zentrumsfraktion des Reichstags zum 70. Geburtstag ihres Ersten Vorsitzenden Dr. Spahn am 23. Mai 1916. Berlin 1916. – J. *Fischart* (= E. Dombrowski), Peter Spahn, in: Köpfe der Gegenwart, 3. Folge. Berlin 1920, S. 20 ff. – (*Verus*), Dr. Peter Spahn, in: Deutsche Handels-Warte 12 (1924) S. 252 ff. – *Germania* vom 1.–4. Sept. 1925, Nr. 407–413. – O. *Kunze*, Peter Spahn †, in: Allgemeine Rundschau 22 (1925) S. 594 f. – Peter Spahn †, in: Deutsche Juristen-Zeitung 30 (1925) Sp. 1424. – Peter Spahn †, in: Juristische Wochenschrift 54 (1925) S. 2175 f. – M. *Spahn*, Selbstbiographie, in: Deutscher Aufstieg, hg. von H. *von Arnim* und G. *Below*. Berlin 1925, S. 479 ff. – Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstags 1919–1928. 4. Reihe Bd. 7/II: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruches 1918. Berlin 1928 (Aussagen von M. *Spahn*). – K. *Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. Bde. IV–IX. Köln 1928/32. – H. *Sacher*, Spahn, in: Staatslexikon 4[5]. Freiburg i. Br. 1931, Sp. 1742 f. – R. *Morsey*, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923. Düsseldorf 1966.

KARL TRIMBORN

Quellen

Der Nachlaß Trimborns soll sich im Besitze seiner Tochter, Frau von Hobe, in Unkel befinden. Trimborns Reden sind an zahlreichen Stellen gedruckt zugänglich: in den Materialien des Volksvereins, in den Verhandlungen des Kölner Stadtrats, des Deutschen Reichstags, des Preußischen Abgeordnetenhauses, der Deutschen Nationalversammlung in Weimar, in den Protokollen der Katholikentage sowie der Parteitage des Rheinischen Zentrums (1919) und der Deutschen Zentrumspartei (1920). Ebenfalls liegen Trimborns Stellungnahmen im Interfraktionellen Ausschuß 1917/18 (1959) und in den Sitzungen des Kriegskabinetts während der Reichskanzlerschaft des Prinzen Max von Baden (1962) gedruckt vor.

Literatur

Heft 2 der in Köln herausgegebenen »Mitteilungen der Zentralstelle der Rheinischen Zentrumspartei«, Jg. 4 vom 2. Dezember 1914 = Festnummer zum 60. Geburtstag Trimborns. Das Heft enthält ausschließlich Beiträge über Trimborn (mit zahlreichen Abbildungen), darunter von W. *Marx*, F. *Hitze*, A. *Pieper* und H. *Cardauns*.

H. *Cardauns*, Karl Trimborn, nach seinen Briefen und Tagebüchern. Mönchengladbach 1922. – K. *Bachem*, Karl Trimborn, in: Deutsches Biographisches Jahrbuch, 3. Überleitungsband: 1921. Berlin/Leipzig 1927, S. 263 ff. – K. *Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei, bes. Bd. 5. Köln 1929, S. 248 ff. – J. *Jörg*, Trimborn, in: Staatslexikon 5⁵. Freiburg i. Br. 1932, Sp. 421 ff. – E. *Ritter*, Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im 19. Jahrhundert und der Volksverein. Köln 1954. – R. *Morsey*, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923. Düsseldorf 1966. – R. *Morsey*, Karl Trimborn, in: Rheinische Lebensbilder, hg. von B. *Poll*, Bd. 3. Düsseldorf 1968, S. 235 ff. (Dieser Beitrag wurde mit freundlicher Erlaubnis der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde und des Rheinland-Verlags in Düsseldorf in den vorliegenden Band übernommen. Er ist an einigen Stellen erweitert und überarbeitet worden.) – R. *Morsey*, Karl Trimborn, in: Politik und Landschaft, hg. von W. *Först*, Bd. 3. Köln 1969, S. 105 ff.

KARL MUTH

Schriften (Auswahl)

Wem gehört die Zukunft? Ein Literaturbild der Gegenwart. Frankfurt 1893. – Steht die katholische Belletristik auf der Höhe der Zeit? Literarische Gewissensfrage von Veremundus. Mainz 1898. – Die literarischen Aufgaben der deutschen Katholiken. Mainz 1899. – Die Wiedergeburt der Dichtung aus dem religiösen Erlebnis. München 1909. – Religion, Kunst und Poesie, in: Festschrift der Görres-Gesellschaft für Georg v. Hertling. München 1913, S. 404 ff. – Schöpfer und Magier. Drei Essays. München 1935. – Begegnungen, in: Hochland 46 (1953) S. 10 ff; 127 ff; 235 ff.

Literatur

Wiederbegegnung von Kirche und Kultur in Deutschland. Eine Gabe für Karl Muth. München 1927. – Festgabe für Karl Muth zu seinem 70. Geburtstag. 18 Berichte von Freunden und Mitarbeitern, in: Hochland 34 (1937) S. 1 ff. – J. *Gitschner*, Die geistige Haltung der Monatsschrift »Hochland« in den politischen und sozialen Fragen ihrer Zeit von 1903–1933. Phil. Diss. München 1952. – F. *Rappmannsberger*, Karl Muth und seine Zeitschrift »Hochland« als Vorkämpfer für die innere Erneuerung Deutschlands. Phil. Diss. München 1952. – F. W. *Foerster*, Meine politische Auseinandersetzung mit Karl Muth, in: Erlebte Weltgeschichte. Nürnberg 1953, S. 199 ff. – A. W. *Hüffer*, Karl Muth als Literaturhistoriker. Münster 1959 (mit einem nach Sachgebieten gegliederten Verzeichnis sämtlicher »Hochland«-Beiträge Muths). – Cl. *Bauer*, Carl Muths und des Hochland Weg aus dem Kaiserreich in die Weimarer Republik, in: Hochland 59 (1966/67) S. 234 ff. – W. *Spael*, Wie das »Hochland« entstand, in: Das katholische Deutschland im 20. Jahrhundert. Würzburg 1964, S. 106 ff. – K. *Ackermann*, Der Widerstand der Monatsschrift Hochland gegen den Nationalsozialismus. München 1965. – K. *Schaezler*, Karl Muth, in: Gestalter der Welt, hg. von W. *Sandfuchs*. Würzburg 1971, S. 127 ff.

MATTHIAS ERZBERGER

Quellen

Der Nachlaß Erzbergers befindet sich im Bundesarchiv in Koblenz. Seine Reden und Stellungnahmen liegen vor in den Stenographischen Berichten des Reichstags und der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, in den Protokollen des Interfraktionellen Ausschusses für 1917/18 (1959) und den (noch ungedruckten) Berichten des Hauptausschusses des Reichstags für die Kriegszeit, in den gedruckten Protokollen der Regierung des Prinzen Max von Baden (1962) und denen der Regierung Scheidemann (1971).

Schriften (Auswahl)

Christliche oder sozialdemokratische Gewerkschaften? Stuttgart 1898. – Die Säkularisation in Württemberg von 1802–1810. Stuttgart 1902. – Das neue Militärpensionsgesetz für Mannschaften und Militäranwärter nebst einem Anhang über die Veteranenbeihilfe. Berlin 1906. – Die Kolonialbilanz. Berlin 1906. – Der Toleranzantrag der Zentrumsfraktion des Reichstages. Osnabrück 1906. – Die politischen Parteien und ihre Tätigkeit. Mönchengladbach 1907. – Der Kampf gegen den Katholizismus in der Ostmark. Berlin 1908. – Der Humor im Reichstage. Eine systematisch geordnete Sammlung von Parlaments-Scherzen. Berlin 1910. – Der Stille Kulturkampf. Hamm 1912. – Das deutsche Zentrum. Amsterdam ²1912. – Duell und Ehre. Paderborn 1913. – Der Wehrbeitrag 1913. Stuttgart 1913. – Die Rüstungsausgaben des Deutschen Reiches. Stuttgart 1914. – Der Verständigungsfriede. Stuttgart 1917. – Der Völkerbund. Berlin 1918. – Reden zur Neuordnung des deutschen Finanzwesens. Berlin 1919. – Erlebnisse im Weltkrieg. Stuttgart 1920. – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Stuttgart 1920. – Christlicher Solidarismus als Weltprinzip. Mönchengladbach 1921.

Literatur

K. *Epstein,* Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie. Deutsche (gegenüber der amerikanischen Ausgabe von 1959 überarbeitete) Ausgabe Berlin 1962 (mit Bibliographie). – A. *Hagen,* Matthias Erzberger, in: Gestalten aus dem schwäbischen Katholizismus, Teil 3. Stuttgart 1954, S. 164 ff. – H. *Lutz,* Zu Erzbergers zweiter römischer Reise (Ostern 1915), in: Römische Quartalschrift 57 (1962) S. 268 ff. – A. *Pausch,* Matthias Erzberger. Stuttgart 1965. – R. *Morsey,* Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923. Düsseldorf 1966. – R. *Morsey,* Matthias Erzberger, in: Publik (Frankfurt) vom 24. und 31. Januar 1969. – M. *Miller,* Matthias Erzberger, in: Katholischer Volks- und Hauskalender, Bd. 121. Stuttgart 1971, S. 26 ff.

FELIX PORSCH

Quellen

Ein Teilnachlaß Porschs befindet sich im Diözesanarchiv in Breslau. Seine zahlreichen Reden liegen gedruckt vor in den Stenographischen Berichten des Reichstags, des Preußischen Abgeordnetenhauses und des Landtags, in den Protokollen der Katholikentage, der Parteitage des Zentrums, der Tagungen des Augustinus-Vereins zur Pflege der katholischen Presse und der Veranstaltungen der CV (in der Zeitschrift »Academica«). Porsch hat mehr als 60 Artikel im »Archiv für katholisches Kirchenrecht« veröffentlicht.

Literatur

Festschrift Felix Porsch zum siebzigsten Geburtstag dargebracht von der Görres-Gesellschaft. Paderborn 1923. – (*Verus*), Dr. Felix Porsch, in: Deutsche Handels-Warte 11 (1923) Nr. 10, S. 222 ff. – K. *Bachem,* Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. 9 Bde. (vornehmlich Bd. V). Köln 1929. – (J. *Heß*), Felix Porsch (Schriften der preußischen Zentrumsfraktion). Neuwied 1931. – K. *Beyerle,* Nachruf auf Felix Porsch, in: Jahresbericht der Görres-Gesellschaft 1930/31. Köln 1932, S. 84 ff. – Erinnerungen an Felix Porsch. Zu seinem 80. Geburtstag. Von X. (= L. *Schwering*), in: Kölnische Volkszeitung vom 14. Februar 1932, Nr. 45. – R. *Morsey,* Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923. Düsseldorf 1966. – G. *Webersinn,* Dr. Felix Porsch, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelm-Universität zu Breslau 13 (1968) S. 232 ff.

HEDWIG DRANSFELD

Literatur

Katholischer Deutscher Frauenbund (Hg.), Hedwig Dransfeld zum Gedächtnis. Köln 1927. – G. *Krabbel,* Selig sind des Friedens Wächter. Münster 1949, S. 1 ff. – E. *Schmücker,* Frauenbilder unserer Zeit. Paderborn 1928, S. 16 ff. – E. *Schmücker,* Frauen in sozialer Verantwortung. Paderborn 1962, S. 44 ff. – W. *Spael,* Katholischer Deutscher Frauenbund, in: Das katholische Deutschland im 20. Jahrhundert. Würzburg 1964, S. 80 ff.

KONSTANTIN FEHRENBACH

Quellen

Ein politisch unbedeutender Restnachlaß Fehrenbachs befindet sich im Bundesarchiv in Koblenz. Reden Fehrenbachs sind gedruckt in den Stenographischen Berichten des Badischen Landtags, des Reichstags, der Katholikentage und in den Protokollen der Parteitage der Deutschen Zentrumspartei. Ebenfalls gedruckt sind seine Äußerungen im Interfraktionellen Ausschuß 1917/18 (1959), auch während der Zeit der Regierung des Prinzen Max von Baden (1962) und in der Reichstagsfraktion des Zentrums für 1926 (1969). Über Fehrenbachs Rolle als Reichskanzler und die Hauptprobleme seiner Regierung orientiert jetzt auch die Edition der Akten der Reichskanzlei (1972).

Literatur

J. *Fischart* (= E. *Dombrowski*), Constantin Fehrenbach, in: *Ders.*, Das alte und das neue System. Berlin 1920, S. 94 ff. – K. *Görres*, Constantin Fehrenbach †, in: Juristische Wochenschrift 55 (1926) H. 8. – J. *Schofer*, Mit der alten Fahne in die neue Zeit. Karlsruhe 1926. – H. *vom Wannsee*, Der Fraktionsführer, in: Deutsche Handels-Warte 14 (1926) S. 193 f. – H. *Sacher*, Fehrenbach, in: Staatslexikon 1[5]. Freiburg i. Br. 1926, Sp. 1815 f. – F. *Wetzel*, Konstantin Fehrenbach †, in: Allgemeine Rundschau 23 (1926) S. 225 ff. – *Viscount d'Abernon*, Ein Botschafter der Zeitenwende. Dt. von A. Vallentin. Bd. 1. Leipzig 1929. – K. *Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei, Bde. 7–9. Köln 1930/32. – H. *Köhler*, Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949. Mit einem Geleitwort von M. *Miller*, hg. von J. *Bekker*. Stuttgart 1964. – R. *Morsey*, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923. Düsseldorf 1966. – M. *Stadelhofer*, Der Abbau der Kulturkampfgesetzgebung im Großherzogtum Baden 1878–1918. Mainz 1968. – E. *Deuerlein*, Deutsche Kanzler von Bismarck bis Hitler. München 1968, S. 289 ff. – J. *Becker*, Liberaler Staat und Kirche in der Ära von Reichsgründung und Kulturkampf. Geschichte und Strukturen ihres Verhältnisses im Großherzogtum Baden 1860–1876. Mainz 1973.

HEINRICH BRAUNS

Quellen

Der Nachlaß von Brauns befindet sich im Archiv der Abtei Weingarten. Gedruckt sind seine Reden auf den Kongressen der Christlichen Gewerkschaften, auf den Katholikentagen, auf den Parteitagen des Rheinischen Zentrums (1919) und der Deutschen Zentrumspartei, in der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und im Reichstag sowie auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf (1931). Ferner liegen gedruckt vor seine Äußerungen in den Sitzungen der Reichstagsfraktion des Zentrums von 1926 an (1969) und im Kabinett für die Zeit der Regierungen Müller I (1971), Cuno (1968) und Müller II (1970). Zahlreiche Artikel von Brauns finden sich in der »Präsides-Korrespondenz« (Mönchengladbach 1901 ff).

Schriften (Auswahl)

Der Übergang von der Handweberei zum Fabrikbetrieb in der Niederrheinischen Samt- und Seidenindustrie und die Lage der Arbeiter in dieser Periode, hg. von G. *Schmoller* und M. *Sering*. Leipzig 1906. – (*Rhenanus*), Christliche Gewerkschaften oder Fachabteilungen in katholischen Arbeitervereinen. Köln 1904. – Die Christlichen Gewerkschaften. Mönchengladbach 1906, ³1921. – Die Wahrheit über den Gewerkschaftsstreit der deutschen Katholiken. Mönchengladbach 1912. – Die »Freien« und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Mönchengladbach 1907, ³1921. – Das Betriebsräte-Gesetz. Mönchengladbach 1920, ²1924. – Wirtschaftskrisis und Sozialpolitik. Mönchengladbach 1924. – Die Sozialpolitik vor und nach dem Kriege, in: Politisches Jahrbuch 1926, hg. von G. *Schreiber*. Mönchengladbach 1927, S. 283 ff.

Literatur

K.-H. *Brüls*, Heinrich Brauns, der Reichsarbeitsminister der Weimarer Republik, in: Porträts christlich-sozialer Persönlichkeiten, hg. von J. *Seiters*. Teil I. Osnabrück 1965, S. 130 ff. – E. *Deuerlein*, Heinrich Brauns. Schattenriß eines Sozialpolitikers, in: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning, hg. von F. A. *Hermens* und Th. *Schieder*. Berlin 1967, S. 41 ff. – U. *Oltmann*, Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns in der Staats- und Währungskrise 1923/24. Phil. Diss. Kiel 1968. – E. *Deuerlein*, Heinrich Brauns, in: Politik und Landschaft. Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, hg. von W. *Först*, Bd. 3. Köln 1969, S. 148 ff. – H. *Mockenhaupt*, Soziologische Aspekte im sozialpolitischen Wirken von Heinrich Brauns (Diplom-Arbeit an der Philosophischen Fakultät der Universität des Saarlandes). Saarbrücken 1969. – H. *Mockenhaupt*, Heinrich Brauns, der getreue Eckart der Weimarer Sozialpolitik, in: Publik (Frankfurt a. M.) vom 6. März 1970.

JOSEPH WIRTH

Quellen

Der Nachlaß Wirths ist bisher der Forschung nicht zugänglich. Von anderen Nachlässen sind insbesondere die von W. Marx (in Köln) und F. Dessauer (in Bonn) wichtig. Wirths Reden sind gedruckt in den Stenographischen Berichten des Reichstags, in den Protokollen der Reichsparteitage des Zentrums und der Katholikentage sowie in einem Sammelband »Reden während der Kanzlerschaft« (Berlin 1925). Zahlreiche Aufsätze finden sich in der von ihm mitherausgegebenen Zeitschrift »Deutsche Republik« (1926 ff). Seine Äußerungen im Kabinett während seiner Kanzlerzeit werden in Kürze in der Reihe »Akten der Reichskanzlei« gedruckt vorliegen (und sind bereits erschienen für die Zeit seiner Tätigkeit als Reichsminister für die besetzten Gebiete in den Bänden über die Regierung H. Müller II; 1971). Seine Stellungnahmen in den Sitzungen der Reichstagsfraktion des Zentrums von 1926–1933 sind ebenfalls gedruckt (1969).

Schriften (Auswahl)

Unsere politische Linie im deutschen Volksstaat. Berlin 1924. – Der Aufbruch. Republikanische Flugschriften. Berlin, Frankfurt a. M. 1926. – Die Festigung der Republik, in: Friedrich Ebert und seine Zeit. Charlottenburg o. J. (1927) S. 303 ff. – Le Centre allemand dans la nouvelle Europe, in: L'Esprit International I (1927) S. 147 ff. – (posthum) Die deutsche Neutralitätspolitik der Jahre 1922–1932, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5 (1960) S. 1013 ff.

Literatur

K. *Griewank*, Dr. Wirth und die Krisen der Weimarer Republik, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 1 (1951/52) S. 1 ff. – H. *Helbig*, Die Träger der Rapallo-Politik. Göttingen 1958. – J. *Becker*, Joseph Wirth und die Krise des Zentrums während des IV. Kabinetts Marx (1927–1928), in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 109 (1961) S. 361 ff. – J. *Becker*, Eine Niederschrift Joseph Wirths über seinen Eintritt in das Reichskabinett 1920, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 112 (1964) S. 243 ff. – H. *Köhler*, Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949, hg. von J. *Becker*. Stuttgart 1964. – R. *Morsey*, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923. Düsseldorf 1966. – Th. A. *Knapp*, Joseph Wirth and the democratic left in the German Center Party, 1918–1928. Phil. Diss. Washington 1967. – E. *Laubach*, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22. Lübeck 1968. – E. *Deuerlein*, Deutsche Kanzler von Bismarck bis Hitler. München 1968, S. 306 ff.

WILHELM MARX

Quellen

Der sehr umfangreiche Nachlaß Marx befindet sich im Historischen Archiv der Stadt Köln. Vgl. H. *Stehkämper* (Bearb.), Der Nachlaß des Reichskanzlers Wilhelm Marx, 4 Teile (Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln 52–55). Köln 1968. Reden von Marx sind gedruckt in den Stenographischen Berichten des Reichstags, des Preußischen Abgeordnetenhauses und des Preußischen Landtags sowie in den Protokollen der Parteitage des Zentrums und der Katholikentage. Weitere gedruckte Quellen: O. *Schöny* (Hg.), Die Rettung vor der Katastrophe. Die Politik des Kabinetts Marx unter dem Ermächtigungsgesetz und ihre Erfolge. Berlin o. J. (1924). – K. *Spiecker* (Hg.), Ein Jahr Marx. Die Rettung Deutschlands. Berlin 1925. – Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik: Das Kabinett Marx I und II (1923/24), bearb. von G. *Abramowski*, 2 Bde. Boppard am Rhein 1973.

Schriften (Auswahl)

Das Gesetz betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen vom 28. Juli 1906, gemeinverständlich dargestellt. Köln ^{3}1911, 16 S. – Die Vereinigung der Katholiken Deutschlands zur Verteidigung der christlichen Schule und Erziehung. Düsseldorf 1912, 16 S. – Gründung und Tätigkeit der Ortsaus-

schüsse. Düsseldorf 1913, 16 S. – Ist die christliche Schule und Erziehung in Preußen bedroht? Düsseldorf 1913, 16 S. – Schulvorstände und Schulkommissionen nach dem preußischen Volksschulunterhaltungsgesetz vom 28. Juli 1906. Düsseldorf 1914, 16 S. – Die Schulfrage, in: Chrysologus, Bll. für Kanzelberedsamkeit 54 (1914) S. 713 ff. – Die Grundsätze des Kammergerichts betreffs der religiösen Kindererziehung. Düsseldorf 1915. – Elternbeiräte – Elternausschüsse. Düsseldorf 1920. – Konfessionelle Schule? Simultanschule? Freie Schule? Mönchengladbach 1920. – Das Reichsgesetz über die religiöse Kindererziehung vom 15. Juli 1921. Düsseldorf ²1922.

Marx veröffentlichte regelmäßig Aufsätze 1894–1904 im »Wuppertaler Volksblatt«, 1907–1921 im »Düsseldorfer Tageblatt« und 1921–1932 in der Berliner »Germania«; mehrfach übernahmen die »Kölnische Volkszeitung« und die »Allgemeine Rundschau« Artikel von ihm. Ausführlichere Beiträge lieferte er der von der Schulorganisation herausgegebenen Zeitschrift »Schule und Erziehung« sowie den »Historisch-politischen Blättern«. Das »Lexikon der Pädagogik der Gegenwart« und das »Staatslexikon der Görresgesellschaft«, 5. Aufl. 1926 ff, enthalten einige von ihm verfaßte Artikel.

Eine Bibliographie der zahlreichen Veröffentlichungen ist ein Desiderat.

Literatur

J. *Becker*, Joseph Wirth und die Krise des Zentrums während des IV. Kabinetts Marx (1927–1928), in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 109 (1961) S. 361 ff. – J. K. *Zeender*, The German Catholics and the Presidential Election of 1925, in: The Journal of Modern History 35 (1963) S. 366 ff. – R. *Morsey*, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923. Düsseldorf 1966, S. 576 ff. – M. *Stürmer*, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928. Düsseldorf 1967. – L. *Schwering*, Reichskanzler Wilhelm Marx, in: Annalen des historischen Vereins für den Niederrhein 170 (1968) S. 220 ff. – E. *Deuerlein*, Deutsche Kanzler von Bismarck bis Hitler. München 1968, S. 361 ff. (Diese Darstellung lehnt sich, ohne daß darauf hingewiesen ist, über längere Passagen z. T. wörtlich an den Beitrag von H. *Stehkämper* an, der am 30. Mai 1967 vom 2. Programm des Westdeutschen Rundfunks ausgestrahlt wurde, vgl. den folgenden Titel.) – H. *Stehkämper*, Wilhelm Marx, in: Politik und Landschaft. Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, hg. von W. *Först*, Bd. 3. Köln 1969, S. 126 ff. – Zur Genealogie: Deutsches Geschlechterbuch 147, Allg. Bd. 40. Limburg/Lahn 1968, S. 200 ff; S. 209.

ADAM STEGERWALD

Quellen

Über den Restnachlaß Stegerwalds informiert eine von H. J. *Schorr* angefertigte Inhaltsübersicht: Stegerwald-Archiv. Köln 1964. Stegerwalds Reden sind gedruckt zugänglich in den Stenographischen Berichten der Verhandlungen des Preußischen Herrenhauses, der Verfassunggebenden Nationalversammlung, des Deutschen Reichstags und des Preußischen Landtags, in den Protokollen der Katholikentage, der Parteitage der Deutschen Zentrumspartei und in den Verhandlungen der Kongresse der Christlichen Gewerkschaften. Seine Äußerungen

in den Sitzungen der Reichstagsfraktion des Zentrums und ihres Vorstands für die Jahre 1926–1933 sind ebenso (1969) publiziert wie die in den Sitzungen der Regierung H. Müller II (1970). Zahlreiche Aufsätze und Reden von Stegerwald finden sich in den Zeitschriften »Mitteilungen des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands«, »Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands«, »Soziale Kultur« und »Deutsche Arbeit«.

Schriften (Auswahl)

Zum Verfassungskampf in Preußen. Köln 1918. – Unsere Not und unsere Rettung. Berlin 1919. – Deutsche Lebensfragen. Köln 1920. – Zusammenbruch und Wiederaufbau. Berlin 1922. – Christliche Gewerkschaften und Politik. Berlin 1924. – Aus meinem Leben. Berlin 1924. – Arbeiterschaft, Volk und Staat. Berlin 1926. – Zur Reform der Beamtenbesoldung. Berlin 1928. – Zentrumspartei, Arbeiterschaft, Volk und Staat. Berlin 1928. – Wo stehen wir? Würzburg 1945. – Wohin gehen wir? Würzburg 1945.

Literatur

P. *Weber*, Adam Stegerwald. Berlin 1932. – H. *Ullmann*, In der großen Kurve. Führer und Geführte. Berlin 1933, S. 33 ff. – J. *Deutz*, Adam Stegerwald. Köln 1952. – L. *Schwering*, Stegerwalds und Brünings Vorstellungen über Parteireform und Parteiensystem, in: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning, hg. von F. A. *Hermens* und Th. *Schieder*. Berlin 1967, S. 23 ff. – R. *Morsey*, Die Deutsche Zentrumspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, hg. von E. *Matthias* und R. *Morsey*. Düsseldorf 1960, S. 281 ff. – J. *Seiters*, in: Porträts christlich-sozialer Persönlichkeiten, Teil I. Osnabrück 1965, S. 100 ff. – R. *Morsey*, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923. Düsseldorf 1966. – H. J. *Schorr*, Adam Stegerwald. Recklinghausen 1966. – E. *Ritter*, Radowitz, Windthorst, Stegerwald. Frankfurt a. M. 1966, S. 224 ff. – R. *Morsey*, Adam Stegerwald, in: Publik (Frankfurt a. M.) vom 4. und 11. Dezember 1970.

HEINRICH HELD

Quellen

Der Nachlaß Helds befindet sich im Bayerischen Geheimen Staatsarchiv in München. Seine Reden liegen gedruckt vor in den Stenographischen Berichten der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags, ferner in den Protokollen der Katholikentage. Zahlreiche Artikel finden sich im »Pfälzer Boten«, im »Regensburger Morgenblatt«, im »Regensburger Anzeiger«, in den »Mitteilungen für die Vertrauensleute der Bayerischen Volkspartei« und in der »Bayerischen Volkspartei-Correspondenz«.

Schriften (Auswahl)

Gedächtnisrede auf Ernst Maria Lieber. Regensburg 1902. – Einleitung zu: Die Verfassung des Freistaats Bayern. München 1919. – Der Standpunkt der süddeutschen Staatsoberhäupter, in: Süddeutsche Monatshefte 25 (1928) S. 242 ff. –

Das preußisch-deutsche Problem. München 1929. – Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern in Gesetzgebung und Verwaltung. München 1929. – Reichsaufbau: Deutschlands Weg an der Zeitenwende. München 1931.

Literatur

J. *Held*, Heinrich Held. Regensburg 1958. – K. *Schwend*, Ein Mann des Rechts – in memoriam Heinrich Held. Regensburg 1958. – K. *Bosl*, Heinrich Held, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 31 (1968) S. 747 ff. – R. *Keßler*, Heinrich Held als Parlamentarier. Eine Teilbiographie 1868–1924. Berlin 1971. – K. *Schönhoven*, Die Bayerische Volkspartei 1924–1932. Düsseldorf 1972.

JOSEPH JOOS

Quellen

Ein Restnachlaß von Joos aus der Zeit nach 1945 befindet sich in der Bonner Forschungsstelle der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern. Reden von Joos sind gedruckt in den Stenographischen Berichten des Reichstags, den Protokollen der Katholikentage und den Materialien der Kongresse der KAB. Zahlreiche Aufsätze finden sich in der »Westdeutschen Arbeiterzeitung«, der Wochenzeitung »Der deutsche Weg« und in der Zeitschrift »Das junge Zentrum«. Seine Äußerungen in der Zentrumsfraktion liegen in den Protokollen der Fraktion und ihres Vorstands für die Jahre 1926–1933 gedruckt vor (1969).

Schriften (Auswahl)

Krisis in der Sozialdemokratie. Mönchengladbach 1911. – Die katholischen Arbeitervereine. Mönchengladbach 1913. – Industrie und Arbeiterseele. Mönchengladbach 1914. – Das neue Zentrum und die politische Neuordnung. Neuß 1918. – Volk im Werden. Um das neue Deutschland. Der gesammelten Aufsätze 1. Folge. Frankfurt a. M. 1925. – Die politische Gedankenwelt des Zentrums. Karlsruhe 1928. – Chaos oder Ordnung. Köln 1930. – Leben auf Widerruf. Begegnungen und Beobachtungen im KZ Dachau 1941–1945. Trier ²1948. – Am Räderwerk der Zeit. Erinnerungen aus der katholischen und sozialen Bewegung und Politik. Augsburg o. J. (1950). – So sah ich sie. Menschen und Geschehnisse. Augsburg 1958. – Die KAB in der Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung Deutschlands. Köln 1963.

Literatur

J. *Thielmann*, Die Presse der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands. München 1934. – H. *Grebing*, Zentrum und katholische Arbeiterschaft 1918–1933. Phil. Diss. (Masch.) Berlin 1953. – P. *Jostock*, Die katholisch-soziale Bewegung der letzten hundert Jahre in Deutschland. Köln (1959). – K. *Puder*, Die Rolle des Antikommunismus in der Presse der katholischen Arbeiterbewegung Westdeutschlands. Dargestellt am Beispiel der antikommunistischen Funktionen und Methoden der »Westdeutschen Arbeiter-Zeitung« bzw. der »Ketteler-Wacht«. Diss. (Masch.) Leipzig 1965. – S. *Scholl* (Hg.), Katholische Arbeiter-

bewegung in Westeuropa. Bonn 1966. – O. *Wachtling*, Die Position von Joseph Joos in der christlich-sozialen Bewegung und in der Zentrumspartei bis zum Jahr 1933. Phil. Diss. Marburg 1970 (mit Bibliographie).

HEINRICH BRÜNING

Quellen

Der Nachlaß Brünings ist bisher der Forschung nicht zugänglich. Seine Reden sind gedruckt in den Stenographischen Berichten des Reichstags, seine Äußerungen im Kabinett und Schriftwechsel aus seiner Reichskanzlei in den (demnächst im Druck erscheinenden) »Akten der Reichskanzlei« für die Zeit von 1930–1932. Seine Stellungnahmen in der Reichstagsfraktion und deren Vorstand für die Zeit von 1926–1933 liegen ebenfalls vor (1969). Eine Auswahl seiner Reden und Aufsätze enthält der Sammelband: Heinrich Brüning. Reden und Aufsätze eines deutschen Staatsmanns, hg. von W. *Vernekohl* (†) unter Mitwirkung von R. *Morsey*. Münster 1968. (Die darin enthaltenen Beiträge sind in der folgenden Übersicht über seine Schriften nicht aufgenommen.)

Schriften (Auswahl)

Der Wiederaufbau des deutschen Finanzwesens, in: Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1921, 14. Jg. (Köln) S. 82 ff (anonym). – Die Steuerreform von 1925, in: Politisches Jahrbuch, hg. von G. *Schreiber*. (I) 1925. Mönchengladbach 1925, S. 394 ff. – (II) 1926. Ebd. 1926, S. 539 ff. – (III) 1927/28. Ebd. 1928, S. 689 ff. – Die Arbeit der Zentrumspartei auf finanzpolitischem Gebiete, in: Nationale Arbeit. Das Zentrum und sein Wirken in der deutschen Republik, hg. von K. A. *Schulte*. Berlin o. J. (1930) S. 354 ff. – Zwei Jahre am Steuer des Reichs. Reden aus Brünings Kanzlerzeit. Köln 1932. – German Strategy: 1914 and 1940, in: Foreign Affairs 19 (1941) S. 495 ff (anonym). – Memoiren. Stuttgart 1970.

Literatur

R. R. *Beer*, Heinrich Brüning. Berlin [1-4]1931. – A. *Nobel*, Brüning. Leipzig 1932. – R. *Morsey*, Die Deutsche Zentrumspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, hg. von E. *Matthias* und R. *Morsey*. Düsseldorf 1960, S. 281 ff. – Heinrich Brüning. Ein deutscher Staatsmann im Urteil der Zeit. Reden und Aufsätze, gesammelt von W. *Vernekohl*. Münster 1961. – H. *Pünder*, Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929–1932, hg. von Th. *Vogelsang*. Stuttgart 1961. – W. J. *Helbich*, Die Reparationen in der Ära Brüning. Berlin 1962. – J. *Becker*, Heinrich Brüning in den Krisenjahren der Weimarer Republik, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 17 (1966) S. 201 ff. – Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning, hg. von F. A. *Hermens* und Th. *Schieder*. Berlin 1967. – Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33, hg. von W. *Conze* und H. *Raupach*. Stuttgart 1967. – G. R. *Treviranus*, Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit. Düsseldorf 1968. – H. *Köhler*, Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Reparationen in der Schlußphase der Regierung Brüning, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 16 (1969) S. 276 ff. – E. *Lohe*, Heinrich

Brüning. Göttingen 1969. – R. *Morsey*, Gedenkrede zum Tode von Heinrich Brüning. Münster 1970. – R. *Morsey*, Brüning und Adenauer. Düsseldorf 1972.

LUDWIG KAAS

Quellen

Ein politischer Nachlaß Kaas' existiert nicht. Ein Teil seiner Korrespondenz mit den Trierer Bischöfen Korum und Bornewasser befindet sich im Bistumsarchiv Trier. Ein anderer Teilbestand für das Jahr 1933 wird im Bundesarchiv Koblenz aufbewahrt. Die Reden von Kaas sind gedruckt zugänglich in den Berichten über die Verhandlungen der Verfassunggebenden Nationalversammlung, des Deutschen Reichstags und des Preußischen Staatsrats, in den Protokollen der Reichsparteitage des Zentrums, der Katholikentage und in der Zeitschrift »Das Zentrum« (1930 ff). Seine Äußerungen in den Sitzungen der Reichstagsfraktion und ihres Vorstands für die Jahre 1926–1933 liegen gedruckt vor (1969), ebenso seine Korrespondenzen im Zusammenhang der Verhandlungen über den Abschluß des Reichskonkordats (1969).

Schriften (Auswahl)

Die geistliche Gerichtsbarkeit der katholischen Kirche in Preußen in Vergangenheit und Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung des Westens der Monarchie. 2 Bde. Stuttgart 1915/16 (Nachdruck Amsterdam 1965). – Das Trierer Apostolische Vikariat Ehrenbreitstein (1816–24), in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonistische Abteilung 7 (1917) S. 135 ff. – Staat und Kirche im neuen Deutschland. Rede, gehalten auf dem Trierer Katholikentag am 12. Okt. 1919. Trier 1919. – Die Außenpolitik des Reiches, in: Politisches Jahrbuch, hg. von G. *Schreiber*. (I) 1925. Mönchengladbach 1925, S. 11 ff. – (II) 1926. Ebd. 1926, S. 11 ff. – (III) 1927/28. Ebd. 1928, S. 11 ff. – Commission de Constation et de Conciliation, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 1 (1929) S. 1 ff. – Der Völkerbund als deutsche Aufgabe, in: Nationale Arbeit. Das Zentrum und sein Wirken in der deutschen Republik, hg. von K. A. *Schulte*. Berlin o. J. (1930) S. 119 ff. – Deutschland und Italien, in: Jahrbuch für auswärtige Politik, hg. von H. *Frhr. v. Richthofen* 2 (1930) S. 53 ff. – Nicht rückwärts – vorwärts! Rede. Berlin 1931. – Deutsche Außenpolitik, in: Krisis. Ein politisches Manifest. Weimar 1932, S. 51 ff. – Der Konkordatstyp des faschistischen Italien, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 3 (1933) S. 488 ff. – Eugenio Pacelli. Gesammelte Reden. Ausgewählt und eingeleitet von Ludwig Kaas. Berlin 1930.

Literatur

A. *Wynen*, Ludwig Kaas. Trier 1953. – R. *Morsey*, Die Deutsche Zentrumspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, hg. von E. *Matthias* und R. *Morsey*. Düsseldorf 1960, S. 281 ff. – J. *Becker*, Brüning, Prälat Kaas und das Problem einer Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930–1932, in: Historische Zeitschrift 196 (1963) S. 74 ff. – R. *Morsey*, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923. Düsseldorf 1966. – Staatliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933, bearbeitet von A. *Kupper*. Mainz 1969. – Kirchliche Akten über die Reichskon-

kordatsverhandlungen 1933, bearbeitet von L. *Volk*. Mainz 1969. – K. *Schauff*, Erinnerung an Ludwig Kaas. Pfullingen 1972. – L. *Volk*, Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Mainz 1972.

ADOLF KARDINAL BERTRAM

Quellen

Den Nachlaß Kardinal Bertrams verwahrt das Erzbischöfliche Archiv in Breslau. Eine Sammlung von Hirtenworten, Predigten und Ansprachen bietet der unter Bertrams Bischofswahlspruch gestellte Band: Veritati et Caritati, hg. von J. *Ferche*. Kaldenkirchen 1956. Einen großen Teil der Korrespondenz Bertrams mit der Kurie, den Mitgliedern der Bischofskonferenz und der Reichsregierung erschließt die auf vier Bände veranschlagte Edition: Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945. Davon bereits erschienen: Bd. I: 1933–1934, bearbeitet von B. *Stasiewski*. Mainz 1969. Bertrams Mitwirkung am Reichskonkordat belegt der Quellenband: Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933, bearbeitet von L. *Volk*. Mainz 1969.

Schriften (Auswahl)

Die Bernwardstüren in Hildesheim. Hildesheim 1892. – Die Bischöfe von Hildesheim. Hildesheim 1896. – Geschichte der Diözese Hildesheim. 3 Bde. Hildesheim 1899, 1916, 1925. – Im Geiste und Dienste der Katholischen Aktion. München 1929. Charismen priesterlicher Gesinnung und Arbeit. Freiburg 1931, ^{3}1941.

Literatur

K. *Engelbert*, Adolf Bertram, Fürsterzbischof von Breslau (1914–1945), in: Archiv für schlesische Kirchengeschichte 7 (1949) S. 7 ff. – J. *Kaps*, Adolf Kardinal Bertram, in: Wichmann-Jahrbuch für Kirchengeschichte im Bistum Berlin 9/10 (1955/56) S. 134 ff. – H. *Jedin*, Kardinal Adolf Bertram, in: Schlesisches Priesterjahrbuch, Bd. 1. Stuttgart 1960, S. 11 ff. – W. *Adolph*, Hirtenamt und Hitler-Diktatur. Berlin 1965. – L. *Volk*, Die Fuldaer Bischofskonferenz von der Enzyklika »Mit brennender Sorge« bis zum Ende der NS-Herrschaft, in: Stimmen der Zeit 178 (1966) S. 241 ff. – L. *Volk*, Die Fuldaer Bischofskonferenz von Hitlers Machtergreifung bis zur Enzyklika »Mit brennender Sorge«, ebd. 183 (1969) S. 10 ff. – F.-G. *Ganse*, Adolf Kardinal Bertram, Fürsterzbischof von Breslau, in: Beiträge zur schlesischen Kirchengeschichte, Gedenkschrift für Kurt Engelbert, hg. von B. *Stasiewski*. Köln, Wien 1969, S. 530 ff. – L. *Volk*, Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Mainz 1972.

ROMANO GUARDINI

Schriften (Auswahl)

Vom Geist der Liturgie. Freiburg i. Br. 1918. – Neue Jugend und katholischer Geist. Mainz 1920. – Vom Sinn der Kirche. Mainz 1925. – Liturgische Bildung.

Versuche. Burg Rothenfels 1923. – Der Gegensatz. Versuche zu einer Philosophie des Lebendig-Konkreten. Mainz 1925. – Briefe vom Comer See. Mainz 1926. – Der Mensch und der Glaube. Versuche über Dostojewskij. Leipzig 1932. – Christliches Bewußtsein. Versuche über Pascal. Leipzig 1935. – Die Bekehrung des Aurelius Augustinus. Leipzig 1935. – Der Herr. Betrachtungen über die Person und das Leben Jesu Christi. Würzburg 1937. – Hölderlin. Weltbild und Frömmigkeit. Leipzig 1939. – Zu Rainer Maria Rilkes Deutung des Daseins. Eine Interpretation der Duineser Elegien. München 1941. – Das Ende der Neuzeit. Basel 1950. – Die Macht. Versuch einer Wegweisung. Würzburg 1951. – Unterscheidung des Christlichen. Gesammelte Studien 1923–1963. Hg. von H. *Waltmann*. Zweite, vermehrte und vom Herausgeber durchgesehene Auflage. Mainz 1963.

Literatur

H. *Getzeny*, Auf dem Wege Romano Guardinis, in: Hochland 21/II (1923/24) S. 637 ff. – A. *Hübscher*, Philosophen der Gegenwart. München 1949. – H. *Kuhn*, Romano Guardini. München 1961. – F. *Henrich*, Die Bünde der katholischen Jugendbewegung. München 1968, S. 56 ff. – St. *Szydzik*, Romano Guardini, in: Der katholische Gedanke 24 (1968) S. 101 ff. – A. *Schüler*, Romano Guardini, in: Archiv für mittelrheinische Kirchengeschichte 21 (1969) S. 133 ff. – H. U. *v. Balthasar*, Romano Guardini. München 1970. – H. *Hoffmann*, Im Dienste des Friedens. Lebenserinnerungen eines katholischen Europäers. Stuttgart 1970, S. 160 ff.

Personenregister

Die *kursiv* gesetzten Ziffern verweisen auf die jeweilige biographische Würdigung.

A
Abert, Friedrich v. 102
Achilles, Alexander 67
Ackermann, Konrad 101
Adam, Karl 99, 287
Adenauer, Konrad 7 f, 11, 81, 93, 143, 163, 172, 188, 194, 260–263, 269
Adolph, Walter 282
Albert, Heinrich Friedrich 186
Althoff, Friedrich 45
Ammann, Ellen 133
Augustin, Karl 276

B
Bachem, Joseph 30 f
Bachem, Julius 8, 11, 20, *29–42*, 81, 83, 88, 117, 124, 126, 178, 297
Bachem, Karl 40, 61, 67 ff, 81 f, 91 f, 117, 120, 124 ff, 240
Bachem-Sieger, Minna 130
Bäumer, Gertrud 134
Bäumker, Clemens 287
Ball, Hugo 99
Ballestrem, Franz Graf v. 71, 115
Ballmann, Willibrord 289
Bauer, Gustav 109
Bauerband, Johann Joseph 30
Baumgartner, Alexander 95
Baur, Hugo 111
Bebel, August 55, 70
Beck, Ludwig 12
Becker, Johannes 154, 158
Becker, Josef 7
Bell, Johannes 80
Benedikt XV. 107, 111, 277
Bennigsen, Rudolf v. 67
Berning, Wilhelm 285
Bertram, Adolf 9, 10 f, 113, 120, 128, *274–286*, 312
Beseler, Max 74
Bethmann Hollweg, Theobald v. 21, 25, 40 f, 47, 50, 107, 108
Beyer, Maximilian 80
Beyerle, Konrad 76, 89 f, 123 ff
Bismarck, Otto Fürst v. 15 ff, 19–22, 27, 30, 32 ff, 45, 54, 61 f, 66, 71 f, 116, 146, 174
Bissing, Moritz v. 88
Bock, Wilhelm 77
Boecking, Eduard 30
Böhler, Wilhelm 179
Bolz, Eugen 216
Borgmann, Karl 293
Bornewasser, Franz Rudolf 266, 269
Bosse, Robert 21
Brackel, Ferdinande Freiin v. 95
Braig, Karl 288
Brandts, Franz 58, 60 f, 84, 88
Brandts, Max 61
Brauer, Artur 139
Braun, Otto 172, 192 f, 195, 202, 220
Brauns, Anna Catherina 149
Brauns, Heinrich 8, 37, 40, 60, 63, *148–159*, 163, 179, 183, 196 f, 210, 238, 244, 304
Brauns, Johann 149
Brentano, Franz 44
Brentano, Lujo 207
Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf v. 65
Bruder, Adolf 39
Brüel, Ludwig August 34
Brüning, Heinrich 8 f, 11, 157, 159 ff, 170 f, 174, 211, 213 f, 229, 232, 234, 244, 246 ff, *251–262*, 263, 268 f, 310
Brüning, Hermann Josef 252
Brüning, Maria 252, 260 f
Brust, August 59, 151
Bueb, Fernand 237
Bülow, Bernhard Fürst v. 21, 27, 46 f, 68 f, 71, 73, 106 f
Bülow, Otto v. 23
Buol-Berenberg, Rudolf Frhr. v. 70 f
Burlage, Eduard 76, 93, 122, 180, 182

C
Cardauns, Hermann 31 f, 38, 40, 42, 79, 81, 83
Casel, Odo 287
Clemenceau, Georges 144, 180
Conze, Werner 256
Cuno, Ludwig 285
Cuno, Wilhelm 162, 184 f, 204
Curtius, Julius 196, 198, 202

D
D'Abernon, Viscount, Edgar Vincent 145
Daller, Balthasar 11, 226
Dawes, Charles 189
Delbrück, Hans 74
Dessauer, Friedrich 100, 167
Deuerlein, Ernst 12, 148
Deutinger, Martin 98
Dietzel, Wilhelm 253
Diez, Carl 111
Döpfner, Julius 295
Dörfler, Peter 99
Dörner, August 293
Dransfeld, Hedwig 10, 79, 122 f, *129–136*, 186, 303
Droste-Hülshoff, Anette v. 130
Droste zu Vischering, Clemens Graf 126
Dulles, Allen W. 172
Dusch, Alexander Frhr. v. 139
Dyroff, Adolf 287

E
Eberhard, Paula 105
Eberle, Joseph 57
Ebert, Friedrich 76, 91, 93, 143, 145, 148, 163, 166, 180, 186, 189, 191 f
Ebner, Ferdinand 287
Eckard, Josef 104
Ehlen, Nikolaus 183
Ehrhard, Albert 98
Ehrler, Heinrich 99
Eichert, Franz 97
Einem, Karl Wilhelm v. 68
Eisele, Hans 49
Eisner, Kurt 103, 221
Ekstein, Modris 7
Elfes, Wilhelm 172
Emminger, Erich 186 f
Engelke, Gerrit 131
Epstein, Klaus 7, 103
Erdmann, Karl Dietrich 174
Erzberger, Josef 104
Erzberger, Katharina 104
Erzberger, Matthias 7, 10, 13, 47, 50 f, 72–75, 77 f, 87 ff, 92 f, 100, *103–112*, 119 f, 123, 127, 141 f, 161–165, 168 f, 172, 179, 182 f, 210, 212, 228, 240, 242, 252, 263, 302
Erzberger, Paula 110 f
Eschweiler, Carl 99
Esser, Gerhard 289
Esser, Thomas 215

F
Falkenhayn, Erich v. 140
Faulhaber, Michael v. 11, 284
Febronius s. Hontheim, Johann Nikolaus v.
Fehrenbach, Konstantin 10, 65, 91, 122 f, 127, *137–147*, 154, 162 f, 168, 182, 200, 304
Ficker, Ludwig v. 102
Fischer, Antonius 23 f, 26
Foerster, Friedrich Wilhelm 99 f
Förster, Heinrich 113
Fogazzaro, Antonio 97
Frankenberg, Friedrich (Fred) Graf v. 18
Frantz, Konstantin 100
Franz, Adolf 115
Freyer, Hans 292
Frick, Wilhelm 171, 214
Friedrich II., Großherzog von Baden 162
Frings, Karl 9
Fritzen, Alois 72, 116
Froberger, Joseph 40
Frühwirth, Andreas 24, 99
Fuchs, Friedrich 99
Funk, Philipp 99, 288

G
Galen, Clemens August Graf v. 284
Galen, Ferdinand Graf v. 34
Gasparri, Pietro 111, 193
Gebhard, Albert 67
Gerlich, Fritz Michael 101
Gerst, Karl Wilhelm 217
Gerstenberg, Kurt 216
Geßler, Otto 145, 174, 187, 192, 194 f, 198, 202

Getzeny, Heinrich 101
Geyser, Joseph 287
Gföllner, Johannes Maria 293
Gickler, Johannes 249
Giesberts, Johannes 106, 120, 186, 237 f
Gilbert, Parker 197
Gnauck-Kühne, Elisabeth 129 f, 136
Gneist, Rudolf v. 30
Göller, Karl Emil 288
Goerdeler, Carl 7
Göring, Hermann 178, 248
Görres, Joseph v. 48, 81, 125
Görres, Karl 78, 138
Gogarten, Friedrich 292
Goßler, Gustav v. 15, 17
Grabmann, Martin 287
Grauert, Hermann v. 51, 123
Grietmann, Gerhart 95
Gröber, Adolf 47, 71 ff, 76 f, 82, 88 ff, 105 f, 120, 124, 127, 181
Gröber, Conrad 283, 293
Groener, Wilhelm 171, 198, 202
Groß, Nikolaus 249
Grünewald, Alex 157
Grünthal, Günther 199
Guardini, Romano 9, *287–295*, 312
Guérard, Theodor v. 196–199, 202 f
Gürtner, Franz 233

H
Haas, Ludwig 168
Haase, Hugo 103
Habbel, Josef 222 f, 226
Haecker, Theodor 99, 287
Haegy, Franz Xaver 237
Hänsel, Ludwig 98
Hagen, August 9
Hamm, Eduard 186 f
Handel-Mazetti, Enrika Freiin v. 97, 99
Hankamer, Wilhelm 32, 35
Hansen, Johann Jakob 9
Harth, Philipp 287
Hartmann, Felix v. 23, 113, 119, 177, 240, 278
Hasenäcker, Johann 150
Hauptmann, Gerhart 114
Heereman, Clemens August Frhr. v. 116
Hefele, Hermann 288
Heim, Georg 225, 228 f
Heinemann, Gustav 172
Held, Heinrich 7, 10 f, 118, *220–235*, 308
Held, Johann 221
Heldmann, Karl 100
Helfferich, Karl 74, 78, 106, 110
Heller, Vitus 200
Hellpach, Willy 183
Herbert, M. s. Keiter, Therese
Hergenröther, Joseph 274
Hergt, Oskar 189
Hermes, Andreas 164, 166
Herold, Karl 72, 79, 121 ff
Herriot, Edouard 190
Herschel, Hans 92, 120, 123 f
Hertling, Antonie Freiherrin v. 44
Hertling, Georg Graf v. 9 ff, 38, 41, *43–52*, 53, 69 f, 72, 95, 105, 108, 117, 209, 221, 252, 298
Hertling, Jakob Frhr. v. 44
Hertling, Karl Graf v. 50
Herwegen, Ildefons 287, 289
Herwig, Franz 99
Herzog, Robert 17, 21, 114
Heß, Joseph 127, 178
Hesterberg, Ernst 121
Hettinger, Franz 274
Heuss, Theodor 7
Heyde, Ludwig 54, 154
Heydebrand und der Lasa, Ernst v. 116
Hildebrand, Dietrich v. 287
Hilfrich, Antonius 128
Hindenburg, Oskar v. 258
Hindenburg, Paul v. 51, 109, 141, 171, 193 f, 196–199, 203, 214, 232 f, 255, 258 f, 270
Hinzpeter, Georg 63
Hitler, Adolf 144, 214–217, 230, 247 f, 256, 258 f, 270 f, 274, 281, 284
Hitze, Franz *53–64*, 84, 86, 93, 100, 125, 127, 152 f, 155, 182, 299
Hlatky, Eduard 99
Hoeber, Karl 24, 97
Höfle, Anton 187
Hoegner, Wilhelm 172
Hoffmann, Adolf 121, 267
Hoffmann, Hermann 289
Hofmannsthal, Hugo v. 99
Hohenlohe-Langenburg, Ernst Erbprinz v. 70

Hoiningen gen. Huene, Karl Frhr. v. 115
Hompesch, Alfred Graf v. 69
Hontheim, Johann Nikolaus 17
Hoover, Herbert 258
Hopmann, Emilie 130
Horn, Albert 73
Hugenberg, Alfred 256, 260, 270
Huber, Paul 97
Hurwicz, Elias 101

I
Ichenhäuser, Eliza 134
Imbusch, Heinrich 197, 201
Itschert, Peter 76

J
Jacobini, Ludovico 16
Jarres, Karl 186
Jörg, Joseph 87
Joos, Barbara 238
Joos, Joseph 8 f, 92 f, 111, 158, 165, 212 f, *236–250*, 309
Jünger, Ernst 101, 292

K
Kaas, Ludwig 10 f, 170, 202 f, 213 f, 245 f, 248, 255, 259, *263–273*, 311
Kaempf, Johannes 73, 133
Kahr, Gustav Ritter v. 187
Kaiser, Jakob 12, 216
Kampmann, Theoderich 9
Kapp, Wolfgang 145, 162
Kardorff, Siegfried v. 186
Kassiepe, Max 293
Kaufmann, Leopold 38, 45
Keiter, Therese 95
Kerrl, Hanns 282, 284
Keßler, Richard 7, 223 f, 227
Ketteler, Wilhelm Emmanuel Frhr. v. 48, 55 f
Keudell, Walter v. 197 f
Kilian, Augustinus 182
Klages, Ludwig 292
Knies, Richard 290
Knilling, Eugen v. 187 f
Koch, Erich 194
Koch, Wilhelm 288
Köhler, Heinrich 138 f, 162, 213, 219, 255
Kolping, Adolf 83
Kopp, Georg 9 f, *13–28*, 37, 46, 59, 63, 114, 117 f, 133, 139, 178, 209, 276 f, 297
Kopp, Ignaz 13
Kopp, Wilhelmine 13
Korum, Michael Felix 22, 37, 59, 209, 264
Kosthorst, Erich 7
Kraemer, Konrad W. 9
Krätzig, Adalbert 116
Kralik, Richard v. 97 f
Kraus, Franz Xaver 94, 96
Kreiten, Wilhelm 95
Krementz, Philippus 23
Kühlmann, Richard v. 50

L
Lämmer, Hugo 114
Lammers, Clemens 169
Lang, Berthold 9
Lassalle, Ferdinand 55
Lavigerie, Charles 96
Leicht, Johann 11, 232
Lender, Franz Xaver 139 f
Leo XIII. 15–20, 22 f, 27, 58, 63 91, 209
Lerchenfeld-Koefering, Hugo Graf v. 48, 50, 123, 133
Lersch, Heinrich 130
Letterhaus, Bernhard 249, 259
Lieber, Ernst 20, 43, 46, 65, 71 f, 115, 222, 226
Liebknecht, Karl 103
Liebknecht, Wilhelm 55
Lienhard, Friedrich 96 f, 99
Löbe, Paul 54, 127, 168
Löwenstein, Alois Fürst zu 123, 125
Lohmann, Walter 197 f, 202
Lossow, Otto Hermann v. 187
Lotze, Rudolf Hermann 288
Ludendorff, Erich 51, 141
Ludwig III., König von Bayern 49, 227
Lüttwitz, Walther v. 145
Luitpold, Prinzregent von Bayern 49
Luther, Hans 174, 187, 190, 192–195, 200, 232, 243
Luxemburg, Rosa 103

M
MacDonald, John Ramsey 190
Majunke, Paul 115
Malsen, Konrad Frhr v. 226

Mann, Thomas 260
Martin, Alfred v. 199
Martin, Rudolf 88
Marx, Albert 175
Marx, Barbara 175
Marx, Gertrud 175
Marx, Johann 174
Marx, Johanna 175
Marx, Josef 175
Marx, Karl 55 f
Marx, Wilhelm 10 f, 76, 80 f, 85 f, 119, 121, 146, 157 f, 167 f, 170, *174–205*, 213, 233, 244, 255, 306
Mausbach, Joseph 123, 127, 181
Max, Prinz von Baden 65, 89, 108, 142, 240
Meinecke, Friedrich 222
Meißner, Otto 255, 258
Meixner, Georg 11
Melchers, Paulus 23, 37
Mercier, Désiré 277
Merkle, Sebastian 97
Merry del Val, Raffaele 24 f, 209, 215
Michaelis, Georg 14, 50, 120
Moeller van den Bruck, Arthur 292
Moenius, Georg 101
Mönnig, Hugo 203
Mommsen, Theodor 78
Montel, Johannes de 23, 25
Morgenthau, Henry 260
Morsey, Rudolf 36, 69, 75 f, 78, 120, 122, 178, 204
Moser v. Filseck, Carl 220
Moufang, Christoph 113
Muckermann, Hermann 259
Müller, August 74
Müller, Hermann 91, 157, 160, 170, 202, 213, 246, 255
Müller, Joseph 96
Müller, Otto 158, 249
Müller, Richard 106
Mumm, Reinhard 181
Mussolini, Benito 233
Muth, Karl 48, *94–102*, 301

N
Nadler, Josef 99
Naumann, Victor 50 f
Neumann, Klemens 289
Neumann, Therese 158
Neundörfer, Karl 288
Noske, Gustav 180

O
Oppersdorff, Hans Graf v. 127
Orsenigo, Cesare 285
Orterer, Georg 82
Osel, Heinrich 229
Otto, Heinrich 32

P
Paasche, Hermann 70
Pacelli, Eugenio (Pius XII.) 158, 263, 265–269, 271 f, 279, 285
Pachnicke, Hermann 186
Papen, Franz v. 122, 192, 214, 247, 258, 260, 263, 270 ff
Pastor, Ludwig 128
Pauli, Fritz 82
Payer, Friedrich v. 65, 75, 137, 141 f
Pesch, Heinrich 123
Peters, Norbert 99
Peterson, Erik 99, 101
Pfeiffer, Anton 78
Pfeiffer, Hans 183
Pfeiffer, Maximilian 73, 78
Pichler, Franz Seraph v. 11, 225
Pieper, August 60 f, 84, 123, 152, 158, 180, 193
Pius X. 23, 24 ff, 37, 70, 209, 215, 264
Pius XI. 185, 193, 200, 246, 267, 278, 282
Pius XII. s. Pacelli, Eugenio
Platz, Hermann 100, 289
Poincaré, Raymond 185, 188, 190
Porsch, Felix 9 ff, 20 f, 67, 69, 72 f, 75, 79, *113–128*, 254, 303
Posadowsky, Arthur Graf v. 87
Preysing, Konrad Graf v. 101, 282, 284
Pünder, Hermann 109 f, 260
Puttkamer, Robert v. 45

R
Radbruch, Gustav 146
Rademacher, Arnold 287
Rampolla del Tindaro, Mariano 16, 23 f
Rathenau, Walther 146, 163, 165 f
Reichensperger, August 30, 34 f, 46, 81

Reichensperger, Peter 34 f, 81
Reinhardt, Walther 99
Rheinbaben, Werner Frhr. v. 189
Rickert, Heinrich 66
Ritter, Gerhard 7
Rockenbach, Martin 102
Roeren, Hermann 38, 73
Rösler, Augustin 129

S
Sacher, Hermann 123
Sandfuchs, Wilhelm 9
Sandt, Maximilian Frhr. v. 88
Sauerbruch, Ferdinand 264
Savigny, Carl v. 124
Schacht, Hjalmar 187, 197, 260
Schädler, Franz 11, 70, 226
Schäffer, Fritz 218, 232, 234
Schaffgotsch, Gertrud Gräfin v. 60
Schauff, Karin 271 f
Schaumann, Ruth 99
Scheidemann, Philipp 70 f, 75, 77, 90, 109, 180, 196, 228
Scheler, Max 99 f, 292
Schell, Hermann 94, 97 ff
Schiffer, Eugen 75
Schleicher, Kurt v. 171, 258, 269
Schlesinger, Coloman 9
Schleussner, Heinrich 287
Schlittenbauer, Sebastian 228
Schmidt, Erich 96
Schmidt, Expeditus 96
Schmitt, Hermann-Joseph 249
Schmitz, Hermann-Josef 150
Schmoller, Gustav v. 129
Schönstedt, Karl 68
Schofer, Joseph 139, 162, 167, 201, 203
Scholl, Hans 102
Scholl, Inge 102
Scholz, Ernst 195
Schorlemer-Alst, Burghard Frhr. v. 34, 68, 177
Schorlemer-Lieser, Klemens Frhr. v. 68, 177
Schreiber, Georg 69, 123
Schulte, Joseph 93, 285
Schulte, Karl 26
Schultz, Georg 70
Schulz, Heinrich 111
Schulze-Delitzsch, Hermann 55
Schwarz, Jean A. 216
Schwend, Karl 230, 234
Schwering, Leo 121, 128, 219
Schwerin-Löwitz, Hans Graf v. 70
Schweyer, Franz 233
Seeckt, Hans v. 163, 166, 189, 195
Seiters, Julius 9
Severing, Karl 171
Simar, Hubert 23
Solf, Wilhelm 65
Sommerwerck, Wilhelm 275
Sonnenschein, Carl 178, 253, 292
Sorge, Reinhard Johannes 99
Spahn, Martin 35 f, 42, 66, 70 ff, 74, 77 f, 97, 100 f, 123, 130, 165, 222, 252
Spahn, Peter 9, 11, 43, 47, *65–80*, 88, 105, 118 ff, 122 f, 127, 141, 164, 252, 300
Spann, Othmar 292
Speckner, Karl 9
Spengler, Oswald 292
Spiecker, Karl 167, 171, 185
Stadtler, Eduard 103, 212
Stanislaus, Katharina 82
Stampfer, Friedrich 186, 204
Stapel, Wilhelm 292
Stegerwald, Adam 8, 10, 12 f, 36 f, 40, 122 f, 127, 154, 157, 163, 165, 186, 195, 197, 201 ff, *206–219*, 238, 242, 244 ff, 254, 259 f, 307
Stehkämper, Hugo 10
Steinbüchel, Theodor 101
Stimson, Henry L. 260
Stinnes, Hugo 188
Stöcker, Adolph 151
Stolberg-Wernigerode, Udo Graf zu 70
Stolper, Toni 7
Strachwitz, Alfred Graf v. 119
Strehler, Bernhard 289 f
Stresemann, Gustav 146, 174, 185, 186–195, 198, 204, 231 ff, 268
Stutz, Ulrich 264
Sybel, Heinrich v. 30

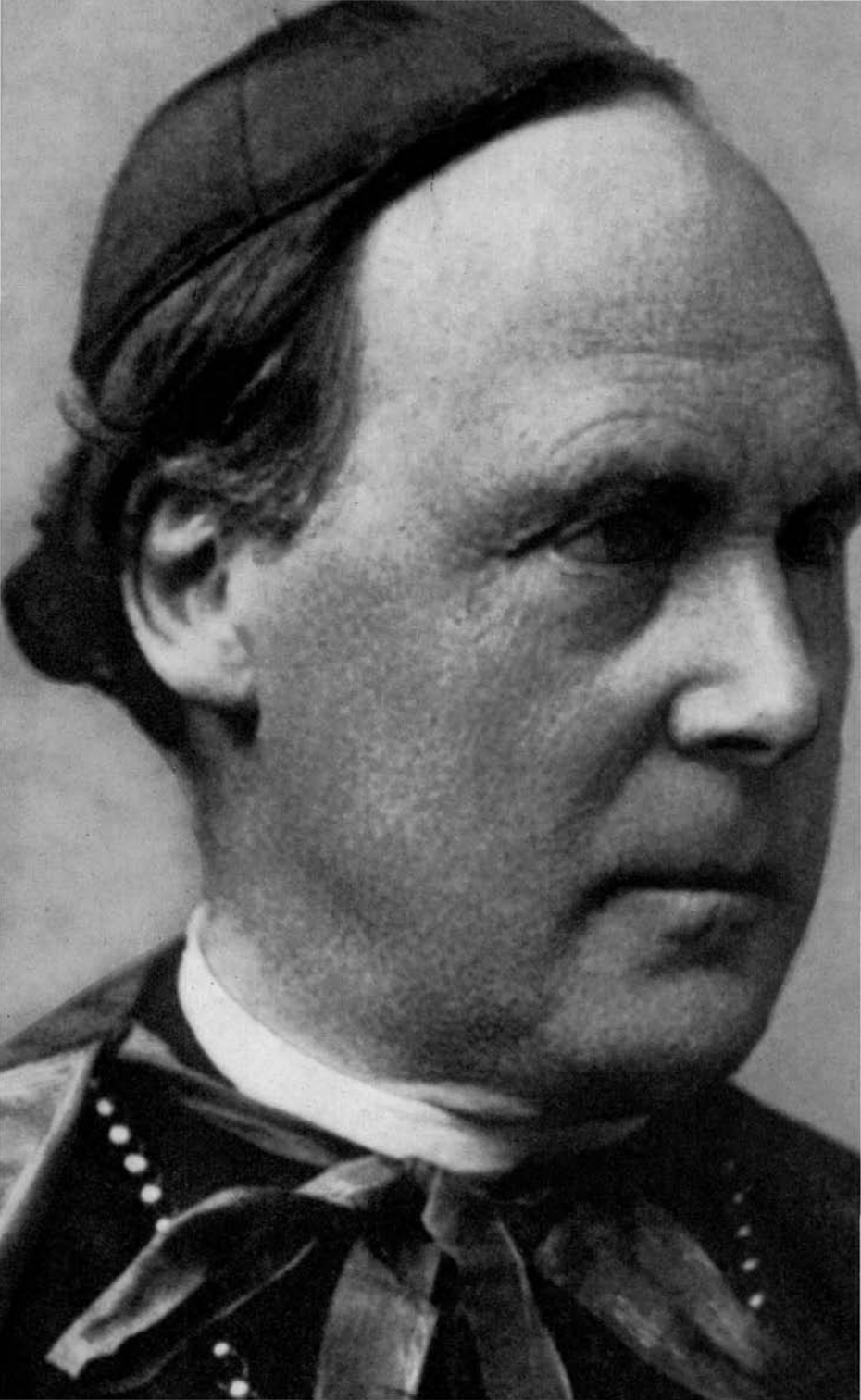
T
Taxil, Leo 33
ten Hompel, Rudolf 163
Teusch, Christine 10, 182, 261
Thissen, Otto 85
Thoma, Ludwig 221
Thomas, Albert 156

Tillessen, Heinrich 111
Tirpitz, Alfred 46, 189
Treviranus, Gottfried Reinhold 216, 255, 262
Trimborn, Jeanne 84
Trimborn, Julius 83
Trimborn, Karl 72, 76, *81–93*, 120, 122, 126, 164, 175 f, 178 f, 182, 241, 301
Trimborn, Kornelius Balduin 82
Trott zu Solz, August Frhr. v. 25

V
Virnich, Karl 69
Vockel, Heinrich 236
Volk, Ludwig 266, 271

W
Wacker, Theodor 139
Wallraf, Max 85
Weber, Christoph 16
Weber, Friedrich Wilhelm 34
Weber, Helene 10, 136
Weiger, Joseph 288, 293
Weismann, Robert 198
Weismantel, Leo 99
Weiß, Albert M. 125
Weiss, Konrad 99
Werthmann, Lorenz 61
Wessel, Helene 172
Wessenberg, Ignaz Heinrich v. 17
Wienken, Heinrich 285
Wildermann, Rudolf 200
Wilhelm I. 15
Wilhelm II. 18 f, 24–27, 50 ff, 63, 75, 108
Winnig, August 12
Windthorst, Ludwig 8, 14, 16–21, 32, 34 f, 39, 42, 45 f, 60, 67, 69, 72, 76, 84, 93, 113 f, 118, 123, 125, 128, 139, 209, 222
Wirth, Alois 161
Wirth, Hermann 161
Wirth, Joseph 67, 76, 91 f, 123, 146, *160–173*, 174, 183 ff, 196, 200 f, 203 ff, 212, 214, 242, 244 f, 305
Wirth, Karl 160
Wissell, Rudolf 149, 157
Witt, Hermann de 177
Wittig, Joseph 99
Wohlmuth, Georg 11, 220
Wust, Peter 102, 287

Z
Zechmeister, August 102
Zehnhoff, Hugo am 76, 176
Ziesché, Kurt 100



Georg Kardinal Kopp (1837–1914)



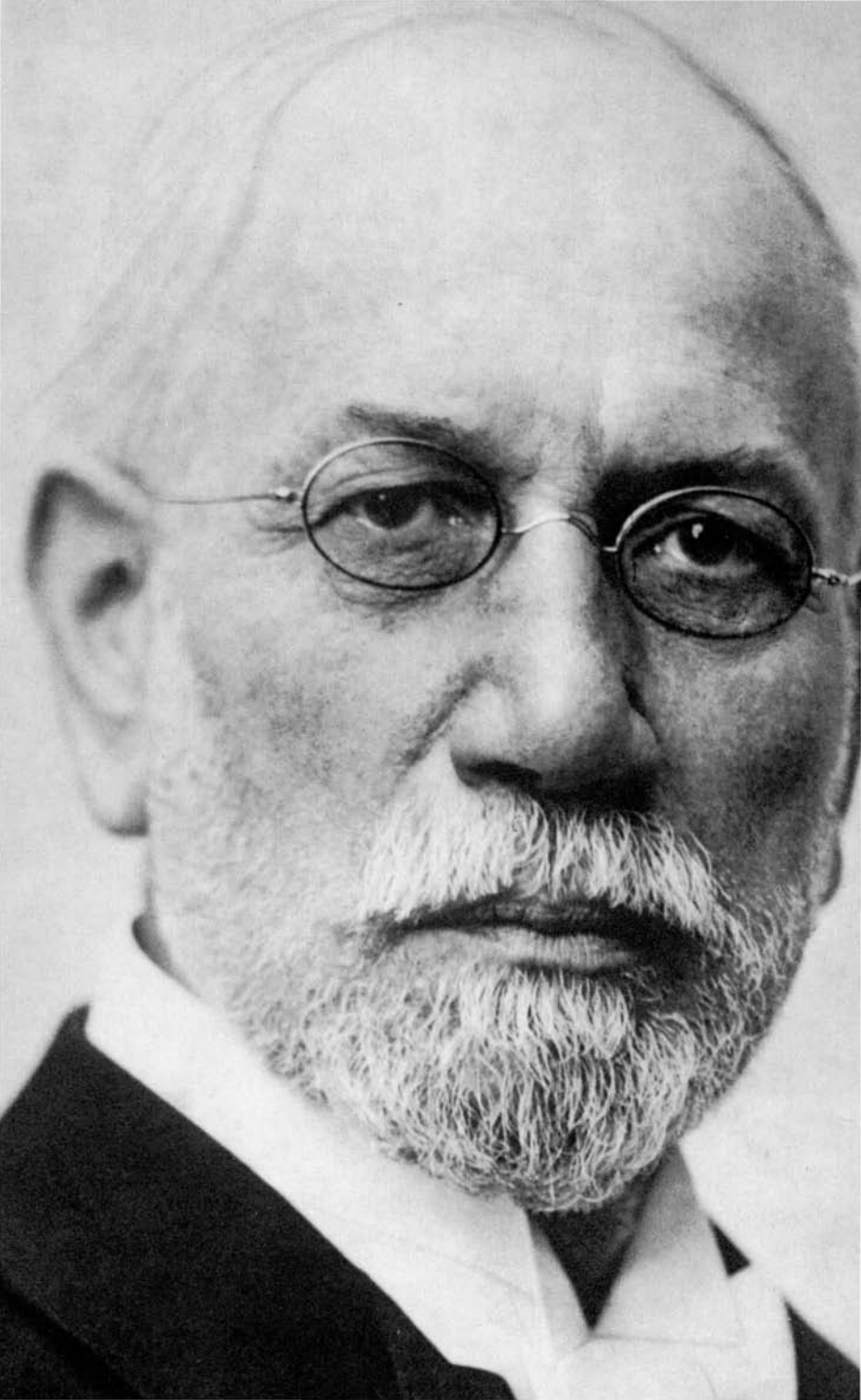
Julius Bachem (1845–1918)



Georg Graf v. Hertling (1843–1919)



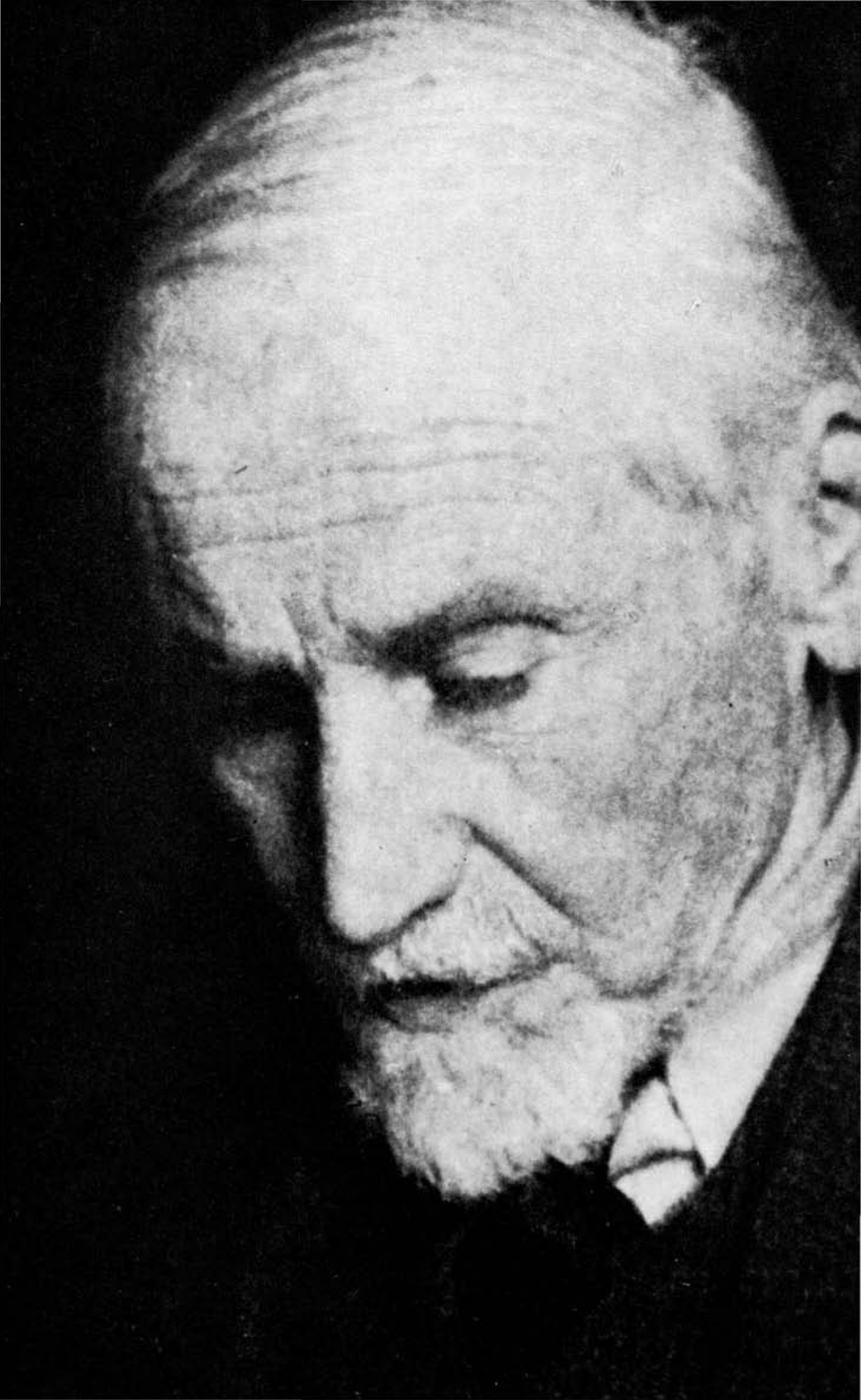
Franz Hitze (1851–1921)



Peter Spahn (1846–1925)



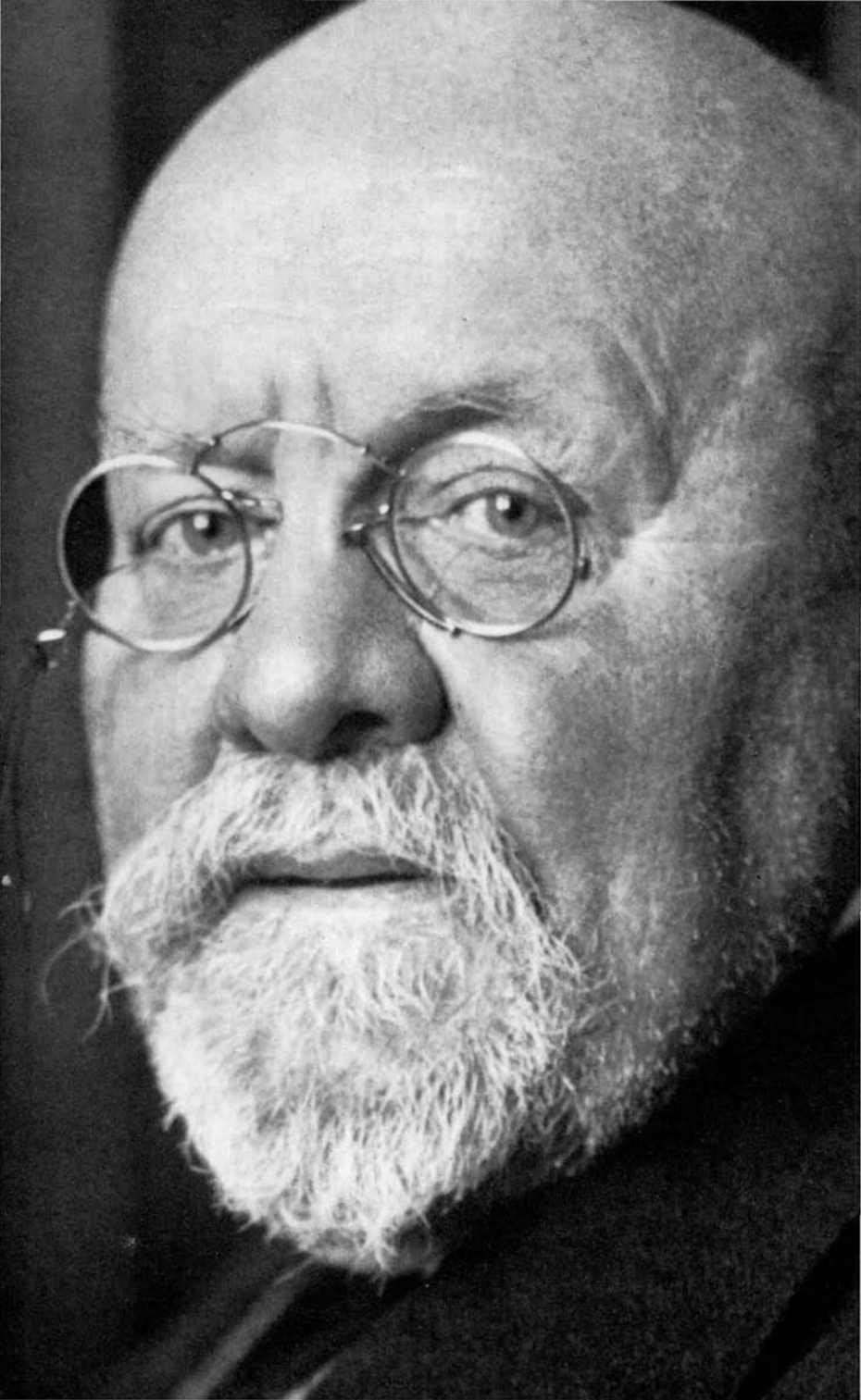
Karl Trimborn (1854–1921)



Karl Muth (1867–1944)



Matthias Erzberger (1875–1921)



Felix Porsch (1853–1930)



Hedwig Dransfeld (1871–1925)



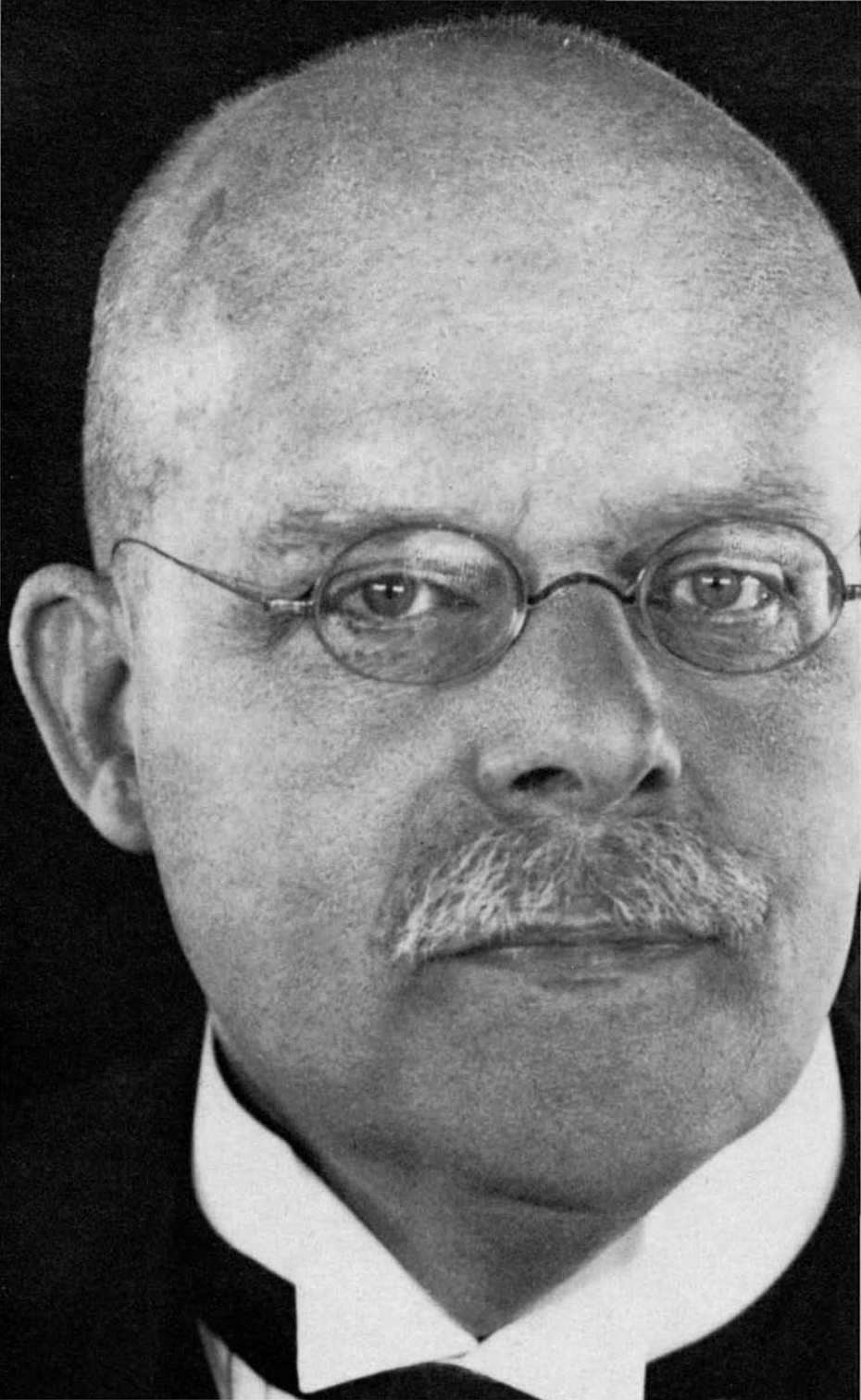
Konstantin Fehrenbach (1852–1926)



Heinrich Brauns (1868–1939)



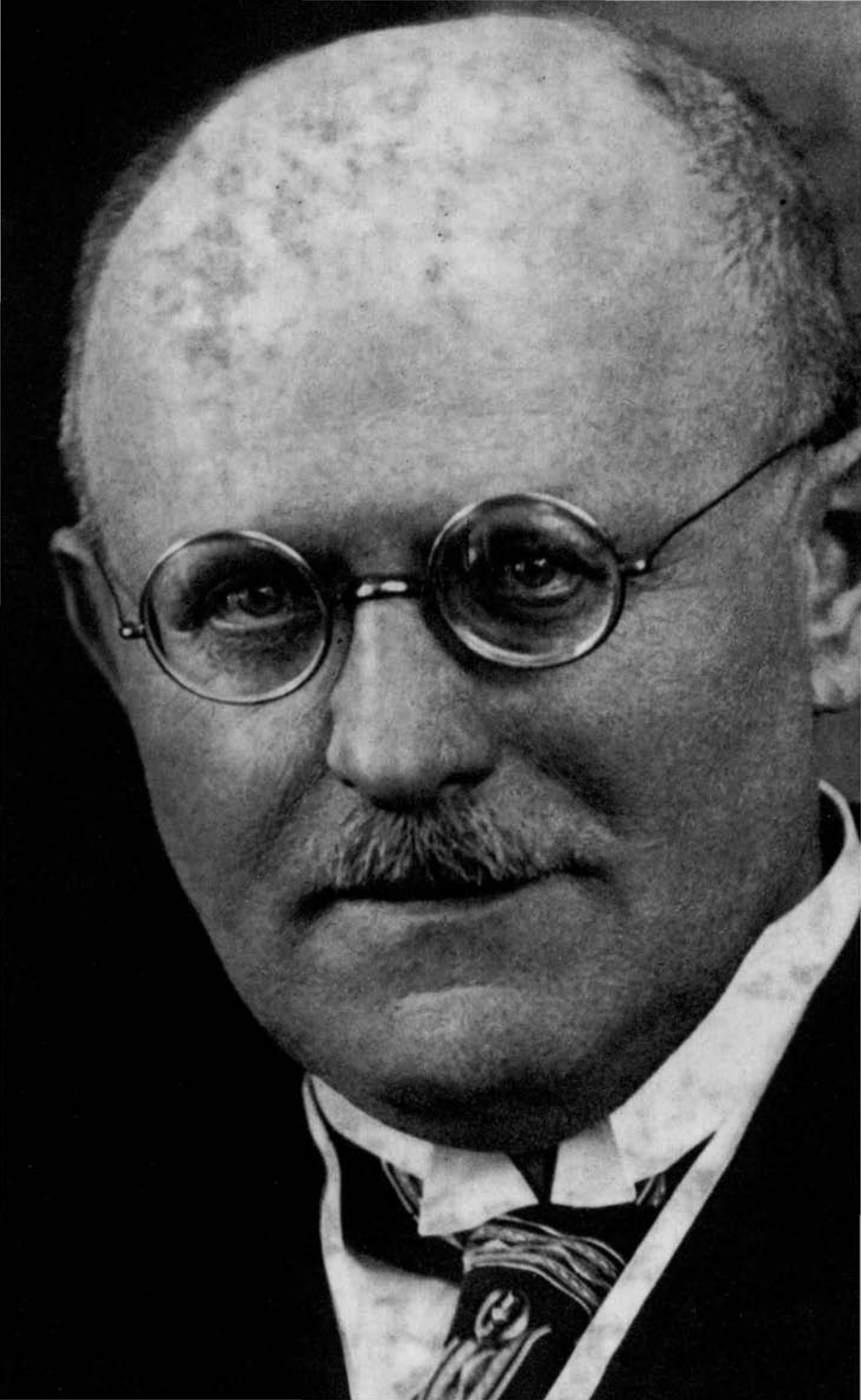
Joseph Wirth (1879–1956)



Wilhelm Marx (1863–1946)



Adam Stegerwald (1874–1945)



Heinrich Held (1868–1938)



Joseph Joos (1878–1965)



Heinrich Brüning (1885–1970)



Ludwig Kaas (1881–1952)



Adolf Kardinal Bertram (1859–1945)



Romano Guardini (1885–1968)